

Nicaragua vor US-Invasion? S. 5

Arbeiterkampf

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Jg. 13, Nr. 236, 8. 8.83

4 DM Förderpr. DM 5

C 21734 E



Gewaltfrei... in den 3. Weltkrieg?

Eines ist auf jeden Fall gewiß: Nach dem 3. Weltkrieg brauchen wir uns keinen dummen Fragen der nächsten und übernächsten Generation zu stellen, warum wir „das" denn nicht verhindert haben. Viele dumme Antworten — „Was hätte man denn tun können?", „Wir haben doch von nichts gewußt!" — werden ungesagt bleiben. Denn es werden nicht mehr viele zum Antworten übrig bleiben.

Wäre es anders, was würden wir antworten wollen? Daß wir doch schließlich versucht haben, mit phantasievollen, gewaltfreien Aktionen die Katastrophe zu verhindern? Aber wer würde uns das glauben: daß wir nach zwei Weltkriegen, nach Auschwitz und nach Vietnam wirklich angenommen hatten, man könne allein durch „gewaltfreie Blockaden" und „Friedensfeste" den militärisch organisierten Massenmord verhindern? Gibt es etwa in der gesamten Menschheitsgeschichte auch nur ein einziges Beispiel, das solche Hoffnungen nähren und ermutigen könnte? Aber man darf doch wohl ein bißchen herumexperimentieren, mal was ganz neues ausprobieren? Nun, dieses — der „gewaltfreie Widerstand" — wird vom Umfang her das grauenvollste Menschen-Experiment sein, das jemals angestellt wurde.

Und daß wir leider nicht gewußt hätten, um was es ging, würden wir später auch nicht behaupten können. Die Friedensbewegung hat mit größter Deutlichkeit die Ziele jenes Projektes aufgezeigt, von dem die „Nachrüstung" nur ein Teil ist: Erlangung der Fähigkeit zum atomaren Erstschlag gegen die Sowjetunion und Osteuropa, Führbarkeit eines „siegreichen" totalen Krieges auf dem europäischen Schauplatz.

Es gibt nichts Wichtigeres als die Verhinderung eines Krieges. Oder etwa doch? Ist die Einhaltung von künstlich konstruierten
Oder etwa doch? Ist die Einhaltung von künstlich konstruierten
Spielregeln der „Gewaltfreiheit" und die Bewahrung der eigenen moralischen Unschuld wichtiger als der angestrebte praktische Effekt, nämlich die Verhinderung der „Nachrüstung"?

Die bundesdeutsche Friedensbewegung hat sich vor ein paar Monaten mit erstaunlicher Einmütigkeit dafür entschieden, für die Kampagne gegen die „Nachrüstung" öffentlich ihre Beschränkung auf rein „gewaltfreie" Formen zu erklären. Selbstverständlich war diese Festlegung keineswegs: keine frühere politische Bewegung der letzten Jahre hat eine derartige einseitige Selbstverpflichtung gegenüber dem Staat abgelegt. Die Folgen dieser Selbstverpflichtung — die nichts mehr mit einer taktisch-praktisch begründeten autonomen Entscheidung zu tun hat — sind ausschließlich negativ. Diese Selbstverpflichtung gibt von vornherein wichtiges Gelände preis, in das die Gegenseite natürlich zügig nachrückt. Der Staat zwingt uns wieder idiotische Debatten auf, die angesichts eines Mindestmaßes an praktischer Gewaltbereitschaft (Brokdorf, Grohnde, Startbahn West u.a.) in den vergangenen Jahren kaum noch jemand aufzutischen gewagt hatte. Nämlich: Ob nicht bereits das Zerschneiden eines Drahtzaunes eine zu verabscheuende Gewalttat ist?

Fortsetzung Seite 7

Bremerhaven:
Brückenkopf der US-Streitkräfte in Europa

Die Funktion Bremerhavens als einer der zentralen Stützpunkte der US-Streitkräfte in Europa wird vielen Zeitgenossen im Binnenland vor allem durch den Rummel bekannt geworden sein, der in den Sechzigern um die Stationierung Elvis Presleys als GI in der BRD veranstaltet wurde. Elvis kam nämlich — wie damals alle US-Soldaten — per Truppentransporter an der Bremerhavener Columbus-Pier an.

Seitdem ist die Bedeutung des militärischen Nachschub-Verkehrs über Bremerhaven ständig gestiegen. Während einige Hobby-Forscher aus der regionalen Friedensbewegung viel Wissenswertes darüber zu Tage gefördert haben, sind der Friedensbewegung in der BRD Einzelheiten wohl kaum bekannt.

Im Folgenden soll gezeigt werden, daß es gute Gründe dafür gibt, gerade Bremerhaven (und damit im Zusammenhang Nordenham) neben Hamburg zur Ort der norddeutschen Herbstaktionen gegen die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen zu wählen.

Fortsetzung Seite 20

Demnächst in diesem Theater:

Die Giftgas-„Nachrüstung"

Die Raketen-Lücke der NATO ist noch nicht einmal gestopft, da gerät auf einem anderen Gebiet das erfolgreiche System der Friedenssicherung durch Abschreckung ins Wanken: Die Sowjetunion hat eine maßlose Vorrüstung mit extrem vernichtungsintensiven Giftgasen durchgeführt. Das behauptet jedenfalls US-General B.Rogers, Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte. **„Die Sowjets, so erklärte Rogers, verfügten über eine ‚überwältigende Überlegenheit' im Bereich der chemischen Waffen in Europa. Die entsprechenden Vorräte auf amerikanischer Seite seien jedoch veraltet, würden noch in diesem Jahrzehnt unbenutzbar werden und hätten insgesamt nur noch einen nominellen Abschreckungswert. Ohne die geplanten neuen Waffen, so meinte General Rogers, könnte ein sowjetischer Angriff auf Westeuropa weder abgeschreckt werden, noch sei es wahrscheinlich, daß Moskau ohne sie verhandlungsbereit gemacht werden könnte".** („Welt", 15.7.). Bei den „neuen Waffen", von denen Rogers spricht, handelt es sich u.a. um Granaten, die mit Artilleriegeschützen zu verschießen sind, und um Flugzeugbomben. Entsprechende Beschlüsse sind in den USA soeben gefaßt worden. Geplantes Einsatzgebiet: Europa. Sehr beruhigend ist, daß auch diese „Nachrüstung" vor allem dazu dienen soll, die Russen verhandlungswillig und kompromißbereit zu machen. Null-Lösungen, Waldspaziergänge und sonstige unverkennbare Anzeichen westlicher Flexibilität werden nicht lange auf sich warten lassen.

Stammheim:

Grüne fragen nach Spur Nr. 6

Anfang Juli berichtete der „Spiegel" (Nr. 27/83) über das mysteriöse Verschwinden der sog. „Spur Nr. 6" im Ermittlungsverfahren über den gewaltsamen Tod von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe am 18.10.77 in Stuttgart-Stammheim. Dabei handelt es sich um „Gewebeteile oder Blut", das an einer Einschußstelle in der Wand von Baaders Zelle gefunden worden war. Resümee des „Spiegel": Der mit der Untersuchung beauftragte Gerichtsmediziner Prof. Rauschke habe die Spur „verschludert". Ob das wohl die ganze Wahrheit ist? Zu den Merkwürdigkeiten der angeblichen Stammheimer Selbstmorde gehört nämlich Folgendes: Aufgrund des gefundenen Gewebeteils wurde zunächst angenommen, eine Kugel habe Baaders Kopf durchdrungen und sei dann in die Wand eingeschlagen. Später jedoch wurde behauptet, die tödliche Kugel sei gar nicht so weit geflogen, sondern auf den Boden gefallen, bevor sie die Wand erreichte. Und Spur 6 ist nun verschwunden. Gegen die „Schlamperei" des Professors spricht also, daß man extra eine spezielle Theorie nachschob über die Flugbahn einer a n d e r e n angeblich tödlichen Kugel (sog. „Abtropf-Theorie"), die die Spur Nr. 6, deren Verschwinden erst später bekannt wurde, bedeutungslos erscheinen läßt.

Zu diesem Sachverhalt hat ein grüner Abgeordneter des Stuttgarter Landtags, Holger Heimann, eine detaillierte Kleine Anfrage eingereicht. Daraus geht hervor, daß die möglicherweise „untersuchungsentscheidende" Spur Nr. 6 aus allen Nachforschungen herausgehalten wurde und bei der Staatsanwaltschaft auf ein auffallendes „Desinteresse" stieß. Zusätzlich fragt Heimann nach weiteren Ungereimtheiten in der offiziellen Darstellung der Todesumstände von Baader und den anderen. Am Wichtigsten ist sicher das, was er zum Plattenspieler in Baaders Zelle anführt. Darin soll sich angeblich das Versteck für die Waffe befunden haben, mit der sich Baader erschossen haben soll. Da es in der ganzen Zelle kein anderes Waffenversteck gegeben habe, stellt der Bericht des Untersuchungsausschusses des Baden-Württemberger Landtages fest, müsse sich die Pistole seit dem 6.9.1977 darin befunden haben (an diesem Tag wurde die Kontaktsperre verhängt). Heimann weist nun auf ein Schreiben des baden-württembergischen Justizministeriums hin, aus dem klar hervorgeht, daß der Plattenspieler am 5.9.77 aus der Zelle genommen und von Beamten des LKA „durchsucht und überprüft" worden war. Interessant: **Besagtes Schreiben f e h l t in den Akten des Todesermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft!**

Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß von n e u n Beamten, die in der JVA Stammheim in der Nacht vom 17.10. auf den 18.10.77 Dienst taten, nur s e c h s als Zeugen vernommen wurden und überhaupt namentlich aufgeführt werden. Unklar ist, warum die Anwesenheit der übrigen amtlich vertuscht wird. Schließlich scheint auch einiges an der These faul zu sein, die Fernsehüberwachung im 7. Stock von Stammheim habe nicht funktioniert. Aus Unterlagen der Firma Siemens geht nämlich hervor, daß diese Anlage mindestens am 12.9.77 repariert wurde. Die Staatsanwaltschaft ist auch diesem Hinweis nicht gefolgt, wie aus den Ermittlungsakten hervorgeht.

Quantität schlägt bekanntlich irgendwann einmal in Qualität um. Die Quantität der unterlassenen Nachforschungen und sog. „Schlampereien" ist im Fall Stammheim derart groß, daß die Frage nach dem wirklichen Ablauf der damaligen Ereignisse nach wie vor gestellt werden muß und nicht verstummen darf.

Demonstration als Schulfach?

Eigener Bericht. Der Verkehrspolizist ist an den deutschen Schulen schon seit Jahrzehnten nicht mehr wegzudenken. Jetzt hat der über Deutschlands Grenzen hinaus bekannte Polizei-Psychologe Salewski einen aufsehenerregenden Vorschlag gemacht: Mindestens zweimal im Jahr soll zukünftig auch ein „Demonstrationspolizist" zu Deutschlands Schülern kommen. Neben der trockenen Theorie (Demonstrationsrecht, Prinzipien des Gewaltfreien Widerstands) soll die spielerische Praxis reichlich zu ihrem Recht kommen. In Geländespielen, die sorgfältig auf die jeweilige Altersstufe abgestimmt sind, sollen Kinder und Jugendliche darauf vorbereitet werden, Aggressionen und Selbstwehr-Reflexe zu unterdrücken. Sinnvolle Ergänzung des Programms könnten nach Ansicht von Dr. Salewski Lehrgänge in Erster Hilfe bilden. Salewski: „Ich empfehle jedem, der friedlich demonstrieren will, daß er vorher zur Polizei geht und sich dort von erfahrenen Leuten schulen läßt." Abgesehen vom unmittelbaren Zweck verspricht sich Dr. Salewski vom Einsatz der Demonstrationspolizisten auch positive Auswirkungen für die allgemeine Erziehung der Kinder und Jugendlichen zu verantwortungsbewußten Staatsbürgern.

Namhafte Sprecher der Friedensbewegung haben inzwischen Salewskis Vorschläge im Prinzip begrüßt. Jo Leinen (BBU): „Das entspricht unseren Intentionen. Allerdings halte ich für wichtig, daß diese Pläne engstens mit uns abgestimmt werden. Vertreter der Friedensbewegung sollten direkt am Unterricht beteiligt werden."

Petra Kelly (Die Grünen): „Unser gewaltfreier Widerstand in der Tradition von Jean d'Arc und Rosa Luxemburg muß noch sehr viel gewaltfreier werden. Es ist deshalb gut, wenn frühzeitig Diejenigen erkannt werden können, die außerhalb der Friedensbewegung stehen."

Herbert Mies (DKP): „Wir Kommunisten sind es gewohnt, kein Blatt vor den Mund zu nehmen. Deshalb sage ich in aller Offenheit: Wir sehen in diesen Plänen einen Schritt in die richtige Richtung, sofern am Unterricht alle demokratischen Kräfte, insbesondere die Gewerkschaften, beteiligt werden. Dabei wird man auch an der DKP, die sich großer internationaler Beachtung erfreut und deren objektive Bedeutung ständig wächst, nicht vorbeigehen können."

Befleckt

Wiesbaden, 3.8., im Foyer des hessischen Landtags. Parlamentspräsident Lengemann (CDU) hat rund 50 US-Offiziere zu einem „Empfang für die Kommandeure der in Hessen stationierten US-Streitkräfte" geladen. Seitens der Abgeordneten nehmen die Fraktions- und Ausschußvorsitzenden teil. Dabei sind auch die verehrten Ehefrauen. Das Fernsehen zeigt die Szene: Adrett schauen sie aus, die jungen Offiziere in ihren Uniformen, wie aus

Erklärung, die „Würde des Hauses" sei verletzt worden. Schwalba-Hoth erhält Hausverbot im Landtag. Am darauffolgenden Tag wird grünen Abgeordneten in der Parlamentsdebatte rigoros das Wort abgeschnitten, wenn sie sich zu dem Vorfall äußern wollen. Reinhard Brückner (Pfarrer), der sich nicht daran hält, wird von der Sitzung ausgeschlossen. Sprecher von CDU und SPD freilich können ungehindert vom Leder ziehen. Mensch reibt sich

nach", sagt er und geht. Es ist absehbar, und Ditfurths Schnellschuß kündigt das bereits an, daß die Aktion, die von der Landtagsgruppe geschlossen getragen wird, heftigen Widerspruch auch innerhalb der Grünen und ihrer Wählerschaft auslösen wird. Daran merkt man, daß es eine gute Aktion war. Aktionen, die von allen gutgeheißen werden, aber die Gehirnmasse im Zustand absoluter Trägheit konservieren, haben wir innerhalb

Ist die DDR ein Arbeiterparadies?

Man sollte doch annehmen, daß der Redaktionsstab von Springers BILD aufgrund seiner jahrzehntelangen Erfahrung ein unschlagbares Meisterteam in Sachen antikommunistischer Hetze ist. Manchmal fällt dennoch ein Eigentor, wie das hier dokumentierte aus der BILD vom 1.7.83. Die DDR ist also ein Land, wo die Leute nicht einfach en masse nach rein ökonomischen Gesichtspunkten gefeuert werden, sondern wo man lieber mal ein paar Menschen weiter mitschleppt, die man eigentlich auch entlassen könnte. Während der Arbeitszeit wird stundenlang herumgegammelt und gebummelt. Einkaufen während der Arbeitszeit ist schon eine Selbstverständlichkeit. Wer Glück hat, kann auch noch ein, zwei zusätzliche Tage pro Woche blau machen. Muß da nicht alle fleißigen bundesdeutschen Arbeiter, die so etwas in ihrem Lieblingsblatt lesen, das blanke Entsetzen befallen angesichts von soviel provozierender Gemütlichkeit und Mißwirtschaft bei unseren Brüdern und Schwestern?

Befleckt

Wiesbaden, 3.8., im Foyer des hessischen Landtags. Parlamentspräsident Lengemann (CDU) hat rund 50 US-Offiziere zu einem „Empfang für die Kommandeure der in Hessen stationierten US-Streitkräfte" geladen. Seitens der Abgeordneten nehmen die Fraktions- und Ausschußvorsitzenden teil. Dabei sind auch die verehrten Ehefrauen. Das Fernsehen zeigt die Szene: Adrett schauen sie aus, die jungen Offiziere in ihren Uniformen, wie aus dem Ei gepellt die Damen. Man steht herum und tauscht, je nach Sprachvermögen, deutsch-amerikanische Freundlichkeiten aus. Da ist ein Schrei zu hören, die Kamera schwenkt. Der grüne Abgeordnete Frank Schwalba-Hoth wird von einem US-Mann zu Boden geworfen, ohne daß jemand Anstalten macht, ihm zu helfen. Er hatte den kommandierenden General des V. US-Korps, Williams, mit Blut aus einer Flasche beschüttet. Im Bild Williams mit seiner befleckten Uniform: Er lacht. Blut macht ihm nichts aus. Es war Schwalba-Hoths eigenes Blut...

Hessen hat, einen Tag vor der Selbstauflösung des Landtages und dem offiziellen Wahlkampf-Auftakt, seinen Skandal. Ministerpräsident Börner verurteilt den „abscheulichen Anschlag" (!) und entschuldigt sich „im Namen aller hessischen Bürger". Parlamentspräsident Lengemann erklärt in einer von den Fraktionen der CDU und SPD einstimmig gebilligten Erklärung, die „Würde des Hauses" sei verletzt worden. Schwalba-Hoth erhält Hausverbot im Landtag. Am darauffolgenden Tag wird grünen Abgeordneten in der Parlamentsdebatte rigoros das Wort abgeschnitten, wenn sie sich zu dem Vorfall äußern wollen. Reinhard Brückner (Pfarrer), der sich nicht daran hält, wird von der Sitzung ausgeschlossen. Sprecher von CDU und SPD freilich können ungehindert vom Leder ziehen. Mensch reibt sich vor der Glotze ungläubig die Augen: Was hier praktiziert wird, ist offene, unverhüllte Zensur. Erlaubt ist, was dem „Bündnis" dient. Noch ehe Reagan mit der Augenbraue runzelt, werfen sich die Volksvertreter in den Staub (oder hat er schon runzeln lassen?). Görlach (SPD) kann sich, so wörtlich, „nicht verkneifen" (die Schadenfreude!), die neueste dpa-Meldung den Abgeordneten zur Kenntnis zu geben: Hoimar von Ditfurth hat angekündigt, alle Wahlkampfveranstaltungen mit den Grünen abzusagen, falls sie Schwalba-Hoth nicht binnen 24 Stunden „rausschmeissen". Schließlich gelingt es Roland Kern (Grüne), wenigstens ein paar Sätze dazu übers Mikrofon zu bringen. Kern hält die Ausgabe der „Frankfurter Rundschau" vom 4.8. hoch. Schlagzeile links oben: *„USA bereiten ‚Ernstfall' vor — Landemanöver in Honduras geplant"* und rechts oben: *„Grüner spritzte Blut auf einen US-General"*. **„Denken sie mal nach"**, sagt er und geht.

Es ist absehbar, und Ditfurths Schnellschuß kündigt das bereits an, daß die Aktion, die von der Landtagsgruppe geschlossen getragen wird, heftigen Widerspruch auch innerhalb der Grünen und ihrer Wählerschaft auslösen wird. Daran merkt man, daß es eine gute Aktion war. Aktionen, die von allen gutgeheißen werden, aber die Gehirnmasse im Zustand absoluter Trägheit konservieren, haben wir innerhalb der Friedensbewegung im Übermaß.

Woher eigntlich der Widerspruch? Schließlich handelte Schwalba-Hoth bis zum I-Tüpfelchen innerhalb dessen, was als „gewaltfreie symbolische Aktionen" allerorten hochgelobt wird. Freilich hat die Symbolik d i e s e r Aktion nicht etwas Schönes, Liebes, Versöhnliches aufgedeckt, wonach große Teile der Friedfertigen so beständig lechzen, dieses neue Bedürfnis, das die Kirchentage überschwemmt. Sondern hier ist etwas Häßliches, in der Tat Abscheuliches, Gemeines ans Licht gezerrt worden: Daß diese Uniformen von Blut befleckt sind. Daß es bald auch unser eigenes sein könnte. Daß die Uniform-Träger Massenmörder sind.

Ob das große Harmonie-Bedürfnis dieser unserer Bürger in diesem unserem Land eine solch ekelhafte Wahrheit aushält? Wie auch immer: Sie muß in die Ohren hineingeschrieen werden, auch in die ökopax-verklebten.

ein Arbeiterparadies?

Man sollte doch annehmen, daß der Redaktionsstab von Springers BILD aufgrund seiner jahrzehntelangen Erfahrung ein unschlagbares Meisterteam in Sachen antikommunistischer Hetze ist. Manchmal fällt dennoch ein Eigentor, wie das hier dokumentierte aus der BILD vom 1.7.83. Die DDR ist also ein Land, wo die Leute nicht einfach en masse nach rein ökonomischen Gesichtspunkten gefeuert werden, sondern wo man lieber mal ein paar Menschen weiter mitschleppt, die man eigentlich auch entlassen könnte. Während der Arbeitszeit wird stundenlang herumgegammelt und gebummelt. Einkaufen während der Arbeitszeit ist schon eine Selbstverständlichkeit. Wer Glück hat, kann auch noch ein, zwei zusätzliche Tage pro Woche blau machen. Muß da nicht alle fleißigen bundesdeutschen Arbeiter, die so etwas in ihrem Lieblingsblatt lesen, das blanke Entsetzen befallen angesichts von soviel provozierender Gemütlichkeit und Mißwirtschaft bei unseren Brüdern und Schwestern?

„DDR": Arbeitslose kriegen 10 Mark am Tag

In der „DDR"-Verfassung ist das Recht auf Arbeit niedergelegt. Aber: In mehreren Städten der „DDR" gibt es bereits amtlich registrierte Arbeitslose, die vom Kreis mit 10 Mark pro Tag bezahlt werden.

Viele „DDR"-Bürger werden beschäftigt, obwohl sie gar keine sinnvolle Arbeit mehr haben.

● Im Potsdamer Film-Museum zum Beispiel verkauft ein Angestellter die Eintrittskarten, ein zweiter kontrolliert sie, ein dritter entwertet sie, und ein vierter zeigt dem Besucher, wo's langgeht.

● **In Hunderten von Betrieben wird während der Arbeitszeit Skat gespielt oder stundenlang Mittagspause gemacht, weil es zu wenig Arbeit gibt.** Einkaufen zur Arbeitszeit ist in weiten Teilen der Wirtschaft schon zur Regel geworden.

● Kraftfahrer können häufig schon ab Donnerstag nachmittag ins Wochenende gehen, weil sie die zugeteilte Benzinration verfahren haben. Dadurch gerät auch der Nachschub mit Materialien für die Industrie häufig ins Stokken. **Viele Fabriken müssen ein oder zwei Tage Pause machen, weil nötige Zulieferungen fehlen.**

Bremens SPD plant Verschärfung des § 218

Die Bremer SPD, die sich bisher immer als wortgewaltiger Verteidiger der jetzigen ‚liberalisierten' § 218-Regelung hervorgetan hatte, hat es jetzt geschafft, sich als Vorreiter einer Verschärfung der § 218-Praxis zu profilieren: was von konservativer und kirchlicher Seite schon seit langem gefordert wird, die Verschärfung des § 218 über den finanziellen Weg, setzt die SPD durch.

Die Pro Familia bekam Anfang Juni einen Brief von Gesundheitssenator Brückner, in dem ihr mitgeteilt wurde, daß die bremische SPD-Regierung nur einen Teil der §-218-Beratungskosten des laufenden Jahres — nämlich 81.000 DM der von Pro Familia veranschlagten 125.000 DM — und für 1984 gar nichts mehr übernehmen werde.

Für Pro Familia bedeutet das, daß sie ab September '83 keine § 218-Beratungen mehr durchführen kann. Das hätte mehrfache Konsequenzen: gesetzlich sind diese Beratungen vorgeschrieben (Zwangsberatungen); ohne sie kann eine Frau nicht legal abtreiben.

Wenn aber die Möglichkeit der Beratung bei Pro Familia nicht mehr besteht — immerhin werden dort etwa 80% aller § 218-Beratungen in Bremen durchgeführt —, heißt das, daß die Frauen zum „Beratungs-Tourismus" gezwungen werden. Das heißt, sie müssen in ein anderes Bundesland fahren, um sich eine Notlagen-Indikation bescheinigen zu lassen. Eine andere Möglichkeit wäre, daß die Frauen, die zu einer § 218-Beratung kommen, die Kosten selber tragen. Abgesehen davon, würde sich Pro Familia dadurch strafbar machen, denn die Bremer Richtlinien schreiben vor, daß die Beratungen kostenlos sein müssen.

Der ganze Vorgang ist in der Tat erstaunlich: in einer politischen Situation, wo CDU und Kirchenkreise zum großen Halali gegen die Notlagen-Indikation blasen, dreht die SPD das Rad zurück.

In Bremen bestand bisher trotz der Mini-Reform des § 218 mit der hiesigen Pro Familia-Stelle für die Frauen eine relativ erträgliche Möglichkeit der Schwangerschaftsberatung und des Abbruchs. Gerade die Bremer SPD hat sich oft mit diesem Modell gebrüstet; z.B. äußert sich ausgerechnet Brückner in seinem Erfahrungsbericht zur Anwendung des § 218 in Bremen sehr positiv.

Auch im Bundestagswahlkampf, der ja auch noch nicht so lange zurückliegt, hatte sich die SPD den Kampf gegen eine Verschärfung des § 218 auf die Fahnen geschrieben. Aber wo ist eigentlich der große Unterschied, wenn die CDU und die katholische Kirche die Kosten des Abbruchs den Frauen aufladen wollen, weil die Krankenkassen sie nicht mehr finanzieren, und in Bremen die SPD-Regierung die Kosten der Zwangsberatung nicht mehr tragen will?

Wahrscheinlich ist das der soziale und demokratische Weg zur Verschärfung des § 218.

Gleichzeitig kann sich Gesundheitssenator Brückner nicht genug entblöden, in einer Juni-Ausgabe des „Stern" als edler Kämpfer gegen die durch die CDU betriebene Verschärfung des § 218 aufzutreten. Die Mittel-Kürzung für Pro Familia paßt da natürlich schlecht ins Bild. Deshalb behauptete Brückner auf einer Pressekonferenz, Bremen habe die Pro Familia in den vergangenen Jahren „ungewöhnlich hoch und großzügig" gefördert. Die 81.000 DM seien völlig ausreichend. Den Vorwurf der Pro Familia, Bremen wolle die Reform des § 218 über die Reduzierung der Finanzen zurückdrehen, nannte Brückner „absurd und polemisch", um zugleich noch auf die weiteren Möglichkeiten der § 218-Beratung in Bremen (Gesundheitsamt, evangelische und katholische Dienste ...) hinzuweisen. Daraus zog er den Schluß, daß die Frauen in Bremen „ausreichende Möglichkeiten für Beratung und Abbruch haben". Da fragt frau sich: was will uns der Autor sagen? Sollen wir vielleicht doch lieber zur kirchlichen Beratung ...?

Die Tatsache, daß für 1984 überhaupt noch keine Haushaltsmittel für Pro Familia zur Verfügung stehen, bestätigte er zwar, ließ aber durchblicken, daß sich das, wenn es nach seinem Willen geht, ändern solle. Interessant sind in diesem Zusammenhang noch einige Presseerklärungen verschiedener Gruppen. Sowohl die Betrieblich-Alternative Liste (BAL) als auch die Grünen und die Liberalen Demokraten (LD) fordern den Senat auf, die Kürzung der Mittel für Pro Familia in diesem Jahr und die Streichung für 1984 zurückzunehmen.

Während die BAL die Vorgänge als „einen skandalösen Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht der Frauen" bezeichnete, steht bei den Grünen im Mittelpunkt, daß *„die SPD immer wieder mit einer gewiß notwendigen Sparpolitik zuerst bei denen ansetzt, die sich in akuten Notlagen befinden."* (Hervorh. d. V.) Die LD gehen noch ein paar Schritte weiter und jammern darüber, daß durch die finanziellen Einschränkungen bei der Beratung *„unter Umständen soziale Folgekosten entstehen (können), die ein Vielfaches der gestrichenen Mittel betragen."*

Der zentrale Punkt ist eben gerade, daß durch diesen Akt der SPD-Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Frau noch weiter eingeschränkt werden soll. Um die bestehende, unzureichende Notlagen-Indikation, die nur ein Zugeständnis an die Frauenbewegung in den 70er Jahren war, auszuhöhlen, braucht mann noch nicht mal eine Gesetzesänderung — nur „Sparmaßnahmen". Das zeigt zugleich auch, daß unser Kampf sich nicht auf eine „Reformierung" des § 218 richten darf, denn die stellt Abtreibung trotzdem unter Strafe, eben nur mit ein paar „Ausnahmen", die willkürlich gehandhabt werden können. Es reicht deshalb auch nicht, sich nur gegen die geplante V e r s c h ä r f u n g des § 218 zur Wehr zu setzen. Unser Ziel muß die ersatzlose Streichung des § 218 bleiben.

KB/Gruppe Bremen

Die Gefahr für die ausländische Linke wächst:

Zimmermann will die türkischen KZ's füllen

Innenminister Zimmermann ist ein Politiker, der offen ausspricht, was er denkt. Die Gewißheit über seine Absichten verringern aber keineswegs die Gefahren, die von einem Polizeistaatsminister seines Kalibers für die ausländische und deutsche Linke ausgehen. Wenn Zimmermann in der Türkei völlige Übereinstimmung mit der faschistischen Militärjunta in Fragen der Sicherheitspolitik verkündet, dann sollte uns das eine entsprechende Warnung sein.

Schon das letzte Treffen des türkischen Außenministers Türkmen mit Zimmermann Anfang Februar 83 in Bonn hatte handfeste Folgen: Am 9. Februar wurde schlagartig das Verbot der linken türkischen Organisationen Dev-Sol und Halk-Der verkündet und vollzogen. Die rechtsradikale türkische Zeitung ‚Tercüman' hatte schon eine Woche vorher entsprechend berichtet: „*Wie mitgeteilt wurde, denkt man an harte Maßnahmen gegen die erwähnten (radikalen linken) Organisationen schon in nächster Zeit. Wie es heißt, wurden zur Verhinderung der illegalen Aktivitäten der türkischen Terroristen in Deutschland Gespräche mit den Zuständigen aus der Türkei geführt.*" (1)

Zimmermanns Besuch in der türkischen Hauptstadt Ankara hatte zwei Themenschwerpunkte:

— In der Frage der geplanten Verschärfung des Ausländerrechtes (z.B. Verringerung des Nachzugsalters für Kinder ausländischer Arbeiter auf 6 Jahre) bestehen Differenzen zwischen den Regierungen. Die Türkei hat großes Interesse, daß die ca. 1,8 Mio. türkischen Arbeiter in der BRD bleiben können, weil das den türkischen Arbeitsmarkt entlastet und weil die Devisenübertragungen der Arbeiter auf Konten in der Türkei die Zahlungsbilanz des Landes enorm entlasten. Darüberhinaus sind die geplanten Verschärfungen eine willkommene und billige Gelegenheit für die Militärregierung, sich als „Interessenvertreter" der türkischen Arbeiter in der BRD aufzuspielen. In dieser Frage war keine Einigkeit herzustellen. Zimmermann ließ keinen Zweifel daran, daß er sich nicht von den vorgesehenen gesetzlichen Verschärfungen abbringen lassen wird.

— Umso mehr wurde die vollkommene Übereinstimmung zwischen Bonn und der faschistischen Militärregierung in der Unterdrückung der türkischen Linken hervorgehoben: „*Im Arbeitszimmer seines türkischen Kollegen Cetiner nannte Zimmermann als möglichen Übereinstimmungspunkt ausdrücklich ... die Sicherheitspolitik. Hierzu zählen die Bekämpfung des Terrorismus und des Rauschgifthandels.*" (2) Cetiner bedankte sich bei Zimmermann nochmals für das Dev-Sol-Verbot.

Verbote ...

Es muß schon in nächster Zeit mit weiteren Verbotsmaßnahmen der Bundesregierung gegen linke türkische Organisationen gerechnet werden. Die türkische Regierung spricht in diesem Zusammenhang von ca. 60.000 - 70.000 türkischen „Extremisten", die z.Zt. in der BRD leben. Diese Zahl übertrifft noch entsprechende Behauptungen des Verfassungsschutzes, der die türkischen „Extremisten" mit ca. 53.000 bziffert. Gemeint sind damit von beiden Seiten offensichtlich a l l e Menschen aus der Türkei und aus Kurdistan, die hier gegen die Militärjunta protestieren und sich für ihre eigenen Rechte einsetzen, sowie alle, die damit irgendwie sympathisieren.

Zimmermann und Cetiner einigten sich offiziell auf eine „verstärkte Kontrolle" dieser Gruppe, Verbote dürften aber ebenfalls anstehen und vorbereitet werden. Darüberhinaus plant die Bundesregierung, Ausländer wegen „extremistischer Betätigung" grundsätzlich ohne gerichtliche Prüfung abzuschieben (siehe Kasten).

Vervollständigt wird die deutsch-türkische Menschenjagd durch die geplante Reise der Bundesgrenzschutzführung nach Ankara und ein Treffen von „Antiterror-Spezialisten" im Herbst dieses Jahres. (3) Man muß davon ausgehen, daß als Ergebnis dieses Treffens weitere Repressionsmaßnahmen, vor allem gegen Flüchtlinge, herauskommen werden.

... und Auslieferungen

Verstärken wollen die Militärjunta und Zimmermann ihre Bemühungen um die Auslieferung von Regimegegnern, die die Militärjunta besonders sucht. Schon bisher lagen der Bundesregierung aus der Türkei ca. 135 Auslieferungsersuchen gegen Linke vor. Davon wurden bisher nur 32 abgelehnt, 38 aber akzeptiert und der Rest noch nicht entschieden (4). Zimmermann nahm in Ankara weitere 180 Anträge entgegen und sagte deren schnelle Bearbeitung und beschleunigte Auslieferungen zu.

Tatsächlich spielen die Auslieferungen bei der Verfolgung der türkischen Opposition z.Zt. eine herausragende Rolle: Denn nach dem „Internationalen Rechtshilfegesetz" ist sogar ein Asylberechtigter nicht vor der Auslieferung geschützt, wenn ihm ein „kriminelles" Delikt vorgeworfen wird. Die einzigen Hürden, die rechtlich bestehen, sind das Verbot der Auslieferung, wenn eine Todesstrafe droht oder wenn keine Zusicherung besteht, daß der Betroffene nur wegen der im Antrag genannten Gründe vor Gericht gestellt wird.

Die BRD und die türkische Militärregierung beabsichtigen nun, das Instrument der Auslieferung massenhaft gegen die türkische Linke anzuwenden, denn auf diese Weise können langwierige Asylverfahren und sogar die bereits erfolgte Anerkennung als Asylberechtigter ignoriert werden.

Cemal Kemal Altun

Besondere Bedeutung hat in dieser Auseinandersetzung der Fall von C.K. Altun, dem von türkischer Seite zunächst „Anstiftung zum Mord" (worauf die Todesstrafe steht), dann korrigiert, nur noch „Strafvereitelung" vorgeworfen wurde (siehe AK 235). Das Berliner Kammergericht und die Bundesregierung stimmten seiner Auslieferung im Februar 83 zu. Seitdem hängt das Leben von C.K. Altun am seidenen Faden: Nur durch umfangreiche Proteste aus dem In- und Ausland und durch eine Beschwerde vor der europäischen Menschenrechtskommission konnte seine täglich mögliche Auslieferung bisher aufgeschoben werden.

Die Bundesregierung ist nun aber entschlossen, weder den Ausgang des von Altun angestrengten Asylverfahrens noch die endgültige Entscheidung der europäischen Menschenrechtskommission abzuwarten. Dies geht aus Gesprächen hervor, die Altuns Anwalt und eine Protestdelegation im Bundesjustizministerium führten. (5) Die Bundesregierung beabsichtigt damit, einen Präzedenzfall zu schaffen und so den Weg für weitere Auslieferungen frei zu machen. Mindestens 15 weitere Menschen aus der Türkei befinden sich schon jetzt in einer rechtlich ähnlichen Situation und bei der Fülle weiterer Auslieferungsersuchen werden es sicher bald noch mehr sein. (6) Interessant ist dabei, wie die Bundesregierung argumentiert: In Gesprächen mit der türkischen Regierung sei Bonn versichert worden, daß für Altun eine Freiheitsstrafe von 4 - 5 Jahren anstehe, von einer Todesstrafe könne nicht die Rede sein. Auch Folterungen seien auszuschließen, da die Zusicherung bestehe, daß Angehörige der deutschen Botschaft in Ankara Altun in der Haft besuchen können. Außerdem sei schon durch die bisher laut gewordenen Proteste ein Schutz seiner Person gegeben.

Auf diese Weise werden aus Protesten gegen eine Auslieferung zusätzliche Gründe d a f ü r gemacht. Auch der „Beistand" der deutschen Botschaft dürfte für C.K. Altun kein Schutz sein: Gerade die deutsche Botschaft hat sich seit langem durch absolut verharmlosende bis rechtfertigende Stellungnahmen zur Unterdrückung in der Türkei hervorgetan. Es wurde auch keine Besuchsmöglichkeit für die Dauer der Untersuchungshaft in den Kerkern der türkischen Polizei zugesagt. Dies ist bekanntlich der Ort, wo sämtliche Gefangene in der Türkei — auch „unpolitische" — systematisch gefoltert werden.

Quellen:

1) Tercüman, 2.2.83
2) Taz, 20.7.83
3) Taz, 22.7.83
4) Tercüman, 22.7.83
5) Taz, 18.7.83
6) Taz, 1.8.83

Türkei:

8000 politische Gefangene im Hungerstreik

Am 7. Juli 83 traten in den Istambuler Militärgefängnissen Metris, Sultanahmet, Kabakoz und Sağmalcilar 2.500 politische Gefangene in einen unbefristeten Hungerstreik. Um den Widerstand der Gefangenen zu brechen, ist die Militärjunta dazu übergegangen, diejenigen Gefangenen, die sie als „Rädelsführer" betrachtet, einer gesonderten Behandlung zu unterziehen.

Aus anderen Militärgefängnissen aussortierte Häftlinge wurden am 4. Juli in das neue Isoliergefängnis in Sağmalcilar verlegt. Dort erwartete sie — im Gegensatz zu der bisher eher lagerartigen Unterbringung — Einzel- und Zweipersonenhaft. Die Gefangenen sollten gezwungen werden, Einheitskleidung zu tragen.

Schon bei der Verschleppung der Gefangenen in das neue Gefängnis begann ihr Widerstand. Sie weigerten sich, die Einheitskleidung anzuziehen. Die Militärs reagierten mit Schlägen und Folterungen.

Drei Tage später begann der Hungerstreik. Er hat sich seitdem auf die Gefängnisse in Izmir, Mamak, Canakkale, Bartin, Corum und Diyarbakir ausgedehnt. Die Zahl der Hungerstreikenden liegt derzeit bei 8.000.

Ihre Forderungen lauten:

— *Rücknahme der Anstaltskleidung und Rückgabe der Zivilkleidung;*
— *Beendigung von Folter und Unterdrückung, Rücknahme aller Verbote (Anwalts- und Familienbesuch, Freigang, Zeitungen, Bücher, Papier, Stifte);*
— *Aufhebung des mit Folterabsicht errichteten Zellensystems — für das Prinzip der Gemeinschaftszellen;*
— *Gewährung aller Rechte der politischen Inhaftierten.*

Die gesundheitliche Lage der Gefangenen ist sehr ernst. Viele wurden schon in Krankenhäuser eingeliefert, von einem, Irfan Ördek, der in das Gerichtsmedizinische Institut eingeliefert wurde, muß befürchtet werden, daß er schon tot ist. Immer wieder werden Gefangene von den Militärs geschlagen, jede Stunde wird über Lautsprecher verkündet: „Auch wenn alle sterben sollten, werden wir keine eurer Forderungen erfüllen." Nach außen versucht die Militärjunta, den Hungerstreik totzuschweigen. Erst Ende Juli berichtete AP über den Hungerstreik.

Mutige Aktionen der Angehörigen

Zahlreiche Familienangehörige der Gefangenen kommen täglich zu den Gefängnismauern, um die Hungerstreikenden zu unterstützen. Auch gegen sie geht das Militär mit Drohungen und Prügel vor. Trotzdem stellten die Angehörigen eine Delegation zusammen, die mit Bussen nach Ankara fuhr, um dort mit der Regierung zu sprechen. Sie wurden nicht vorgelassen. Stattdessen wurden mehrere Männer und Frauen verhaftet. In der vergangenen Woche wurden weitere 102 Familienangehörige verhaftet, als sie bei der Istambuler Kriegsrechtskommandantur vorsprechen wollten. Von ihnen sind noch immer acht Personen inhaftiert.

Daß es angesichts der extremen Unterdrückung, die die türkische Militärjunta gegen die fortschrittliche Bewegung in der Türkei praktiziert, zu solchen öffentlichen Protestaktionen kommt, zeugt von dem großen Kampfeswillen und Mut der Angehörigen. Beachtlich ist auch, daß die Erklärung der Hungerstreikenden von den Gefangenen aus 21 linken Organisationen unterzeichnet worden ist.

Obwohl der Hungerstreik nun schon länger als einen Monat andauert und die Gefangenen entschlossen sind, ihn auch bis zum Tode fortzusetzen, ist das Aufsehen in der internationalen Öffentlichkeit keineswegs sehr groß.

In Bonn begann am 30. Juli ein Solidaritätshungerstreik mit ca. 150 Teilnehmern. Weitere Hungerstreiks finden in Basel, Bern und Kopenhagen statt.

Insgesamt muß es aber die dringende Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte in der BRD sein, dem aktuellen Kampf der politischen Gefangenen in der Türkei mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen.

Letzte Meldung

Nach 28 Tagen wurde der Hungerstreik im Metris-Gefängnis, dem größten Militärgefängnis in Istanbul, am 6.8. abgebrochen. Wie ein Angehöriger der politischen Gefangenen erklärte, ist es den Militärbehörden gelungen, die Front der Häftlinge zu spalten. In mehreren Städten Dänemarks, der Schweiz, Frankreichs und der BRD befinden sich seit dem 5.8. zum Ausdruck der Solidarität mit ihren inhaftierten Landsleuten mehrere hundert Türken im Hungerstreik (AFP).

Aktuelle Informationen über den Hungerstreik gibt es bei der:

**Informationsstelle Türkei
Schildergasse 101 a, 5 Köln 1,
Telefon 0221/240 18 20**

Innenminister und Verfassungsschutz
Seit Jahren Hetze und Verbotsdrohungen gegen ausländische „Extremisten"

Demokratische und fortschrittliche Organisationen der Ausländer werden von der Bundesregierung und dem Verfassungsschutz regelmäßig als „extremistisch" verleumdet und von der Innenministerkonferenz mit dem Verbot bedroht.

Wenn „Extremismus" als Ausweisungsgrund in das Ausländergesetz Eingang findet, sind 122.100 Ausländer mit Ausweisung bedroht! (Nach VS-Bericht 82)

Die pauschale und antidemokratische Anwendung des Extremismusbegriffs wird an folgenden Beispielen deutlich:

— Demokratische Proteste gegen Folterregime und Militärdiktaturen sind „extremistisch":

„*Die Angriffe der ‚Neuen Linken' richteten sich nach wie vor gegen den ‚Faschismus', die ‚Militärjunta' in der Türkei,... Höhepunkt der Kampagne gegen die Militärregierung bildete die Demonstration am ersten Jahrestag der Machtübernahme durch das türkische Militär (12.9.) in Duisburg. Dort demonstrierten mehr als 15.000 bis 20.000 türkische Anhänger linksextremistischer Organisationen... gemeinsam mit deutschen Linksextremisten.*" (VS-Bericht 1981)

In gleichem Maße zynisch und antidemokratisch ist auch, daß Hungerstreiks türkischer und kurdischer Oppositioneller gegen Folter und Hinrichtungen in ihrer Heimat in den VS-Berichten als „sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen" vermerkt werden.

— In anderen europäischen Ländern parlamentarisch vertretene und staatstragende Parteien wie die PCI, KKE, PCE sind laut Verfassungsschutz „extremistisch".

— Türken und Griechen sind „extremistisch". Auf Seite der Griechen wird behauptet, daß der „Verband Griechischer Gemeinden" orthodox-kommunistisch beeinflußt sei. Der VS errechnet daher, daß 11 % der griechischen Wohnbevölkerung Anhänger von „Extremisten" sind.

Die größte Gefahr solle aber von den Türken ausgehen. „*Polarisierung, Gewaltbereitschaft, die stetige Zunahme der Mitgliederzahlen..., Re-Islamisierung und ein heftiger und schwer disziplinierbarer Volkscharakter bilden eine hochbrisante Mischung*". (VS-Bericht 1980 nach FAZ, 10.6.80)

Mit derart rassistischen Sprüchen begründet der Staatsschutz, warum praktisch jede politische Betätigung von Türken als „Sicherheitsgefährdung" angesehen wird. Die Hetze läuft darauf hinaus, den Ausländern die „Reife" und „demokratische Einstellung" pauschal abzusprechen und so ihre völlige Entrechtung zu begründen.

— Der Schutz vor faschistischen Überfällen und ihre Anklage ist laut VS „extremistisch":

Regelmäßig findet sich in den VS-Berichten des Bundes und der Länder die Behauptung, daß die linken türkischen Extremisten viel gefährlicher als die faschistischen „Grauen Wölfe" seien, ja daß die Anschläge und Morde der „Grauen Wölfe" eine Erfindung der Linken seien.

„*Nach Meinung der Verfassungsschützer kamen aus diesem (linken) Block die ersten Aggressionen. Es sei der Linken gelungen, die Nationalisten in der Öffentlichkeit als Faschisten und ‚reißende Wölfe' hinzustellen.*" (HAB, 12.2.80)

SPD und Türkei-Solidarität:

Spekulation mit der Vergeßlichkeit

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Auslieferung türkischer und kurdischer Genossen an die Militärjunta und die Solidaritätskampagne für die hungerstreikenden Gefangenen wird von einigen „linken" SPD-Politikern genutzt, um sich als unbestechliche „Demokraten" aufzuspielen. Hier sollen die Äußerungen dieser SPD-Politiker ihren früheren gegenübergestellt werden.

H.-J.Wischnewski 1983: „*Einer der für Außenpolitik zuständigen Fraktionssprecher der SPD, Wischnewski, protestierte im Namen seiner Partei gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und nannte die angebliche Demokratisierung durch die Generäle ‚Schall und Rauch' angesichts der Verhältnisse im Lande.*" (1)

1980 gehörte Wischnewski zu den Regierungspolitikern, die den Militärputsch offensiv rechtfertigten: „*Wischnewski wies ... darauf hin, daß schon seit längerer Zeit in einigen Regionen der Türkei der Ausnahmezustand herrsche. Dennoch sei es aber auch der jetzt abgesetzten Regierung nicht gelungen, mit dem politischen Terrorismus fertig zu werden ... Er habe die Hoffnung, daß die herrschenden Militärs in der Türkei so schnell wie möglich zur Demokratie zurückkehrten. Man könne sie nicht mit Militärdiktaturen in Lateinamerika vergleichen, der herrschende Mann in der Türkei sei kein Pinochet ...*" (2)

Damit war Wischnewski sich mit Matthöfer, Willy Brandt und Helmut Schmidt einig:

H.Schmidt, Januar 1981: „*Die Türkei hat im vergangenen Jahr erhebliche Fortschritte in der Bekämpfung des politischen Terrors gemacht.*" (3)

H.Matthöfer, 12.9.1980: „*Die Türkei bleibt für uns ein wichtiger internationaler Bündnispartner.*" (4)

K.v.Dohnanyi, Dezember 1980: Als Staatsminister im Auswärtigen Amt erklärte v.Dohnanyi vor dem Bundestag, die Militärhilfe müsse aus sicherheitspolitischen Erwägungen fortgesetzt werden. Man solle und wolle „*der türkischen Regierung eine Chance geben.*" (5)

Karsten Voigt, März 1981: Der „linke" SPD-Abgeordnete Voigt nahm im März 1981 an einer Bundestagsdelegation teil, die in die Türkei reiste, um die zunehmenden Proteste gegen die Unterstützung der Militärjunta durch die BRD zu beschwichtigen. Voigt und Peter Corterier (SPD) trugen das offiziel-

Fortsetzung nächste Seite

Polen, Millionen und die „neue Ostpolitik“

Wie vielfach erwartet wurde, hat die polnische Regierung das Kriegsrecht durch den Sejm aufheben lassen und den ,,Militärrat der nationalen Errettung'' aufgelöst. Symbolträchtig wurde der 22. Juli für die Aufhebung des Kriegsrechtes gewählt: Am 22. Juli 1944 wurde das Lubliner Manifest proklamiert, das als Grundlage des heutigen Polens gilt. Hinter dem Pathos steht allerdings wesentlich Nüchterneres. Das Kriegsrecht wird tatsächlich im doppelten Sinne aufgehoben und nicht beseitigt. Es wird ersetzt durch eine Reihe repressiver Gesetze, die den Kriegszustand sozusagen in die Normalität integrieren, und eine Verfassungsänderung, die Polen nun den ,,Ausnahmezustand'' beschert. Bislang kannte die polnische Verfassung nur den ,,Kriegszustand'', den Jaruzelski für seinen Ausnahmestaat bemühte. Als Errungenschaft verbuchen darf die Verfassung nun gleich drei: den ,,Zustand des Krieges'' (im eigentlichen Sinne), den ,,Kriegszustand'' bei äußerer und/oder innerer Bedrohung und eben den ,,Ausnahmezustand'' (FAZ, 15.7.). Walesa sprach sicherlich einem Großteil der Solidarnosc aus der Seele mit der Äußerung: würde er wählen können zwischen Kriegsrecht und den neuen Gesetzen, entschiede er sich für ersteres (FAZ, 20.7.). Allerdings ist die formale Ersetzung des Kriegsrechtes durch ordentliche Gesetze nur eine Seite des Vorgangs. Zum einen bekommt Polen damit repressive Gesetze, wie alle RGW-Staaten sie kennen, zum anderen wird damit eine bestimmte Stufe der Normalität signalisiert, die nicht nur und nicht einmal wesentlich Propaganda ist.

Normalisierung nicht nur nach innen, gegen das eigne Volk, sondern mehr noch: Normalisierung in den Beziehungen zum Imperialismus. Dies verdient unbedingt Beachtung. Zum Teil ist diese Normalisierung von widerwärtigen Verrenkungen begleitet. So wenn der polnische Regierungssprecher Urban den neuen Notstandsparagraphen als normal verteidigt und dabei ,,vor allem auf südamerikanische Beispiele'' hinweist (FAZ, 15.7.). Wenn man die Bilanz aus eineinhalb Jahren polnischem Kriegsrecht zieht, so kann man bei aller Abscheu vor dem Militärrat die gravierenden Unterschiede zu den meisten westlichen Ausnahmestaaten nicht übersehen: Das polnische Regime diente nicht der physischen Vernichtung seiner Gegner, es nahm nicht blutige Rache wie a l l e bürgerlichen Regimes seit der Niederwerfung der Pariser Commune 1871. Keine Todesurteile, keine Todesschwadronen. Polen blieb selbst unter Kriegsrecht wesentlich humaner als manche westliche Demokratie im Normalzustand. Oder andersherum gesagt: Um solche Vorgänge wie in Krefeld und Wuppertal zu ermöglichen, braucht man in Polen erst den Kriegszustand.

Comeback der Entspannungspolitik?

Zeitgleich mit dem Papstbesuch in Polen und der Aufhebung des Kriegsrechtes laufen bemerkenswerte Veränderungen der NATO-Politik ab. Da taucht das Hilfsprogramm für die polnischen Bauern auf, das seit mindestens einem Jahr mit Reagan und Genscher koordiniert wird (FAZ, 15.7.). Da reist Strauß ,,privat'' nach Polen und gibt plötzlich ganz neue Töne von sich: er sprach sich für Wirtschaftshilfe aus, verkündete den Eindruck einer Konsolidierung des Landes und erklärte, er wolle nun *,,zu einer objektiven Einschätzung der Lage in Polen''* beitragen; im Westen würde doch vieles übertrieben ... Strauß — d e r Repräsentant des radikalen Boykott-Flügels der Bourgoisie, jemand, der wie kein anderer für wilde Tiraden gegen Ostkredite, gegen den ,,Moskau-Flügel der SPD'' usw. steht, derselbe vermittelt nun Milliardenkredite an die DDR, spielt sich als Vermittler mit Polen auf, revidiert mal eben, als wäre das nichts, die Sanktionspolitik gegen den polnischen Staat. Das ist beileibe kein Alleingang eines alt und friedlich werdenden Kämpen oder ähnliches. Sondern diese betont friedliebende Haltung steht ganz im Einklang mit einer propagandistischen Offensive der CDUFDP-Regierung, die so plötzlich kam, daß selbst die FAZ — sonst der Bonner Politik mindestens eine Woche voraus — durcheinander kam. Als Genscher kürzlich den Genfer ,,Waldspaziergang'' öffentlich erwähnte und vom möglichen Verzicht auf die Pershing II sprach, da erklärte die FAZ dies zu einer Aufweichung der Bonner Haltung, die ein klares Kanzlerwort erfordere. Nun der Kanzler sprach und zwar so:

,,Da ... war vor einem Jahr der sogenannte Waldspaziergang. Das Thema wurde nicht vertieft. ... Das muß in Genf versucht werden. Ich will noch einmal wiederholen: Das muß in Genf geprüft werden'' (FAZ, 23.7.). Zwar hat Regierungssprecher Boehnisch diese Äußerungen prompt ,,erläutert'': sie würden am ,,Nachrüstungs''-Fahrplan gar nichts ändern; zwar sprach sich Dregger erneut für die ,,Mixbewaffnung'', d.h. Cruise Missiles plus Pershing II, aus. Aber es kann nicht übersehen werden, daß Kohl & Co ein Stückchen Entspannungspolitik spielen, wobei wir sicher nicht irren. daß
Stückchen Entspannungspolitik spielen, wobei wir sicher nicht irren, daß
dies wesentlich dazu dient, dem Iwan das Scheitern dieser künstlich gezüchteten Hoffnungsblüten anzudichten.

Allerdings nicht nur das. Es wird eine neue Strategie sichtbar, die überaus gefährlich ist. Im Windschatten der NATO-Aufrüstung wird die ,,Deutsche Frage'' wieder aufgeworfen. Kohl sprach diese in Moskau an, und die FAZ vermerkte, daß keine Reaktion aus der DDR erfolgte. Die FAZ verknüpfte damit den Verdacht, es könnte sich vielleicht in dieser Frage etwas bewegen. Nicht minder denkwürdig Herr Bahr, der im ,,Stern''-Interview beide deutsche Staaten zu ,,Geiseln der Supermächte'' erklärte, daraus eine Wiederbelebung der ,,Deutschen Frage'' ableitete und ausführte, er wisse, das dies **weder** die DDR- **noch** die westdeutsche Regierung öffentlich zugeben würden.

Darüber rumzuspekulieren bringt sicher wenig ein. Bemerkenswert ist dennoch, was und vor allem wie als deutsche Interessen ins Spiel gebracht wird. Es war den Kapitalisten immerhin wertvoll genug, die CSU und Strauß im Besonderen einen nicht unerheblichen Preis zahlen zu lassen. Der CSU-Parteitag zeigte ja deutlich, daß die jahrelang aufgeputschte Basis den Schwenk zur deutschnationalen Entspannungspolitik nicht ganz versteht und darin ein Umschwenken auf die jahrelang befehdete Außenpolitik der SPD sieht. Daß dies alles zeitgleich mit dem Papstbesuch und der Aufhebung des Kriegsrechtes in Polen geschieht, ist nicht zufällig, denn Polen bestimmte neben Afghanistan wesentlich die antisowjetische Propaganda. Insofern gehört die Aufhebung des Kriegsrechts tatsächlich zu den Voraussetzungen der Bonner Kampagne.

Noch sind die eigentlichen Hintergründe nicht deutlich. Aber es ist schon anzunehmen, daß Kohl, Strauß, der Vatikan, Reagan und was sonst noch mitmischt, nicht grundlos wichtige ideologische und ökonomische Positionen gegen die SU aufgeben. Die orakelhaften Andeutungen der Bonner Rechtskoalition, die DDR und der Ostblock insgesamt würden den Kredit an die DDR noch rechtfertigen durch entsprechendes Entgegenkommen, verheißen wenig gutes.

J./ Hamburg

Der Papst in Polen - Nachrüstung katholisch

,,Das Aufbegehren der polnischen Nation kann ebenso wie das Nachdenken der Deutschen über ihre Identität und Selbstbestimmung das Übergewicht von SS-20 Raketen zu einem Teil aufwiegen.'' **So schrieb die ,,Frankfurter Allgemeine'' und machte damit deutlich, welche eminente Bedeutung der Papst für die NATO hat. Die Katholische Kirche verlor in den letzten Jahrhunderten ihre Herrschaft über Europa. Über ganz Europa? Nein, in Polen blieb die Zeit stehen. Da umjubeln Millionen den Papst, den Pontifex Maximus, den ,,größten Sohn seines Volkes'', den geheimen König. Nur in Polen ist es möglich, daß wie nach einem Fantasy-Roman der legitime Herrscher aus dem Exil zurückkehrt und die Usurpatoren zitternd vor dem jubelnden Volk um Gnade bitten. Nur in Polen verbeugt sich eine mit juristisch gesicherten Führungsanspruch versorgte Partei vor dem Katholikenhäuptling, läßt sich ein sonst martialisch auftretender Staats- und Militärchef wie ein dummer Novize abfertigen. Dieser Alptraum ist Wirklichkeit und viel zu wichtig, um pikiert außer acht gelassen zu werden. Was hier zum Einsatz kam, war eine Mittelstrecken-Waffe besonderer Art.**

Es ging bei diesem epochalen Ereignis in Polen um weit mehr als nur den von der hiesigen Presse hämisch gefeierten Feldzug des Papstes gegen die polnischen Kommunisten. Es ging ebenso um den Kampf innerhalb der polnischen Opposition um ihre Führung — und diesen Kampf hat die polnische Kirche souverän gewonnen. Die FAZ, wie immer kein Blatt vor den Mund nehmend: *,, Daß dem Papst und der Kirche gelang, was die Untergrund-Kader der Gewerkschaften nicht schafften, rückt die Reise erst recht an die Grenze zwischen religiöser und politischer Mission''* (22.6.). Mit Hilfe des Papstes gelang es, den *,,Anspruch der Kirche, die wahre Sprecherin der Na-*
Papstes gelang es, den ,,Anspruch der
Kirche, die wahre Sprecherin der Nation zu sein'' (FAZ), zu realisieren. Vielleicht ist dies sogar der schlimmste Aspekt des ganzen Spektakels. Es rächt sich, daß die Widersprüche in der Solidarnosc nicht ausgetragen wurden, es rächt sich das rein taktische Verhältnis der gesamten Solidarnosc gegenüber der Kirche.

Der Papst-Besuch spätestens hat verdeutlicht, daß es sich nicht um ein B ü n d n i s der Solidarnosc mit der Katholischen Kirche handelt, sondern um eine massenhafte Unterwerfung unter die Politik des Vatikans, unter die muffigsten und rückständigsten Ideale. Die in der Linken verbreitete Hoffnung auf eine Solidarnosc als Träger einer neuen Form der Emanzipation, als authentische Arbeiterbewegung wurden öffentlich begraben unter den Phrasen des Klerus. Offenkundig läßt sich die polnische Volksbewegung instrumentalisieren vom Vatikan und seinen Zielen.

Der Papst als Königsmacher

Es ist erst ein Vierteljahr her, daß der Papst in Managua die Unterwerfung der sog. Volkskirche in Mittelamerika und besonders in Nicaragua unter den unbedingten Oberbefehl des Vatikan forderte. Für diese Frechheit pfiff man ihn aus — eine Reaktion, die katholische Päpste in ihrer langen Geschichte so gut wie nie erzielten. Doch in Polen ging der Papst viel weiter, forderte er nicht nur den Gehorsam der Kirche, sondern nahm sich das Recht, der weltlichen Macht direkt in die Staatsgeschäfte hineinzureden — und das Volk jubelte. (Auch die westliche Presse ist begeistert; allerdings nicht ohne den Hinweis, daß politische Eingriffe der Kirche etwa gegen die ,,Nachrüstung'' selbstredend nicht legitim seien.) Dieser Eiertanz ist schon fast peinlich. Laut FAZ *,,begeben sich Papst und Bischöfe (zuweilen) zuwenig geschützt auf das glatte Eis der Politik''*, und sie empfiehlt der Kirche, den *,,politischen Kampf ... verantwortungsvollen Laien zu überlassen''* (13.6.). Den Christdemokraten vorzugsweise ...

Die ,,taz'', nicht unbedingt berühmt für politischen Verstand, wenn es um RGW-Staaten geht, hat völlig recht mit dem Satz: *,,Der Unterschied in seinem Auftreten* (gemeint ist der Papst — Anm.d.Verf.) *damals dort (in Nicaragua) und jetzt in Polen liegt nicht darin, daß er die Werte gewechselt hätte, auf die er sich bezieht, sondern darin, wie er sie einbringt.''* (24.6.83). Ganz genau. Der Auftritt des Pontifex war alles andere als der Versuch, der Solidarnosc beim Aufbau echter Volksdemokratie zu helfen oder ähnliches. Dem Papst geht es um die bürgerlichen Werte, auf die er die Kirche in Mittelamerika gegen die Befreiungsbewegungen verpflichten will und deren Wiederherstellung in Polen oberstes Ziel des Klerus ist. Dementsprechend tritt man auch mal an die Seite von politischen Gefangenen, verliert mitleidtriefende Phrasen über das Elend der Besiegten, schließt die Jugend ,,liebevoll ins Gebet'' ein usw. Das ist wirksam und
schließt die Jugend ,,liebevoll ins Ge-
bet'' ein usw. Das ist wirksam und
möglich, weil **,,sein Antikommunismus der Antikommunismus der katholischen Massen (ist), sein Traditionalismus der Traditionalismus des bäuerlich-katholischen Polen''** (Walter Süß in der ,,taz''). Das ist so offenkundig. Nur die GIM bricht dem Traum zuliebe mit aller Vernunft: *,,Es ist die Gewerkschaft, nicht die Kirche, die die Auftritte des Papstes in politische Kundgebungen gegen das Regime verwandelt.''* (Was tun?, Nr.356). Heilige Einfalt. Daß sich Millionen Polen von der Kirche mobilisieren lassen und unter d e r e n Banner zusammenscharen, das ist k e i n Zeichen für einen neuen Aufschwung emanzipatorischer Bewegung, ist überhaupt nichts, das Linke in irgendeiner Weise freuen sollte. Die Solidarnosc hat nicht etwa dem Papst-Besuch ihre Inhalt aufgezwungen, sondern sich sichtlich der Kirche unterworfen, ihre Zustimmung zu der Politik des Vatikans bekundet. Die Solidarnosc hat sich, soweit das sichtbar war, nicht eigenständig, sondern als Teil der katholischen Bewegung präsentiert.

Fortsetzung nächste Seite


Bei der ersten Demonstration anläßlich des Papstbesuches in Polen am Abend des 16.6. in der Warschauer Altstadt

le Untersuchungsergebnis mit: *,,In der Türkei gibt es keine systematische Folter.''* Voigt führte damals vor der Presse aus: *,,Der Unterschied zwischen systematischer Folter und solchen Einzelfällen besteht darin, daß es keine staatliche Politik der Folterungen gibt. Ich habe den Eindruck, daß es sich hier um vorhandene Übergriffe, von z.T. wohl auch Militärs, besonders aber von Polizeikräften handelt. Das ist dann immer noch nicht systematische Folter ... Wir müssen uns natürlich auch selber fragen, ob denn in der Bundesrepublik Deutschland bei über 6.000 Terroropfern in kürzester Zeit unere Demokratie noch sicher wäre ...''* (6)

Voigt machte sich aber auch 1981 zum Vorreiter der Kriminalisierung und Auslieferung von türkischen Linken in der BRD: *,,Die Türken haben uns über die Gruppen informiert, die sie als linksextreme türkische Gruppen in der BRD empfinden. Wir werden die Informationen, die uns dort gegeben worden sind, natürlich den deutschen Sicherheitsorganen zustellen.''*

Vor diesem Hintergrund erscheint der heutige Protest gegen die Ausweisung von C.K.Altun (durch eine CDU-Regierung) doch in einem anderen Licht. Es ist eine Tatsache, daß keiner dieser SPD-Politiker sich jemals von seinen früheren rechtfertigenden Stellungnahmen für die Militärjunta distanziert hat oder eingestanden hat, er habe sich damals ,,geirrt''.

Die Herausbildung der blühenden Zusammenarbeit BRD-Türkei auf den Ebenen der Geheimdienste, des Militärs und der Wirtschaft, der Putsch unter NATO-Regie, die ,,Eindämmung'' der Flüchtlingswelle aus der Türkei — all das ist sozialdemokratische Politik gewesen.

Quellen:
(1) Taz, 3.8.83
(2) SZ, 13.9.80
(3) FR, 20.1.81
(4) UZ, 13.9.80
(5) Die Neue, 24.12.80
(6) Die Neue, 11.3.81

Aufruf zur Demonstration zum Jahrestag des Putsches in der Türkei am 10.9. in Köln

,,Im Mittelpunkt der Demonstration wird die Aufklärung über die Lügen der Junta von der ‚Rückkehr zur Demokratie' und den ‚Wahlen', die am 6. November 1983 stattfinden sollen, stehen. Die Demonstration soll sich aber auch gegen die Ausländerfeindlichkeit und Ausländerpolitik richten, insbesondere gegen die ‚Rückkehrprämien'. Gleichzeitig soll die Demonstration auch unsere Solidarität mit der bundesdeutschen Friedensbewegung zeigen.'' (Aus dem Aufruf)

Es ruft auf eine Aktionseinheit linker türkischer und kurdischer Organisationen: Av.Dev-Genc, ATIF, BIRKOM, DIB-FAK, FIDEF, Isci Gercegi, KAWA, KKDK-Föderation, KOC-KAK, KOMKAR, Partizan, Proleter Dayanisma und Tekosin Symp. Unterstützt wird die Demonstration von: DIDF, Gercek, Denge Komal, KKDK, KHE, Kurtulus und Devrimci Kurtulus.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ein Arrangement zwischen Kirche und Staat ...?

Im Hintergrund des Papst-Besuches steht eine innere Situation Polens, wo die Volksbewegung geschlagen und demoralisiert ist, es aber dem Regime nicht gelang, einen aktiven Konsens herzustellen. Stattdessen herrscht seit Monaten eine gesellschaftliche Apathie, die zwar den enervierten Staatsapparat vor weiteren Streikwellen schützte, aber ebenso eine Konsolidierung der Verhältnisse unmöglich machte. Alle Versuche, mit Hilfe von Scheingewerkschaften und nationalen Bündnissen à la PRON das Volk zurückzugewinnen, scheiterten bzw. liefen ins Leere. Da ein Arrangement zwischen Solidarnosc und Staat ausgeschlossen ist, bleibt dem polnischen Staat nur der Weg, um die Hilfe der Katholischen Kirche zu betteln. Diese wiederum läßt sich solche Liebesdienste üppig vergelten, und die erste Anzahlung war die Erlaubnis zum Papst-Besuch. Anders läßt es sich nicht erklären, warum sich der polnische Staat nach langem Tauziehen zu diesem Vabanque-Spiel bereit fand. Das Jaruzelski-Regime forderte von Anfang an, der Besuch müsse der Konsolidierung dienen, war aber sicherlich nicht so naiv anzunehmen, der Klerus würde auf den daraus zu schlagenden politischen Profit verzichten. Es daher überhaupt kein Gegensatz, wenn der Oberpfaffe einerseits als „Volkstribun" auftritt, vom „moralischen Sieg" der Besiegten orakelt, sie zum Kampf für die „Erneuerung" ermuntert, und andererseits Versöhnung predigt, den Dialog mit dem Staat, und der geschundenen Christenheit in Polen empfielt, eine „Barriere gegen den Haß und die Rache" zu errichten. Das entspricht ganz der bewährten Taktik des polnischen Klerus. Der Papst hat einfach auf recht unheilige Weise dem polnischen Regime gedroht, daß die Kirche jederzeit seinen Zusammensturz herbeiführen kann. Und er hat zugleich demonstriert, daß die Kirche die einzige ist, die seinen Zusammenbruch durch Integration und Beschwichtigung zu vermeiden in der Lage ist. Auf diese Weise verstand es der polnische Klerus unter der Führung des Kardinal Wyszinski jahrzehntelang, als zweite Macht im Lande zu agieren. Daß der Papst letztenendes wesentlich beschwichtigend auftrat, liegt an dem Preis, den Jaruzelski zahlte.

Ein Papst mit drei Milliarden Mark

Ein Papst mit drei Milliarden Mark

Gleich nach der Papst-Visite in Polen erfuhr die Welt von einem „Hilfsprogramm" für Polen im Umfang von drei Milliarden Mark. Dieses Geld bekommt nicht etwa der Staat, sondern es dient der „Entwicklung und Modernisierung der privaten Landwirtschaft". Krise hin, Krise her, den Boykottkrams grad mal vergessen, soll diese „kirchliche Stiftung" durch „*Bereitstellungen der Regierungen, Spenden der Industrie und Wirtschaft und Kollekten der Kirche*" finanziert werden (FAZ, 5.7.). Laut FAZ sollen die europäischen NATO-Regierungen von dem Programm durchaus angetan sein. Neben den Bauern sollen in Polen vor allem Handwerk und Kleinindustrie gefördert werden, d.h. die Kleinbesitzer, die sozialen Träger des reaktionären Patriotismus, des stockreaktionären Katholizismus. Gerade an diese Schichten hatte der Papst in Polen besonders appelliert.

Unter Berufung auf Kardinal Wyszinski, dem Idol der reaktionären Kräfte Polens schlechthin, erklärte der Papst, „*die gewaltige geistige moralische und gesellschaftliche Kraft der Landbevölkerung zeige, wie berechtigt der Kampf für die fundamentalen Menschenrechte und wie begründet deren Respektierung sei*" (nach FAZ, 21.6.). Der wahre Sinn dieser „humanitären Hilfsaktion" der Kirche ergibt sich aus dem Zusammenhang, daß Polen mittlerweise gezwungen ist, um Aufnahme in den Internationalen Währungsfond bitten zu müssen, d.h. dem internationalen Kapital direkte Eingriffe in seine Wirtschaftspolitik zu gestatten. Parallel dazu läuft eine Wirtschaftsreform, die „*die polnischen Unternehmen in die Lage versetzen (soll), am Markt elastisch und vor allem selbstständig zu arbeiten ... die inländischen Produktionskosten an den Kosten der ausländischen Bewerber zu messen*" (FAZ, 18.6.). Ganz konsequent wird der Zloty abgewertet (vermutlich um 20%), was zur Folge hat, daß importierte Produkte billiger werden, sich also der Druck auf die polnischen Unternehmen noch verschärft. Den Preis für diesen Kampf um die Rentabilität zahlen die Arbeiter. Dank der Inflation ist der Kaufwert eines Durchschnittslohnes binnen eines Jahres glatt halbiert worden (ebd.). Es liegt auf der Hand, daß unter solchen Umständen eine Demokratisierung der Betriebe sicher nicht stattfinden wird.

Der Vatikan läßt Walesa fallen

Das im Westen groß angekündigte Treffen zwischen dem Papst und Lech Walesa fand am Rande und ganz am Ende der Reise des Papstes statt. Über den Inhalt erfuhr die Öffentlichkeit nichts. Walesa sagte eine bereits angekündigte Pressekonferenz wieder ab. Das Rätselraten um diese Vorgänge löste sich schnell durch einen Artiokel in der Vatikan-Zeitung *L'Osservatore Romano*. Da hieß es im Stil einer Grabrede:

„*Manchmal ist das Opfer eines unbequemen Menschen nötig, damit ein höheres Gut für die Gemeinschaft geboren werden kann. (...) Was Walesa für die polnischen Arbeiter war (!!), kann nicht ausgelöscht werden. (...) Aber es gab Gründe einer höheren Gewalt. Laßt uns Walesa für sein Opfer ehren ...*". Da Walesa selbst als auch seine Frau Danuta, die hierzulande gern zitiert wird, bestritten, es sei im Gespräch mit dem Papst um Walesas Rückzug aus der Politik gegangen, fragt sich doch, was der Vatikan sich dabei dachte. Walesa „war" nicht nur, er ist ein Symbol für die polnische Arbeiterbewegung — und das in Polen wie im Westen. Der Autor des betreffenden Artikels mußte zwar seinen Hut nehmen, aber nur weil er sich zu „wenig diplomatisch ausgedrückt" habe. Ansonsten wurde bestätigt, daß der

fenden Artikels mußte zwar seinen Hut nehmen, aber nur weil er sich zu „wenig diplomatisch ausgedrückt" habe. Ansonsten wurde bestätigt, daß der

Vatikan einen Rückzug Walesas befürwortete. (FAZ, 29.6.). D e m e n t i e r t dagegen wurde die Meldung, der Papst sei sich mit Jaruzelski über die Gründung einer neuen Gewerkschaft „ohne Mitwirkung Walesas" handelseinig geworden (ebd.). Dieses Dementi ist nicht sonderlich glaubwürdig, denn warum sonst sollte plötzlich der Vatikan eine Aufforderung zur politischen Liquidation Walesas abgeben? Es ist wohl eher so, daß jemand aus dem Nähkästchen der Diplomatie plauderte, und das zu einem unpassenden Zeitpunkt.

Die Rechnung der Kirche scheint aufzugehen. Ihre Stellung in Polen ist wesentlich gestärkt worden, sie kann den Staatsapparat erpressen. Eine Arbeiterbewegung wird nicht mehr gebraucht.

„*Es gibt in der Politik nur zwei entscheidende Mächte: die organisierte Staatsgewalt, die Armee, und die unorganisierte, elementare Gewalt der Volksmassen.*" (F.Engels). Solange der Staat die Armee und die Kirche das Volk beherrschen, haben beide ihr Auskommen und ein gemeinsames Interesse an den Verhältnissen.

J./Hamburg



Nicaragua vor US-Invasion?

Am 18.7. setzte die Reagan-Regierung vom Marinehafen San Diego (Kalifornien) aus einen Flottenverband unter Führung des Flugzeugträgers „Ranger" in Richtung Mittelamerika in Bewegung. Mittlerweile befindet sich die „schwimmende Kampfzentrale" („FAZ", 25.7.) mit ihrer 5.120 Mann starken Besatzung und 85 Flugzeugen nebst Begleitschiffen im Golf von Fonseca, einer Bucht an der Pazifikküste zwischen den Anrainerstaaten El Salvador, Honduras und Nicaragua.

Die Entsendung dieses Flottenverbandes steht in Zusammenhang mit dem Anfang August beginnenden gemeinsamen US-amerikanisch-honduranischen Manöver, bei dem der Flugzeugträger „Ranger" direkt vor der Küste Nicaraguas operieren soll. Dieses Seemanöver wird kombiniert mit Luft- und Landübungen und ist das umfangreichste seiner Art in den letzten Jahren. Im Vergleich zu vorangegangenen Manövern, die nach einigen Wochen abgeschlossen waren, sollen diese Truppenübungen ein halbes Jahr (bis zum Januar 1984) dauern. Erstmals nehmen auch sog. Kampfverbände an den Übungen teil, die mit 2.000 Soldaten die Hälfte des gesamten US-Truppenkontingents stellen. Unter den Kampftruppen befinden sich Marine-Infanteristen, die speziell für Landemanöver ausgebildet wurden. (1)

Die UNO-Botschafterin der USA Kirkpatrick nannte als Ziel dieses Manövers, die Sandinisten „*zum Nachdenken zu veranlassen, ob sie weiter den Weg einer militärischen Lösung gehen wollen.*" (2)

Public Relations

„*Wir haben ernsthafte Schwierigkeiten mit der Stimmung in der Öffentlichkeit ..., wodurch die Stabilität unseres Kurses (in Mittelamerika) in Gefahr gerät.*" (3)

Zu diesem Ergebnis kam der Nationale Sicherheitsrat in einer Studie vom

..., wodurch die Stabilität unseres Kurses (in Mittelamerika) in Gefahr gerät." (3)

Zu diesem Ergebnis kam der Nationale Sicherheitsrat in einer Studie vom

April 1982. Auch die jüngsten Meinungsumfragen in den USA vom Mai 1983 belegen, daß die Interventionspläne der US-Regierung in der Öffentlichkeit nicht auf Zustimmung stoßen: 80% der Befragten sprachen sich gegen die Entsendung von US-Truppen nach El Salvador aus; 78% gegen verdeckte CIA-Operationen, mit denen die Sandinisten gestürzt werden sollen. Aus diesem Grund wurde in den letzten Monaten eine Desinformationskampagne geführt, deren Grundlage die Beschwörung „der kommunistischen Gefahr" bildete.

Reagan konstatierte die „existentielle Bedrohung" der USA durch Nicaragua und die Befreiungsbewegung in El Salvador — „*die erste wahre kommunistische Aggression auf dem amerikanischen Festland*" (4) —— und erklärte, die USA werde es nicht zulassen, daß „*der Kommunismus den Völkern Zentralamerikas aufgezwungen wird.*" (5)

Sicherheitsberater Clark bombardiert das Repräsentantenhaus mit Forderungen nach Erhöhung der Militärhilfe für die repressiven Regimes in Mittelamerika und insbesondere nach Aufstockung der in El Salvador tätigen US-Militär„berater" von derzeit 55 auf 200 Mann sowie nach einer Ausweitung ihrer Befugnisse (was nichts anderes heißt, als daß die militärischen Operationen gegen die Guerilla von den US-Amerikanern selbst geleitet werden sollen).

Seit Wochen werden Militärs und Politiker nicht müde zu betonen, daß ein direktes militärisches Eingreifen der USA in Mittelamerika „nicht auszuschließen" sei. Barry Goldwater, Vorsitzender des Geheimdienstausschusses des Senats, forderte die Beseitigung Castros — „*dieser Warze auf dem Gesäß der amerikanischen Weltmacht*" (6) — und erklärt in einem Interview mit der US-Fernsehstation CBS am 22.5.: „,*Falls es notwendig wird, werden wir unsere Truppen, unsere Flugzeuge, unsere Streitkräfte einsetzen, um Zentralamerika zu retten.*" (7) So weit, so schlecht!

Entscheidender als die Sprüche und Kraftmeiereien der Ultrakonservativen sind allerdings die konkreten Kriegsvorbereitungen gegen Nicaragua und ihre praktische Umsetzung auf politischer und militärischer Ebene.

Neue Männer braucht das Land

Eine Regierung, die einen Krieg zu führen bereit ist, benötigt nicht nur die entsprechenden militärischen Mittel, sondern auch entsprechende Personen an den Schaltstellen, die politische Rahmenbedingungen schaffen, unter denen ein Krieg möglichst effektiv mit minimalen Verlustrisiken geführt werden kann.

Seit Ende Juni wird die Mittelamerikapolitik der USA nun auch nicht mehr formal vom Außenministerium, sondern allein vom Nationalen Sicherheitsrat, dem Sammelbecken der Rechtsaußen innerhalb der Reierung, bestimmt. Dem Nationalen Sicherheitsrat gehören u.a. an: William Clark, Sicherheitsberater Reagans, Jean Kirkpatrick, UNO-Botschafterin, Caspar Weinberger, Kriegsminister und (natürlich) Casey, CIA-Chef.

Auf Anordung dieses Gremiums wurden in kurzer Zeit umfangreiche Personalveränderungen vorgenommen. Anfang Mai wurde der Staatsekretär für inner-amerikanische Angelegenheiten, Thomas Enders, durch Langhorne Motley ersetzt. Während Enders mehrmals Kritik an Reagans Mittelamerikapolitik äußerte und anscheinend stärker auf eine Verhandlungslösung orientierte, gilt Motley als Verfechter eines extrem harten Kurses, dessen Ziele der Sturz der sandinistischen Regierung und die Zerschlagung der Opposition in El Salvador sind.

Gleichzeitig wurden die Botschaftsposten in El Salvador und Costa Rica durch Thomas Pickers und Curtin Winsor neu besetzt, die ebenfalls als politische Hardliner gelten. Die Umbesetzung der Botschaftsposten ist von Bedeutung, weil die Botschafter Leiter der „country teams" sind. Die „country teams" erarbeiten die Voraussetzungen der Koordination und des effektiven einheitlichen Vorgehens der repressiven Regierungen der mittelamerikanischen Staaten (insbesondere in der Aufstandsbekämpfung). Darüberhinaus haben die US-Botschafter die Aufgabe, die Mittelamerikapolitik der US-Regierung mit den jeweiligen Regierungen abzustimmen, so daß sie eine Schlüsselfunktion in den Invasionsplänen innehaben.

Erbeutete PLO-Waffen für die Konterrevolution

Die verschärfte Gangart der US-Politik in Mittelamerika auf politischer Ebene findet ihre Entsprechung in einer Militarisierung, die gigantische Ausmaße annimmt.

In Puerto Castilla (Honduras) wurde das Ausbildungslager für die Aufstandsbekämpfung fertiggestellt. An der honduranischen Westküste wird für 150 Mio. Dollar eine US-amerikanische Flotten- und Luftwaffenbasis gebaut. Nach Berichten der „New York Times" hat Reagan die Pläne für eine Seeblockade Nicaraguas gebilligt. (8)

Die Anzahl der in Honduras tätigen Militär„berater" verdoppelte die US-Regierung auf 200. Der Hintergrund dieser Maßnahme ist, daß zum einen seit dem 1. Juni 2.400 Soldaten der salvadorenischen Armee in Honduras einer Spezialausbildung im Anti-Guerillakampf unterzogen werden und zum anderen — nach Berichten der Washington Post (9) — der CIA eine Verstärkung der gegen die Sandinisten kämpfenden und von US-Militärs geführten Konterrevolutionäre plant.

Die Truppenstärke der Konterrevolutionäre soll von bisher ca. 5.000-6.000 auf 12.000-15.000 erhöht, die Geheimoperationen und Sabotageakte in Nicaragua sollen intensiviert werden. Zu diesem Zweck liefert Israel im Auftrag der USA Waffen, die die zionistische Armee im Libanon-Krieg von der PLO erbeutete. Bisher wurden 290 sowjetische Panzer, 215 gepanzerte Fahrzeuge, 18.950 Handgranaten und 24.000 Gewehre direkt von Tel Aviv nach Honduras geliefert („Spiegel",



aus „Löschen mit Benzin", AG-SPAK — Materialien 55

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

25.7.83). Diese Maßnahmen zum Sturz der sandinistischen Regierung und zur Zerschlagung der salvadorenischen Opposition gipfeln in der Entsendung des Flottenverbandes und dem im August beginnenden, sechs Monate dauernden Militärmanöver rundum Nicaragua.

Zwar lehnte Reagan jeden Vergleich mit dem Eingreifen von US-Truppen in den sechziger Jahren in Vietnam ab und beteuerte in einer Pressekonferenz: *„Wir planen keinen Krieg in Zentralamerika"* (10), bekräftigte aber gleichzeitig die Entschlossenheit, die US-Kampftruppen „im Ernstfall" einzusetzen. Als Ernstfall gilt z.B., wenn *„nicaraguanische Truppen ein befreundetes zentralamerikanisches Land angreifen."*(11)

Im Klartext: Schlägt die sandinistische Armee einen Angriff der Konterrevolutionäre in Nicaragua zurück und greift die „contras" in ihren Lagern an der honduranisch-nicaraguanischen Grenze an, könnte dies der Vorwand für die Invasion der US-Kampftruppen in Nicaragua sein. Doch wenn die Sandinisten sich nicht zu einem Gegenschlag provozieren lassen, kann gegebenenfalls ein solcher „Ernstfall" auch schnell hergestellt werden.

„Wenn wir Mittelamerika nicht managen können, wird es unmöglich sein, bedrohte Nationen davon zu überzeugen, daß wir in der Lage sind, das globale Gleichgewicht zu managen."

Henry Kissinger

In jedem Fall arbeitet die Zeit für die US-Imperialisten, die sich auf eine lange massive militärische Präsenz vor der nicaraguanischen Küste eingerichtet haben. Der günstigste Zeitpunkt für eine Invasion soll abgewartet werden, um dafür kurz aber umso härter zuzuschlagen und einem langen Krieg wie in Vietnam zu entgehen.

che zwischen Demokraten und Republikanern ausnutzen kann. So beklagte Wallace Nutting, Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in der Panama-Kanalzone: *„Wenn, wie manche Leute glauben, der Vietnamkrieg in Washington verloren wurde, hoffen sie (die Sandinisten), daß auch sie in Washington gewinnen können."* (13)

Zwar existierte auch früher ein Konsens in dem vorrangigen Ziel US-amerikanischer Mittelamerikapolitik (Zurückdrängung und Zerschlagung revolutionärer Prozesse), im konkreten Vorgehen bestanden aber teilweise erhebliche Widersprüche. Während die „weiche", reformistische Linie des US-Imperialismus eher Verhandlungen bevorzugt, um nachrevolutionäre Staaten wie Nicaragua vermittels der Ökonomie in den Griff zu bekommen, setzen die Hardliner mehr auf die militärische Lösungsvariante.

Mit der Bildung des Zwei-Parteienausschusses sollen anscheinend die Fehler des Vietnamkrieges (wo es ebenfalls Widersprüche nicht im Ziel US-amerikanischer Politik in Indochina, wohl aber im konkreten Vorgehen gegen den Vietkong gab) von vornherein korrigiert werden, indem ein Konsens sowohl innerhalb der Herrschenden als auch in der Öffentlichkeit (mittels einer gezielten Desinformationskampagne) hergestellt wird, um ein etwaiges militärisches Eingreifen vorab zu rechtfertigen.

Für den Versuch zur Herstellung eines nationalen Konsenses scheint der augenblickliche Zeitpunkt besonders geeignet; zum einen befürchten die Demokraten im Wahljahr 1984 durch militärische Zurückhaltung und Kritik an der Politik Reagans als diejenigen dazustehen, die Mittelamerika „dem Kommunismus" überantwortet haben, zum anderen werden Reagan und seine republikanische Gang kein Interesse daran haben, ausgerechnet während des Wahlkampfes einen umstrittenen Krieg zu führen.

Daß die Demokratische Partei immer stärker auf den Kriegskurs Reagans eingeht, deutet sich — trotz ihrer derzeitigen Kritik an der Mittelamerikapolitik der Reagan-Administration



Karrikatur aus „Barricada International" — Organ der FSLN, 20. Juni 83

— bereits an. Ende Juni bewilligte das Repräsentantenhaus, in dem die Demokraten die Mehrheit stellen, eine Unterstützung von 176 Mio. US-Dollar für das Terrorregime in El Salvador für die nächsten beiden Haushaltsjahre. (14) Außerdem lehnte das Repräsentantenhaus am 27. Juli (mit 259 gegen 165 Stimmen) den Antrag ab, die Entsendung von US-Kampftruppen nach Mittelamerika zu verbieten. Damit hat Reagan von den parlamentarischen Gremien quasi einen Blankoscheck für sein weiteres Vorgehen in Mittelamerika. (15)

Es deutet also vieles darauf hin, daß die Reagan-Administration noch in diesem Jahr eine militärische Entscheidung in Mittelamerika herbeiführen will, an deren Ende — geht es nach den Strategen im Weißen Haus — Friedhofsruhe in Mittelamerika herrschen soll.

Das heißt nicht, daß in jedem Fall eine US-Invasion stattfinden wird, die US-Imperialisten halten sich die Option auf ein direktes militärisches Eingreifen offen. Ebenso besteht die Möglichkeit, daß bei Eskalation des militärischen Drucks die Verteidigungsbereitschaft Nicaraguas langsam zermürbt wird, zumal die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Versorgungsengpässe erheblich zunehmen werden, was Konterrevolution und einheimische Bourgeoisie natürlich auszunutzen versuchen.

Eine direkte US-Invasion wird von drei Bedingungen abhängen:
— der Stärke der Anti-Interventionsbewegung in den USA und in Europa, die das Ziel hat, den politischen Preis für ein militärisches Eingreifen von US-Truppen so hoch wie möglich zu treiben. Ermutigend sind die Pläne der Solidaritätsbewegung in den USA, 1.000 bis 2.000 internationale Beobachter in das Grenzgebiet von Honduras und Nicaragua zu schicken. Dies würde nicht nur militärische Operationen der US-Marines erschweren, sondern auch in der US-amerikanischen Öffentlichkeit für einigen Aufruhr sorgen.
— dem Verhalten der Organisation Lateinamerikanischer Staaten (OAS), auf die die US-Regierung zwar keine entscheidende Rücksicht nehmen muß (siehe Falkland), aber deren Zustimmung oder Ablehnung eine Intervention erleichtern bzw. erschweren würde.
— den Kräfteverhältnissen in Mittelamerika selbst bzw. der militärischen Stärke Nicaraguas.

Trotz der Interventionsdrohungen, trotz der täglichen Angriffe der Konterrevolution und trotz der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist die Bereitschaft der Nicaraguaner, ihre Revolution zu verteidigen, nach wie vor ungebrochen, so daß die US-Kampftruppen bei einer Invasion nicht nur mit dem Widerstand der sandinistischen Armee, sondern mit einem Volkskrieg rechnen müssen.

**Internationalismus-Kommission
KB/Gruppe Göttingen**

Quellen:
1) FR 27. Juli
2) FAZ 25.7.
3) taz 25.7.
4) Spiegel 25.7.
5) ides 22.7.
6) zit. nach taz 14.6.
7) ides 9.6.
8) nach FAZ 28.7.
9) lt. ides 15.7.
10) FAZ 28.7.
11) entfällt
12) entfällt
13) zit. nach ides 1.7.
14) ides 1.7.
15) FAZ 28.7.

Vietnam zu entgehen.

Gemeinsamkeit der Demokraten

Am 18.7., am gleichen Tag als der US-Flottenverband Kurs auf Nicaragua nahm, gab Reagan bekannt, daß er einen Zwei-Parteienausschuß für Mittelamerika gebildet habe. Die Gleichzeitigkeit dieser Maßnahmen ist kein Zufall, sondern politisches Kalkül, um in der „Gemeinsamkeit der Demokraten" ein mögliches militärisches Eingreifen abzusichern. Die zwölf Mitglieder dieses Ausschusses setzen sich paritätisch aus Republikanern und Demokraten zusammen: Vertreten sind u.a. Lane Kirkland, Präsident des Gewerkschaftsbundes AFL-CIO; der ehemalige Nah-Ost-Beauftragte Carters, Robert Strauss; UNO-Botschafterin Kirkpatrick und als Vorsitzender kein geringerer als Henry Kissinger selbst.

Während bisher Mittelamerika stets d a s Reizthema zwischen den beiden herrschenden Fraktionen war, das Widersprüche produzierte und auch als mitentscheidend für den Ausgang der Präsidentschaftswahlen 1984 angesehen wurde, scheint sich mit der Bildung des Zwei-Parteienausschusses ein Konsens zwischen Republikanern und Demokraten im weiteren Vorgehen gegen Nicaragua abzuzeichnen. Damit wird dem Drängen führender US-Militärs nach einer einheitlichen, gemeinsamen Mittelamerikapolitik Rechnung getragen, um zu verhindern, daß die revolutionäre Volksbewegung die Widersprü-

Die Möglichkeit zu Information und Gesprächen bietet die Koordination der Mittelamerika-Komitees durch die Einrichtung eines

jour fix

**jeden Donnerstag
19.00 Uhr in der ESG**

Vietnam-Veteranen sagen „Nein" zum neuen Krieg

15.000 bis 20.000 Menschen nahmen an einer antiimperialistischen Demonstration am 2. Juli in Washington gegen Reagans Kriegskurs in Mittelamerika teil. Die Demonstration endete am Washingtoner ‚Vietnam-Monument' — einer Mauer mit den Inschriften der 57.939 in Vietnam gefallenen US-amerikanischen Frauen und Männer. *„Vietnam veterans say no to another war"* war die Parole der Kriegsveteranen und der Angehörigen von Vietnam-Gefallenen, die die Demonstration anführten. Deren Sprecher, ein seit Vietnam querschnittsgelähmter ehemaliger Marineoffizier, erklärte: *„Wenn die Toten von dieser Mauer hier sprechen könnten, wenn sie gehen, sprechen und atmen könnten oder auch nur wie ich gelähmt in einem Rollstuhl sitzen könnten, würden sie Euch auffordern zu kämpfen, und zwar mit aller Energie zu kämpfen gegen Ronald Reagan und seine Administration und ihre Pläne, einen neuen Krieg vom Zaun zu brechen..."*.

Ein großer und sehr militanter Latino-Block mit Teilnehmern aus El Salvador, Guatemala, der Dominikanischen Republik, Puerto Rico, Haiti, Cuba, Chile, Kolumbien, Ecuador und Mexiko vertrat den Volkswiderstand aus dieser Region und solidarisierte sich insbesondere mit dem Widerstand in El Salvador und Chile. Für sie sprach eine Vertreterin der Frauenvereinigung Nicaraguas, ein Vertreter der FDR aus El Salvador und ein Sprecher des Widerstands aus Guatemala.

Ein Vertreter des fortschrittlichen Flügels der Stahlarbeitergewerkschaft wies auf die Zusammenhänge zwischen sozialer Verelendung und Kriegspolitik und auf die Verfolgung und Ermordung führender Gewerkschafter in El Salvador hin. Eine Vertreterin der Lesben- und Schwulenbewegung betonte den Zusammenhang von militaristischer Verhetzung und Pogromhetze gegen Minoritäten. Es gab zahlreiche weitere Beiträge aus den verschiedensten Bereichen, u.a. der Indianerbewegung, der Anti-Apartheid-Bewegung und der Frauenbewegung. Diese bemerkenswerte Vielfalt ist zurückzuführen auf den starken Einfluß des „All People Congress" (eine nach dem Graswurzelprinzip 1981 gegründete Vereinigung diversester Widerstandsgruppen) und der fortschrittlichen „Peoples Anti-War Mobilization" (PAM) bei der Vorbereitung der Demonstration. Erklärtes Ziel der PAM ist es, die verschiedenen Aspekte antimilitaristischer Politik zusammenzuführen.

An Bedeutung gewonnen hat die 2. Juli-Demonstration aufgrund zahlreicher vorausgegangener Attacken von Reagan-Anhängern und rechten Veteranen, die in dem Versuch einer rechten Gegenmobilisierung zum 2. Juli gipfelten.

Reagan persönlich versuchte unmittelbar nach Ankündigung der Demonstration die Vietnam-Gedenkstätte für seine Interessen in Beschlag zu nehmen. Angehörige des US-Kongresses unternahmen Anstrengungen, die Abschlußkundgebung direkt am „Vietnam Veteran Memorial" zu verbieten. Träger der rechten Mobilisierung waren im wesentlichen die faschistische Moon-Sekte aus Südkorea, die in den USA über diverse Zeitschriften, Hotelketten — kurz: über einen nicht unbeträchtlichen Einfluß — verfügt, sowie eine Reihe kubanischer und sonstiger „Exil"-Gruppen aus Afghanistan, Vietnam, Kampuchea und von der angolanischen UNITA, die mit dem Weißen Haus in direkter Verbindung stehen und (lt. „Workers World", 27/83) direkt für die „Öffentlichkeitsarbeit" des Weißen Hauses zugunsten des Kriegskurses in Lateinamerika in den Dienst gestellt wurden.

Trotz Unterstützung durch die Massenmedien blieb dieser reaktionäre Haufen am 2. Juli mit nur wenigen Hundert Teilnehmern unter sich. Hauptredner dieser Kundgebung war — mensch höre und staune — Eldridge Cleaver, der erst zum Christentum und dann zum militanten Antikommunismus konvertierte ehemalige Führer der Black Panther Party.

Wenn auch die Anti-Reagan-Demonstration über 30mal so groß war, berichteten nach bewährter und bekannter Manier die reaktionären Massenmedien hinterher über zwei gleichermaßen wichtige Demonstrationen ...

Nichtsdestotrotz war die Mobilisierung zum 2. Juli nach Auffassung der Organisatoren ein Riesenerfolg, da sie unter außerordentlich schwierigen Umständen zustandekam: Die riesengroße Freeze-Bewegung hatte sich — obwohl angesprochen — geweigert, für diese ad-hoc-Mobilisierung auch nur einen Finger zu rühren; die Demonstration fand in der Ferienzeit statt, und die Mobilisierung mußte in der Schlußphase gegen einen Medienboykott organisiert werden.

(Ein großer Teil der Informationen stammt von der Zeitschrift „Workers World" vom 14.7.83.)

m'ias, New York, 25.7.83



„Gewalt-Debatte



Forsetzung von Seite 1

Ob nicht schon das bloße Sitzen auf einer Zufahrtstraße unzulässige Gewaltausübung ist? Ob am Ende auch ein unfreundliches Wort zu einem Polizisten unsere erklärte „Gewaltfreiheit" verletzt?

Die Abwesenheit von realer Gewalt seitens der Friedensbewegung führt nicht etwa dazu, daß die Gegenseite erleichtert und dankbar aufatmet. Sie führt lediglich dazu, daß sämtliche normalen Maßstäbe total verschoben werden. Jetzt stellt eben schon das Einüben von passivem Widerstand eine kriminelle Vorbereitung auf Gewalttätigkeiten dar. Und gar Steinwürfe auf eine Politikerkutsche grenzen hart an bewaffneten Terrorismus. Mit ihrer öffentlichen Selbstverpflichtung auf die „Gewaltfreiheit" hat sich die Friedensbewegung selbst eine Leine um den Hals gelegt und deren Ende dem Staat in die Hand gedrückt. Und der zieht jetzt feste daran: „Liebe Leute, ist denn euer Bekenntnis auch wirklich ehrlich gemeint?" — „Was tut ihr, um Konfrontationen garantiert zu vermeiden?" — „Wie wollt ihr gegen Gewalttäter aus euren eigenen Reihen vorgehen?".

Und statt darauf zu antworten, daß alles das den Staat einen Scheißdreck angeht, setzen sich die „Sprecher der Friedensbewegung" in die Fernsehstudios, um die gewünschten Bekenntnisse und Distanzierungen abzuliefern, und um ihren Gesprächspartnern vom harten Kern der Terroristen- und Demonstranten-Bekämpfer-Szene zum zwanzigsten Mal zu beteuern, daß die Friedensbewegung in der Polizei keinen Gegner sieht. Aber nutzen wird das nicht einmal ihnen selbst im Sinne ihrer eigenen

teuern, daß die Friedensbewegung in der Polizei keinen Gegner sieht. Aber nutzen wird das nicht einmal ihnen selbst im Sinne ihrer eigenen

Strategie. Krefeld hat anschaulich gemacht, daß die angestrebte a b s o l u t e „Gewaltfreiheit" nicht zu gewährleisten ist. In diesem Sinn ist Krefeld gewiß ein A u f t a k t, keineswegs ein letzter Nachhall einer zu Ende gegangenen Kampfform.

Je unverschämter sich die von der etablierten Öffentlichkeit gekürten „Sprecher der Friedensbewegung" mit ihren Distanzierungen und Exkommunikationen gebärden, umso mehr werden sie die real vorhandene militante Minderheit in der Friedensbewegung dazu provozieren, sich ihrerseits praktisch zu artikulieren. Der offensichtliche Bankrott der „Gewaltfreiheit" angesichts des näher rückenden Stationierungsbeginns wird dabei ein übriges tun.

Es wird sich letztlich auch an den „Sprechern" wie Jo Leinen, Petra Kelly, Gert Bastian u.a. bitter rächen, daß sie so dankbar die ihnen von den Herrschenden zugeschobene Rolle angenommen haben, sie seien tatsächlich berechtigt und in der Lage, Statements namens „der" Friedensbewegung abzugeben. Man wird ihnen und zugleich der Friedensbewegung ganz einfach Unglaubwürdigkeit vorwerfen, wenn es dann zu den absehbaren „Krawallen" in den nächsten Monaten kommen wird. Der Versuch, vorbeugend schon jetzt die militanten Teile der Friedensbewegung zu exkommunizieren, ist eine logische Antwort. Er befreit die „Sprecher" aber nicht aus ihrem Dilemma, zumal er vorerst selbst unter den Befürwortern totaler „Gewaltfreiheit" heiß umstritten ist.

Mittlerweile wird von verschiedenen Fraktionen und Interessensgruppen der Friedensbewegung bereits psychologisch auf eine Niederlage unseres Kampfes gegen die „Nachrüstung" vorbereitet. Motto: „Davon geht die Welt nicht unter!" Krieg wird schließlich nicht gleich ausbrechen, wenn die Raketen plaziert sind, und unser (weiterhin „gewaltfreier") Widerstand geht selbstverständlich über den Herbst hinaus.

Zweierlei soll mit diesen Beruhigungsparolen verhindert werden: Resignation und Abbröckeln der Bewegung nach Stationierungsbeginn. 2. Eine verzweifelte Radikalisierung der Kampfformen, nachdem sich die totale Ohnmacht der „gewaltfreien" Aktionen erwiesen hat.

Das erste dieser beiden Anliegen ist unbedingt berechtigt. Das zweite ist immerhin diskutabel, denn Verzweiflung ist selten der beste Ratgeber. Dennoch liegt in diesen Beruhigungsparolen auch eine große Gefahr. Sie führen geradewegs zu der falschen Anschauung, daß das Ergebnis unseres Kampfes gegen die Raketenstationierung gar so wichtig wohl doch nicht sei, und daß wir dieses Ergebnis nachträglich immer noch korrigieren könnten. So stehen aber in der Wirklichkeit die Dinge leider nicht. Einmal stationierte Waffen wieder wegzubekommen ist sehr viel schwerer, als im Vorwege bereits die Stationierung zu verhindern. Wenn wir heute das Leichtere nicht

wegzubekommen ist sehr viel schwerer, als im Vorwege bereits die Stationierung zu verhindern. Wenn wir heute das Leichtere nicht

schaffen, woher soll uns die Kraft zuwachsen, morgen das weit Schwerere zu erkämpfen? Wenn die Pershing II und Cruise Missile erst einmal stehen, ist die Gefahr groß, daß die Bevölkerung sich daran ebenso gewöhnen wird wie an die Tausende von Atomwaffen, die schon seit Jahrzehnten in der BRD gelagert sind. Und unterdessen rollen bereits die nächsten „Nachrüstungen" an: die sogenannte konventionelle (Rogers-Plan) und die mit Giftgas (Siehe Kasten).

Man stellt es sich in der Friedensbewegung weithin viel zu einfach vor, die Entfesselung eines Krieges zu verhindern: Beispielsweise, indem man sich massenhaft verweigert, sich vor anrollende Panzer setzt oder indem man — was in Friedenszeiten allemal ein heiteres Spiel verspricht — mit den Soldaten im Wald Haschen spielt. Nur: Es gibt in der Geschichte kein einziges Beispiel für erfolgreiche Kriegsverhinderung durch Massenwiderstand. Wohl hat Massenwiderstand einige Male erheblich zur B e e n d i g u n g von Kriegen beigetragen — aber erst nach mehreren Jahren Kriegsführung und nach Hunderttausenden oder Millionen von Toten. Einen totalen Krieg in Europa zu entfesseln, wäre heute nur noch eine Frage weniger Stunden. Die Zeit, die wir jetzt verlieren, wird später kaum noch aufzuholen sein.

AK-Redaktion

Raketenangst — Massenvernichtung

1. Friedensbewegung und neue Mittelklasse

Bei den jüngsten Ereignissen in Krefeld ist deutlich geworden, wie gering die Chancen dafür sind, daß die Friedensbewegung in ihrer Vielfalt zu einer gegenseitigen Potenzierung unterschiedlicher Aktionsformen kommen und zu einem wirklichen Faktor gegen die Raketenstationierung werden kann. Die Möglichkeiten, die in einer breiten Massenmobilisierung stecken, müssen offensichtlich gegen die Taktik der organisierten Gewaltlosigkeit durchgesetzt werden.

Übergroße Teile der Friedensbewegung werden durch die neuen Mittelschichten der 70er Jahre dominiert. Dadurch wird diese Bewegung in ihren zentralen Inhalten auf eine „Akzeptanzbewegung" reduziert: nicht nur beruft sie sich auf einen fiktiven Frieden und ignoriert, daß seit 1945 überall auf der Welt Krieg herrscht, sondern in ihrer Reduktion auf die Todesangst und das nackte Überleben verzichtet sie auf jede selbstbestimmte Hoffnung. Ihre innere Leere ist nur der Reflex auf die inszenierte Drohung mit dem atomaren Weltuntergang. Aus dieser Sicht handelt es sich bei der Raketenfrage zunächst um ein staatlich inszeniertes Projekt, dem die Funktion zukommt, jeden gesellschaftlichen Zustand für erträglicher zu halten als den Atomkrieg auf europäischem Boden. Die Bedrohung wird zur Legitimationsgrundlage des imperialistischen Staats, dem scheinbar die Funktion zukommt, in Abrüstungsverhandlungen die Katastrophe abzuwenden. Dieser Legitimation bedarf der Staat angesichts der sozialen Ausweglosigkeit in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise. Als Bewegung der neuen Mittelklassen reproduziert die Friedensbewegung selbst legitimatorische Staatlichkeit.

Ein blindes Bewußtsein von der sozialen Ausweglosigkeit und die Verinnerlichung der atomaren Bedrohung schlägt bei den Mittelklassen in der Friedensbewegung, wo eine soziale Utopie fehlt, in Tendenzen der Selbstvernichtung und der Wendung der Gewalt nach innen um. Ein solcher Totstellreflex wird derzeit eingeübt — die jüngsten Bilder der pazifistischen Demonstration in Krefeld machen dies erschreckend deutlich. Aber das Bild wird erst rund, wenn man die Vorübungen zur Ausgrenzung militanter „Störer" mit einbezieht. Solches Vorgehen bietet der staatlichen Sozialplanung nicht nur die Garantie, daß sich die Massenbewegung gegen die Nachrüstung von innen heraus selbst neutralisieren läßt, es ist auch die Vorwegnahme einer gesellschaftssanitären Mittelklassenfunktion für die Zukunft.

Die Bilder der inszenierten Angst und der organisierten Gewaltlosigkeit kontrastieren in auffälliger Weise mit

klassenfunktion für die Zukunft. Die Bilder der inszenierten Angst und der organisierten Gewaltlosigkeit kontrastieren in auffälliger Weise mit

der historischen Unbekümmertheit, mit der Teile der Friedensbewegung selbst zugleich die deutsche nationale Frage thematisieren, die — auch in ihrem Neutralismus —, konsequent zuende gedacht, ihrerseits ein imperialistisches Kriegsziel enthält. Die Forderung nach einem neutralen wiedervereinigten Deutschland, aus einer Mischung von sozialer Leere, neuem Nationalismus und Antiamerikanismus heraus gestellt, wird sich mit dem Revanchismus des Kohl-Regimes treffen. Das Erbe des Nationalsozialismus verbietet eine Infragestellung der politischen Geographie von Jalta mit nationalistischen Kategorien. Ein Bündnis von Mittelklassen und Staat wird immer mit diesem nationalsozialistischen Erbe behaftet sein. Eine Dimension der Befreiung, für die die NATO und die Unterdrückungspolitik der SU von sozialrevolutionären Bewegungen gleichzeitig angegriffen werden müßten, ein Konzept der revolutionären Blockfreiheit, ist aus einem solchen Bündnis nicht zu formulieren.

2. Die Raketenfrage und der Spielraum des Regimes

Welche Konzessionen wird das Regime der Friedensbewegung gegenüber machen können? Wird es die gleiche Flexibilität zeigen können wie angesichts der Bewegung gegen die Volkszählung? Hier zog sich das Regime zurück und die antistaatliche Dimension der Bewegung wurde neutralisiert, indem dem Staat durch das BGH-Urteil eine weniger sichtbare und modernisierte Form der Bevölkerungserfassung abverlangt wurde.

Wir glauben, daß das Regime in der Raketenfrage nicht den geringsten Spielraum hat. Die Reagonomics, in der Kombination monetaristischer Streichung der Sozialausgaben mit Hochzinspolitik und steigenden Rüstungsausgaben sind in der Tat nichts als die Fortsetzung der jahrzehntealten amerikanischen defizitären Budgetpolitik mit anderen Mitteln. Während aber der Dollar der 60er Jahre mit Gold gedeckt war und der inflationäre Dollar der 70er Jahre durch die externe Macht der USA zur Sicherung der Ausbeutungsverhältnisse gegenüber den drei Kontinenten stabilisiert wurde (die westlichen Industrieländer akzeptierten den Export der US-Inflation, weil so der Ölpreis niedrig blieb, weil das Petrodollarrecycling eine metropolitane Boomplanung versprach und weil die US-Krisenpolitik die Juniorpartner so kompensatorisch an der Ausbeutung der drei Kontinente teilhaben ließ), ist der Dollar der 80er Jahre nur noch durch die Drohung mit dem atomaren Inferno gedeckt. Die Kombination von Hochzinspolitik und Nachrüstung ist ein Erpressungsmanöver, das der westlichen Welt die Übernahme der US-Krise aufzwingt. Die Nachrüstung hat nicht mehr nur die Funktion, durch den Einsatz Mitteleuropas als Faustpfand die SU zum Stillhalten zu zwingen und so das Operationsfeld des US-Imperialismus in den drei Kontinenten zu sichern, sondern es geht inzwischen um die aggressive Destabilisierung des sowjetischen Machtbereichs. Zugleich werden die Juniorpartner auf einen Kurs des Frontalangriffs gegen die trikontinentalen und metropolitanen Unterklassen gedrängt. Die Hochzinspolitik dient dazu, die Länder der drei Kontinente in Verschuldung zu halten und verhindert zugleich ein Ausbrechen einzelner westlicher Industrieländer aus diesem Kurs durch Planung nationaler Booms. Das Inferno der Raketen zwingt zu einer bedingungslosen Unterordnung unter die US-geführte Solidargemeinschaft. So wird die Macht zur externen Entfesselung eines Atomkriegs zum letzten Instrument einer US-amerikanischen Dollarpolitik. Sie ist das Signum einer Ökonomie, die zunehmend nicht mehr Werte sondern Vernichtung produziert.

Angesichts dieser Erpressung gibt es für kein BRD-Regime eine Alternative. Mit der „Wende" hat das Kohl-Regime sie akzeptiert. Die Nachrüstung wird zwangsläufig zum Vermittlungsglied einer Verschärfung des sozialpolitischen Konfliktkurses. Das Regime wird um eine Stationierung der Raketen nicht herumkommen, zumal das Gespenst einer deutsch-französischen atomaren Rüstungsgemeinschaft (welches indirekt auch von Teilen der Friedensbewegung gefördert wird) nicht durchsetzbar ist.

ches indirekt auch von Teilen der Friedensbewegung gefördert wird) nicht durchsetzbar ist.

Das Drehbuch der hiesigen Verarmungspolitik wird nicht in Bonn, sondern auf dem Parkett des supranationalen Finanzkapitals geschrieben.

3. Angst und Selbstvernichtung

Tatsächlich ist die Raketenfrage Kumulationspunkt des Imperialismus in den Metropolen. Wenn sich an ihr eine massenhafte Verbreiterung des Widerstands ergibt, so liegt dessen fundamentale Berechtigung in der antiimperialistischen Dimension beschlossen, auch wenn diese als explizites Programm nicht formuliert ist. Die Radikalisierung einer Massenbewegung, die sich an einer Überlebensfrage für das Regime ausbildet, kann von diesem, zumal wenn sie sich gegen militärische Einrichtungen wenden wird, nicht dazu benutzt werden, die Militanten endgültig abzuspalten und abzuräumen. So wird die Bahn freigemacht für einen verschärften sozialpolitischen Angriff nach unten.

Es ist genau die Angst vor diesem staatlichen Knüppel, vielleicht noch mehr als die Angst vor den Pershing-Raketen, die die gewaltfreie Friedensbewegung in ihren Totstellreflex verfallen läßt. Die Angst vor dem Staat schlägt in organisierte Berührungsängste um (etwa bei der Umleitung von Demonstranten auf abgelegene Plätze). Die Vermeidung jeder Auseinandersetzung wird selber zum Programm gewaltsamen Vorgehens nach innen (etwa beim Training von Ordnern). Was in den sogenannten „Die ins" als Demonstration der Folgen eines Atomkriegs gedacht gewesen sein mag, schlägt um in eine Demutsgeste vor der staatlichen Gewalt.

Uns erinnern solche Bilder von identifikatorischer Übernahme der Vernichtungsabsicht nicht nur an die Unterwerfungshysterie von Johnstown und auch an einige Schlußszenen von Gorleben 1004. Sie haben ihren eigentlichen sozialhistorischen Fluchtpunkt im Wechelverhältnis von staatlich betriebener Massenvernichtung und Selbstvernichtungstendenzen im Nationalsozialismus.

Im Erbe des NS liegt der Zusammenhang zwischen Rüstungspolitik und der Lösung der sozialen Frage von oben: in der Verbindung von sozialer Sanierung, der Zerstörung aller Orte des sozialen Lebens außerhalb des Staats, mit der Politik der Massenvernichtung in ihrer Doppelheit von KZ und Krieg als Fortsetzung der Sozialpolitik mit militärischen Mitteln. Dieses Erbe hat sich in den Massenvernichtungswaffen der Supermächte verlängert und dies ist der materielle Kern der gegenwärtigen Rüstungsdrohung.

Aus dieser fatalen Verknüpfung von sozialer und physischer Zerstörung resultiert letztlich auch die Hoffnungslosigkeit der Friedensbewegung, die gegenüber der atomaren Vernichtungsdrohung nur mehr ein Existenzrecht reklamieren kann, das aufs nackte Überleben beschränkt ist. Über die Erhaltung des Status quo hinaus kennt es keinerlei soziale Aspirationen mehr.

4. Friedensbewegung und Antiimperialismus

Die organisierte Gewaltfreiheit in der Friedensbewegung verhindert, indem sie ein Ritual von Totstellreflexen und Selbstvernichtungsübungen inszeniert, planmäßig die Aneignung jeglichen Themas, das über den Deal zwischen Überleben und Staat hinausgeht. Das Thema, das gegenüber der Friedensbewegung zu formulieren wäre, ist nicht eine abstrakte Gewaltfrage, sondern ein konkreter Antiimperialismus, der von der Gleichzeitigkeit des trikontinentalen und des metropolitanen Angriffs auszugehen hat und der hier das metropolitane Proletariat und Subproletariat zum existenziellen Bezugspunkt nehmen muß. Es ist unseres Wissens noch nirgends diskutiert, welche Drohung die Raketen nach innen darstellen und ob die Raketenangst für die Unterklassen möglicherweise ganz anders aussieht als für die Friedensbewegung; ob die Raketen auch für sie das Signal einer anstehenden Vernichtung sozialer Minderheiten und Symbol eines grenzenlosen Verfügungsanspruchs des Staates sind, und wo die Vermittlungsglieder zwischen der sozialen Bedrängnis der Unterschichten und der Raketenfrage zu suchen sind. Dazu gehört zum Beispiel vordringlich die Frage nach der Bundeswehr und ihrer inneren Auflösung.

Allein kontrapunktische Aktionen, zumal wenn sie einen vorwiegend anti-

nach der Bundeswehr und ihrer inneren Auflösung. Allein kontrapunktische Aktionen, zumal wenn sie einen vorwiegend anti-

amerikanischen Aspekt vermitteln, bleiben in dieser Hinsicht unzureichend. Dies umso mehr, als die organisierte Gewaltfreiheit ihre Angst zur Aggressivität nach innen wenden und sich nicht scheuen wird, zu einer Auslieferung der Militanten überzugehen. Es ist auffällig, wie sehr ein solches Vorgehen in den Entwürfen zur geplanten Reform des Demonstrationsrechts derzeit vorweggenommen wird. Die Gewaltfreiheit entspringt nicht einer spontanen Bewußtseinslage der Beteiligten, sondern sie ist verwaltete Organisationsform, und nur als solche kann sie angegriffen werden.

Nur wenn ein subversives Konzept entwickelt wird, das diese verwalteten Strukturen der Gewaltlosigkeit von innen her auflöst, kann die drohende institutionelle Abwiegelung des antimilitaristischen Protest à la Atomtod- und Antinotstandsbewegung 1958 und 1968 verhindert werden, nur so kann die Angst in den entscheidenden Momenten in Aufbegehren umschlagen. Nur im Zusammenhang mit einem solchen Konzept der Subversion der Gewaltfreiheit werden kontrapunktische Aktionen sinnvoll und unabdingbar notwendig, nur dann kann es zu einer gegenseitigen Potenzierung der verschiedenen Widerstandsebenen gegen die Nachrüstung kommen. Welches sind die strategischen Umschlagspunkte, in denen die Angst in konkreten Situationen zur Massenkonfrontation aufbricht? Die größte Sorge des Regimes ist, daß US-Wachmannschaften auf Demonstranten schießen und daß dadurch die fiktive Totenstarre der Bewegung gelöst wird.

Redaktion Autonomie

August 1983 Konkret

Hermann L. Gremliza

Keine Steine auf die Schweine

Einen voraus an die Friedenstunten: Wenn es denn hülfe, den USA die Lust am Atomkrieg zu nehmen, daß einer ihrem reisenden Vizepräsidenten die Birne verbeult — wer würfe nicht gerne den ersten Stein? Wessen Mitleidensfähigkeit ist durch die von Bushmännern täglich Ermordeten und Gefolterten nicht so verbraucht, daß sie sich bis über einen demolierten Bush ausbreiten könnte? Mein seelisches Gleichgewicht jedenfalls ist eher gestört, wenn ein Schwein wie dieses das Land, in dem ich lebe, unversehrt passieren kann.

Das ist keine Antwort auf die Frage, ob und wann Gewalt ausgeübt werden darf, soll oder muß. Eine unterdrückte Nation oder Klasse, die sich gegen ihre Ausbeuter erhebt, pflegt darüber nicht zu diskutieren. Sie weiß sich in der Legitimität historischer Konsequenz. Das bunte Bündnis, das wir Friedensbewegung nennen, muß sich mit der Frage quälen. Die sogenannten »Krefelder Krawalle«, von denen in acht Zeitungstagen mehr die Rede war als von vier Millionen Unterschriften unter dem Krefelder Appell in zwei Jahren, werden sich im Herbst andernorts wiederholen. Und sie verlangen andere Antworten als die der Oma Jungk, die da sagte: »Wer 'Nie wieder Krieg' sagt, muß auch 'Nie wieder Bürgerkrieg' sagen.« Als sollten Atomraketen gegen Sozialpartnerschaft getauscht, der Imperialismus totgestreichelt und der Klassenkampf von einer ökopazifistischen Volksgemeinschaft zu Grabe gesungen werden.

Was da in und nach Krefeld zusammengequatscht wurde, zeigt an, daß die Verelendung der politischen Intelligenz mit dem Fall der Profitrate Schritt hält. Einfachste Erkenntnisse über das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Staates, die zu Zeiten der Hochkonjunktur vor 15 Jahren jedermann geläufig schienen, müssen unter der Schmidt-/Genscher-/Kohl-Kultur verschütt gegangen sein. Die Depression drückt auf die Gehirne. Die Militanten von der »Autonomie« stottern was von »Gleichzeitigkeit des trikontinen-
Depression drückt auf die Gehirne. Die Militanten von der »Autonomie« stottern was von »Gleichzeitigkeit des trikontinen-
talen und des metropolitanen Angriffs« der »Supermächte« (Andreas Baader dreht sich im Grabe um) und Jo Leinen, der muntere Juso vom Bundesverband der Bürgerinitiativen für Umweltschutz, unterstellt dem Innenminister »die durchschaubare Absicht, den Obrigkeitsstaat des 19. Jahrhunderts zu installieren«. Auch die IG Metall schwafelt von »Rechtsvorstellungen des wilhelminischen 'Obrigkeitsstaates«.

Heillose Verwirrung. Die kapitalistische Welt rüstet zum letzten Gefecht — mit Atomraketen, deren je zehn Sprengköpfe, durch Microprozessoren gesteuert, den globalen Feind enthaupten sollen, und mit dem Ausbau eines schwarzbraunen Staats, der jede Regung des inneren Feinds erkennt, registriert und liquidiert — und die Opfer wappnen sich gegen Kartätschenprinzen und die Säbel wilhelminischer Wachmänner. Fünfzehntausend Kilometer westlich und fünf bis zehn Jahre voraus, in Kalifornien, läßt die Bourgeoisie ihre Häuser rund um die Uhr von schwerbewaffneten Doppelstreifen bewachen. Das ist es, was vor uns liegt, und nicht der preußische Verfassungskonflikt.

So weit hinterm Mond wie seine Kritiker wohnt der Friedrich Zimmermann nicht. Er weiß, daß mit Hühneraugenpflaster kein Krebs zu heilen ist, er hat die sozialdemokratische Illusion, Kapital und Arbeit ließen sich versöhnen, nie geteilt. Man schimpfe es Mangel an Anstand oder ein Zeichen krimineller Energie — die Erkenntnis des Innenministers, daß die Opfer der Kapitalherrschaft nicht *resozialisierbar* und ihr Widerstand nicht auf Dauer *integrierbar* sind, hat mehr Zukunft als der endlose Versuch, Leuten, die nichts mehr von einem »normalen« Leben zu erwarten haben, das Gegenteil einzureden. Die Konsequenz freilich ist: Abschieben, zusammenschlagen, einsperren, aufhängen. Aber mit Gewalt hat Zimmermann keine Probleme.

Die Friedensbewegung und die Angst vorm heißen Herbst kommen ihm nicht ungelegen. Daran kann er sein Prinzip demonstrieren und seine Instrumente feilen. Die jämmerlichen Liberalen hat er schon im Schwitzkasten. Die jammernden Sozis, die ihm dieses BKA, diesen Staatsschutz und diese zur Bürgerkriegsarmee gerüstete Polizei hinterlassen haben, sind doppelt wehrlos: sie haben nichts zu sagen und sie hätten nichts zu sagen. Was denn auch, bitte: daß die Bourgeoisie nun direkt regiere (statt, wie zuvor, indirekt), daß der Staat nun eindeutig der politische Ausschuß des Kapitals sei (statt, wie zuvor, zweideutig)? Wer von den vormals Regierenden sollte das sagen können, wo doch kaum einer dabei ist, der es denken kann?

Zimmermann (nicht als Eigentümer eines meineidigen Blutzuckers, sondern als Synonym für die Gewalttätigkeit dieses Regimes) muß die Friedensbewegung kleinkriegen. Den Anfang hat er gemacht. Im Bundestag haben ihm die freidemokratischen Abgeordneten geholfen, in Krefeld die sozialdemokratischen Polizeiführer. Das neue Demonstrationsrecht, das die Festnahme und Bestrafung jeder »Teilmenge« von Demonstranten erlaubt, die sich vom Polizeisprecher nicht nach Hause schicken lassen, gibt freie Bahn dem tüchtigen Staatsschützer. Fünf maskierte Mitarbeiter des Landesamts mit je einem Täschchen voll Steinen über die Kundgebung verstreut und dann: Knüppel aus dem Sack! Ich fresse einen Besen samt dem daran hängenden arbeitslosen Sozialpädagogen, wenn das BKA nicht einen Sonderkurs in Provokation eingerichtet hat, wo die beamteten Veteranen vom Bremer Rekrutengelöbnis und der Startbahn West referieren. Thema: Was ist zu tun, wenn ein Molly einen Jeep der US-Army trifft, und wie stellt man einen Molly her?

Aber, liebe »UZ — Organ der DKP«, die du die Beweise für den Einsatz von beamteten »Chaoten« so verdienst- wie liebevoll sammelst, ist das wirklich die Antwort
Aber, liebe »UZ — Organ der DKP«, die du die Beweise für den Einsatz von beamteten »Chaoten« so verdienst- wie liebevoll sammelst, ist das wirklich die Antwort
auf alle Fragen? Wo bleibt die Souveränität eines Friedrich Engels, der »eine reißende Zunahme von Verbrechen, Räubereien und Morden« (»Die Straßen sind bei Abend sehr unsicher, die Bourgeoisie wird geprügelt, mit Messern gestochen und beraubt«) eben nicht denunziert, sondern analysiert: die Täter »protestieren als Individuen und gewaltsam gegen die soziale Ordnung« (Brief an Marx, 1844)?

Die Friedensbewegung ist nicht die Arbeiterklasse, sondern ein Bündnis von bürgerlicher Intelligenz, Kleinbürgern, Arbeitern und Randgruppen aller Art. Sie verbindet mehr das Gefühl als die Erkenntnis, daß die Stationierung der neuen Atomraketen auf einen Krieg abzielt, den kein Europäer überleben wird. Überraschend sind nicht die individuellen und gewaltsamen Ausbrüche von Protest, überraschend ist das große Maß an Besonnenheit und Disziplin. Das wird sich, je näher die Raketen kommen, noch ändern. Nicht nur deshalb, weil Zimmermann auch den gewaltlosen Widerstand zur Gewalttätigkeit erklärt hat und jeden straßenbesetzenden Friedenschristen zum Kriminellen. Wer sich seine Angst, es gehe um Leben und Atomtod, selber glaubt, wird an den Grenzen gewaltlosen Protests, wenn der ohne Wirkung bleibt, nicht haltmachen. Die Friedensbewegung muß jetzt Aktionsformen diskutieren und einüben, die dem dann nötigen Widerstand eine politische Kraft geben und nicht Tausende in den individuellen Terror treiben.

In Stammheim sind noch Zellen frei. Es gibt keinen Anlaß, sie füllen zu helfen. Weder so noch so — weder durch Propaganda für Steinewerfer, noch durch eilfertige Distanzierung und Denunziation. Gerade wer Gewalt verabscheut, dürfte nicht bei den staatlichen Gewalttätern um den Stern eines Hilfssheriffs anstehen. ■

Alles nur symbolisch

Wenn diese Meldung nicht so grauenhaft wahr wäre, hätte ich sie gern erfunden: In symbolischer Anknüpfung an die Legende der Posaunen von Jericho haben 15 Mitglieder der Evangelischen Studentengemeinde Göttingen drei Tage und Nächte lang in ununterbrochenem Schichtdienst die Göttinger Zieten-Kaserne umkreist. **,,Die Demonstranten, die zum Teil weiße Bußgewänder und violette Friedenstücher trugen, begannen ihre symbolische Aktion mit dem Blasen von Posaunen und Trompeten vor dem Kasernentor''.** So meldete es die ,,Frankfurter Rundschau'' am 6. Juli. Das historische Vorbild des makabren Treibens findet sich im Alten Testament, Josua, 6. Kapitel. Bei ihrer militärischen Invasion nach Palästina sollen die Kinder Israel die Mauern von Jericho zum Einsturz gebracht haben, indem sie die Stadt unter Posaunenschall tagelang umkreisten. Eine gewaltfreie Aktion war es dennoch ganz und gar nicht: **,,Als das Volk den Hall der Posaunen hörte, machte es ein großes Kampfgeschrei. Und die Mauern fielen um, und das Volk erstürmte die Stadt... Und sie vernichteten alles, was in der Stadt war, mit der Schärfe des Schwertes, Mann und Weib, jung und alt, Ochsen, Schafe und Esel''.** (Josua 6, 20-21). Die bundesdeutsche Friedensbewegung liebt es heuer nicht bloß gewaltfrei, sondern auch s y m b o l i s c h. Es geht dabei um kultisch stilisierte Ersatzhandlungen für Dinge und Wirkungen, die man im wirklichen Leben nicht zustande zu bringen vermag.

Die in der Friedensbewegung verbreitetste Form symbolischer Ersatzhandlungen ist das Deklarieren von ,,atomwaffenfreien Zonen''. Im besten Fall kann auf diese Weise immerhin politischer Druck in begrenztem Rahmen entfaltet werden, sofern es gelingt, offizielle Beschlüsse etwa über die Erklärung einer Stadt als ,,atomwaffenfrei'' durchzusetzen. Von diesem in Maßen sinnvollen Ansatz hat sich die Ersatzhandlung aber schon längst verselbständigt. Mittlerweile gibt es ,,atomwaffenfreie'' Straßen und Plätze, Lehrwerkstätten, Waldhütten, Studentengemeinden — alles Orte, wo ohnehin nie im Leben eine Atomwaffe stationiert werden würde und die nur zunehmend das Mittel der ,,atomwaffenfreien Zone'' zum Gespött machen. Und die Inflation wirkungsloser Ersatzhandlungen schreitet munter voran: Es gibt mittlerweile Badetücher und T-Shirts mit dem Aufdruck ,,Atomwaffenfreie Zone''. Es fehlen gerade noch das atomwaffenfreie Fahrrad und das atomwaffenfreie Katzenklo.
und T-Shirts mit dem Aufdruck ,,Atomwaffenfreie Zone''. Es fehlen gerade noch das atomwaffenfreie Fahrrad und das atomwaffenfreie Katzenklo.

Wenn das Signal trasportiert werden soll ,,Ich bin gegen die Nachrüstung'' bzw. ,,Ich bin gegen Atomwaffen'', so sollte das sinnvollerweise direkt und ohne makabre Umwege angezeigt werden. Diese einfache Anzeige würde allerdings dem Bedürfnis nach symbolischen Ersatzhandlungen viel zu wenig anbieten. Das Deklarieren ,,atomwaffenfreier Zonen'' an den unmöglichsten Orten hat zweifellos einen hohen psychologischen Eigenwert: Kann man die Atomwaffen schon nicht wegbekommen, so kann man ihnen doch wenigstens seine Wohngegend, seine Wohnung, seine Ferienhütte, seinen Arbeitsplatz versperren. Unsere Vorfahren hätten vielleicht geweihtes Wasser auf die Türschwelle gegossen, um die bösen Geister fernzuhalten.

Einen besonders hohen symbolischen Stellenwert haben auch alle Ersatzhandlungen, bei denen nach uraltem Brauch ein ,,Bannkreis'' aufgebaut wird. Vorzugsweise geschieht das durch Bildung sogenannter ,,Menschenketten''. Gefährliche Wesen und Gegenstände innerhalb des Kreises werden auf diese Weise unschädlich gemacht, allerdings leider nur symbolisch. Es können auch andere phantasievolle Methoden angewendet werden. Beispielsweise kann man den Gefahrenherd symbolisch einspinnen und damit als Nebeneffekt das uralte Mysterium von Frau und Hausarbeit auffrischen. Man kann auch einen Bannkreis aus schönen Blumen und Pflanzen um den unheilvollen Ort anlegen, sofern man eine ausreichende Menge zur Verfügung hat.

Ein anderes Anwendungsgebiet der sogenannten ,,Menschenkette'' ist die Herstellung einer Verbindungslinie zwischen zwei Punkten, die ihrerseits einen symbolischen Wert haben. So kann man beispielsweise durch die Bildung einer ,,Menschenkette'' zwischen den diplomatischen Vertretungen der USA und der Sowjetunion erstens seinen Glauben kundtun, daß das Unheil dieser Welt vor allem von den beiden Supermächten kommt, und zweitens einen magischen Zauber auf die Genfer Verhandlungen ausüben. Letzteres aber auch wieder bloß symbolisch.

Wichtig ist in jedem Fall, daß die Kette wirklich g e s c h l o s s e n ist. Andernfalls wirkt der Zauber nicht. Eine lediglich symbolische Kette mit Lücken — z.B. weil Straßen dazwischen liegen oder weil nicht genug Leute zum Ritual erschienen sind — verfehlt völlig den beabsichtigten Zweck. Ruf- oder Sichtkontakt zwischen den Teilnehmern der ,,Menschenkette'' ist keinesfalls ausreichend. Auch das Überbrücken von Lücken durch Fahnen, Tücher u.ä. — wie jetzt schon vorbeugend für die große süddeutsche ,,Menschenkette Stuttgart-Neu-Ulm im Oktober erwogen — bleibt unbefriedigung.

Eine negative Form von symbolischer Aktion stellen die phantasievoll gestaltbaren Sterbe-Szenen dar. Dabei
digung.

Eine negative Form von symbolischer Aktion stellen die phantasievoll gestaltbaren Sterbe-Szenen dar. Dabei
legt sich eine beliebig zahlreiche Menschenmenge einfach für einen vereinbarten Zeitraum auf Mutter Erde oder Vater Beton und spielt Totsein. Der magische Effekt wird bei dieser Aktionsform umgekehrt: Die Akteure wollen nicht etwa symbolisch den Wunsch ausdrücken, gerne richtig tot zu sein, sondern eher einen Abwehrbann ausüben. Die weniger klugen und aufgeweckten Mitmenschen sollen auf diesem Wege darauf aufmerksam gemacht werden, daß Totsein eigentlich eine ziemlich beschissene Sache ist.

Eine zweckmäßige Ergänzung der Sterbe-Szenen könnten symbolische Hungerstreiks bilden. Wer die Stunden dafür mit Überlegung wählt (beispielsweise: von 0 bis 7 Uhr morgens), bringt ein durchaus erträgliches Opfer und kommt — sofern er sein tägliches Fasten stramm durchhält — im Laufe des Jahres auch auf ein ganz schönes Sümmchen.

Das Wort zum 3. Weltkrieg?

,,Selbst die Gefahr der Vernichtung eines ganzen Volkes — bzw. die bereits zum großen Teil stattgefundene Ausrottung läßt das Gesicht eines der Überlebenden nicht in Angst und Haß erstarren. Eher ist Heiterkeit zu spüren. Ist so etwas zu begreifen! Ich glaube, wer sich vor dem Tod nicht fürchtet, weil er Bestandteil eines sich ständig wiederholenden natürlichen Prozesses ist, ein Übergang in eine andere Form, eine Neugeburt — wer also den Tod als Teil seines eigenen Lebens akzeptiert, der braucht auch vor einer noch so perfekt mit Waffen vollgestopften Kriegsmaschinerie mit ihren mariottenhaften Betreibern nicht das Schlottern zu kriegen''.

,,Stadtzeitung'' Freiburg, 15.7.83

Eine Spezialform bilden symbolische Handlungen, bei denen sich die Teilnehmer ausdrücklich gegen den Verdacht verwahren, es handele sich lediglich um symbolische Handlungen. Daß es diese Spezialform g i b t, deutet darauf hin, daß das politische Problem immerhin erkannt worden ist. Die Veranstalter solcher Handlungen, der sogenannten ,,Standort-Blockaden'', grenzen sich ausdrücklich von nur symbolischen Aktionsformen ab und melden öffentlich den Anspruch an, mit ihrem Tun eine praktische Wirkung zu entfalten. Sie streben eine tatsächliche Behinderung des militärischen Alltags an. Es soll, so wird versprochen, Sand ins Getriebe des militärischen Apparats und der Rüstung geworfen werden. Da-
Behinderung des militärischen Alltags an. Es soll, so wird versprochen, Sand ins Getriebe des militärischen Apparats und der Rüstung geworfen werden. Da-
bei sollen aber bestimmte Spielregeln eingehalten werden, an denen sich das ganze Vorhaben von vornherein als lediglich verkleidete Form der bekannten symbolischen Ersatzhandlung blamiert. Oberstes Prinzip dieser Spielre-

Fortsetzung nächste Seite

aus konkret, März '83

"... mit der Kraft Deiner Arme"

Uns allen, die wir Petra Kelly mit unserer Stimme zur Bundestagsabgeordneten gemacht haben, soll offenbar keine Peinlichkeit erspart bleiben. Das hier abgedruckte Gedicht trug Petra Kelly am 15. Juni dem Bundestag vor. Nachdem sie den Vortrag beendet hatte, drohte sie: „*Dieses Gedicht werden wir, die Friedensbewegung und diese Fraktion, geschlossen bei der gewaltfreien Blockade in Schwäbisch-Gmünd im Herbst 1983 wiederholen.*" Damit hat die Zahl der selbsternannten Sprecher „der Friedensbewegung" sich mal wieder um eine weitere wichtige Stimme erhöht. — Ob Petra Kelly ihre Ankündigung, diesen Unfug „geschlossen" vorzutragen, wenigstens mit der gesamten grünen Bundestagsfraktion abgesprochen hat? Es gibt da eigentlich ein paar Leute, denen wir etwas mehr politischen Verstand zutrauen würden.

Das Gedicht drückt sehr deutlich und anschaulich die in der bundesdeutschen Friedensbewegung vorhandenen masochistischen Tendenzen aus. Der Wunsch, fremde Gewalt direkt körperlich zu spüren und O p f e r zu sein, droht sich gegenüber den eigentlichen politischen Zielen — konkret zur Zeit vor allem: Verhinderung der NATO-„Nachrüstung" — zu verselbständigen. Zugleich deutet sich in dem Gedicht an, daß das vorhandene masochistische Bedürfnis schon mit einer sehr geringen Stufe von „Leiden" zu befriedigen ist. Für diejenigen, die von den „Brüdern Polizisten" krankenhausreif geprügelt oder gelegentlich in Notwehr erschossen werden, ist die Angelegenheit gewiß sehr viel weniger lustvoll.

Mein Bruder Polizist
mein Bruder Soldat,
vergib mir,
wenn ich Dich nötige
durch mein einfaches Dasitzen
auf der Straße,
mich als Hindernis,
das die sogenannte Ruhe und Ordnung
dieses Staates angeblich stört,
wegzutragen
mit der Kraft Deiner Arme.
Ja, nimm mich,
ich bin ganz friedlich,
ich leiste keinen Widerstand
außer, daß ich mich stelle
wie leblos.
Es ist notwendig,
daß Du daraus lernst
solche Art leblos
wirst Du einst daliegen
mit gebrochenen Augen,
zerrisener Lunge
in der Stunde des Ernstfalls,
wenn Du unsere Warnung nicht lernst
vor dem Wahnsinn dieser Waffen
dieser letzten Waffen
in jenem letzten aller Kriege!

Fortsetzung von vorheriger Seite

geln ist die sogenannte „Gewaltfreiheit", die allerdings unterschiedlich streng ausgelegt wird. In jedem Fall schließt sie eine w i r k u n g s v o l l e Behinderung des Militärapparats aus.

cumer Treffens haben unrecht: Wenn die Friedensbewegung derzeit in der Tat für die Gegenseite weitestgehend b e r e c h e n b a r ist, dann liegt das nicht an Loccum. „Strategisch", d.h. für den Gesamtverlauf der Herbstaktionen, ergibt sich die Berechenbarkeit daraus, daß die Friedensbewegung mit ihrer Selbstverpflichtung auf Gewaltfreiheit die Grenzen ihres Vor-

Fortsetzung von vorheriger Seite

geln ist die sogenannte „Gewaltfreiheit", die allerdings unterschiedlich streng ausgelegt wird. In jedem Fall schließt sie eine w i r k u n g s v o l l e Behinderung des Militärapparats aus.

Die durch die Spielregeln gesetzten engen Grenzen machen die Aktion für die Gegenseite berechenbar. Die Einhaltung der obersten Spielregel — „Gewaltfreiheit" — rangiert als Ziel eindeutig vor dem deklarierten Zweck einer effektiven Betriebsstörung. Der mit der „Gewaltfreiheit" angestrebte propagandistische Zweck setzt ihre Absolutheit unbedingt voraus. Schon eine kleine Gruppe von „Störern", die sich nicht an die Spielregeln hält, zerstört die gewünschte propagandistische Wirkung. Siehe Krefeld. Selbst bei totaler Wahrung der „Gewaltfreiheit" durch a l l e Aktionsteilnehmer kann die Gegenseite, die Polizei, einen Ablauf der Ereignisse herbeiführen, der in die Öffentlichkeit das Signal „Krawall" transportiert und die angestrebte moralische Wirkung der Aktion beeinträchtigt. Drum liegt es in der inneren Logik dieser Aktionsform, wenn sich die Veranstalter von sich aus intensiv darum bemühen, alles zu vermeiden und auszuschließen, was zum V o r w a n d gewalttätiger Polizei-Ausschreitungen gemacht werden könnte. In der Praxis ist das jedoch ohne ein Mindestmaß an gutem Willen auf Seiten der Polizei gar nicht zu bewerkstelligen. Zu einer wirklich garantiert gewaltfreien Aktion gehören b e i d e agierenden Teams, „Gewaltfreie" u n d Polizei. Daß zum Funktionieren dieser Aktionsform das vertrauensvolle Gespräch mit der Polizeiführung angestrebt wird, ist also eine durchaus vernünftige Konsequenz. Das gilt im Kleinen wie im Großen. Ein entsprechendes großangelegtes Seminar soll Ende September (also noch rechtzeitig v o r den zentralen Herbstaktionen) in der Evangelischen Akademie Loccum stattfinden. Zahlreiche selbsternannte Sprecher der Friedensbewegung wollen sich dort mit höchstrangigen Polizei-Spezialisten für Demonstranten- und Terroristenbekämprung treffen. Andere Friedensbewegungssprecher, die an dem Vorhaben Kritik üben (z.B. einige Vorstandsmitglieder des BBU) stoßen sich durchaus nicht an der Intention des Konsultativtreffens in Loccum, sondern lediglich daran, daß dieses ausdrücklich nicht-öffentlich sein soll. Dialog mit der Polizei ja, aber Gemauschel nein, lautet die Devise der Kritiker. Ansonsten herrscht Einigkeit, daß wir in der Polizei selbstverständlich keinen Gegner sehen. Da mag dieser Verein anstellen, was er will — wir tun ihm nicht den Gefallen, mit einem altmodischen Feindbild zu kontern!

Die „gewaltfreien" Kritiker des Loccumer Treffens haben unrecht: Wenn die Friedensbewegung derzeit in der Tat für die Gegenseite weitestgehend b e r e c h e n b a r ist, dann liegt das nicht an Loccum. „Strategisch", d.h. für den Gesamtverlauf der Herbstaktionen, ergibt sich die Berechenbarkeit daraus, daß die Friedensbewegung mit ihrer Selbstverpflichtung auf Gewaltfreiheit die Grenzen ihres Vorgehens sehr eng abgesteckt hat, und zwar mit einem absoluten Moralanspruch an sich selbst. (Steinwerfen ist unmoralischer und/oder dümmer als die letztendliche Hinnahme der Raketenstationierung). „Taktisch", das heißt in jedem konkreten Einzelfall, ergibt sich die Berechenbarkeit aus der präzisen öffentlichen Vorankündigung des Geplanten. Das hat aber mit dem Loccumer Treffen absolut nichts zu tun, denn dort werden nicht konkrete Details, sondern allgemeines Gelaber ausgetauscht werden.

Beispielhaft für eine vollständig berechenbare Aktion ist die Blockade der Hamburger Boehnkaserne im Juni. Hier gab der Kommandant seinen Soldaten einfach, entsprechend der angekündigten Blockade-Dauer, einen Tag frei. Bis zu 500 Menschen umlagerten einmal rund um die Uhr völlig funktionslos die leeren Anlagen, bis es ihnen wenige Stunden vor dem ursprünglich geplanten Ende der Blockade denn doch zu blöd wurde und sie die Aktion abbrachen.

Das Klima für allerlei symbolische Aktionen scheint derzeit günstig zu sein. Sofern Ausmaß und Dauer der geplanten „Behinderung" für den Staatsapparat zuverlässig überschaubar und kalkulierbar sind, darf mit flexiblen, zurückhaltenden Reaktionen wohl zumeist gerechnet werden. Im Grunde wäre es dann allerdings auch ausreichend, solche Aktionen zukünftig gleich nur noch als Sandkastenspiele in Loccum oder in der Polizeiakademie laufen zu lassen.

Diese Schlußfolgerung wird vermutlich unangebracht zynisch und überheblich erscheinen, da doch große Teile der Friedensbewegung ausdrücklich M e h r wollen als symbolische Spiele und Rituale. Das Problem dabei ist: Genau die totale Berechenbarkeit der Aktionen ist d i e entscheidende Voraussetzung, um Konfrontationen mit der Polizei und eventuelle Eskalationen zu vermeiden. Nur die garantierte Harmlosigkeit der Friedensbewegung, sich mit Ersatzhandlungen und Scheinerfolgen zufrieden zu geben, ermöglicht die derzeit vorherrschende Gelassenheit und Zurückhaltung der Gegenseite. Der Militärmaschine „Sand ins Getriebe zu streuen" ist ein Vorhaben, das mit totaler und brutaler Gegenwehr des Staates zu rechen hätte — gäbe es da nicht jenes stillschweigende Einverständnis, daß es so ernst denn doch nicht gemeint sein soll.

Kt., Hamburg

"Gewaltfreier Aufstand - Alternative zum Bürgerkrieg"?

Seit einigen Jahren hat sich die außerparlamentarische Bewegung in der „Gewaltfrage" eines vermeintlich Besseren besonnen:

„Nur der Griff der Massen zum Gewehr — schafft den Sozialismus her" mag heute niemand mehr rufen, und das hat nicht nur ästhetische Gründe.

Das Bild von Che Guevara verblaßt, und mit Ghandi ist schon eine neue Kultfigur gefunden. Nicht mehr vom „Sieg im Volkskrieg" ist die Rede, sondern vom „gewaltfreien Aufstand".

Einer seiner bedeutendsten Vertreter hierzulande ist der Friedensforscher Theodor Ebert, Begründer und Mitherausgeber der Zeitschrift „Gewaltfreie Aktion". Hier soll seine Theorie einer Kritik unterzogen werden.

Das Comeback eines Buches

Es ist schon seltsam, wenn ein früher kaum beachtetes Buch plötzlich zu einem Bestseller der Polit-Scene avanciert. Das ist der Fall bei Theodor Eberts „Gewaltfreier Aufstand — Alternative zum Bürgerkrieg" (I). Ursprünglich erschienen Ende der 60er Jahre, erreichte es von 1978 bis heute drei Neuauflagen von 16.000 Exemplaren. Woher dieses plötzliche Interesse kommt, verrät die Jahreszahl 1978: Ein Jahr vorher erlebte die „militante Linke" mit dem „deutschen Herbst" eine Vorahnung von der Macht und Brutalität des Staatsapparates. zwei Jahre zuvor hatte der Rechtsputsch in der VR China viele Hoffnungen zerstört, die sich auf dieses Revolutionsmodell konzentriert hatten. Die Vorstellung vom bewaffneten Umsturz des kapitalistischen Systems geriet von zwei Seiten unter Druck: einerseits auf der Ebene der Machbarkeit, andererseits auf der Ebene der Utopie, für die man die VR China hielt. Genauso undifferenziert,

Vorahnung von der Macht und Brutalität des Staatsapparates. zwei Jahre zuvor hatte der Rechtsputsch in der VR China viele Hoffnungen zerstört, die sich auf dieses Revolutionsmodell konzentriert hatten. Die Vorstellung vom bewaffneten Umsturz des kapitalistischen Systems geriet von zwei Seiten unter Druck: einerseits auf der Ebene der Machbarkeit, andererseits auf der Ebene der Utopie, für die man die VR China hielt. Genauso undifferenziert,

wie manche Linke früher den „friedlichen Weg" verurteilt hatten, eigneten sie sich jetzt die „Gewaltfreiheit" als neue Heilslehre an.

Aufstand — wofür?

Zur Entstehungszeit des Buches war das noch anders. „*Außerparlamentarische Oppositionsgruppen (...) sehen in der grundsätzlichen, wenn auch nicht aktuellen Bereitschaft zur Gewaltanwendung den Ausweis ihrer revolutionären Zielsetzung*", bilanzierte Ebert 1970 (S. 8).

Ihnen verspricht er, „*daß wir bei der Suche nach einer Methodik gewaltfreier Aufstände einer Entdeckung auf der Spur sind, welche der Spaltung des Atomkerns an epochaler Bedeutung gleichkommt*" (S. 10).

Doch gleich zu Anfang ergibt sich für die Interessenten an dieser Entdeckung ein bezeichnendes Problem: Die „Ziele" eines gewaltfreien Aufstandes sind völlig verschwommen und beliebig.

Einmal spricht Ebert von der „*Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln als einer unverzichtbaren Vorraussetzung humaner und friedlicher Gesellschaftsordnung*" (II), dann geht es um das Ausgleichen eines „*emanzipatorischen Defizites*" (S. 9), schließlich will er nur noch „*unsere Gesellschaft von der industriellen Expansion zur ökologischen Einpassung (...) lenken.*" (S. 241)

Dagegen spricht der Marxismus nur dann vom „Aufstand", wenn der Kampf mit und die Zerschlagung der herrschenden Staatsmacht anvisiert wird.

„Ein vollwertiger Ersatz für den bewaffneten Aufstand" (Ghandi)

Im Unterschied zu den Zielen sind die Mittel klar umrissen: Menschenverletzende Gewalt ist absolut tabu; „Gewalt gegen Sachen". soll „sorgfältig zu vermeiden" (S. 34) versucht werden.

An Argumenten gegen jede Form des bewaffneten Befreiungskampfes werden aufgeführt:

1. Technisch nicht durchführbar:

So macht angeblich „*die komplizierte Lebenstechnik in einem hochentwickelten Industrieland den Volkskrieg unmöglich (...). Für eine von der Technik abhängig gewordene Bevölkerung bedeutet die plötzliche und nachhaltige Lahmlegung des technischen Apparates, ohne den sie nicht mehr leben kann, so etwas wie Genozid; Hunger, Seuchen und Massentod wären die unvermeidliche Folge*". (S. 15 — Ebert zitiert hier S. Haffner).

Durch die Industrialisierung der 3. Welt werde auch dort der Guerillakampf zunehmend unmöglich (S. 17).

Diese Argumente sind allesamt nur technischer Art und treffen letztlich auch die Vertreter der „gewaltfreien Aktion" selbst, wenn sie die Parole vom „Unregierbarmachen" dieses Landes aufstellen.

2. Steigert die Atomkriegsgefahr

„*Zum schwerwiegendsten Argument gegen einen revolutionären Befreiungskrieg wurden aber in den letzten Jahren die eskalierenden Verluste an Menschenleben und Produktionsmitteln und die Gefahr einer Ausweitung zum atomaren Weltkrieg*". (S. 17). Ausdrücklich kritisiert Ebert Che Guevaras Parole „Schafft 2, 3, viele Vietnam": „*Die unvollendete Befreiung Vietnams hat schon jetzt mehr als 1 Million Tote gekostet.*" (S. 17).



„Der Sieg ist sicher unter der Voraussetzung, daß die Sache gerecht und die Bereitschaft zu leiden endlos ist" (Ghandi).

Dem Kenner fällt hier die Nähe zu den Warnungen Chruschtschows auf, der davon gesprochen hatte, „*daß selbst ein kleiner Funke einen Weltbrand entzünden kann*", und angekündigt hatte: „*Wir werden uns beharrlich bemühen, die glimmenden Funken auszutreten, die einen Kriegsbrand entfachen könnten.*" (3).

Die Praxis zeigt leider, daß bei Verzicht auf bewaffnete Gegenwehr weder die Zahl der Opfer noch die Aggressivität des Imperialismus geringer wird. Die Blutbäder nach den Militärcoups in Chile und Indonesien sind Tatsachen, auf die sich die Prediger der „Gewaltfreiheit" lieber nicht einlassen.

3. Undemokratische und hierarchische Strukturen

Ebert kritisiert an Guerillagruppen, „*daß sie ohne eine streng hierarchische Gliederung, ohne strikte Ausrichtung am Befehls-Gehorsam-Verständnis und ohne ein hohes Maß an Mißtrauen jedes gegen jeden nicht bestehen können. Eine solche Geheimorganisation (...) verliert dadurch weitgehend den Kontakt zu denen, für die sie angeblich kämpft, und es wird zudem äußerst schwierig, auch innerhalb der eigenen Reihen Kritik und Vorschläge von unten nach oben weiterzugeben.*" (S. 19).

Ebert entwickelt daraus auch die Befürchtung, daß die Gewalt die Verhältnisse in der neuen Gesellschaft beeinträchtigen könnte:

„*Wird erst einmal Gewalt angewandt, wird für deren Träger die Versuchung fast unüberwindlich, auch die sympathisierenden Kritiker dieser Aktion mit eigenen Machtmitteln zum Schweigen zu bringen.*" (S. 19).

Dieser Einwand ist ernst zu nehmen, nicht zuletzt nach der Ermordung einer salvadorensischen Guerilla-Führerin durch einen „Genossen" vor wenigen Monaten. Offenbar lassen sich diese Probleme aber nicht durch einen simplen Wechsel auf „gewaltfreie" Kampfformen ändern. So überlegt Ebert selbst angesichts der Situation in faschistischen Staaten, „*ob die gewaltfreie Aktion (...) nicht auch an einen Gegner, der jeglichen Widerstand schon im Keim zu ersticken sucht, dadurch angepaßt werden kann, daß die offenen gewaltfreien Widerstandsorganisationen auf Massenbasis geheim durch eine Untergrundorganisation vorbereitet werden.*" (S. 104).

Und die Trennung zwischen „Avantgarde" und „Massen" scheint keineswegs nur bei sturen ML-Dogmatikern vorzukommen: „*Der erregten Masse der Aufstandswilligen muß die gewaltfreie Strategie der Kampagne klargemacht werden, soll es nicht zu unüberlegten, spontanen Gewalttaten kommen (...). Die praktische Konsequenz aus diesen Befürchtungen und Einsichten war darum in Indien, die organisatorische Zusammenfassung einer zur Leitung (!!) und Bildung der Massen geeigneten Avantgarde (!!)...*" (S. 88/89).

„Liebet Eure Feinde"

Die Aktionen des gewaltfreien Aufstandes sind katalogartig festgelegt und reichen von Protestdemonstrationen über Hungerstreik, Selbsttötung, Boykottkampagnen und Blockaden bis hin zu Steuerverweigerungen, Generalstreik und der Armeemeuterei als „stärkste Waffen des revolutionären zivilen Ungehorsams".

Nun wird das Wesen dieser Strategie aber nicht durch diese Aktionsformen bestimmt, von denen ja die eine oder andere auch von der sozialistischen Linken und der Arbeiterbewegung angewendet werden. Ebert betont, daß „*eine gewaltfreie Strategie mehr ist als der sporadische Einsatz gewaltloser Kampftechniken in lockerer Folge.*" (S. 27). Das Wesen dieser Strategie liegt vielmehr in folgendem: Ziel des gewaltfreien Aufstandes ist nicht die Niederwerfung der Herrschenden, sondern, „**die Herrschenden von der Gerechtigkeit (unserer) Forderungen zu überzeugen**" (S. 110).

Um das zu erreichen, muß man den Herrschenden in bestimmter Weise entgegenkommen: „*Die Herrschenden*

Fortsetzung nächste Seite

„Gewalt-Debatte"

Fortsetzung von vorheriger Seite

werden nicht dahin tendieren, den Forderungen der Aufständischen zu entsprechen, wenn während des Konflikts und in dem neuen System der Aufständischen ihre physische Unversehrtheit nicht gewährleistet ist."

Dem kann man sicherlich zustimmen, und z.B. in Nicaragua werden frühere Somozisten auch außergewöhnlich human behandelt. Doch versperrt diese rein psychologische Betrachtungsweise den Zugang zu den materiellen Ursachen der Interessensgegensätze. In letzter Instanz sind die Herrschenden ja deswegen gegen Veränderungen, weil sie um ihre Profite (und Privilegien) fürchten. Paradoxerweise erkennt Ebert diese Motive auch, aber nur, um ihnen ihre Berechtigung zuzugestehen!

„Die Garantie der persönlichen Sicherheit ist allein noch nicht ausreichend, auch ein gewisses Maß an Komfort, an den sich die Herrschenden in ihren bisherigen Stellungen gewöhnt haben, muß denjenigen in Aussicht gestellt werden, die sich bei ihren Entscheidungen von materiellen Rücksichten beeinflussen lassen." (S. 65/66). Auch sollen **„den Herrschenden (...) unbedingt neue Positionen angeboten werden, von denen aus sie Prestige erwerben können."** (S. 77). Das soll man sich mal konkret für Nicaragua vorstellen: Nach der Revolution darf Somoza aus „Prestige"gründen Präsident werden, und für seinen „gewohnten Komfort" werden ihm einige Landhäuser zugestanden. Was wohl die hungrigen Campesinos dazu gesagt hätten?

Masochismus als Waffe

Wo alles Entgegenkommen versagt, wird der Kampf intensiviert, allerdings nicht gegen den Gegner: Ebert zitiert Ghandi:

„'Der Sieg ist sicher unter der Voraussetzung, daß die Sache gerecht und die Bereitschaft zu leiden endlos ist und Gewalttaten vermieden werden.' Stellte sich bei den Herrschenden auf die Leiden der Aufständischen hin nicht die erwartete Sinnesänderung ein, so erklärt er dies damit, daß das Leiden nicht groß genug, die Herrschenden nicht lange und oft genug damit konfrontiert und die Haltung der Aufständischen nicht tapfer und demütig genug gewesen wären." (S. 75).

Ebert weiter: *„Die Wirkung dieser Schockbehandlung dürfte darauf zurückzuführen sein, daß den Herrschenden beim Anblick der Folgen ihrer Unterdrückungsaktionen die Diskrepanz zwischen der Wirklichkeit und den Vorurteilen ihrer Weltanschauung klar wird."* (S. 68). Zeugen diese Sätze schon von grenzenloser Naivität, wird die Sache ab jetzt zynisch und brutal:

„Die Opfer, welche die gewaltfreie
die Sache ab jetzt zynisch und brutal:

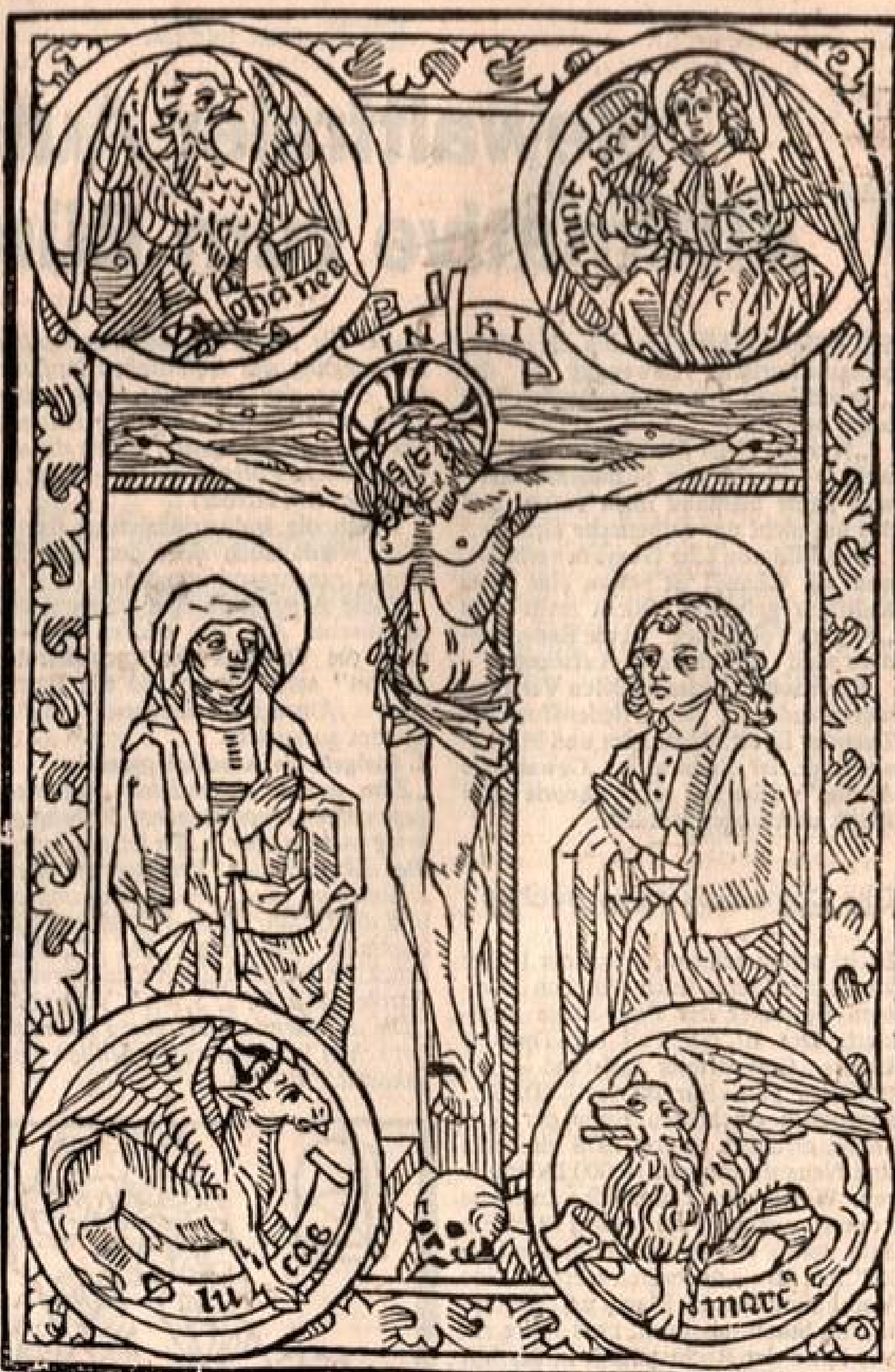
„Die Opfer, welche die gewaltfreie Aktion fordert, sind also nicht nur bedauerliche Konsequenzen eines Aufstandes, sie sind als kalkuliertes, gezieltes Leiden ein wichtiges Element der Strategie." (S. 67/68).

Das ist der Widerspruch der Gewaltfreiheit par excellence:

Die „körperliche Unversehrtheit" gilt nur gegenüber den Herrschenden und ihren Gewalt-Truppen, aber nicht gegenüber den Beherrschten. Während den Herrschenden sogar ihr „Komfort" und ihr „Prestige" zugebilligt wird, wird die Bevölkerung „kalkuliert" und „gezielt" geopfert. Und diese „Strategen" werfen Che Guevara vor, mit seiner Parole „Schafft 2, 3, viele Vietnam" *„eskalierende Verluste an Menschenleben"* (S. 17) verursacht zu haben...

Menschenopfer

Kein Wunder, daß Ghandi bei dieser Geisteshaltung im Fasten *„die reinste Waffe des gewaltfreien Kampfes"* sah,



„Die Opfer, welche die gewaltfreie Aktion fordert, (...) sind als kalkuliertes, gezieltes Leiden ein wichtiges Element der Strategie" (S. 67).

„da es unmißverständlich gewaltfrei und absolut ungeeignet sei, dem Gegner den geringsten körperlichen oder materiellen Schaden zuzufügen. Es besteht bei dieser Aktionsform auch die geringste Gefahr, daß sie aus Mangel an Disziplin zu Gewalttätigkeiten entartet." (S. 175).

Die Hoffnung, durch Fastenaktionen *„direkt an Herz und Vernunft des Gegners"* appellieren zu können, hat sich allerdings letztlich immer als Illusion erwiesen. Besonders pervers wird diese „Waffe", wenn sie mit dem Tod endet, dem eigenen natürlich. So sieht Ebert **„demonstrative Selbsttötungen"**

endet, dem eigenen natürlich. So sieht Ebert **„demonstrative Selbsttötungen"**

als Möglichkeit, *„wenn im Widerstand gegen totalitäre Regime keine Alternative zum gewaltsamen Vorgehen mehr vorhanden zu sein scheint."* Er empfiehlt: *„Unmittelbar vor und nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wäre die öffentliche Selbstverbrennung ein angemessenes Kampfmittel im Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft gewesen; einige tausend (!!) Selbstverbrennungen hätten möglicherweise die Deutschen gezwungen, über ihre Führung kritisch nachzudenken und ihr konsequent die Zusammenarbeit zu verweigern."* (S. 186). Mit dieser Haltung fällt Ebert sogar noch hinter die Verschwörer vom 20. Juli 1944 und hinter das Grundgesetz zurück, das im Falle einer Diktatur zum Widerstand aufruft (Artikel 20).

Zu allem Überfluß haben einige Friedensfreunde diese Empfehlungen bereits aufgegriffen und angekündigt, gegen die „Nachrüstung" ein „unbegrenztes Fasten" beginnen zu wollen. Man kann sich nur mit der Gewißheit trösten, daß sie es sicher wieder einmal nicht so „radikal" meinen wie sie es jetzt sagen.

Von der „Unregierbarkeit"

Natürlich enthält das Buch von Ebert auch „an sich" sinnvolle Anregungen, die jedoch allesamt dem selbstgesteckten Anspruch nicht gerecht werden, einen „Aufstand" siegreich durchführen zu können, oder — wie die Gewaltfreien heute sagen — „das Land unregierbar zu machen."

Schauen wir uns unter diesem Aspekt die „stärksten Waffen des revolutionären zivilen Ungehorsams" (Ebert) an: die Steuerverweigerung, den Generalstreik und die Meuterei bei Armee und Polizei.

Zur Steuerverweigerung relativiert Ebert selbst: *„Es ist kein Zufall, daß der Einsatz der Steuerverweigerung bisher auf primitive Agrarstaaten beschränkt blieb. In hochentwickelten Industriestaaten wäre es leicht möglich, bei den Arbeitgebern Bargeld oder Bankguthaben zu pfänden und bei Arbeitnehmern die Steuerbeträge vom Lohn einzubehalten."* (S. 219).

Bei der Meuterei von Polizei und Armee bleibt auch für Ebert unlösbar, wie sie gewaltfrei Erfolg haben könnte, wenn auch nur ein kleiner Teil an bewaffneten Kräften loyal zum alten Regime hält. *„Schwere Konsequenzen für die Meuterei"* (S. 228) und selbstverständlich eine blutige Niederschlagung der Rebellion wären die Folge.

Beim Generalstreik wird die russische Bewegung von 1905 als *„Musterfall"* hervorgehoben, da sie *„den Herrschaftsapparat vollständig zu paralysieren vermochte"*. Nicht zu übersehen ist doch aber, daß nicht die Streikbewegung von 1905, sondern erst die Kombination von Streiks und Meutereien auf der einen und bewaffnetem Aufstand auf der anderen Seite der russischen Revolution den Sieg brachte, nämlich im Oktober 1917.

Allgemein gesehen sind lt. Ebert diese *„stärksten Kampfmittel (...) nur selten zur Anwendung gekommen, da entweder die Kampfziele der Kampagne schon mit schwächeren Mitteln erreicht oder die Kampagne noch vor dem Eintritt in diesen Kampfabschnitt unterdrückt wurden, wie dies bei der Apartheid-Kampagne in Südafrika der Fall war. Oder aber, die Kampagne mußte kurz vor dem Einsetzen (...) abgebrochen werden, weil die gewaltfreie Disziplin nicht eingehalten wurde und der gewaltfreie Aufstand in eine gewaltsame Rebellion überzugehen drohte."* (S. 217). Damit sind die Grenzen dieser Strategie recht deutlich aufgezeigt.

„Gewaltfreier Aufstand" und „friedlicher Übergang"

Kein Wunder also, daß Ebert in der Folgezeit seine Theorien deutlich tiefer hängte. Im „Nachwort zur Neuauflage" bekannte er 1978:

„Als ich 'Gewaltfreier Aufstand' schrieb, tat ich es in der Hoffnung, eine weltweit brauchbare Methode vorzuschlagen. Ich habe diese Hoffnung nicht aufgegeben, aber ich sehe heute kaum eine Möglichkeit, als Theoretiker auf auswärtiges Konfliktgeschehen einzuwirken (...)." Vielleicht hat zu dieser Ernüchterung auch der Militärputsch in Chile beigetragen, der den friedlich-parlamentarischen Übergang zum Sozialismus beerdigte. Ebert resümierte diese Erfahrung so: *„Manche Sozialisten haben aus dem Untergang der Volksfront-Regierung in Chile den Schluß gezogen, daß das Volk zu bewaffnen sei. Ich kann das nicht für jedes Volk und jeden traditionellen Zusammenhang ablehnen."* (II). Zwar will Ebert das immer noch nicht für Westeuropa akzeptieren, prinzipiell mußte er jedoch sein Dogma lockern.

An dieser Stelle soll auch der Standort der gewaltfreien Theorie im Verhältnis zum revolutionären Marxismus einerseits, zum Reformismus andererseits aufgezeigt werden:

Was Eberts Thesen vom Reformismus positiv unterscheidet, ist die Ablehnung des „Legalismus" und das bewußte Durchbrechen von ungerechten, unsinnigen Gesetzen.

Was ihn vom Reformismus negativ abhebt, ist der Verzicht auf die Ausnutzung des bestehenden Staates beim Kampf um die Mehrheit in der Bevölkerung. Nirgends kommen bei Ebert kampfformen wie Wahlbeteiligung und Volksentscheide vor; die „Schaffung einer neuen Mehrheit" erfolgt allein durch den „zivilen Ungehorsam" einer kleinen Minderheit (S. 215).

Dies deckt sich auch mit dem Verhalten der gewaltfreien Gruppen hier und heute, z.B. der Ablehnung einer Volksbefragungskampagne gegen die NATO-„Nachrüstung".

Was beide (Reformismus und „Gewaltfreiheit") gemeinsam haben und was beide vom revolutionären Marxismus trennt, ist die ideologische Entwaffnung der Aufständischen durch das Traumschloß vom „friedlichen Übergang" bzw. „gewaltfreien Aufstand", bei Ghandi/Ebert noch gekrönt durch einen moralisch gerechtfertigten Masochismus: Es wird so getan, als ob die Herrschenden durch gewaltfreies Wohlverhalten der Beherrschten vom Bürgerkrieg abzubringen wären. Da gerade im „Raketenherbst" 1983 das Gegenteil augenfällig werden wird, sollten wir mit den Anhängern der Gewaltfreien die intensive Diskussion und Zusammenarbeit suchen.

Jürgen/Stuttgart

Literatur:

I: Thodor Ebert: Gewaltfreier Aufstand — Alternative zum Bürgerkrieg, Waldkircher Verlag. Die Seitenzahlen im Artikel beziehen sich auf dieses Buch.

II: aus: Theodor Ebert: Soziale Verteidigung, Band 2, Waldkircher Verlag.



„Der erregten Masse der Aufstandswilligen muß der gewaltfreie Charakter der Kampagne klargemacht werden" (S. 88).

Hans-Jürgen Schulz

Die Gandhi-Legende

Der Spielfilm »Gandhi« findet ein breites Echo. Viele sehen in Gandhi den Vertreter des Pazifismus und einen Vorläufer der Friedensbewegung. Liest man Gandhis Schriften und untersucht man seine tatsächliche geschichtliche Rolle, dann wird ein völlig anderes Bild gezeichnet.

Die Werbung für den vielfach prämierten Film ist nicht gerade zurückhaltend. „Es erforderte einen bemerkenswerten Mann, das Britische Empire zurückzuweisen und ein Volk von 350 Millionen Menschen zu befreien. Sein Ziel war die Freiheit für Indien. Seine Strategie der Frieden. Seine Waffe war seine Menschlichkeit. Gandhi — Sein Triumpf veränderte die Welt für immer".

Gegner des Pazifismus

Das alles aber ist eine Karikatur. Mit dem wahren Gandhi haben Film und landesübliche Propaganda nichts zu tun. Diese Legende wird gerade jetzt wieder popularisiert. Und das ist ein Politikum.

Als Hindu lehnte Gandhi Gewalt sogar gegen Tiere ab und war darum Vegetarier. Aber Gewaltlosigkeit war für ihn dennoch nur ein Mittel zum Zweck und kein Selbstzweck. „Wenn nur die Wahl zwischen Feigheit und Gewalt besteht, dann bin ich für Gewalt", schrieb er. Er meinte auch, die Inder müßten in der Lage sein, Waffen zu tragen und gebrauchen zu können".

Diese Grundsätze hat er sein Leben lang befolgt. Er war sogar dafür, der Kolonialmacht stets militärisch Beistand zu leisten. Als 1899 Großbritannien die Buren in Südafrika unterwerfen wollte, bot der damals im Lande lebende Gandhi den Briten militärische Hilfe der Inder an. „Unsere einfachste Untertanenpflicht ist es ... nicht", schrieb er, „uns den Kopf zu zerbrechen, ob dieser Krieg berechtigt sei oder nicht, sondern nach besten Kräften mitzuhelfen". Um das zu können, war sogar jede Demütigung recht. „Wir hatten uns bereit erklärt, zur Not auch Scheuerarbeit in den Lazaretten zu machen".

Solche Untertanen waren willkommen. Freilich gab man Farbigen keine Waffe. Doch 1.100 Inder durften Sanitäter in der Kolonialarmee werden. Ihre 37 Führer erhielten Tapferkeitsmedaillen, was Gandhi stolz berichtete.

Ein paar Jahre später kam es zum Aufstand der Zulu. In Wahrheit weigerten sich die Schwarzen nur, eine neue Steuer zu zahlen. Das Militär führte eine Strafexpedition durch. Es schoß auf wehrlose Dorfbewohner. Verdächtige wurden zur Abschreckung erst einmal ausgepeitscht und dann in ein KZ gesteckt. Wieder war Gandhi mit seinen Freiwilligen zur Stelle. Als Feldwebel auf Zeit kommandierte er eine indische Sanitäterkolonne. Sie pflegten die armen Opfer, da es unter den Kolonialsoldaten keine gab.

Als der erste Weltkrieg ausbrach, trat Gandhi sofort auf die Seite der Briten. Es sei, schrieb er, „unsere Pflicht, uns ihr Wohlwollen zu verdienen dadurch, daß wir ihnen beistanden in der Stunde der Not. ... Deshalb ... rief (ich) alle ... als Freiwillige auf". In der Heimat angekommen, führte er eine regelrechte Kampagne für den Eintritt von Indern in die Kolonialarmee durch. Es war allerdings nur ein Propagandainstrument. Freiwillig ging kaum einer. Aber 1,2 Millionen wurden gewaltsam gezogen. Rund 100.000 sind in diesem imperialistischen Krieg für die Kolonialmacht gestorben.

Auf der Londoner Konferenz 1931 forderte Gandhi für das unabhängige Indien eine eigene Armee, denn „na-

Fortsetzung nächste Seite

„Gewalt-Debatte“

tionale Verteidigung ist für ein Volk das Wesen seines Bestehens“.

Ein Kämpfer gegen den Krieg war Gandhi ganz gewiß nicht und schon gar nicht gegen Soldaten. Es ist schon erstaunlich, wie sich diese Legende halten kann. Offenbar pflegen die Gandhi-Verehrer nicht, seine Werke zu lesen.

Reaktionärer Idealismus

Gandhi war ein indischer Nationalist, der nie auch nur die geringste Beziehung zur Arbeiterbewegung oder internationaler Solidarität fand. Seine Arbeit in Südafrika galt über zwei Jahrzehnte (1893-1914) ausschließlich der indischen Minderheit. Um die Schwarzen kümmerte er sich nur im Zuluaufstand als Sanitäter der Gegenseite.

Sein Ideal war nicht eine moderne Gesellschaft, sondern eine völlig dezentralisierte Wirtschaft ohne Maschinen. Seine Bedürfnislosigkeit war religiös motiviert und nicht als Leitlinie für alle gedacht, auch nicht als soziale Verpflichtung. „Je mehr wir besitzen, desto mehr sind wir an diese Erde gefesselt“, war seine Devise. Doch von den Reichen verlangte er nur Opfer um ihres Seelenfriedens willen.



Er war auch kein Demokrat. Im persönlichen oder politischen Leben war er vielleicht ein sanfter, aber letztlich nicht sehr duldsamer Autokrat, der seine Entscheidungen nur vor sich selbst verantwortete. Die Menge verachtete er schrankenlos, denn es ist „niemand so leicht zu lenken wie eine Masse, ... weil sie keine eigene Meinung hat, keinen selbständigen Gedanken.“ (8) Er hat sie nur geführt, eher kommandiert, aber nie erzogen. Stattdessen setzte er auf sorgfältig ausgewählte, freiwillige Kämpfer, die vom Prinzip der Ahisma (Liebe und Nichtgewalt) durchdrungen waren. Sie sollten durch ihr Beispiel wirken. Die Massen waren nur Zuschauer oder wurden zu Aktionen aufgerufen.

Die soziale Frage kümmerte ihn wenig. Er appellierte für die Unberührbaren. Er forderte die Großgrundbesitzer auf, freiwillig Land abzugeben — was sie auch taten, wenn er ins Dorf kam, um es hinterher wieder einzutreiben. Das Schicksal der Frauen kümmerte ihn wohl nie.

Eigene Organisationen der Arbeiter oder Bauern hat er immer abgelehnt. In Südafrika streikten einmal die Eisenbahner, trotz Standrecht. Gandhi lehnte die Unterstützung durch streikende Inder ab, „da ihr Kampf ganz anderer Art ... sei“. Darum beendete er den Streik der Inder. „Lord Ampthill sandte ein Danktelegramm aus England“, berichtete er selbst völlig arglos. Für ihn war das nur ein Beweis, wie man sich bei den Herrschenden Wohlwollen erwirbt. Solidarität blieb ihm stets fremd.

Massenbewegung der Gewaltlosigkeit

Es wäre aber verständnislos, in all dem Verrat zu sehen. Es war die Folge einer weltfremden Ideologie, deren Inhalt und Folgen hier nur darum dargestellt werden, weil ihre Wirkung in der Gegenwart nicht anders wäre.

Gandhi wollte seine Gegner „durch Liebe bekehren“ und meinte, „Leiden ist ... Lust“ für den, der seinen Idealismus ernst nehme. Das hatte schwere politische Folgen. Aber das soll nicht die Erinnerung an seine Opferbereitschaft trüben, die der eines Heiligen nahe kam, noch sein geschichtliches Verdienst.

Das indische Volk hatte seit Jahrzehnten nackte Gewalt schicksalsergeben hingenommen. Zwar gab es gelegentlich regional begrenzte verzweifelte Revolten. Doch insgesamt gesehen blieben die Massen passiv.

Die einheimische Oberschicht erhielt sich ihre Privilegien unter der Kolonialmacht, indem sie ihr diente. Selbst der Congress, die heute noch dominierende Partei, wurde 1885 auf diskrete Veranlassung des Vizekönigs gegründet. Im ersten Vierteljahrhundert seiner Existenz standen fünf Mal Briten an seiner Spitze. Nur 100.000 Briten genügten, um jahrzehntelang mehr als 300 Millionen Inder in Schach zu halten und gnadenlos auszubeuten. Das war nur durch diese Kollaboration möglich. Im Ersten Weltkrieg genügten 15.000 Mann, um dieses riesige Land ruhig zu halten. Als er zu Ende war, beglückwünschte die Congress-Führung pflichtschuldigst die Kolonialmacht zur „erfolgreichen Beendigung des Krieges“.

Die Massen haßten zwar ihre Herren und fast alle Inder auch die Kolonialherren. Doch war ein Aufstand für die Duldsamen undenkbar. Einzig gewaltfreier Widerstand gab ihnen die Chance, ihren Protest auszudrücken. Er machte aus der atomisierten Masse eine kämpfende nationale Bewegung.

Es ist das geschichtliche Verdienst Gandhis, diese ausgelöst zu haben. Sein Kampf für die Inder Südafrikas hatte ihn berühmt werden lassen. Er wurde so automatisch ein Führer des Congress, als er 1915 in die Heimat zurückkehrte. Der erste Höhepunkt wurde 1919 erreicht. Damals gab es viele Demonstrationen und einige Unruhen. Allein in Bombay streikten 125.000 Arbeiter. In dieser Lage rief Gandhi zum zivilen Ungehorsam auf. Damit vereinigte er die zersplitterten Kämpfe und mobilisierte die Unterstützung von Millionen.

Gesetzgebung, Gerichte und Schulen sollten boykottiert, keine britischen Waren mehr gekauft werden. Die Inder folgten dem Aufruf, weil sie in dem bescheiden lebenden Gandhi die Verkörperung ihrer Lage und ihrer Ideale sahen. Als er für den 6. April zu einem „Hartal“ aufrief — jeder sollte an diesem Tage seine Arbeit ruhen lassen — folgten ihm Millionen. Es entwickelte sich aus dieser Bewegung eine vorrevolutionäre Lage.

Die Kampagne dauerte drei Jahre. 30.000 saßen im Gefängnis oder in Konzentrationslagern. Der Dichter Tagore aber warnte öffentlich — kein Volk dürfe einem Menschen blind gehorchen, auch einem Gandhi nicht. Doch der Congress machte ihn zum alleinigen, von niemandem kontrollierten Führer. Gandhi war Indien.

Da schoß in Chauri Chaura Polizei in eine unbewaffnete Menge. Das war an sich nur einer von vielen solcher „Zwischenfälle“ — nur wehrte sich ausnahmsweise die empörte Menge. Die Polizeistation wurde gestürmt und 22 Polizisten kamen um. Für Gandhi war dieser isolierte Vorfall der Grund, alle Aktionen in ganz Indien abzubrechen. Seine Autorität war so groß, daß die Millionen gehorchten.

Die Bewegung wurde damit von Gandhi zerstört. Enttäuschung und Entmutigung waren grenzenlos. Die Mitgliederzahl des Congress sank in 2 Jahren von 10 Mio. auf 200.000. Früher hatte schon das bloße Gerücht, Gandhi sei verhaftet, Unruhen ausgelöst. Als die Kolonialmacht es nun wagte, den Führer zu verhaften und zu 6 Jahren Haft zu verurteilen, blieb alles ruhig. Nur Terroristen hatten viel Zulauf.

Doch was nutzt das? Es gab keine andere Führung, die Autorität bei den Massen hatte. Als Gandhi 1930 mit 78 Anhängern drei Wochen durch das Land nach Dandi am Indischen Ozean marschierte, folgten ihm die Massen wieder. Durch die eigene Herstellung von Salz sollte das Regierungsmonopol gebrochen werden. Wieder wurde in ganz Indien boykottiert, demonstriert und gestreikt. Wieder schlug die Regierung brutal zu. 90.000 kamen in Haft. Wiederholt schoß Polizei auf Demonstranten. Allein bei solchen Zusammenstößen gab es 103 Tote und 420 Verletzte. In einigen Großstädten brach die Kolonialmacht zusammen und das Volk sorgte selbst für Ruhe und Ordnung. In Peschawar weigerten sich Hindu Soldaten in eine Menge von Moslems zu schießen. Sie fraternisierten.

Für Gandhi war das allerdings zu viel an Gewaltlosigkeit. „Ein Soldat, der dem Feuerbefehl nicht gehorcht, bricht einen Eid“, verkündete er. Im Januar 1931 brach er wieder den Kampf ab — nicht wegen Gewalttaten von Indern, sondern auf vage Versprechungen der Kolonialmacht hin. Immerhin kamen wenigstens die Verhafteten frei. Die Soldaten aber ließ er im Kerker. Die
sondern auf vage Versprechungen der Kolonialmacht hin. Immerhin kamen wenigstens die Verhafteten frei. Die Soldaten aber ließ er im Kerker. Die
Kolonialisten aber brachen alle Versprechen, als die Bewegung abgebrochen wurde. Sie gaben nur ein paar formale Rechte. Die gingen aber weit genug, um Polizei gegen Streikende einzusetzen. 1937 standen 647.000 Arbeiter im Ausstand. Führer des Congress ließen schießen. Es gab einen Toten und viele Verletzte. Keinen Vertreter der Gewaltlosigkeit regte das auf. Arbeiter gehören offenbar auch in Indien nicht zu jenen, die durch Liebe bekehrt werden sollen.

Mythos der Gewaltlosigkeit

Gandhis Haltung war sehr widersprüchlich. Einmal betonte er, Gewaltlosigkeit sei lediglich ein politisches Mittel und kein Glaubensgrundsatz. Damit mag er seine Haltung als Politiker des Congress ausgedrückt haben. Für seine Person war Gewaltlosigkeit sicherlich so sehr ein Selbstzweck, das er abstruse Folgerungen zog.

Er meinte, die Gewaltlosen müßten zu jedem Opfer bereit sein. „Ich würde nötigenfalls Millionen Menschenleben ... wagen, unter der Voraussetzung, daß es sich um Freiwillige handelt“, schrieb er. Den Juden in Deutschland riet er 1938 kollektiven Selbstmord, damit sie die Welt und das deutsche Volk gegen Hitler aufrüttelten.

Auch nach dem Holocaust hat er diese Haltung verteidigt. Da das Schicksal der Juden ohnehin besiegelt war, hätten sie um ihrer Sache willen auch freiwillig sterben können. Für Indien hat er solches allerdings nie propagiert.

Seit 90 Jahren kämpfen die Farbigen Südafrikas um ihre Rechte gewalt- und erfolglos. Mit dieser Taktik können Massen mobilisiert werden. Der Erfolg aber muß mit anderen Mitteln erkämpft werden. Nicht zufällig ist Südafrika das einzige Land dieses Kontinents, dem die Freiheit bisher versagt blieb.

Gandhi selbst hat an den schnellen Erfolg seiner Taktik geglaubt. 1919 versprach er, binnen eines Jahres würde die Befreiung Indiens gewaltlos erzwungen sein. Tatsächlich dauerte es fast drei Jahrzehnte. In dieser langen Zeit wurde gewaltlos fast nichts erreicht. Die Massen wurden zwar mobilisiert. Doch die britische Kolonialherrschaft blieb unerschüttert.

Als Indien dann die Freiheit „geschenkt“ wurde, gab es schon lange keine Mssenbewegung der Gewaltlosigkeit mehr. Sie kann darum auch nicht die Freiheit errungen haben, wie es die landläufige Legende verbreitet.

Unter der Drohung der Gewalt

Im August 1942 forderte der Congress eine nationale indische Regierung. Daraufhin wurden Gandhi, die Führung der Partei und Zehntausende verhaftet. Bald waren 78.000 in den Lagern.

Die Massen ertrugen das nicht mehr gewaltlos wie früher. Hunderte von Polizeiposten und Bahnhöfen wurden niedergebrannt. In manchen Regionen war der Eisenbahnverkehr wochenlang unterbrochen. Mindestens 940 Menschen wurden bei diesen spontanen Unruhen von der Polizei erschossen.

Nach dem Kriege wollte die Labourregierung dem Lande durchaus nicht die Unabhängigkeit geben, genau so wenig wie Kenia und Belize. Gegen diese Labour-Kolonial-Politik entwickelte

Fortsetzung nächste Seite

Grenzen des Pazifismus

Dennoch kann man Gandhis Pazifismus bis zu einem gewissen Grade von seinen anderen Lehren trennen. Sein Ursprung war religiös, aber er beanspruchte für ihn auch den Rang einer fest umrissenen Technik, einer Methode, die anstrebte, politische Wirkung zu erzielen. Es war eine andere Haltung als die der meisten westlichen Pazifisten. *Satyargraha*, von Gandhi zuerst in Südafrika entwickelt, war eine Art gewaltloser Kriegsführung, eine Form, den Gegner niederzuzwingen, ohne ihn zu verletzen und ohne dabei Haß zu empfinden noch zu wecken. Es umfaßte Dinge wie zivilen Ungehorsam, Streiks, das Blockieren von Bahnlinien durch Niederlegen auf den Schienen, Polizeiattacken durchzustehen ohne zurückzuschlagen und dergleichen mehr. Gandhi war dagegen, *Satyargraha* mit „passiver Widerstand“ zu übersetzen. Auf Gujarati scheint das Wort „Festigkeit in der Wahrheit“ zu bedeuten. Als junger Mann diente Gandhi als Krankenträger auf englischger Seite im Burenkrieg, und er war bereit, das gleiche im Krieg 1914-18 wieder zu tun.

Selbst nachdem er sich völlig von jeder Gewaltanwendung losgesagt hatte, war er ehrlich genug zu gestehen, daß es notwendig sein könnte, in einem Krieg Partei zu ergreifen. Er tat es, und konnte auch nicht anders, nachdem sein Kampf sich ausschließlich um die Gewinnung der nationalen Unabhängigkeit drehte, er bezog nicht die Linie steriler Unehrlichkeit, nach der in einem Krieg beide Seiten gleich viel wert sind, er also keinen Unterschied macht, wer gewinnt. Ebensowenig zog er vor, im Gegensatz zu westlichen Pazifisten, unliebsamen Fragen auszuweichen. Im Zusammenhang mit dem letzten Krieg gab es eine Frage, zu der auch Pazifisten eine klare Antwort zu geben verpflichtet waren: „Was ist mit den Juden? Kann man ruhig zusehen, daß sie ausgerottet werden? Wenn nicht, was
sten eine klare Antwort zu geben verpflichtet waren: „Was ist mit den Juden? Kann man ruhig zusehen, daß sie ausgerottet werden? Wenn nicht, was
schlagen Sie zu ihrer Rettung vor, ohne auf das Mittel des Krieges zurückzugreifen?“ Ich muß gestehen, daß ich von keinem Pazifisten im Westen eine ehrliche Antwort auf diese Frage gehört habe, dagegen eine Menge von Ausflüchten. Zufällig wurde an Gandhi eine sehr ähnliche Frage im Jahre 1938 gerichtet. Seine Antwort findet sich in Louis Fischers *Gandhi und Stalin*. Danach vertrat Gandhi den Standpunkt, die deutschen Juden sollten kollektiv Selbstmord begehen, um die ganze Welt und das deutsche Volk gegen Hitlers Gewaltherrschaft aufzurütteln. Nach dem Krieg rechtfertigte er diese Ansicht mit den Worten, die Juden hätten sowieso den Tod gefunden und hätten daher auch um ihrer Sache willen freiwillig sterben können. Man hat den Eindruck, daß eine solche Einstellung selbst einen so großen Gandhi-Bewunderer wie Fischer vor den Kopf stieß, aber Gandhi war nur ehrlich. Wenn man selber kein Leben auslöschen will, so muß man doch damit rechnen, daß das Leben auf andere Weise erledigt wird. Als er 1942 den gewaltlosen Widerstand gegen die Invasion der Japaner propagierte, gab er offen zu, daß das mehrere Millionen Menschenleben kosten könnte.

Man hat allen Grund zur Annahme, daß Gandhi, der schließlich 1869 geboren wurde, um diese Zeit das Wesen des Totalitarismus nicht begriff und alles unter dem Gesichtspunkt seines Kampfes gegen die englische Regierung sah. Der entscheidende Punkt dabei war nicht, daß die englische Regierung ihn mit Nachsicht behandelte, sondern daß er immer in der Lage war, sich Gehör zu verschaffen. Wie aus dem oben zitierten Satz hervorgeht, glaubte er „die Welt aufrütteln zu können“. Das ist aber nur denkbar, wenn die Welt die Möglichkeit bekommt, über die betreffenden Umstände informiert zu werden. Man sieht nur schwer, wie Gandhis Absicht sich in einem Lande hätte durchführen lassen, in dem Gegner mitten in der Nacht verschwanden, ohne daß man je wieder von ihnen hörte. Ohne Presse- und Versammlungsfreiheit ist es nicht nur unmöglich, an die Weltöffentlichkeit zu appellieren, sondern auch eine Massenbewegung auszulösen, ja nicht einmal dem Gegner den eigenen Standpunkt zur Kenntnis zu bringen. Wäre in Rußland zu diesem Augenblick ein Gandhi denkbar? Selbst wenn, was könnte er erreichen? Wenn die gleiche Idee alle gleichzeitig ergriffe, könnten sie einen zivilen Ungehorsamsfeldzug durchführen, aber nach den Erfahrungen mit der Hungersnot in der Ukraine würde das auch nichts ändern. Aber angenommen, es ließe sich ein gewaltloser Widerstand gegen die eigene Regierung oder fremde Besatzungsmächte wirksam organisieren, wie will man das international zur Wirkung bringen? Die Widersprüche in verschiedenen Äußerungen Gandhis über den letzten Krieg scheinen darauf hinzudeuten, daß er diese Schwierigkeiten gekannt hat. Auf die Außenpolitik angewandt, hört der Pazifismus entweder auf, pazifistisch zu sein, oder führt zur Unterwerfung. Überdies muß die Voraussetzung Gandhis, die sich im Umgang mit Einzelpersonen so erfolgreich erwies — daß nämlich Menschen mehr oder weniger auf ein großzügiges Entgegenkommen in der gleichen Weise antworten — ernstlich bezweifelt werden. Es ist zum Beispiel nicht unbedingt zutreffend, wenn man es mit Irren zu tun hat. Dann erhebt sich die Frage: Wer ist normal? War Hitler normal? Und wäre nicht denkbar, eine ganze Kultur, gemessen an einer anderen, als anormal zu bezeichnen. Und soweit man die Gefühle einer ganzen Nation messen
nicht denkbar, eine ganze Kultur, gemessen an einer anderen, als anormal zu bezeichnen. Und soweit man die Gefühle einer ganzen Nation messen
kann: besteht irgendein nachweisbarer Zusammenhang zwischen einer großzügigen Handlung und einer freundschaftlichen Erwiderung darauf? Ist Dankbarkeit ein Element der internationalen Politik?

Diese und ähnliche Fragen bedürfen einer eingehenden Erörterung und zwar dringend, da uns vielleicht nur noch wenige Jahre bleiben, ehe jemand auf den Knopf drückt und die Raketen zu fliegen beginnen. Es ist fraglich, ob die Zivilisation noch einen Weltkrieg überleben kann, und es wäre durchaus denkbar, daß der einzige Ausweg in der Gewaltlosigkeit liegt. Gandhi wäre bereit gewesen — und das gehört zu seinen besten Eigenschaften —, die oben von mir angeschnittenen Fragen einer ernsten Prüfung zu unterziehen, und wahrscheinlich hat er diese Fragen und ähnliche in einem seiner unzähligen Zeitungsartikel behandelt. Man merkt, daß es vieles bei ihm gab, das er nicht verstand, aber es gab nichts, daß er nicht zu sagen oder zu denken gewagt hätte. Ich habe nie viel Sympathie für ihn aufbringen können, bin aber nicht sicher, ob er als politischer Denker in der Hauptsache nicht recht hatte.

Man mag es ablehnen, ihn für einen Heiligen zu halten, wofür viele eintreten (er selbst hat übrigens nie den Anspruch erhoben), man mag weiter Heiligkeit als Ideal ablehnen und deshalb die Ansicht vertreten, daß Gandhis Hauptziele antihuman und also reaktionär waren, aber als Politiker, verglichen mit anderen politischen Führern unserer Zeit, welch sauberen Geruch hat er hinterlassen!

Partisan Review, Januar 1949

(aus: George Orwell, Gedanken über Gandhi)

Kleine Geschichte der Kongreßpartei Indiens

Im Rahmen dieser Debatte wird immer wieder Gandhi als das Paradebeispiel einer gewaltfreien, erfolgreichen Strategie angeführt. Da hierbei häufig ein etwas mythisches Verhältnis zu Gandhi eine Rolle spielt, möchte ich im folgenden ein paar Ereignisse aus dem indischen Unabhängigkeitskampf und der Rolle der Kongreßpartei anführen, die vielleicht Gandhi wieder auf die Erde zurückholen.

Die Kongreßpartei wurde 1885 gegründet und war bis 1905 das Sprachrohr der indischen Großbourgeoisie, die nicht so sehr die nationale Unabhängigkeit Indiens im Auge hatte, sondern „ökonomischen Fortschritt'' und gewisse soziale Reformen. Sie selbst bezeichneten sich in diesem Zeitraum als Freunde Großbritanniens. 1905 kam es



Klassenkämpfe in Indien

zu ersten Konfrontationen mit Großbritannien aufgrund der Teilung von Bengalen, und es begannen sich verschiedene Flügel in der Partei zu bilden. 1906 wurde die Forderung nach einer internen Autonomie zum ersten Mal zum Programm erhoben. Wie sehr aber die Verbundenheit mit der Kolonialmacht noch zu Beginn des 1. Weltkriegs war, zeigt eine Stellungnahme Gandhis, der die Inder aufforderte, in die britische Armee einzutreten, um für Großbritannien in den Krieg zu ziehen. Die Kongreß Partei faßte sogar einen offiziellen Beschluß, den Krieg zu unterstützen. Am Ende des 1. Weltkriegs war die Kongreßpartei bereit, bestimmte von Großbritannien vorgeschlagene Reformen zu akzeptieren. Sie beinhalteten eine Aufteilung der Ministerien zwischen Indern und Briten, wobei vor allem das Innen- und Finanzministerium in den Händen der Briten bleiben sollte. Die Massenbewegung nahm aber zur gleichen Zeit einen großen Aufschwung, und zwar vor allem in Form von Streiks. Die daraufhin einsetzende Repression der Briten rief eine Welle der Empörung in der indischen Bevölkerung hervor, die auch die Kongreßpartei dazu veranlaßt ihre Positionen zu verschärfen. Ab 1922 trat dann jedoch wieder ein Wandel zum Gemäßigten ein. Es scheint, daß dieser Umschwung aus Furcht vor dem Überschwappen der Massenbewegung auf die Kongreßpartei vollzogen wurde. Denn vor allem die sich entwickelnde Gewerkschaftsbewegung nahm eine gänzlich andere Richtung als es den Führern der Kongreßpartei lieb war. Im Zeitraum zwischen 1922 und 1928 entstanden zahlreiche neue Gewerkschaften, die von der Regierung offiziell anerkannt werden mußten, und es stieg die Zahl der Gewerkschafter, die sich als Sozialisten oder zugehörig zur indischen kommunistischen Bewegung verstanden. So entglitt die Führung der Gewerkschaftsbewegung immer mehr der Kongreßpartei. Zusätzlich entstanden ausgeprägte linke Flügel innerhalb der Kongreßpartei, und es entstanden in den verschiedenen Provinzen neue Parteien der Arbeiter und Bauern, die 1928 die „All-Indische Partei der Arbeiter und Bauern'' gründeten. Die Jahre 1928 — 1937 waren von einem weiteren Erstarken der Massenbewegung und einer enormen Verschärfung der britischen Repression gekennzeichnet. Um die nationale Bewegung zu unterdrücken, wurde sogar zeitweise die Kongreßpartei verboten, was diese in heftige Flügelkämpfe stieß. Da aber die Führung der Kongreßpartei einerseits mit Kampfmaßnahmen gegen die Repression zögerte, andererseits — aus Furcht vor der Massenbewegung, die einen revolutionären Charakter anzunehmen drohte — immer noch den Kompromiß mit der Kolonialmacht suchte, hatten die Briten in dieser Zeit gewissen Erfolg.

Auf der Gewerkschaftsebene kam es zu wichtigen Zusammenschlüssen. Es vereinigten sich mit kommunistischer Ausrichtung der „Red Trade Union Congress'' und der „All India Trade Union Congress'' mit reformistischer Ausrichtung. Damit hatte Indien zum ersten Mal eine geschlossene Gewerkschaftsbewegung mit 400.000 Mitgliedern, mit einer Ausnahme: Die Vereinigung der Textilarbeiter, die von Gandhi gegründet worden war, blieb immer außerhalb jeglicher Vereinigungsbemühungen. Auf der Ebene der Parteien gründeten Mitglieder der Kongreßpartei eine Sozialistische Kongreß Partei, deren Einfluß aber sehr begrenzt blieb. Entscheidender war die auf Bestreben Großbritanniens gegründete Moslemische Vereinigung, die in den britischen Plänen und der Geschichte Indiens noch eine große Rolle spielen sollte.

In den Provinzwahlen 1937 erzielte die Kongreßpartei einen überwältigenden Sieg und stellte die Mehrheit der Bezirksregierungen. 1938 zählte sie 4.400.000 Mitglieder, gegenüber 500.000 im Jahre 1935. Da die Parteiführung aber stark mit der indischen Großbourgeoisie und vor allem den Großgrundbesitzern verflochten war, wurde das Wahlergebnis nicht für soziale Reformen genutzt, sodaß sich große Entäuschung in der Bevölkerung breit machte. Zwischen 1937 und 1939 entwickelten sich in den großen Industriezentren starke linke Strömungen innerhalb der Kongreßpartei, wohingegen die Führung unter Nehru sich stark nach rechts orientierte. Bei Ausbruch des 2. Weltkrieges erklärte der britische Vize-König Indien zur kriegsführenden Macht auf Seiten Großbritanniens und stellte Indien unter Kriegsrecht, was jederzeitige Verhaftungen ohne Urteile und das Aussprechen der Todesstrafe erlaubte.

Am 14. September 1939 verabschiedete die Kongreßpartei eine Entschließung, die in völligem Gegensatz zu der von 1914 stand. Das Exekutivkomitee erklärte unter anderem, *„daß es sich weder einem Krieg mit imperialistischem Charakter anschließt, der zudem das Ziel hat, den Imperialismus in Indien und anderswo zu festigen, noch diesen unterstützt.''* Diese Entschließung verblüffte nicht nur die britische Regierung, sondern führte sofort dazu, daß die indische Arbeiterbewegung die Initiative ergriff und eine „Nicht Beteiligungs''-Kampagne entfachte. Es wurde ein politischer Streik aus Protest gegen den Krieg ausgerufen, dem sich allein 90.000 Arbeiter in Bombay anschlossen, und der der erste politische Streik in der Geschichte der Arbeiterbewegung war. 1940, nach der Besetzung Frankreichs, machte die Kongreßpartei einen Schwenk und bot ihre Unterstützung für den Krieg unter der Bedingung der Unabhängigkeit Indiens an. Als dies von der britischen Regierung abgelehnt wurde, verkündete Gandhi auf Basis eines Beschlusses der Kongreßpartei die Politik des „Zivilen Ungehorsams''. Im Dezember 1941 vollzog die Führung der Kongreßpartei eine nochmalige Wendung in ihrer Haltung zum Krieg und bot den Vereinten Nationen die Unterstützung im Kriege unter der Bedingung der Unabhängigkeit an. Gandhi, der zu diesem Zeitpunkt an der Spitze der Bewegung des „Zivilen Ungehorsams'' stand, verließ daraufhin die Führung der Partei. Bei den daraufhin einsetzenden Verhand-

„Zivilen Ungehorsams'' stand, verließ daraufhin die Führung der Partei. Bei den daraufhin einsetzenden Verhand-lungen mit der britischen Regierung kam es aufgrund der britischen Weigerung inbezug auf die Unabhängigkeitsforderung zu keiner Einigung, sondern zu einer neuerlichen Hinwendung zur Politik Gandhis. Daraufhin wurden fast alle Führer der Kongreßpartei ins Gefängnis geworfen. Gandhi wurde im Mai 1944 freigelassen und erklärte, daß der Parteibeschluß zur Unterstützung der Aktionen des „Zivilen Ungehorsams'' annuliert sei.

Bis zum Jahre 1946, nachdem die Kongreßpartei wieder zugelassen worden war, stieg der Einfuß bei den Wahlen auf 55%. Gleichzeitig stieg aber auch der Einfluß der Moslemliga erheblich. Die britische Regierung machte in dieser Zeit eine gezielte Politik, um Religionskonflikte zwischen Hindus und Moslems anzuheizen und schaffte damit eine Konfrontation zu ihren Gunsten. Im Februar 1946 kam es zu einer Meuterei der Matrosen einer Einheit in Bombay, die von den Briten brutal niedergeschlagen wurde. Obwohl die Soldaten statt des Union Jack die Fahne der Kongreßpartei und der Moslemliga gehißt hatten, verweigerten beide ihre Unterstützung. Gandhi verurteilte persönlich diese „unheilige Allianz'' von Hindus und Moslems, die bei einem Erfolg „Indien dem Pöbel ausgeliefert hätte.'' Schließlich gelang es der britischen Regierung in den Jahren 1947 — 48 den „Religionsstreit'' derartig anzuheizen, daß der Plan Mountbattens verwirklicht werden konnte, den moslemischen Kunststaat Pakistan von Indien abzutrennen und das unabhängige Indien damit erheblich zu schwächen.

Alle Informationen nach: C. Bettelheim, Das unabhängige Indien, 1962.

B., Hamburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

sich eine breite Massenbewegung. Riesige Demonstrationen wie die der 2 Millionen von Calcutta zogen durch die Städte. Streiks erfaßten alle wichtigen Industriezentren.

Bewaffnete Aufstände brachen in Madras und Kerala aus. Die Telengana-Bewegung erfaßte ein Gebiet mit 3 Millionen Bauern und führte jahrelang einen Guerillakrieg. Das ganze Land stand in Flammen. Wieder entstand eine vorrevolutionäre Lage.

Da hißten am 21. Februar 1946 die indischen Matrosen in Bombay die rote Fahne und kämpften unter der Losung Inquilab Zindabad — lang lebe die Revolution. Die Arbeiter der Stadt traten in den Generalstreik. Indische Truppen weigerten sich, gegen Matrosen oder Arbeiter vorzugehen. Auch in anderen Städten meuterten Soldaten und Polizei, selbst in Neu Delhi.

Damit war die britische Machtbasis erschüttert. Politiker wie Lord Alexander oder Sir Stafford Cripps sprachen das öffentlich aus. Ohne ein Abkommen über die Unabhängigkeit wären Aufstände und unvorhersehbarer militärischer Einsatz die Folge. Das würde die Kräfte des durch den Krieg geschwächten Empire bei weitem überschreiten. So übergab man die Regierung „verantwortungsbewußten'' Kräften — denen von Gandhis Congress — und sicherte sich so einen Teil der wirtschaftlichen Macht.

Nicht Gandhis Gewaltlosigkeit erreichte die Freiheit. Die Kampfbereitschaft der Millionen Indiens, der Arbeiter, der Bauern und der Soldaten erzwang sie.

Hans-Jürgen Schulz

Quellen:

1) Gernot Jochheim: Antimilitaristische Aktionstheorie, soziale Revolution und soziale Verteidigung, Frankfurt/Main 1977, S. 340
2) zitiert nach Theodore Paulin: Introduction to nonviolence, Philadelphia 1944, S. 29
3) Mahatma Gandhi: Mein Leben, Frankfurt/Main 1983, S. 110
4) Gandhi: Mein Leben, S. 129-131
5) Gandhi: Mein Leben, S. 178
6) R.C.Majumdar: History of the Freedom Movement in India, Vol. II, Calcutta 1963, S. 345 und 374
7) Jochheim: Antimilitaristische ..., S. 345
8) Theodor Ebert: Gewaltfreier Aufstand, Frankfurt am Main und Hamburg 1970, S. 90
9) Gandhi: Mein Leben, S. 174
10) Gandhi: Mein Leben, S. 176 f
11) Hirendranath Mukerjee: India struggels for Freedom, Bombay 1948, S. 65

Dieser Artikel erschien zuerst in der ‚was tun‘, Zeitung der GIM, Nr. 356 vom 23.6.83. Es handelt sich um einen Vorabdruck eines Kapitels aus dem neuen Buch von Hans-Jürgen Schulz: Frieden schaffen — mit welchen Waffen? (Arbeitstitel), das im Herbst im isp-Verlag Postfach 11 1017, 6000 Frankfurt 1 erscheinen wird.

Bisherige Veröffentlichungen von H.-J. Schulz: Materialismus und Kapitalismus in der BRD, 376 S., 14,— DM;
(zusammen mit Jacob Moneta) Wer den Frieden bedroht, 72 S., 4,50 DM;
Die Geheime Internationale — Spitzel, Terror und Computer (Zur Geschichte und Funktion der Geheimdienste in der bürgerlichen Gesellschaft), 370 S., 28,— DM (alle isp-Verlag)

Loccum:

Bürger helfen der Polizei

Die Distanzierungsdebatte nach den Krefelder „Krawallen'' war noch nicht einmal abgeklungen, als eine Meldung der „taz'' (11.7.) für neue Aufregung sorgte: In der Evangelischen Akademie Loccum soll am 23. und 24. September, also unmittelbar vor den großen Herbstaktionen, eine richtungsweisende Klausurtagung stattfinden. Teilnehmen werden auf der einen Seite höchstrangige Polizeichefs, **darunter der konzeptionelle Vordenker im Kampf gegen jede Form von politischer Kriminalität und Polizeichef in Baden-Württemberg, Alfred Stümper.** Ihre Gesprächspartner wollen diverse „Sprecher der Friedensbewegung'' sein. Unter ihnen der unvermeidliche Jo Leinen (BBU), der neben Stümper und Schröder (Polizeigewerkschaft GdP) als Initiator der Klausurtagung gilt. Ferner laut „taz'' u.a. auch Deile (Aktion Sühnezeichen), Karbach (Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen), Koschel (Pax Christi), Buro (SB) und Greune (DFG-VK).

Was die Polizei-Spitze mit dieser Klausurtagung — das Wort Klausur kommt vom lateinischen Verb claudere: abschliessen, einschliessen — bezweckt, liegt auf der Hand:

1. Die Polizei schickt ihre führenden Strategen in die Debatte. So neben Stümper auch den Leiter der Polizeiakademie Hiltrup, Peitz. **Ihr Ziel ist die (Weiter-)Entwicklung brauchbarer Befriedigungs-Strategien gegen j e d e Art von sozialen und politischen Störfaktoren.** Die „Sprecher der Friedensbewegung'' dienen als willkommenes lebendes Lernmaterial. Mit ihrer Hilfe sollen die bereits vorliegenden Polizei-Analysen über Strukturen und Fraktionierungen der Friedensbewegung weiter verfeinert werden, um Gegenstrategien, Spaltungsmöglichkeiten usw. zu erkunden. Wer von den „Sprechern der Friedensbewegung'' sich einbildet, er sei für diese Partner etwas wesentlich anderes als eine Art Schadinsekt unter dem Mikroskop, irrt sich gewaltig. Daran ändert auch der freundliche, geradezu menschliche Ton und Stil anderes als eine Art Schadinsekt unter dem Mikroskop, irrt sich gewaltig. Daran ändert auch der freundliche, geradezu menschliche Ton und Stil nichts, der zweifellos auf der Klausurtagung in Loccum herrschen soll.

2. Daß sich „Sprecher der Friedensbewegung'' und Polizeivertreter als Partner zusammensetzen, um „Gewalt auszuschließen'', setzt für die Öffentlichkeit ein Signal. Nämlich dieses: Die Friedensbewegung, jedenfalls soweit sie durch jene „Sprecher'' vertreten wird, stellt Konfrontationsvermeidung an die allererste Stelle. Statt einer Kriegserklärung an den Raketenstaat läßt sich die Friedensbewegung an Regeln binden, die besser zu einem Fußballfreundschaftsspiel passen würden, bei dem außer einem Fairness-Pokal nichts zu gewinnen ist. Fazit: So ernst können die Warnungen vor einem unmittelbar drohenden „atomaren Holocaust'' wohl doch nicht gemeint sein.

3. Die Polarisierung der Friedensbewegung soll vorangetrieben werden. Aus der Sicht der Herrschenden ist es willkommen, wenn Vorgänge wie Loccum die Bewegung in Lager spalten, wenn einzelen „Sprecher der Friedensbewegung'' mehr und mehr zu zwielichtigen Gestalten werden, und wenn auf der anderen Seite die Wut bei einer militanten Minderheit angeheizt wird. Der Polizeispitze ist deshalb an einem Publicity-Effekt solcher Begegnungen durchaus gelegen. Mitunter wird auch durch sogenannte „gezielte Indiskretionen'' nachgeholfen. So brachte Baden-Württembergs Innenminister Herzog einige Friedensfürsten in Verlegenheit durch die Bekanntgabe, es gebe schon seit Monaten solche Gespräche.

Soweit ist die Kalkulation also klar. Aber welche Motive mögen jene „Sprecher der Friedensbewegung'' veranlaßt haben, Gipfeltreffen mit der Polizei zu vereinbaren und z.T. schon seit längerem zu pflegen? Die Motive sind, soweit bisher erkennbar, individuell verschieden:

1. Für eine Gruppe unter den Friedensfürsten sind solche Begegnungen von vornherein selbstverständlich und unproblematisch. Da sie in der Tat die Polizei nicht als Gegner, sondern als Partner mit einem prinzipiell unterstützenswerten gesellschaftlichen Auftrag begreifen, ist allerengste Kontaktpflege unbedingt geboten: *„Die Friedensbewegung erkennt den gesetzlichen Auftrag der Polizei voll an. Sie anerkennt insbesondere den Dienst der Polizei bei Demonstrationen. Die Polizei ist deshalb kein Gegner der Friedensbewegung''* (Entwurf von Ulrich Frey, AGDF, für die Distanzierungserklärung des Bonner Koordinationsausschusses nach Krefeld).

2. Eine zweite Gruppe von Friedensfürsten bekennt sich zwar verbal auch zu der Behauptung, die Polizei sei kein Gegner der Friedensbewegung, sieht das aber in der Praxis wohl doch ein klein bißchen differenzierter und realistischer. Aus ihrer Sicht können Gipfelgespräche mit der Polizei dazu beitragen, einen störungsfreien Verlauf der Herbstaktionen etwas wahrscheinlicher zu machen. Noch mehr sind diese Friedensfürsten jedoch interessiert an Kontakten zur Polizei-„Basis'', insbesondere über die Polizeigewerkschaft GdP.

3. Eine dritte Gruppe verspricht sich vermutlich von Spitzenkontakten zur Polizei gar nichts, will aber auch nicht „den anderen das Feld überlassen''. Schaden könne es ja nicht, und schließlich wolle man auch nicht öffentlich als Boykotteur solcher Begegnungen dastehen. Mit der Teilnahme an Veranstaltungen wie in Loccum könne man doch immerhin den Diskussionsverlauf vielleicht noch positiv beeinflussen.

Der unschätzbare Vorteil der Polizei bei solchen Gesprächen ist, daß sie im Gegensatz zur Friedensbewegung von keinerlei M o r a l ausgeht, sondern ausschließlich von politischen Zwecken, die erreicht werden sollen. Falls es zur Erreichung dieser Zwecke sinnvoll erscheinen sollte, Hunderte von Menschen zusammenzuschlagen und z.T. lebensgefährlich zu verletzen, Falls es zur Erreichung dieser Zwecke sinnvoll erscheinen sollte, Hunderte von Menschen zusammenzuschlagen und z.T. lebensgefährlich zu verletzen, so wird genau dies geschehen. Wer da glaubt, er könne Spitzenfiguren wie Stümper im netten Gespräch von Mensch zu Mensch davon überzeugen, wie unmoralisch menschenverletzende Gewalt im Grunde ist, der ist ein Idiot.

Die Lage ist allerdings im Moment noch so, daß Polizei und Bundeswehr mit einer Taktik operieren, die auf Eskalations-Vermeidung hinausläuft. Diese Taktik ist auf den enormen quantitativen Umfang der Friedensbewegung zurückzuführen. Das Beste, was sich in der aktuellen angespannten Situation die Herrschenden wünschen können, ist ein möglichst geordneter und polizeilich handhabbarer Ablauf der Herbstaktionen. Gezielte Vorstöße gegen die militante Minderheit, wie in Krefeld, stehen zu dieser Taktik nicht im Gegensatz, sondern ergänzen sie: Zwar b r a u c h t man unbedingt eine friedfertige Friedensbewegung, will aber auch nicht ganz auf die Möglichkeit verzeichten, sie als tendenziell gewalttätig = kriminell diffamieren zu können. Wer meint, daß diese Taktik der Polizei das Beste sei, was der Friedensbewegung passieren kann, könnte sich dennoch Begegnungen wie in Loccum oder auf anderen Ebenen gern schenken. Die Polizei handelt absolut nicht auf Grund von menschlichen Begegnungen und Eindrücken, sondern nach politischen Aufträgen. Wenn die Polizei zur „Deeskalation'' beiträgt, so ausschließlich deshalb, weil es den Herrschenden aktuell am sinnvollsten erscheint. Um das zu bekräftigen, bräuchte wirklich niemand nach Loccum zu fahren. Wie die Ereignisse im k o n k r e t e n Einzelfall jeweils ablaufen, wird von der Polizeiführung sowieso erst vor Ort entschieden.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 1

Loccum: Bürger helfen ...

Ein üblicher Vorgang

Die Empörung beim Bekanntwerden der Loccumer Tagung blieb im wesentlichen auf Minderheitsströmungen der Friedensbewegung, insbesondere unter den bekanntermaßen Militanten, begrenzt. Enge Kontaktpflege zur Polizei ist bei den Managern der Friedensbewegung ohnehin seit langem eine Selbstverständlichkeit, über die nicht diskutiert wird. So stellte der Bonner ,,Koordininierungsausschuß'' — d a s Leitzentrum des gesamten Friedensmanagements — schon am 14. Juni (also noch v o r Krefeld) fest:,,*Um falsche Frontstellungen zu vermeiden, empfehlen wir gemeinsame Diskussionsveranstaltungen von Friedensinitiativen mit Polizisten, Angehörigen der Bundeswehr und der US-Streitkräfte. Gespräche dieser Art finden bereits jetzt vereinzelt statt.*'' War dort immer noch von ,,Diskussionsveranstaltungen'' die Rede, so heißt es in der Distanzierungserklärung des Bonner KO nach Krefeld einfach:,,*Um falsche Frontstellungen zu vermeiden, wird die Friedensbewegung Gespräche mit der Polizei und Angehörigen der Bundeswehr über die geplanten Widerstandsaktionen suchen*''. Und die Stellungnahme des Bonner KO zu Loccum:,,*Der KO-Ausschuß befürwortet Gespräche zwischen der Friedensbewegung und der Polizei, um falsche Frontstellungen zu vermeiden und für Aktionen der Friedensbewegung zu werben. Die Inhalte und Ergebnisse solcher Gespräche sollten der gesamten Friedensbewegung zugänglich gemacht werden. Der Ausschuß tritt an die Gewerkschaft der Polizei und insbesondere die junge Gruppe in der Gewerkschaft der Polizei heran, um über die Aktionen der Friedensbewegung im Herbst zu diskutieren*''. (,,taz'', 18.7.).

Beim Koordinierungsausschuß für die Süd-Aktionen gibt es eine zentrale Gruppe, die mit der Wahrnehmung von Kontakten zur Polizei beauftragt ist. ,,*Auch die örtlichen Organisationen sollen Kontakte zur Polizei aufnehmen*''. (Beschlußprotokoll des Süd-KO, 2.7.83). Ein Vorstoß des Aktionsbüros Stuttgart, ,,auf politischer Ebene'' mit dem baden-württembergischen Innenminister zusammenzutreffen, fand bisher keine Gegenliebe. Stattdessen wurde ein Gespräch mit dem Polizeipräsidenten angeboten - und akzeptiert. Es fand Anfang August statt. Am Gesprächswunsch mit dem Innenminister soll trotzdem festgehalten werden (Beschlußprotokoll des Aktionsbüros, 20.7).

Richtig hat Jo Leinen (BBU) festgestellt:,,**Solche Gespräche finden immer wieder statt, und im Herbst wird es sie sicher quer durch die Bundesrepublik geben**'' (,,taz, 15.7.). Bereits am 11.7.

sicher quer durch die Bundesrepublik geben'' (,,taz, 15.7.). Bereits am 11.7.

konnte mensch der ,,taz'' entnehmen: Stümper managt seit September letzten Jahres in Baden-Württemberg Gespräche zwischen Polizeiführung und ,,Gewaltfreien'', darunter natürlich Jo Leinen. Angestrebt werde, so Stümper laut ,,taz'', als Abschluß ein gemeinsames Papier. ,,*Da werden Forderungen drinstehen, die Minderheiten heute erfüllen müssen, z.B. das Prinzip der absoluten Gewaltfreiheit. Wir werden uns bemühen, angepaßte Maßnahmen zu treffen, um de-eskalierend zu wirken. Das setzt allerdings voraus, daß die Gegenseite einigermaßen kalkulierbar bleibt... Dabei wird Loccum eine wertvolle Ergänzung sein. Unser Ziel ist es, diejenigen zu stärken, die wirklich Gewaltfreiheit wollen.*'' (Stümper laut ,,taz'').

Etwas später war von Baden-Württembergs Innenminister Herzog Genaueres und Offizielleres zu erfahren: Seit Oktober 1982 gebe es solche Gespräche. Stümper hatte diese Gespräche eingentlich gleich bundesweit führen wollen, war damit aber bei anderen CDU-regierten Bundesländern auf Widerspruch gestoßen. Im Oktober 82 und im März dieses Jahres, so Herzog, sei man zusammengekommen. Thema war zunächst Wyhl, dann auch die Stationierungsfrage. Ziel sei es, ,,*einen gewaltfreien Charakter der Demonstrationen zu erreichen*'', wofür auch die Polizei das Ihrige tun wolle. Möglicherweise schon am 8. September stehe zwischen den Partnern die Einigung auf eine Art Friedensvertrag an. Daß ein solches Abkommen tatsächlich Verhandlungsgegenstand ist, bestätigte Gesprächsteilnehmer Wolfgang Sternstein (BBU) (nach ,,taz'', 1.8.). Gesprächsteilnehmer Peter Menke-Glückert (FDP) ergänzte:,,...**bereits seit drei Jahren treffe sich die ,Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen', in der auch der BBU mitarbeite, mit Polizeiexperten. Dabei werde analysiert, wie bei Demonstrationen Gewalttätigkeiten verhindert werden können.**'' (,,Hamb. Abendblatt'', 30.7.).

Der Siegeszug der Gewaltfreiheit scheint unaufhaltbar. Kein Wunder, bei so gewaltigen Verbündeten! Polizeipsychologe Salewski hat schon recht, wenn er in einer Fernseh-Diskussion sagt:,,**Ich empfehle jedem, der friedlich demonstrieren will, daß er vorher zur Polizei geht, und sich dort von erfahrenen Leuten schulen läßt**''. (nach ,,taz'', 29.7.). Polizisten als Trainer in der gewaltfreien Bezugsgruppe, Polizei-Funktionäre als Mitglieder der Demo-Leitung wären logische Weiterentwicklungen. Letztere Idee wäre zudem über die bewährte Schiene DGB-GdP ohne weiteres zu realisieren. (GdP-Polizisten als Ordner sind bei DGB-Demonstrationen bereits keine Seltenheit mehr). Wenn die Polizei nicht unser Gegner ist und wenn die Friedensbewegung ,,nichts zu verbergen hat'' (H. Schierholz, grüner Bundestagsabgeordneter und Studienleiter i.R. der Akademie Loccum), sind solche praktischen Konsequenzen nur folgerichtig.

Wenig überzeugend ist jene Kritik an der Loccumer Klausurtagung, die solche Begegnungen im Prinzip ausdrücklich bejaht, aber sich am nichtöffentlichen Charakter dieser Tagung stößt. Wer sich für Gespräche mit der Polizei entscheidet, wird sich daran gewöhnen müssen, daß diese nichtöffentlich sind. Das ist ja gerade der Unterschied zwischen einem Gespräch und einer Podiumsdiskussion. Letztere eignet sich für eine Polemik, aber nicht für die offenbar doch gewünschte vertrauensvolle Partnerschaft zwischen Polizeispitze und Bewegungsmanagement. Zudem dürfte es schwer sein, eine Begegnung mit so einschlägig bekannten Figuren wie dem Demonstranten- und Terroristenbekämpfer Stümper als öffentliche Veranstaltung einigermaßen ungestört über die Bühne zu bringen. (Für die Klausurtagung in Loccum ist doch sicher schon Polizeischutz angefordert, oder was machen die Friedensfürsten, wenn militante Störenfriede auftauchen?).

Gegenstimmen und Proteste

Die erstaunlichste Erklärung gegen das Loccumer Treffen kommt von der ,Friedensversammlung' Hannover. Erstaunlich, weil dort u.a. auch Jusos und DKP mitarbeiten, deren Organisationen bundesweit das Gespräch mit der Polizei unterstützen. In der Erklärung heißt es u.a.:,,*Polizei, BGS und Militär sind der Gewaltapparat, mit dem die Stationierung gegen die Bevölkerung durchgesetzt werden soll... Es kann mit Funktionären der Staatsgewalt keine Diskussion über unser Vorgehen geben*''. Die Einigung der Friedensbewegung auf Gewaltfreiheit bedeute nicht, ,,*daß wir unsere selbstbestimmten Aktions- und Widerstandsformen in Gesprächen mit Vertretern der Staatsgewalt zur Disposition stellen...*''. Die Akademie Loccum solle die Tagung nicht stattfinden lassen; die eingeladenen Vertreter der Friedensbewegung sollten nicht teilnehmen (,,taz'', 25.7.).

Besonders scharf hat der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie sich gegen die Loccumer Tagung ausgesprochen. ,,*Viele Menschen und viele Initiativen vor allem aus der unabhängigen Friedensbewegung sehen eine erfolgsversprechende Möglichkeit zur Ver- und Behinderung gerade in einer Eskalation, einer Radikalisierung des Widerstandes, was zunächst mal mit Gewaltfreiheit oder Militanz nichts zu tun hat, sondern eine Frage v.a. von direkten Aktionen, innerhalb von Massendemonstrationen wie aus Kleingruppen heraus ist. Nur wenn der Widerstand n i c h t kalkulierbar bleibt oder besser: wird, nur dann besteht Aussicht auf Erfolg im Kampf nicht nur gegen den Krieg*''. (,,taz'', 18.7.).

Um das Loccumer Treffen zu verhindern, ruft der Göttinger AK auf: ,,...**entweder — durch breite öffentliche Diskussion starken Druck auf die geladenen Vertreter der Friedensbewegung auszuüben und diese so zur Absage zu bewegen oder — durch möglichst massenhafte Anwesenheit das Klausurgespräch selbst zu verhindern**''. (,,taz'', 18.7.).

Namens der Osnabrücker Friedensinitiativen und ihres bundesweit bekannten Mitglieds Massarath wurde mitgeteilt: Die FI werde nicht am Loccumer Treffen teilnehmen. Massarath habe eine entsprechende Einladung bereits Anfang Juni abgelehnt. (,,taz'', 25.7.).

Die Koordinationsstelle ,Ziviler Ungehorsam' erklärte:,,*Kontakte und Gespräche mit Vertretern der Innenministerien und Polizei- und Militärführung, wie sie mit der Akademietagung geplant sind, scheinen uns allenfalls dazu geeignet, von Seiten der Friedensgruppen und -organisationen weiteres Analysematerial zu liefern, das dann für die Regierungs- und Polizeiseite geplante antimilitaristische und Friedensaktionen noch berechenbarer und kontrollierbarer macht. Dies steigert die Möglichkeiten, verschiedene Aktions-, Friedens- und antimilitaristische Gruppen gegeneinander auszu-*

Fortsetzung nächste Seite

Szenen aus dem Koordinierungsausschuß

Ob der Herbst nun wirklich heiß wird,ist noch nicht ausgemacht. Der Sommer jedenfalls ist es, und das verlangt den Friedensaktivisten mitunter enorme Leistungen ab. Während in den Camps die Hüllen fallen und Fortgeschrittenen-Kurse in gewaltfreiem Training absolviert werden, eilen die Politfreaks von Termin zu Termin und von Sitzung zu Sitzung, um den herbstlichen Massenaufmarsch der Superlative zu koordinieren. Von der Bundesebene in Bonn bis zur Provinzstadt sprießen die Koordinationsausschüsse. Zeichen der Zeit: Was früher der Ständige Ausschuß des Exekutivkomitees des ZKs'' war, ist heute der ,,KOA''. Und wo früher erbittert um die Strategie der Weltrevolution gestritten wurde, herrscht heute müder Pragmatismus. Analysen sind nicht gefragt, Ideologien schon gar nicht. Es triumphiert die Kompromißfähigkeit. Politische Auseinandersetzungen haben beinahe Seltenheitswert, und wenn sie sich einmal doch nicht vermeiden lassen, führen die sattsam bekannten statements — sei es über den Charakter der DDR-Friedensbewegung oder über die Gefahren gewaltfreier Blockaden — eher zu langer Weile.

Wie gesagt: Zu einer solchen Jahreszeit sind das Strapazen, die einem ein gehöriges Maß an Selbstbeherrschung abverlangen können. Wenn sich mensch etwa auf der Autobahn gen Bonn quält, und eine stattliche dunkelblaue Mercedes-Limousine, Kennzeichen BN, rauscht vorbei, dann gehört schon Disziplin dazu, sich klarzumachen, daß es ganz bestimmt nicht deine Abgeordneten waren, die sich da per ,,Fahrbereitschaft'' zum selben Koordinationsausschuß chauffieren lassen. Man ist ja froh, wenn sie da sind. Wenn sie wirklich da sind, ist man froh, wenn sie länger als ein Stündchen bleiben und nicht nur die Chef-Unterhändler der anderen Fraktionen zu kurzen Absprachen draußen vorm Tagungsraum empfangen. Nein, wirklich: Das Engagement der grünen Bundestagsfraktion in der Friedensbewegung nimmt echt zu. Das ist bestimmt positiv.

Stärkere Präsenz auch von einer anderen Seite: Der große Bruder DGB nimmt - ,,beobachtend''- an den Vorbereitungen für die Friedenswoche teil. Er läßt sich meist von schüchternen, bedauernswerten jungen Männern vertreten. Wenn sie mal den Mund aufmachen, kriegt man einen Schreck. Denn von der Macht und Herrlichkeit der eigenen Organisation sind sie anscheinend selbst derart beeindruckt, daß sie nichts so sehr quält wie die Angst, etwas Falsches ',namens des DGB'' zu sagen. So klammert man sich denn an Gewerkschaftsbeschlüsse, deren Formulierungen möglichst im Wortlaut wiedergegeben werden. Herzzerreißend wird die Show, wenn etwa innergewerkschaftlich was im Busch ist, vielleicht Steinkühlers Vorschlag eines 15-Minuten-Streiks, und der arme Kerl möchte es gern bekanntgeben zwecks Steigerung der Autorität seines Vereins in der versammelten Runde, darf es aber nicht, weil es noch nicht formell beschlossen und verkündet ist. Dann windet er sich in vielsagenden Andeutungen, um schließlich festzustellen: Ich darf euch nichts verraten. Wenn aber ein solcher Angstschweiß produzierender Auftritt — Wird er sich verplappern? Werden ihn die Bosse bestrafen? Wird der DGB dann überhaupt nochmal kommen? — über die Runden ist, fällt sogleich ein vielstimmig dröhnender Chor ,,gewerkschaftsorientierter'' Kräfte ein: Der DGB ist groß, der DGB ist wunderbar (prima hast du das gesagt...). Unvorstellbar, daß es dieselben Gewerkschaftsfunktionäre sind, die zwischen solchen Treffen schamlos via bürgerliche Presse intervenieren und auf die Aktionsplanungen der Friedensbewegung von außen Einfluß zu nehmen versuchen.

Wer immer in DGB und SPD Weichen stellt und Machtworte spricht, erscheint natürlich nicht selbst, um mit

Fortsetzung nächste Seite

KONFLIKTAUSTRAG UND INNERER FRIEDE

Klausurgespräch über die Friedensfähigkeit in innenpolitischen Auseinandersetzungen um sicherheitspolitische Fragen

Zielsetzung und Inhalte:

Verlauf und Stand der Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen in Europa lassen gegenwärtig die Hoffnungen, daß die 1979 beschlossene Nachrüstung der NATO durch Rüstungskontrollvereinbarungen zwischen den Regierungen der USA und der UdSSR abgewendet werden könnte, unrealistisch erscheinen. Im Herbst 1983 werden dementsprechend konkrete Maßnahmen im Zuge der Aufstellung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik eingeleitet und durchgeführt werden. Es ist zu erwarten, daß es in dem Zusammenhange zu starken Manifestationen des Protestes kommen wird.

Die Evangelische Akademie Loccum lädt Vertreter der beteiligten gesellschaftlichen Gruppen und staatlichen Organe zu einem Gespräch ein, in dem geprüft werden soll,
- wie in den Auseinandersetzungen um die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen die Gefahren einer Eskalation in den Konfrontationen zwischen Protestöffentlichkeit und staatlichen Vollzugsorganen minimiert werden können
- was die verschiedenen Beteiligten in ihrem jeweiligen Verantwortungs- und Handlungsbereich dazu beitragen können und
- welche Möglichkeiten es für ein Zusammenwirken zwischen verschiedenen Beteiligten gibt, das sich der Offenheit und Klarheit des Konfliktaustrages verpflichtet weiß und zugleich Perspektiven für eine "Entspannung im Innern" (Staatsrechtler H.-P. Schneider, Loccumer Protokoll 23/81) eröffnet.

Das Gespräch sollte in zwei Phasen ablaufen:

1. Auswertung von Erfahrungen und Analyse.

Zu thematisieren wären in den Zusammenhang die Ursachen, Bedingungen und Mechanismen von Eskalationen im Zusammenhang von Konfliktaustrag und Protestmanifestationen. Dabei müßte die Frage nach dem Auftreten und wirksamwerden von Gewalt einen zentralen Stellenwert haben.

2. "Szenario 83" und Sondierung von Handlungsmöglichkeiten

In einem offenen Gedanken- und Meinungsaustausch soll die Frage nach der Friedensfähigkeit in innenpolitischen Auseinandersetzungen möglichst konkret auf die zu erwartenden Konflikte um die Nachrüstung bezogen werden.

Dabei werden in den Blick rücken
- die Intention, Planung und Vorbereitung von Protestmanifestationen
- die Intention, Planung und Vorbereitung von Einsätzen staatlicher Vollzugsorgane gegen Protestmanifestationen
- die Chancen für eine Kooperation zwischen Veranstaltern von Protestmanifestationen und Verantwortlichen für den Einsatz staatlicher Vollzugsorgane (im Vorfeld und in der Konfrontationssituation)

- 2 -

- die Handlungsmöglichkeiten von Politik, Massenmedien und Kirchen.

Ort:

Evangelische Akademie Loccum, 3056 Rehburg-Loccum 2
Tel.:05766/810
(Studienleiter Dr. Jörg Calließ: 05766/81109)

Datum und Zeit:

Beginn: Freitag, den 23. September 1983, 14.00 Uhr
Ende: Samstag, den 24. September 1983, 12.30 Uhr

Auf frühzeitige Anfrage hin ist eine Teilnahme am Mittagessen am Freitag, den 23. September 1983 um 12.30 Uhr möglich. Für alle Teilnehmer ist am Samstag, den 24. September 1983 um 12.30 Uhr ein Mittagessen vorgesehen.

Teilnehmer:

Eine Teilnahme ist nur auf Einladung der Veranstalter hin möglich. Die Zahl der Tagungsteilnehmer wird auf ungefähr 25.- 30 Personen begrenzt.
Eingeladen werden Vertreter der Fraktionen des Deutschen Bundestages, Vertreter des Bundesministeriums des Innern, des Bundesministeriums der Verteidigung, verschiedener Länderministerien des Innern, Vertreter von Polizei und Bundesgrenzschutz, Vertreter der in der Bundesrepublik stationierten Verbände der US-Armee, Vertreter von Gewerkschaften, Kirchen und Massenmedien, Vertreter der Friedens- und Konfliktforschung, Vertreter von Organisationen und Initiativen der Friedensbewegung.

Organisation und Durchführung:

Das Gespräch wird als Klausurveranstaltung durchgeführt. Um einen möglichst konzentrierten, offenen und fruchtbaren Gesprächsgang zu ermöglichen, wird eine breitere Öffentlichkeit nicht zugelassen und niemand zur öffentlichen Berichterstattung ermächtigt. Im Interesse einer möglichst wirksamen Umsetzung der Gesprächsergebnisse bleibt aber das Recht der Teilnehmer, in ihren jeweiligen Funktions- und Handlungsbereichen über den Gang und die Ergebnisse des Gespräches zu informieren, durch den Charakter der Klausurveranstaltung unberührt.

Ein detailliert ausgearbeitetes Programm mit Referaten und Stellungnahmen wird nicht vorgelegt werden. Die Gesprächsleitung wird aber einen Vorschlag zur organisatorischen und inhaltlichen Strukturierung des Gespräches erarbeiten und spätestens bis zum 5. September 1983 allen eingeladenen Gesprächsteilnehmern zuleiten. Alle eingeladenen Gesprächsteilnehmer werden gebeten, ihre diesbezüglichen Interessen und Anregungen dem Gesprächsleiter möglichst frühzeitig mitzuteilen.

den unbequemen Bündnispartnern offen Unbequemes zu besprechen, sondern schickt Mittelsmänner und Marionetten vor, die eher Mitleid erwecken. Und da zum Schattenboxen die Luft zu heiß, die Tagesordnung zu lang und die Zeit zu schade ist, kommt die Sozialdemokratie schon deswegen häufig ungeschoren davon.

Der Bonner KOA (früher „Frühstücksrunde") bereitet die Volksversammlung am 22.10. in der Bundeshauptstadt vor. Man müsse ernst nehmen, heißt es im Vorschlag des geschäftsführenden Ausschusses für eine neue Konzeption, daß die langen Ansprachen am 10.10.81 und 10.6.82 „einschläfernden Charakter" gehabt hätten. Um die „Aussagefähigkeit" der Volksversammlung zu steigern, solle man sich auf „symbolische gewaltfreie Aktionsformen konzentrieren". Konkret: Erst Umzingelung der Bannmeile um den Bundestag durch eine Menschenkette, dann Selbstdarstellung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen innerhalb der Friedensbewegung auf Plätzen in der Innenstadt und schließlich eine Abschlußkundgebung im Hofgarten. Dazwischen gäbe es viel Platz für die „Kreativität" der Friedensbewegten. Einspruch vom KOFAZ: Dieses Konzept enge die Kreativität viel zu sehr ein, alles werde von oben vorgegeben und durchgeplant. „Wir müssen viel phantasievoller sein". Ein Zwischenruf „Aerobic für den Frieden" wird von einigen erst für eine gelungene Karikatur dieser Argumentation gehalten, doch es ist ein Zitat: Das steht wirklich so im schriftlich verteilten Vorschlag des KOFAZ. Hauptanliegen, so fährt Gunnar Matthiesen fort, müsse die Selbstdarstellung der Friedensbewegung in ihrer vollen Breite sein. Will er am 22.10. eine Siegesfeier veranstalten (vielleicht hat er ja geheime Informationen?) oder ist nun endgültig die Amerikanisierung des Protestes mit Fähnchenschwingen und Karneval angesagt? Aber nein: Die Bannmeilen-Umzingelung dürfe, wenn überhaupt, dann jedenfalls nicht im Mittelpunkt stehen. Sonst sei nämlich die Breite der Aktion gefährdet.

Mensch ahnt, da kommt noch Gröberes. Aber zunächst ist Lucas Beckmann (Grüne) dran. Das vorgeschlagene Konzept sei zu überschaubar und für den Gegner zu durchschaubar. Die Leute würden ja nicht nach Bonn kommen, um sich selbst darzustellen, sondern um etwas zu erreichen. Die dramatische politische Situation, die es im Oktober geben werde, müsse auch in den Aktionsformen zum Ausdruck kommen. Schon die einzelnen Anfahrtsplätze müßten großräumiger verteilt werden, damit auf dem Weg in die Innenstadt z.B. noch Aktionen vor der amerikanischen, britischen und französischen Botschaft möglich seien. (Die sowjetische Mission läßt der Polit-Profi unerwähnt, wenngleich sie gerade ihm besonders am Herzen liegen dürfte...). Beckmann schlägt vor, die Papierbögen mit den Unterschriften unter den Krefelder Appell in Form eines Kunstwerks in Bonn zu hinterlassen, was beim KOFAZ keineswegs auf Begeisterung stößt. Die Bannmeile solle

ihm besonders am Herzen liegen dürfte...). Beckmann schlägt vor, die Papierbögen mit den Unterschriften unter den Krefelder Appell in Form eines Kunstwerks in Bonn zu hinterlassen, was beim KOFAZ keineswegs auf Begeisterung stößt. Die Bannmeile solle

präzise umgrenzt werden. Er könne sich auch durchaus vorstellen, daß einzelne Gruppen mit jeweils konkreten Vorhaben gezielt in die Bannmeile hineingehen. Unruhe beim mehr sozialdemokratisch orientierten Flügel der Runde. Was dann passiere, habe man ja in Krefeld erlebt. Das Wort „Provokateure" geistert durch die Runde.

Ein Vertreter der gewaltfreien Aktionsgruppen versucht es redlich mit Überzeugungsarbeit. Er erklärt, warum es notwendig sei, die staatlich verordneten Spielregeln zu überschreiten. Man könne ja auch gemeinsam einen symbolischen Schritt in die Bannmeile hinein machen. Außerdem müsse über die Umzingelung der Hartdthöhe diskutiert werden.

Jetzt platzt Rudolf Hartung (Jusos) aber der Kragen. Was die Grünen vorgetragen hätten, sei mehr als gefährlich. Für ihn seien die Steinewerfer von Krefeld ganz klar von Zimmermann bezahlte Provokateure gewesen. Jede Art von „Überraschungen" müsse am 22.10. ausgeschlossen sein. Krawall in Bonn — dann sei es aus mit der Friedensbewegung. Außerdem könne man dem DGB nicht zumuten, bei einer so ungewissen Geschichte mitzumachen. Jo Leinen (BBU) schlägt vor, die Debatte zu vertagen. Beim Tagesordnungspunkt „Gespräche mit dem DGB" bricht sie aber voll wieder aus. Vertreter der unabhängigen Friedensinitiativen und der Dritte Welt-Gruppen wenden sich heftig gegen eine Ausgrenzung der „Krefelder" aus der Friedensbewegung. Die andere Seite bemüht (in ziemlicher Unkenntnis) den Startbahn-Konflikt als abschreckendes Beispiel. Die Gewaltfreien schlagen vor, mit den Autonomen über den Herbst zu reden. Eva Quistorp (Frauen für den Frieden) kann sich die Gemeinheit nicht verkneifen, ob man denn wirklich „RAF-Leute" einladen wolle. Unbestritten ist aber, daß dem DGB die verlangte Zusicherung der Gewaltlosigkeit gegeben wird. Aber reicht das den Gewerkschaftsbossen? Ein Aufruf zur Hamburger Volksversammlung steht zu diesem Zeitpunkt noch aus (weil der DGB, wie hinter vorgehaltener Hand erzählt wird, vom Auftreten der Frieko „abgeschreckt" worden sei), und im Süden tun die Gewerkschaftsvertreter beharrlich so, als gäbe es lediglich eine Kundgebung in Stuttgart, und als hätten sie von Neu-Ulm noch nie etwas gehört.

Ob man denn Einfluß darauf habe, wen der DGB als Sprecher nominiert? Natürlich nicht, denn so kann man mit einer Arbeiterorganisation doch nicht umspringen. Ob man sagen dürfe, daß Pommerenke (Stuttgart) eine gelungene Wahl wäre, Ilse Brusis (Bonn) aber nicht so gut, weil sie ja unter ihren eigenen Kollegen stark umstritten ist? Erregt kündigt der DGB-Beobachter an, er werde den Raum verlassen, wenn so weiter diskutiert wird. Aber mit ein paar Streicheleinheiten wird er schnell besänftigt.

Eine Woche später ist man sich im Grundsatz darin einig, daß die Umzingelung der Bannmeile stattfinden soll, wobei natürlich immer noch drin ist, daß sie als „Umarmung" (und somit noch harmloser) angekündigt wird. Die Volksbefragung, vom KOA schon beschlossen, wird nochmal von allen Or-

Grundsatz darin einig, daß die Umzingelung der Bannmeile stattfinden soll, wobei natürlich immer noch drin ist, daß sie als „Umarmung" (und somit noch harmloser) angekündigt wird. Die Volksbefragung, vom KOA schon beschlossen, wird nochmal von allen Or-

ganisationen einzeln unterstützt (Ausnahme: ASF). Gestritten wird über Loccum (Gespräche mit der Polizeiführung).

Im Prinzip genauso, aber mit insgesamt mehr Sinn für Dramatik verläuft die Arbeit im Süd-KOA. Da wird schon gelegentlich die Spaltung beschworen, während tatsächlich ein zäher Positionskampf ausgetragen wird. Freilich will einem manchmal scheinen, daß es dabei nur um Millimeter-Vorteile für die jeweiligen Positionen geht... Im Süden einigte man sich zunächst darauf, die Menschenkette zwischen EUCOM Stuttgart und Wiley-Barracks Neu-Ulm „stringent und zentralistisch" durchzuorganisieren. 150.000 Menschen sind für die Strecke von ca. 100 km längs der B 10 veranschlagt. Damit das klappt, müsse jede mobilisierende Region einen genauen Abschnitt innerhalb der Kette zugewiesen bekommen. Auch sei es notwendig, sich strikt daran zu halten, für welche Abschlußkundgebung man eingeteilt wird (südlich von Göppingen geht alles nach Neu-Ulm, nördlich davon alles nach Stuttgart). In diesem Sinn legte die DFG-VK eine detaillierte Planung vor — grob gesagt: Baden-Württemberg nach Stuttgart, Bayern nach Neu-Ulm — und erntete umgehend wütende Proteste. Die Nordbayern (KOFAZ-Domäne) monierten, sie hätten nun alles auf Stuttgart orientiert, und sahen sich außerstande, das wieder umzuschmeißen. Hier war die Kompromißfindung leicht: Die Startbahngegner (Südhessen bis Heidelberg) wollten sowieso lieber nach Ulm als nach Stuttgart, und so wurde mit dem Nürnberger Raum getauscht. Freilich: Reicht man den Kontrahenten den kleinen Finger, so wollen sie gleich den ganzen Arm ausreißen.

Als nächste forderte die BIFA München ultimativ eine „räumliche und zeitliche Trennung" der Abschlußkundgebung in Ulm/Neu-Ulm von der dort ganztägig stattfindenen Blockade der Wiley-Barracks (Stationierungsort für Pershing II). Andernfalls sähen sie sich gezwungen, nach Stuttgart zu mobilisieren. Konkreter Antrag: Verlegung der Abschlußkundgebung vom Festplatz in Neu-Ulm (wenige hundert Meter entfernt vom Haupteingang Wiley-Barracks, wo natürlich blockiert wird) zum Münsterplatz in Ulm.

Eine gewaltfreie (!) Blockade scheint etwas gar Schröckliches zu sein. Allen Ernstes schlug ein KOFAZ-Vertreter vor, eine „Sicherheitszone" zwischen Blockierern und Kundgebungsteilnehmern zu errichten, worauf er natürlich prompt den Zwischenruf „Mauer!" einfing. Jedenfalls sind „Prro-fo-kazionen" (unnachahmliche Aussprache!!) zu befürchten. Und dann tauchen die „Prrofokatöre" womöglich noch in der Menge unter. Also der Mama mit dem Kind ist das nicht zuzumuten. Umgekehrt liegt den Vertretern der gewaltfreien Aktionsgruppen nichts ferner, als zum Beispiel zu sagen: 'Also Leut, nehmt das mal net so tragisch, da passiert nämlich im Grunde garnix'. Selbstredend ist eine Blockade eine hochdramatische Sache, bei der der „bürgerliche Konsens" aufgekündigt wird. Keinesfalls soll da jemand reingezogen werden, der es nicht will und der sich nicht gründlich und ausdrücklich darauf vorbereitet hat (Bezugsgruppe!). Da werde man auf alle Fälle Vorsorge treffen.

Es blieb kirchlichen Vertretern vorbehalten, den Ausschlag zu geben. Man hat im Badischen genug Mühe damit, die Gemeinden davon zu überzeugen, daß neben der christlichen Friedenswoche im November noch eine Aktionswoche im Oktober vonnöten sei. Noch schwerer falle es allerdings, den Leuten klarzumachen, daß sie

sie nach Schwaben müßten (dies berührt einen traditionell kritischen Punkt des Zusammenlebens verschiedener Bevölkerungsgruppen im Musterländle...). Das einzig zugkräftige Argument sei halt das, daß die Raketen da hin sollen. Und das beträfe nun mal diese Kaserne und nicht das Ulmer Münster. Als schließlich noch festgestellt wurde, daß sich der Münsterplatz verkehrstechnisch nicht eignet und daß sogar auf dem bundesweiten Ankündigungsplakat die Volksversammlung Süd mit Stuttgart/Neu-Ulm vermerkt ist, machte der Festplatz mit 17 : 12 Stimmen das Rennen.

Freilich wurde anschließend zur Debatte gestellt, eine *zeitliche* Trennung zwischen Blockade und Abschlußkundgebung vorzunehmen und mit 19 : 13 Stimmen wurde den gewaltfreien Aktionsgruppen „empfohlen", die Blockade am Samstag um 16 Uhr abzubrechen. Ob sie sich an diese Empfehlung halten oder nicht, ist ihnen freigestellt.

Für jede Organisation, die sich einigermaßen fair an solchen Absprachen beteiligt, müßte die Sache damit erledigt sein. Aber nichts da: In grober Mißachtung der Beschlußlage ruft die

fehlung halten oder nicht, ist ihnen freigestellt.

Für jede Organisation, die sich einigermaßen fair an solchen Absprachen beteiligt, müßte die Sache damit erledigt sein. Aber nichts da: In grober Mißachtung der Beschlußlage ruft die

SPD München wenige Tage später ihre Mitglieder auf, nach Stuttgart zu fahren. Der DGB startet ein unverhülltes Erpressungsmanöver: Man werde auch für die Kundgebung in Neu-Ulm aufrufen, falls die zeitliche Trennung mit der Blockade beschlossen wird. Das Thema wird uns wohl noch bis zum 22.10. erhalten bleiben.

Zweiter Knackpunkt im Süd-KOA: Der DGB beantragte, einen Sprecher der „unabhängigen DDR-Friedensbewegung" für die Stuttgarter Kundgebung einzuladen. Selten so ein Zähneknirschen im Lager der DKP gehört. Aber alles Jammern ("Bei mir im Betrieb diskutieren die Kollegen das ganz anders") half nichts: Der Antrag wurde angenommen. Undank ist der Welt Lohn (die DKP gehört bekanntlich zu den eifrigsten Fürsprechern aller sonstigen Ansinnen des DGB).

Stand im Süden ist für den 22.10. nunmehr Folgendes:
- ab morgens: gewaltfreie Blockade der Wiley-Barracks in Neu-Ulm
- bis 10 Uhr: Anfahrt aus den Regionen in die Orte an der B 10
- 10 — 11 Uhr Auftakt-Versammlungen
- ab Uhr: Aufbau der Menschenkette
- 13 Uhr: Abschluß und Auflösung der Kette
- ab 16 Uhr: Abschlußkundgebungen in Neu-Ulm und Stuttgart.

Näheres ist zu erfahren beim
Aktionsbüro Herbst '83
Schloßstr.79
7000 Stuttgart 1
oder beim
Ulmer Aktionsbüro
Keplerstr. 18/1
7900 Ulm

de.

Stellungnahme aus der „Bonner Runde" zu Krefeld (Auszüge)

Gruppen der Friedensbewegung der Bundesrepublik erklären aus Anlaß der Krefelder Ausschreitungen von „Autonomen" und „Anti-Imperialisten" beim Besuch des US-Vizepräsidenten in Krefeld am 25.6.1983:

1. Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik ist und bleibt gewaltfrei. Gewalt zerstört in einer demokratischen Gesellschaft das Vertrauen, das erforderlich ist, um in Lebensfragen der Nation zwischen den Anhängern verschiedener Gruppen eine offene und verbindliche Auseinandersetzung zu führen. Wer Gewalt anwendet, stellt sich außerhalb der Friedensbewegung.
2. Die Krefelder Veranstaltungen der Friedensbewegung (Demonstration und Friedensfest) sind absolut gewaltfrei verlaufen. Das wurde den Veranstaltern vom Krefelder Polizeipräsidenten bestätigt. Die Ausschreitungen der „Autonomen" und „Anti-Imperialisten" konnten von den Veranstaltern der Friedensbewegung nicht verhindert werden, trotz mehrfacher und verschiedenartiger Versuche der Einflußnahme seitens der Krefelder Friedensgruppen.
3. (...) Die Friedensbewegung will diese Stationierung mit politischen Mitteln verhindern. Sie lehnt eine Personalisierung der politischen Probleme, wie z.B. durch verbale oder tätliche Angriffe auf einzelne Repräsentanten dieser Politik ab.
4. Die Friedensbewegung legt außerordentlich großen Wert darauf, daß die Polizei nicht in Auseinandersetzungen um politische Fragen hineingezogen wird, für die sie nicht verantwortlich ist. Die Friedensbewegung erkennt den gesetzlichen Auftrag der Polizei voll an. Sie anerkennt insbesondere den Dienst der Polizei bei Demonstrationen. Die Polizei ist deshalb kein Gegner der Friedensbewegung.
5. Die Friedensbewegung fordert die für die Polizei verantwortlichen Minister der Länder und des Bundes auf, bei der Vorbereitung auf die für den Herbst 1983 geplanten Versammlungen,
   — den Kontakt mit den veranstaltenden Gruppen zu suchen, um die Basis für mehr Vertrauen herzustellen. Die Gruppen der Friedensbewegung sind zu solchen Gesprächen bereit.
   — Konzepte möglichst gewaltfreier Konfliktlösung durchzuhalten. Diese Konzepte haben in kritischen Situationen sowohl polizeiliches Handeln als auch eine De-Eskalation ermöglicht. Dieses Konzept hat sich bei den bisher größten Demonstrationen seit Bestehen der Bundesrepublik in Bonn bewährt.
6. Die Friedensbewegung lehnt eine Verschärfung des Demonstrationsrechts ab. Das geltende Recht reicht aus, die denkbaren Situationen zu bewältigen.

Ulrich Frey,
vorgelegt in der Bonner Runde

▼ ▼ ▼

Bonn, den 28. Juni 1983

Die Friedensbewegung erklärt nach der Sitzung des Koordinierungsausschusses für die Herbstaktionen in Bonn:

1. **Die Friedensbewegung ist und bleibt gewaltfrei**
2. **Die Friedensbewegung warnt die Bundesregierung vor einer Kampagne der Verleumdung und Diffamierung**

1. Die Friedensbewegung warnt die Bundesregierung eindringlich vor einer Kampagne der Verleumdung und Diffamierung im Vorfeld der Herbstaktionen gegen die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles. (...)
2. Die Friedensbewegung warnt die Bundesregierung davor, die Auseinandersetzungen kleiner Gruppen mit der Polizei am Rande des Krefelder Bush-Besuchs und der friedlichen Großdemonstration Krefelder Friedensinitiativen **zu einer durchsichtigen Hetzkampagne auszunutzen, um ein Klima der Hysterie und Gewalt für den Herbst '83 herbeizureden.**
   Die Friedensbewegung erklärt klar und deutlich, daß ihre Aktionen nur mit gewaltfreien Mitteln durchgeführt werden. Wer Gewalt anwendet, stellt sich außerhalb der Friedensbewegung und schadet ihren Zielsetzungen.
   Auch die Veranstaltung der Friedensbewegung in Krefeld ist absolut gewaltfrei verlaufen. Dies bestätigen die Berichte des Krefelder Polizeipräsidenten und des nordrheinwestfälischen Innenministers Schnoor.
   Die Polizei ist nicht der Gegner der Friedensbewegung. Die Friedensbewegung legt außerordentlich großen Wert darauf, daß Fehlentscheidungen der Politiker nicht auf dem Rücken der Polizei ausgetragen werden. Die Angriffe aus CDU-Kreisen auf den nordrheinwestfälischen Innenminister Schnoor verfolgen das durchsichtige Ziel, den von der Bundesregierung gewünschten Konfrontationskurs gegen die Friedensbewegung in allen Bundesländern einheitlich durchzusetzen.
   Die Verschärfung des Demonstrationsrechts und der Einsatz neuartiger Polizeiwaffen (z.B. CS-Gas, Gummi-Geschosse) können jedoch die fehlende moralische und politische Glaubwürdigkeit einer Politik der atomaren Aufrüstung nicht wiederherstellen. Die Friedensbewegung erneuert ihre Aufforderung an die Bundes- und Landesregierungen für die im Herbst geplanten Widerstandsaktionen auch ihrerseits Konzepte gewaltfreier Konfliktlösungen auszuarbeiten und durchzuhalten. **Die Friedensbewegung wirft insbesondere den für die Stationierung vorgesehenen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg vor, für den Herbst '83 polizeistaatliche Vorkehrungen zu treffen, um den Bürgerprotest gegen neue Atomwaffen zu ersticken.**
   Um falsche Frontstellungen zu vermeiden, wird die Friedensbewegung Gespräche mit der Polizei und Angehörigen der Bundeswehr über die geplanten Widerstandsaktionen suchen.

und Landesregierungen für die im Herbst geplanten Widerstandsaktionen auch ihrerseits Konzepte gewaltfreier Konfliktlösungen auszuarbeiten und durchzuhalten. **Die Friedensbewegung wirft insbesondere den für die Stationierung vorgesehenen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg vor, für den Herbst '83 polizeistaatliche Vorkehrungen zu treffen, um den Bürgerprotest gegen neue Atomwaffen zu ersticken.**
Um falsche Frontstellungen zu vermeiden, wird die Friedensbewegung Gespräche mit der Polizei und Angehörigen der Bundeswehr über die geplanten Widerstandsaktionen suchen.

Koordinierungsausschuß für die Herbstaktionen
Estermannstraße 179, 5300 Bonn 1
Tel. 0228/67 82 31/32

▼ ▼ ▼

Am 28.6. wurde der Presse eine Erklärung im Namen des Koordinationsausschusses für die Herbstaktionen der Friedensbewegung übergeben, zu der wir als Mitarbeiter von im KA vertretenen Organisationen folgendes erklären:

Unbeschadet der Tatsache, daß wir die Hauptaussage der Erklärung des KA vom 28.6. teilen, halten wir es für notwendig, eine Klarstellung einiger Punkte auch öffentlich vorzunehmen:

Selbstverständlich tragen wir den von der Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 16./17.4. in Köln beschlossenen Aufruf „Es ist an der Zeit: Sagt Nein! Keine neuen Atomraketen in unser Land!" In diesem Aufruf haben wir gesagt, daß unsere Aktionen im Herbst gewaltfrei sein werden. (...)

Insofern haben wir eine andere Vorstellung über die Aktionsformen der Friedensbewegung im Stationierungsjahr 83 als die Menschen, die am 25.6. in Krefeld u.a. die Wagenkolonne des US-Vizepräsidenten Bush mit Steinen, Farbbeuteln u.a. angegriffen haben. Wir haben diese Differenz in der Vergangenheit deutlich benannt und werden das auch weiterhin tun.

Aber wir halten die Hysterie seitens der Stationierungsbefürworter um die Krefelder Vorgänge für heuchlerisch. Die Diskussion über die „Gewalt" seitens der Friedensbewegung ist für sie lediglich ein Vorwand, um von der tatsächlichen Gewalt abzulenken. (Insoweit ist auch eine Beteiligung von Provokateuren an den Vorfällen in Krefeld nicht auszuschließen). Tagtäglich wird von den Herrschenden Gewalt ausgeübt in Form von Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, in Form von Hunger, Folter, Mord und offener Kriege und Interventionen in der 3. Welt, in Form von Vergewaltigung und Unterdrückung von Frauen, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Auch für George Bush ist der Krieg ein legitimes Mittel der Politik. Selbst ein Sieg im Atomkrieg scheint ihm möglich, falls man militärisches Oberkommando, Industrie und eine gewisse Prozentzahl von Bürgern schützt. Angesichts dieser Gewalt verblassen Steine, Farbbeutel und Holzknüppel. Gegenüber den Kriminalisierungsversuchen der Herrschenden bedürfen auch diejenigen unserer Solidarität, mit deren Aktionsvorstellungen wir im Einzelfall nicht übereinstimmen.

Wir sprechen jedermann das Recht ab, zu definieren, wer oder was in diesem Land die Friedensbewegung ist. Auch der Koordinierungsausschuß für die Herbstaktionen kann nur für die dort vertretenen Organisationen, nicht aber für die Friedensbewegung sprechen. Dies entspricht klaren Absprachen, die die Mehrheit des KA mit ihrer Erklärung vom 28.6. gebrochen hat. (...)

Rolf Bräuer (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen); Hajo Karbach (Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen); Ulli Knapp (Informationsstelle El Salvador); Manfred Kühle (Hamburger Friedenskoordination; Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz); Barabar Luca (Informationsbüro Nicaragua); Werner Rätz (Mittelamerikakomitee Bonn); Dietrich Schulze-Marmeling (Bundeskonferenz Autonomer Friedensinitiativen); Sabine Stamer (Hamburger Friedenskoordination) Die Angaben der Organisationen dienen lediglich der Information.

Fortsetzung von vorheriger Seite

spielen, und mag letztendlich zur Verharmlosung der Aktionen Zivilen Ungehorsams führen... Wir werden uns an dieser Art Gespräche weder beteiligen noch diese unterstützen".(„taz", 22.7.).

Inge Ammon, Gerd Billen und Thomas Knödelpeter, alle drei vom BBU-Vorstand, behaupten in einer Protesterklärung, Jo Leinen habe weder Mitglieder noch Vorstand des BBU über die Tagungsvorbereitungen konsultiert oder informiert. Seine Teilnahme an der Loccumer Tagung sei im BBU nicht abgesprochen. Zwar sehe man gleichfalls in der Polizei keinen Gegner, aber berechenbar dürfe die Friedensbewegung dennoch nicht werden. *„Wir fordern, daß Gespräche und Verhandlungen zwischen Vertretern der Friedensbewegung und der Polizeiführung grundsätzlich öffentlich sind".* („taz", 13.7.). Es folgte kurz darauf eine Gegenerklärung von 5 Vorstandsmitgliedern des BBU, die sich voll hinter Jo Leinen stellen: *„Bereits zu Wyhl und Gorleben hat es vor Jahren Gespräche mit der Polizei und der Polizeigewerkschaft im DGB gegeben. Hinsichtlich der Weiterführung solcher Gespräche herrschte in den letzten BBU-Vorstandssitzungen Konsens ... Wir halten es für richtig, daß Vertreter des BBU an der Tagung in Loccum teilnehmen. Wir bitten Jo Leinen, diesen Termin wahrzunehmen."* („taz", 18.7.).

Blockaden und Großaktionen in Bremerhaven/Nordenhamm

Der nebenstehend abgedruckte „Vorschlag für den Aktionsrahmen" ist ein mehrfach geänderter und überarbeiteter Entwurf, der inzwischen allgemein anerkannte Diskussionsgrundlage ist. Der Text stammt von einem Teil der BIFA (Bremerhavener Initiative für Frieden und Abrüstung). In der BIFA arbeiten die verschiedensten Strömungen — Alternative Liste, Grüne, Jusos, DKP — mit. Ein dritter Teil soll noch erarbeitet werden, der die Planungen für den 13. und 14. Oktober umfaßt. In der Diskussion sind die Blockade der Carl-Schurz-Kaserne, die bis zum 15. andauern soll, Blockade-Aktionen in Nordenham u. ä. Dafür liegt noch keine konkrete Aktionsplanung vor.

Für den 15. Oktober werden in dem Aktionsrahmen-Vorschlag folgende Ziele benannt: „*B. 2. am 15. Oktober findet in Bremerhaven eine Großdemonstration statt, deren Ziel die Umzingelung und totale Blockade der Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven-Weddewarden ist. Die Demonstration durch den Hafen wird auf die Funktion der Hafenanlagen für die NATO-Hochrüstung und die ständige Ausweitung der militärischen Nutzung hinweisen. Gleichzeitig mit der Kaserne wird zwangsläufig auch der Container-Terminal lahmgelegt, über den ein großer Teil des Nachschubs der US-Streitkräfte in Europa abgewickelt wird.*" Zur Erläuterung sei gesagt, daß die Carl-Schurz-Kaserne im Hafen liegt und von der Innenstadt über zwei Routen erreichbar ist: einmal über die Wursterstraße, die am Hafen vorbei und dann direkt zum Haupteingang führt, zum anderen durch den Hafen zu einem Nebeneingang.

Von Anfang an unumstritten war die Blockade der Carl-Schurz-Kaserne. Auseinandersetzungen hat es dagegen um die Route durch den Hafen gegeben, die zum Ziel hat, auf den vermehrten Umschlag von Militärgütern hinzuweisen. In einem Papier des „Arbeitsausschusses Bremer Friedensforum", das mit den Juso-Verbänden aller vier norddeutschen Bundesländer abgesprochen war, wurden die Aktionsziele ganz einseitig gewichtet: Das „Hauptgewicht" der Aktion, heißt es da, soll vor dem Haupteingang der Kaserne (Wursterstraße) liegen.

Im Unterweser-Ausschuß am 26.7., einem für die Aktionsplanung und -vorbereitung für Bremerhaven/Nordenham wichtigen Treffen, erläuterten die Jusos, daß die Blockade der Kaserne Ziel ihrer Aktion sei. Dafür sei die Hafenroute nicht unbedingt notwendig, und die Route müsse, falls sie verboten würde, auch nicht unbedingt durchgesetzt werden. Gegen die Hafenroute würden für sie auch Punkte sprechen wie Unklarheiten über den Verdienstausfall der Kollegen. Dieser Streit mit den Jusos konnte im Unterweserausschuß nicht geklärt werden und wurde auf die nächste Sitzung vertagt. Völlig überflüssigerweise sind sie dann an dem Punkt, als es darum ging, welche Papiere wie verschickt werden, aus dem Unterweserausschuß ausgezogen. Inzwischen haben sie aber Einlenken signalisiert. Auf der 3. Sitzung des Regionalausschusses Nord am 5.8. stellten sie ihrerseits einen „Vorschlag für den Aktionsrahmen" vor, der auf dem nebenstehenden Text basiert, so daß jetzt auf eine gemeinsame Vorlage hin diskutiert werden kann. Unter Punkt B. 2. werden zwar jetzt auch beide Aktionsziele — Blockade der Kaserne und die Hafenroute, die auf die militärische Nutzung hinweisen soll — benannt, allerdings ist der darauffolgende Satz gestrichen worden: „*Gleichzeitig mit der Kaserne wird zwangsläufig auch der Container-Terminal lahmgelegt, über den ein großer Teil des Nachschubs der US-Streitkräfte in Europa abgewickelt wird.*" Für die weitere Diskussion darum ist die nächste Unterweserkonferenz am 14.8. um 11 Uhr im Parkhotel in Bremerhaven ein wichtiges Datum.

Es bleibt noch kurz ein Beschluß der Personalvertretung (!) der Carl-Schurz-Kaserne zu erwähnen, der fordert, dafür Sorge zu tragen, daß die Beschäftigten trotz Blockade (per Zug) ihren Arbeitsplatz erreichen, oder die ganze Sache müsse verboten werden.

Ein weiterer Konfliktpunkt in der Auseinandersetzung ist die Frage einer gemeinsamen Begründung der Bremerhaven/Nordenham-Aktionen. Hierzu liegt ein Text der autonomen Gruppen aus der Region vor, der auch bereits verschickt worden ist. Die Jusos haben nun einige Passagen daraus in ihren „Vorschlag für den Aktionsrahmen" mit eingebaut und wollen somit auf eine gesonderte politische Plattform verzichten. Dabei verweisen sie auf den von der Kölner Aktionskonferenz verabschiedeten Aufruf, der wohl auf eine gesonderte politische Plattform verzichten. Dabei verweisen sie auf den von der Kölner Aktionskonferenz verabschiedeten Aufruf, der wohl nach ihrer Meinung ausreicht, um für die Aktionen vom 13. bis 15. in Bremerhaven/Nordenham zu mobilisieren.

A. Grundsätzlich

1. „Die Zeit drängt: Die Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles muß verhindert werden, heißt es im Kölner Aufruf für die Herbstaktionen.

Es ist gelungen, die Friedensbewegung zu einer der stärksten Bewegungen in der BRD zu machen. Dies wurde erreicht durch das Zusammenwirken vielfältiger Aktionen von Unterschriftensammlung zum Krefelder Appell oder zu Atomwaffenfreien Zonen bis hin zu Aktionen des zivilen Ungehorsams. Das reicht aber nicht aus: Sowohl eine zusätzliche Verbreiterung als auch Intensivierung des Kampfes der Friedensbewegung werden notwendig sein, um dieses Ziel zu erreichen. Massenhafter und entschieden vertretener Widerstand muß die politischen Kosten für die „Nach"rüstungs-Betreiber so hoch treiben, daß das Risiko für sie nicht mehr tragbar erscheint.

2. Wir sind der Überzeugung, daß einerseits die angestrebte Intensivierung des Widerstandes in der Luft hängt, wenn sie nur durch kleine Teile der Friedensbewegung vollzogen werden kann. Auf der anderen Seite wird eine Verbreiterung der Reihen der Friedensbewegung allein noch keine neue Qualität des Kampfes schaffen. Es ist unverzichtbar, neue Menschengruppen aus den Betrieben und Verwaltungen in den Widerstand aktiv einzubeziehen und Aktionsformen des zivilen Ungehorsams (von Blockaden bis zum Generalstreik) zu entwickeln.

3. Unser Widerstand kann sich angesichts der drohenden Kriegsgefahr nicht ausschließlich in den vorgegebenen Bahnen „legaler" parlamentarischer Spielregeln bewegen. Die Ablehnung selbst einer nur „konsultativen" Volksbefragung zur „Nach"rüstung durch die Herrschenden macht deutlich, welchen Beschränkungen dieser Weg unterliegt und wie wenig er jetzt noch für die Verhinderung der Stationierung taugt. Wenn die Vorbereitung der atomaren Vernichtung Europas sich angeblich „im Rahmen der Gesetze" bewegt, kann unser Leitspruch nur sein: Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

4. Für den 13. - 15. Oktober streben wir eine Kombination verschiedenster Widerstandsebenen an, die in einem integrierten Gesamtkonzept zusammengefaßt sein sollen. Dabei wollen wir sowohl neu gewonnene und noch zu gewinnende Mitstreiter — etwa aus der Gewerkschaftsbewegung — einbeziehen als auch Raum geben für die massenhafte demonstrative Praktizierung unseres Widerstandsrechts.

5. Die Aktionsformen müssen die verschiedenen in der Friedensbewegung vertretenen Positionen berücksichtigen und vereinigen. Ziel sollte immer sein, bei aller Vielfalt die Einheit der Friedensbewegung zu entwickeln und zu bewahren.

Erfolgreich werden die Herbstaktionen nur dann sein, wenn alle beteiligten Kräfte der Friedensbewegung sich gegenseitig respektieren und nicht versuchen, ihr Konzept den anderen aufzuherrschen. Aktivitäten der verschiedensten Gruppen sollen sich an diesen Aktionsrahmen halten.

B. Konkret

1. Vorbereitet wird die Demonstration in Bremerhaven durch Blockaden am 13. und 14. Oktober an verschiedenen militärischen Einrichtungen der USA in der Region, wobei der Schwerpunkt auf Bremerhaven und Nordenham gelegt wird.

2. Am 15. Oktober findet in Bremerhaven eine Großdemonstration statt, deren Ziel die Umzingelung und totale Blockade der Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven-Weddewarden ist. Die Demonstration durch den Hafen wird auf die Funktion der Hafenanlagen für die NATO-Hochrüstung und die ständige Ausweitung der militärischen Nutzung hinweisen. Gleichzeitig mit der Kaserne wird zwangsläufig auch der Container-Terminal lahmgelegt, über den ein großer Teil des Nachschubs der US-Streitkräfte in Europa abgewickelt wird.

3. Die Demonstration wird am späten Vormittag mit einer Auftaktkundgebung vor der Stadthalle beginnen. Sie

3. Die Demonstration wird am späten Vormittag mit einer Auftaktkundgebung vor der Stadthalle beginnen. Sie wird in zwei Zügen zur Kaserne führen, wobei die eine Route über die Wurster Straße führt, die andere durch den Hafen. Beide Züge vereinigen sich vor der Kaserne zu einer Umzingelungs- und Blockadeaktion, wobei die Demonstranten der Hafen-Route die dem Container-Terminal zugewandte Seite der Kaserne blockieren, die der anderen Route den Abschnitt vom Zolltor Weddewarden bis zur Weserportstraße, die ebenfalls in die Umzingelung miteinbezogen wird. Nach Beendigung der Umzingelung und der Blockade wird die Demonstration geschlossen zur Stadthalle zurückgeführt und dort beendet. Der Abmarschzeitpunkt wird vor Einbruch der Dunkelheit liegen.

4. Für Demonstranten aus dem nördlichen Landkreis und Cuxhaven bietet sich die Möglichkeit, von einem Sammelpunkt nördlich Weddewardens ausgehend zur Kaserne zu gelangen und damit diese Route ebenfalls zu sperren. Für Demonstrantengruppen, die per Fähre oder per Zug in Bremerhaven eintreffen, bietet sich die Möglichkeit, den Weg zur Stadthalle zur Agitation zu nutzen.

5. Die Demonstrationsroute durch den Hafen ist sowohl aus inhaltlichen als auch aus demonstrationstaktischen Erwägungen heraus unverzichtbar: Schließlich werden a) hier Dinge umgeschlagen, gegen die sich unser Protest richtet. Und b) ist eine Umzingelung ohne diesen Anmarschweg schwierig zu realisieren.

6. Die Demonstration richtet sich nicht gegen die Hafenanlagen als solche und in keiner Weise gegen die Kollegen, die hier ihren Lebensunterhalt verdienen. Wir verstehen die Sorge um den Arbeitsplatz — gerade in einer Stadt mit einer Arbeitslosenquote von fast 14 %. Wenn wir den Abzug der US-Truppen fordern, dann verbinden wir das mit der Vorstellung, mit geeigneten Maßnahmen diese Arbeitsplätze zu sichern oder neue schaffen zu können. Sind wir stark genug, das eine zu realisieren, können wir auch das zweite durchsetzen.

7. Umzingelung und Blockade wollen wir mit friedlichen Mitteln erreichen. Wir erklären, daß von uns keine Gewalt ausgehen wird. Wir wollen keine Konfrontation mit der Polizei, sondern unseren Widerstand gegen „Nach"rüstung dokumentieren.

8. In diesem Zusammenhang fordern wir die politisch Verantwortlichen auf, alles zu unterlassen, was eine gewaltsame Konfrontation herbeiführen könnte. Dazu gehört der Verzicht auf Schikanen, Einschüchterungsversuche und Kriminalisierung seitens Justiz und Polizei.

9. Demonstrationsverbote werden unseren entschiedenen Widerstand finden. Wir werden uns unser Recht, dort zu demonstrieren, wo sich das Objekt unseres Protestes befindet, nicht nehmen lassen und sowohl juristisch wie politisch als auch praktisch zu wahren suchen.

men lassen und sowohl juristisch wie politisch als auch praktisch zu wahren suchen.

Anmerkungen zum Aktionsrahmen

1. Das Papier ist von mehreren Mitgliedern der BIFA (Bremerhaven) erstellt worden, die unterschiedlichen Strömungen angehören.

2. Dem Papier fehlt ein Punkt C. Blockaden. Er wird unter Berücksichtigung des Punktes B. 7 geschrieben. Im Gegensatz zu anderen warten wir aber noch Diskussionsprozesse in den Initiativen ab. Dort ist bisher noch sehr wenig darüber gesprochen worden.

Joachim (BIFA)

Frauenwiderstand

Frauenwiderstandscamp 6544 Reckershausen/Hunsrück 2.8.83

Offener Brief an die Gefangenen von Krefeld

Wir sind Frauen vom Widerstandscamp Reckershausen/Hunsrück, die aus unterschiedlichen Zusammenhängen kommen und gemeinsam gegen Männerherrschaft und Militarismus kämpfen.

Wir sind als Frauen auch in sogenannten Friedenszeiten alltäglicher Gewalt ausgesetzt, deshalb müssen wir patriarchalische Strukturen des Zusammenlebens durchbrechen.

Hier im Hunsrück, wo die Konzentration von Militäranlagen besonders stark ist und höchstwahrscheinlich in Hasselbach die 96 Cruise Missiles stationiert werden, versuchen wir effektive Formen des Widerstands zu finden und auszuprobieren.

Wir sehen unseren Widerstand im Zusammenhang mit Eurem. Die Repression gegen Euch soll uns alle in die Grenzen des rechts-Staates verweisen.

Wir brauchen keine Obergurus der Friedensbewegung, die uns sagen, wer zu uns gehört und wer nicht. Wir finden es notwendig, verschiedene Aktionsformen zu entwickeln und werden uns nicht spalten lassen.

Mit solidarischen und feministischen Grüßen!

Frauen des Widerstandscamps Reckershausen/Hunsrück

Die werden's noch erleben, daß wir keine Angst mehr haben!

Da staunt sogar die DKP

Die DKP, bisher immer mit der Nase vorn, wenn es darum geht, militante Demonstranten als „Provokateure" und „Agenten" zu diffamieren, hat ernsthafte Konkurrenz bekommen. Nach Krefeld beschwerte sich das Zentralorgan der MLPD (ehem. KABD), die „Rote Fahne": „*Die Provokationen in Krefeld waren in Wirklichkeit direkt beabsichtigt und zuvor schon tagelang in der Presse hochgekocht worden.*

+ Die Polizei sah dem Aufmarsch der ‚Autonomen' völlig passiv zu. Die Parole hieß ‚Abwarten'.

+ An denStraßenrändern lagen ganz ‚zufällig' Steine rum, ohne daß irgendwo eine Straße aufgerissen war.

+ Die Kolonne mit Bush fuhr gezielt genau durch die Straßen, in denen schon vorher Steine geflogen waren. Selbst nach Angaben der Polizei wurden alle Hinweise darauf mißachtet.

+ Bei 134 Festnahmen gab es 5 Verhaftungen. (...)

+ Es gibt Hinweise auf faschistische Provokateure, die Nazi-Aufkleber an den Jacken hatten und auf brutale Weise Friedensdemonstranten zusammenschlugen." (RF, 3.7.83)

Die Folgen der Polizeieinsätze
Reaktionen auf Krefeld
Dokumentation verschiedener Distanzierungen aus der „Bonner

Thema des Tages

Die neuen Chaoten: Schlagen, schweigen, Anwalt fragen

Die Krefelder Krawallmacher gehören zu einer Gruppe von etwa 2000 neuen Chaoten mit völlig neuer Taktik: Schlagen, schweigen, Anwalt fragen! Das BKA hat folgende Erkenntnisse über diese „Autonomen Gruppen".

Wer sind sie?:

Zwei Gruppen: Die „Vollautonomen" – Frauen und Männer ab 18, viele mit mittlerer Schulbildung, fast alle arbeitslos. Die „Anti-Imperialisten" sind Angehörige der ehemaligen „Roten Zellen", die ihre Gefährlichkeit durch Terroranschläge bewiesen haben.

Wo sie leben:

In besetzten Häusern, vor allem in Berlin und Heidelberg – und in Wohngemeinschaften fast aller deutscher Universitäts-Städte.

Ihre juristischen Helfer:

Etwa 40 junge Anwälte oder Jura-Studenten aus Berlin und dem Raum Frankfurt. Sie sollen die etwa 2000 Chaoten, Demonstranten und Sympathisanten vor zwei bis drei Jahren organisiert haben, alle Gruppen-Aktionen über 200 Zentren steuern.

Ihre Taktik:

Die Chaoten schicken bei Demos kleine Gruppen (sogenannte Nadelstecher) von vermummten Steinwerfern und Schlägern mit Knüppeln und Eisenstangen vorneweg. Die durchbrechen die Polizeikette, schlagen zu – und ziehen sich blitzschnell in die Reihen der friedlichen Demonstranten zurück.

Der Trick:

Nur wer auf frischer Tat ertappt wird, kann vor Gericht gestellt werden. Wird ein Chaot festgenommen, holt er erstmal einen Zettel mit der Telefonnummer eines Gruppen-Anwalts raus und schweigt, bis der Jurist da ist. Dadurch kann er sich nicht selbst belasten – aber die Gruppe nicht verraten.

Woher kommt das Geld?

Durch Sammlungen. Das BKA: Wohl auch durch dunkle Kanäle

Ihre Ziele:

In einem Krefelder Flugblatt heißt es: „Militante Angriffe gegen den BRD-Staat und den NATO-Imperialismus." Generalbundesanwalt Rebmann befürchtet für den Herbst allgemein: „Großveranstaltungen gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen, Demos gegen Kasernen und Waffendepots."

Was die Polizei unternimmt:

Greiftrupps sollen die „Nadelstecher" fassen, eingeschmuggelte Agenten sollen vor Überraschungsangriffen warnen.

Aus: BILD, 13.7.83

Der DGB zu den Herbstaktionen

Im Gegensatz zur SPD, die lediglich verlautbaren ließ, ihren Mitgliedern die Teilnahme an den Herbstaktionen zu empfehlen, hatte der DGB Anfang Juni beschlossen, zu den drei Großveranstaltungen am 22. Oktober unter zwei Bedingungen aufzurufen: einmal solle die absolute Gewaltfreiheit der Kundgebungen in Gesprächen mit Vertretern der Friedensbewegung zugesagt werden, zum anderen soll der DGB seine Position durch eigene Redner darlegen können. Inhaltlich hat sich der DGB-Bundesvorstand in einem Beschluß zur Friedens- und Sicherheitspolitik am 5. Juli keineswegs auf einen Anti-„Nach"rüstungskurs festgelegt. Vielmehr wird bezüglich der Mittelstreckenwaffen gefordert: „*Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art müssen abgebaut werden. Es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa geben*" (aus Informationsdienst 13, 7.7.83, S.3). In bezug auf Genf appelliert der DGB „*an die Großmächte, weiter zu verhandeln und notfalls den Verhandlungszeitraum zu verlängern*" (ebd.). Diese Position stimmt übrigens, rein zufällig versteht sich, mit neueren Aussagen aus der SPD-Baracke überein. Mit gesundem Vertrauen auf Birne und Company formuliert der DGB weiter: „*Nach einer Prüfung des Verhandlungsstandes bzw. des Verhandlungsergebnisses ist im Herbst von Bundesregierung und Bundestag verantwortlich zu entscheiden. Hierbei muß auch berücksichtigt werden, ob die Verhandlungen am mangelnden Verständigungswillen einer Seite gescheitert sind. Eine Nachrüstungsautomatik darf es nicht geben*" (ebd., S.4). K o n k r e t e Abrüstungsschritte fordert der DGB einzig und allein von der Sowjetunion, wenn es in der anschließenden Passage heißt: „*Der DGB fordert die Sowjetunion auf, die Produktion und Stationierung neuer Mittelstreckenraketen einzustellen und die bereits stationierten, die schon heute eine Bedrohung ganz Westeuropas darstellen, abzubauen*" (ebd.). Unerwähnt bleiben die französischen und britischen atomaren Mittelstreckenwaffen, sowie die „Forward Based Systems", die schon heute direkt die Sowjetunion bedrohen.

Abschließend fordert der DGB „*alle Arbeitnehmer auf, auf der Grundlage dieser Plattform die Entspannungs- und Friedenspolitik aktiv und absolut gewaltfrei zu unterstützen.*" Er „*wendet sich allerdings gegen die Berufung auf das Widerstandsrecht gemäß Artikel 20, Abs. 4 des Grundgesetzes im Zusammenhang mit einer eventuellen Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen. Artikel 20, Abs. 4 des Grundgesetzes bietet in diesem Zusammenhang keine Grundlage für die Übertretung von Gesetzen oder Vorschriften oder gar für die Anwendung von Gewalt gegen Menschen oder Sachen*" (ebd., S.6). Artikel 20, Abs. 4 des Grundgesetzes besagt: „*Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung* (gemeint ist die verfassungsmäßige Ordnung des Bundesrepublik, Anm. AK) *zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.*" Schließt der DGB diese Berufung auf das Grundgesetz aus, dazu muß berücksichtigt werden, daß nach vielen Analysen die NATO-„Nach"rüstung als Schritt zur Kriegsvorbereitung qualifiziert wird (damit wäre die verfassungsmäßige Ordnung erheblich gestört), begrenzt er damit den Protest ganz staatstragend auf Aktionen, die durch das Demonstrationsrecht abgedeckt sind. Blockaden zum Beispiel fallen natürlich durch die Maschen dieses Netzes. Fast überflüssig zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die Absage des DGB an einen Generalstreik (ohne Begründung) und auch die konsultative Volksbefragung sei „kein geeignetes Mittel".

Im Kern bleibt der DGB mit seinem jüngsten Beschluß auf der „ausgewogenen" Linie („gegen die Aufrüstung in Ost und West...") des Friedens- und Abrüstungsaufrufs, den er vor rund 1 1/2 Jahren als Konkurrenz-Unternehmen zum Krefelder Appell gestartet hatte. Plattform für die Aktivitäten des DGB im Herbst wird nicht der in Köln beschlossene Aufruf sein, vielmehr wird mit oben skizzierten Inhalten ein eigener Aufruf verfaßt. Bezüglich der praktischen Unterstützung der Herbstaktionen hat der DGB nach Gesprächen mit Vertretern der Friedensbewegung im Juli beschlossen, die Kundgebungen in Bonn und Stuttgart zu unterstützen. In Stuttgart soll Pommerenke, immerhin ein „Nach"rüstungsgegner, sprechen, während in Bonn die als Rechte bekannte Frau Brusius zu Wort kommen soll. Bemerkenswert ist der Beschluß insoweit, als er für Süd die von den Landesbezirksvertretern (Stuttgart/Neu Ulm) gemachte Zusage, zu a l l e n Aktionen im Süden für den 22.10. aufzurufen, rückgängig macht. Das ist eine massive Beeinflussung der Aktionsplanungen.

In Hamburg waren zwei Anläufe notwendig, ehe sich der DGB entschließen konnte, zur Kundgebung am 22.10. aufzurufen. Das erste Treffen zwischen Vertretern des DGB und des Regionalausschusses Nord geriet — unfreiwillig — zu einer Stunde über aktiven und passiven gewaltfreien Widerstand u.ä. Wissen wollten die gestandenen Gewerkschaftsführer ganz genau, was z.B. ein Sprecher der Blockierer

nen Gewerkschaftsführer ganz genau, was z.B. ein Sprecher der Blockierer

denn so auf dem Rathausmarkt erzählen würde. Obwohl zugesichert war, daß die Kundgebung auf dem Rathausmarkt gewaltfrei verlaufen würde — und nur dort und nicht etwa in Bremerhaven wollte sich der DGB nach eigenen Aussagen beteiligen — konnte sich der DGB nicht entscheiden.

Diese Situation wurde in der Auswertungsdiskussion in der zweiten Sitzung des Regionalausschusses von interessierter Seite (aus dem Spektrum des Hamburger Forums, also DKP, DFU, DFG/VK) zu einem Vorstoß benutzt, unter Hinweis auf die „Bedenken" des DGB die g e s a m t e n Planungen für Bremerhaven und für Hamburg für gewaltfrei zu erklären. Damit sollte einseitig ein Konzept durchgesetzt werden, obwohl doch der DGB selbst erklärt hatte, daß es ihm nur um die Kundgebung in Hamburg und keine anderen Aktivitäten gehen würde. Verabschiedet wurde schließlich eine gemeinsame Erklärung des Regionalausschusses Nord, die in drei Punkten festhält, erstens daß die Kundgebung am 22.10. gewaltfrei verlaufen wird, zweitens der DGB gebeten wird, seine Position mit einem Redner darzustellen und die Demonstration zum Rathausmarkt zu unterstützen und drittens das Angebot zur Teilnahme an den Sitzungen des vorläufigen Regionalausschusses zwecks Vorbereitung der Kundgebung gemacht wird.

Der Vorbereitungsgruppe des Hamburger Forums war diese Erklärung offensichtlich nicht weitgehend genug gewesen, sie hatte in einer gesonderten Stellungnahme dem DGB anbiederisch erklärt, daß es von jeher die Politik des Hamburger Forums gewesen ist, „*immer neue Menschen und Bevölkerungskreise anzusprechen und in den Protest gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen einzubeziehen.*" „*Das Hamburger Forum ist ..., immer bemüht gewesen, den Gewerkschaften und den Kollegen aus den Betrieben das Anliegen des Forums zu verdeutlichen und zu gemeinsamen Aktivitäten für die Sicherung des Friedens zu kommen.*" Abschließend wurde nicht nur die Kundgebung auf dem Rathausmarkt für gewaltfrei erklärt, sondern gleichzeitig auch noch die Aktionen der Friedensbewegung in Hamburg in den vergangenen Jahren als gewaltfrei geplant und durchgeführt dargestellt.

Nach diesen lieben Erklärungen verlief das zweite Gespräch mit dem DGB wie zu erwarten: innerhalb von fünf Minuten wurde eine Unterstützung der Kundgebung zugesagt. Zur Kulisse dieses überaus friedlichen Gesprächs gehörte ein mindestens 15 cm großer Aufkleber, der mitten auf einem Fenster des Sitzungssaales im DGB-Haus prangte und die Aufschrift trug: „**Polizei: Freund und Partner.**"

Somit unterstützt der DGB lediglich die Kundgebungen am 22.10. in Stuttgart, Bonn und Hamburg. Damit sollen die politischen Gewichte für den Herbst eindeutig gesetzt werden.

Für Ruhe in den Betrieben garantiert der DGB?

Gegen alle anderen Aktivitäten in der Woche zwischen dem 15. und 22.10. grenzt sich der DGB explizit ab. Weder der DGB-Vorstand „*noch die Vorstände der 17 Einzelgewerkschaften (werden) die Mitglieder zur Teilnahme an anderen Aktivitäten im Rahmen der ,Aktionswoche' zwischen dem 15. und 20. Oktober aufrufen*" (FAZ, 6.7.83), heißt es in einem Beschluß des DGB. Das allerdings wird bis hinein in die Funktionärskörper durchaus kontrovers gesehen. Fritz Steinkühler, Bezirksleiter der IG Metall, der vor kurzem einen Generalstreik gegen die Nachrüstung als nicht durchführbar bezeichnet hatte, schlägt nun „*eine demonstrative Arbeitsruhe von zehn bis 15 Minuten Dauer in allen Fabriken, Verwaltungen und Verkehrsbetrieben*" für den 19. Oktober, den Tag der Betriebe, vor (HA, 27.7.83). Das soll auf einer Sitzung des DGB-Bundesvorstandes im September beschlossen werden, wenn es nach dem Willen von Steinkühler geht. Für diesen — wie auch immer zu bewertenden — Vorstoß hat er sich den Zorn einiger Rechter zugezogen. So mokierte sich der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Hoffmann über den „selbsternannten Streikführer" Steinkühler. Die großbürgerliche „FAZ" schreibt dazu, die Aktionen zum Tag der Betriebe werden „*von den meisten Gewerkschaftsfunktionären schon deshalb abgelehnt, weil hier Verstöße gegen das Betriebsverfassungsgesetz und Konflikte mit den Arbeitgebern kaum zu vermeiden sein dürften*" (FAZ, 25.7.83). Der DGB ist wieder einmal in seiner Rolle als Ordnungsmacht, staatsloyal bis in die Knochen. Oder schaffen es die „Nach"rüstungsgegner im DGB zum Herbst ein Gegengewicht zu setzen?

NATO plant Militarisierung der Zivilschiffahrt

Wenn in den westlichen Medien groß aufgemachte Darstellungen über die militärische Überlegenheit des Ostens publiziert werden, so braucht man lediglich auf d e n Punkt der Darstellung zu achten, an dem der Schrei nach „Gegenmaßnahmen" der NATO ertönt.

Dieser Tage — vor allem am 26./27.7. — wurde in den meisten großen Tageszeitungen sehr einheitlich berichtet, daß die sowjetische Handelsmarine im Grunde ein Teil der Roten Kriegsflotte sei ... und daß der Freie Westen dem leider noch gar nichts ent-

Kriegsflotte sei ... und daß der Freie Westen dem leider noch gar nichts ent-

gegenzusetzen habe.

Gemeinsame Grundlage aller Presseberichte ist offenbar ein Text der britischen Nachrichten-Agentur SAD. Dieser wiederum basiert auf einem Papier („Die Herausforderung der sowjetischen Schiffahrt"), das das Produkt einer fruchtbaren Kooperation ist: Beteiligt waren die britische Vereinigung „Aims of Industry", die Kapital-Interessen wahrnimmt (in diesem Fall speziell der im Seeverkehr engagierten Branchen), sowie als Partner das „National Strategy Information Center" der USA, das vermutlich der Army und militärischen „Diensten" mehr als nahesteht. Wie es sich gehört, kommen beide Partner voll zu ihren Recht: Die britischen Kapitalisten fordern als Schlußfolgerung des Papiers konkrete Maßnahmen zur Zurückdrängung und Behinderung der sowjetischen Konkurrenten. Und die Militärs deuten in aller Zurückhaltung ihren Wunsch nach einer konsequenten Vorbereitung der westlichen Zivilschiffahrt auf den „Kriegsfall" an.

Materiallieferant und Kronzeuge des Unternehmens ist ein Herr Lyssenko, ein ehemaliger sowjetischer Kaitän in der Handelsmarine, der 1975 im Westen blieb und in Schweden lebt. Von den Auftraggebern des erwähnten Papiers wurde er jetzt eigens für eine Art Pressekonferenz zum Auftakt ihrer Medienkampagne nach London eingeflogen. Alle wesentlichen Thesen des jetzt publizierten Papiers hat Herr Lyssenko bereits 1976 in einem Buch und seither in mancherlei öffentlichen Äußerungen vorgetragen. Die Frage ist also, warum man sich bei interessierten westlichen Stellen gerade zum jetzigen Zeitpunkt an den Herrn Kapitän und seine Erzählungen erinnert. Das Motiv dürfte darin liegen, daß die NATO vor ein paar Monaten im Falkland-Krieg wertvolle Erfahrungen mit der kriegsmäßigen Nutzung von Zivilschiffen machen konnte — und daß es nunmehr darum geht, diese Erfahrungen im Sinne einer allgemeinen Kriegsvorbereitung zu systematisieren.

Das vorliegende Papier besteht, entsprechend den differenzierten Interessen seiner Auftraggeber, aus zwei Teilen: 1. Klage über die Methoden, mit denen angeblich die sowjetische Handelsmarine den westlichen Konkurrenten das Geschäft versaut und die Weltmeere leerfischt; letzteres sei übrigens die wesentliche Ursache für die EG-internen „Kabeljau-Kriege" gewesen.

Und 2. die untrennbare Verbindung zwischen Kriegs- und Handelsmarine der Sowjetunion. „*Viele Schiffe können innerhalb von vierundzwanzig Stunden in Kriegsschiffe umgewandelt werden und sind darauf eingerichtet, durch nuklearverseuchtes Gebiet zu fahren; die Besatzungen werden auf See darauf gedrillt, Flugzeuge und U-Boote abzuwehren, im Geleitzug zu fahren und militärische Nachrichtenverbindung zu halten*" (FAZ, 26.7.). „*Ein einziger Funkbefehl aus Moskau verwandelt jedes der 7.500 (im tiefsten Frieden ,lediglich' mit KGB-Spionageaufträgen betrauten) Handelsschiffe der auf allen sieben Meeren operierenden ,Morflot' im Handumdrehen in ein aktives Kriegsschiff ... Vom Kümo bis zum Supertanker: Es gibt keinen einzigen sowjetischen Kauffahrer (und auch keinen Hochsee-*

Vom Kümo bis zum Supertanker: Es gibt keinen einzigen sowjetischen Kauf-

Fischdampfer und keine Einheit der größten ozeanographischen Flotte der Erde), der nicht auf den entsprechenden Befehl hin die Kriegsflagge setzen würde. Nie zuvor in der Geschichte ist eine Handelsflotte so perfekt auf den Krieg ,maßgeschneidert' und trainiert worden. Und kaum jemals zuvor hätte sie ein geringeres Gegengewicht gefunden als heute im Westen: Viel zu spät, so rügen Verteidigungsfachleute, sehe man sich diesseits des Eisernen Vorhangs in seinen bunt zusammengewürfelten Handelsmarinen nach ,ernstfallgeeigneten' Troßschiffen um" („Hamb. Abendblatt", 27.7.).

Immerhin: Man „sieht sich noch um". Bekanntlich gelang es der britischen Armee innerhalb von wenigen Tagen eine „ernstfallgeeignete" zivile Unterstützungsflotte für den Falkland-Krieg zusammenzustellen und auf die Reise zu schicken. In den ersten zwei Monaten des Krieges wurden nach offiziellen Angaben mehr als 140 zivile Schiffe beschlagnahmt und einer militärischen Verwendung zugeführt. Darunter Luxus-Dampfer ebenso wie Nordsee-Fähren. Und dies mit einer Geschwindigkeit und Präzision, die absolut undenkbar gewesen wären, wenn man sich bei den zuständigen Stellen nicht schon längst auf diesen Fall vorbereitet hätte.

Es soll im übrigen auch ruhig mal wieder daran erinnert werden, daß beispielsweise nach den BRD-Notstandsgesetzen von 1968 im „Ernstfall" praktisch s ä m t l i c h e Sorten von Fahrzeugen, inclusive privater PKWs, für militärische Zwecke beschlagnahmt werden können.

Die in Gang gesetzte Medien-Kampagne gegen die Rote Flotte deutet eindeutig darauf hin, daß die NATO an einer Intensivierung eigener Kriegsvorbereitungen auch auf dem Gebiet der Zivilschiffahrt arbeitet. Um das propagandistisch abzustützen, wird Material bereitgestellt, auf das demnächst sicher noch häufig zurückgegriffen werden wird. Darüber hinaus deutet sich in der in dieser Form wohl erstmaligen direkten Kooperation von Kapitalinteressen und Militärs eine neue Qualität der Konfrontation gegen die Sowjetunion an. Wenn es in der Presse heißt: „**Wie die ,Rotbannerflotte' ist auch die sowjetische Handelsflotte heute ein globalpolitisches Machtinstrument — und gleichzeitig ein untrennbarer Bestandteil der Kriegsflotte**" („Hamb. Abendblatt", 27.7.), so deutet das westliche Absichten an, das weite Feld der internationalen ökonomischen Beziehungen sehr viel direkter als bisher als Kriegführung mit etwas anderen Mitteln zu behandeln.



Grüne besorgt über die Entwicklung in der Friedensbewegung

Auf seiner Sitzung vom 16./17.Juli 1983 faßte der Bundesvorstand der Grünen Partei folgenden Beschluß:

„*Der Bundesvorstand der GRÜNEN zeigt sich besorgt über Entwicklungen innerhalb der Friedensbewegung, die mit dem richtigen Argument der notwendigen Verbreiterung auf eine falsche gesellschaftspolitische Neutralisierung hinauslaufen.*

Die Friedensbewegung droht an Qualität, Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft zu verlieren, wenn solche Organisationen den Maßstab der Konsensbildung innerhalb der Friedenskoordination bilden, die bis zur Bonner Wende nicht in der Lage waren, sich öffentlich gegen die Stationierung von Erstschlagswaffen (Pershing II) und Cruise Missiles zu wenden, und deren Friedens- und Sicherheitspolitik auf traditionelle Entspannung auf der Grundlage des konventionellen und atomaren Gleichgewichts — möglichst auf niedrigem Niveau — aufbaut. Dies betrifft insbesondere die Organisationen SPD, DGB und DKP.

Die Stärke der in den letzten Jahren neu entstandenen Friedensbewegung ist ihre Unabhängigkeit von systemkonformen und in der Blocklogik begründeten friedenspolitischen Konzeptionen.

Der Bundesvorstand begrüßt die Unterstützung der Friedensbewegung durch SPD und DGB, insbesondere auch ihre aktive Teilnahme an den Herbstaktionen '83 ausdrücklich. Eine Integration und das Aufsaugen der Friedensbewegung durch staatstragende Organisationen muß verhindert werden, um einen langfristigen Fortbestand als blockunabhängige Bewegung zu sichern.

Der Bundesvorstand hält es deshalb für dringend erforderlich, die Friedensorganisationen, -initiativen und -gruppen über die oben gekennzeichnete Gefahr und Entwicklung innerhalb der Friedenskoordination durch ein entsprechendes Positionspapier zu informieren und hierüber eine breite öffentliche Diskussion einzuleiten."

„Moskaus Position aufgeweicht"
Eine Meldung wird erfunden

„Überraschend moderate" (gemäßigte) Formulierungen bemerkten sämtliche bundesdeutschen Medien in der jüngsten Erklärung des Warschauer Paktes. Das deute, so wurden wir in den Kommentaren belehrt, auf ein „Aufweichen der Position Moskaus" hin. In Moskau habe man endlich, nach dem NATO-Gipfel von Williamsburg, begriffen, daß es der Westen mit der Nachrüstung ernst meint und sich keinesfalls durch kommunistische Tricks und Drohungen auseinanderdividieren lassen wird. Jetzt habe der Osten kalte Füsse bekommen und werde sich möglicherweise doch noch kompromißbereit zeigen — aber selbstverständlich erst n a c h Beginn der Raketen-Stationierung. Denn stationiert werden muß erst einmal, damit Moskau auch sieht, daß wir es w i r k l i c h und unwiderruflich ernst meinen.

Der schreiende Widerspruch zwischen den hiesigen Meldungen und Kommentaren einerseits und dem realen Wortlaut der Erklärung der Warschauer-Pakt-Staaten andererseits ist ein treffliches Lehrstück in bundesdeutschem Journalismus.

1. In den Medien wurde hervorgehoben, daß in der WP-Erklärung die Atomwaffen Frankreichs und Großbritanniens nicht ausdrücklich erwähnt seien. Das könne darauf hindeuten, daß die Sowjetunion nicht mehr auf die Berücksichtigung dieser Waffen bei den Genfer Verhandlungen bestehen wolle.

Formuliert ist in der WP-Erklärung die Bereitschaft und Absicht, „*zumindest eine Vereinbarung zu erzielen, die die Stationierung neuer amerikanischer Nuklearraketen in westeuropäischen Ländern ausschließen und entsprechende Reduzierungen der in Europa vorhandenen Mittelstrecken-Waffen vorsehen würde, um das Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau zu gewährleisten*". Hierbei die britischen und französischen Atomwaffen zu erwähnen, war schlicht überflüssig, da die Sowjetunion in Genf nicht deren Entfernung oder Reduzierung, sondern nur ihre Einbeziehung in die Aufrechnung westlicher gegen östliche Raketen verlangt. Das ist nach üblichem sowjetischen Verständnis mit dem Begriff „G l e i c h g e w i c h t" bereits hinreichend ausgesagt. Alle gewagteren Interpretationsversuche hätten eigentlich an einem weiteren Satz der Erklärung scheitern müssen: „*Auf dem Treffen wurde die volle Unterstützung für die sowjetischen Vorschläge zur gerechten Reduzierung der gegenwärtig vorhandenen Kernwaffen mittlerer Reichweite zum Ausdruck gebracht*". Die sowjetischen Vorschläge gehen a l l e von der Einbeziehung der britischen und französischen Atomwaffen aus.

2. Die Aussage in der WP-Erklärung — in der eben zitierten Stelle sowie in einem weiteren Satz — über eine Reduzierung der vorhandenen Atomwaffen-Mittelstreckentenraketen in Europa wurde in den hiesigen Medien als eine tendenziell n e u e östliche Position dargestellt, die möglicherweise ein Herankommen an einen Kompromiß andeute. Richtig ist hingegen, daß seit langem sowjetische Vorschläge auf dem Verhandlungstisch liegen, die eine Verringerung der SS 20 — nämlich auf das Niveau der vorhandenen britischen und französischen Atomraketen — vorsehen.

3. Als besonders bedeutungsvoll wurde es in den hiesigen Medien dargestellt, daß die jüngste Erklärung des Warschauer Paktes angeblich auf die Androhung von „Gegenmaßnahmen" im Falle einer Durchführung der NATO-„Nachrüstung" verzichtet habe. Das lasse darauf schließen, daß Moskaus harte Linie — u.a. vermutlich Stationierung von Atomraketen in europäischen WP-Ländern — im Pakt nicht akzeptiert worden sei. Das könne zu einem Wandel der sowjetischen Position bei den Genfer Verhandlungen führen.

Allerdings ist es noch nicht einmal 100%ig klar, daß die Sowjetunion überhaupt die Stationierung von Atomraketen in anderen Staaten angedroht hat. Alle bisherigen Formulierungen zu diesem Punkt sind bewußt zweideutig und offen gehalten. Und vorausgesetzt, „Gegenmaßnahmen" dieser Art seien wirklich beabsichtigt, so wäre es eigentlich nicht verblüffend, dies nicht gerade in einer allgemeinen Erklärung des Warschauer Paktes wiederzufinden. Andernfalls würde sich WP-Mitglied Rumänien mit Sicherheit querlegen, das aber als mögliches Stationierungsland für Atomraketen ohnehin keinesfalls vorgesehen ist. Falls die Sowjetunion tatsächlich Atomraketen in einigen verbündeten Ländern stationieren will, so wird das höchstwahrscheinlich über bilaterale (zweiseitige) Verhandlungen und Abmachungen mit den einzelnen in Frage kommenden Staaten laufen, und nicht über die offiziellen Gremien des Warschauer Pakts.

Hinzu kommt noch, daß sämtliche Kommentatoren eine wichtige Aussage der WP-Erklärung einfach übersehen oder bewußt unterschlagen haben. Es heißt da: „*Ausgehend von den Interessen des Friedens und ihrer Sicherheit erklären die Teilnehmerstaaten des Treffens, daß sie unter keinen Umständen zulassen werden, militärische Überlegenheit über sie zu erlangen. Sie treten entschieden für die Gewährleistung des Gleichgewichts auf möglichst niedrigem Niveau ein. In diesem Zusammenhang verweisen sie auf die erklärte Position der höchsten Organe ihrer Staaten zu dieser Frage...*".

Das ist für jeden Beobachter der sowjetischen Argumentation zweifelsfrei als Hinweis auf beabsichtigte „Gegenmaßnahmen" im Falle der Raketen-Stationierung im Westen zu erkennen. Denn gerade von dieser hat die Sowjetunion immer wieder gesagt, daß sie eine erhebliche „Störung des Gleichgewichtes" bedeuten würde und daß damit von der NATO eine militärische Überlegenheit angestrebt werde.

Die Sachverhalte sind also eindeutig: Für ein „Aufweichen der sowjetischen Position" gibt es absolut keine Anzeichen, weder in der jüngsten WP-Erklärung noch sonst irgendwo. Interessant ist nur die Frage, wozu es dient, wenn in sämtlichen Medien so gleichgeschaltet und scheinbar blind über Veränderungen der sowjetischen Politik spekuliert wird. Unter den Gründen findet man beispielsweise die Kalkulation, gelegentlich in der Bevölkerung die Hoffnung auf ein sowjetisches Nachgeben zu wecken, um die scheinbare Richtigkeit der NATO-Linie zu demonstrieren: Dem Osten muß man erst einmal kräftig drohen, dann gibt er am Ende schon klein bei. Im Zeichen dieser sachlich nicht begründeten Erwartung soll demnächst auch der Stationierungsbeginn propagandistisch „verkauft" werden. Ein weiterer Punkt: Indem man über sowjetische Konzessionen spekuliert, nährt man auf jeden Fall den Irrtum, die Sowjetunion habe in Genf noch Verhandlungsspielraum und es liege letzten Endes vor allem an ihr, ob eine Einigung zustande kommt. Wenn die Spekulationen sich, wie überhaupt nicht anders zu erwarten, zerschlagen, so kann man der Sowjetunion immer noch die Schuld zuschieben. Und ein drittes Motiv für die westliche Desinformationskampagne: Die (bisher nur angedeuteten) sowjetischen Drohungen mit „Gegenmaßnahmen" im Falle der Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missile steigern grade in der BRD die Beunruhigung und damit letzten Endes auch den politisch-psychologischen Druck auf die NATO-Politiker. Es empfiehlt sich also, jedenfalls in der heißen Phase des Stationierungsbeginns, die sowjetischen Drohungen lieber herunterzuspielen, nach dem Motto: „Hunde, die bellen, beißen nicht".

Es gibt für diese Interpretation der sowjetischen Politik keinerlei Anhaltspunkte. Daß die Sowjetunion auf die NATO-„Nachrüstung" mit verstärkter eigener Aufrüstung und insbesondere mit einigen gezielten qualitativen Maßnahmen im Bereich ihrer Atomraketen reagieren wird, ist sicher. Die Alternative wäre eine Selbstabdankung ihres Herrschaftssystems. Es gibt in der westlichen Friedensbewegung breite Kräfte, die von der Sowjetunion genau dies und nichts weniger verlangen. Sie nehmen es der Sowjetunion übel, daß sie sich von der NATO nicht einfach atomar erpreßbar machen lassen will und daß sie sich auch nicht vertrauensvoll auf den ebenso phantasievollen wie militärisch absolut wirkungslosen Widerstand der Friedensbewegung verläßt. Die Sowjetunion wäre als Staat längst nicht mehr existent, wenn sie sich an irgendeinem Punkt ihrer Geschichte anders verhalten hätte.

(Text der WP-Erklärung nach „Frankfurter Rundschau", 30.6.83.)

der WP-Erklärung einfach übersehen oder bewußt unterschlagen haben. Es heißt da: „*Ausgehend von den Interessen des Friedens und ihrer Sicherheit erklären die Teilnehmerstaaten des Treffens, daß sie unter keinen Umständen zulassen werden, militärische Überlegenheit über sie zu erlangen. Sie treten entschieden für die Gewährleistung des Gleichgewichts auf möglichst niedrigem Niveau ein. In diesem Zusammenhang verweisen sie auf die erklärte Position der höchsten Organe ihrer Staaten zu dieser Frage...*".

Das ist für jeden Beobachter der sowjetischen Argumentation zweifelsfrei als Hinweis auf beabsichtigte „Gegenmaßnahmen" im Falle der Raketen-Stationierung im Westen zu erkennen. Denn gerade von dieser hat die Sowjetunion immer wieder gesagt, daß sie eine erhebliche „Störung des Gleichge-

nahmen im Bereich ihrer Atomraketen reagieren wird, ist sicher. Die Alternative wäre eine Selbstabdankung ihres Herrschaftssystems. Es gibt in der westlichen Friedensbewegung breite Kräfte, die von der Sowjetunion genau dies und nichts weniger verlangen. Sie nehmen es der Sowjetunion übel, daß sie sich von der NATO nicht einfach atomar erpreßbar machen lassen will und daß sie sich auch nicht vertrauensvoll auf den ebenso phantasievollen wie militärisch absolut wirkungslosen Widerstand der Friedensbewegung verläßt. Die Sowjetunion wäre als Staat längst nicht mehr existent, wenn sie sich an irgendeinem Punkt ihrer Geschichte anders verhalten hätte.

(Text der WP-Erklärung nach „Frankfurter Rundschau", 30.6.83.)

„Die Amerikaner regieren hier" — Stationierungsort in den Niederlanden bestimmt

Woensdrecht, im äußersten Südwesten der Niederlande gelegen, ist zum Stationierungsort der 48 Cruise Missiles bestimmt worden, die die Niederlande im Rahmen der NATO-„Nach"rüstung übernehmen sollen.

Die Bestimmung dieses Ortes, betonte die Regierung, sei ein rein „technischer Beschluß", notwendig, um die Vorbereitungen für die eventuelle Stationierung 1986 abzurunden. Mit dem Bau der Raketenbasis solle vor dem Juni 1984 nicht begonnen werden.

Die christdemokratische Regierungspartei (CDA) gab sich mit der Qualifizierung der Entscheidung als einen „technischen Schritt" zufrieden. Die mitregierenden Rechtsliberalen (VVD) und die oppositionellen Sozialdemokraten (PvdA) hingegen sahen in dem Beschluß ein an die Adresse der NATO-Partner gerichtetes Zeichen dafür, daß die Niederlande bereit sind, zur Stationierung überzugehen. Die VVD zeigte sich hochbefriedigt; der Sprecher der Sozialdemokraten hingegen forderte die Regierung auf, die Bestimmung der Flugbasis Woensdrecht — „*ein wesentlicher Schritt, um die Stationierung der Cruise Missiles in den Niederlanden zu ermöglichen*" — als Stationierungsort zurückzuziehen. Die Fraktionsvorsitzende der Radikal-politischen Partei (PPR) sprach die Befürchtung aus, daß die Niederlande vor vollendete Tatsachen gestellt werden sollen: „die Amerikaner regieren hier". Und der Sprecher der Liberalen (D '66) warf der Regierung vor, „*brav der NATO zu folgen*". — Die per Resolution in die Parlamentsdebatte vom Fraktionsvorsitzenden der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP), Fred van der Spek, eingebrachte Aufforderung an die Regierung, sich an keiner weiteren Vorbereitung der Stationierung zu beteiligen, fand keine Mehrheit.

Als „*schlechtestes Ergebnis, das man hätte vermuten können*", bezeichnete der Sekretär des Interkirchlichen Friedensrates, Mient Jan Faber, den Regierungsbeschluß. Der Vorsitzende von Pax Christi, der Bischof Ernst von Breda, nannte die Bestimmung von Woensdrecht, das in seiner Diözese liegt, „*genauso bedenklich..., als ob irgendwo anders im Land ein Platz gewählt worden wäre*". Der Gemeinderat von Woensdrecht, zu dessen Mitgliedern Militärs gehören, die auf der Flug-

hier". Und der Sprecher der Liberalen (D '66) warf der Regierung vor, „*brav der NATO zu folgen*". — Die per Resolution in die Parlamentsdebatte vom Fraktionsvorsitzenden der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP), Fred van der Spek, eingebrachte Aufforderung an die Regierung, sich an keiner weiteren Vorbereitung der Stationierung zu beteiligen, fand keine Mehrheit.

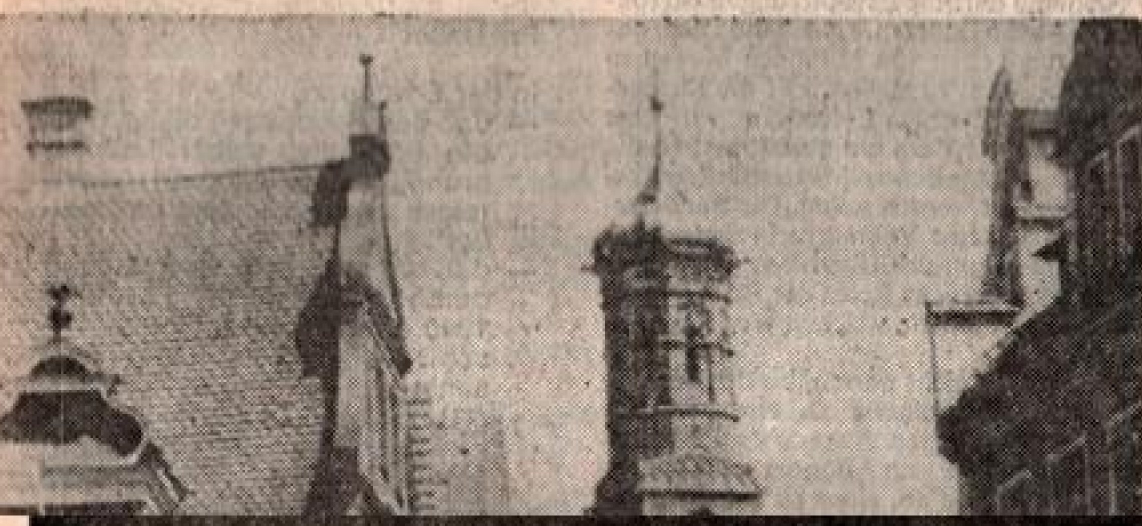
Als „*schlechtestes Ergebnis, das man hätte vermuten können*", bezeichnete der Sekretär des Interkirchlichen Friedensrates, Mient Jan Faber, den Regierungsbeschluß. Der Vorsitzende von Pax Christi, der Bischof Ernst von Breda, nannte die Bestimmung von Woensdrecht, das in seiner Diözese liegt, „*genauso bedenklich..., als ob irgendwo anders im Land ein Platz gewählt worden wäre*". Der Gemeinderat von Woensdrecht, zu dessen Mitgliedern Militärs gehören, die auf der Flug-
basis Woensdrecht arbeiten, nahm mit acht gegen vier Stimmen eine Resolution an, in der die Stationierung von Cruise Missiles „*in den Niederlanden und also auch in Woensdrecht*" verurteilt wird. Protest kam auch vom Bürgermeister der (belgischen) Nachbargemeinde Antwerpen, da er von der niederländischen Regierung nicht in die Beratung miteinbezogen worden und der strategischen Position des Antwerpener Hafens nicht Rechnung getragen worden war.

Völlig einverstanden mit dem Regierungsbeschluß sind schließlich, neben den niederländischen Rechtsliberalen, nur die US-Militärs: Einer ihrer Sprecher nannte den Beschluß „*einen Schritt voran*".

(Nach „Vrij Nederland", 9.7.83, und „Bevrijding", Zeitung der PSP, Nr.13/14, 27.7.83)

Niederlande-Kommission

Unsere undogmatische Ecke



Unsere undogmatische Ecke



Seit Jahrhunderten beharrlich exorziert: Waffen und Krieg. Aber dennoch auch im 20. Jahrhundert Realität. Deutet das vielleicht darauf hin, daß mit steriler Abstinenz-Haltung und mit dem abgestandenen Gut-Böse-Schema der leninistischen Kaderparteien den Wirklichkeiten unseres Lebens nicht beizukommen ist? Liegt in der Lust am Zerstörerischen denn nicht auch eine Kritik an den fragwürdigen Errungenschaften des Industriesystems und der Konsumgesellschaft? — Aufregende Fragestellungen, denen sich eine alternative und undogmatische Politik keinesfalls verschließen sollte. Foto: taz

So'ne Katastrophen und solche...

„Wir müssen ganz klar trennen zwischen Individualmedizin, Notfallmedizin, Katastrophenmedizin und Kriegsmedizin — das eine hat mit den anderen nichts zu tun."
Generaloberstabsarzt Dr. Linde auf dem 5. Nationalen Kongreß für Krankenpflege.

„Natürlich ist Katastrophenmedizin auch Kriegsmedizin. Der Verteidigungsfall nämlich ist die denkbar größte Katastrophe" (sic!) —
Dr. Zellich vom Bundesministerium für Familie, Jugend, Gesundheit; 45 Minuten später ...

Vor dem heißen Herbst ein heißer Sommer auch bei den Krankenpflegekräften. Der 5. Nationale Kongreß für Krankenpflege — vom 22. bis 24. Juni in Frankfurt abgehalten — stand ganz im Zeichen der Katastrophenmedizin. Zwei Tage von den vieren hatten überwiegend Referenten der Bundeswehr oder verwandte Geister (z.B. Prof. Ungeheuer — so heißt der wirklich — oder Prof. Koslowski) Gelegenheit, vor den Gefahren „perfektionistischer Maximalmedizin" für den „Massenanfall" zu warnen, auf die Notwendigkeit einer „gewissen ärztlichen Autorität" bei — schon wieder — „Massenanfall" hinzuweisen oder zu erkennen, es sei das Schlimmste bei einer Katastrophe daß, kaum sei sie da, schon alles zu spät sei: „Wer dann nicht in Katastrophenmedizin ausgebildet ist, kann nicht fachgerecht handeln."

Was dieses „fachgerechte Handeln" ausmacht, blieb in den Referaten — getreu dem Motto: erst die ideologischen Fronten klären — weitgehend ausgespart. Wichtiger erschien es dem Tübinger Professor Koslowski, die Ursachen für die Ablehnung der Katastrophenmedizin zu erforschen („In einem Staat, in dem viele sagen: lieber rot als tot ..."). Er konstatiert, daß man durch fehlenden Katastrophenschutz keinen Krieg verhindern könne, und erkannte: „Wer Katastrophenschutz ablehnt, muß konsequenterweise auch die Bundeswehr ablehnen" (Was zu hoffen ist ...). Dann kam es aber, zehn Minuten vor Referatende, doch: das „fachgerechte Handeln". „***Die Faustregel für eine Katastrophe ist: 1/5 Tote (die nicht behandelt werden brauchen); 2/5 Schwerverletzte; von diesen ist die Hälfte rettbar, die andere nicht mehr rettbar. 2/5 der Verletzten sind nur leichtverletzt***". Was tut der Arzt: Er schreitet zur Triage (Koslowski: „***Triage ist ja nichts Unanständiges, das macht jeder Arzt morgens in seiner Sprechstunde ...***"); die Leichtverletzten brauchen keine Behandlung, die ‚rettbaren' Schwerverletzten werden sofort versorgt, und für die ‚unrettbaren Fälle' gibts zur Linderung der Leiden vielleicht noch ein paar Morphiumspritzen. Eine schwere Aufgabe also, Katastrophenmediziner zu sein, „deshalb sollte die Triage durch einen erfahrenen älteren Arzt vorgenommen werden" (Koslowski). Dann

Fortsetzung nächste Seite

Die Antimil-Kommission der KB-Gruppe Göttingen hat eine Broschüre veröffentlicht, die sich v.a. mit dem militärischen Aspekt der NATO-Kriegspläne auseinandersetzt. Neben einem Artikel zum „Leitlinien-Dokument", dem geheimen Pentagon-Programm zur Kriegsvorbereitung, finden sich hier wichtige AK-Artikel u.a. zu folgenden Themen:
— Zur Entwicklung des imperialistischen Krieges
— Das ‚Langzeitprogramm' der NATO
— Zur Blitzkriegsstrategie der NATO
— Zur Militarisierung des Weltraums.
Die Broschüre hat 32 Seiten und kostet 2,-DM. Bestellungen erbeten an: Antimil-Kommission/KB, c/o Buchladen Rote Straße 10, 3400 Göttingen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

zum Schluß ein Trost von Goethe: „Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten ...". Das kann Herr Koslowski sogar auswendig. Im Gegensatz übrigens zu seinen ärztlichen Lehrbüchern — Koslowski erläuterte nämlich in seinem Referat (mit obligat traurigem Tonfall), daß zum Beispiel Verletzte mit 50% verbrannter Körperoberfläche eindeutig „unrettbar" seien. Eine Verbrennungsstatistik der Autoren Feller und Crane aus dem Jahr 1970 weiß da anderes. Nach ihr haben 5 — 35jährige Patienten mit verbrannter Körperoberfläche von 50 bis 60% immerhin noch eine Überlebenschance von mehr als 70%! Vorausgesetzt natürlich, sie werden nicht im Rahmen einer Triage („Das ist ja nichts Unanständiges ...") ausgesondert. Zudem gibt der behauptete „Massenanfall" den eingesetzten Ärzten etwa zwei Minuten Zeit zur Diagnose der Schwere einer Verletzung. Verbrennungen sind aber erst nach mehrtägiger Beobachtung im Krankenhaus wirklich in ihrem Ausmaß einstufbar, üblicherweise — darüber sind sich die Lehrbuchautoren einig — wird das Ausmaß einer Verbrennung anfangs zu hoch eingestuft.

Eine Auseinandersetzung über derartige Fragwürdigkeiten konnte auf dem Krankenpflegekongreß aber nicht geführt werden. Angesichts der ohnehin nur knapp zweihundert erschienenen Zuhörer (auf einer Gegenveranstaltung verschiedener Gruppen, u.a. Ärzteinitiative gegen den Atomkrieg, waren etwas über 200 Zuhörer erschienen) und einer ausreichenden Anzahl von Kritikern wurde die auf eine Stunde geplante Diskussionszeit um 2/3 gekürzt. „Und bitte: nicht länger als drei Minuten reden, außerdem: das Thema heißt Katastrophenmedizin im Frieden!" So rasch kann sich ein Thema ändern. So rasch lassen sich auch Begriffe verklären. Kaum hatte nämlich ein Vertreter der Ärzte-Initiative gegen den Atomkrieg begonnen, seinen Protest vorzutragen („Ich bin ein Katatrophenmedizin-Verweigerer"), tönte vom Podium auch schon: „Sie wollen also keinem Menschen in Not helfen" (Prof. Ungeheuer). Die Replik, daß dafür in Friedenszeiten die praktizierte Notfallmedizin auch ausreiche und noch bei keiner immer wieder so gern zitierten Überschwemmung oder Massenkarambolage nach den Auswahlprinzipien der Triage verfahren worden sei, wurde rasch unterbrochen: „Wenn sie nicht bereit sind, Menschen in Not zu helfen, gehört Ihnen und den anderen Vertretern ihrer Initiative eigentlich die Approbation entzogen" (Ungeheuer).

Eine Idee, die im Verlauf der Diskussion vom Podium herab, aber auch von einem Internisten aus dem Zuschauerraum, einige Male zu hören war. Berufsverbote wären das Neueste nicht in diesem Land. Beobachtet mensch überdies, wie vehement die Vertreter ärztlicher Standesorganisationen, die sonst auf jeden Versuch des Staates, den Ärzten irgendeine Pflicht

von einem Internisten aus dem Zuschauerraum, einige Male zu hören war. Berufsverbote wären das Neueste nicht in diesem Land. Beobachtet mensch überdies, wie vehement die Vertreter ärztlicher Standesorganisationen, die sonst auf jeden Versuch des Staates, den Ärzten irgendeine Pflicht

aufzuerlegen, wie von der Tarantel gestochen reagieren, die Einführung von Zwangs-Fortbildungsmaßnahmen für Ärzte in Katastrophenmedizin fordern, kann das kaum als zufällige Verknüpfung erscheinen. Wie allergisch die führenden Katastrophenmediziner auf jede Kritik an ihren Konzepten reagieren, wurden dann noch einmal deutlich, als eine Referentin der Tagung, eine sicherlich jeglicher „Hetzerei" unverdächtige ältere Frau, ihre Kritik an der Einseitigkeit der Veranstaltung kundtat: „Sie sind wohl auch eine von diesen Schmierern. Davon haben jetzt wirklich genug geredet. Kann nicht mal jemand von den normalen, interessierten Zuhörern was sagen?" (Ungeheuer) — Immerhin, das darf nicht verschwiegen werden, eine einzige Wortmeldung kam auf diesen Appell hin zustande, und so gab es einen positiven Abschlußbericht aus dem Publikum. Dann wurde die Rednerliste rasch abgebrochen: Das Mittagessen wartete, und für die zahlreich erschienenen Bw-Stabsärzte brach das Wochenende an.

Ein Frankfurter Genosse

Berichtigung

Nicht am 3., sondern am 4. Mai berichtete die „Frankfurter Allgemeine", daß ein bundesdeutsches U-Boot vor der schwedischen Küste entdeckt und zum Abdrehen veranlaßt worden sei (siehe AK 235, S.14).
Dankeschön, lieber aufmerksamer Leser K. aus M.!

Volksbefragung in Bremen

SPD vor der Nagelprobe

Am 25. September sind in Bremen Bürgerschaftswahlen. Die BIFA (Bremerhavener Initiative für Frieden und Abrüstung), die Bremer Initiative Volksbefragung gegen „Nachrüstung" und mit ihnen viele weitere Friedensinitiativen haben den Senat aufgefordert, zugleich mit den Wahlen eine Volksbefragung zur „Nachrüstung" und zu den Munitionstransporten durchzuführen, was gemäß der Bremer Landesverfassung per einfacher Gesetzgebung möglich wäre. Dem Verhalten der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion in der Bürgerschaft kommt dabei Bedeutung über Bremens Grenzen hinaus zu, denn die Bremer SPD stellt sich unmittelbarer als andere Landesverbände als Teil der Friedensbewegung dar.

Unterschriften ersetzen Volksbefragung

Rechtzeitig vor den Bürgerschaftswahlen kramte die SPD eine Unterschriftensammlung hervor, die sie bereits vor den März-Wahlen benutzt, dann jedoch eingemottet hatte, und die nun erneut als wahltaktisches Manöver ihren Zweck erfüllen soll. Neben allgemeinen Forderungen nach Abrüstung in Ost und West und nach Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa sollen die Unterzeichner „diese Position der SPD des Landes Bremen" unterstützen: „*Wir lehnen die Stationierung neuer eurostrategischer Raketen und Marschflugkörper in unserer Bundesrepublik ab, nachdem wir erkennen müssen, daß die Großmächte sich bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen nicht einigen können*". Zweck dieser Aktion ist offensichtlich, sie gegen eine Volksbefragung auszuspielen: „**Nach Kunicks Einschätzung bedarf es keiner Volksbefragung zur Raketenstationierung. Eine einfache Meinungsbefragung wie zum Beispiel die Unterschriftenaktion reiche völlig aus ...**" („Weser-Kurier", 24.6.83).

Frühzeitig wird damit von oben versucht, anderen Positionen innerhalb der Bremer SPD die Spitze zu nehmen. Einige Wochen vor Kunicks Vorpreschen hatte der Unterbezirk Bremen-Ost neun Thesen zum Widerstand verabschiedet, in denen es u.a. heißt: „*Die nukleare Aufrüstung betrifft die Existenz aller. Aus dem Recht ihrer Betroffenheit haben die Betroffenen darum das Recht, in Massenbewegungen und plebiszitären Formen der Willensäußerung die Regierungen zur Rückkehr zu politischen Lösungen zu zwingen, die den Nuklearkrieg verhindern. Die Sozialdemokraten bekennen sich zu diesen Willensäußerungen und werden sich an ihnen beteiligen.*"

Die Jusos, die in der Bremer Volksbefragungs-Initiative mitarbeiten, haben den Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion direkt aufgefordert, einen Gesetzentwurf einzubringen, der eine Volksbefragung am 25.9. möglich macht.

Massenmobilisierung für Volksbefragung

Am 23. August ist die Bürgerschaftssitzung, in der ein entsprechender Gesetzentwurf behandelt werden müßte. Nun hat auch die Bremer SPD schon häufiger bewiesen, daß Parteitagsbeschlüsse und parlamentarische Umsetzung nichts miteinander zu tun haben müssen. Deshalb hat die BAL (Betrieblich-Alternative Liste) frühzeitig vorgeschlagen, die Kampagne für die Volksbefragung in eine Demonstration am 19.8. und Aktionen am 23.8. münden zu lassen, um der SPD durch massenhaften Druck möglichst wenig Spielraum für Manöver zu lassen, und um allen Gewerkschaftern und friedensbewegten Sozialdemokraten die Möglichkeit zu geben, ihren Parteiführern noch mal „Weisung zu erteilen".

Die Zeichen für eine Massenkampagne stehen gut, denn neben den genannten Gruppen unterstützen auch die Deutsche Friedens-Union, die Grünen, die DFG/VK und verschiedene Stadtteilinitiativen die Initiative für eine Volksbefragung; nach dem Sommerloch ist mit weiteren Unterstützern zu rechnen.

Ablehnung durch die SPD — Und dann?

Die Antwort darauf ist innerhalb der Bremer Initiative noch höchst umstritten. Ein Teil, zu dem der KB gehört, schließt sich dem Vorschlag der BIFA an, bei Ablehnung eines Gesetzent-

Und dann?

Die Antwort darauf ist innerhalb der Bremer Initiative noch höchst umstritten. Ein Teil, zu dem der KB gehört, schließt sich dem Vorschlag der BIFA an, bei Ablehnung eines Gesetzent-

wurfs am 23.8. alle Kräfte auf die Durchführung einer autonomen Volksbefragung vor den Wahllokalen am 25.9. zu konzentrieren, der andere Teil, zu dessen Fürsprecher sich die Grünen machen, orientiert gegebenenfalls auf die Durchführung eines Volksbegehrens zur Einleitung eines Volksentscheids. U.E. ist die Betreibung eines Volksentscheids nach dem 23.8. schon aus formalrechtlichen Gründen ein Weg in die Sackgasse: Die im Gesetz über das Volksentscheid-Verfahren für die einzelnen Schritte verankerten Fristen erlauben es der SPD bei deren Ausnutzung, erstens das Volksbegehren (100.000 Unterschriften notwendig) weit hinter die Bürgerschaftswahl zu verlegen und zweitens den Volksentscheid selbst sogar erst Anfang nächsten Jahres durchzuführen.

Weniger mangelhafte rechtliche Beratung als vielmehr unzulängliches Verständnis für die politische Brisanz einer autonomen Volksbefragung scheinen Hintergrund solcher Vorschläge zu sein, denen die DKP bisher nur die vollendete Perspektivlosigkeit entgegenhielt, alle folgenden Schritte erst nach dem 23.8. zu diskutieren. Zu verankern und in der Bremer Friedensbewegung durchzusetzen, daß mit dem In-die-Hand-nehmen des gesamten Abstimmungsprozesses vom Einsetzen eines offiziösen Kontrollgremiums (Rechtsanwälte, Pastoren usw.) bis hin zum Aufstellen der Urnen und der Durchführung der Befragung ein direkter Angriff auf die bürgerlich-parlamentarische Form der Herrschaft verknüpft ist, der den Anspruch auf wirkliche Entscheidungen durch das Volk, die betroffenen Massen, ausdrückt, das dürfte bei soviel politischer Abwiegelei wohl schwer werden.

fo./Bremen

GIM unterstützt Forderung nach Volksbefragung

GIM unterstützt Forderung nach Volksbefragung

Beim ersten Hinsehen mochte sich die trotzkistische GIM (Gruppe internationaler Marxisten) mit der Forderung nach einem Volksentscheid/ einer Volksbefragung gegen die „Nachrüstung" nicht anfreunden. Wichtiger sei die Einbeziehung der Gewerkschaften, insbesondere die Vorbereitung von Streikaktionen, wurde im GIM-Zentralorgan „was tun" mitgeteilt. Beim zweiten Nachdenken hat sich die GIM korrigiert. Wahrscheinlich ist ihr aufgefallen, daß zwischen der Einbeziehung der Gewerkschaften und einer Volksbefragungskampagne gar kein so schroffer Gegensatz besteht. Jedenfalls heißt es nun in einer Erklärung der GIM-Leitung: „*Die Friedensbewegung ... fordert eine konsultative Volksbefragung. Wird sie durchgeführt, wird vor aller Augen klar werden, daß die Regierung in Wirklichkeit in der Minderheit ist. Deshalb begrüssen wir, daß die Grünen im Bundestag einen Antrag auf Durchführung einer Volksbefragung einbringen wollen und fordern die SPD auf, diesen zu unterstützen bzw. SPD und Grüne auf, einen gemeinsamen Entwurf zu präsentieren. Die Propaganda für eine solche Initiative könnte Teil der Herbstkampagne der Friedensbewegung sein. Abzulehnen ist allerdings eine sektiererische oder illusionistische Vorgehensweise einzelner Gruppierungen, heute bereits Unterschriften für einen ‚Volksentscheid' zu sammeln bzw. zu planen, einen solchen ‚autonom' durchzuführen*". („was tun", 7.7.83).

Aufruf

Hessisches Volksbegehren für den Frieden

Die Menschen in Europa fühlen sich bedroht. Die Angst vor einem neuen Krig geht um. Eigentlich müßte die Erfahrung zweier Weltkriege ausreichen, um eine solche Katastrophe für alle Zeiten auszuschließen.

Doch in nur wenigen Jahren hat sich die politische Situation dramatisch destabilisiert. Wir befinden uns mitten in einem fieberhaften Wettrüsten, das alle Bereiche der Kriegstechnik umfaßt. Nicht nur Milliarden, sogar Billionen werden für sinnlose Zwecke der Zerstörung eingesetzt, während Menschen in der Dritten Welt den Hungertod sterben, oder bei uns Arbeitslose auf ein soziales Abstellgleis geschoben werden. Militär tötet auch im Frieden: Flugzeugabstürze wie erst kürzlich in Frankfurt und Biberach, Unfälle bei Raketentransporten, Tote bei Manövern.

Von Entspannung ist nicht mehr die Rede, von Völkerfreundschaft und internationaler Solidarität schon gar nicht. Die Regierung der USA hat die Sowjetunion in offiziellen Verlautbarungen als „Ausgeburt des Bösen" bezeichnet. Schlimmer noch: Sie spricht von Führbarkeit, Begrenzbarkeit und Gewinnbarkeit eines Atomkrieges in Europa.

Im Zuge einer neuen Spirale des Wettrüstens werden neue Atomwaffen in Ost und West stationiert. Dabei soll die Aufstellung von Pershing II und Cruise Missiles dem Westen die nukleare Überlegenheit und Erstschlagskapazität bringen.

Sie nennen es „Nachrüstung". In Wirklichkeit wollen die USA der Sowjetunion von Europa aus mit der Vernichtung drohen, ohne das eigene Territorium der Gefahr eines Gegenschlages auszusetzen. Was Kennedy in der Kuba-Krise mit aller Macht verhinderte — die Stationierung gegnerischer Raketen vor den eigenen Grenzen —, das ist genau das, was Reagan in Europa heute haben will.

Darum ist es zu Recht, daß die Menschen Angst spüren, wenn sie die Worte und Taten der Regierenden zur Kenntnis nehmen. Wir alle wissen: Der nächste Krieg in Europa wird der letzte sein. Die Geschichte lehrt uns, daß es viel schwieriger ist, einen Krieg zu verhindern als ihn zu führen. Deshalb ist jede Bürgerin und jeder Bürger aufgerufen, die verhängnisvolle Entwicklung, die bereits im Gang ist, zu stoppen.

Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden.

Niemand darf die Bevölkerung in ein tödliches Risiko stürzen. Niemand hat das Recht, das Leben von Millionen Menschen zur Disposition zu stellen. Für die Bundesrepublik Deutschland fordern wir eine Volksbefragung darüber, ob die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen stationiert werden sollen. Die Bundesregierung hat keine Vollmacht in dieser Frage! Wenn es um das Überleben geht, ist es das unveräußerliche Recht der Betroffenen, selbst zu bestimmen, welchen Weg sie gehen wollen.

Wir werden nicht warten, bis der Bundestag seine Zustimmung zu einer solchen Volksbefragung gibt. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bonner Parlament hängt viel davon ab, einen so massiven außerparlamentarischen Druck zu entfachen,

selbst zu bestimmen, welchen Weg sie gehen wollen.

Wir werden nicht warten, bis der Bundestag seine Zustimmung zu einer solchen Volksbefragung gibt. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bonner Parlament hängt viel davon ab, einen so massiven außerparlamentarischen Druck zu entfachen,

daß sich die Abgeordneten dem nicht entziehen können. Dies kann nur erreicht werden, wenn sich möglichst viele Menschen an den Aktionen der Friedensbewegung in den kommenden Monaten beteiligen.

- Am Jahrestag von Hiroshima am 6. August wird bei uns und weltweit ein Zeichen des Kampfes gegen den Atomtod gesetzt werden.
- Am 1. September, dem internationalen Anti-Kriegs-Tag, werden gewerkschaftliche Aktionen und Veranstaltungen, vor allem aber Friedensdiskusionen am Arbeitsplatz stattfinden.
- Jedes halbe Jahr wird gedankenlos der Ernstfall geprobt, ohne das die Bevölkerung wirklich darüber aufgeklärt wird, was das bedeutet. Beim nächsten Probealarm Ende September werden wir dafür demonstrieren, daß der Ernstfall nie eintritt.
- Ein Höhepunkt des Widerstandes gegen die Raketen-Stationierung wird die bundesweite AKTIONSWOCHE vom 15. bis 22. Oktober sein. Sie schließt ab mit drei VOLKSVERSAMMLUNGEN am 22.10. in Bonn, Hamburg und Stuttgart/Ulm.
- Die kirchlichen Friedenswochen im November werden den großen Anteil christlicher Kräfte an dem Kampf gegen die Raketen dokumentieren.

Wir werden den Raketen-Politikern nachhaltig deutlich machen, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ablehnt. In Hessen gilt nach wie vor, was 1946 durch Volksentscheid als Verfassung dieses Bundeslandes beschlossen worden ist:

„(1) Hessen bekennt sich zu Frieden und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet.
(2) Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig."
Artikel 69 der Hessischen Verfassung

Diesem Verfassungsartikel fühlen wir uns verpflichtet, weil wir nicht vergessen haben, aufgrund welcher schrecklichen Erfahrungen dieser Grundsatz unmißverständlich und unzweideutig beschlossen wurde.

In Übereinstimmung mit dem Artikel 69 wollen wir erreichen, daß Hessen in dieser Situation höchster Spannung ein klares Zeichen setzt.

Wir rufen zu einem hessischen Volksbegehren für den Frieden auf. Die Ablehnung der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen soll Inhalt eines Gesetzes sein, daß durch Volksbegehren und Volksentscheid gemäß Artikel 116/117 der hessischen Verfassung in Kraft treten soll.

Wir werden so rasch wie möglich einen entsprechenden Gesetzentwurf erarbeiten und bei der Landesregierung den Antrag auf ein Volksbegehren stellen. Alle friedliebenden Menschen, Gruppen, Verbände und Organisationen rufen wir auf, sich über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg für den Frieden zusammenzuschließen und dieser Initiative zu einem raschen Erfolg zu verhelfen. Das hessische Volksbegehren für den Frieden ist Teil der Kampagne der Friedensbewegung für eine bundesweite Volksbefragung.

Von der Landesregierung erwarten wir, daß sie eingedenk ihrer aus der Verfassung folgenden Verpflichtungen unser Gesetzesvorhaben keinesfalls behindert, sondern ihm jede nur denkbare Unterstützung zukommen läßt.

Die Erstunterzeichner dieses Aufrufs:
AG Volksbegehren der Friedenshetzer Darmstadt, DIE GRÜNEN—HESSEN, DFG/VK — Hessen und Frankfurt, DFU — Hessen, DKP — Hessen, Deutsche Jungdemokraten — Hessen, Friedensinitiative FI Glyco-Kollegen Wiesbaden, FI Südstern II Frankfurt, Friedensinitiative Osthessen, Jugendwerk der AWO/KV Frankfurt, Kalumet-Frauen gegen Krieg und Militarismus Frankfurt, Kommunistischer Bund/Gruppe Frankfurt, Liberale Demokraten — Hessen und Ffm., Liberales Bildungswerk — Hessen, Liberaler Hochschulverband — Hessen, SDAJ — Hessen, SJD/Die Falken, OV-Industrie/Ffm., Ingrid Reichel Frankfurt, Mitglied d.LV VVN — Bund der Antifaschisten

Weitere Unterstützer wenden sich bitte schriftlich an das Büro der Initiative „Hessisches Volksbegehren für den Frieden" mit Name, Anschrift, evtl. Organisation und Funktion.

Der Gesetzentwurf

Präambel

In der Erwägung,
- daß das Recht des Volkes, über die Erhaltung seiner Lebensgrundlagen selbst und unmittelbar zu entscheiden, unveräußerlich ist,
- daß die hessische Bevölkerung durch Artikel 69 der im Jahre 1946 durch Volksentscheid beschlossenen Verfassung Hessens:
  „(1) Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet.
  (2) Jede Handlung, die mit der

1946 durch Volksentscheid beschlossenen Verfassung Hessens:
„(1) Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet.
(2) Jede Handlung, die mit der

  Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig."
  berechtigt und verpflichtet ist, Abrüstung und Kriegsverhinderung zu bewirken,
- daß durch das fieberhafte Wettrüten die Kriegsgefahr immer bedrohlichere Ausmaße annimmt und dadurch die Erhaltung unserer Umwelt, unserer eigenen Existenz und die Zukunft unserer Kinder und Nachkommen auf dem Spiele steht,

hat sich das Volk in Hessen dieses Gesetz gegeben:

§ 1
Alle hessischen Behörden einschließlich der Landesregierung sind verpflichtet, im Rahmen ihrer hoheitlichen Befugnisse alles zu tun, um die Herstellung, Transport, Lagerung und die Stationierung von jeglichen Massenvernichtungswaffen — insbesondere Pershing II, Cruise Missiles und vergleichbare Waffensysteme — auf dem Gebiet des Landes Hessen zu verhindern.

§ 2
Darüber hinaus ist die Landesregierung verpflichtet, wegen der durch die Stationierung von Massenvernichtungswaffen in anderen Bundesländern auf das hessische Lanmdesgebiet ausstrahlenden Gefährdung der hessischen Bevölkerung, in Verhandlungen mit den zuständigen Gremien darauf hinzuwirken, daß die Herstellung, Transport, Lagerung und die Stationierung dieser Waffen auch dort verhindert werden.

§ 3
Das Gesetz tritt mit Verkündung im Hessischen Gesetz- und Verordnungsblatt in Kraft.

SPD - 90 Prozent gegen die Raketen?

,,Wenn die SPD am nächsten Wochenende über die Raketen zu entscheiden hätte, gäbe es ein Nein, von Schmidt bis Lafontaine, von Apel bis Eppler. Man könnte mit einem Ergebnis rechnen, das die 90% wohl übersteigen könnte''. Das schrieb Egon Bahr im Mai im SPD-Blatt ,,Vorwärts''. Zwar nicht am nächsten Wochenende, aber voraussichtlich am 1. - 3. November soll ein außerordentlicher Parteitag über die ,,Raketenfrage'' entscheiden. So will es ein Beschluß des letzten Parteitags in München, bei dem man eine erneute Grundsatzdebatte über den NATO-Doppelbeschluß unter allen Umständen umgehen wollte.

Die Lage ist allerdings komplizierter als Egon Bahr der Öffentlichkeit weiszumachen versucht: Wie in der SPD üblich, gibt's ein geradezu unüberschaubares Spektrum von Positionen, angefangen vom ,,Ja, aber'', ,,Jein'', ,,entschiedenen sowohl-als-auch'' bis hin zum ,,konditionierten Nein''. Wie vor jedem Parteitag steht die SPD angeblich im Zeichen ,,heftiger Flügelkämpfe''. Sicherlich heißt es bald, im November stehe eine ,,Zerreißprobe'' bevor. Wer sich allerdings von der Oppositions-SPD eine klare Ablehnung des Nato-Raketenbeschlusses oder zumindest ein härteres Auftreten der SPD-Linken erhofft, wird im Herbst aller Voraussicht nach enttäuscht werden. Denn an den faulen Kompromissen wird schon gefeilt. Es liegt bereits eine sogenannte ,,Handreichung'' der SPD-Führung vor, die wichtige Tendenzen für den Herbst erkennen läßt.

Die beiden letzten Parteitage

Im Dezember 79 stimmten die Delegierten des SPD-Parteitags in Westberlin mit einer wunderbar klaren, 90-prozentigen Mehrheit für den Inhalt des NATO-Doppelbeschlusses, der eine Woche später von der NATO in Brüssel offiziell gefaßt wurde. Gebunden wurde die Zustimmung an die Ratifizierung des bereits fertigen SALT II-Abkommens seitens der USA. Das geschah bekanntermaßen nicht, und so stand April 82, auf dem Münchener Parteitag, das Thema wieder auf der Tagesordnung. Inzwischen mit erheblich größerer Brisanz, denn es hatte sich in den beiden Jahren die Friedensbewegung entwickelt, die aufmerksam den sozialdemokratischen Diskussionsprozeß beobachtete. Nach Westberlin war aus den Reihen der SPD-Linken zu hören gewesen, die übergroße Mehrheit der Delegierten, ahnungslos in der komplizierten Rüstungsmaterie und voll guten Glaubens in die Verhandlungsbereitschaft der USA, habe gar nicht gewußt, was sie da beschloß. Nun, vor München, war in der Presse vom ,,Aufstand an der Basis'', von der ,,Zerreißrobe'' die Rede; Helmut Schmidt wurde ,,mit dem Rücken an der Wand'' gesehen. Ergebnis: Die Beschlüsse von 1979 wurden in den wesentlichen Punkten von 75% der Delegierten bestätigt:

1. Die SPD bekennt sich zum festen Platz der BRD in der NATO und zur Freundschaft mit den USA;

2. die SPD hält am NATO-Nach-Nachrüstungsbeschluß fest;

3. die Stationierungsvorbereitungen für Pershing II und Cruise Missile gehen weiter;

4. Die Genfer Verhandlungsposition der USA (,,Nullösung'') wird unterstützt. Im ,,Lichte der Genfer Verhandlungsergebnisse'' sollte Ende 1983 auf einem Sonderparteitag endgültig entschieden werden. Der unterlegene Antrag der Linken stellte nun aber keineswegs eine frontale Gegenposition zu diesen Punkten dar, sondern beinhaltete — ausdrücklich als ,,Ergänzungsantrag'' tituliert — eine recht eigenwillige Moratoriums-Idee: Die USA sollten während der Verhandlungen auf die Stationierungsvorbereitungen verzichten — v o r a u s g e s e t z t, die SU reduziert ihre SS20 auf das Niveau von 1978. Damit lag auch die Linke auf NATO-Linie, und daß ihr Antrag abgeschmettert wurde, lag wohl weniger in seinem Inhalt, als vielmehr in dem ihm anhaftenden Image als ,,Antrag der Linken'' begründet. Und nun sollen 90% gegen die Raketen sein?

Nach der verlorenen Bundestagswahl: Beschluß- und Stimmungslage in der Partei

Noch vor dem Juso-Bundeskongreß Ende März hatte der außenpolitische Sprecher der SPD, Horst Ehmke, den Verzicht auf die Aufstellung der Pershing II gefordert, weil es sich dabei um eine Erstschlagswaffe handele. Ehmke gehört zu den loyalen Gefolgsleuten der SPD-Führung und sitzt nur noch in dieser Rolle im Fraktionsausschuß der SPD-Linken, dem Frankfurter Kreis. Die Jusos beschlossen, aufgemöbelt durch eine äußerst radikale Rede Lafontaines, die in der Presse viel Staub aufwirbelte, ein klares Nein zur ,,Nachrüstung''. Ebenfalls eine klare Position nahm Anfang Mai der SPD-Bezirk Mittelrhein ein, der als erster von 22 SPD-Bezirken beschloß: *,,In dieser Situation ist es erforderlich, daß die gesamte SPD den Nachrüstungsplänen mit einem klaren und eindeutigen Nein gegenübertritt. Zu einer solchen klaren und eindeutigen Aussage fordern wir alle Ebenen der SPD auf.''* (nach MEDIATUS, 20.5.). Mit diesem Votum sollen die Mittelrhein-Delegierten auch auf den November-Parteitag geschickt werden. Diese Position ist von besonderer Bedeutung, weil sie sich deutlich gegen den Beschluß des Münchener Parteitags wendet, nach dem erst die Genfer Verhandlungen bis zum Schluß abzuwarten sind. Der Mittelrheinbezirk wollte mit seiner Entscheidung ausdrücklich ein Signal setzen. Der Landesvorstand der Saar-SPD (Vorsitzender: Lafontaine) hat für den Bundesparteitag eine Antragsvorlage eingebracht, die schon nicht mehr ganz so eindeutig ist: ,,Die SPD lehnt die Stationierung von Pershing II und l a n d gestützten Cruise Missiles ab''. Die Möglichkeit einer seegestützten ,,Nachrüstung'' haben in den vergangenen Monaten auch Bahr und Vogel wieder in die Diskussion gebracht.

Die rund 100 Teilnehmer eines linken Prominenten-Fraktionstreffens in Oer-Erkenschwick forderten — gegen Vogels Mahnung, der über weite Strecken ebenfalls anwesend war — mehrheitlich ein klares Nein zur ,,Nachrüstung''. Dieser Beschluß ließ Eppler schwelgen: *,,Es gibt doch noch eine Linke in meiner Partei''* (,,Spiegel'' 17/83). Ein weiterer Versuch, die Position des klaren Nein zu stärken, fand Pfingsten auf einem von Lafontaine ausgerichteten Seminar der Friedrich-Ebert-Stiftung statt.

Die ,,Handreichung'' zum JEIN

Um diesen Tendenzen ein Ende zu bereiten, wurde vom außenpolitischen Arbeitskreis (Vorsitzender: Ehmke) im Auftrag Vogels ein Papier (,,Handreichung'') ausgearbeitet, das in mehrtägigen Beratungen der SPD-Führungsgremien und am 1. Juni in einer Klausurtagung der Bundestagsfraktion debattiert wurde. Schließlich wurde es verabschiedet, und zwar mit nur 9 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen. Die Gegenstimmen stammten von Befürwortern des ,,klaren Nein'', die Enthaltungen z. T. von Leuten wie Annemarie Renger, denen die ,,Handreichung'' schon zu USA-feindlich war. Getragen wurde das Papier vom rechten ,,Kanal'', dem ,,Mittelflügel'' um Vogel sowie von einigen, die gern als Nachrüstungsgegner gelten möchten; z.B. stimmte auch Hans-Ulrich Klose dafür. Das Papier soll nach Aussage der Initiatoren ein Kompromiß der verschiedenen Strömungen sein und ,,integrative Aufgaben'' erfüllen; es soll bis zum Sonderparteitag die Linie der Partei vorgeben. Es ist davon auszugehen, daß es auch weitgehend richtungsweisend für die Beschlüsse des November-Parteitags sein wird. Daher lohnt sich eine genauere Betrachtung. Auf 17 Schreibmaschinen-Seiten wird zu rund 80% ,,Kritisches'' verbreitet: ,,Kritisches'' zur Atom-Rüstung, ,,Kritisches'' zur US-Verhandlungspolitik, ,,Kritisches'' zu einzelnen NATO-Konzepten. So heißt es z.B. gleich in der Einleitung: *,,Heute drohen die politischen Grundlagen, auf denen sich in den siebziger Jahren ein tragfähiger politischer Konsens im westlichen Bündnis gebildet hat, von einer amerikanischen Politik der Konfrontation in Frage gestellt zu werden.''*

Unter ,,I. Das westliche Bündnis und seine Politik'' heißt es friedensbewegt: *,,Ein militärischer Konflikt würde unser Land verwüsten''*, aber dann: *,,Solange die Blöcke nicht durch eine europäische Friedensordnung ersetzt werden — und davon sind wir leider weit entfernt — müssen wir fest im atlantischen Bündnis bleiben''.* Aber natürlich *,,muß die Politik einer Beschränkung und eines Abbaus der strategischen und der eurostrategischen Atomwaffen ohne Vorbehalte fortgesetzt werden.''* Man ist verbal auch gegen *,,Versuche, militärisch nutzbare Überlegenheit zu einem Ziel des Bündnisses zu machen''.*

Unter ,,II. Die Strategie-Debatte in der NATO'' wird die **,,schrittweise Ersetzung nuklearer Gefechtsfeldwaffen durch moderne konventionelle Abwehrwaffen''** gefordert. Dieser Plan wird bereits von der NATO betrieben (Rodgers-Plan), weil die inzwischen entwickelten konventionellen ,,intelligenten Waffen'' wesentlich effektiver als die herkömmlichen atomaren Kurzstreckenwaffen sind. — Dann wird wieder der Vorschlag zur ,,Seestationierung von Zweitschlagswaffen'', d.h. vor allem von Cruise Missiles, gemacht. Das beinhaltet gleichzeitig die vorsichtige Befürwortung des ,,Waldspaziergang-Kompromisses'': keine Stationierung der Pershing II, dafür Reduzierung der SS 20 auf 75 Stück. Schließlich wird die **,,konventionelle Vorne-Verteidigung der Bundesrepublik als alternative NATO-Strategie''** verkauft, wobei es sich natürlich *,,nur um einen längerfristigen, schrittweisen Prozeß handeln''* kann. ,,Auf das Entschiedenste'' wird *,,der Gedanke einer ,horizontalen Eskalation' eines in einer anderen Region der Welt etwa ausbrechenden Konflikts durch die Eröffnung militärischer Operationen in Europa zurückgewiesen''.*

Unter ,,III. Die Genfer Verhandlungen'' wird gesagt: *,,Einen Automatismus der Stationierung darf es dabei nicht geben. Wir Sozialdemokraten werden im Herbst 1983 entscheiden, welche Folgerungen aus dem bis dahin erreichten Verhandlungsstand zu ziehen sind.''* Damit wird vorsichtig die Möglichkeit angedeutet, im November für eine Verlängerung der Verhandlungen bzw. ein Moratorium einzutreten. Und nachdem Kohl kritisiert worden ist, wei er ,,zuwenig auf Washington eingewirkt'' habe, heißt es: **,,Wir dürfen nicht den Druck von der Sowjetunion nehmen, indem wir erklären, daß eine Reaktion der NATO auf die SS-20-Stationierung für uns auf keinen Fall in Frage komme.''** (Alle Zitate nach FR, 10.6.) Hier wird ein kaum verhülltes Bekenntnis zur ,,Nachrüstungs''- und Erpressungs-Strategie der NATO gelegt. In 17 Seiten Abrüstungs-Gesäusel, Gelaber von ,,neuen Strategien'' und ,,gegen Automatismus'' wird die alte, in keinem Punkt entscheidend variierte Schmidt-Position zum Doppelbeschluß eingepackt. Gerhard Schröder, einer der neun Gegner des Papiers, befand, *,,daß die Handreichung der Parteiaußenpolitiker nichts anderes ausdrücke als die altbekannte Logik des Doppelbeschlusses''* (FR, 3.6.).

Es wird nicht einmal eine sofortige Einstellung der Stationierungsvorbereitungen gefordert, das Mindeste, wenn man sich überhaupt ehrlich im Herbst die Möglichkeit eines Moratoriums bzw. einer Verlängerung der Verhandlungen offenhalten will. Daß dieses Papier in der SPd als ,,hilfreicher Kompromiß'' durchgehen kann, ist mal wieder einer jener sozialdemokratischen Treppenwitze, über die man schon lange nicht mehr lachen kann.

Und was passiert nun im Herbst?

Nicht nur die ,,Handreichung'', sondern auch eine Reihe weiterer Erklärungen der SPD-Führungsgremien sowie einzelne Verlautbarungen lassen erkennen, wie die SPD über den Herbst zu kommen gedeckt:

Erstens: Die SPD wird in keinem grundsätzlichen Punkt die Grundlagen und Konsequenzen des NATO-Doppelbeschlusses angreifen oder infrage stellen. Von daher wird es bei ihren Entschließungen immer nur um gewisse Varianten der ,,Nachrüstungs''-Idee gehen, also etwa sogenannte Zwischenlösungen, Moratorien oder Verschiebungen.

Zweitens: Die SPD wird versuchen, die Hauptaufmerksamkeit der Bevölkerung auf einen vermutlich tagelang andauernden Wort-Streit im Bundestag zu lenken. Das wurde von Glotz und Vogel bereits angekündigt. Vogel hat ergänzend visioniert, er könne sich nicht vorstellen, daß die Bundesregierung stationieren würde, wenn die Mehrheit des Bundestags dagegen stimmen würde — als läge das im Bereich des Möglichen. Mit der Orientierung auf eine Bundestagsdebatte, bei der z.B. ganz radikal die Offenlegung der Stationierungsorte gefordert werden soll,

a) geht die SPD kein Risiko ein, weil das Ergebnis von vornherein feststeht;

b) führt sie die Aufmerksamkeit und Hoffnungen von Millionen von Menschen in eine vorher festehenden Niederlage: ein bereits in den fünfziger Jahren mit Erfolg erprobtes Mittel, um eventuell vorhandene weitere Kampfbereitschaft zu demoralisieren;

c) gibt sie selbst ganz bewußt jede weitere Legitimation aus der Hand, gegen den Stationierungsbeschluß weiter zu kämpfen, denn schließlich muß man als Demokrat die parlamentarischen Spielregeln akzeptieren.

Wenn die Linke in der SPD wirklich ernsthaft gegen die ,,Nachrüstung'' ist, müßte sie gegen die Orientierung auf eine Bundestagsentscheidung massiv polemisieren; davon war bisher nichts zu hören. Stattdessen werden die Linken vermutlich als die kämpferischsten Löwen in die Arena geschickt — und damit das Manöver zum garantierten ,,Erfolg'' führen.

Drittens: Die SPD wird aller Voraussicht nach nicht einmal so weit gehen wie 1958 und sich als Gesamtpartei an irgendwelchen Basis-Mobilisierungen beteiligen, also z.B. als SPD zu Demonstrationen aufrufen. Stattdessen wird es von örtlichen Untergliederungen der Partei und von der Entscheidung einzelner Mitglieder abhängen, ob sie sich an Aktivitäten der Friedensbewegung beteiligen. Dafür haben sie bereits grünes Licht bekommen: Die Friedensbewegung sei so eine Art ,,Bundesgenossen'', Sozialdemokraten können sich ,,ruhigen Gewissens'' an Debatten in der Friedensbewegung beteiligen; so das SPD-Präsidium. Das ist ja toll! Sogar ,,Regeln verletzen'' dürfen Sozialdemokraten, wenn sie aus Gewissengründen an Blockaden teilnehmen wollen. Das haben Vogel, Brandt und Glotz augenzwinkernd erlaubt! Vogel: *''Ich würde nicht dazu ermunten, aber ich kann es verstehen''* (FR, 7.7.).

Mit dieser Sprachregelung enthebt sich die SPD jeder eigenen Verantwortung und agiert nur noch als simpler Trittbrettfahrer der Friedensbewegung, ohne einen Konflikt in den eigenen Reihen austragen zu müssen, der garantiert entstehen würde, wenn sich die SPD insgesamt in die Aktivitäten gegen die Nachrüstung einreihen würde.

Viertens: Auf dem Sonderparteitag wird es keineswegs eine 90%ige Mehrheit gegen die Raketen geben, sondern eine klare Mehrheit für ,,Nachverhandeln statt Nachrüsten'' und eine klare Minderheit für ein ,,Nein ohne jedes Ja'' zur Nachrüstung. Wie stark diese Minderheit sein wird, hängt wesentlich von den in den kommenden Wochen ablaufenden Bezirksparteitagen ab, bei denen es auch darauf ankommen wird, ob die SPD-Linke mit einer klaren Konzeption auftritt oder solche Pseudokompromisse wie der ,,Handreichung'' auf den Leim geht.

KB/Gruppe Nürnberg



Fortsetzung von Seite 1



Reforgo-Manöver 1975: Ledernacken stürmen den Container-Terminal

Bremerhaven:
Brückenkopf der US-Streitkräfte in Europa

Die Geschichte des US-Brückenkopfs Bremerhaven reicht zurück bis in den 2. Weltkrieg. Die Hafenanlagen wurden von den Bombardierungen der Alliierten weitgehend verschont, da die US-Regierung bereits zu diesem Zeitpunkt entschieden hatte, Bremerhaven zum ersten Nachschubhafen in Mitteleuropa für die hier stationierten Truppen zu machen. Gleich nach Kriegsende lief der Transport von militärischem Nachschub voll an: Truppentransporter und die bei den Hafenarbeitern ausgesprochen beliebten „PX-Dampfer" (Schiffe mit Versorgungsgütern wie Nahrungsmittel und Bekleidung) lösten sich in dichter Folge an den Liegeflächen ab. *„Bremerhaven wird regelmäßig von sieben Truppentransportern, drei RoRo-Schiffen, zwei Kühlschiffen, 10 Frachtern und zusätzlich von gecharterten zivilen Frachtschiffen im Dienste des MTST* („Military Sea Transport Service" — Anm. AK) *angelaufen"* („Weserkurier", 26.3.65).

Während Truppen und Stückgüter hauptsächlich über Bremerhaven verschifft wurden, gelangten Munition und andere Kampfstoffe über Rotterdam, Zeebrügge und Nordenham in die BRD. Federführend bei der Abwicklung des Nachschubs waren das **US Army Terminal Command Europe (USATCEUR)**, dessen Hauptquartier sich von 1949 bis Anfang der siebziger Jahre in Bremerhaven befand (es wurde dann nach Rotterdam verlegt) sowie der **Military Sea Transport Service (MTST)**, dessen „Chief Manager" ebenfalls in Bremerhaven seine Residenz hatte.

Drehscheibe für US-Streitkräfte

Die militärstrategische Entscheidung der amerikanischen Militärregierung, die Region Bremerhaven zum Brückenkopf der USA auf dem Kontinent zu machen, hat die Entwicklung des Hafenbereichs und der entsprechenden Infrastruktur entscheidend beeinflußt. So muß der Ausbau des Containerterminals zum größten geschlossenen Containerhafen Europas auch im Lichte seiner strategischen Bedeutung gesehen werden. Der allergrößte Teil des Nachschubs von Versorgungsgütern wird heute mittels Containern abgewickelt. Der Containerterminal und die RoRo-Anlage im Nordhafen garantiert den USA, im Spannungsfall in kürzester Zeit riesenhafte Mengen an Rüstungsmaterial per Schiff nach Europa bringen zu können.

Im Falle eines Krieges in Mitteleuropa müssen die USA innerhalb von 30 Tagen *„weit mehr als 1 Million Tonnen Nachschub- und Versorgungsgüter"* heranschaffen, von denen über 90% auf dem Seeweg transportiert werden („Europäische Wehrkunde", 4/83).
auf dem Seeweg transportiert werden („Europäische Wehrkunde", 4/83).
Zuständig für den Seetransport ist das **Military Sealift Command (MSC)** als Nachfolgeorganisation des o.g. MTST. Die Europa-Zentrale dieser Reederei der US-Streitkräfte, die weltweit für Seetransportaufgaben zuständig ist, befindet sich seit 1965 in Bremerhaven. Für die Abwicklung des Nachschubs für die Schnelle Eingreiftruppe der USA werden Bremerhaven und der Rhein-Main-Flughafen (Startbahn-West!) die Drehscheibe sein.

Getestet wird die Funktionsfähigkeit dieser Drehscheibe regelmäßig im Rahmen der Reforger-Manöver, bei denen Fahrzeuge, Waffen und Ausrüstung über die Rheinmündungshäfen und Bremerhaven an- und abtransportiert werden. Nicht ausgeschlossen erscheint im Lichte dieser Fakten die Behauptung von Günter Gaus, der in einem „Konkret"-Interview sagte, die neuen Pershing 2 würden auf dem Seeweg über Bremerhaven in die BRD geschafft werden.

In den Ausbau der entsprechenden Infrastruktureinrichtungen ist im vergangenen Jahrzehnt massiv investiert worden:

- Die Autobahn von Bremen nach Bremerhaven, die vorbei an Garlstedt und weiter nach Cuxhaven und dem Nato-Flugplatz Nordholz führt, ist maßgeblich auf Druck der USA gebaut worden. Auf beiden Teilstrecken sind Abschnitte als Feldflugplätze eingerichtet.
- 1982 begann der Ausbau des Verschiebebahnhofs Speckenbüttel, ein 90 Millionen-Projekt, das vor allem den Containerverkehr effektivieren soll.
- Beiderseits der Weser laufen vollständig elektrifizierte Schienenwege nach Bremen; zusätzliche Straßentransportkapazitäten bieten parallel verlaufende Bundesstraßen.

Welche strategische Bedeutung der Region Bremerhaven/Nordenham beigemessen wird, ist auch daraus zu ersehen, daß im Umkreis von 30 km acht Hawk-Raketen-Batterien sowie eine atomar bestückte Nike-Hercules-Stellung für die Luftabwehr installiert worden sind.

1973: Panzer für Israel

Die Bedeutung Bremerhavens für die Globalstrategie des US-Imperialismus wurde schlagartig deutlich, als während des sog. Yom Kippur Krieges im Oktober '73 Panzer für Israel über den Nordhafen verschifft wurden.
Oktober '73 Panzer für Israel über den Nordhafen verschifft wurden.

Trotz entsprechender Beschweden der Bundesregierung, *„die Haltung der BRD im Nah-Ost-Konflikt zu berücksichtigen"*, verluden die Amerikaner ungeniert Panzerhaubitzen aus Depots bei Germersheim auf israelische Frachtfähren. Das Hafengebiet war zu diesem Zweck zum militärischen Sperrgebiet erklärt worden — hier regierte die Militärpolizei mit derart ruppigen Methoden, daß die US Army sich nach vollzogener Aktion sogar zu einem Bedauern herabließ. Der Bremer Senat als Eigentümer der Hafenanlagen hatte weder damals noch heute irgendeine Eingriffmöglichkeit. Nach den Regelungen des Truppenvertrages hat die BRD den Amerikanern *„für alles, was sie löschen oder anlanden wollen"*, Umschlagsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen („Nordsee-Zeitung", 26.10.73).

Nicht nur Nachschubbasis

Sitz der erwähnten und anderer Transportdienststellen (MSC, US Support Group Norddeutschland, MTMC Bremerhaven Terminal) ist die Carl-Schurz-Kaserne in Bremerhaven-Weddewarden, ein ehemaliger Flugplatz der Nazi-Wehrmacht in unmittelbarer Nähe des Hafens. Aber nicht nur Versorgungseinheiten sind hier stationiert. Neben relativ harmlosen Einrichtungen wie dem AFN sind hier auch Einheiten stationiert, die mit Atomkriegsführung betraut sind. Darauf weist jedenfalls der riesige Troposcatter-Richtfunkturm hin, der seit 1965 auf dem Kasernengelände steht. Troposcatter sind Teile eines netzartigen Kommunikationssystems der USA zur Steuerung von Atomwaffen-Einsätzen, das den bezeichnenden Namen „Cemetery Network" (Friedhofs-Sender) trägt. Um was für Einheiten es sich in Weddewarden genau handelt, konnte bislang nicht ermittelt werden; der auch öffentlich um Aufklärung angegangene Magistragt stellt sich taub. Wahrscheinlich ebenfalls auf dem Kasernengelände befindet sich ein Horchposten des US-Geheimdienstes NSA (National Security Agency), einer laut „stern" an der Wesermündung installierten Spionageeinrichtung, mit der der Funkverkehr bis weit ins „feindliche Lager" hinein abgehört wird.

Bremerhaven war lange Zeit die einzige amerikanische Enklave in ehemaligen britischen Besatzungszone. Mitte der siebziger Jahre wurde die Brigade
gen britischen Besatzungszone. Mitte der siebziger Jahre wurde die Brigade
„Hell on wheels" in Garlstedt, einem Truppenübungsplatz zwischen Bremen und Bremerhaven, stationiert. Dieser Brigade, einem Teil der „2nd armoured Division" aus Fort Hood, Texas, kommt besondere strategische Bedeutung zu: *„Sie wird als Kernelement eines ganzen amerikanischen Reservekorps betrachtet, das in Krisenzeiten nach Europa verlegt werden soll. Der Raum um Bremerhaven ist aus taktisch operativen und technischen Gründen gewählt worden. Einmal halten es die militärischen Fachleute für notwendig, in der Nähe der Küste und in der Tiefe der 'Hafenzone' Hamburg-Bremen klassische Verstärkungskräfte bereitzustellen ... Zum anderen ist Bremerhaven seit langem Ausladehafen für die amerikanischen Truppen in Deutschland"* („FAZ", 7.9.76).

Inzwischen ist dieses „Kernelement" rasant erweitert worden:

- Die 606. taktische Radarführungsstaffel der US Air Force bezog 1976 Quartier in Bremerhaven und konnte jüngst ihre beiden neuen, mit einem Aufwand von je 5 Mio. DM errichteten Stellungen in Wanna und Basdahl, jeweils etwa 40 km östlich Bremerhavens, beziehen. Aufgabe dieser Einheit ist die Lenkung von — atomaren — Luftangriffen. Die Reichweite ihrer Geräte ist geheim.
- In Hymendorf (unweit Bremerhavens) befindet sich eine LORAN-Funkanlage, die dem Oberkommando der US-Luftwaffe in Ramstein untersteht. Deren Funktion ist es, genaue Peilungen bei Langstreckeneinsätzen von Atomwaffenträgern zu ermöglichen (LORAN = long range navigation).
- Auf dem Nato-Flugplatz Nordholz sind seit geraumer Zeit A-10-Kampfflugzeuge (Spezialflugzeuge zur Bekämpfung von Panzern u.ä.) stationiert, die zum 354. taktischen Jagdgeschwader der US-Luftwaffe gehören, das bemerkenswerterweise der Schnellen Eingreiftruppe (RDF) zugeordnet ist.
- Auf der anderen Seite der Weser, ganz in der Nähe des AKW Esenshamm, befindet sich eine Stellung der Bundesluftwaffe mit Nike-Hercules-Raketen, die u.a. mit US-Atomsprengköpfen ausgerüstet sind.
- In Kürze soll, wie verlautet, eine weitere US-Radarstaffel und eine Raketeneinheit in unsere Region verlegt werden. Vorläufig untergebracht werden sollen diese Truppen der frisch von der Bundeswehr übernommenen Kaserne
Bundeswehr übernommenen Kaserne
in Drangstedt, unmittelbar vor den Toren Bremerhavens.
- Und — last but auf keinen Fall least — muß Nordenham in dieser Liste erwähnt werden: Hier befindet sich der zentrale Umschlagplatz der US Army für Munition und Kampfstoffe aller Art — Atomsprengköpfe und Giftgasgranaten eingeschlossen.

Die Aufzählung zeigt, daß zu der traditionellen Nachschubfunktion, die im vorigen Abschnitt geschildert wurde, zunehmend Kampftruppen mit offensivem Charakter die militärische Landkarte der Unterweserregion prägen. Es ist wohl kaum übertrieben, in diesem Zusammenhang diese Region als Aufmarschplatz vor allem konventioneller Streitkräfte zur Blitzkriegsführung gegen das Gebiet der DDR und Polens zu bezeichnen.

Widerstand hat Tradition

Die Wahl Bremerhavens zur US-Nachschubdrehscheibe war zunächst von beträchtlichem Vorteil für den Lebensstandard der Bevölkerung, viele fanden hier Arbeit. Auch heute noch prägt die Anwesenheit der US-Streitkräfte nachhaltig die Wirtschaftsstruktur der Stadt. Das hat nicht nur Auswirkungen auf die offiziellen Beziehungen — seit eh und je befleißigen sich der Bremerhavener Magistrat und die ihn tragende SPD eines ausgesprochen devoten Verhaltens gegenüber den US-Behörden — sondern beeinflußt auch die persönliche Einstellung der Bevölkerung. Aber trotz verstärkter PR-Maßnahmen (Freundschaftsfeste, Freundschaftsvereine, Dance-Clubs und Football-Mannschaften) ist es doch die ganz heiße Liebe nicht geworden — eher ein „Bratkartoffelverhältnis".

Die meisten der eben genannten Institutionen entstanden 1954, als die Bewohner eines von der US-Army requirierten Ortsteils sich mit Unterstützung der Werftarbeiter gegen ihre Vertreibung zur Wehr setzten und mit ihren — weder gewaltfreien noch ausgewogenen — Aktionen die Konstruktion der „deutsch-amerikanischen Freundschaft" gehörig ins Wanken brachten.

- Die 58er-Bewegung gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr sowie die daraus entstandenen Ostermärsche ließen die US-Truppen außeracht. Das änderte sich erst im Zuge der Bewegung gegen den Vietnamkrieg, die auch Bremerhaven zu einer umfassenderen Politisierung und zur Radikalisierung der Oster-Demonstrationen führten. Mit spektakulären Aktionen gegen das damalige USATCEUR-Headquarter erregte Bremerhavens junge APO 1968 und 69 einiges Aufsehen auch über die Stadtgrenzen hinaus.

Daran versucht die örtliche Friedensbewegung zunehmend wieder anzuknüpfen. Inzwischen ist es gelungen, die

Fortsetzung nächste Seite
Fortsetzung nächste Seite

1954: Der Kampf um den Blink

Die Mehrzahl der Soldaten und des US-Zivilpersonals ist außerhalb des Kasernengeländes in zwei geschlossenen Wohngebieten untergebracht (Großer und Kleiner Blink), die 1954 entstanden, nachdem die ursprünglichen Bewohner, meist Kleingärtner und „Gartenheimer", vertrieben worden waren.

Der größte Teil dieses Geländes befand sich nicht in städtischem, sondern in Privatbesitz, der von den US-Streitkräften nach den Regeln des Kriegsrechts requiriert, d.h. ohne Entschädigung angeeignet wurde. Durchzusetzen hatten die Vertreibung allerdings die Bremerhavener Behörden. Und das war gar nicht so einfach: Gegen die Pläne der Amerikaner hatte sich eine Bürgerinitiative gebildet, die sich auf eine stattliche Anhängerzahl stützen konnte — und auf die Unterstützung durch die Werftarbeiter, was sich als wesentlicher Faktor erwies.

Anfang August wurde die Zwangsräumung angesetzt. Bremer Bereitschaftspolizei rückte an — aber so schnell gaben sich die Bewohner nicht geschlagen, wie einem Bericht von jenen Tagen zu entnehmen ist: „Sie riefen die Arbeiter zu Hilfe: Als die Bewohner des ‚Blink', die sich schon einen ganzen Tag lang mit Mistgabeln und Holzknüppeln erfolgreich gegen die Zwangsräumung gewehrt hatten, nun schließlich von der Übermacht der Polizei von ihren Grundstücken vertrieben werden sollten, riefen sie die Arbeiter der Bremerhavener Werften zu Hilfe. Sofort legten 1.500 Arbeiter der Seebeck-Werft die Arbeit nieder und kamen im geschlossenen Zuge den bedrängten Mitbürgern zur Hilfe. Auf dem Wege vergrößerte sich der anderthalb Kilometer lange Zug zusehends, so daß schließlich 2.000 Menschen auf dem ‚Blink' erschienen und innerhalb kurzer Zeit das Gelände von der Polizei säuberten. 3.000 andere Werft- und Dockarbeiter lagen in Bereitschaft und warteten auf telefonischen Abruf.

D e p o r t i e r t wurden die Polizisten, die nicht freiwillig das Gelände räumen wollten. Die Bremerhavener Arbeiter hatten innerhalb kurzer Zeit das ganze Wohnviertel von Polizei gesäubert. Der Kommandeur mit seinem Einsatzwagen wurde durch eine große Räummaschine abgedrängt.

K e i n P o l i z i s t m e h r auf dem ‚Großen Blink'. Das war das Ergebnis dieses Eingreifens der Arbeiter."

Der Erfolg war leider nicht von Dauer: Verhandlungen bei gleichzeitigem Verzicht auf weitere Mobilisierungen, massive Polizeiaufgebote und nicht zuletzt die Distanzierung der SPD- und IGM-Führung brachte die Abwehrfront ins Wanken.

Kommentar: Alfred Schröder

Über den Herbst hinaus

Perspektiven der Friedensbewegung

Für den Herbst dieses Jahres ist die Stationierung weiterer amerikanischer Atomraketen auf dem Territorium der BRD vorgesehen. Cruise Missile und Pershing 2-Raketen sollen als ,,Antwort'' auf die Umrüstung der sowjetischen Atomraketen (von der SS 4 und SS 5 auf die SS 20) die Dichte des amerikanischen Kernwaffenpotentials auf westdeutschem Boden weiter erhöhen. Schon heute ist die BRD das Land, in dem die Anzahl der Atomwaffen, bezogen auf die flächenmäßige Größe seines Gebietes, am höchsten ist. Gegen diese Stationierungspläne hat sich eine breite Bewegung formiert. Hunderttausende demonstrierten im vergangenen Jahr in Bonn gegen diese NATO-Nachrüstungspläne; der Ostermarsch, eine Kampfform der Atomwaffengegner der 60er Jahre, erfuhr eine neue Belebung, und es kam zu ersten Blockaden vor amerikanischen Atomwaffenlagern in der BRD.

Welche Zukunft hat diese Bewegung, wenn im Herbst stationiert werden sollte? Besitzt sie überhaupt eine reale Chance, die Stationierung neuer Atomwaffen zu verhindern? Und — unterstellt, es gelänge ihr — was kommt dann nach dem Herbst '83? Noch immer wäre ja die Bundesrepublik ein mit Atomwaffen vollgestopftes Militärlager der NATO. Und noch eine weitere Frage müssen wir stellen: Welche speziellen Aufgaben haben die Kommunisten in der Friedensbewegung?

Was das Erstaunliche ist bei der wachsenden Breite der heutigen Friedensbewegung, ist der Mangel an Diskussion in der kommunistischen Bewegung über die gerade genannten Fragestellungen. Wirft man einen Blick in die kommunistischen Presseorgane der letzten Wochen und Monate, so finden wir dort eine Fülle von Artikeln zu den Aktivitäten und Aufgaben der Friedensbewegung, aber kaum einen, der sich in grundsätzlicher Weise mit den oben aufgeworfenen Problemen befaßt. Im Mittelpunkt aller dieser Publikationen steht neben Berichten über aktuelle Aktivitäten die Diskussion über geeignete Kampfformen für die Bewegung in den kommenden Monaten. Zweifellos hat diese Diskussion Berechtigung, da die Stationierung in den kommenden Monaten beginnen soll und die Friedensbewegung erfolgversprechende Aktionsformen dagegen entwickeln muß.

Politische Orientierung und Kampfformen

Politische Orientierung und Kampfformen

Befremdlich aber ist die Tatsache, daß die Debatte über die politische Orientierung der Friedensbewegung gerade in der kommunistischen Presse keinen Platz mehr findet. Die politischen Gemeinsamkeiten der verschiedenen Kräfte, aus denen sich die heutige Friedensbewegung zusammensetzt, reduzieren sich bekanntlich auf einen Punkt: die Verhinderung der Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen. Darüberhinaus beginnen sofort die Differenzen der unterschiedlichen politischen Kräfte, die diese Bewegung tragen. Diese Differenzen drücken sich u.a. auch in der Debatte über die geeigneten Kampfformen zur Verhinderung der Raketenstationierung aus. Die Unterschiede in der taktischen Orientierung der Friedensbewegung für den Herbst '83 haben ihren realen Ursprung in den unterschiedlichen strategischen Orientierungen der jeweiligen politischen Kräfte. Solange die Kommunisten zusammen mit den anderen Gruppierungen der Friedensbewegung gegen die geplante Stationierung kämpfen, fällt der Mangel an einer darüber hinaus gehenden politischen Orientierung nicht so deutlich ins Auge. Vielen Genossen unserer Bewegung ist er bis dato gar nicht bewußt. In ihren Friedensforen oder -komitees arbeiten sie mit Kräften anderer weltanschaulicher oder politischer Orientierung auf dem Boden der oben konstatierten grundlegenden Gemeinsamkeit der Friedensbewegung zusammen.

Darüberhinaus tragen sie teilweise Forderungen der alten ml-Bewegung in sie hinein, wie die Forderungen nach Blockfreiheit und Neutralität Deutschlands, Auflösung der Militärblöcke, etc. Diese Parolen sind noch weit entfernt davon, Bestandteile eines ge-

hinein, wie die Forderungen nach Blockfreiheit und Neutralität Deutschlands, Auflösung der Militärblöcke, etc. Diese Parolen sind noch weit entfernt davon, Bestandteile eines ge-

schlossenen politischen Programms zu sein; sie werden heute von großen Teilen der grünen Bewegung mitgetragen und hauptsächlich von ihr mit konkretem politischen Inhalt gefüllt. So führt der Mangel an politischer Perspektive manch einen Kommunisten weitgehend unbewußt unter die politische Hegemonie der neuen sozialen Bewegungen und ihrer politischen Partei — die GRÜNEN — in der Friedensbewegung.

Die Konzentration der Debatte in der kommunistischen Presse, ob ein Volksentscheid oder eine Volksbefragung, ob atomwaffenfreie Städte oder gewaltfreie Blockadeaktionen, ob Generalstreik oder politische Demonstrationen die geeigneten Kampfformen sind, hat somit nicht nur in der Aktualität der anstehenden Raketenstationierungen ihren Grund, sondern verweist zugleich auf die Konzeptionslosigkeit unserer Bewegung über die Zukunft des Friedenskampfes über den Stationierungsherbst hinaus. Die Kommunisten, denen Marx und Engels die Aufgabe gestellt haben, ,,in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung'' zu vertreten, spiegeln heute in Westdeutschland nur ihre Gegenwart wider und können leicht einen Teil ihrer eigenen Zukunft und der der Friedensbewegung verspielen, wenn sie nicht ernsthaft beginnen, eine Debatte über die politischen Perspektiven einer Friedensbewegung in Westdeutschland und der speziellen Aufgaben der Kommunisten zu entfalten. Dieses Anliegen ist keineswegs für die Friedensbewegung schädlich oder spalterisch. Vielmehr besteht ja auch ihr politisches Dilemma in einem Mangel an politischer Perspektive über den Abwehrkampf gegen die Stationierung hinaus. Die Aufgabe der Kommunisten kann nicht nur darin bestehen, der praktisch aktivste Teil dieser Bewegung zu sein, sondern muß gerade unter den gegebenen Bedingungen die des theoretisch und politisch weitertreibenden Teils dieser Bewegung sein.

Wie sehr sich die politische Enge der kommunistischen Aktivitäten in der Friedensbewegung zu ihrem Nachteil auswirkt, kann man an einem Beispiel deutlich machen: Die MLPD hat den Kampf gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen unter der alten Losung ,,Kampf dem Atomtod'' in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten gestellt. Was unterscheidet diese Organisation nun von anderen politischen Organisationen im Friedenskampf? Neben der Frage der Kampfformen, die auch von der MLPD in das Zentrum der Auseinandersetzung mit anderen Kräften der Friedensbewegung gerückt wird, (die MLPD verficht entschieden die Losung ,,Volksbegehren für Volksentscheid'' und lehnt alle anderen Orientierungen wie Volksbegehren oder atomwaffenfreie Stadt als spalterisch und irreführend ab (1)), sind es nur zwei Punkte, an denen der kommunistische Charakter dieser Organisation im Friedenskampf deutlich wird. Dies ist zum einen die Forderung, daß die Arbeiterklasse zur politisch führenden Kraft der Friedensbewegung werden müsse, zum anderen die Propaganda des Sozialismus. Das eigentliche Problem be-

nen die Forderung, daß die Arbeiterklasse zur politisch führenden Kraft der Friedensbewegung werden müsse, zum anderen die Propaganda des Sozialismus. Das eigentliche Problem be-

steht aber darin, wie das zweifellos richtige ,,Prinzip'' von der Arbeiterklasse als führender Kraft einer Friedensbewegung vom Wunsch der Kommunisten zur Realität wird. Anders ausgedrückt: Worin besteht der politische Inhalt einer Friedensbewegung, die im Gegensatz zur heutigen ,,unter Führung der Arbeiterklasse'' steht?

Hier ist dann auch die spezialle politische Programmatik der MLPD an ihr Ende gekommen. Sie stellt der heute existierenden Friedensbewegung abstrakt die kommunistische Forderung nach Führung durch die Arbeiterklasse entgegen, ohne diese ,,Führung'' inhaltlich ausweisen zu können. Worin soll die Führung der Arbeiterklasse bestehen, wenn dieselbe nicht ein sich von den anderen Klassen unterscheidendes politisches Programm für den Kampf um den Frieden besitzt? Hier vermag die MLPD nur die Perspektive des Sozialismus als die Besonderheit der politischen Führung durch die Arbeiterbewegung anzugeben. Nur ist gerade die Friedensbewegung mit ihrer bis dato von allen gewünschten sozialen und politischen Breite eine demokratische Bewegung, deren Inhalt nicht der Umsturz der bestehenden Gesellschaftsverhältnisse ist. Daß es Aufgabe der Kommunisten ist, diese Perspektive in alle Kämpfe hineinzutragen, sollte unbestritten sein. Dies kann aber nicht ein konkretes Programm für die jeweils konkreten Bewegungen ersetzen. Gegenüber diesen Bewegungen keine andere Orientierung verfechten zu können als den Sozialismus, enthüllt programmatische Schwäche und Orientierungslosigkeit. Nicht einer Debatte über Kampfformen bedarf es heute in erster Linie, sondern Erarbeitung und Auseinandersetzung über ein demokratisches Programm der Arbeiterbewegung im Kampf für den Frieden. Ein solches Programm muß den Besonderheiten der deutschen Nachkriegsentwicklung Rechnung tragen und die politische Führung der Arbeiterbewegung inhaltlich begründen. Im folgenden soll kurz und mehr thesenartig auf diese Besonderheiten eingegangen werden.

Deutsche Spaltung und Wiederbewaffnung

,,Die Bundesrepublik wurde 1949 als eine Zwillingsschwester des Atlantikpaktes geboren. Vater war der kalte Krieg''. Mit dieser prägnanten Formulierung brachte der bürgerliche Historiker und Publizist Alfred Grosser das Wesen der Staatsbildung der BRD zum Ausdruck. Die BRD ist ein künstlich geschaffenes Staatsgebilde. Es wurde von den Westalliierten unter Bruch des Potsdamer Abkommens zu Beginn des sogenannten Kalten Krieges aus der Taufe gehoben. Die zeitliche Parallelität zwischen der Gründung der BRD am 24. Mai 1949 und der Gründung der NATO am 4. April desselben Jahres, auf die Grosser im obigen Zitat anspielt, ist kein Zufall. Beide Ereignisse gehören zusammen. Sie sind gemeinsam Ausdruck für eine grundlegende Wende der Politik der Westalliierten, besonders der USA, nach dem Ende des II. Weltkrieges.



Frans Masereel (aus ,,Clarté'', Hrsg. Henri Barbusse, 1937/38

1945 auf der Konferenz in Potsdam hatten sich die Regierungen Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion darauf geeinigt, das besiegte Deutschland zu entmilitarisieren, zu entnazifizieren und zu demokratisieren. Konkret heißt es dort: *,,Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benützt werden kann ... Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen, Kriegsverbrecher ... sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben ... und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen zu entfernen.''* Nur wenige Jahre später produziert die westdeutsche Industrie bereits wieder Rüstungsgüter und laufen eine Fülle diplomatischer Aktivitäten, um die Remilitarisierung Westdeutschlands durchzuführen.

Ursache für die veränderte Deutschlandpolitik der Westalliierten ist die Veränderung der internationalen Lage. Ist es in Potsdam nur Churchill, der mit dem Gedanken der Weiterführung des Zweiten Weltkrieges mit deutschen Truppen gegen die Sowjetunion spielt, so werden ähnliche Gedanken keine drei Jahre später zum Leitmotiv der amerikanischen Außenpolitik. Die Weigerung der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Länder, ihre Grenzen offenzuhalten für den freien Zustrom amerikanischer Waren und amerikanischen Kapitals, die Entstehung der im Bündnis mit der Sowjetunion stehenden Volksdemokratien Osteuropas, der sich anbahnende Sieg der chinesischen Revolution, dies sind die ökonomischen und politischen Faktoren, die zu einem grundlegenden Umschwung in der amerikanischen Deutschlandpolitik führten. Die Spaltung Deutschlands, die Eingliederung des westdeutschen Teilstaates in die sogenannte westliche Staatengemeinschaft und die Wiederbewaffnung dieses Teildeutschlands wurden neue Grundlagen der amerikanischen Europapolitik.

Diese neue amerikanische Deutschlandpolitik fand naturgemäß die volle Zustimmung der Industrie- und Finanzbarone Westdeutschlands. Um ihrer Enteignung und Bestrafung als Kriegsverbrecher zu entgehen, verwandeln sich die noch wenige Jahre zuvor einen extremen Nationalismus verfechtenden ,,Wirtschaftsführer'' in eifrige Europäer. Durch die Eingliederung der Kohle- und Stahlindustrie in ein kontinentaleuropäisches Wirtschaftssystem der Montanunion wird das Potsdamer Abkommen, das eine Entflechtung der deutschen Großindustrie, Zerschlagung der Kriegsindustrie und Bestrafung der Kriegsverbrecher vorsah, grundlegend unterlaufen. Ebenso europäisiert wie die Schwerindustrie soll die zu schaffende deutsche Armee werden. 1949 bereits bietet Adenauer öffentlich einen deutschen Wehrbeitrag zur Verteidigung Westeuropas an. Kurze Zeit später wird über eine Europaarmee verhandelt, deren Kernstück westdeutsche Streitkräfte unter westalliiertem Oberbefehl sein sollen. Im Mai 1952 wird der Vertrag über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) unterzeichnet, der aus den diplomatischen Aktivitäten politische Realität machen soll. Daß es zu dieser Europäischen Verteidigungsgemeinschaft schließlich

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

US-Einrichtungen in Bremerhaven und Umgebung stärker in die Aktionsperspektive der Bremerhavener Initiative für Frieden und Abrüstung (BIFA), einem umfassenden Bündnis aller relevanten Friedenskräfte in der Stadt, einzubeziehen. Eine gegen massive Einschüchterungsversuche erfolgreich durchgeführte Demonstration gegen einen NATO-Flottenverband im März 81, die Anti-NATO-Woche im Vorfeld der Bonner Anti-Reagan-Demonstration im Juni 82 und der Ostermarsch in diesem Jahr, der unter großer Beteiligung zur Carl-Schurz-Kaserne führte und dort kurzfristig die Zufahrt blockierte, waren Stationen auf diesem Weg. Gerade der trotz massiver Hetze in der Lokalpresse errungene Mobilisierungserfolg von 1500 Teilnehmern hat mit dazu beigetragen, der norddeutschen Friedensbewegung Bremerhaven als Ort der Herbstaktionen gegen die ,,Nachrüstung'' vorzuschlagen. Gewissermaßen als Vorübung für die Herbstaktivitäten wurden am 20. Juni von zeitweise 150 Leuten die Zufahrten zur Carl-Schurz-Kaserne blockiert, diesmals über einen Zeitraum von fünf Stunden.

Inzwischen ist in der BIFA nicht mehr umstritten, daß gerade die antimilitaristische Arbeit in einem Ort wie Bremerhaven antiimperialistische Bezüge nicht ausklammern kann. Die zentrale Auseinandersetzung läuft gegenwärtig — wie anders — entlang der ,,Gewaltfrage'', wobei sich hauptsächlich die Jusos augenblicklich mit ausgesprochen spalterischen Vorstößen unbeliebt machen. Trotzdem sollte es möglich sein, am 13., 14. und 15. Oktober eine breit getragene, geschlossene Aktion in Bremerhaven und Umgebung durchzuführen. Ein Erfolg dieser Aktion würde auch der örtlichen Friedensbewegung neue Impulse vermitteln.

KB Gruppe Bremerhaven

Antimilitarismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

doch nicht kommt, ist einem Veto der französischen Nationalversammlung geschuldet.

Nach dem Scheitern der EVG wird die Bundesrepublik mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge jedoch Mitglied des 1949 gegründeten Nordatlantikpaktes, und 1955/56 beginnt die massive Remilitarisierung Westdeutschlands. In dieser Entwicklung liegt eine innere Logik, die Adenauer in dem Satz zusammenfaßt: *„Auf dem Weg über die Wiederbewaffnung konnte die volle Souveränität der Bundesrepublik erreicht werden."* (2) Die Wiederbewaffnung der BRD war in der Tat die n o t w e n d i g e Konsequenz der künstlichen Schaffung des westdeutschen Teilstaates. Die Gründung der BRD wurde insbesondere von den USA direkt mit dem Ziel betrieben, ein wiedervereinigtes und neutrales Deutschland zu verhindern und stattdessen den westdeutschen Separatstaat fest in die ökonomische, politische und insbesondere militärische Formation der Westalliierten einzubinden. **Die deutsche Spaltung und die Wiederbewaffnung sind zwei voneinander nicht trennbare Momente des politischen Geschehens. Das eine, die Spaltung, hatte das andere, die Wiederbewaffnung, zum Ziel.**

Die volle Souveränität, von der Adenauer im obigen Zitat spricht, ist ein Ammenmärchen. Richtig an seinem Gedanken ist der Tatbestand, daß die Westalliierten eine ganze Reihe ihrer Hoheitsrechte an die Regierung der BRD abtraten im sogenannten General- bzw. Deutschlandvertrag von 1952 bzw. 1954. Die Abtretung dieser Hoheitsrechte war aber gebunden an die westdeutsche Unterzeichnung der EVG-Verträge bzw. — nach deren Scheitern — der Pariser Verträge und den damit vollzogenen Beitritt zur NATO. Anders ausgedrückt: Die Westalliierten gaben dem von ihnen geschaffenen Teilstaat in dem Moment einen Teil seiner Souveränität zurück, wo dieser Staat sich bereit erklärte, eine Armee unter ihrem Oberkommando zu bilden. Noch einmal: Die BRD-Gründung und die Wiederbewaffnung war der letztendliche Zweck der deutschen Spaltung und der Gründung eines westdeutschen Separatstaates. Hier deutet sich bereits eine der grundlegenden Problematiken der bisherigen Friedensbewegungen in der Geschichte der BRD an: **Jede dieser Bewegungen rüttelte** — ob es ihr bewußt war oder nicht, ob sie es wollte oder nicht, so begrenzt ihre Forderungen auch waren — **an den Fundamenten dieses Staatsgebildes BRD.**

Mit der Spaltung Deutschlands und der Eingliederung der BRD in die NATO war aber die durch die Ergebnisse des II. Weltkrieges entstandene deutsche Frage nicht gelöst. Und erst recht nicht das Problem eines Friedensvertrages mit dem besiegten Deutschland. Die Alliierten hatten mit ihrer „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands" vom 5. Juni 1945 „die oberste Regierungsgewalt in Deutschland" übernommen. Sie hatten weiter festgestellt, daß sie später *„die Grenzen Deutschlands oder irgendeines Teiles Deutschlands und die rechtliche Stellung Deutschlands oder irgendeines Gebietes, das gegenwärtig einen Teil deutschen Gebietes bildet, festlegen würden"*. Damit hatte das Deutsche Reich aufgehört zu existieren. Es war nach dieser Erklärung völkerrechtlich nicht mehr vorhanden.

Die neugegründete BRD bezog hierzu eine andere Stellung. In ihrem Grundgesetz geht sie von einer Fortexistenz des Deutschen Reiches aus, welches nur zeitweilig seiner Handlungsfähigkeit beraubt sei. Die Bundesrepublik Deutschland wird zum provisorischen Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches erklärt, bis dieses seine Handlungsfähigkeit zurückgewonnen hat. Hiervon leitet diese Republik ihren Alleinvertretungsanspruch für a l l e D e u t s c h e n ab (Weigerung, eine DDR-Staatsbürgerschaft anzuerkennen) und stellt zugleich die bestehenden Nachkriegsgrenzen in Mitteleuropa in Frage. Die Lösung der deutschen Frage wird fortan im Kontext des Grundgesetzes und des späteren Deutschlandvertrages als eine Angliederung an das bestehende Staatsgebilde BRD gesehen. Diese politische Orientierung wurde und wird sowohl von den Unionsparteien wie von der FDP und SPD getragen. Die Einbindung Westdeutschlands in die NATO wurde von den Staaten Osteuropas als Bedrohung ihrer Sicherheit aufgefaßt. Dieser westdeutsche Teilstaat erhob ja Ansprüche auf Teile ihres Territoriums. Eine Woche nach dem NATO-Beitritt der BRD konstituierte sich der Warschauer Pakt. Der Prozeß der Spaltung Deutschlands hatte zur Spaltung Europas in einander gegenüberstehende Militärblöcke geführt.

Der Kampf gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands war somit von Anfang an auch ein Kampf gegen eine revanchistische Politik der Wiederherstellung der deutschen Einheit und für eine demokratische Lösung der Deutschlandfrage. Eine solche Lösung aber stellt die Existenz beider Militärblöcke in Frage. Hier wird die Größe und Kompliziertheit der politischen Aufgabenstellung der Friedensbewegung in Westdeutschland ersichtlich.

Eine weitere Problemstellung ergibt sich aus dem Fortbestand gewisser alliierter Hoheitsrechte. Adenauer sprach von der vollen Souveränität, die die BRD mit dem Deutschlandvertrag 1954 erreicht hätte. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Die drei Westalliierten behielten sich mit diesem Vertrag nicht nur *„die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung"* vor (Artikel 2); sie behielten des weiteren nach diesem Vertrag auch *„ihre bisher ausgeübten und innegehabten Rechte in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in der Bundesrepublik"* (Artikel 4). Nach wie vor besteht die Verantwortung der vier Siegermächte für Berlin und alle Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen, einschließlich einer friedensvertraglichen Regelung, fort. Diese Rechte wurden von den Westalliierten im Deutschlandvertrag — einschließlich ihres Rechts auf Unterhaltung von Truppen auf westdeutschem Gebiet — erneut bekräftigt. Von der vollen Souveränität, die Adenauer behauptete, mit dem Deutschlandvertrag erreicht zu haben, konnte und kann bis heute nicht die Rede sein. Die alliierten Rechte bestehen fort und keine der vier Siegermächte denkt daran, sie aufzuheben. Demnach hat es die Friedensbewegung hier keineswegs mit einem vollständig souveränen Staat zu tun, und ihr Kampf gegen Militarisierung und Waffenstationierung kann und darf die Frage der alliierten Truppen auf deutschem Boden nicht umgehen.

Friedensbewegung und deutsche Spaltung

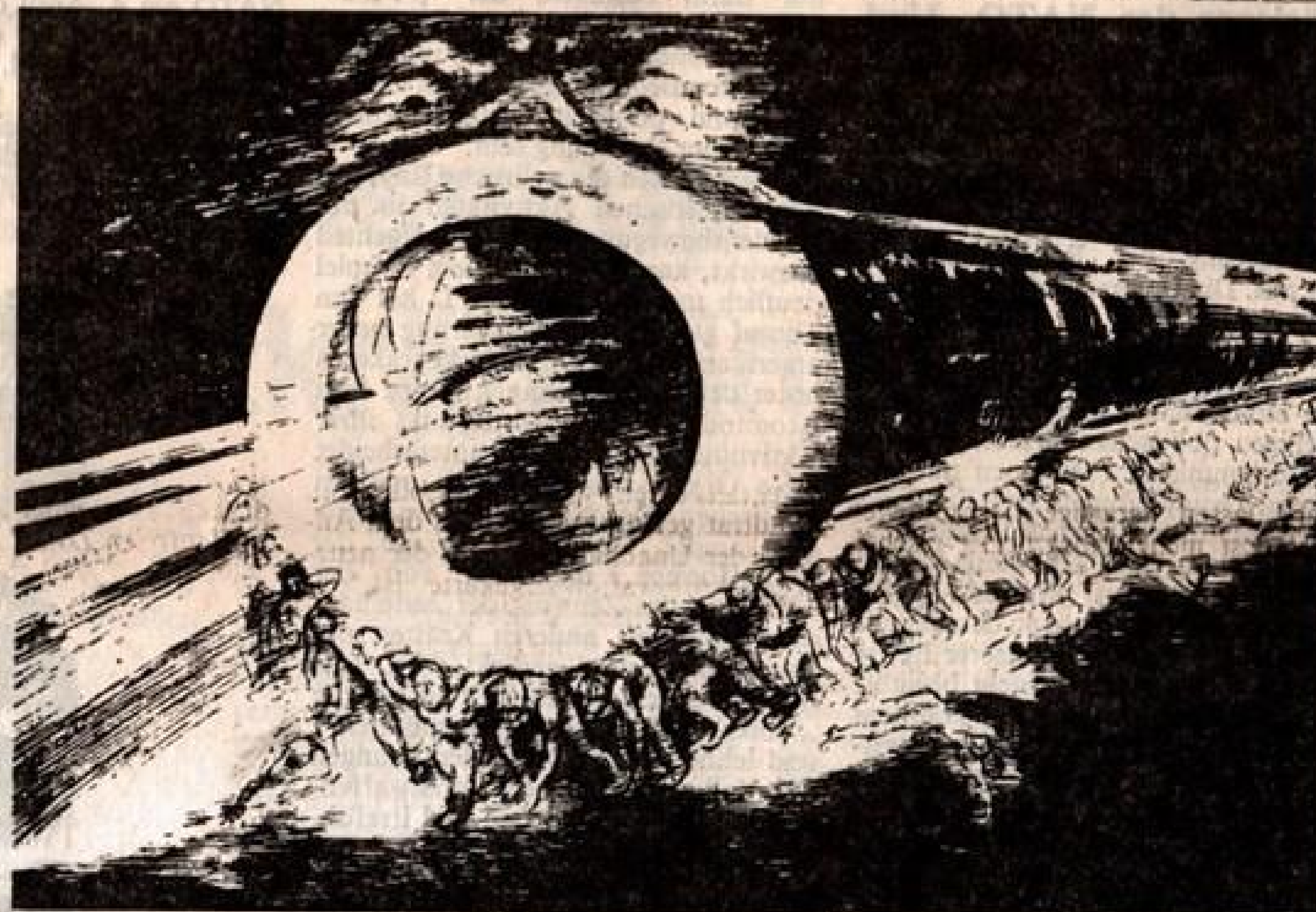
Diese Besonderheiten der deutschen Entwicklung müssen in der politischen Programmatik der Kommunisten deutlich werden. Welche politischen Schlußfolgerungen lassen sich aus der gerade gegebenen, noch sehr skizzenhaften und einseitigen Betrachtung der Geschichte Westdeutschlands gewinnen? (3)

1. Die Friedensbewegung hat in der Geschichte Westdeutschlands immer wieder gegen die sich aus der Spaltung Deutschlands ergebenden m i l i t ä r i s c h e n F o l g e n gekämpft (so gegen die Remilitarisierung bis 1955, gegen die Atombewaffnung bis 1958 und gegen die Bombe überhaupt, die Friedensbewegung in der 60er Jahren). Diese Folgen waren der konkrete Anlaß, an dem sich die Volksbewegungen entzündeten. Die p o l i t i s c h e U r s a c h e aber war der Bruch des Potsdamer Abkommens durch die Westalliierten, die Spaltung Deutschlands und die Verweigerung einer friedensvertraglichen Regelung mit Gesamtdeutschland. Hierin liegt das bis heute bestehende „Offenhalten der deutschen Frage" durch alle Beteiligten begründet. Ein demokratisches Programm müßte ebenso von diesem Punkt seinen Ausgang nehmen. An die Stelle einer friedensvertraglichen Regelung mit Gesamtdeutschland ist von Seiten der Westalliierten der General- bzw. Deutschlandvertrag von 1954 gesetzt worden. Ist es darum nicht legitim, die Forderung nach der Annullierung dieses Vertragswerkes mit all seinen Folgen zu erheben und statt des Deutschlandvertrags den Abschluß eines demokratischen Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten zu verlangen und diese Forderung in das Zentrum einer solchen Programmatik zu rücken? In unbewußter Form geschieht dies bereits durch Teile der Friedensbewegung, die den NATO-Austritt der BRD und den Abzug aller fremden Truppen fordern. Beides ist nichts anderes als das Verlangen nach der Beseitigung einzelner Folgen dieses Vertragswerks. Die darüberhinaus existierenden Probleme wie die noch immer bestehende begrenzte Souveränität Westdeutschlands sowie die in diesem Vertrag von den Westalliierten zugesicherte Unterstützung für eine revanchistische Lösung der „deutschen Frage", wurden mit diesen Forderungen unzureichend abgedeckt.
2. Trotz des Grundlagenvertrags mit der DDR und des Moskauer und Warschauer Vertrags weigert sich die Bundesrepublik Deutschland, die Grenze der DDR und die Oder-Neiße-Linie völkerrechtlich anzuerkennen (4). Die Forderungen nach der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR-Staatsgrenze, einer DDR-Staatsbürgerschaft und der Oder-Neiße-Linie müssen darum ein weiterer unverzichtbarer Bestandteil kommunistischer Politik in der Friedensbewegung sein. Dies umso mehr, weil diese Positionen (mit Ausnahme der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft) von keiner anderen politischen Kraft in der Friedensbewegung mehr vertreten werden.
3. Das „Offenhalten der deutschen Frage" ist hauptseitig ein Produkt der aggressiven Außenpolitik der Westalliierten und ihrer westdeutschen Verbündeten. Zugleich aber spiegelt sich in dieser Frage die berechtigte Sorge der V ö l k e r Europas vor einem wiedervereinigten Deutschland. Das geeinte Deutschland wurde nicht nur in reaktionärer Weise von oben durch die Bismarckschen Einigungskriege geschaffen, es enthüllte seinen aggressiven Charakter zugleich im Akt seiner Proklamation, die während des Krieges im besetzten Frankreich erfolgte. In dem sich anschließenden Jahrhundert überzog dieses geeinte Deutschland Europa und die Welt zweimal mit Krieg. Es ist darum nicht verwunderlich, daß nicht nur den Regierungen der USA und der UdSSR sowie der europäischen Staaten einschließlich der BRD an einem „Offenhalten der deutschen Frage" gelegen ist, sondern auch die Völker dieser Staaten einer deutschen Wiedervereinigung ablehnend gegenüberstehen. Die Forderung nach einer solchen Wiedervereinigung, egal in welcher Form, in das Zentrum der politischen Forderungen der Kommunisten in der Friedensbewegung zu rücken, bringt die westdeutsche Friedensbewegung in einen grundlegenden Gegensatz zu den demokratischen Bewegungen der anderen europäischen Länder.

Es darf nicht übersehen werden, daß die Frage der Fortexistenz e i n e r deutschen Nation keineswegs eindeutig geklärt ist. Verschiedene kommunistischen Organisationen in Westdeutschland haben dies als gegeben vorausgesetzt, ohne sich mit der notwendigen Ernsthaftigkeit mit den Argumenten ihrer Gegner auseinanderzusetzen. Ehe man die Forderung nach „Wiedervereinigung" zu einem politischen Programmpunkt macht, ist eine wissenschaftliche Klärung dieser Frage unabdingbar.

Ein weiteres grundsätzliches Problem bei der Forderung nach einer „deutschen Wiedervereinigung" ist die notwendige Abgrenzung gegenüber den Bestrebungen der deutschen Bourgeoisie zur Herstellung der deutschen Einheit. Verschiedene kommunistische Organisationen vermögen dies bisher nur durch den Verweis, daß eine solche Wiedervereinigung erst n a c h dem Sieg der sozialistischen Revolution in beiden deutschen Staaten angestrebt würde. Insofern hätte diese Losung in einem d e m o k r a t i s c h e n Programm für den Friedenskampf heute keinen Platz.

Zu diesen drei Problemkomplexen ist es notwendig, die theoretische Arbeit zu entwickeln, um über die Relevanz dieser Fragen Klarheit zu gewinnen und nach Möglichkeit einheitliche Vorstellungen der Kommunisten zu erarbeiten. Gelingt es uns, realitätstüchtige Antworten auf die Besonderheiten der deutschen Entwicklung zu geben, so haben die Kommunisten damit i n h a l t l i c h die führende Rolle der Arbeiterbewegung begründet und vermögen so der Friedensbewegung eine Perspektive über den Kampf gegen die Stationierung hinaus zu weisen.



Lea Grundig, Aufrüstung (aus der Folge: „Antifaschistische Fibel", 1941)

Politische Massenaktionen

Kommen wir nun zu den Möglichkeiten der heutigen Bewegung, die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen zu verhindern. Ein Blick in die Geschichte der Friedensbewegungen der 50er Jahre zeigt, daß diese Bewegungen sozial und politisch viel umfassender waren als die heutige Friedensbewegung. Zum einen stellte die Arbeiterklasse — wenn auch überwiegend von der Sozialdemokratie hegemonisiert — die Hauptkraft dieser Bewegungen. Zum anderen war ihre Sympathie in der Gesamtbevölkerung ungleich größer als heute. *„Als 1950 die Bewegung gegen die Wiederaufrüstung zustandekommt, ist sie wesentlich stärker als die heutige Friedensbewegung, selbst nach Bonn. Macht euch da keine Illusionen. Das hat verschiedene Gründe. Zunächst finden wir damals in der Arbeiterklasse noch Momente eines kämpferischen Klassenbewußtseins, das es in dem Maße heute nicht mehr gibt. Es verbindet sich teilweise mit dem Wirken der Widerstandskämpfergeneration, die damals noch nicht ausgestorben oder so geschwächt ist wie heute. Besonders wichtig aber ist: Wir haben da die Millionenmassen, die aus der Kriegsgefangenschaft zurückkommen und erklären: 'Wir lassen uns nicht noch einmal verheizen!' Die nachwachsende Generation ist derselben Meinung gewesen. Wenn man damals Meinungsumfragen im heutigen Sinn gehabt hätte und wenn sie funktioniert hätten, dann wären sicher siebzigprozentige Mehrheiten gegen die Wiederaufrüstung, gegen die EVG, gegen den NATO-Eintritt und somit gegen die Eingliederung in potentielle Kriegsfronten zustandegekommen."* (5) Trotzdem gelang es diesen Bewegungen nicht, die Remilitarisierung und die Lagerung von Atomwaffen in Westdeutschland zu verhindern. Sie konnten die konkreten Pläne b e hindern und verzögern, aber eben nicht v e r hindern. Dies läßt es nicht sehr wahrscheinlich erscheinen, daß der heutigen Friedensbewegung bei ihrem momentanen Entwicklungsstand ein größerer Erfolg beschieden sein wird; insbesondere, da bisher gerade die Arbeiterbewegung noch weitgehend abseits steht.

Diesem Tatbestand trägt die Friedensbewegung Rechnung, ohne ihn bewußt zu problematisieren, indem sie die Debatte auf solche Kampfformen konzentriert, die eine Stationierung keineswegs verhindern, sondern bestenfalls behindern können. Atomwaffenfreie Städte sind ebenso wenig ein Kampfmittel zur Verhinderung der Stationierung wie gewaltfreie Blockaden. Volksbefragung oder sogar der in der BRD staatsrechtlich unmögliche Volksentscheid. Dies spricht nicht gegen diese Kampfformen, ganz im Gegenteil: sie entsprechen dem Entwicklungsstand der Bewegung und sind in ihrer Mehrzahl geeignet, die Friedensbewegung in die Breite zu entwickeln. Zur Verhinderung der Stationierung bedarf es aber der politischen Massenaktion der Arbeiterklasse im Betrieb und auf der Straße, d.h. politischer Streiks und politischer Massendemonstrationen in erheblich größerem Umfang als bisher. Daß dies noch kein ernsthaftes Thema der Debatte ist, spricht nicht gegen die Friedensbewegung, sondern bescheinigt ihr gerade Realitätssinn. Es verdeutlicht aber, daß bei der m o m e n t a n e n Breite und politischen Kraft der Friedensbewegung eine Verhinderung der Stationierung kaum möglich sein wird.

Die Aktivitäten zur Volksbefragung werden von vielen als eine neue O f f e n s i v e der Friedensbewegung gesehen. In Wirklichkeit verdeutlicht gerade diese Aktion die Schwäche und strategische D e f e n s i v e, in der sich die Bewegung befindet. Sie vermag es (noch) nicht, Kampfformen zu wählen, die die Stationierung d i r e k t in Frage stellen und durch ihre politische Schlagkraft weitgehend verunmöglichen. Die „Volksbefragung", so angemessen sie dem momentanen Zustand der Bewegung ist, würde für die Herrschenden nicht mehr als ein lästiges Hindernis auf dem Weg zur Stationierung darstellen. Politische Schlagkraft, die zur direkten Infragestellung der Stationierungspläne befähigt, besitzt die Bewegung nur, wenn die Arbeiterklasse mit politischen Massendemonstrationen und Streiks das Gesicht der Kämpfe bestimmt.

Umso notwendiger ist unter diesen Bedingungen die Herausarbeitung eines demokratischen Programms der westdeutschen Kommunisten für den Friedenskampf, denn nur so kann die Arbeiterklasse politisch gewinnbringend in die Friedensbewegung einbezogen werden und derselben damit jene unabdingbare notwendige Stoßkraft geben, die imperialistischen Rüstungs- und Kriegspläne zu Fall zu bringen.

Alfred Schröder gehört zur Redaktion der „Aufsätze zur Diskussion" (AzD), dem Organ der Gruppe Neue Hauptseite Theorie, einer Organisation, deren Schwerpunkt in der Kritik der ML-Bewegung liegt (vgl. AK 217, Die II. Konferenz der NHT).

Anmerkungen

(1) „Rote Fahne", Zentralorgan der MLPD, Nr. 10/83, S. 5
(2) Konrad Adenauer, „Erinnerungen 1953-55", S. 332
(3) Diese Schlußfolgerungen sind notwendig begrenzt und vorläufig, da der Verfasser selbst über eine Analyse der deutschen Nachkriegsgeschichte nicht verfügt. Sie zeigen nur die Richtung an, in der seiner Meinung nach die theoretische Arbeit zu diesen Problemen entwickelt werden muß. In diesem Zusammenhang wird in einer der nächsten AzD-Nummern eine genauere Analyse der bisherigen Friedensbewegungen gegeben.
(4) siehe Hein Seefeld, „Krieg und Frieden in Europa und die Ostpolitik der BRD", Gelsenkirchen 1977; zu beziehen über: VTK-Verlag, 6000 Frankfurt/M. 1, Postfach 16741
(5) Wolfgang Abendroth, „Friedensbewegung und Arbeiterbewegung", (Gespräche), Marburg 1982, S. 18/19

Anmerkung der Redaktion zur Anmerkung 1: Die von A. Schröder beschriebene Position der MLPD gehört inzwischen schon der Vergangenheit an. Ebenso prinzipienfest, wie sie noch vor ein paar Wochen eine Volksbefragung als opportunistischen Verrat geißelte, hat sie neuerdings ihre alte Parole vom „Volksbegehren für einen Volksentscheid" fallen lassen und ist total auf die „konsultative Volksbefragung" eingeschwenkt.

Die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingefügt.

Atomwaffenfreie Zonen oder 'Kleingärten des Friedens'

Eine erste Bilanz der Kampagne

Seit über einem Jahr bereits ist in der Friedensbewegung die Kampagne für Atomwaffenfreie Städte und Gemeinden voll im Gange, in mehreren Hundert Städten laufen Unterschriftensammlungen für Beschlüsse der Stadträte, in über 40 Städten wurde bereits positiv abgestimmt, daß die Stadt sich gegen die Stationierung von Atomwaffen auf ihrem Gebiet ausspricht. In Dutzenden von Städten weigern sich die Bürgermeister und herrschenden Ratsfraktionen, das Thema überhaupt nur auf die Tagesordnung zu lassen, vielfach ergab sich auch eine Ratsmehrheit gegen derartige Beschlüsse. In Bayern sah sich die Landesregierung gar bemüßigt, positive Beschlüsse wieder ,,einzukassieren''. Im folgenden ein erster — notgedrungen unvollständiger — Überblick über den Stand der Kampagne.

,,*Eine Häufung kommunalpolitischer Resolutionen, mit denen sich Stadt- und Gemeinderäte sowie Landkreise gegen die konkrete Absicht, auf dem Gebiet ihrer Gemeinde, Stadt oder des Landkreises, Atomwaffen zu transportieren, zu lagern oder zu produzieren, aussprechen, kann dazu beitragen, die Bundesregierung derartig unter Druck zu setzen, daß die Durchführung der Stationierung politisch unmöglich wird*'', so Eva Michels (Aktion Sühnezeichen) zu den Zielen der Kampagne.

,,*Zugleich wächst die Einsicht in der Friedensbewegung, daß es nicht ausreicht, die Stationierung der neuen immer gefährlicheren Massenvernichtungswaffen zu verhindern, sondern daß ein völliges Umdenken in der Si-*

Wunsch ...

,,Die politische Wende in Bonn gab dann den letzten Ausschlag für die juristischen Purzelbäume (gemeint ist das Kassieren der Beschlüsse durch die Bayerische Landesregierung). Die CSU-Politiker sehen offensichtlich mit der Kampagne ,,atomwaffenfreie Zonen'' die Raketenstationierung gefährdet.''
(UZ, 23.6.83)

gefährdet.''
(UZ, 23.6.83)

cherheitspolitik erforderlich ist. Es gilt der Dynamik ungehemmter Aufrüstung die Dynamik der schrittweisen Abrüstung entgegenzusetzen ... Wir müssen mit ,dem Frieden machen' bei uns beginnen ... Schaffen wir eine Atomwaffenfreie Zone BRD. Dies wollen wir erreichen, indem wir dort, wo wir leben und Friedensarbeit tun, viele kleine Atomwaffenfreie Zonen proklamieren und errichten. Bis in die letzte Ecke der BRD. Atomwaffenfreie Zone Wohnung, Haus und Grundstück, Atomwaffenfreie Zone Schule, Krankenhaus, Betrieb, Universität, Altersheim, Kirche, Büro, Gefängnis, Kaserne ... Atomwaffenfreie Zone Straße, Stadtteil, Dorf, Gemeinde, Landkreis, Großstadt ... Atomwaffenfreie Zone Land, Wasser, Luft. Wir rufen auf: schaffen wir zahllose Atomwaffenfreie Zonen von unten, die sich vernetzen zu einer Atomwaffenfreien Bundesrepublik Deutschland'', so heißt es in dem Aufruf der ,,Gruppe Friedensmanifest '82'' (Okt.82), einer der Mitinitiatorinnen der Kampagne. Der Sekretär der Manifest-Gruppe, Klaus Vack, ergänzte diese Zielsetzung allerdings noch um einige konkretere ,,Feinheiten'':

,,*Atomwaffenfreie Zone heißt auch, daß gegen Manöver vorgegangen wird, bei denen in der Regel taktische Atomwaffen mitgeführt werden, daß gegen Tiefflugmanöver protestiert wird, da die Maschinen oft auch atomar bestückt sind. Atomwaffenfreie Zone das heißt auch, daß US-Waffendepots in unserem Lande einbezogen werden, denn im Prinzip handelt es sich bei diesen Depots um eine Art exterritoriales Gebiet, über das selbst die zuständigen Landräte oder Bürgermeister keine Informationen haben, was dort eigentlich gelagert ist.*'' (FR, 17.9.82) Aus diesen beiden Stellungnahmen ergibt sich bereits, daß die verschiedenen Träger unterschiedliche Zielvorstellungen mit der Kampagne verbinden. Zweifellos wäre eine breit angelegte Kampagne für Atomwaffenfreie Zonen, die diesen Begriff aber auch u m f a s s e n d auslegte (inkl. Munitionslager, nuklearfähige Geschütze, Munitionstransporte, entsprechende Rüstungsindustrie, Zivilschutzmaßnahmen für den Atomkrieg etc.) ein wichtiger Fortschritt in den Bemühungen der Friedensbewegung, erst recht dann, wenn die Friedensbewegung auch ersthaft daran ginge, diese Forderungen über einen Ratsbeschluß hinaus auch in die Tat umzusetzen. Unserem Überblick zufolge dürfte dies aber nur in einer absoluten Minderheit aller Fälle zutreffen. Im Großen und Ganzen scheint uns doch wieder einmal der in diesem Lande offenbar unvermeidliche pädagogische Zeigefinger das Konzept geschrieben zu haben: Verbreiterung der Friedensbewegung, Ansprechen neuer Menschen, ihnen die Möglichkeiten zu eigenen Aktivitäten bieten usw. usw. werden als wichtigste Motive genannt (nachzulesen in dem für die Kampagne nahezu unverzichtbaren Chronistenblatt ,,UZ''). Leider hat dieses pädagogische Herangehen zumeist den Haken, daß es — zudem freiwillig — einen großen Bogen um alle eventuell auftretenden Konflikte macht: weitestgehend gescheut wird der Bezug zur ,,Nach''rüstung (da dann die SPD den Ratsantrag nicht mehr unterstützen könnte), gescheut wird die Einbeziehung konkreter lokaler Militäranlagen, gescheut wird es, den Stadtrat auch auf konkrete Widerstandsmaßnahmen festzunageln, usw.

Teilweise ist es wirklich unklar, ob nicht ein gerüttelt Maß an Naivität in der Kampagne mitschwingt, tatsächliche Abrüstung zu erreichen. Einige Äußerungen von Aktivisten der Kampagne lassen derartige Vermutungen zumindest nicht unbegründet erscheinen. So zitiert z.B. Eva Michels einen ,,Aktiven aus der Bielefelder Friedensbewegung'': ,,*Es ist ein Weg, konkrete, faßbare Schritte zur Abrüstung in die Wege zu leiten. Durch intensive Arbeit in der Bevölkerung wird der Rat der Stadt unter Druck gesetzt, die Stadt Bielefeld zur Atomwaffenfreien Zone zu machen. Das ist zwar nur ein symbolischer Akt, kann aber zum Beispiel in den Städtetag weitergetragen werden.*'' (nach ,,Blätter für dt.u.int. Politik'', 8/82)

Kampagne für die SPD?

Kampagne für die SPD?

Die exakte Zahl der mittlerweile für atomwaffenfrei erklärten Städte und Gemeinden läßt sich für uns nicht feststellen, sie liegt nach Angaben der ,,Alternativen Kommunalpolitik'' (4/83) bei ,,mehr als 30'', nach Angaben der AL West-Berlin bei 45 (,,Der Stachel'', Mai 83). Letzteres dürfte in jedem Fall eher zutreffen, uns liegen entsprechende Meldungen aus 44 Städten vor. Realistischerweise kann man von einer Zahl zwischen 50 und 60 ausgehen. In über 300 weiteren Gemeinden soll die Kampagne angelaufen sein, hinzu kommt eine Reihe von Städten, in denen die Anträge abgelehnt wurden. In der Tat, eine ,,flächendeckende Aktion'' (UZ, 23.6.), die ,,das ganze Land ergriffen'' hat. Die Argumentation der DKP, mit dieser Aktion, die in den meisten Fällen mit umfangreichen Unterschriftensammlungen gekoppelt ist, laufe bereits eine Art Volksbefragung gegen die Raketen, hat insofern einen realen Kern, als daß sie in Massenmaßstab die Ablehnung der Raketenstationierung dokumentiert. Die Zählweise und Argumentation der DKP wird allerdings da unseriös, wo sie jede Stimme für eine Atomwaffenfreie Zone umstandslos in ein Votum gegen die ,,Nach''rüstung uminterpretiert. Diese Gleichsetzung scheint uns nicht zulässig zu sein, da eine entsprechende politische Verknüpfung: Atomwaffenfreie Zone = Nein zur ,,Nach''rüstung keineswegs in allen angenommenen Anträgen nachweisbar ist. Im Gegenteil: da die Kampagne nicht zuletzt auf die Einbeziehung der SPD zugeschnitten ist, konnte sie erst dadurch so ,,flächendeckend'' werden, daß die Frage der konkreten Ablehnung der ,,Nach''rüstung sorgsam ausgeklammert wurde, zugunsten einer eher allgemeinen Ausrichtung gegen Atomwaffen bzw. gegen die Stationierung von Atomraketen allgemein und auf einem bestimmten Stückchen heimischen Territoriums speziell. Eine Zustimmung insbesondere von SPD-Größen zu diesen lokalen Anträgen schließt also eine Zustimmung zur Stationierung von Pershings und Cruise missiles an einem anderen Ort keineswegs aus. Anders dürfte auch die bereits mehrfach erfolgte Zustimmung von CSU-Ratsmitgliedern zu Atomwaffenfreien Zonen kaum zu erklären sein; zu der verwegenen Interpretation, die Ablehnung der Stationierung ergreife inzwischen auch die CSU hat sich bislang jedenfalls noch niemand hinreißen lassen.

Die bisherigen Ergebnisse

Nürnberg:
Der Antrag zweier unabhängiger Stadträte wurde bereits im Januar 82 vom Stadtrat abgelehnt, entscheidend hierfür war u.a. das Stimmverhalten der SPD, die den Antrag für unzulässig erklärte. Da die SPD andererseits aber bereits 1958 für einen ähnlichen Antrag gefochten hatte, versuchte sie sich so aus der Klemme zu manövrieren, daß sie den alten Beschluß von '58 erneuerte. So wurde denn — mit den Stimmen der CSU — beschlossen: ,,*Der Stadtrat ist entschlossen, von sich aus keine Maßnahmen zu unterstützen, die der Stationierung oder Lagerung von Atomwaffen im Bereich der Stadt dienen.*'' Das klingt zwar ganz nett, sagt aber genaugenommen nichts darüber aus, ob Nürnberg denn nun tatsächlich atomwaffenfrei ist und vor allem bleibt. Immerhin besteht der offenbar begründete Verdacht, daß auf Nürnberger Stadtgebiet ,,*überschwere Geschütze gelagert (sind), die in der Lage sind, Atomgranaten abzuschiessen*''. Die Frage, ob die notwendige Munition ebenfalls bereits vorrätig ist, sollte vom Stadtrat geklärt werden (aus dem Antrag der Unabhängigen). In der neuesten Atomwaffen-Lagekarte ist das ,,atomwaffenfreie Nürnberg'' jedenfalls als Standort nuklearfähiger Haubitzen aufgeführt (s. Karl-Klaus Rabe, Atomwaffen in der BRD).

Zudem steckt der Teufel mal wieder im Detail: Die Formulierung ,,von sich aus ... unterstützen ...'' erlaubt — ansonsten wäre die Zustimmung der CSU kaum erklärlich — selbstverständlich auch die Interpretation, daß sich der Stadtrat einer vom Bund, NATO oder sonstwem verordneten Stationierung (und das ist ja der Regelfall) ohne größeres Murren beugen wird. Ein ziemlich eindeutiger Hinweis in Richtung dieser Interpretationsmöglichkeit ist je-

(und das ist ja der Regelfall) ohne größeres Murren beugen wird. Ein ziemlich eindeutiger Hinweis in Richtung dieser Interpretationsmöglichkeit ist je-

denfalls die Tatsache, daß auf Drängen von OB Urschlächter (damals noch SPD-Mitglied) folgender Satz aus der 1958 Resolution abgelehnt wurde: der Stadtrat werde einer ,,*Stationierung oder Lagerung von Atomwaffen im Bereich und im Großraum Nürnberg ent-*

... und Wirklichkeit

,,Und wenn es richtig losgeht, dann sind die Beschlüsse von Marl, Kassel, London und Amsterdam nichts weiter als das Flattern einer Friedenstaube vor dem Dröhnen der nuklearen Vernichtungsmaschinerie.''
(FR, 30.10.82)

schlossenen Widerstand entgegensetzen''. Genau genommen heißt das, daß der Stadtrat erstens keineswegs gegen den ,,Nach''rüstungsbeschluß Stellung nimmt, und daß er zweitens keineswegs aktiv gegen Atomwaffen in und um Nürnberg eintritt. Kommentar der ,,Nürnberger Nachrichten'' zum Verhalten der SPD: ,,*Daß der OB, daß Bürgermeister Prölß und fast die ganze alte Garde der SPD-Fraktion die Willensbekundung etwas schwächer haben wollten, dürfte daran liegen, daß sie ihrem Bundeskanzler und ihrer Bundespartei nicht noch mehr Probleme aufladen wollten.*'' (4.3.82)

Nimmt man/frau also für einen Augenblick das Anliegen der Kampagne wirklich ernst, d.h. eine Stadt wird a) von bereits gelagerten Atomwaffen tatsächlich befreit oder b) es gibt dort keine Atomwaffen, dann müßte aber sinnvollerweise beschlossen werden, alles für die Erhaltung dieses Zustandes zu tun und notfalls einen entsprechenden entschlossenen Widerstand anzukündigen (ansonsten käme ein solcher Beschluß über die simple Feststellung eines Tatbestandes ja nicht hinaus), so erfüllt Nürnberg im Grunde keinen dieser beiden Punkte. Im Gegenteil ist der Beschluß eher in der entgegengesetzten Richtung völlig offen. Sooo ,,atomwaffenfrei'' ist das ,,Atomwaffenfreie Nürnberg'' also gar nicht!

Kiel: Der Antrag der Grünen wurde mit den Stimmen von SPD und FDP angenommen. Ob die NATO-Gremien diesen Beschluß respektieren und ihrerseits Kiel aus der Liste der im NATO-Plan OPLAN-100 (von 1982) vorgesehenen Ziele der westlichen Atomraketen streichen, ist allerdings nicht bekannt.

Klein-Pampau in Schleswig-Holstein: Im Juni 1962 wurde mit den Stimmen der SPD die Ablehnung aller Bau- und Enteignungsmaßnahmen, die der Vorbereitung der Lagerung von ABC-Waffen dienen könnten, beschlossen.

Lindau will ebenfalls keine derartigen Maßnahmen unterstützen, verzichtete aber darauf, sich ausdrücklich für atomwaffenfrei zu erklären. Der Antrag für diesen Beschluß kam von der Bunten Liste und wurde einstimmig verabschiedet. Einen ähnlichen Beschluß ,,im Rahmen des geltenden Rechts'' faßte der Stadtrat von

Kassel: Herstellung, Lagerung und Transport von ABC-Waffen sollen vom Rat verhindert werden. Kassel will demnächst die erste bundesweite Tagung von Atomwaffenfreien Städten durchführen. Direkt zur Atomwaffenfreien Zone erklärt wurde im Juni 1982

Gross-Gerau/Mörfelden-Walldorf mit den Stimmen von Grünen, SPD und DKP. Im Beschluß ist allerdings ausdrücklich von einer ,,symbolisch atomwaffenfreien Zone'' die Rede.

München ist ähnlich wie Nürnberg zugleich Standort von nuklearfähigen Haubitzen und atomwaffenfrei. Auf ,,entschiedene Ablehnung'' würden demnach alle ,,eventuell wider Erwarten entstehenden Absichten'' zur Lagerung von A-, B- und C-Waffen stoßen. Welch ein Glück, daß die erwähnten Haubitzen, ohne die die Atomgranaten, aber auch die inzwischen in Bau gegebenen Neutronensprengköpfe, kaum brauchbar wären, keine Waffen sind — jedenfalls keine atomaren —, so daß auch die CSU zustimmen konnte. Von konkreten Anträgen, die Haubitzen aus München abzuziehen, um sicherzustellen, daß diese nicht im Ernst-

so daß auch die CSU zustimmen konnte. Von konkreten Anträgen, die Haubitzen aus München abzuziehen, um sicherzustellen, daß diese nicht im Ernst-

fall schnell mit den passenden Atomgranaten ausgerüstet werden, ist jedenfalls nichts bekannt.

Marl: 22 SPDler und 5 Grüne stellen die ,,trojanische Sowjetkavallerie'' dar (WAZ), die die Stadt zur Atomwaffenfreien Zone erklärte. Da der Antrag den Zusatz ,,im Rahmen seiner kommunalen Zuständigkeit'' enthalte, ist er nach Ansicht der CDU ,,nicht anfechtbar''. (taz, 2.10.82) Lediglich ,,Die Welt'' witterte weiteres Unheil: ,,*Außen- und Sicherheitspolitik sind Sache des Bundes, nicht der Länder oder gar der Gemeinden. Was wird die Stadt Marl als nächstes unternehmen — vielleicht den Beitritt zum Warschauer Pakt?*'' (24.2.83)

Insgesamt gibt es bislang alleine in NRW 19 Städte mit entsprechenden Beschlüssen: ,,*Neben Stolberg und Bielefeld haben sich in NRW bisher die Städte Marl, Oberhausen, Remscheid, Werne (mit den CDU-Stimmen), Bergneustadt, Rheinberg, Duisburg, Kamen, Moers, Aldenhofen, Herten, Monheim, Mülheim/Ruhr und Gladbeck zur ,atomwaffenfreien Zone' erklärt.*'' Abgelehnt wurden die Anträge dagegen in Bonn, Köln, Düsseldorf und Aachen. (taz, 5.7.)

Bremen ist das erste Bundesland, das eine Lagerung oder Stationierung von Massenvernichtungswaffen auf seinem Landesgebiet ablehnt. Nun ist Bremen als Hafenstadt, aber auch und vor allem als Umschlagplatz für derlei Waffen interessant und wichtig. Und siehe da: im Gegensatz zu den Beschlüssen anderer Städte taucht ausgerechnet dieser Punkt — Transport durch Stadtgebiet — in einem speziellen Passus auf, der wegen seiner grenzenlosen Präzision hier vollständig zitiert werden soll: ,,*5. In großen Teilen der Bremer Bevölkerung wächst die Sorge darüber, daß ABC-Waffen auf dem Gebiet des Landes Bremen ohne entsprechende Sicherheitsbedingungen auf örtlicher Ebene transportiert werden. In der Erkenntnis des objektiven Mangels an realen Möglichkeiten für Bremische Politik, entsprechende Vorkehrungen zu treffen* (nicht etwa: die Transporte zu stoppen! Der Verf.), *fordert die Bürgerschaft, daß die Bundesregierung durch ihre zuständigen Stellen den Senat darüber unterrichtet, ob im Gebiet des Bundeslandes Bremen ABC-Waffen transportiert werden. Falls dies zutrifft oder geplant ist, fordert die Bürgerschaft, daß durch Verhandlungen zwischen Bundesregierung und Bündnispartnern erreicht wird, daß Sorgen der Bevölkerung vor Gefährdung vor Ort durch Transport von Massenvernichtungswaffen durch entsprechende Regelungen Rechnung getragen wird. Dieses ist am ehesten durch Einstellung der Transporte zu erreichen.*'' (zit. n. UZ, 19.3.83). Wohlgemerkt: am ehesten! Der Senat wird

> **Atomwaffenfreie Städte**
>
> Aldenhoven, Bremen, Bielefeld, Bergneustadt, Darmstadt, Dortmund, Ebsdorfer Grund, Erlangen, Duisburg, Friedberg, Kreis Groß-Gerau, Hannoversch Münden, Mülheim/Ruhr, Monheim, Hattingen, Herstein Pfalz, Kassel, Kaufungen, Klein Pampau, Lindau, Marl, Mörfelden-Walldorf, Moers, Nürnberg, Oberhausen, Randerfehn, Remscheid, Rendsburg, Seeheim-Ingenheim, Troisdorf, Werl, Werne, Westerland, Wilhelmshaven, Lüdenscheid, Kiel, Saarbrücken, Gladbeck, Stolberg, Kürten, Rheinberg, Kamen, Herten

also aufgefordert, mal nachzufragen, ob sich da eventuell was sicherer machen ließe, und ansonsten doch ruhig alles so zu lassen, wie es ist. Ungeachtet dessen jubelte die KPD das ganze gleich noch etwas höher: ,,*Nach Auffassung führender Repräsentanten* (???) *der Bremer Friedensbewegung hat die Bürgerschaft das Land de facto zur atomwaffenfreien Zone erklärt.*'' Nun ja, alles eine Frage der Interpretation, ,,de facto'' sind wahrscheinlich 60 - 70% aller Städte und Gemeinden atomwaffenfrei. Dem reinen Wortlaut des Beschlusses ist dieses jedenfalls nicht zu entnehmen.

60 - 70% aller Städte und Gemeinden atomwaffenfrei. Dem reinen Wortlaut des Beschlusses ist dieses jedenfalls nicht zu entnehmen.

Einen der weitestgehenden Beschlüsse faßte das Stadtparlament von **Offenbach:** ,,*Der Magistrat wird beauftragt, allen Plänen zur Stationierung oder Lagerung von Atomwaffen ... im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen. Insbesondere ist jede Unterstützung solcher Pläne durch Bereitstellung von Grundstücken oder Versorgungsleistungen in jeder Form abzulehnen.*''

Abgelehnt!

Unter Berufung auf ein BVG-Urteil von 1958, das es den Kommunalparlamenten verbietet, zu allgemeinpolitischen Problemen Beschlüsse und Resolutionen zu verabschieden, scheiterte eine ganze Reihe von Anträgen bereits vor der Debatte im Rat. Es gibt mittlerweile aber mehrere Verwaltungsgerichtsurteile, die die Absetzung des Themas von der Tagesordnung für unzulässig erklären. Zahlreiche Anträge wurden aber auch bereits von einer Ratsmehrheit abgelehnt: u.a. in Köln, Bonn, Aachen, Düsseldorf, Frankfurt, Dortmund, Mühldorf.

In **Heilbronn**, immerhin Standort von Pershing I-Raketen wurde ein offenbar recht allgemein gehaltener Antrag von SPD und Grünen durch den SPD-Oberbürgermeister blockiert, der die Tagesordnung nach eigenem Ermessen aufstellen kann und das Thema einfach nicht draufsetzte. (FR, 15.9.82)

In **Leverkusen** stimmten genau 11 Ratsmitglieder über den Antrag ab. Neben 3 Alternativ-Grünen gab es zwei Ja-Stimmen aus der SPD, 6 anwesende CDUler reichten für die Ablehnung aus. Alle anderen Ratsmitglieder beteiligten sich erst gar nicht an der Abstimmung, die SPDler mit der phänomenalen Begründung: ,,*Das Gewaltmonopol*

habe halt die Bundesregierung, ihre Sache sei es, etwas zu unternehmen. Seine Partei (die SPD) vertraue ihrem Kanzler. Die SPD-Parteitagsbeschlüsse seien eindeutig. (Wie wahr!) Die Partei wolle erst 1983 die Frage der Nachrüstung entscheiden.'' (SPD-Stadtrat Singer nach ,,Neue'', 23.7.82).

In **Mainz** kippte SPD-OB Jockel Fuchs einen Antrag gegen den Rest seiner Partei.

In **Moers** brachte die FDP den Antrag ein, die SPD formulierte daraufhin einen Gegenantrag, der nur einen allgemein gehaltenen Friedensappell enthielt und sich auf die Genfer Verhandlungen berief, dafür aber auch die CDU-Stimmen auf sich vereinen konnte. (Infodienst der DFG/VK für die Kampagne, Nr. 3)

Hamburg: Der Antrag der GAL, Hamburg zur Atomwaffenfreien Zone zu erklären, wurde bekanntlich am Antikriegstag '82 von der SPD verhindert. In einer ,,langen Nacht'' waren alle SPDler, die geneigt schienen, den Antrag zu unterstützen, unter Fraktionszwang gesetzt und auf eine Ablehnung verpflichtet worden. Da solches in der SPD so ungefähr der höchste aller Werte überhaupt ist, beugten sie sich und ließen die GAL abblitzen. Die offizielle Begründung: der Antrag beabsichtige nur die SPD zu spalten und öffentlich ,,vorzuführen''. Abgelehnt wurde der Antrag somit auch von den SPD-Bürgerschaftsmitgliedern (wie Klose) und der ASF, die sonst mit Unterschriftenlisten hausieren gehen, auf denen sie nichts anderes fordern, als eben eine Atomwaffenfreie Zone Hamburg.

Umgehend lief allerdings eine Kampagne an, über Unterschriftensammlungen und die Errichtung atomwaffenfreier Bezirke das Ziel doch noch zu erreichen. Atomwaffenfrei — wie zuvor — ist inzwischen HH-Eimsbüttel, mit den Stimmen von SPD und GAL. Gleichzeitig ersuchte die Bezirksversammlung den Hamburger Senat, sich im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, daß die Stationierung der Mittelstreckenraketen abgelehnt wird (nach ,,Hamb. Rundschau'', 3.2.83). Was ein Regierungswechsel in Bonn doch so alles ausmacht!

Hamburgs Bürgermeister v. Dohnanyi zu dem Beschluß: ,,Unsinnig'', die Welt werde sich dadurch nicht verändern. Noch rrradikaler äußerte sich sein Fraktionsvorsitzender Voscherau: *,,Die SPD will, daß ganz Europa atomwaffenfrei wird''* und das geht dann so: *,,Das Grundgesetz weist die Außen- und Sicherheitspolitik dem Bund zu. Dabei muß es auch bleiben. Und für Hamburg können die Bezirke ja wohl nicht an der Septembersitzung der Bürgerschaft vorbei eigene Sicherheitspolitik machen. Ich lehne jede Regionalisierung der Friedens- und Sicherheitspolitik strikt ab, weil sie zur Entsolidarisierung führt und gefährliche Folgen haben kann.''* (,,Bild'', 7.2.83) Das ist zweifellos der allersicherste Weg, daß eines Tages gaaanz Europa gaaanz atomwaffenfrei wird. Konsequenterweise lehnte die SPD im Bezirk Nord eine Verabschiedung eines entsprechenden Antrages erstmal ab. Nord ist nämlich der Wahlkreis von Ex-Kriegsminister Apel und zu jener Zeit war gerade Bundestagswahlkampf. Da wollten die Genossen ihren Obernachrüster nicht zu sehr blamieren ... In Hamburg-Mitte legte die SPD einen Antrag vor, der im Sinne Dohnanyi's gleich die Abschaffung aller Atomwaffen in Europa förderte sowie ,,ernsthafte Verhandlungen in Genf''. Natürlich kein Wort über die ,,Nach''rüstung, die Ausrufung einer Atomwaffenfreien Zone HH-Mitte wurde als ,,Flickenteppich-Theorie'' abgelehnt, usw. usw. Und wenn sie nicht gestorben sind ... Dennoch haben inzwischen vier Hamburger Bezirke (von insgesamt 7) den historischen Schritt vollzogen, ein erneuter Anlauf im Senat wird geplant.

Massive Rückendeckung erhielt die Hamburger SPD durchgängig von der DKP und dem Hamburger Forum (KOFAZ dominiert). Hatten diese Kreise schon nach der legendären Septembersitzung der Bürgerschaft ihre Kritik gleichmäßig an SPD und GAL verteilt, der sie unkluges taktisches Vorgehen (d.h. zu wenig Rücksicht auf die komplizierte Situation der SPD) vorwarfen, so verhinderten sie für den zweiten Anlauf, daß irgendetwas in den Resolutionstext aufgenommen wurde, was der regierenden SPD mehr als ein symbolisches Händeheben abgenötigt hätte: Abgelehnt wurde, den Antrag auch auf B- und C-Waffen ausweiten, abgelehnt wurde eine Aufforderung an den Senat, seiner Informationspflicht gegenüber den Bürgern bezüglich aller schon geplanten oder getroffenen diesbezüglichen Maßnahmen nachzukommen usw. Besonders peinlich ist in diesem Zusammenhang: Nur wenige Tage nachdem seine westdeutschen Genossen es abgelehnt hatten, für Hamburg eine C-waffenfreie Zone zu fordern, stellte sich der DDR-Vertreter in der UNO hin und forderte: ,,Zonen-frei von chemischen Waffen''!! (UZ, 12.11.82) Inzwischen gibt es sogar eine Aufforderung des HH-Forums an die GAL, auf die Einbringung des Antrags bis nach dem SPD-Landesparteitag zu warten.

Über die Bezirke hinaus wäre noch erwähnenswert, daß Hamburg über mindestens 20 Straßen, 4 Lehrwerkstätten, 4 Uni-Fachbereiche und das Fernmeldeamt 4 verfügt, die allesamt atomwaffenfrei sind.

Keine realen Erfolge

Nüchtern betrachtet ergibt die Auswertung des bisherigen Verlaufes der Kampagne für atomwaffenfreie Zonen, daß in der Sache bislang keine realen Erfolge erzielt wurden, es sei denn man wertet alleine die folgenlose Verabschiedung eines Beschlusses bereits als Erfolg. Wo überhaupt Atomwaffenfreie Zonen errichtet wurden, beschränken sie sich durchgehend darauf, eventuell in der Zukunft geplante Transport-, Lagerungs-, oder Stationierungsvorhaben abzulehnen, ohne aber dann zumindest für diesen (zumeist unwahrscheinlichen) Fall auch entsprechenden Widerstand anzudrohen. Dieser Fall müßte genaugenommen aber spätestens für Kriegszeiten als möglich unterstellt werden, da ein Teil der Atomwaffen ja mobil ist bzw. in seine Feuerstellungen gebracht werden muß. Derlei Realitäten werden aber im Großen und Ganzen zugunsten eines eher friedenspädagogischen Herangehens ausgeblendet. Die Bürger sollen durch derlei kleine Schritte dazu gebracht werden, den Herrschenden gegenüber ihre Meinung zu bekunden, sie sollen so in Friedensaktivitäten einbezogen, aktiviert werden usw. Um über solche Umwege die Breite der Friedensbewegung zu dokumentieren und auch die SPD so weit wie irgend möglich einzubeziehen (und das heißt in der Praxis: die SPD als Partei insgesamt) wird fast vollständig darauf verzichtet, die Frage der ,,Nach''rüstung in die Kampagne miteinzubeziehen. In den Städten, in denen es erheblich interessanter hätte werden können, wenn lokale Militärstützpunkte, Rüstungsbetriebe oder ähnliche, tatsächlich kriegswichtigen Objekte in die Kampagne mitaufgenommen worden wären, wurde ebenfalls weitgehend darauf verzichtet, es auf reale Konflikte ankommen zu lassen, weil dann natürlich die Annahme des Antrages gefährdet gewesen wäre. Hauptsache der Beschluß wurde gefaßt. So kommt, zumal wenn die Kampagne so weiterläuft, zwar tatsächlich ein vielleicht ganz ansehnlicher ,,Flickenteppich'' aus atomwaffenfreien Zonen zustande. Dieser Teppich wird aber überall genau dort Löcher haben, wo die tatsächlich für einen Krieg bedeutsamen Raketen, Geschütze, Häfen und Fabriken stehen. Die Befreiung dieser Löcher von Atomwaffen und ähnlichem Gerät wird ohne Konflikte kaum zu erwirken sein. Respektable Ergebnisse, die auch nicht unterbewertet werden sollen, erzielte die Kampagne allerdings in der Zahl der gesammelten Unterschriften und der ansatzweisen Mobilisierung und Gewinnung neuer Mitstreiter für die Friedensbewegung und — örtlich verschieden — der Auseinandersetzung mit der SPD. Für diese ging die — eher symbolische — Nagelprobe auf den von ihr selbst penetrant bekundeten Friedenswillen stellenweise bös ins eigene Auge. Dies ist ein Aspekt, der von zahlreichen Linken, die bestenfalls ein weises, abgeklärtes Lächeln für diese Kampagne übrig haben, glatt übersehen wird.

Die bisherigen Ergebnisse lassen jedenfalls den Schluß zu, daß eigentlich nichts gegen eine solche Kampagne der Friedensbewegung spricht, aber alles dafür, sie dann auch richtig ernst zu nehmen und sich nicht freiwillig von vorneherein mit symbolischen Ergebnissen zufrieden zu geben.

Antimil-Kommission
KB Göttingen

Atomwaffenfreie Dörfer

fr. Die Mode breitet sich aus, daß einzelne Gemeinden sich zu „atomwaffenfreien Zonen" erklären. Das hat mit der Nachrüstungs-Frage zu tun; „Atomwaffenfreiheit" ist eine propagandistische Form des Neins. Doch sind Gemeinden nicht zuständig für Außenpolitik. Folglich geraten solche Beschlüsse unter die Kommunalaufsicht. Das Bundesverfassungsgericht hat sich in einem vergleichbaren Fall schon 1958 geäußert. Eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr, zu der es dann nicht gekommen ist, stand zur Debatte. Die SPD, auch damals in der Opposition, versuchte über von ihr bestimmte Gemeinden Volksbefragungen dagegen zu veranstalten. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: das gehe nicht, weil die Gemeinden nicht zuständig seien. Schreitet aber jetzt die Kommunalaufsicht dort ein, wo die SPD regiert, heißt es in der Partei, der jeweilige Innenminister sei für die Nachrüstung. Doch auch SPD-Innenminister sehen, daß gemeindliche Beschlüsse über Atomwaffenfreiheit nicht nur rechtswidrig, sondern lächerlich sind. Also hat man es gern, wenn die Gerichte entscheiden. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat jetzt den Politikern den Gefallen nicht getan: Beraten dürfen die Gemeindeparlamente, aber nicht entscheiden. Damit muß die SPD selbst sehen, wie sie sich verhält.

aus: Frankf. Allgemeine, 6.6.83

Atomwaffenfrei

sind darüberhinaus:
— die Lehrwerkstatt von Daimler-Benz in Stuttgart, immerhin die zweitgrößte Lehrwerkstatt in Baden-Württemberg
— das Büro des DGB-Kreises Neu-Ulm
— die Oberschlesienstraße in Münster, die Erklärung erfolgte in einer feierlichen Zeremonie ,,unter den Klängen der Schalmeienkapelle Münsterland''
— das CVJM-Haus in Oberhausen
— die 3. Kompanie des Feldartilleriebataillons 31 in Lüneburg (taz, 9.3.83)
— die Häuser der hessischen Naturfreunde
— der Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Kiel
— die Katholische Studentengemeinde in Aachen (was natürlich umgehend das unvermeidliche Interview mit einem ,,UZ''-Volkskorrespondenten nach sich zog)
— das Heinrich-Lanz-Krankenhaus in Mannheim (der 1. Atomwaffenfreie Betrieb der Stadt!)
— die Agathenstraße in Hamburg
— das Theologische Stift in Göttingen (Studentenwohnheim) usw. usw. usw. (entnommen diversen Ausgaben der UZ).

Damit aber nicht genug: warum sollte der Begriff ,,Zone'' denn auch ausschließlich so ausgelegt werden wie er gemeint ist, nämlich rein räumlich? Da werden doch ungeahnte Möglichkeiten, in weitere Dimensionen vorzustoßen, schlicht verschenkt! Und siehe da: es geht auch anders! Mit dem ihnen eigenen Gespür für alles, was feste Grenzen übersteigt, haben es die Teilnehmer des evangelischen Kirchentages in die Hand genommen und auch ,,vollbracht'': der Evangelische Kirchentag wurde ,,atomwaffenfrei''! Nicht der Platz des Geschehens, oder gar ganz Hannover, nein — der Kirchentag! Alle Achtung, ein nachahmenswertes Beispiel. Und ausbaufähig.

Atomwaffenfrei erklärt werden könnten z.B. auch noch: das gemeinsame WG-Frühstück, die Urlaubsreise, die Zeit der französischen Revolution (posthum selbstredend), das Päckchen an Petra, sowie — und das scheint überhaupt mit der dynamisch-progressivste Aspekt dieser Erweiterungskampagne zu sein: die Unzahl von Zweier-, Dreier- und Viererbeziehungen (ohne Ansehen des Geschlechtes) in diesem unserem Lande! Eine Atomwaffenfreie Zweierkiste, affengeil! Die AK-Redaktion ist sich allerdings noch uneinig, ob es in diesen Fällen ausreicht, von 50% der Beteiligten ein positives Votum einzuholen oder ob zumindest hier die magische Zahl von 100% als Voraussetzung unerläßlich ist. Wir werden über den Fortgang der internen Debatte (in die das LG eingeschaltet wurde) demnächst und ausführlich berichten und begnügen uns zunächst damit, Vorgarten und Hinterzimmer des Redaktionsgebäudes nach genauester Inspektion für atomwaffenfrei zu erklären.

Karte aus der UZ — Ostern 1983

Westpapua - Die Vernichtung eines Volkes

Am 6. August 1981 zogen sechs junge Papuafrauen im Trance und einem Stirnband mit der Aufschrift „Gott helfe uns“ geschmückt vor den Palast des indonesischen Gouveneurs in Jayapura, der Hauptstadt Westpapuas, zogen die Fahne der indonesischen Besatzungsmacht ein und hißten die Papuaflagge. Dann sangen und tanzten sie um den Mast herum, bis die anfangs überraschten indonesischen Soldaten sie verhafteten. Noch heute sitzen sie ohne Prozeß im Gefängnis, wo sie mißhandelt wurden.

Ihre Aktion war ein Beispiel für den Selbstbehauptungswillen und den Widerstandsgeist eines Volkes, das auf einer Insel am Ende Welt unter Ausschluß der Öffentlichkeit immer mehr dezimiert wird.

Die Insel Papua Neu Guinea war seit Ankunft der ersten Weißen im 16. Jahrhundert Spielball verschiedener Großmächte. Im 19. Jahrhundert teilten sich die Niederlande, England und Deutschland die Insel untereinander auf. Der englische Ostteil wurde nach dem ersten Weltkrieg gemeinsam mit dem bis dahin deutschen Teil australisches Treuhandgebiet und erlangte 1975 seine staatliche Unabhängigkeit.

Der Westteil blieb auch nach der Unabhängigkeit der Kolonie ‚Niederländisch-Indien‘ (heute Indonesien), 1949, unter niederländischer Verwaltung. Auf Druck der USA verließen die Niederlande Westpapua schließlich am 1. Oktober 1962. Bis zum 1. Mai 1963 lag die Kontrolle der Insel in den Händen der UNO. Danach übernahm eine provisorische indonesische Verwaltung die Macht, deren wichtigste Aufgabe die Durchführung freier Wahlen darstellte. Dadurch sollten die Papua, die bisher noch niemand gefragt hatte, selbst über die Zukunft ihrer Insel entscheiden.

Doch kaum hatte der letzte UNO-Beamte seinen Fuß von der Insel gesetzt, machte die indonesische Regierung deutlich, daß sie für Westpapua nur eine Möglichkeit sah: Die 26. Provinz Indonesiens „Irian Jaya“ zu werden. In dieser Hinsicht war eine völlige Kontinuität der indonesischen Politik auch nach dem blutigen Militärputsch von 1965 gewährleistet.

Zwar organisierten die Militärs am 2. August 1969 „Wahlen“, doch selbst der UN-Beobachter, der bolivianische Diplomat Ortiz Sanz, sprach von einer „Wahlfarce“. Da die Westpapua für eine Volksabstimmung angeblich zu „dumm“ und „primitiv“ seien, bestimmten die indonesischen Behörden 1.025 „Repräsentanten“, die anstelle der Bevölkerung „wählen“ sollten.

Vor der öffentlichen „Abstimmung“ wurden sie von dem Brigadegeneral Ali Murtopo, einem der gefürchtetsten Gehirnwäscher, massiv eingeschüchtert und bedroht. So überraschte das „einstimmige“ Ergebnis für Indonesien nicht.

Bedauerlich war die Rolle der UN-Vollversammlung, deren Delegierte wissen konnten, was in Westpapua vorgegangen war. Indem sie am 19. November 1969, mit Ausnahme der meisten schwarzafrikanischen Staaten, den Verbleib Westpapuas bei Indonesien anerkannte, zeigte sie einmal mehr, wie sehr das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker von der politischen Opportunität abhängt.

Um sich gegen das indonesische Expansionsstreben zu wehren, organisierten sich die Papua 1965 in der Befreiungsbewegung OPM (Organisation Papua Merdeka, Organisation Freies Papua). Die Operationsgebiete der OPM liegen im Landesinneren, wo der undurchdringliche Urwald gutes Gelände für den Guerillakrieg bietet. Zudem stellt der Ostteil der Insel, dessen Grenze unkontrollierbar ist, ein mögliches Rückzugsgelände dar.

Am 1. Juli 1971 rief die OPM offiziell die Unabhängigkeit des Staates Westpapua aus. Die beiden wichtigsten politischen und militärischen Führer zu der Zeit waren Jacob Prai und Seth Rumkorem, ein ehemaliger Offizier der indonesischen Armee. Heute leben beide im Exil.

Die OPM, die über keinerlei internationale Unterstützung verfügt, ist der indonesischen Armee an Ausrüstung und Bewaffnung weit unterlegen. Viele der Widerstandskämpfer besitzen nur Pfeile und Speere, Feuerwaffen sind häufig die Ausnahme. Dagegen kann die von den Westmächten hochgerüstete indonesische Armee die effektivsten „Anti- Guerilla- Waffen“ wie Kampfhubschrauber einsetzen. Gerade den Bombardements aus der Luft sind die Papua schutzlos ausgeliefert.

Trotzdem konnte die OPM bis in die 70er Jahre hinein sehr wirksamen Widerstand leisten. Vor den Parlamentswahlen 1977 nahmen ihre Aktivitäten gegen die Besatzer ein solches Ausmaß an, daß die Regierung die Wahlen in ihrer unfreiwilligen Provinz um sieben Monate verschieben mußte. 1978 gelang einer OPM-Einheit die Gefangennahme sieben hoher Militärs.

Seitdem zeigt der Besatzungsterror immer mehr Erfolg. Die indonesische Armee begnügt sich nicht mit Einsätzen gegen aktive Guerillakämpfer, sondern versucht den Widerstand der Bevölkerung durch Massaker an Zivilisten zu brechen. Am 3. Januar 1978 schrieb die französische Zeitung „Le Monde: *„Jedem Schlag der Guerilla folgen sofort neue Repressionen ... Nach Gerüchten, die nicht überprüfbar sind, werden für jeden erschossenen indonesischen Soldaten Papua ermordet und Dörfer bombardiert.“*

Der Niederländer Kees Lagerberg, der von 1951 — 1961 in Westpapua gelebt und später ein niederländisches Entwicklungsprogramm geleitet hat, schätzt die Gesamtzahl der seit 1963 ermordeten und im Kampf getöteten Papua auf 100.000 — 150.000. 1981 begann die Operation „Reinemachen“ (Clean Sweep), die eine weitere Verschärfung des Terrors bedeutete. Danach wurden Angehörige der Widerstandskämpfer systematisch ermordet oder in die Gefängnisse verschleppt. Diese Maßnahme verfehlte ihre Wirkung auf die Widerstandsmoral der OPM nicht.

Im ganzen Land existieren mehrere Dutzend Gefängnisse und Lager; allein vier in der Umgebung von Jayapura. Unter ihnen ist das berüchtigte Ifargunung Gefängnis, dessen unterirdische Zellen voll Wasser gepumpt werden können, sodaß die Gefangenen ertrinken.

Vergewaltigung von Frauen, Folter und Exekution ohne Prozeß gehören in allen Gefängnissen zur Tagesordnung. Eine andere Art, Westpapua unter Kontrolle zu bekommen, ist die Ansiedlung von Javanern. Dies wird offiziell mit der Überbevölkerung auf Java begründet; ein auf den ersten Blick überzeugendes Argument, lebt doch die Hälfte der 140 Millionen Indonesier auf der vergleichsweise kleinen Insel.

Betrieben die herrschenden Militärs jedoch nicht eine Politik des hemmungslosen Ausverkaufs „ihres“ Landes an multinationale Konzerne, wäre ihre Besorgnis angesichts der Überbevölkerung auf Java eher glaubwürdig. Darüber hinaus wird angesichts der Rolle, die die Javaner in Westeuropa spielen, deutlich, welche wirklichen Gründe das Umsiedlungsprogramm hat.

Nach dem Bericht eines niederländischen Fernsehteams, das die Insel im Herbst 1981 besuchen durfte, leben in Westpapua inzwischen 400.000 Javaner neben einer Millionen Papua. Die Javaner sitzen fest in allen administrativen Machtpositionen, kontrollieren die Wirtschaft einschließlich des Kleinhandels (allein die multinationalen Konzerne entziehen sich ihrer Kontrolle) und behandeln die Papua als Menschen zweiter Klasse und „niederer Rasse“.

Neben dem javanischen Anspruch, das territoriale Erbe der Kolonialzeit anzutreten, bilden wirtschaftliche Interessen die wichtigsten Triebfedern für das neokolonialistische Auftreten der Indonesier in Westpapua.

Bereits 1907 entdeckten Geologen den Reichtum des Landes an Bodenschätzen, und 1936 begann die Standard Oil Company mit erfolgreichen Ölbohrungen. Neben Öl ist Westpapua heute in erster Linie wegen seiner reichen Kupfervorkommen bekannt und begehrt; außerdem gibt es Nickel, Zinn, Gold, Silber, Uran sowie Holz.

Die größte Kupfermine existiert im Cartzgebirgen im Landesinneren. Der Konzern, der sie ausbeutet, „Freeport Indonesia“, befindet sich zu 80% in den Händen des US-Kapitals. Er errichtete mitten im Urwald die Kupferstadt Tembagapura mit Supermärkten und Kinos, die über eine Klimaanlage verfügen. Die Pipeline, die das Kupfer aus 3.700 Meter Höhe an die Küste transportiert, ist mit 110 Kilometer Länge die größte Kupferpipeline der Welt.

Sie wurde 1977 von der OPM angegriffen und teilweise zerstört, denn „Freeport Indonesia“ beteiligt sich unmittelbar an der Unterdrückung der Papua. Nach Informationen Amnesty Internationals sowie der Gesellschaft für bedrohte Völker benutzen die indonesischen Militärs Stahlcontainer dieses Unternehmens als Arrestzellen für Widerstandskämpfer.

Den Papua beschert der Reichtum ihres Landes nichts als Unterdrückung und Ausbeutung. Der Hauptgewinn gelangt direkt ins westliche Ausland, doch auch die indonesische Regierung verdient gut. 1971 betrug der Gesamtwert der aus Westpapua exportierten Güter 1,8 Millionen Dollar; 1973 stieg er auf 68,2 Millionen Dollar, 1975 auf 214,3 Millionen Dollar (Nach Pacific Island Yearbook, 1981). Vergleichweise bescheiden stiegen dagegen die Aufwendungen aus dem indonesischen Haushalt für die Insel. Sie verdreifachten sich im gleichen Zeitraum von 900.000 auf 3,2 Millionen Dollar; aber auch von dem Geld sahen die Papua nichts. Bei ihnen, die jahrhundertelang durch den Eigenanbau von Nahrungsmitteln sowie die Jagd wirtschaftlich unabhängig waren, kehrte nach zwei Jahrzehnten indonesischer „Entwicklungshilfe“, wie es in Djakarta offiziell heißt, der Hunger ein.

Nach niederländischen Zeitungsberichten vom Dezember 1982 verhungerten allein in der Bergregion von Djajawidjaja 340 Menschen, 18.000 sind in demselben Gebiet extrem unterernährt. Die indonesische Zensur verhindert genaue Angaben über das Ausmaß der Katastrophe.

Frank Hubatka, tschechoslowakischer Anthropologe und von 1976 bis 1981 an der theologischen Hochschule von Jayapura tätig, meinte kürzlich auf einer Konferenz in den Niederlanden: *„Die Westpapua haben nur eine Chance zu überleben, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit.“*

Klemens Ludwig

Literaturhinweise:
„Westpapua: The Obliteration of a People“, Hrsg. von TAPOL, 1983, 8a Treport Street, GB — London SW 18 2 BP; 2,50 Pfund. Ein ausgezeichnetes Buch, komprimiert und übersichtlich in leicht verständlichem Englisch, sehr empfehlenswert.
„West Irian und Jakarta Imperialism“ von Kees Lagerberg, Verlag Hurst & Company, London, 11,50 Pfund, 1979.
„Papoeas in Opstand“ von Ernst Utrecht, Uitgeverij Ordeman, Rotterdam, 13,75 niederländische Gulden, 1978. Das grundlegende Werk in niederländischer Sprache.
Dazu die Ausgaben Nr. 71, 78, 79, 88, 92 sowie 98 der Zeitschrift „Pogrom“ der Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 2024, 3400 Göttingen.

Anmerkungen zum Artikel ''Die Wahlurnenbombe'' (AK 235)

Liebe Leute vom Arbeiterkampf,

leider ist euch im AK 235 ein peinlicher Fehler unterlaufen. In dem Interview mit Gerry Adams, bei den britischen Unterhauswahlen gewählter Abgeordneter von Sinn Fein, ist die Anmerkung 1) zur Aufteilung Irlands falsch. Zitat: ***„Als 1920 die Republik Irland ausgerufen wurde, verblieben die sechs nördlichen Grafschaften (Ulster) im Vereinigten Königreich. ...“***

Es mag sein, daß ihr mich für einen Haarspalter haltet, doch die Anmerkung weckt falsche Vorstellungen über den irischen Befreiungskampf und über die beiden Staaten, die heute das irische Volk beherrschen. Daß auch AK-Leserinnen und -Leser nicht viel über Irland wissen dürften, macht euren Fehler noch schlimmer.

Tatsächlich riefen irische Sozialisten, Feministinnen und Nationalisten 1916 die Irish Republic, PHOBLACHT NA E EIREANN, in Dublin aus! Mitten im imperialistischen Weltkrieg machten die radikalsten Bewegungen Irlands blutigen Ernst mit der sozialistischen Parole „Krieg dem Krieg“. Die Republik Irland, die sie ausriefen, strebte mehr an als bloße Unabhängigkeit von den Briten. Hier ein Ausschnitt aus der Erklärung ddeser Republik, Ostern 1916:

„Die Republik Irland hat das Recht auf die Treue jedes Iren und jeder Irin und beansprucht sie hiermit. Die Republik garantiert religiöse und zivile Freiheit, gleiche Rechte und Möglichkeiten für all ihre Bürger und erklärt ihre Entschlossenheit, das Glück und die Prosperität der ganzen Nation und all ihrer Teile anzustreben, wobei sie sich um alle Kinder der Nation gleich kümmert ohne Rücksicht auf die Unterschiede, die von einer fremden Regierung herangezüchtet wurden, und die in der Vergangenheit eine Minderheit von der Mehrheit trennte.“

Sinn Fein und IRA, die heutigen Republikaner, kämpfen für diese Republik, wie sie von den Revolutionären des Osteraufstands ausgerufen wurde. (Der Staat im Süden Irlands reklamierte den Namen Republik Irland 1948 für sich, was von Republikanern wie Gerry Adams als frecher Etikettenschwindel verurteilt wird.)

Was war nun 1920 los?

Obwohl die Briten den Osteraufstand niederschlugen, bildete sich eine nationale Einheitsfront der Iren unter dem Namen Sinn Fein. Sie betrieb vorerst Politik auf der parlamentarisch/legalen Ebene und kämpfte so gegen die Internierung der Revolutionäre von 1916 und Rekrutierungen für den 1. Weltkrieg. 1918 errangen Sinn Fein Kandidaten bei britischen Unterhauswahlen 73 von 105 irischen Sitzen, die sie genauso wie Gerry Adams heute von vornherein nicht einnehmen wollten. 1919 traten sie in Dublin als irisches Parlament zusammen und errichteten die Republik Irland, wie sie 1916 ausgerufen worden war, für ganz Irland und nicht, wie eure Anmerkung nahelegt, für einen Teil von Irland! Die IRA (Irish Republican Army) war die Armee dieser Republik und ist es — nach ihrem Selbstverständnis — noch immer.

Die Briten duldeten eine solche friedliche Befreiung durch Volksentscheid natürlich nicht. So prägte ein blutiger Krieg die Jahre nach 1919; die britische Armee sollte die Republik Irland mit Waffengewalt verhindern. Nachdem die Briten faschistische Frontsoldaten ähnlich wie die deutsche Regierung als Bürgerkriegsarmee einsetzten, mußten sie mangels militärischer Erfolge nach neuen Wegen suchen. 1920 führten sie ihre neue Waffe ins Feld: Man beschloß in London einfach das „Gesetz zur Regierung von Irland“ (Government of Ireland Act). Irland sollte danach unter zwei Staaten aufgeteilt werden, die weder unabhängig noch Republik sein sollten. Sie sollten ähnliche Befugnisse wie die Bundesländer in der BRD erhalten und alle Abgeordneten der beiden Parlamente hatten dem englischen Königshaus ihre Treue zu schwören.

1921 akzeptierten irische Delegierte ein Waffenstillstandsangebot der britischen Seite, das die Anerkennung des Gesetzes zur Regierung von Irland zur Bedingung hatte. Bis heute bleibt umstritten, ob diese Delegierten ein Mandat der Republik Irland dazu hatten. Das irische Volk wurde nie gefragt, ob es dieser Lösung zustimmte. Tatsache ist, daß Sinn Fein 1920 bei den Lokalwahlen in 30 der 32 Grafschaften Irlands gewann — ein Votum für ein einiges, freies Irland. Die Republikaner nennen den Waffenstillstand, die „Treaty“, schlicht Verrat!

So war das Jahr 1920 der Anfang vom vorläufigen Ende der Republik Irland! Der Staat im Süden gab sich den Namen „Free State“ (Saorstat Eireann) und war britisches Dominion wie z.B. Canada.

Wenige Monate nach dem Waffenstillstand bewies die Regierung in Dublin, daß sie nicht einmal de facto unabhängig war. Auf britische Kriegsdrohungen hin begann sie einen mörderischen Bürgerkrieg gegen die großen Teile der IRA, die sich den Briten nicht unterwerfen wollten und die, anstatt sich aufzulösen, planten, den Kampf gegen die britischen Imperialisten wieder aufzunehmen. Tausende dieser Republikaner sperrte der „Free State“ ein, Hunderte tötete er. Gefangene wurden reihenweise exekutiert.

Auch heute verfolgt dieser Staat irische Republikaner von Sinn Fein, IRA und IRSP, INLA und sperrt z.B. Arbeiter ins Gefängnis, weil sie ihren Betrieb besetzen, um ihre Jobs zu erhalten. Genau wie im nördlichen Staat wendet die Regierung seit Jahren Notstandsgesetze an. Politische Taten werden vor besondere Gerichte gebracht, die dem britisch/irischen Rechtssystem kraß widersprechen: So haben die Sondergerichte keine Jury (etwa: Geschworene) und entscheiden schon allein aufgrund eines Schuldgeständnisses des Angeklagten. So wie im Norden kommen auch im Süden Leute wegen erfolterter Geständnisse in den Knast. Nicky Kelly, Mitglied der IRSP, ist ein Opfer dieser Gerichtsmaschinerie. Aus Protest gegen seine Verurteilung trat er Mai 1983 in den Hungerstreik. Obwohl sich auch Amnesty International für Nicky Kelly einsetzt, reagiert die südirische Regierung nicht.

Das ist der Staat, der den Namen der Irischen Republik gestohlen hat. Er ist ein Staat, den die britischen Imperialisten 1920 anordneten, als es die Irische Republik gab. Noch heute nimmt dieser Staat britische Interessen war — trotz gelegentlicher nationalistischer Attitüden.

Die IRISCHE REPUBLIK von 1916 beabsichtigte nie die Teilung Irlands, ganz im Gegenteil beanspruchte sie der Staat aller Iren und Irinnen zu sein. Sie ist der Staat, den die Republikaner von Sinn Fein und IRA schaffen wollen, ein einiges, unabhängiges sozialistisches Irland.

Deshalb glaube ich, daß Gerry Adams ganz schön geschluckt hätte, wenn er eure Anmerkung 1) gelesen hätte.

Solidarische Grüße
Uwe, Mitglied des Irlandkomitees Aachen

★★★★★★★★



Die Lage der Kinder in Palästina seit 1948

,,Die Kinder, die sich weinend die Straße entlangschleppten, werden in neunzehn Jahren Feddayin sein ... An jenem Tag verloren wir unseren Sieg'' (der israelische Publizist Amos Kenan 1975)



Foto: ,,Frauen der ganzen Welt'' 12/74

,,Das erste Wort, das die Kinder im Lager lernen, war meistens ,Mama', aber nun ist es oft ,Bum', weil die Kinder von den über das Lager fliegenden Flugzeugen, dem Granatfeuer und den Bombenexplosionen so erschreckt sind''. Diese Beobachtung der schwedischen Ärztin Eva Bergholtz, die in dem Lager Rashidieh bei Tyrus (Sur) arbeitet, gibt die Lebenssituation der Mehrzahl der palästinensischen Kinder wieder: Krieg, Überfälle, Terroraktionen, Repressalien und in der Folge Flucht, Armut, Hunger, Krankheiten, Verlust der Eltern, Geschwister und Freunde sind ihre tägliche Realität: Seit 1948 lebt die Mehrzahl des palästinensischen Volkes in permanenter Katastrophe und Flucht. Haben andere Völker — unabhängig ihrer politischen Situation — zumindest eine Heimat, in der sie leben können, so besitzt das palästinensische Volk nicht einmal das. Die ständige Versagung aller Menschenrechte, der ständige Verstoß gegen die UN-Charta der Rechte der Kinder ist ihre konkrete Daseinsform geworden; trotz etwa 14 Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen seit 1948, die sich explizit mit der Lage der palästinensischen Vertriebenen befassen; trotz zahlreicher Resolutionen gegen die Verletzung der Menschenrechte durch das israelische Militär und rechte Milizen in den besetzten Gebieten; trotz der vielen internationalen Proteste (auch israelischen) — an der Situation hat sich bis heute nichts geändert. Diese Kinder sind heute schon in der vierten Generation Flüchtlinge, und auch ihre Kinder werden dieses Schicksal erleiden, sofern sie überleben. Um über palästinensische Kinder zu berichten, muß man also über das Leben der palästinensische Flüchtlinge berichten.

Aus diesem Grunde wollen wir zuerst über die Lage der palästinensischen Flüchtlinge in einem sowohl historischen Rückblick als auch der gegenwärtigen Situation berichten, mit denen das Schicksal der Kinder unweigerlich verbunden ist. Im weiteren wollen wir die Lebenssituation der palästinensischen Kinder anhand konkreter aktueller Fakten darstellen.

Seit 1948 auf der Flucht

Vom Frühjahr 1948 bis zum Frühjahr 1949 verließen etwa 900.000 Palästi-

Seit 1948 auf der Flucht

Vom Frühjahr 1948 bis zum Frühjahr 1949 verließen etwa 900.000 Palästinenser ihr Land aus Angst vor zionistischen Terroraktionen, bei denen ganze Dörfer, Häuser von ,,Verdächtigen'' mit Bulldozern zerstört wurden, Väter verhaftet, Kinder und Schüler, die sich widersetzten, in Gefängnisse gesperrt wurden, willkürliche Morde, Bombenanschläge auf arabischen Märkten ... Viele bedrohte Familien konnten gerade das mitnehmen, was sie auf dem Arm trugen. Oft wanderten sie nachts, um sich tagsüber vor israelischen Angriffen zu verstecken, schliefen unter Bäumen, im Freien. Männer mußten sich verstecken, um nicht irgendwelcher militanten Aktionen verdächtigt zu werden; Kinder lebten in ständiger Angst ihre Eltern zu verlieren. Die Zelte, die sie bekamen, schützten kaum vor Regen und Kälte. *,,Die ersten Flüchtlinge waren gezwungen, sich auf freiem Felde niederzulassen; die anderen in Moscheen, Kirchen, Klöstern, Schulen und verlassenen Gebäuden. Im Juni 1950 wurden 29,3 Prozent der von der UNWRA* (1) *anerkannten Flüchtlinge in den Lagern untergebracht ...''* (2).

Um Anrecht auf Unterstützung zu haben, mußte der Flüchtling in den Listen der UNWRA eingetragen sein, mindestens zwei Jahre vor Ausbruch des Krieges 1948 in Palästina gewohnt und infolge dieses Krieges Heim und Lebensunterhalt verloren haben, bedürftig sein und in Jordanien, Libanon, Syrien oder im Gaza-Streifen Zuflucht gesucht haben.

Die UNWRA-Definition betraf lediglich 52 Prozent der Flüchtlinge, 48 Prozent erhielten keine Hilfe. Bis heute werden über diese Organisation, die sich beispielhaft um die Menschen gekümmert hat, über 1,8 Millionen Palästinenser betreut.

Die meisten Flüchtlinge (80 Prozent) flohen in das östliche Palästina (Westjordanien), in den Gaza-Streifen (damals von Ägypten verwaltet), Ostjordanien, Libanon und Syrien. Die UN befaßte sich im Mai 1948 mit der Frage der palästinensischen Bevölkerung. Graf Bernadotte wurde als UN-Sonderbeauftragter für Palästina ernannt und forderte in einem Bericht die *,,möglichst baldige Rückkehr''* der Flüchtlinge in ihre Heimat (3). Einen Tag danach — am 17. September 1948 — wurde er von israelitischen Terroristen ermordet.

Den Vertreibungen gingen massive politische, wirtschaftliche, militärische Repressionen voraus:
Im Oktober 1948 wurden die Einwohner des Dorfes Ikret in Westgaliläa

— wurde er von israelitischen Terroristen ermordet.

Den Vertreibungen gingen massive politische, wirtschaftliche, militärische Repressionen voraus:
Im Oktober 1948 wurden die Einwohner des Dorfes Ikret in Westgaliläa

,,evakuiert''; sie sollten in Kürze wieder zurückkommen dürfen, es seien nur Sicherheitsmaßnahmen. Sie nahmen nur das notwendigste an Kleidung mit für ein, zwei Tage. Daraus wurden Monate, Jahre. Als sie ihre Rückkehr forderten, wurde das Dorf zerstört (4). Das Dorf Et Tira wurde am 31. Juli 1953 zerstört, weil ein israelisches Flugzeug durch eine Kugel beschädigt worden sei. Das Massaker von Kafr Yasem (51 Männer, Frauen und Kinder wurden ermordet, darunter 12 Frauen und Mädchen, 10 Jungen im Alter von 14 bis 17 Jahren, sieben im Alter von 8 bis 13 Jahren (5), der Überfall auf Quibya, Deir Yassin, Irgith, Al-Tirah, Abu Ghosch, Akka und Kafr Kassem (1956) sind weitere Beispiele, wie mit Mord und Terror aus den Dorfbewohnern bzw. Lagerinsassen erneut Flüchtlinge gemacht wurden. Von 1950 bis 1957 (Überfälle auf Dörfer im Westjordangebiet und im Gaza-Streifen; Oktober 1956 israelische Beteiligung am Suez-Krieg) stieg die Zahl der Flüchtlinge auf 38,6% und weiter an. Die Kinder und ihre Familien konnten froh sein, wenn sie in den Lagern ein Dach über dem Kopf hatten.

,,Seit 1956 wurden in den 56 Lagern der UNWRA die Zelte durch Notbehausungen ersetzt. Im Juni 1958 gab es nicht mehr als 4900 Zelte. Die Behausungen in den Lagern bestanden aus Hütten mit Lehmwänden, einer Mischung aus Dreck und Stroh, das mit einem Zeltstoff bedeckt ist, oder — in den neueren Lagern — Unterkünfte aus Zement und Beton mit Wellblech gedeckt. Zwischen 7 und 9 Personen teilen sich einen solchen Unterschlupf, der nur aus einem Zimmer besteht und in dem man auf dem Boden schläft. Es gibt weder Wasser noch Elektrizität'' (6). Der Generalkommissar der UNWRA: *,,.... ein großer Teil der Vertriebenen lebt in höchster Armut ... gibt es immer noch Familien, die in menschenunwürdigen Unterkünften leben: manche in dunklen Kellern, manche in zerfallenen Wohnungen, manche in völlig überfüllten Baracken und Hütten ... fünf oder mehr Personen leben in einem kleinen Raum. Es fehlt an zureichenden Straßen und Wegen, und viele Lager liegen im Winter tief im Schmutz und im Sommer im Staub. Es gibt fast keine Kloaken oder Abflußrinnen für das Regenwasser. Die Wasservorräte werden gemeinsam benützt und sind oft unzureichend, besonders während der heißen Sommermonate ... Trotzdem sind die in den Lagern lebenden Vertriebenen ... wahrscheinlich besser untergebracht und versorgt als viele der*

das Regenwasser. Die Wasservorräte werden gemeinsam benützt und sind oft unzureichend, besonders während der heißen Sommermonate ... Trotzdem sind die in den Lagern lebenden Vertriebenen ... wahrscheinlich besser untergebracht und versorgt als viele der

restlichen drei Fünftel, welche außerhalb der Lager in Unterkünften leben ... Ich bezweifle nicht, daß eine große Kategorie von Vertriebenen ohne die Unterstützung ... dem Hungertod oder zumindest großem Elend ausgesetzt wären ...'' (7). Diese Situation hat sich bis heute nicht wesentlich verändert, sie ist durch die israelische Intervention 1982 im Libanon sogar noch schlimmer geworden.

1966 erhöhte sich die Zahl der Flüchtlinge auf 1.317.749 (8).

1967 (Israel überfällt Ägypten, Syrien und Jordanien und besetzt das Westjordanland, den Gaza-Streifen, die Altstadt von Jerusalem sowie die syrischen Golan-Höhen und die ägyptische Halbinsel Sinai) werden nochmal 700.000 Palästinenser vertrieben, einschließlich 220.000 bereits von der UNWRA registrierten Flüchtlinge, die nun ein zweites Mal fliehen müssen. Selbst nach Beginn der Waffenruhe wurden die Dörfer Yalu, Beit Nuba und Emmaus zerstört, die Einwohner zu Flüchtlingen, die man tagelang ohne Essen und Trinken umherirren ließ (10). Im September 1970 (Jordanische Truppen überfallen palästinensische Lager) fliehen erneut Zehntausende vor den Massakern, vor allem in den Libanon.

Durch den Oktober-Krieg 1973, durch den Bürgerkrieg im Libanon 1975/76 (faschistische Milizen überfallen Palästinenserlager und vernichten Tel Al Zaatar) und 1978 (Israelische Aggression gegen den Südlibanon und Terrorisierung der dort lebenden palästinensischen Bevölkerung) müssen wieder zehntausende Palästinenser fliehen. Fast alle bis dahin von internationalen Organisationen aufgebauten Schulen, Poli-Kliniken, Ausgabestellen für Essensrationen und Zusatznahrungen, Flüchtlingsbehausungen werden weitgehend zerstört; die finanzielle Notlage der UNWRA verschärft sich dadurch erheblich. (11)

Die Menschen — auf der Flucht von einem halbwegs sicheren Ort in einen anderen, mußten bei den Grenzübergängen viele Repressionen hinnehmen: An einem Kontrollpunkt an der Jordanbrücke zum Beispiel bildeten sich lange Menschenschlangen, um in von Israel kontrolliertes Gebiet zu kommen. *,,Stundenlange Wartezeiten auf jordanischer Seite, stehend in der glühenden Hitze ohne Wasser oder Schatten. Manchmal verursachten bürokratische Verzögerungen tagelange Staus auf jordanischer Seite, und dann kann eine ganze Familie mehrere Nächte im Freien zubringen, damit sie ihren Platz*

jordanischer Seite, stehend in der glühenden Hitze ohne Wasser oder Schatten. Manchmal verursachten bürokratische Verzögerungen tagelange Staus auf jordanischer Seite, und dann kann eine ganze Familie mehrere Nächte im Freien zubringen, damit sie ihren Platz

in der Schlange nicht verliert. Die Kinder sind voll der sommerlichen Hitze ausgesetzt, man kann wenig tun, um ihnen die Martern in der flimmernden Hölle des Jordantales zu erleichtern. Es hat zahlreiche Fälle gegeben, in denen Neugeborene, die solchen Bedingungen nicht gewachsen waren, in den Armen ihrer Mütter starben ...'' (12).

1982 (israelischer Angriff auf den Libanon , Bombardierung Westbeiruts) wurden nach vagen Schätzungen 350.000 Menschen erneut in die Flucht getrieben, im Südlibanon sollen es 60.000 gewesen sein. Andere Zahlen liegen noch höher. Der Exodus der Flüchtlinge zeigt einen auffallenden Trend. Vor allem aus dem Süden des Libanon wurden sie verjagt, anfangs mit der Hoffnung auf Beirut, bis die israelische Armee kam. Dann blieb nur noch der Osten und der Norden. Niemand war auf sie vorbereitet: In der Gegend um Tripolis sind Schulen und öffentliche Einrichtungen von den Flüchtlingen überfüllt — und in den Bergen und der kargen Bekaa-Ebene können sie keine Bleibe finden (13). Das Lager Rashidieh bei Tyrus (Sur), der südlichsten Stadt des Libanon, wurde — um einmal ein Beispiel zu geben, wie militärische Auseinandersetzungen sich auf die Lagerbewohner ,,auswirken'' — von 1977 bis 1982 rund fünfhundertmal beschossen oder bombardiert.

Mehr als 6.000 Bomben sind auf das Lager gefallen und unzählige Flüchtlingsunterkünfte zerstört worden. Dr. Saleh Hweidi, ein Palästinenser, der als Arzt in dem UNWRA-Ambulatorium des Lagers tätig ist: *,,Wenn wir sie* (die Kinder, d.Red.) *bitten, etwas zu zeichnen, dann zeichnen sie nur Flugzeuge, Kanonenboote und Bomben. Sie sind von der ständigen Gefahr geistig geprägt''*. (14)

Die israelische Invasion in Westbeirut kostete nach einer (sicherlich zu niedrig liegenden) UNICEF-Statistik 7.000 Menschen das Leben, 30.000 wurden verwundet alleine in der Zeit vom 6. Juni bis zum 15. August. 80 Prozent der Opfer sind Zivilisten, davon 11.840 Kinder, 8.688 Frauen und 2.409 ältere Männer.

Viele Kinder haben ihre Eltern verloren. In einer Schule sind z.B. 80 bis 90 Prozent Teil- oder Voll-Waisen (15). Viele Kinder sind durch die Bombardements verkrüppelt. Bei den Massakern in Sabra und Chatila wurden ohne Unterschied auch Kinder und Schwangere — *,,sie gebären Terroristen''*, so ein Falange-Offizier (16) — getötet, Babies aus den Brutkästen gerissen und in die Kanalisation geworfen (17), das Akka-Krankenhaus, das im besonderen eine Einrichtung für Kinder war, von den faschistischen Milizen zerstört ebenso wie das palästinensische Krankenhaus Ghaza.

Da die rechten Milizen und die israelischen Militärs es mit Terror und Repressionen verboten, die Häuser auch nur behelfsweise wieder aufzubauen, mußten die Flüchtlinge und Lagerinsassen in Ruinen, Zelten aus Stoff-

Ghaza.

Da die rechten Milizen und die israelischen Militärs es mit Terror und Repressionen verboten, die Häuser auch nur behelfsweise wieder aufzubauen, mußten die Flüchtlinge und Lagerinsassen in Ruinen, Zelten aus Stoff-

Fetzen oder im Freien die starke Regenperiode und den seit 60 Jahren kältesten libanesischen Winter verbringen.

Rund um Ein el Hilweh, das größte Flüchtlingslager im Libanon, ist eine Siedlung aus Wellblechbehausungen entstanden. Dort halten sich statt

Ein israelischer Soldat untersucht die Schulranzen von Lagerkindern



Kinder

25.000 etwa 60.000 Flüchtlinge auf; andere Familien wohnen in einer alten Fabrik. Dort stehen jeder Familie etwa 10 qm Raum zur Verfügung, die nur mit Kartonwänden von den Nachbarn abgeschirmt sind. Andere Palästinenser haben sich in Zellen eines alten Gefängnisses niedergelassen. Für diese Menschen besteht keine Hoffnung auf Besserung ihrer Lage (19). Die alten Großlager füllen sich wieder mit Flüchtenden. In Tyrus sind wieder weit mehr als 60.000 Menschen; nicht nur, weil die PLO sie zurückgerufen hat, sondern weil sie erfahren mußten, daß es anderswo für sie auch keinen besseren Platz gibt. (20)

Fatimas Leben ... ein Flüchtlingsschicksal

Fatima überlebte die Massaker im Lager Tel Al Zaatar wo sich vor dem Bürgerkrieg 30.000 Menschen und Anfang August 1976 noch 8.000 bis 10.000 Menschen befanden. Fatimas Familie lebte 1978 in Damour, südlich von Beirut. Bei der israelischen Invasion wurde Damour schwer zerstört und ist heute besetzt. Ursprünglich kam ihre Familie aus Khalsa, einem Dorf in Galiläa, dem heutigen Kiryat Shmoneh in Israel. 1948 floh die Familie mit drei Kindern in den Libanon. Zwei sind im ersten Winter gestorben an Kälte und Hunger. Fatima wurde 1961 in Tel Al Zaatar geboren und wuchs mit sechs weiteren Geschwistern auf. Ihr Vater hatte keine Arbeit, ihre Familie ging dann nach Beirut und durfte sich nach vielen Schwierigkeiten ein kleines Haus bauen; der Vater eröffnete einen kleinen, illegalen Imbiß. Eines Tages wurde er mit allen anwesenden Männern, auch ihrem 16-jährigen Bruder, verhaftet. Das Geschäft wurde von Soldaten zerschlagen, nachdem sie Geld und Lebensmittel geraubt hatten. Sie lebten in einem Raum mit Mutter, Vater, sieben Kindern. Kochen, essen, schlafen, alles im gleichen Raum. Tagsüber wurden die Matratzen an die Wände gestellt. Zwei Regale für Töpfe und Tassen, ein Karton für Kleider und Bücher (21).

im gleichen Raum. Tagsüber wurden die Matratzen an die Wände gestellt. Zwei Regale für Töpfe und Tassen, ein Karton für Kleider und Bücher (21).

Die UNWRA hat einmal versucht, aus allen registrierten Flüchtlingen den/die „Durchschnittsflüchtling" darzustellen: Alter 28 Jahre. Drei weitere Geschwister, der Vater 52, die Mutter 46 Jahre alt. Ihr Flüchtlingsstatus ergibt sich durch den Krieg 1948. Damals verloren die Eltern ihr Heim und ihren Lebensunterhalt und flohen. Er/sie ist sein/ihr ganzes Leben lang Flüchtling, als solcher auf die Welt gekommen, einer der 1,9 Millionen bei der UNWRA registrierten Flüchtlinge. Er ist bereits die dritte Generation; die vierte Flüchtlingsgeneration wird gerade geboren. Die vor 1948 Geborenen machen etwa 33% der registrierten Flüchtlinge aus, d.h. 1,2 Millionen wurden nach der ersten Vertreibung geboren. Über 30% der Flüchtlinge (583.000) sind heute jünger als 15 Jahre, 120.000 davon unter fünf Jahren, 24.000 älter als 80 Jahre. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Familie: vier Kinder (22). 331.568 Familienoberhäupter gibt es, davon 25% Frauen. Die Hälfte aller Palästinenser lebt noch innerhalb der vor 1948 gültigen Grenzen (23).

Zum Leben zuwenig, zum Sterben zuviel

Die Rationen, die an Flüchtlinge verteilt werden, liegen unter dem Minimum, das zum Leben benötigt wird, aber hoch genug, um nicht zu sterben. 832.866 Flüchtlinge (46%) erhalten von der UMWRA Lebensmittelrationen. Etwa 34.000 warme Mahlzeiten werden täglich ausgegeben und etwa 80.000 Flüchtlinge erhalten täglich andere Zusatznahrung.

Dies beinhaltet lediglich die Leistungen der UNWRA. Aus Mangel an Informationen, die wir gerne mit einbezogen hätten, sind hier nicht die enormen Leistungen palästinensischer Hilfsdienste und Organisationen, des „Roten Halbmondes", der „Amel", soweit sie sich in dieser Richtung betätigt, und anderer internationaler Hilfsorganisationen außerhalb der UN miteinbezogen. Besonders die palästinensischen Hilfsdienste, die in direkter Hilfe bestehen, tragen selbst unter den schwierigen Bedingungen erheblich zur Unterstützung bei.

Die Rationen, die die Flüchtlinge von der UNWRA erhalten, sind weniger als 18 Dollar pro Jahr und Kopf, in erster Linie bestehend aus Mehl, Hülsenfrüchten, Zucker, Reis, Ölen und Fetten, Trockengemüse und Datteln. Das ist die berühmte Nahrungsration, die jedem pro Tag im Sommer 1500 Kalorien und im Winter 1600 Kalorien zusichert. Ohne diese bescheidenen Zuteilungen hätten die meisten Flüchtlinge kaum eine Chance, überhaupt Nahrungsmittel zu bekommen. Weiterhin erhalten die Flüchtlinge 5 Liter Brennstoff pro Jahr, eine Decke für 3 Personen (24), ein Stück Seife im Monat pro Rationsempfänger, eineinhalb Liter Petroleum in den Lagern Jordaniens, Libanons und Syriens (25) während der fünf Wintermonate. In Gaza erhielten die Rationsempfänger einen Liter Petroleum, egal, ob sie im Lager wohnten oder nicht. Petroleum soll in den Gastländern in Zukunft nur noch in besonderen Härtefällen ausgegeben werden.

Weitere 31 Prozent — 560.511 Kinder und Jugendliche, die meisten in Ostjordanien — hätten Anrecht auf Rationen, erhalten aber keine, weil eine Höchstgrenze für die Anzahl der ausgegebenen Rationen besteht. Durch Geldknappheit — so will die USA ihre Beitragshöhe möglicherweise kürzen, bzw. ganz streichen — mußten z.B. die Rationen im Februar 1978 von 10 kg monatlich auf 6,7 kg (30%) und zu Beginn 1979 nochmal auf 5 kg herabgesetzt werden — um 50%! Milch erhalten täglich Säuglinge von 6 bis 36 Monaten und Babies unter sechs Monaten, die von ihren Müttern nicht gestillt werden können, sowie werdende Mütter vom fünften Monat der Schwangerschaft bis zu einem Jahr nach der Entbindung.

Bei den Kindern wurde eine unerklärliche Fettsucht festgestellt ...

Durch das Fehlen genügender Nahrungsmittel und regelmäßiger Mahlzeiten leiden die Kinder sowohl in den Lagern als auch jene, die nichtregistriert irgendwo leben müssen, an schlimmen Krankheiten: „*Die Körper der Kinder waren mit Blasen bedeckt, die Haare fielen aus oder wurden ganz weiß. Die Tuberkulose ging um*" (27). Die ständigen Luftangriffe und damit verbundenen Lebensgefahren brachten weitere ernste Konsequenzen für die Gesundheit der Kinder und Familien: „*Viele*

gen Luftangriffe und damit verbundenen Lebensgefahren brachten weitere ernste Konsequenzen für die Gesundheit der Kinder und Familien: „Viele

verwundete Lagerbewohner wurden im El Buss Krankenhaus von Tyrus operiert, wir verbinden sie dann hier im Lager. Viele Patienten erlitten Amputationen, manche sind blind. Alle Bewohner sind es gewohnt, die Nacht im Luftschutzbunker zu verbringen ... in kalten Räumen, so daß sich die Flüchtlinge Grippe und Lungenentzündungen holen. Im Sommer sind sie heiß und voll Fliegen und Mücken, wodurch Magen-Darm-Erkrankungen und Hautkrankheiten entstehen. Seit 1978 sind 360 Kinder in Luftschutzräumen zur Welt gekommen." (28)

Im letzten Winter waren im Libanon über 100 Erfrorene zu verzeichnen, Tausende bekamen Frostbeulen oder leiden langfristig an anderen durch Kälte und Unterkühlung bedingten Krankheiten. „*Sie vegetieren in zugigen und zerstörten Lagern und Ruinen. Im warmen Frühjahr drohen weitere, vielleicht ‚schlimmere' Gefahren: die fehlende Kanalisation und die mangelhafte Wasserversorgung, die verseuchten Pfützen und Kloaken dürften sich als hervorragende Herde für Seuchenepidemien erweisen ...*". (29)

Die häufigsten Krankheiten der Säuglinge und Kinder sind Diarrhoe



Gehörlos gewordene Kinder lernen sprechen ...

(Durchfall) und Unterernährung. Magen-Darm-Erkrankungen sind das schwierigste Problem, das besonders bei Kleinkindern auftritt und vor allem auf eine unzureichende Trinkwasserversorgung sowie mangelhafte Abfallbeseitigung zurückzuführen ist.

Weiterhin verbreitet sind Augenleiden, Infektionen der Atemwege und ansteckende Kinderkrankheiten. Die Säuglingssterblichkeit ist nach wie vor ein großes Problem. Unter den gegebenen Umständen und finanziellen Schwierigkeiten besteht die wesentliche Arbeit in Vorsorgeuntersuchungen, regelmäßigen Massenimpfungen, Mütter- und Säuglingsberatung. Während des Krieges in Westbeirut wurde das vor allem von vielen Tausenden palästinensischen und libanesischen Lagerkinder dringend benötigte und besuchte Krankenhaus Akka von den rechten Milizen restlos zerstört.

Das Rehabilitationszentrum für geistig und körperlich behinderte Kinder in Ain-el Hileweh wurde in die Luft gesprengt. Viele Kinder verloren durch Explosionen von Granaten, Geschossen, Minen, durch Bombardements der israelischen Armee Arme, Hände, Beine und benötigen dringend Protesen,

Explosionen von Granaten, Geschossen, Minen, durch Bombardements der israelischen Armee Arme, Hände, Beine und benötigen dringend Protesen,

die gerade in diesen Krankenhäusern angefertigt werden. Kinder wachsen sehr schnell aus ihren Protesen heraus, sind auf ständige medizinisch-therapeutische Betreuung und Reha-Maßnahmen angewiesen, die jetzt nur unter großen Schwierigkeiten möglich sind. Bekannt wurde, daß während des Krieges israelische Militärs und rechte Milizen dringend benötigte medizinische Güter und Hilfsmittel nicht zu den Ärzten und Opfern durchließen, ärztliches Personal festhielten, daß durch Wasser- und Stromsperrungen viele Kranke und Verletzte nicht mehr gerettet werden konnten, andere durch zu späte Hilfe ihr ganzes Leben schwer geschädigt sind. Besonders Frauen und Kinder sind nach Berichten von medico international von psychologischen Folgen des Krieges stark betroffen: Verlust der Kinder, Väter, Männer, ständige Bedrohung durch den Krieg, gewaltsame Trennungen von den Familien können nur schwer verarbeitet werden. Viele Frauen leiden unter „Schizophrenien" als Folge. Kinder leiden unter einer nicht erklärbaren Fettsucht, schreiben spiegelverkehrt oder wurden plötzlich Linkshänder. Andere begannen, als Folge des Krieges, mit 15 Jahren wieder aus der Babyflasche zu trinken. Oftmals leiden die Kinder als Folge der ständigen Vertreibung und anderer Erfahrungen unter Kontaktarmut, Gleichgültigkeit oder Diabetes. Viele Familien wurden auseinandergerissen, die Kinder stehen ständig vor kaum zu verarbeitenden Problemen, neuer „Familie", „Internierungen" oder haben überhaupt keine Bleibe mehr, verwahrlosen, sind gezwungen, sich ihren Lebensunterhalt zu stehlen.

Das Recht auf eigene Kultur und Bildung ...

Durch den permanenten Kriegszustand haben die Flüchtlinge auch kaum Möglichkeiten, ihre kulturellen Interessen

Durch den permanenten Kriegszustand haben die Flüchtlinge auch kaum Möglichkeiten, ihre kulturellen Interessen

zu entwickeln. Oftmals wurden kulturelle Betätigungen von den israelischen Besatzern schlichtweg verboten, da sie dahinter politische Agitation und Aktionen vermuteten — nicht zu Unrecht, wenn allein der Gebrauch der arabischen Sprache in bestimmten Situationen, der palästinensischen Volkstrachten als politischer Akt des Widerstandes aufgefaßt wurde — und auch sein sollte.

Viele der Flüchtlingskinder hatten und haben kaum Gelegenheit, eine Schule zu besuchen, obwohl sie sehr gerne zur Schule gehen würden und eine halbwegs gute Schulbildung die Voraussetzung, später einen Beruf zu bekommen und für die Familie, Verwandten etwas mehr Geld zu verdienen, statt als Hilfs- und Saisonarbeiter total ausgebeutet zu werden, fast ohne Bezahlung, ohne minimale „Rechte", ständig auf den „guten Willen" des „Gönners" angewiesen.

Trotz intensiver Bemühungen palästinensischer Organisationen, unter den härtesten Bedingungen in den Lagern regulären uund regelmäßigen Schulunterricht einzuführen (was von ständigen Repressionen begleitet ist), fehlt es an fast allen notwendigen Materialien. Durch die ständigen Unterbrechungen kommen Kinder mit einer Spanne von sechs bis elf Jahren in eine Klasse. Die Klassen sind meist überfüllt, in vielen Klassen sind bis zu 50 Schüler. Aufgrund von Raummangel müssen die meisten Schulen bereits in Doppelschichten geführt werden: Eine Schule mit ihrem Leiter, ihren Lehrern und Schülern benützt morgens, eine andere nachmittags die gleichen Räume. Der Schulbesuch steigt jährlich um 3,5 Prozent. Fehlende Materialien müssen durch den Lerneifer der Kinder wett gemacht werden.

Oberschulen gibt es für die Flüchtlingskinder nicht. Sie müssen auf Privatschulen oder Regierungsschulen unterkommen, was den wenigsten gelingt. Ein besonderes Problem stellen auch die Lehrpläne und Schulbuchvorschriften der Gastländer dar: In den besetzten Gebieten Westjordanland und Gaza-Streifen, wo jordanische bzw. ägyptische Lehrbücher verwendet werden, muß eine besondere Einfuhrbewilligung von den israelischen Besatzungsbehörden eingeholt werden. Diese Bewilligung war bis Ende Mai 1981 für 13 (Westjordanien) und 10 (Gaza-Streifen) Bücher verweigert worden, obwohl die UNESCO sie bewilligt hatte. Auch mit der Berufsausbildung ist es sehr problematisch. 1980/81 gab es sieben Berufsschulen mit einem Angebot von 36 technischen und gewerblichen Lehrgängen im Einzugsbereich der UNWRA. 3.548 Lehrlinge (2.935 Männer, 613 Frauen) waren eingeschrieben. Die meisten Lehrgänge dauerten zwei Jahre, und alle Berufsschulen werden (mit Ausnahme von Gaza) als Internate geführt. Jedes Jahr schließen rund 1.800 Berufsschüler ihre Ausbildung ab. Die Gesamtzahl der Absolventen, die auf UNWRA-Schulen ihren Berufsabschluß machen, beträgt seit 1953 (bis 1981) 24.000, also weniger als 1000 im Jahr. Hochschulstipendien der UNWRA erhielten 1981 360 palästinensische Studenten der regionalen Universitäten.

Die aktuelle Lage

Die aktuelle Lage

Die Verfolgung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung geht weiter: Die faschistische Gruppe „Wächter der Zedern" hat in der Nähe des Flüchtlingslagers Miyah Miyah Flugblätter verteilt, in denen sie den palästinensischen Familien mit dem Tod droht, falls diese nicht ihre Häuser verlassen. In dem Flugblatt heißt es: „*Jeder Palästinenser ist gefährlich, auch wenn er ein Zivilist ist.*" Die Anzahl der palästinensischen Zivilisten, die von libanesischen Faschisten seit dem letzten September ermordet wurden — nach dem Massakern von Sabra und Schatila — wird auf über 800 geschätzt. Unter ihnen befinden sich kleine Kinder und sehr alte Leute.

Auf der Westbank wurden Schulkinder von bewaffneten israelischen Siedlern entführt; Bomben wurden vor palästinensischen Schulen gezündet. Viele Schulen wurden wegen Aufrufen zum Protest (Demonstrationen, Streiks) geschlossen. Wegen des gleichen „Vergehens', wurden kürzlich 39 palästinensische Schulkinder zu Gefängnis und Geldstrafen verurteilt. Einer war 10 Jahre alt, 4 Mädchen zwischen 12 und 15 Jahren. In Ansar wurden palästinensische Jungen ab 12 Jahren verhaftet. („Palästina Bulletin" Nr.11)

Besonders bedroht sind die palästinensischen Flüchtlinge durch die libanesischen Haddad-Milizen, die inzwischen in Kasernen in Saida bis nahe an Beirut heran ihr Einzugsgebiet erweitert haben und alles daran setzen, Palästinenser zu vertreiben oder zu töten. (30)

Ein anderes Beispiel, wie die palästinensische Bevölkerung unter Druck gesetzt wird: Die Notlage der Flüchtlinge ausnutzend, kündigte die Armee an, tausend Säcke Zement kostenlos zu verteilen. Dies wurde öffentlich durch den Militärgouverneur verkündet, der aber dafür sorgte, daß die mit der Verteilung beauftragte UNWRA nur 300 Säcke erhielt. Die Bevölkerung beschuldigte daraufhin die UNWRA. Absicht war es, Unruhe unter die Flüchtlinge zu bringen und die UN unter den Flüchtlingen ins Zwielicht zu bringen. (31)

Noch in frischer Erinnerung sind die Giftanschläge auf palästinensische Jugendliche in der Westbank. Etwa 1000 Menschen sollen betroffen gewesen sein. Die israelische Regierung beschuldigte die Palästinenser, sie wollten eine Massenhysterie herbeiführen; 50 Jugendliche wurden unter dieser Anschuldigung verhaftet (31). Die in Kranken-



Foto: UNWRA

(1) Lager Rashideh, seit 1977 fünfhundertmal beschossen und bombardiert; (2) Vertriebene Flüchtlinge um das Lager Ein el Hilweh bei Sidon. (3) 1981 wurde in Shehim eine neue UNWRA-Schule eröffnet, in der 750 Flüchtlingskinder unterkamen. (4) Zerstörte Lager Burjel Shemali bei Tyrus. (5) Schüler und Lehrer flüchten vor einem Luftangriff in Rashidieh.

Fortsetzung nächste Seite



häuser gebrachten Schulmädchen durften keinen Besuch empfangen. 40 Mädchen wurden aus einem israelischen Krankenhaus zwangsentlassen, als amerikanische Ärzte sie untersuchen wollten. Die PLO macht für die Vergiftungen, die erneut Angst und damit Flucht bezwecken sollten, israelische Siedler verantwortlich.

Ziel dieser Politik — die nun schon seit 1948 am palästinensischen Volk statuiert wird — und die von der Regierung Begin auch gegen die Proteste der Friedensbewegung im Lande fortgesetzt wird, ist es, Golda Meir's Ankündigungen von 1969 Wahrheit werden zu lassen: *„Es hat niemals ein palästinensisches Volk gegeben ... Es ist keineswegs so, daß es ein palästinensisches Volk gegeben hätte, das sich als palästinensisches Volk fühlte, und das wir gekommen wären, es hinausgeworfen und ihm sein Land genommen hätten. Ein solches Volk existiert nicht.''* (32)

Solidaritätsaktionen

Im folgenden wollen wir einen Überblick über Solidaritätsaktionen für palästinensische Kinder geben, soweit uns solche bekannt sind. Hierüber genauere Informationen zu erhalten, ist relativ schwierig. Selbst Informationsstellen, die speziell zu Palästina-Solidarität arbeiten, können in dieser Richtung leider nur wenig mit Informationen weiterhelfen. In der bürgerlichen Presse ist dies ohnehin kaum ein Thema.

Unter dem Stichwort *„Palästinas Kinder brauchen Hilfe''* hat das Antiimperialistische Solidaritätskomitee eine Spendenaktion zur Finanzierung von mobilen Kinderambulanzen durchgeführt und bisher insgesamt 220.000 Mark gesammelt. Das geht auf einen Appell des Roten Halbmondes zurück, der nach dem Massaker von Sabra und Shatila auf die Zerstörung der wenigen Ambulanzen hinwies.

„Medico International'' (Frankfurt) unterstützt Hospitäler und Ambulatorien der libanesischen Hilfsorganisa-

„Medico International'' (Frankfurt) unterstützt Hospitäler und Ambulatorien der libanesischen Hilfsorganisa-

tion „Amel'', die zugleich auch soziale Programme im Kinder- und Frauenbereich durchführen. So werden Kinder nicht nur im medizinischen und hygienischen sowie psychologischen Fragen betreut, sondern lernen zugleich auch Lesen und Schreiben. Beteiligt ist „medico international'' auch am Wideraufbau der von libanesischen Faschisten zerstörten Krankenhäuser Gaza und Akka in Beirut, die sich auf die Behandlung von Kindern spezialisiert hatten.

Vor kurzem wurde in Bremen die *„Kinderhilfe Palästina e.V.''* gegründet, deren Ziel es ist, um Patenschaften für palästinensische Kinder zu werben. Dabei bleiben die Kinder in ihrem gewohnten Lebensbereich und werden mit einem festen Betrag finanziell unterstützt, um z.B. eine Schule besuchen zu können. Diese Solidaritätsgruppe arbeitet eng mit der *„Soziale Hilfsorganisation Najdeh e.V.''* zusammen, die bereits in mehreren Städten der BRD Gruppen gegründet hat und deren Ziel es ist, palästinensischen Frauen und Kindern in Flüchtlingslagern durch Selbstverwaltungsprojekte zu helfen. Schaffung von Arbeitsplätzen, Alphabetisierungskampagnen, Aufbau von Kindertagesstätten und Sozialdiensten, Soforthilfeaktionen gehören zu der gezielten Solidaritätsarbeit.

Neben diesen Solidaritätsaktionen „vor Ort'' sind uns einige wenige Hilfs- und Betreuungsaktionen für palästinensische Kinder in einem Gastland bekannt: In Bremen werden etwa 30 Kinder von einem palästinensischen Ärzteverein medizinisch betreut; sie sollen nach der Genesung wieder zu ihren Familien zurückkehren. Auch nach Hannover sollten schwerverletzte palästinensische und libanesische Kinder kommen. Etwa 50 Betten sollten in Akutkrankenhäusern zur kostenlosen Behandlung bereitgestellt werden („Frankfurter Rundschau'', 17.9.82). In Havanna wurden 500 palästinensische Waisenkinder aufgenommen, um dort ihre Schulausbildung fortzusetzen. („FR'', 27.8.82)

Ein wesentlicher Teil von direkter Hilfe und Betreuung für palästinensische Kinder findet unseres Wissens seitens der DDR, anderer RGW-Länder sowie der skandinavischen Länder statt. Konkrete Angaben liegen uns dazu nicht vor.

Wer sich hier direkter engagieren will, sollte sich an eine der genannten Solidaritäsgruppen wenden, bzw. sich im Informationsbüro für Palästina in Bonn erkundigen.

So werden z.B. in verschiedenen RGW-Ländern ebenso wie in europäischen Ländern — unter anderem Österreich, Frankreich, Spanien, Schweden, Schweiz palästinensische Kinder während der Sommermonate eingeladen. In der DDR machen beispielsweise jährlich etwa 50 Kinder in Sommerlagern Ferien. Weiterhin werden verletzte oder erkrankte Kinder in der DDR medizinisch betreut.

Eine Genossin und Kinderkommission/KB Hamburg

Anmerkungen:

1) UNWRA (United Nations Relief an Works Agency = Vertriebenenhilfe — Agentur der Vereinten Nationen, wurde am 8. Dezember 1949 gegründet — Resolution 302/IV — ebenso wurden das UN-Kinderhilfswerk, die Internationale Flüchtlingsorganisation, die Weltgesundheitsorganisation, die UNESCO, die WHO und andere Gruppen und Organisationen aufgefordert, Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen für die Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen.
2) PLO und Palästina — Abdallah Frangi
3) Die UN-Resolutionen zum Nahost-Konflikt
4) PLO und Palästina, Abdallah Fragi

3) Die UN-Resolutionen zum Nahost-Konflikt
4) PLO und Palästina, Abdallah Fragi

5) Palästina Monographien Nr.5
6) Nathan Weinstock, Das Ende Israels, Berlin 1975
7) Palästina-Monographien Nr.5
8) Jordanien 50.000, Libanon 50.000, Irak 10.000, Kuwait 60.000, Syrien 10.000VAR, Libyen u.a. 20.000, Europa, Amerika, Asien und Afrika 15.000 aus 5)
9) Jerusalem et le sang des pauvres, Paul Gauthier
10) wie 2)
11) UNWRA — Die Hilfe der VN an die Palästina-Flüchtlinge, 30. Juni 1979
12) Raymonda Tawil: Mein Gefängnis hat viele Mauern
13) medico international
14) UNWRA Nr.98, Januar 1982
15) Palästina-Bulletin
16) „Zeit'', 3.12.82
17) „Taz'', 11.1.83
18) medico international
19) medico-international Rundschreiben 1/83
20) ebenso
21) Das Mädchen aus Tel Al Zaatar, terre des Hommes 6/82
22) Im Libanon ist die Kinderzahl mit drei Kindern am niedrigsten, in Jordanien mit 5 bis 6 Kindern am höchsten
23) UNWRA — Palästina-Flüchtlinge Nr.98
24) Le monde diplomatique, Juni 1960, und Palästina-Monographien Nr.5
25) Wie weit diese Zahlen noch aktuell stimmen, ist den Autoren nicht bekannt; Korrekturen und Hinweise sind dringend erwünscht
26) UNWRA, 30.6.79
27) medico international
28) Dr. Saleh Hweidi, UNWRA Nr.98
29) „Alltag im besetzten Land'', medico-international
30) medico international
31) TAZ, 7.4.83
32) „Sunday Times'', 15.6.69
34) Bertholt Brecht, werkausgabe Nr.18

"Ohne Einheit der Linken kein Sieg"



Interview mit Gladys Diaz, Mitglied des ZK des MIR, Chile

Gladys, als KB interessiert uns besonders die Entwicklung der Linken. Kannst du uns kurz die Differenzen der Linken nach dem Treffen von Mexico, Sept. 81, darstellen?

Also, bei diesem Treffen vom September '81 sind wir zu einigen sehr globalen Übereinkünften gekommen, die in taktischer Hinsicht äußerst wichtig waren, insbesondere die Anerkennung der Notwendigkeit, den Kampf gegen die Diktatur mit allen Mitteln, einschließlich bewaffneter Formen, aufzunehmen. Das war vielleicht der wichtigste Schritt der Linken nach all diesen Jahren. Dennoch war es anschließend offensichtlich für verschiedene Parteien nicht ganz eindeutig, ob ihre Repräsentanten ihre Befugnis (mit der Unterschrift unter die Erklärung, AK) nicht überzogen hatten. Das stoppte praktisch den Prozeß, den wir in Gang zu setzen geglaubt hatten.

Im letzten Jahr gab es ein zweites Treffen in Cuernavaca, Mexico, was jedoch unter weitaus ungünstigeren Vorzeichen stand und praktisch die Konfrontation zweier Linien offenbarte. Danach war die Zusammenarbeit der Linken erheblich erschwert. Aber als sich dann die wirtschaftliche und soziale Krise des Regimes in eine politische umzuwandeln begann, zeigte die Linke ihre Bereitschaft einen neuen Versuch, nicht der Einheit, aber einheitlicher Methoden zu entwickeln, bis hin zur Einsicht in die Notwendigkeit, den Kampf zu koordinieren, einen gemeinsamen Plan der Kampfaktivitäten, gemeinsame Parolen, Kampagnen aufzustellen, die dann je nach politischem Schwerpunkt der jeweiligen Organisation entweder friedlicher oder militanter in den gemeinsamen Kampf eingebracht wurden. Um Konfrontationen

ter in den gemeinsamen Kampf eingebracht wurden. Um Konfrontationen

wie in Cuernavaca, die den Erfolg vom Sept. 81 infragestellen, zu vermeiden, trafen wir uns im März dieses Jahres noch einmal in Mexico zu einer vorbereitenden Sitzung, die ein Treffen am 7./8. Juni zur Konkretisierung dieser Ziele vorbereiten sollte. Man muß sehen, daß sich die Massenbewegung mit großer Dynamik und Kreativität weiterentwickelte, während die linken Parteien Gefahr liefen, hinter diesem Prozeß hinterherzuhinken. Es war beabsichtigt, einen festen Sitz der Linken in Managua einzurichten, was die nicaraguanische Regierung bereits genehmigt hatte, sowie einen Zeitplan (agenda) aufzustellen. Aus verschiedenen Gründen, die mir nicht alle klar sind, hat dieses Treffen bisher nicht stattgefunden (Frage des Sitzes / Frage der Verbindlichkeiten des Zeitplans etc.).

Dieses alles, die offensichtlich mangelnde Bereitschaft einiger Repräsentanten der Linken, offenbart ein sehr komplexes Problem. Es zeigt, daß es nicht nur Differenzen unter den verschiedenen Parteien gibt, sondern daß verschiedene Parteien der Linken in ihren eigenen Reihen uneins sind und eine tiefgreifende ideologische Debatte durchmachen, die dahingeht, welches politische Projekt nach der Überwindung der Diktatur realisiert werden soll oder mit welchem politischen Projekt die Diktatur gestürzt werden soll.

Diese Uneinigkeit verhindert natürlich die Entsendung politischer Repräsentanten mit klarem Mandat zu unseren beabsichtigten Treffen, weswegen auch nicht die Bedingung für ein Abkommen gegeben sind.

Es gibt heute zwei Formen von Opposition: zum einen die bürgerliche Opposition, der zwar keine der linken Organisationen beigetreten ist, aber es gibt Kräfte, die eine Annäherung suchen, die Diskussion, in welcher Form eine Beteiligung an einer Verhandlungslösung des Rücktritts der Diktatur möglich wäre.

Welche Kräfte sind das?

Wenigstens Teile der sozialistischen Partei haben das demokratische Manifest unterschrieben, welches von der bürgerlichen Opposition stammt. Was wir jedoch glücklicherweise zu sehen glauben, ist eine insgesamt abwartende Haltung der Linken dieser bürgerlichen Opposition gegenüber: Wie wird ihre Bündnispolitik aussehen, welches sind ihre Möglichkeiten, welches sind ihre Inhalte, d.h. sich nicht festzulegen auf eine entschieden linke Position, die ihnen bei möglichen Verhandlungen die Hände bindet. So kommt es, daß zwar keiner die linke Einheit abgelehnt, sich aber ansonsten, mit Ausnahme von zwei oder drei Parteien, nichts tut.

Aber das ist ein Problem des Überbaus. Was uns wirklich zuversichtlich stimmt, ist die Bewegung an der Basis, ihre Formen der Organisation einschließlich der Untergrundstrukturen, die problemlose Zuuammenarbeit, die sich in den vergangenen Jahren entwickelt hat. Wir als MIR arbeiten an der Basis außerordentlich gut mit der PC zusammen, mit der wir in einigen Punkten gleiche Auffassungen teilen. Unsere Diskrepanzen liegen heute eher in den strategischen Fragen. Aber diese Zusammenarbeit findet auch mit sozialistischen Genossen von Mapu, MAPU-OC, mit Christen der Basis, mit den Radikalen (Radikale Partei, AK) statt, speziell ihrer Jugend, und sehr verantwortungsvoll mit breiten Sektoren der christdemokratischen Basis, die eine demokratische Kraft darstellt, deren Teile einen Bruch mit der Junta befürworten: an der Basis realisiert sich also eine viel inhaltsreichere Einheit der Linken, was auch entspre-

Junta befürworten: an der Basis realisiert sich also eine viel inhaltsreichere Einheit der Linken, was auch entspre-

chende Konsequenzen auf die Parteiführungen haben wird, so daß wir hoffentlich zu anderen Abkommen als den jetzigen gelangen werden.

Nun gibt es noch weitere Differenzen der Linken, Differenzen über den Kampf, über die Strategie der Abschaffung der Diktatur, über den Inhalt des Sozialismus, obwohl noch keiner klar den Sozialismus definiert hat, den er haben will. Wir sind der Meinung, daß das nicht Ergebnis einer akademischen Diskussion sein kann, sondern sich aus dem Kampf des Volkes heraus entwickeln muß. So wird unsere aufzubauende neue Gesellschaft das Resultat mindestens dreier ideologischer Kräfte sein, die in diesen Kräften bestimmend sind: die eine ist christlich, die zweite ist weltlich und die dritte marxistisch. Welches Projekt auch immer den Sieg erringen wird, man wird an keiner der drei Strömungen vorbeikommen. Man wird die Pluralität der chilenischen Volksbewegung akzeptieren müssen. Was uns als MIR in der jetzigen Situation, in der die Massenbewegung eine z.T. unvorhergesehene Radikalität und Reife entwickelt, allerdings beunruhigt, ist die Tatsache, daß die Linke trotz des Willens zur Einheit nicht zu einer größeren Konkretisierung der Zusammenarbeit bereit ist. Aber wenn wir das genauer betrachten, ist es eigentlich auch ganz logisch. Ein Teil der Linken hat offensichtlich Illusionen angesichts des relativ starken Protestes der Massenbewegung über einen möglichen Sturz der Junta, was nicht nur eine bloße Ersetzung von Pinochet bedeuten würde, sondern eine schmerzlose Ablösung des Regimes, welches wenn auch keine große demokratische Öffnung, so doch mindestens einige sehr dringende Forderungen der Volksbewegung verwirklichen könnte.

Wir sind absolut überzeugt, daß, welche politische Lösung auch immer zustande kommen mag, wenn sie nicht von der Massenbewegung selbst hervorgebracht wird, daß sie nur ein Übereinkommen zwischen Militärs, US-State-Departement, den Monopolen und der bürgerlichen Opposition sein wird. Wir sehen nicht, wie diese Protagonisten die Bedürfnisse der Volksbewegung verteidigen wollen. Wir bleiben daher bei unserer Linie.

Die PC hat während der siebziger Jahre immer wieder auf einen Pakt mit den Christdemokraten gesetzt. In Mexico hat sie sich aber dann klar zur Linie der Rebellion bekannt. Wird die PC in dieser Situation den bürgerlichen Projekten gegenüber „immun'' bleiben?

Ich mag mich nicht gerne für andere Parteien äußern. Daher will ich mich auf das allgemein Bekannte beschränken. Die PC hat sehr klar gesagt, daß sie für den Sturz der Diktatur ist, daß sie für dieses Ziel alle Kampfformen anwenden will, daß die Frage des Bündnisses mit der Christdemokratie kein taktisches Problem, sondern eine strategische Frage ist. Das sagten sie bereits nach dem Putsch, und sie haben es in diesen Tagen, auch auf diessm Kongreß, wieder bekräftigt.

Aber gehen wir doch auf die konkreten Projekte der bürgerlichen Opposition ein: Hier kann man noch nicht von Vormachtrolle der Christdemokratie sprechen, sondern nur von einer tendenziellen Hegemonie. Unter den verschiedenen Fraktionen herrscht noch absolut kein Konsens. Allerdings über eine Sache ist sich die bürgerliche Opposition — einschließlich Christdemo-

eine Sache ist sich die bürgerliche Opposition — einschließlich Christdemo-

kratie — einig, und das haben sie auch öffentlich unterstrichen: Nach einem Regierungswechsel würden sie zwar die PC legalisieren, aber keine Regierung mit ihnen zusammen bilden. Die PC hat sich noch nicht öffentlich geäußert, ob sie diese Legalität akzeptieren wollen, obwohl es durchaus möglich ist. Dennoch werden sie nicht aufgeben, ihre eigenen Kräfte zu stärken und wenn man Radio Moskau hört, so ist stets die Rede von der Fortführung des Kampfes bis zur Erreichung der wirklichen Demokratie.

Die Entwicklung unserer Beziehungen zu anderen linken Parteien ist kein gradliniger Prozeß und von Rückschlägen aber auch sprunghaften Fortschritten gekennzeichnet. Wir sind zuversichtlich, wenn wir die Entwicklung der Einheit der politischen Kräfte in Nicaragua, später El Salvador oder Guatemala betrachten, wo die einen bereits gesiegt haben, die anderen sehr viel weiter entwickelt sind als wir. Das ist ein sehr komplexer Prozeß.

Das Problem der Einheit der Linken in Chile ist — unabhängig von ihren Schwierigkeiten — eine strategische Frage. D.h. wenn wir die Einheit der Linken nicht zustande bekommen, werden wir auch keinen Sieg erringen können. Wir glauben, daß wir einen Moment großer Unklarheiten durchmachen, einen komplexen Prozeß, an dessen Ende die notwendige Klarheit der Linken steht. Selbst wenn sich einige Kräfte der bürgerlichen Opposition anschließen sollten, so wird das u.E. nur vorübergehend sein, denn Chile befindet sich in einer Dynamik, die letztendlich der gesamten Linken die erforderliche Klarheit verschaffen wird.

Gladys, herzlichen Dank

Chile

Interview mit Andres Pascal Allende, Generalsekretär der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR)

In der Aktionseinheit liegt unsere Stärke



Diktator Pinochet hat sein Kabinett in diesem Jahr innerhalb von vier Wochen zweimal umgebildet. Wie beurteilen Sie die offen zutage tretende Krise des Regimes, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für den Kampf des chilenischen Volkes?

Andres Pascal Allende: Chile durchlebt gegenwärtig eine tiefe Wirtschaftskrise, die stärkste seit den Jahren 1929/30. Um sich ein Bild von den furchtbaren Ausmaßen dieser Rezession machen zu können, muß man sich vor Augen halten, daß mehr als 33% der Erwerbsfähigen arbeitslos sind. Wenn man weiter bedenkt, wie viele Familien vom Schicksal der Erwerbslosigkeit betroffen sind, ist einzuschätzen, daß etwa 4 bis 5 Millionen Chilenen unter den unmittelbaren Auswirkungen dieser Krise leiden. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf verweisen, daß nicht nur die Arbeiterklasse die Folgen des „Wirtschaftswunders" a la Pinochet zu tragen hat. Auch kleine und mittlere Unternehmer in verschiedenen ökonomischen Bereichen sind stark in Mitleidenschaft gezogen. Es gibt im Grunde genommen keinen Produktionszweig, der von der Krise verschont wird. Dabei ist festzustellen, daß es gerade die Klein- und Mittelbourgeoisie war, auf die sich die Diktatur zu Beginn ihrer Herrschaft stützen konnte. Diese Kräfte beziehen heute gegenüber der Regierung eine oppositionelle Haltung.

Ich möchte einige Zahlen und Fakten nennen, die das ganze wirtschaftliche Dilemma in Chile verdeutlichen: Die Industrieproduktion sank im ersten Halbjahr 1982 um 15 Prozent. Der kleine und mittlere Bergbau ist praktisch verschwunden. Der Kupferpreis — Kupfer ist das wichtigste Exportprodukt Chiles — ist zeitweilig zurückgegangen. Dadurch mußten 1981 Exportverluste in Höhe von etwa 500 Millionen Dollar hingenommen werden.

Bei den traditionellen Anbauarten in der Landwirtschaft ist seit 1980 ein Produktionsrückgang bis zu 80% zu verzeichnen. In den letzten Wochen erhöhten sich die Preise für wichtige Lebensmittel, wie Brot und Zucker, um 40%. In den ersten Monaten dieses Jahres mußten 500 Unternehmen Bankrott anmelden. Nach Prognosen von Wirtschaftsexperten werden bis Ende 1982 etwa 1.000 Firmenzusammenbrüche erwartet. Hinzu kommt, daß die nationale Wirtschaft noch niemals in einem solch hohen Maße von internationalem Kapital abhängig war wie gegenwärtig. Die Auslandsverschuldung beträgt mehr als 18 Milliarden Dollar. Bei nur 3,5 Milliarden Dollar Reserven der Zentralbank ist es damit praktisch unmöglich, die fälligen Rückzahlungen für 1982 in Höhe von über 4 Milliarden Dollar aufzubringen.

Es bedarf keiner näheren Erklärung, daß diese Wirtschaftpolitik in erster Linie den Interessen der internationalen Finanoligarchie dient. Gewissermaßen signifikant ist in diesem Zusammenhang das im März 1981 erlassene Bankgesetz und das Bergbaukonzessionsgesetz vom November desselben Jahres. Das erste gewährleistet den transnationalen Monopolen nicht nur ausgezeichnete Investitionsbedingungen, sondern garantiert ihnen gleichzeitig einen nahezu vollständigen Profittransfer. Das Gesetz über die Bergbaukonzessionen soll die Reprivatisierung der Kupfer- und Kohlengruben sowie die Überschreibung der Ausbeutungsrechte anderer Lagerstätten juristisch absichern. Das chilenische Großbürgertum sieht seine eigenen Profitinteressen durch den Pleitekurs der Regierung mehr und mehr beeinträchtigt. Das führt zu einer Zunahme der Widersprüche innerhalb jener Kräfte, die Pinochet bisher am wirksamsten unterstützt haben. Auf der einen Seite steht die Finanzbourgeoisie, die für eine Beibehaltung des Wirtschaftskonzeptes Milton Friedmans plädiert und den Konzentrationsprozeß des Kapitals fortführen will sowie die Lasten der Krise voll auf die Schultern der Werktätigen abwälzt. Auf der anderen Seite verlangt die Industrie- und Agrarbourgeoisie mehr Protektionen, beispielsweise in Form von billigeren Krediten, und eine aktivere Währungspolitik, um die Wirtschaft zu reaktivieren.

Auch innerhalb der Streitkräfte nimmt die Unzufriedenheit zu. Im Offizierskorps gibt es Kräfte, die kein Hehl aus ihrem Mißmut über die gegenwärtige Lage machen. Solcherart Druck von verschiedenen Seiten ausgesetzt, gerät die Regierung immer stärker in eine Situation der Unbeweglichkeit. Sie ist unfähig, die Probleme grundsätzlich zu lösen. Die ökonomische Krise hat eine enorme politische Schwächung des Regimes herbeigeführt. Chile befindet sich in einem nationalen Notstand. Wir schätzen ein, daß es innerhalb der Führungsspitze zu weiteren nominellen Veränderungen kommen kann, die aber keinesfalls damit gleichgesetzt werden dürfen, daß sich der Charakter der Diktatur ändert. Man kann einige Militärs auswechseln, doch eine demokratische Wende ist einzig und allein mit dem Sturz des Regimes verbunden.

Dieser Kampf um die nationale Rettung Chiles wird noch lange andauern. Die Voraussetzungen, ihn erfolgreicher als bisher zu führen, haben sich in den letzten Jahren spürbar verbessert. Während der Wirtschaftskrise im Jahre 1975 mußten die antidemokratischen Kräfte schwere Schläge hinnehmen. Seit 1978 erleben wir dagegen einen

Die Junta in einem Brief vom September 1973

Aufschwung, gewissermaßen die soziale Reaktivierung der werktätigen Massen. Um so deutlicher wird eine weitere Niederlage Pinochets sichtbar, dessen „Versprechen" gegenüber dem Großbürgertum, die Volksbewegung zu zerschlagen, wie eine Seifenblase zerplatzt ist. Diese Bewegung ist heute stärker denn je, und sie gewinnt weiter an Kraft.

Die MIR nahm im Mai 1982 am Treffen der chilenischen Linksparteien in Mexiko teil. Welche Position bezieht Ihre Partei im Hinblick auf die Aktionseinheit alle demokratischen Kräfte?

Andres Pascal Allende: Wir setzen uns entschieden für die Aktionseinheit aller antidiktatorischen Kräfte ein, deren Kampf den Sturz der verhaßten Diktatur zum Ziel hat. Die Achse dieser „Bewegung der nationalen Rettung" bilden die Linksparteien, für deren koordiniertes Zusammengehen wir uns in Mexiko nachdrücklich ausgesprochen haben. In Chile selbst zeigt die Übereinkunft dieser Kräfte wichtige Ergebnisse: In mehreren Großstädten kam es während der letzten beiden Monate unter der Losung „Freiheit, Arbeit und Brot!" zu Hungermärschen, an denen Tausende Demonstranten teilnahmen. Der Unterdrückungsapparat antwortete darauf mit brutaler Gewalt, Hunderte wurden festgenommen, geschlagen, einige von ihnen befinden sich immer noch in Haft.

In diesem Zusammenhang fällt mir ein bildhafter Vergleich ein: Vor dem faschistischen Putsch 1973 demonstrieren elegante Damen in den Nobelvierteln Santiagos gegen die Regierung der Unidad Popular, indem sie auf leere Kochtöpfe schlugen. Heute wird Pinochet mit solchen Manifestationen in den Arbeitersiedlungen konfrontiert. Die Massen artikulieren u.a. auch auf diese Weise ihre soziale Unzufriedenheit, ihren Willen, die Verhältnisse zu verändern. Landesweit sind Protestaktionen zu verzeichnen. Dazu gehören z.B. Anschläge auf Polizeikasernen, Sabotageakte, Blitzmeetings, Sendungen der illegalen Rundfunkstationen „Liberacion" und Landbesetzungen. Insgesamt kann man feststellen, daß sich dieser Kampf durch den Vereinigungsprozeß aller linken und demokratischen Kräfte verstärkt hat. Die MIR nimmt aktiv daran teil und unterstützt diese Entwicklung. Dabei geht es uns gemeinsam mit der Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Partei, der Radikalen Partei und anderen linken Kräften darum, die Gewerkschaften, die Siedlerverbände, die Jugend- und Frauenbewegungen, die Bauernorganisationen, Teile der kleinen und mittleren Bourgeoisie und in der weiteren Zukunft die Christdemokratie als Ganzes zu gewinnen. Wir brauchen eine breite, antidiktatorische Front, denn nur in der Aktionsgemeinschaft liegt unsere Stärke. Ohne sie ist der Sturz der Diktatur und die Errichtung einer revolutionär-demokratischen Volksregierung nicht möglich.

Welche Bedeutung messen Sie angesichts der gegenwärtigen Situation im Lande den unterschiedlichen Formen des Kampfes bei?

Andres Pascal Allende: Wir müssen davon ausgehen, daß die Diktatur einen Krieg gegen das Volk führt. Kaschiert als „Doktrin der nationalen Sicherheit", praktiziert Pinochet mit seinem Klüngel im Interesse der Großbourgeoisie eine ausgeklügelte Strategie gegen die einfachen Menschen. Um die Unterjochung des Volkes weiter zu gewährleisten, werden alle legislativen und exekutiven Mittel des faschistischen Staates eingesetzt. Dabei reichen die Repressalien von seelischer Zermürbungstaktik bis hin zu bestialischem Terror. Nach wie vor sind alle politischen Parteien verboten, die gewerkschaftlichen Rechte drastisch beschnitten und die Möglichkeiten des legalen

schaftlichen Rechte drastisch beschnitten und die Möglichkeiten des legalen

Kampfes äußerst gering. Fälle von Verschleppungen und Folter haben wieder zugenommen. 1980 gab es in Chile 3.000 politische Gefangene, ein Jahr später stieg die Zahl auf 6.000 an, bis Juni 1981 wurden bereits wieder 4.000 Menschen verhaftet, in den Monaten Juli und August kam es zu 15.000 neuerlichen Festnahmen. Gestiegen ist auch die Anzahl politischer Morde: 1980 wurden 20 Patrioten umgebracht, ein Jahr später waren es bereits 50, die dem Terror Pinochets zum Opfer fielen.

Nicht nur in den Städten, sondern auch in den Dörfern und Gemeinden gehören Straßenkontrollen und Hausdurchsuchungen zum Alltag. Verdächtige werden — natürlich ohne Haftbefehl — sofort mitgenommen. All das verpflichtet uns, die Volksbewegung zu schützen, alle illegalen Kampfformen umfassend weiterzuentwickeln. Das Spektrum reicht dabei von der Agitation gegen die Willkürherrschaft bis zu militanten Kampfformen. Unter blutigen Opfern haben wir gelernt, daß die sozialen und revolutionären Prozesse gegen die reaktionäre Gewalt verteidigt werden müssen. Deshalb ist die Entwicklung des bewaffneten Widerstandes eine aktuelle politische Notwendigkeit. Die Milizen des Volkswiderstandes, denen vor allem junge Menschen angehören, sind ein Beispiel für unsere Aktivitäten in dieser Richtung. Das Recht auf einen Volksaufstand ist ein legitimes Recht. Wir sagen das nicht, weil wir die Gewalt lieben. Im Gegenteil, vielfach mußten wir am eigenen Leib spüren, was sie bedeutet. Aber der Volkskrieg gegen diese Diktatur, die von Anfang an die Menschenrechte mit Füßen getreten hat und mit dem Blut Tausender aufrechter Chilenen befleckt ist, verkörpert die Mobilisierung aller Mittel der Massen — der sozialen, der politisch-ideologischen und auch der militärischen — gegen ein Regime, dessen Sturz die unabdingbare Voraussetzung für ein Chile in Freiheit und Menschenwürde ist.

Nachdruck aus „Horizont"

Chile

Bürgerliche Opposition und die Linke

Die politische Krise der Pinochet-Diktatur ist da: Das haben mittlerweile nun auch die bürgerlichen Medien erkannt. Während Teile der westdeutschen Presse noch 1980 vom „chilenischen Wirtschaftswunder" sprachen und Pinochet sogar das Bemühen um eine menschenfreundlichere Politik unterstellten, so ist heute ddvon eine Rede mehr, im Gegenteil, die Massenproteste der letzten Wochen und Monate sowie die Ansätze bürgerlicher Opposition bestimmen die Berichterstattung. Dabei geht man immer wieder, entweder direkt oder indirekt, von folgenden Annahmen: Erstens,, daß es sich bei den Massenprotesten der letzten Zeit um mehr oder weniger spontane Demonstrationen handelte, zweitens, daß der politische Ausdruck dieses Protestes die im Funk und Fernsehen immer wieder präsentierte bürgerliche Opposition ist, und drittens, daß diese bürgerliche Opposition den Diktator Pinochet möglicherweise bald ablösen könnte. Die Absicht, die damit verfolgt wird, ist u.E. klar: Die Rolle der Volksbewegung und der Linken herunterzuspielen zugunsten bürgerlicher Kräfte. Wir möchten diese drei Punkte relativieren.

Erstens: Den jetzigen Massendemonstrationen geht ein langer Prozeß voraus, der unmittelbar nach dem Schlag vom September 1973 bereits einsetzte. Das Volk, mit wirtschaftlichen und sozialen Verschlechterungen konfrontiert, antwortet darauf mit unzähligen Basiskomitees der Arbeitslosen, der Studenten, der Frauen, der Bewohner der Elendsviertel und nicht zuletzt der Angehörigen der politisch Verfolgten und Verschwundenen. Gegen Ende der siebziger Jahre finden die ersten größeren Streikaktionen statt, eine Gewerkschaftskoordination bildet sich, und 1981 beginnt eine Welle von bewaffneten Aktionen des Volkswiderstandes das Land zu erschüttern. In der Entwicklung all dieser Widerstandsformen hat die Linke eine entscheidende, organisierende Funktion.

Politischer Ausdruck dieses Volkswiderstandes ist die Erklärung von Mexiko im September 1981, in der die wichtigsten politischen Repräsentanten der Linken die Perspektive der Ablösung der Diktatur in der Rebellion des Volkes und der Anwendung aller Kampfformen dokumentieren. Die gegenwärtigen Proteste der Volksbewegung sind zwar auf der Basis der wirtschaftlichen und sozialen Misere der Bevölkerung zu sehen, sie sind aber keineswegs spontan entstanden, sondern können auf langjährige organisierte Arbeit zurückgreifen.

Zweitens: Die politischen Projekte der bürgerlichen Opposition sind nicht aus dem Volkswiderstand hervorgegangen und repräsentieren ihn auch nicht. Um welche Projekte handelt es sich?.

Proden, proyecto de desarollo para un consenso nacional, „Projekt zur Entwicklung einer nationalen Übereinstimmung". Die Gruppe Proden setzt sich zusammen aus Christdemokraten, Ex-Mitglieder der Partido Nacional sowie einigen Sozialdemokraten unter der Führung von J. Lavandero. Auf dem Boden der gültigen Verfassung von 1980 schlagen sie eine Verfassungsreform vor. Innerhalb der nächsten 6 Monate nach Veröffentlichung des Textes am 24. Februar soll durch Wahlen eine Regierung gebildet werden, die aus einem Kongreß sowie einer Militärjunta besteht. Die Junta soll dabei weniger Rechte als in der Verfassung vorgesehen erhalten. Innerhalb von zwei Jahren soll dieser Kongreß Gesetze vorbereiten zur Normalisierung und Demokratisierung des Landes (ohne jedoch auszuführen, was sie darunter verstehen).

Lavandero sieht in dem Text ein großzügiges Angebot an die Junta, ja einen „historischen Schritt" „ehe es zu spät ist". Pinochet teilt dieses Angebot nicht; in einem Satz erklärte die Junta das Projekt als nicht diskussionswürdig (Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 114).

Multipartidaria, ein Name, der an das gleichnamige argentinische Oppositionsbündnis erinnert, dem im Gegensatz zu Argentinien jedoch keine Parteien angehören, sondern nur einzelne Parteienvertreter mit nicht immer klarem Mandat. *„Seit einigen Monaten hörte man schon gerüchteweise von diesem mehrere Parteien umfassenden Bündnis, bis im März das „Demokratische Manifest" veröffentlicht wurde. (...) Es sind wichtige Vertreter der folgenden Parteien vertreten: Partido Republicano (hervorgegangen aus Teilen der aufgelösten Partido Nacional), Christdemokraten (darunter P. Alwyn und G. Valdés), Sozialdemokraten sowie der sozialistischen Partei. (...) Das „Demokratische Manifest" fordert alle Chilenen, die „die Freiheit, den Frieden und die Gerechtigkeit lieben" zum Zusammenschluß auf. Chile soll wieder demokratisch werden. Auch sie beschreiben die derzeitige Krise als die tiefste und längste seit Bestehen der Republik. (...)*

Das Manifest verlangt:
— Die Beendigung von Ausnahmezustand, Ausweisungspraxis und dem Exil;
— Freiheit von Meinung, Presse, Versammlung und Organisierung;
— Autonomie der Universitäten;
— Zulassung der Parteien.
Im Weiteren die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung sowie freier Wahlen, sowie ein wirtschaftliches Notprogramm, das auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens beruht sowie die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung" (LA-N Nr. 114).

Die fehlende Einheit, die insgesamt recht vagen politischen Aussagen, die auf fast keine der brennenden Fragen der Volksbewegung eingehen, lassen derzeit starke Zweifel an der Regierungsfähigkeit dieser Kräfte aufkommen. Somit dürfte für den Imperialismus Pinochet immer noch der größte Trumpf in der Hand sein, der zur Not die Volksbewegung mit bewährten Rezepten im Zaum hält.

Drittens: Es stellt sich die Frage, ob Pinochet freiwillig auf die Macht verzichtet. Zum einen hat er gerade erst 1980 seine Alleinherrschaft für den Rest des Jahrzehnts in einem Plebiszit absegnen lassen, zum anderen haben er und seine Kamarilla sich in den letzten Jahren ihrer Regierung schamlos bereichert, sodaß sie mit den wirtschaftlich mächtigen Gruppen relativ stark verwachsen sind. Nicht zuletzt muß jede noch so flau geartete Demokratisierung die Frage nach den Verbrechen der Generale stellen, die somit der ernsthaften Gefahr einer Strafverfolgung ausgesetzt wären.

Die hier skizzierten Argumente lassen an einer kurzfristigen Ablösung des Pinochet Regimes u.E. zweifeln..

Der größte „Unsicherheitsfaktor" ist indes die Volksbewegung selber, die möglicherweise schneller als wir denken in der Lage sein wird, eine revolutionäre Situation herbeizuführen.

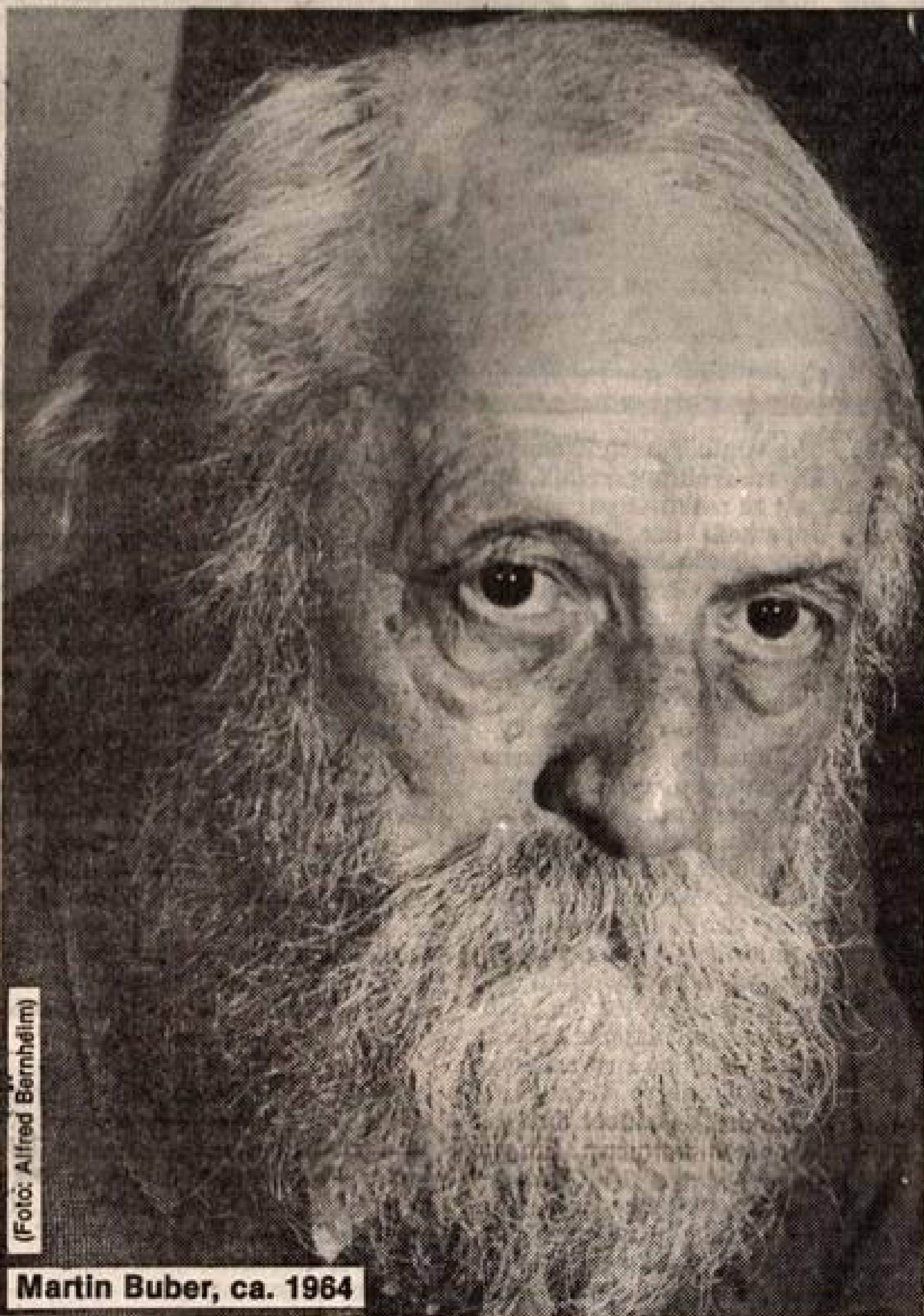
Lateinamerika-Kommission

Dieser Artikel verfolgt das Ziel, an dem Beispiel der Gedanken und des Wirkens eines überzeugten Zionisten aufzuzeigen, daß der Zionismus als geschichtliche Bewegung nicht nur aus e i n e r Ursache (z.B. vom Imperialismus geförderte Kolonisierung) heraus verstanden werden kann. Martin Buber (1878 — 1965) stand für eine Strömung innerhalb der zionistischen Bewegung, der politisch durchschlagende Wirkung bis heute versagt blieb, deren Vertreter, Gedanken und Ziele aber von Anfang an als innere Opposition wirkten.

Martin Buber

Ein sozialistischer Zionist

von K.M.L.


(Foto: Alfred Bernheim)

Martin Buber, ca. 1964

Geschichtliche Hintergründe der zionistischen Bewegung

M. Buber verstand den Zionismus als Möglichkeit für eine Erneuerung des Judentums von seinen geschichtlichen Ursprüngen her. Man wird sagen können, daß er die religiöse Welt weiter Teile des zionsgläubigen Ostjudentums in Polen und Rußland vertiefend reflektierte. Im Unterschied dazu verlangte das großenteils bürgerlich-liberale Westjudentum Frankreichs und Deutschlands, soweit es zu zionistischen Ideen neigte, nach einer Heimstätte in Palästina aus rein nationalstaatlichen Motiven. Diese Unterschiede liegen in verschiedenartigen sozial- und kulturgeschichtlichen Entwicklungen des Judentums in Europa begründet.

Die bürgerlich-kapitalistische Entwicklung in Westeuropa eröffnete vielen Juden die Möglichkeit, ihre feudalen Ghettos zu verlassen. Die liberalisierte Gesetzgebung zu Anfang des 19. Jahrhunderts (Toleranzedikte) nährte in vielen die Hoffnung auf eine endgültige und schrankenlose Anpassung und Anerkennung als gleichberechtigte Bürger der Nation. Solche Assimilationshoffnungen kamen im Ostjudentum nie auf. Die feudale Repression des Zarismus schnürte alle Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderung zu. Die Juden blieben hier bäuerlich, proletarisch verarmt und kulturell isoliert. Ihr Identität gewannen sie in der gelebten Religion, und aus ihr die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Die Zukunftsperspektive des jüdischen Glaubens ist aber nicht ein jenseitiger Himmel, wie das herrschende Christentum ihn predigte, sondern das irdische Zion.

Beim alljährlichen Passahfestmahl, das an den Auszug der Israeliten aus der ägyptischen Sklaverei erinnert, also die Geburtsgeschichte des Volkes Israel vergegenwärtigt, werden folgende Worte gesprochen: „Dies ist das Brot des Elends, das unsere Väter zu Ägypten aßen. Wer hungrig ist, komme und esse! Wer's entbehrt, komme und halte Passah mit! Dieses Jahr hier — im kommenden Jahr im Lande Israel.“ (1). (Kurzer Exkurs über das Verhältnis der Juden zum Land Israel siehe Anmerkung 2.)

Auslösend für die zionistische Bewegung waren die zunehmenden antisemitischen Pogrome Ende des letzten Jahrhunderts in ganz Europa. Aber der kultursoziologische Hintergrund und damit auch die für politische Ziele wirkende ideengeschichtliche Motivation waren im Ostjudentum und im Westjudentum sehr unterschiedlich. Dieser Unterschied war repräsentiert in dem Gegensatz zwischen Martin Buber und Theodor Herzel.

Jüdischer Nationalstaat oder Erneuerung des Judentums

M. Buber schildert T. Herzel in seinen Erinnerungen, wie er vor einer Palästina-Karte stand und ausrief: *„Wieviele Pferdekräfte hat der Niagara? Acht Millionen? Wir werden zehn Millionen haben! ... Nicht um an der Amerikanisierung Asiens teilzuhaben, hatten wir Zions Namen auf unser Banner geschrieben“* (3). Die letzten Worte sind Bubers und seiner Freunde Kritik am bürgerlichen Nationalismus Herzls und der Mehrheit der zionistischen Bewegung. Geht es beim Zionismus um territoriale Besitzansprüche auf der Grundlage kapitalistischer, nationalstaatlicher Ziele oder um eine Erneuerung des jüdischen Volkes aus dem messianischen Geist (4) seiner Überlieferung und Geschichte? Das war die Kontroverse.

Bubers Vorwurf an Herzl war, daß seiner Zionismus-Konzeption die geistige Fundierung im Horizont der Gesamtgeschichte des Judentums fehlte. *„Die moderne zionistische Bewegung hat bei einer Verkürzung der Idee eingesetzt“* (5). Die Idee, um die es Buber ging, ist das dem Judentum ursprünglich zugehörige und nie ganz verloren gegangene menschheitsgeschichtliche Bewußtsein, durch exemplarische Verwirklichung eines gerechten Gemeinschaftslebens im Land Israel (6) beispielhaft zu wirken und Anstoß zu geben für die notwendige weltgeschichtliche Revolution ins Reich der Freiheit. Zionismus war für ihn exemplarische Aktion mit diesem Sinn und Ziel.

Herzl warf er vor, daß sich für ihn das zionistische Anliegen in der Befreiung vom Antisemitismus erschöpfe, also in der reinen Reaktion auf die Not des Volkes. Herzls Volksbegriff war reaktionär. Er sah *„das Volk als gesellschaftliche Einheit, die durch einen gemeinsamen Feind vereint ist“*, statt durch ein positives Gemeinschaftsideal.

Dieser Unterschied erklärt auch, warum bei Herzl, sowohl was die Wahl seiner politischen Mittel als auch was die Wahl des Bestimmungsortes der zionistischen Bewegung angeht, keinerlei grundsätzliche Begrenzungen oder Festlegungen zu erkennen sind. Er verfolgte konsequent bedenkenlos das Ziel eines Staates für die Juden. Ort und Mittel waren gleichgültig. Palästina hatte für Herzl rein propagandistischen Wert: *„Das Gelobte Land ist dort, wohin wir es tragen“* (8). Das wurde in der Auseinandersetzung auf dem 6. Zionistenkongreß 1903 deutlich. Unter dem Eindruck der Pogrome von Kischinew favorisierte Herzl damals Uganda als nationale Heimstätte für die Juden. Auch Argentinien hatte er zeitweise in Betracht gezogen. Diese Pläne scheiterten einmal, weil sie beim religiösen Ostjudentum auf massiven Widerstand stießen, und zweitens, weil solche diplomatischen „Angebote“, die Herzl offenbar viel zu ernst nahm, nicht den politischen Interessen der Regierungen entsprachen, mit deren Vertretern Herzl fortwährend verhandelte. Aber darin wird wohl das Typische von Herzls Bemühungen sichtbar. Sein Denken und Handeln war völlig von den machtpolitischen Möglichkeiten gefangen genommen, die sich ihm in der internationalen Diplomatie zu erschließen schienen. Er suchte um Präferenzen beim Sultan, er verhandelte mit englischen Regierungsbeamten und sogar „in schmachvoller Weise“ (9) mit Plehwe, dem russischen Minister des Inneren, der für die antisemitischen Ausschreitungen Ostern 1903 verantwortlich zeichnete.

Weniger die Tatsache solcher Verhandlungen an sich als die mit ihnen einhergehende politische Bedenkenlosigkeit und Rückgratlosigkeit führte zur Spaltung zwischen den „Judenstaatlern und den Vertretern des historischen Zionsideals“ (9). Wo der Geist des „suchenden Territorialismus“ die „treue Zionsliebe“ (10) ersetzt, sah Buber den Todeskeim der Bewegung. Er agumentiert von einem inneren Verhältnis der Juden zu diesem konkreten Land her, von einer historisch gewachsenen und bei den Ostjuden besonders erhalten gebliebenen Beziehung zwischen jüdischem Volk und Palästina. Dieses Land ist für ihn aber nicht einfach kolonisierbarer Besitz, sondern der geschichtlich festgelegte Raum für die Juden zur Wahrnehmung ihres Auftrages in der Weltgeschichte (s.o.). Und eben dieser Auftrag legt sie auch in der Wahl ihrer politischen Mittel fest, wenn es zur Wiedereinwanderung kommt.

Machtpolitische Bedenkenlosigkeit und Ignoranz gegenüber der einheimischen arabischen Bevölkerung, wie sie in der zionistischen Bewegung weithin herrschten und herrschen, sind zwei Seiten einer verderblichen Haltung. Dieser Haltung stellte M. Buber sein aus der jüdischen Überlieferung gewonnenes Axiom entgegen, daß der Aufbau Palästinas sozialistisch sein muß und daß dabei das Auskommen mit der arabischen Bevölkerung ein zentrales Problem ist, mit dessen einvernehmlicher Lösung der Sinn der zionistischen Bewegung steht und fällt (11).

Gegen die Mißachtung und Unterdrückung der arabischen Bevölkerung

Bekanntlich verlief die politische Entwicklung nicht im Sinne Bubers, sondern genauso, wie er es von Anfang an, besonders aber seit 1917 nach der Balfour-Deklaration (12), befürchtete. In einem Brief an H. Bergmann beschreibt er seine Sorgen: *„Vor einigen Tagen hatte ich eine Besprechung mit Dr. Jacobsen über das, was in Palästina geschehen soll; nach ihrem Abschluß war mir die Schwermut nahe. ‚Wir müssen so schnell wie möglich, also mit allen Mitteln, eine Majorität im Lande schaffen' — ein Argument, bei dem einem das Herz stillsteht; und was kann man darauf auf dieser Ebene antworten? Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß die meisten führenden (und wohl auch die geführten) Zionisten heute durchaus hemmungslose Nationalisten (nach europäischem Muster), Imperialisten, ja unbewußte Merkantilisten und Erfolgsanbeter sind. Sie reden Wiedergeburt und meinen Unternehmen. Wenn es uns nicht gelingt, eine autoritative Gegenmacht aufzurichten, wird die Seele der Bewegung verdorben werden, vielleicht für immer“* (13).

Er kämpfte gegen diese Entwicklung an durch die Herausgabe einer „Sammelschrift gegen das drohende Eindringen des europäischen Ungeistes (Merkantilismus, Imperialismus) in ein werdendes jüdisches Palästina“ (14). Buber führte also einen Kampf innerhalb der zionistischen Bewegung darum, daß nicht europäische Ökonomie in der jüdischen Siedlung Palästinas das Szepter führte. Es war ein Kampf um den Zionismus, um einen sozialistischen Zionismus. Buber wurde damals auch Mitglied der sozialistischen Organisation Hapoel Hazair, der Volkssozialisten. Diese waren nicht eine marxistische Gruppe, sie bildeten aber später mit einer marxistischen Gruppe zusammen die Mapai-Partei.

Eine der wichtigsten Aktivitäten Bubers im Zusammenhang mit Hapoel Hazair ist seine Teilnahme an einer Konferenz zionistischer Arbeiter in Prag 1920. Als Ergebnis seiner Bemühungen nahm dieser Kongreß zur Araberfrage Stellung: *„Unsere Rückkehr nach Erez Israel, die sich in den Formen einer stetig zunehmenden Einwanderung vollziehen muß, will kein fremdes Recht beeinträchtigen. In einem gerechten Bund mit dem arabischen Volke wollen wir die gemeinsame Wohnstätte zu einem wirtschaftlichen und kulturell blühenden Gemeinwesen machen, dessen Ausbau jedem seiner nationalen Glieder eine ungestörte Autonome Entwicklung sichert. Unsere Kolonisation, die der Rettung und Erneuerung unseres Volkstums allein gewidmet ist, hat ja nicht kapitalistische Ausbeutung eines Gebietes zum Ziel und dient nicht irgendwelchen imperialistischen Zwecken, ihr Sinn ist die schaffende Arbeit freier Menschen auf gemeinschaftlicher Erde. In diesem sozialen Charakter unseres nationalen Ideals liegt die mächtige Bürgschaft für unsere Zuversicht, daß zwischen uns und dem arabischen Volke eine tiefe und dauernde Solidarität der wirklichen Interessen sich offenbar wird, die alle von den Verwirrungen des Augenblicks erzeugten Gegensätze überwinden muß“*. Diese Worte sind ein einsames Dokument in der zionistischen Geschichte geblieben (15).

Immer wieder hat Buber auch in den folgenden Jahrzehnten gegen den Terrorismus und das blinde Gewaltdenken der jüdischen Kolonisatoren Stellung genommen. 1948 kam der bedenkenlose machtpolitische Zionismus mit der Gründung des Staates Israel an sein Ziel. Buber teilte den damaligen Enthusiasmus nicht. Er konnte in der allgemeinen zionistischen Gesinnung und in dem neuen Staat nicht die Verwirklichung dessen erblicken, wofür er gekämpft hatte. In seiner Rede im Mai 1948 brachte er das deutlich zum Ausdruck: *„Es gibt von den Anfängen des modernen Zionismus an zwei Grundtendenzen in ihm, die zu einander in einem bis in die Tiefe der menschlichen Existenz reichenden Gegensatz stehen ... Man kann die beiden Tendenzen in ihrem Ursprung als zwei verschiedene Interpretationen des Begriffs „Wiedergeburt“ erfassen. Die eine verstand unter Wiedergeburt, daß von neuem ein echtes Israel aufkomme, in dem nicht, wie in dem Wüstengang des Exils, Geist und Leben nebeneinander bestehen, jedes von beiden ein Bezirk eigenen Gesetzes, sondern der Geist sich das Leben baut wie ein Haus, ja wie sein Fleisch. Mit Wiedergeburt ist hier somit nicht ein gesicherter Fortbestand des Volkes anstatt des bisherigen ungesicherten gemeint, sondern eine Existenz der Verwirklichung anstatt der bisherigen, in der unverwirklichte Ideen und ideenlose Wirklichkeit einander stießen. Die andere Tendenz verstand unter Wiedergeburt einfach: Normalisierung. Zu einem normalen Volk gehören Land, Sprache und Selbständigkeit; diese müssen wir wiederbekommen, alles andere braucht uns nicht zu bekümmern, das wird sich schon von selber fügen. Wie die Menschen in dem Land miteinander leben, was die Menschen in dieser Sprache sagen, in welchem Verhältnis diese Selbständigkeit zur übrigen Menschenwelt steht, das gehört gar nicht zum Kapitel der Wiedergeburt. Werde normal und du bist wiedergeboren! ... Als ich vor 50 Jahren um der Wiedergeburt Israels willen mich der zionistischen Bewegung anschloß, tat ich es mit einigem Herzen. Heute geht durch mein Herz ein Riß. Ein Krieg um politische Struktur droht ja immer, in einen Krieg um die nationale Existenz umzuschlagen. Darum kann ich gar nicht anders, als an ihm mit meiner eigenen Existenz teilzunehmen, und mein Herz bebt heute wie das Herz jedes jüdischen Menschen. Aber auch einem Sieg entgegen vermag ich mich nicht zu freuen, denn ich fürchte, daß ein Sieg der Juden eine Niederlage des Zionismus bedeuten wird“* (16). Obwohl sich Buber diese Staatsgründung nicht gewünscht hatte, wurde er loyaler Bürger des Staates Israel, aber ein kritischer und unbequemer. Zur Araberfrage äußerte er sich in dreifacher Form immer wieder: für die Gleichberechtigung der arabischen Bürger Israels, gegen das Unrecht an den palästinensischen Flüchtlingen, für eine Politik, die die Grundlagen echter Koexistenz mit den arabischen Völkern bereitet. Seine sozialistisch-zionistischen Grundüberzeugungen behielt er auch als israelischer Staatsbürger.

„Ich habe die aus dem Krieg hervorgegangene Form des neuen jüdischen Gemeinwesens, den Staat Israel, als den meinen akzeptiert. Ich habe nichts mit jenen Juden gemein, die ihn, die faktische Gestalt der jüdischen Selbständigkeit, bestreiten zu dürfen meinen. Das Gebot, dem Geist zu dienen, ist jetzt von uns in diesem Staat, von ihm aus zu erfüllen. Wer aber dem Geist wahrhaft dienen will, muß all das einst Verfehlte wiedergutzumachen suchen; er muß daran arbeiten, die verschüttete Bahn für ein Einvernehmen mit dem arabischen Volke von neuem freizumachen. Heute erscheint es vielen absurd, jetzt noch — zumal in der gegenwärtigen innerarabischen Situation — an eine jüdische Teilnahme an einer Föderation zu denken; morgen, mit einer Änderung gewisser von uns unabhängiger weltpolitischer Elemente, kann diese Möglichkeit in eine höchst positive Beleuchtung rücken. Es gilt, soweit es von uns abhängt, den Boden dafür vorzubereiten. Es kann heute keinen Frieden zwischen Juden und Arabern geben, der nur ein Aufhören des Krieges wäre; es kann nur noch einen Frieden der echten Zusammenarbeit geben. Unter so vielfach erschwerten Umständen ist es heute noch und mehr als je das Gebot des Geistes, die Zusammenarbeit der Völker anzubahnen.“ (17)

Sozialismus bei Martin Buber

„Warum muß der Aufbau Palästinas ein sozialistischer sein?“(18), fragt die Überschrift eines Vortrages, den Buber 1928 vor der ‚Liga für das arbeitende Palästina' in Berlin hielt. Seit 1924 kam ein Strom von tausenden jüdischen Einwanderern nach Palästina, Handwerker, Kaufleute und Geschäftsinhaber. Es stellte sich die Frage, ob unter diesen neuen Bedingungen ein sozialistischer Pioniercharakter der jüdischen Sidedlung in Palästina überhaupt realisierbar sei. Bubers Vortrag nun geht zunächst auf einige pragmatische Aufgaben ein, die sich demzufolge konkret für die jüdische Siedlung stellten. Der zweite längere Teil handelt von der möglichen Stellung eines zionistisch-sozialistischen Gemeinwesens innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung.

Für eine sozialistische Entwicklung sah es Buber als unabdingbar an, daß das aktuelle Experiment einer sozialistischen Arbeits- und Lebensgemeinschaft, wie sie in den Kwuza (Kibbuzim) versucht wird, praktischen Erfolg hat. *„Die Menschen der Kwuza sind ein lebendes Experiment ... Es ist in unseren Kreisen zuweilen gesagt worden, es komme für uns Sozialisten in Palästina nur darauf an, eine starke Arbeiterschaft hinzubringen, und dann werde diese ihre sozialen Forderungen in derselben Weise durchsetzen wie in den andern Ländern der Welt, also — je nach der Einstellung des Sprechers — auf dem Weg der parlamentarischen Reform, auf dem des Klassenkampfes*

Fortsetzung nächste Seite

oder auf dem der Revolution. Ich halte diese Auffassung nicht nur für eine irrtümliche, sondern für eine verhängnisvolle. Ich glaube nicht, daß es eine politische Durchsetzung der großen sozialistischen Forderungen gibt, wenn man die nicht zugleich im tatsächlichen Leben zu verwirklichen strebt. Wenn die Verwirklichung nicht schon jetzt und hier beginnt, auch in der Art, wie wir das Ziel zu erreichen suchen, dann wird es nicht erreicht. Das falsche Mittel verfälscht den Zweck im Gange der Durchführung."(18)

Dieses Zitat läßt den utopischen Sozialismus Bubers durchscheinen, der von einem Vorrang der Idee vor der Wirklichkeit ausgeht; nicht einer wirklichkeitsfremden Idee, sondern einer Idee, die sich mit der Wirklichkeit nicht abfindet, sondern sie durchdringt, überwältigt und überwindet. Und das bedeutet praktisch: die sozialistische Volksinitiative muß gegenüber der individuellen Privatinitiative bestimmend sein. Dazu waren Bubers Ansicht nach dreierlei Dinge aktuell wichtig: Zuwachs an Land in jüdischem Besitz, damit es nicht zu einer Bodenspekulation kommt; die Selbstarbeit des Menschen muß als höchster Wert von allen Juden anerkannt werden — offenbar gab es damals starke Strömungen, die dieses soziale Bewertungskriterium verdrängten; die überzeugende Ausstrahlung des gelebten jüdischen Gemeinwesens ist notwendige Grundlage seiner sozialen Anziehungskraft.

Zu jener Zeit verlief die Besiedlung Palästinas aber unter starker Beteiligung des großen Privatunternehmertums. Würde das nicht die Entwicklung im Lande automatisch in eine kapitalistische Richtung zwingen? Buber war da relativ optimistisch. Er war der Meinung, daß das Ausbeutungsinteresse des jüdischen Unternehmers dadurch in Grenzen gehalten werden würde, daß er — eingebunden in ein Aufbauwerk, wo soziale Kriterien an erster Stelle stehen — als solcher von selbst Interesse habe an der Erhaltung der menschlichen Substanz der Arbeiter und nicht an ihrer Verelendung. Weil zu große soziale Spannungen das ganze gefährden würden, sei das Unternehmertum zu Konzessionen gegenüber dem Sozialismus gezwungen.

Welches ist nun die Stellung eines sozialistischen Zion innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung? Martin Buber meinte, das jüdisch-sozialistische Gemeinwesen in Palästina könnte in der Agonie des Weltmarktes (1928!) experimenteller Vorbote für die ganze Menschheit werden. Dies insofern, als dort sichtbar praktiziert werden sollte, wie eine Steigerung des technischen Entwicklungsstandes mit dem Charakter des gemeinwirtschaftlichen Subjektes zu vereinbaren ist. Buber hoffte, so könnten exemplarisch die positiven Vorentscheidungen für die notwendige sozialistische Umwälzung des Abendlandes vorgelebt werden. Weiter glaubte Buber, die jüdischen Siedlungen könnten ein soziales Pioniertum ausüben. Überall, auch wo der Sozialismus schon zur Herrschaft gelangt war, sei das menschliche Leben durch die hochindustrielle Arbeitsform zum Fortsatz einer Maschine versklavt, anstelle daß der lebendige arbeitende Mensch die Aufgaben der Technik bestimme.

Außerdem nahm Buber zur Frage Zentralismus oder Dezentralisation Stellung. Er meinte, die Alternative sei nicht radikal genug. „*Ein zentralistischer Sozialismus ist keiner. Ein Sozialismus, in dem sich die Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterschaft verändert haben, ohne daß sich die Beziehungen der Menschen zueinander gewandelt hätten, ist keiner.*" Buber schwebte der „wahre Sozialismus" vor: „*Was jeder im Herzen meint, wenn er Sozialismus sagt, ist wirkliche Gemeinschaft zwischen den Menschen, unmittelbare Lebensbeziehungen zwischen Ich und Du, echte Societas, echtes Genossentum. Wir müssen also eine echte Gemeindeautonomie haben.*" Für Buber ist Sozialismus — strukturell und gesinnungsmäßig — nicht nur Demokratie von unten, sondern wesentlich unten. Die zionistisch-sozialistische Kibbuzbewegung hat auch darin eine Vorpostenbedeutung für die Menschheit, insofern als sie diese Gesinnung in lebendige soziale Gestalt zu verwirklichen hat. Buber hoffte, daß dieses Pflänzlein zwischen den beiden großen unfruchtbaren Kolossen, dem faschistischen Rom und dem erstarrten Moskau, emporwachse. „*Gibt es zu diesen beiden ein Drittes, ein noch nicht eigentlich existentes, aber werdendes — über jene hinaus werdendes? Zu den beiden allein wahrnehmbaren tönernen Gesichtern ein drittes, noch verborgenes, eins von Fleisch und Blut, mit heiterer Stirn, liebenden Augen und einem Mund, der singen kann, ein menschliches Antlitz? Gibt es ein Jerusalem?*" (18)

Biographisches zu Martin Buber

geb. 1878 in Wien
gest. 1965 in Jerusalem
aufgewachsen in Lemberg
1898 Anschluß an die zionistische Bewegung
1899 Teilnahme am 3. Zionistischen Kongreß
1901 B. wird Herausgeber der zionist. Wochenzeitschrift „Die Welt"
1901 5. Zionistischer Kongreß, Gründung der Zionistisch-Demokratischen Fraktion in Opposition zu Th. Herzl
1909 3 Reden über das Judentum vor der Prager Studentenorganisation
1914 Gründung des Jüdischen Nationalkomitees zur Unterstützung von Juden in Osteuropa unter deutscher Besatzung
1916 Gründung der Monatszeitschrift „Der Jude", bestand 8 Jahre und war Sprachrohr der jüdischen Erneuerungsbewegung um B.
1920 Gründung von Hapoel Hazair; Buber begründet seine zionistisch-sozialistische Position (Verwandtschaft mit Utopischem Sozialismus und Nähe zu Gedanken seines Freundes G. Landauer). In den folgenden Jahren wurde B. zum inoffiziellen Sprecher des „Hebräischen Humanismus".
1925 Lehrer an der Frankfurter Universität für jüdische Religion und Ethik
1933 mußte B. die Universität verlassen
1933 Direktor der Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung, nachdem Juden deutsche Institutionen nicht mehr besuchen durften, Direktor des Jüdischen Lehrhauses in Frankfurt
Ab 1933 unternahm B. viele Reisen innerhalb Deutschlands und ermutigte die jüdischen Bürger zu geistigem Widerstand
1935 Redeverbot auf jüdischen Versammlungen
1938 Übersiedlung nach Palästina; dort: aktive Mitgliedschaft in „Ichud" (Berit Schalom), die für einen jüdischarabischen Staat eintraten
1960 - 1962 1. Präsident der Israel. Akademie der Wissenschaften

Diese Angaben beziehen sich nur auf politische Aktivitäten Bubers, bzw. einige kulturpolitische. Der Hinweis sei noch erlaubt, daß Bubers kulturgeschichtliche Bedeutung in der Wiederentdeckung und Neuinterpretation des Chassidismus (ostjüdische Frömmigkeitsbewegung im 18. Jhd.), in einer von der Lutherübersetzung grundsätzlich unterschiedenen Verdeutschung der hebräischen Bibel und in philosophischen Veröffentlichungen über die Menschlichkeit des Dialoges besteht.

Hat Martin Buber Bedeutung für uns?

Der „Dritte Weg", von dem Buber sprach, ist nicht der üblicherweise zwischen Kapitalismus und realem Sozialismus gemeinte, sondern ein über beide radikal hinausführender, weil ins Menschtum viel tiefer hineingreifender — ich möchte einmal sagen — zärtlicher Sozialismus. In der Sensibilität und Bereitschaft, Sozialismus so weit unten nicht nur zu denken, sondern auch zu praktizieren, entscheidet sich die Zukunft. Das beinhaltet die Forderung, an das eigene Leben schon jetzt die Maßstäbe der zukünftigen Gesellschaft anzulegen.

Ein anderer Bezug liegt in der für die deutsche Linke wichtigen Erkenntnis, daß Zionismus keineswegs per se faschistisch ist. Der Zionist Buber sieht es sogar ganau umgekehrt: der faschistische Zionismus verkehrt den Sinn der zionistischen Bewegung ins Widersinnige; er sei deshalb auch langfristig ohne Aussicht. Der einzige Zionismus, der geraten kann, ist der vom sozialistischen Gemeinschaftsideal getragene. Zwei Ortsangaben zum Buberschen Sozialismus seien hier noch ausdrücklich angefügt. Es dürfte dem Leser nicht verborgen geblieben sein, daß Buber den vom marxistischen Sozialismus verworfenen Utopischen Sozialismus, der „vom Ziel her" denkt, nahe stand. Er hat sich auch ausdrücklich dazu bekannt. (19) Das hängt mit einem zweiten Charakterzug seines Denkens zusammen. Das Subjekt des Buberschen Sozialismus war das jüdische Volk und nicht die vom Kapital geschaffene und unterdrückte Arbeiterklasse. Sein sozialistisches Denken kann andererseits

Fortsetzung auf Seite 32, Spalte 1

Zur Geschichte des Antisemitismus — Teil VI

Von den napoleonischen Eroberungskriegen bis zur 48er Revolution

1806 erklärte Napoleon im Staatsrat, die Juden stellten nach wie vor eine eigene Nation dar, „eine Nation in der Nation". Daher müsse man eigentlich das Fremdenrecht auf sie anwenden.

1807 berief er in Paris eine Notabeln-Versammlung ein, ein sogenanntes „jüdisches Parlament", dem eine Reihe von Fragen vorgelegt wurden. Das Wichtigste war: „*Gilt den in Frankreich geborenen Juden dieses Land als ihr Vaterland, fühlen sie sich verpflichtet, es zu verteidigen?*". Alle sagten „Ja" — allerdings stand das Parlament von Anfang an unter der Drohung, die Juden in Frankreich würden ihre Gleichberechtigung wieder verlieren, falls sich diese Versammlung nicht willfährig zeige.

Anknüpfend an die alt-jüdische Tradition wurde ebenfalls 1807 von Napoleon das „Große Synhedrion" einberufen, das wie einst in Jerusalem 71 Mitglieder zählte. In seinen Zugeständnissen gegenüber dem französischen Staat ging es weit über die Notabeln-Versammlung hinaus: Anerkennung der Zivilehe, der Mischehe, Entbindung von religiösen Pflichten während der Militärzeit.

Ein Jahr später wurden die Juden durch ein Dekret Napoleons, das „décrêt infâme" (infames Dekret) von 1808, vorläufig wieder in den Ausnahme-Zustand zurückversetzt. Das Dekret von 1808 hob die Freizügigkeit der Juden im französischen Herrschaftsgebiet wieder auf und bestimmte, daß sie Handel und Gewerbe nur gegen Einlösung eines Patents beim zuständigen Präfekten ausüben durften (das wiederum von einem Leumundszeugnis abhängig war). Ausdrücklich betont wurde demgegenüber ihre Verpflichtung zum Militärdienst. Ein weiteres Dekret ordnete den jüdischen Kultus der Konsistorialverfassung, einer historischen Organisation mit einer Zentralbehörde in Paris, unter, stellte ihn also unter Staatsaufsicht. Diese Konsistorien sollten die Rabbiner bei der Ausführung der Beschlüsse des Sanhedrin (bzw. Synhedrions) überwachen, die Juden zur Ausübung „nützlicher" Berufe anhalten und den Behörden die jüdischen Rekruten namhaft machen. Das „décrêt infâme" sollte 10 Jahre gelten, dann werde es keine Unterschiede mehr zwischen Juden und anderen Bürgern geben. Napoleon machte aber bald Ausnahmen für mehrere Departements in Frankreich und Italien; die sephardischen Juden in Bordeaux und in der Gironde waren übrigens von vornherein ausgenommen. Die von der französischen Revolution 1791 gewährte bürgerliche Gleichberechtigung wurde nach dem Sturz Napoleons von den Bourbonen wieder hergestellt. In einigen rheinischen Gebieten aber, die zu Frankreich gehört hatten und 1815 preußisch wurden, behielt das „décrêt infâme" seine Gültigkeit bis 1847.

Der Einfluß der französischen Gesetzgebung auf die deutschen Staaten

Zunächst, und auch zur Erinnerung, ein Überblick über die Emanzipationsbewegung in den deutschen Staaten: Die volle Gleichberechtigung als französische Bürger erhielten zuerst die Juden der linksrheinischen Gebiete nach der Okkupation von 1792 (und dem Frieden von Lunéville 1801). Solange Westdeutschland entweder unmittelbar zu Frankreich oder zur napoleonischen Herrschaftssphäre gehörte (1806-1813), galt für sie das Emanzipationsgesetz von 1791, später stark durch das Dekret von 1808 eingeschränkt. Im Königreich Westfalen verfügte Jerôme 1808, daß alle Ausnahmegesetze für Juden aufgehoben seien und daß sie volles Staatsbürgerrecht besäßen. Das gleiche galt für das Großherzogtum Berg.

Für die kurze Zeit der französischen Herrschaft (1810-1813/14) gewährten auch die drei Hansestädte den Juden das Bürgerrecht — in Bremen und Lübeck war ihnen bis dahin der Aufenthalt verwehrt worden.

Die Rheinbundstaaten ergriffen unterschiedliche Maßnahmen. In Baden gewährte eine Ständeversammlung den Juden 1808 das Recht von „erbfreien Bürgern", aber das Gemeinde- und Ortsbürgerrecht erhielten nur diejenigen, die einen „ehrbaren" Beruf ausübten, also weder Viehhändler noch Pfandleiher noch Trödler waren.

In Bayern erklärte 1801 Kurfürst Maximilian IV. Joseph, daß er „*dieser unglücklichen Menschenklasse ... eine solche Einrichtung geben möchte, durch welche sie allmählich zu nützlichen Bürgern erzogen werden*" (Zitat nach Wanda Kampmann, „Deutsche und Juden", S.128).

1804 werden den jüdischen Kindern die allgemeinen Volksschulen geöffnet, 1808 wird der Leibzoll abgeschafft. In Württemberg werden die 1809 und 1811 unter dem Einfluß Napoleons gewährten Reformen nach den Befreiungskriegen teilweise wieder abgebaut.

Bis 1813 blieb Sachsen seinem Grundsatz treu, keine Juden im Lande zu dulden. (Nur in Leipzig und Dresden hielten sich einige privilegierte Familien auf). In Frankfurt blieb man standhaft bei der Überzeugung, Juden müßten in besonderen Quartieren wohnen. Erst 1798 wurde den Frankfurter Juden der freie Ausgang an Sonn- und Feiertagen gestattet. Erst 1811 erhielten sie das volle Bürgerrecht — gegen Zahlung von 440.000 Gulden.

Wiener Kongreß und Restauration

Napoleons Herrschaft geriet ins Wanken und brach schließlich 1813 im Kampf gegen Österreich, Preußen und Rußland zusammen. Einerseits scheiterten die Expansionsbestrebungen des französischen Großbürgertums daran, daß die feudalen Mächte Europas gemeinsam zurückschlugen. Zum anderen spielte auch die wirtschaftliche Konkurrenz des industriellen Englands eine große Rolle, ebenso wie die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen in den von Frankreich besetzten Gebieten, die sich gegen die fremden Besatzungstruppen zur Wehr setzten.

Der Wiener Kongreß, der Ende September 1814 begann und sich über acht Monate hinzog, stellte den Versuch der europäischen Fürsten und Diplomaten dar, die von Frankreich als Folge der französischen Revolution veränderten feudalen Machtverhältnisse wieder zu restaurieren. Die Forderungen, die von deutschen Patrioten (wie z.B. Freiherr von Stein, Görres usw.) gestellt wurden — ein einheitlicher deutscher Nationalstaat mit weniger politischem Einfluß des Adels — spielten dabei keine besondere Rolle. Trotzdem war es nicht mehr möglich, die sozialökonomischen Verhältnisse, die sich nach der französischen Revolution innerhalb von über 20 Jahren zu Gunsten des Bürgertums entwickelt hatten, wieder rückgängig zu machen. Die Auseinandersetzungen zwischen Feudalismus und Kapitalismaus waren nach der Niederlage Napoleons nicht aufzuhalten. Die Aufteilung von Land, die auf der Tagesordnung stand, erhielt in Deutschland die Zersplitterung der einzelnen Staaten weiter aufrecht; jedoch verstärkten sich die Kämpfe um die bürgerliche Demokratie. Die Beteiligung der Juden an Staatsangelegenheiten in Teilen Deutschlands änderte aber nichts daran, daß die Aufhebung ihrer Rechte mit dem Rückzug der französischen Truppen voranschritt.

Die Frankfurter Jüdische Gemeinde protestierte gegen die Rücknahme des Vertrages von 1811, der den Juden die bürgerlichen Rechte zusicherte, indem sie sich direkt mit zwei Deputierten an den Wiener Kongreß wandte. Ihre im Oktober 1814 überreichte Bittschrift lautete: „*Die Frage ist jetzt, ob dreitausend geborene Deutsche, die alle Bürgerpflichten reichlich erfüllt, deren Söhne die Errettung Deutschlands miterfochten, in Besitz des ihnen feierlich verliehenen Bürgerrechts geschützt oder in den früheren Zustand der Unterdrückung zurückgeworfen werden sollen.*"

Der Hamburger Senat, der auch eine Beschwerde einlegte, konnte nicht verhindern, daß noch vor der Verhandlung der jüdischen Frage auf dem Kongreß die Bürgerschaft der Hansestadt Hamburg die Rechte der Juden auf die Situation von 1710 zurückversetzte. Dasselbe passierte in Hannover, Hildesheim, Braunschweig und Hessen. Die Bürgerschaften der Hansestädte Bremen und Lübeck forderten sogar gleich die Ausweisung der Juden. Anfang 1815 wurde auf dem Kongreß „über die künftige Stellung der Bekenner des mosaischen Glaubens" verhandelt. Als Preußens Delegierter setzte sich Hardenberg für eine Politik des Deutschen Bundes gegenüber Juden ähnlich der preußischen Gesetzgebung von 1812 ein.

Mit der Billigung Hardenbergs und Metternichs, der Österreichs Delegierter war, legte Wilhelm von Humboldt einen Entwurf für eine deutsche Verfassung vor. An der Erstellung der Verfassung beteiligten sich Vertreter Österreichs, Preußens, Hannovers, Bayerns und Württembergs. „*Den Bekennern des jüdischen Glaubens werden, insofern sie sich der Leistung aller Bürgerpflichten unterziehen, die denselben entsprechenden Bürgerrechte eingeräumt, und wo dieser Reform Landesverfassungen entgegenstehen, erklären die Mitglieder des Bundes, diese Hindernisse soviel als möglich hinwegräumen zu wollen.*"

Dieser Entwurf wurde von der Mehrheit der Kongreßteilnehmer abgelehnt, sodaß eine neue Fassung unterbreitet wurde: „*Die Bundesversammlung wird in Beratung ziehen, wie auf eine möglichst übereinstimmende Weise die bürgerliche Verbesserung der Bekenner des jüdischen Glaubens in Deutschland zu bewirken sei und wie in Sonderheit denselben der Genuß der bürgerlichen Rechte gegen die Übernahme aller Bürgerpflichten in den Bundesstaaten verschafft und gesichert werden können. Jedoch werden den Bekennern dieses Glaubens bis dahin die denselben in einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten werden*".

Die einheitliche Lösung der jüdischen Frage für alle Länder wurde damit auf eine spätere Zeit hinausgeschoben. Jedoch besagte der letzte Satz, daß den Juden wenigstens die „in den einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten" bleiben sollten. Gegen diese Festlegung gab es von mehreren Städten heftige Proteste, da „in vielen der einzelnen Bundesstaaten" die Gesetzgebung Napoleons gültig war. Der Bremer Abgeordnete Senator Schmidt äußerte, daß die von den Franzosen in Norddeutschland an die Juden verliehenen Rechte nicht für die Juden verbindlich sein müßten, um den Vorschlag zu machen, das Wörtchen „in" durch „von" zu ersetzen. Der entscheidende Satz besagt jetzt, daß nur d i e Rechte erhalten bleiben mußten, die v o n den jeweiligen Landesregierungen verfügt worden waren. Die Juden wurden also um diejenigen Rechte gebracht, die nicht „von den Bundesstaaten", sondern von den Franzosen gewährt worden waren.

Die Maßnahmen, die schon vor dem Ausgang des Kongresses ergriffen worden waren, wurden jetzt noch stärker, diesmal mit einer Legitimierung, durchgezogen. In Lübeck wies der Senat auf Drängen seiner Kaufleute, die die 56 jüdischen Familien als Bedrohung sahen, alle Juden aus. Als sie sich weigerten, freiwillig auf ihre Bürgerrechte zu verzichten, wurden ihre Läden verriegelt und die Ware beschlagnahmt. 1816 wurden sie mittellos aus der Stadt vertrieben. In Hamburg galten etwa zweihundert Familien von Großkaufleuten, Fabrikanten, vor allem von Textilwaren, als „Tolerierte"; der Rest der zehn- bis zwölftausend dort lebenden Juden war ungebeten. Falls sie die Gebühr für eine vierzehntägige Aufenthaltsgenehmigung nicht bezahlen konnten, wurden sie vor die Tore der Stadt gesetzt. Juden, die in Wien beruflichen Tätigkeiten nachgingen, mußten regelmäßig aus der Stadt ziehen, indem sie aus dem einen Tor heraustraten, um in das andere wieder hineinzugehen. Die Niederlande, wo die Gleichberechtigung der Juden erhalten blieb, stellten als einziges Land eine Ausnahme dar.

Auch in Preußen liefen heftige Angriffe gegen die Juden. Die Wende traf

Fortsetzung nächste Seite

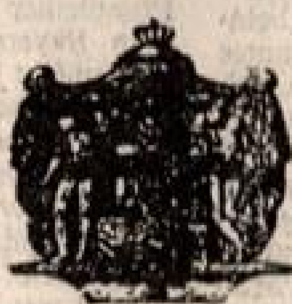
auch andere Teile der Bevölkerung: So wurde z.B. die soziale Lage der Bauern durch die teilweise Aufhebung der Bauernreform angegriffen. Für die Juden folgte jetzt eine Zeit, die geprägt war von Druck und Zwang zum Übertritt zur christlichen Religion. Alle ergriffenen Maßnahmen, die der Beschränkung ihrer Rechte dienten, sollten für Juden nur mit dem Übertritt zum Christentum zu umgehen sein. So verhielt es sich vor allem, wenn es um die Anstellung in den Staatsdienst ging. In Preußen war den an den „Befreiungskriegen" teilnehmenden Soldaten, die als Kriegsinvaliden zurückkehren würden, garantiert worden, in den Behörden des Staates eingestellt zu werden.

Bei Christen wurde dieses Versprechen eingehalten, bei Juden jedoch nicht, egal wie hoch die Auszeichnung war, die sie bei den Kämpfen erhielten. Die Ablehnung von Renten-Anträgen der Witwen gefallener jüdischer Soldaten wurde mit dem Hinweis auf die Konfession begründet, weil, wie Justizminister von Kircheisen von sich gab, „*die Vermutung weniger Moralität durch temporale Tapferkeit nicht entkräftet*" werde. Fast zehn Jahre später wurde für die Annahme der Juden in Staatsposten die Bedingung gestellt, daß „*den Militärinvaliden jüdischer Religion, welche Anspruch auf den Zivil-Versorgungsschein erworben haben, aber als mosaische Glaubensgenossen mit einer Einstellung im Staatsdienst nicht zu berücksichtigen sind, die Erteilung dieses Scheines nicht versagt werden kann, sobald ihr Übertritt zum Christentum erfolgt ist, weil die Unfähigkeit zur Anstellung durch diesen Übertritt behoben wird. Berlin, 5.August 1826*".

Ebenso wurden Teile des Ediktes von 1812 über die Zulassung von Juden zu Ämtern im Bildungsbereich außer Kraft gesetzt (1812 waren den Juden unter französischem Druck „gleiche bürgerliche Rechte und Freiheiten mit den Christen" in Preußen zugestanden worden). Die Ausübung des Bürgermeister-Berufes wurde ihnen verboten, jüdischen Juristen der Zutritt zum Anwaltsstand verweigert. Die Begründung lautete: „*Nur diejenigen sind fähig, welche sich zur christlichen Religion bekennen.*" Schon 1816 war in der Beratung der Regierung über die Anwendung des Ediktes von 1812 die Bekehrung der Kernpunkt der Diskussion. Die Gewährleistung des Ediktes in seiner alten Form bezeichnete der Innenminister Schuchmann als unvereinbar mit den von der „Heiligen Allianz" gepriesenen „christlichen Regierungsgrundsätzen": „*Es gibt gewiß rechtliche und achtbare einzelne Juden und ich kenne dergleichen selbst; aber der Charakter dieses Volkes im ganzen ist doch fortwährend aus niederträchtiger Eitelkeit, schmutziger Habsucht und listiger Gaunerei zusammengesetzt und es ist unmöglich, daß ein Volk, welches mit Nationalgeist sich selbst achtet, sie für seinesgleichen achten kann. Wollte man dies erzwingen, so würde man entweder die Nation zu ihnen herabwürdigen oder die Nichtbeachtung geht in Haß und Verfolgung über*".

Wohlfahrt, der Vertreter des Finanzministeriums, zog sogleich auch praktische Schlußfolgerungen: „*Es wäre zu wünschen, wir hätten gar keine Juden im Lande. Die wir einmal haben, müssen wir dulden, aber unablässig bemüht sein, sie möglichst unschädlich zu ma-* *sen wir dulden, aber unablässig bemüht sein, sie möglichst unschädlich zu ma-* *chen. Der Übertritt der Juden zur christlichen Religion muß erleichtert werden, und mit dem sind alle staatsbürgerlichen Rechte verknüpft. Solange der Jude aber Jude bleibt, kann er keine Stellung im Staate einnehmen, in welcher er als Repräsentant der Regierung über christliche Staatsbürger gebieten würde*".

Edikt
betreffend
die bürgerlichen Verhältnisse
der Juden
in dem Preußischen Staate.



De Dato Berlin den 11ten März 1812.

Breslau,
gedruckt bei Wilhelm Gottlieb Korn.

Quelle: Juden in Preußen, S. 175

Der deutsche Nationalismus und seine Judenhetze

Mißernten des Jahres 1816 und Lebensmittelknappheit, durch die Kriegsjahre hervorgerufen, zwangen viele Bauern, in Hunger und Elend zu leben. Die Bauern verfügten noch immer nicht über freies Eigentumsrecht an ihren Grundstücken (außer im Rheinland) und waren dem Adel durch gestiegene Abgaben schutzlos ausgeliefert, was zum Raub an ihrem Land führte.

Nach dem Wiener Kongreß hatte der Adel seine Herrschaft auch politisch wieder gefestigt, indem er die höchsten Posten in Verwaltung und im Heer besetzte. Das Bürgertum konnte sich durch die Zollschranken und die Konkurrenz englischer Waren auf dem Markt nicht nach seinen Wünschen entfalten. Erst zu dieser Zeit begann der Aufschwung der antifeudalen nationalen Bewegung in Deutschland. Dies vollzog sich jedoch immer zögernd, da das Bürgertum nicht bereit war, den Adel völlig zu beseitigen. Dieser deutsche Nationalismus ist während der „Befreiungskriege" (gegen Napoleon) aufgekommen und ging anfangs von gelehrten Kreisen aus. Er richtete sich zwar hauptsächlich gegen die feudale Herrschaft, wuchs sich aber auch zur antijüdischen Hetzpropaganda aus. Die antijüdischen Maßnahmen des Staates standen also nicht alleine da, sondern waren von einer Hetze begleitet, deren Propagandisten das Ziel einer deutsch-nationalen Einheit verfolgten. Die antisemitischen Gedanken lassen sich anhand verschiedener Schriften verfolgen, die sich zu Anfang des 19. Jh. häuften. Von rassistischen Ideologien 120 Jahre später unterscheiden sie sich so sehr nicht.

Johann Gottlieb Fichte bezeichnete die Deutschen in seinen „Reden an die deutsche Nation" als ein „*reines Volk*", das ein Volk anderen Ursprungs unter sich nicht dulden könne. Um Juden bürgerliche Rechte zu bewilligen, müßten Deutsche ihnen „*alle Köpfe abschneiden und andere aufsetzen, in denen auch nicht eine jüdische Idee ist*". So wie Juden aber nun mal wären, müßte man sich vor ihnen durch Vertreibung schützen. Schon während der französischen Revolution stellte Fichte das Judentum als Macht des Bösen dar, die sich zu einer Verschwörung gegen Europa aufmachen würde: „*Fast durch alle Länder Europas verbreitet sich ein mächtiger, feindlich gesinnter Staat, der mit allen übrigen in beständigem Kriege steht, und der in manchem fürchterlich schwer auf die Bürger drückt: es ist das Judentum*".

Der deutsche Dichter Ernst Moritz Arndt hatte nicht allein etwas gegen Juden, sondern auch gegen andere Völker: „*Es lebe das Pangermanien hoch! Und Panromanien und Panslavonien wird keine Weltgeschichte schaffen*".

Von Juden sagte er, sie seien eine Pest, die Europa überschwemmen würde: „*Da nun aus allen Gegenden Europas die bedrängten Juden zu dessen Mittelpunkt, zu Deutschland, hinströmen und es mit ihrem Schmuß und ihrer Pest zu überschwemmen drohen, da diese Überschwemmung vorzüglich von Osten her, nämlich aus Polen droht, so ergeht das unwiderrufliche Gesetz, daß unter keinem Vorwande und mit keiner Ausnahme fremde Juden je in Deutschland aufgenommen werden dürfen; und wenn sie beweisen könnten, daß sie Millionenschätze mitbringen*". Auch tief aus dem Volk läßt sich eine Stimme vernehmen. Der Turnvater Jahn verkündete: „*Mangvölker und Mangsprachen müssen vernichten oder vernichtet werden*", und „*Polen, Franzosen, Pfaffen, Junker und Juden sind Deutschlands Unglück*". Auf Slawen und Romanen hat er's besonders abgesehen. Er bezeichnet sie als „*Feindvölker*", „*verächtlicher Auskehricht des Menschengeschlechts*", „*Bastarde*" und „*Mischlingsbrut*".

1815 verwehrt Friedrich Rühs in seiner Berliner Schrift „Über die Ansprüche der Juden auf Bürgerrecht" den Juden ihre Gleichstellung: „*Ein fremdes Volk kann nicht Rechte erlangen, welche die Deutschen zum Teil nur durch das Christentum genießen*". denn der Staat sei „*christlich-germanisch*". Aber seine Ziele waren noch weitreichender, ihm ging es um die Auslöschung des jüdischen Volkes: „*Es muß alles geschehen, um sie auf dem Wege der Milde zum Christentum* *und dadurch zur wirklichen Aneignung „Es muß alles geschehen, um sie auf dem Wege der Milde zum Christentum* *und dadurch zur wirklichen Aneignung der deutschen Volkstümlichkeiten zu veranlassen, um auf diese Art den Untergang des jüdischen Volkes mit der Zeit zu bewirken*". Was für „milde" Mittel er bis dahin für geeignet hält, drückte er deutlich aus: Fremdenrecht, Judensteuer, Eindämmung ihrer Vermehrung, wirtschaftliche Beaufsichtigung und äußere Kennzeichen z.B. durch eine „Volksschleife"!

Eine weitere Flugschrift, 1816 erschienen, „Über die Gefährdung des Wohlstandes und Charakters der Deutschen durch die Juden", verfaßte der Heidelberger Professor Jakob Friedrich Fries. Er fühlte sich für „das Volk" schwer verantwortlich und zog deshalb nach der Behauptung, es würde die Juden hassen, die Schlußfolgerung, daß die Gebildeten dem Rechnung tragen müßten. Er sagte „*der Judenschaft den Krieg an*" und forderte, die „*Kaste mit Stumpf und Stiel auszurotten*". Sehr „volksnah" verhielt sich Fries auch, indem er als Führer der Burschenschaften die Mitgliedschaft jüdischer Studenten ausschloß.

Die Antisemiten gewannen aber nicht nur Anhänger, sondern auch Gegner: August Krämer, ein Regensburger Bibliothekar, setzte sich für „*die Juden und ihre gerechten Ansprüche an die christlichen Staaten*" und für einen „*Beitrag zur Milderung der harten Vorurteile über die jüdische Nation*" ein, indem er das Heimrecht und volle Bewegungsfreiheit forderte.

1816/17 bezog der badische Pfarrer Johann Ludwig Ewald Stellung zu Rühs' aufhetzerischer Schrift. Er setzte ihm entgegen, daß die Juden als Staatsangehörige anzusehen seien, die Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft geworden sind, und deshalb den übrigen Bürgern rechtlich, wirtschaftlich und religiös gleichstehen müßten.

Der Erlanger Philosoph und Staatswissenschaftler Professor Alexander Lips kritisierte die jüdische Religion, machte aber auch zugleich Vorschläge, wie man der antisemitischen Haltung in der Bevölkerung entgegentreten könnte: „*Dem Kinde schon impfen wir Judenhaß ein, im späteren Alter nähren wir ihn noch durch geschäftige Hand, aber die Ursachen, die ihn in uns erzeugen, und die Triebfedern, die in uns selbst liegen, unseren eignen Haß und unseren Ausschließungsgeist, klagen wir nicht an*".

„*Werden wir anders gegen den Juden, und auch er wird anders werden*" — durch die Erziehung der Juden zum staatsbürgerlichen Geist und des Christentums zu Humanität und Gerechtigkeit, um „*den lange vergessenen Brüdern die Hand zu bieten*".

Die „Hepp-Hepp"-Krawalle

Es kam, trotz der aufklärenden Worte, im August 1819 in Würzburg zu Ausschreitungen gegen Juden, von denen viele umgebracht wurden. Nach der Vertreibung von Professoren aus der Würzburger Universität, die sich zu Juden solidarisch verhielten, wurde ein Aufruf öffentlich bekannt gemacht: „*Brüder in Christo! Auf, auf, sammelt euch, rüstet euch mit Mut und Kraft gegen die Feinde unseres Glaubens, es ist Zeit, das Geschlecht der Christusmörder zu unterdrücken, damit sie nicht Herrscher werden über euch und unsere Nachkommen, denn stolz erhebt schon die Juden-Rotte ihre Häupter ... Nieder mit ihnen, ehe sie unsere Priester kreuzigen, unsere Heiligthümer schänden und unsere Tempel zerstören, noch haben wir Mut über ihnen ... darum laßt uns jetzt ihr sich selbst gefälltes Urtheil an ihnen vollstrecken ... Auf, wer getauft ist, es gilt der heiligsten Sache ... Diese Juden, die hier unter uns leben, die sich wie verzehrende Heuschrecken unter uns verbreiten ... Nun auf zur Rache! Unser Kampfgeschrey sey Hepp! Hepp!! Hepp!! Aller Juden Tod und Verderben, ihr müßt fliehen oder sterben!*" Was daraufhin folgte, endete mit der Vertreibung aller 400 Juden aus Würzburg: Viele wurden ergriffen, erschlagen und ihre Geschäfte zerstört.

Die Stimmung zum Aufruhr gegen Juden verbreitete sich auch in die Städte Bambergs, Frankens, Bayerns, nach Baden, Darmstadt, Mannheim, Bayreuth und Heidelberg. Aus Meiningen wurden Juden vertrieben, und am 18. August hingen an den Synagogen und Häusern in Karlsruhe Zettel mit dem Text: „*Tod und Verderben den Juden*".

In vielen Städten konnte dem Sturm der Bevölkerung gegen die Juden erst durch das Militär Einhalt geboten werden. Judenfeindliche Kundgebungen, die in Düsseldorf, Danzig, Königsberg und in noch weiteren Städten abgehalten wurden, konnten jedoch ungestört stattfinden.

In Preußen erschien im selben Jahr der "Judenspiegel", geschrieben von Hartwig von Hundt-Radowsky, der nach den Hepp-Hepp-Krawallen zu weiteren Morden an Juden aufrief: Ei- nach den Hepp-Hepp-Krawallen zu weiteren Morden an Juden aufrief: Ei- nen Juden totzuschlagen hält er "*weder für Sünde noch für Verbrechen, sondern bloß für ein Polizeivergehen*". Die Juden sollten an die Engländer für ihre indischen Plantagen verkauft werden, und wer übrig blieb von den Männern, sei "*zu entmannen, und ihre Weiber und Töchter in Schandhäusern unterzubringen. Am besten wäre es jedoch, man reinigte das Land ganz von diesem Ungeziefer ...*"

Die Reformbewegung im Judentum

Die rationalistischen Ideen der Aufklärung griffen vor allem die angeblich von Gott abgesegnete Machtstellung des Adels und des Klerus in der feudalen Gesellschaft an. Die religiöse Denkweise der Menschen, die Adel und Klerus an der Macht hielt, wurde seit Jahrhunderten von der Kirche verbreitet. Aufgrund der Interessen des Bürgertums, die Herrschaft zu erlangen, und aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Wissenschaften wurde die bisherige Verbundenheit des Staates mit der Kirche abgelehnt oder die Religion an sich für überholt angesehen. Durch die stärkere Eingliederung der Juden in ihre Umgebung, u.a. mit dem Ziel des Bürgertums, einen nationalen Zusammenhalt zu schaffen, nahm die Aufklärung auch Einfluß auf die Juden.

Die Einhaltung von Bräuchen und Gesetzen in der Religion und ihre Stellung im Leben der Menschen wurde auch in der jüdischen Gemeinschaft hinterfragt. Die Reformierbarkeit des Judentums trat immer mehr in den Vordergrund und spiegelte sich auch wieder in der Gründung sogenannter Reform-Tempel, die gegenüber den üblichen Synagogen eine Reihe von baulichen und rituellen Veränderungen aufwiesen. Die Anzahl der dort in deutsch gesprochenen Gebete wurde erhöht und die Gebetsstellen über die Ankunft des Messias sowie die Rückkehr nach Zion gestrichen. Ausschlaggebend dafür war die Hoffnung, emanzipiert zu werden, die den Verbleib im jeweiligen Staate nach sich zog. Da die Anpassung der Juden an ihre Umwelt nicht viel daran änderte, daß der Antisemitismus noch weiter andauerte, bildete sich 1819 der "Verein für Cultur und Wissenschaft des Judentums" heraus. Seine Mitglieder suchten die Ursachen des Antisemitismus im Judentum selbst und versuchten deshalb, Verhaltensweisen und Ausdrucksformen von der Außenwelt zu übernehmen, ihr zugleich aber auch die jüdische Religion und Kultur näher zu bringen. Als sich der Verein 1824

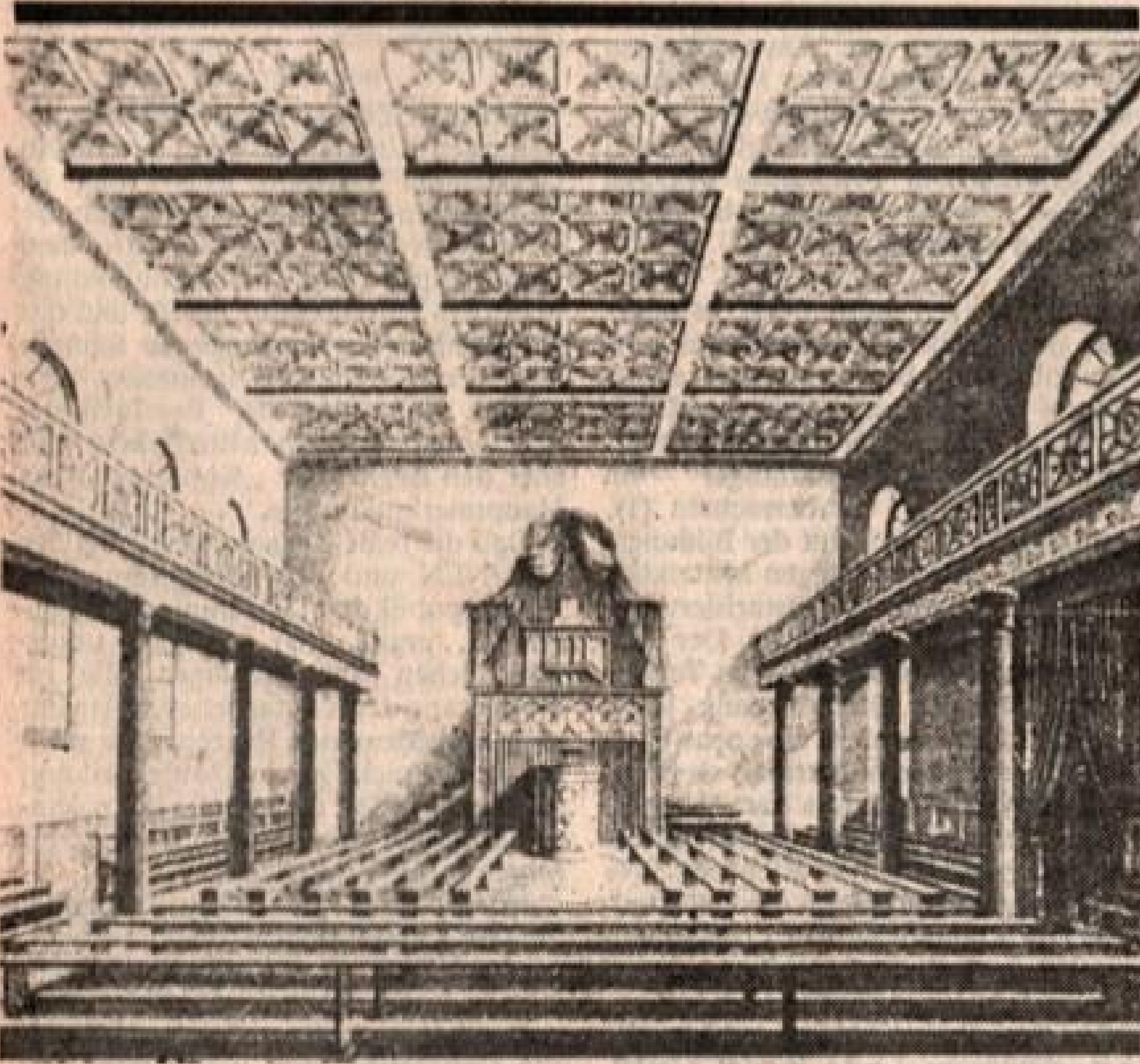
Fortsetzung von Seite 31

nur im Rahmen dieses gesellschaftspolitischen Gegensatzes verstanden werden. Auf ihn bezieht es sich ja auch immer wieder. Aber sein besonderes Engagement in der zionistischen Bewegung hatte den Sinn, dem jahrhundertelang in Passivität unterdrückten jüdischen Volk auf dem Boden dieser Bewegung und aus dem Geist des prophetischen Judentums aktive Autonomie und zeitgemäße, d.h. sozialistische Sinngebung und Lebensgestaltung zu vermitteln. Buber wollte bürgerlich-nationale und sozialistische Autonomie für die Juden in einem.

Ist dieser Denkansatz sinnvoll? Seinen Sinn nachvollziehen kann allein derjenige, der das Judentum als Volk akzeptiert, anerkennt. Wer die von der bürgerlichen Emanzipationsbewegung ausgegebene und von der sozialistischen Arbeiterbewegung geteilte Parole: „Für die Juden als Individuum alles — für die Juden als Volk nichts" teilt, hat diesbezüglich schon eine negative Vorentscheidung getroffen. Wer dies anders sieht, muß sich dann immer noch der Frage stellen, ob eine Wiederbelebung des Judentums aus dem Geist seiner Geschichte sinnvoll und möglich ist. Die Entwicklung im Staat Israel scheint über den sozialistischen Zionismus hinweggeschritten. Eine geschichtliche Hoffnung für Bubers Sozialismus bestünde allein in einer Kulturrevolution, wenn der innere Streit der Juden miteinander — in Israel und in der Diaspora — über den Sinn und die Bedeutung ihres Judeseins in Palästina doch noch einmal wirklich entbrennen sollte. Das wäre der Ort und das könnte die Stunde des Buberschen Sozialismus sein. So gesehen steht seine Utopie nicht in Konkurrenz zum marxistischen Sozialismus in den Ländern der sog. 3. Welt, sondern in der Relation der Hoffnung auf einen Dialog zwischen Juden und Nichtjuden auf dem gemeinsamen Weg in eine sozialistische Welt.

Anmerkungen

1) zitiert nach G. Hommel, Der siebenarmige Leuchter, Erster Blick aufs Judentum, 1976, S. 50
2) Die Geschichte des jüdischen Volkes war von Anfang an auf dieses Land bezogen, Volk und Land waren real oder im jüdischen Bewußtsein immer miteinander verknüpft. Dem Volk war dieses Land gegeben, um dort ein vorbildliches Gemeinwesen, geschichtsverändernd für alle Völker, aufzubauen. Mit dem Verlust der politischen Unabhängigkeit oder gar wie nach dem Jahre 70 n. Chr. mit dem Verlust des Landes ist automatisch die Identität des Judentums angegriffen und erschüttert. Geschichtlich kann man nur feststellen, daß weite Teile des Judentums gegen die machtpolitischen Fakten, die die Blut- und Bodenpolitik des römischen Reiches erzwang, ihre Identität aufrechterhalten haben und ihren Anspruch — aller imperialen Politik und ihrer eigenen Ohnmacht zum Trotz — immer wieder artikuliert haben. Wer wollte die Zeitspanne benennen, nach der solch ein zäher Widerstand nicht mehr legitim ist? Irgendwann muß doch mal Gras darüber gewachsen sein, meinen die Meisten. So gesehen hat sich das jüdische Volk vom Gras der Geschichte bis heute nicht überwuchern lassen.
3) M. Buber, Der Jude und sein Judentum, Bd. 2, S. 805 - 808
4) Messianische Hoffnung meint das Leben für eine noch utopische geschichtliche Zukunft (Reich der Gerechtigkeit), deren Beginn oft mit dem Kommen eines gerechten Königs-Messias vorgestellt wird.
5) M. Buber, Israel und Palästina, Zur Geschichte einer Idee, 1950, S. 156
6) Der Name der Hauptstadt Israels „Jerusalem" bedeutet im Hebräischen „Angesicht des Friedens". Das beinhaltet nach Buber ein politisches Programm, in seiner Terminologie „das sichtbare Programm der Gottesherrschaft."
7) M. Buber, Der Jude und sein Judentum, S. 855
8) Th. Herzl, Der Judenstaat; vgl. Bubers Herzl-Kritik in: Die drängende Stunde, in: Israel und Palästina, S. 155 -181
9) M. Buber, Brief an Paula Buber-Winkler v. 5.9.1903, Briefwechsel 1, S. 208
10) M. Buber, Israel und Palästina, S. 163
11) Auch Achad Haam (Asher Ginsberg, 1856 - 1927) schrieb: „Wir meinen, die Araber seien sämtlich Wilde, die wie Tiere leben, und nicht verstehen, was um sie herum vorgeht" und: „Das arabische Volk, von uns stets seit dem Beginn der Kolonisation Palästinas als nichtexistent betrachtet ... glaubte, die Juden kämen sie von ihrem Boden zu vertreiben, und nach eigenem Gutdünken mit ihnen umzugehen." Zitiert nach: Borries, Ein Gebot des Geistes, die Zusammenarbeit der Völker anzubahnen, M. Buber und sein Mut zur Unpopularität, ohne Lösung des Palästinenserproblems kein Friede im Nahen Osten, FR, 27.5.1981
12) Eine vom britischen Kabinett am 31.10.1917 verabschiedete Erklärung, die in Form eines Briefes an Lord Rothschild ging und die Willenserklärung enthält, die Bemühungen der Zionisten zur Gründung einer nationalen „Heimstätte" in Palästina zu unterstützen.
13) M. Buber, Brief an H. Bergmann v. 3./4.2.1918, Briefwechsel 1, S. 526
14) Buber, Brief an E. Rappoport v. 4.1.1918 a.a.O., S. 522f
15) zitiert aus: Leben aus der Begegnung. Ein Jahrhundert M. Buber, Hrg. Institut Kirche und Judentum, S. 100 -101
16) M. Buber, Zweierlei Zionismus, in: Der Jude und sein Judentum, S. 349 -352
17) Quelle wie 8)
18) M. Buber, Der Jude und sein Judentum, S. 376 - 387 (ebenso alle nicht gekennzeichneten Zitate in diesem Abschnitt)
19) M. Buber, Pfade in Utopia, 1950, auch abgedruckt in: A. Neusüss, Utopie, S. 389 - 398 (Voluntaristische und nezessitaristische Utopie)



Innenraum des Frankfurter Tempels von 1810: „Tempel" nannten die jüdischen Reform-Gemeinden ihre Synagogen, um damit zu zeigen, daß für sie die Wiederaufrichtung des Tempels durch den Messias im Lande Israel keine unmittelbare Erwartung mehr darstellte. Die Synagogen-Bauten der Reformer weisen gegenüber den Synagogoen alten Stils einige bezeichnende Veränderungen auf. So ist hier die Kanzel, von der die Bilbel-Texte verlesen werden (Almemor) an die Ostwand (hinten) gerückt, während sie in den Synagogen alten Stils mitten im Raum steht. Auf diesen Brauch weist noch die Anordnung der Sitzbänke im Frankfurter Tempel hin. Auch in diesem Reform-Tempel gibt es noch getrennte Plätze für Männer und Frauen: jene saßen auf den Emporen rechts und links, die in den Synagogen alten Stils noch zusätzlich durch Gitter zum Männerraum (Parkett) hin abgetrennt wurden.

aufgrund seines geringen Einflusses auflöste, konvertierten die meisten Mitglieder, um zu akademischen Berufen Zutritt zu bekommen.

Ihr ehemaliger Anführer Dr. Leopold Zunz arbeitete weiterhin in wissenschaftlichen Studien, "Die gottesdienstlichen Vorträge der Juden" (1837) und "Die Namen der Juden" (1837), für die Integration der Juden. Zum Schwerpunkt dieser Schriften machte er die Darlegung des Beweises, daß verschiedene Maßnahmen, die Juden zur Eingliederung in die Gesellschaft ergriffen hatten — wie die Annahme fremder Namen und das Predigen in deutscher Sprache — schon immer von Juden durchgeführt worden waren.

Die wissenschaftliche Herangehensweise an die Reformierbarkeit der jüdischen Religion wurde zur Voraussetzung für jede Veränderung von Seiten vieler Reformer.

Abraham Geiger (1810 — 1874), einer der bedeutendsten Rabbiner der Reformbewegung, förderte Untersuchungen darüber, welche Teile zu reformieren möglich sei und welche nicht. Er ging davon aus, daß die jüdischen Bräuche und Gesetze nicht der neuen Zeit entsprächen, sondern Bestandteil einer historischen Entwicklung seien. Das Judentum müsse des-

schen Bräuche und Gesetze nicht der neuen Zeit entsprächen, sondern Bestandteil einer historischen Entwicklung seien. Das Judentum müsse des-

halb einer Wandlung unterzogen werden, gemäß den fortschrittlichen Ideen der Aufklärung. Der Kern des Judentums solle erhalten bleiben, die mit der Zeit hinzugekommenen Verhaltensnormen dagegen abgeschafft werden.

Der orthodoxe Rabbiner der Breslauer Gemeinde reagierte auf Geiger, indem er ihn aus der Gemeinde ausschloß.

Auch das neue Gebetbuch des Reform-Tempels in Hamburg wurde von den Angriffen der Reform-Gegner nicht verschont, sondern ist vom Oberrabbiner Isaac Bernays zur Benutzung verboten worden.

Diese harten Maßnahmen riefen unter den Reformern eine Solidarität hervor. Samuel Holdheim (1806 — 1860) legte in seinem Buch "Über die Autonomie der Rabbiner und das Prinzip der jüdischen Ehe" nun auch seine Position nieder. Die Ehe-, Sabbat- und Feiertagsvorschriften sollten ebenso wie die richterlichen Angelegenheiten dem Wirkungsbereich des Staates unterworfen sein, und nur die religiösen Rituale des jüdischen Gottesdienstes sollten als wichtigster Bestandteil des jüdischen Glaubens von den jüdischen Gemeinden autonom geregelt werden.

Geiger ergriff weiter die Initiative, eine jüdisch theologische Fakultät in Universitäten zu schaffen, was jedoch scheiterte. Stattdessen bildeten sich aber einige Rabbinerseminare heraus, die als Institute für Forschung und Ausbildung sich mit verschiedenen Richtungen des Judentums befaßten.

Neben den verschiedenen Richtungen, die innerhalb der Reformbewegung entstanden, wurden Beiträge zur jüdischen Bildung auch mit den erstmalig erschienenen Schriften über die jüdische Geschichte geleistet.

Heinrich Graetz (1817 — 1891), Dozent am Jüdisch-Theologischen Seminar und Professor an der Universität von Breslau, gab 1853 und 1875 elf Bände der "Geschichte der Juden von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart" und drei Bände der "Volkstümlichen Geschichte der Juden" heraus.

Auch der galizische Aufklärer Nachman Krochmal (1785 — 1840), der das Buch "More Newuche ha-Seman" (Führer der Verirrten dieser Zeit) schrieb, 1851 von Zunz veröffentlicht, und Salomo Juda Rapoport (1790 — 1867) setzten sich mit der jüdischen Kultur und dem Judentum auseinander.

Die unterschiedlichen Vorstellungen über die zu reformierenden Einzelpunkte sollten zusammengetragen und durch Beschlüsse festgelegt werden. Zu diesem Zweck wurde 1844 die erste Rabbiner-Versammlung in Braunschweig einberufen. Da es zu der Bildung eines Gremiums, das über die religiösen Fragen entscheiden sollte, nicht kam, wurde eine zweite Konferenz 1845 in Frankfurt und auch noch eine dritte 1846 in Breslau abgehalten, die aber ihr Ziel nicht erreichten.

Die Herausbildung separater Reformgemeinden breitete sich auf Ungarn, die USA und Westeuropa aus.

Die Auswanderung vieler deutscher Reformanhänger in die USA, wo es keine solchen religiösen Einschränkungen gab, und die Ereignisse von 1848 führten dazu, daß es erst in den 60er

Reformanhänger in die USA, wo es keine solchen religiösen Einschränkungen gab, und die Ereignisse von 1848 führten dazu, daß es erst in den 60er

Jahren des 19. Jhdts. wieder zu einer Reform-Rabbiner-Versammlung in Kassel kam.

Diesmal wurde eine "Synode" von Rabbinern, Gelehrten und Gemeindemitgliedern gebildet, die höchste Instanz der Reformbewegung. Die 1869 und 1871 abgehaltenen Synoden wehrten sich gegen die fortschreitende Assimilation, indem sie in Erklärungen den aufgestellten Widerspruch zwischen dem jüdischen Glauben und den Lebens- und Glaubensformen der restlichen Gesellschaft angriffen. Sie riefen zur Verständigung der Religionen untereinander und zur Errichtung von allgemeinen Schulen auf, die an keine Religion gebunden sein sollten, sondern in denen jedes Kind in die Religion Einblick erhalten sollte, der es angehört.

Grundzüge der Reform wurden nun ausgearbeitet: Die Aufgabe Israels bestehe nicht darin, wieder eine Nation zu errichten, sondern in der Mission, seine Lehre zu verbreiten, sie den Völkern nahezulegen, die sie noch nicht erlangt haben, und sich mit ihnen unter einem Gott zu vereinen.

Dies wurde mit der Aussage im Talmud (Pessachim 87 b) begründet, daß die Zerstreuung des jüdischen Volkes für diese Mission zu begrüßen sei: *„Der Heilige, gepriesen sei er, erwies Jisrael eine Wohltat, indem er sie unter die Völker zerstreut hat"*.

KB-Gruppe Frankfurt

Quellenangabe:
— "Geschichte des jüdischen Volkes", Hrsg. H.H.Ben-Sasson, Bd.3, S.45/46, 137-144
— "Und wurden zerstreut unter alle Völker", Werner Keller, S.422-451
— "Die Geschichte der Juden in Deutschland", Ismar Elbogen, Elenore Sterling, S.172-234
— "Die Juden in Deutschland", H.G. Adler, S.48-72

Die Grüne Partei
Die Partei der Mittelklasse

Ein Beitrag des „Bundes Westdeutscher Kommunisten" (BWK)

Der folgende Beitrag geht zurück auf ein Gespräch zwischen dem KB und dem BWK, in dem vereinbart wurde, eine Zusammenarbeit speziell auf dem Gebiet der Presse zu entwickeln. Ausarbeitungen, Analysen und Stellungnahmen sollen jeweils der Presse der anderen Organisation zugänglich gemacht werden. Speziell geht es auch darum, die Positionen der jeweils anderen Organisation den Lesern der Presse bekannt zu machen und eine Diskussion zwischen den Organisationen zu ermöglichen. Im folgenden drucken wir zunächst einen Bericht an die letzte Delegiertenkonferenz des BWK ab. Entlang dieses Berichts wurden von uns Fragen formuliert, die von zwei Genossen des BWK beantwortet wurden.

AK-Redaktion

In den ersten Jahrzehnten der Existenz der BRD nimmt der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft beständig ab, ebenso der Anteil der Kleingewerbetreibenden und Handwerker.

Der Arbeitskräftebedarf der kapitalistischen Industrie nimmt zu. Eine wachsende Zahl von Frauen wird in Lohnabhängigkeit versetzt.

Der Bedarf der Kapitalisten an Personal mit höherer Schulbildung zum Zweck der Organisation von Produktion und Verwaltung nimmt zu.

Die handwerklichen Anforderungen an den industriellen Arbeiter nehmen so weit ab, daß für eine wachsende Vielzahl von Arbeiten nicht einmal die Kenntnis der Landessprache Voraussetzung ist.

Die Arbeitsintensität steigt auf ein bisher ungekanntes Maß an, die große Industrie beginnt, Arbeiter, die das mittlere Alter hinter sich haben, nicht mehr anzuwenden.

Der kapitalistische Arbeitsmarkt bedurfte sowohl einer wachsenden Zahl vorgebildeten Aufsichts- und Leitungspersonals, wie er eines Angebotes an verzweifeltem, zur Aufnahme jeder Art von Arbeit bereiten Personals bedurfte.

Die Gründe dafür sollen hier nicht erörtert werden, sondern: daß die Änderung der Anforderungen der Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkt einschneidende Wirkungen auf das Lebensschicksal von Millionenmassen hatte, die sich genötigt fanden, ihre Lebensperspektive neu zu bedenken.

Wer dem Kleinbürgertum entstammt und sich auf die Laufbahn eines lohnabhängigen Ingenieurs verwiesen sieht, lebt anders, als er zunächst erwartet hat.

Wem die Perspektive von
aufangigen ingenieurs verwiesen
sieht, lebt anders, als er zunächst erwartet hat.

Wem die Perspektive von Hausfrauen- und Mutterglück eingehämmert wurde, lebt als lohnabhängige Person anders als erwartet.

Wer ein Handwerk erlernt hat und sich dann in der großen Industrie findet, lebt anders als erwartet.

Derartige Veränderungen brauchen zunächst einmal von niemandem als schlimm, als Verschlechterung empfunden zu werden, um gleichwohl die Notwendigkeit einer breiten Erörterung der neuartigen Lebensumstände zu setzen.

Eine solche, überaus breit angelegte Erörterung setzte in den sechziger Jahren ein, wenn auch sehr unter dem Blickwinkel der individuellen Lebensgestaltung, die Zug um Zug auf politische Gegenstände übergriff.

Die geänderten Anforderungen der Kapitalisten an die industriellen Arbeiter bestanden in der Hauptsache in einer Steigerung der Ausbeutung, und zwar auf eine Weise, die die Wirkungen nur langsam erkennbar werden läßt. Sie trugen zur öffentlichen Diskussion hauptsächlich bei, indem an den wirtschaftlichen und politischen Lebensumständen der aus dem Ausland eingeführten Arbeitskräfte Zielvorstellungen der Kapitalisten sichtbar wurden.

Das sprunghafte Anwachsen der Nachfrage nach durch höhere Schulbildung vorqualifiziertem Personal zur Verwendung für Produktionsorganisation und Verwaltung indessen schuf etwas Neues:

Die direkte Beteiligung der Kapitaleigner an der Leitung der Produktion und der Führung des Staatsapparates nahm so weit ab und wurde in solchem Umfang von lohnabhängigem Personal wahrgenommen, daß die herausragende Stellung der Kapitaleigentümer umstritten wurde und neuerlich begründet werden mußte. Hinzu kommt ein zahlenmäßiger Umstand: Wenn von einer Belegschaft ca. 5 v.H. irgendwie akademisch vorgebildetes Personal sind, so fungieren sie als verlängerter Arm der Kapitalisten. Sind es aber, wie heute nicht selten, 10, 20 oder noch mehr v.H., so verblaßt ihre verglichen mit Arbeitern bessere Stellung, und die Abhängigkeit von den Kapitalisten wird um so fühlbarer.

Man kann heute zwar immer noch recht gut streiten, ob die Anwendung des Klassenbegriffes auf einen Teil der Lohnabhängigen korrekt sei. Daß jedoch das leitende Personal kapitalistischer Produktion und Verwaltung spezifische Interessen entwickelt und verficht, ist eine Tatsache.

Sein Verhältnis zu den Kapitalisten ist durch die Treuepflicht geprägt, die Voraussetzung der Brauchbarkeit für entsprechende Verwendungen ist und die sich als Abhängigkeit schlimmer Art darstellt. Sie sind weisungsgebunden.

Eine materielle Basis solcher Treue schaffen die Kapitalisten, indem sie jene Kräfte von harter Arbeit aller Art freistellen und ihnen Löhne zahlen, die die physischen Notwendigkeiten der Reproduktion decken. Den Arbeitern stehen sie als Vertreter der Kapitalisten und des Staates gegenüber, den Kapitalisten als Lohnabhängige.

Es versteht sich, daß Lohnhöhe und Intensität der Arbeit ihre Stellung prägen und nicht etwa die Bezeichnung als Angestellter.

Ihr Interesse, sich von der Vormundschaft der Kapitalisten zu befreien, ist unverkennbar geworden, die Selbstverständlichkeit, mit der sie ihre Stellung als Vorgesetzte der Arbeiter zu behaupten trachten, ebenfalls.

Der Marxismus wird modern

Der Marxismus wird modern

Die weithin spürbare Unruhe, die durch die oben beschriebenen Veränderungen ausgelöst wurde, steigerte sich an den allverschiedenen Bildungsinstituten zu politischem Krach. Da die Umschichtung des Lohnabhängigenkörpers schubweise geschah, trat dort als erstes eine Zusammenballung jener Leute ein, deren Lebensperspektive den einschneidendsten Änderungen unterworfen war.

Obwohl der große Teil der in Bewegung geratenen Leute noch gar nicht an den vorgesehenen Berufsorten angekommen war, machten die Voranforderungen der Kapitalisten an das Bildungswesen ein Bedürfnis nach Kritik der Kapitalistenherrschaft stark. Der Marxismus wurde modern, weil er eine Vielzahl von Instrumenten zur Kritik der Kapitalistenherrschaft liefert und obgleich er sich nicht gut zur Begründung von Sonderinteressen gegenüber der Arbeiterklasse eignet.

Die Maßnahmen der Kapitalisten und ihres Staates gegen die kritische Jugend reichten ferner hin, um deutlich zu machen: Ohne politische Unterstützung würde man nichts erreichen können. Das führte zu einem Interesse an der Arbeiterbewegung.

Zu beachten ist: der große Teil der Bewegung bewahrte sich gegenüber dem Marxismus seine kritische Reserve, ein noch größerer äußerte Skepsis hinsichtlich der Brauchbarkeit der Arbeiterklasse im politischen Kampf.

Dennoch oder vielleicht auch deswegen bestand in der ganzen Bewegung Interesse am Fortgang der sozialistischen und kommunistischen Gründungsbemühungen.

Kommunistische Gründungen

Die Gründung kommunistischer Organisationen beruhte durchweg nicht auf einem geäußerten Interesse der bestehenden Arbeiterbewegung. Sie alle, die DKP eingeschlossen, basierten wesentlich auf dem kritischen Publikum, das sich im Parteibildungsprozeß der lohnabhängigen Mittelklasse herausgebildet hatte. Ihre Politik blieb dieser Bewegung verhaftet, sie vermochten nicht, die Bedürfnisse des proletarischen Klassenkampfes zu formulieren oder diesen erheblich zu fördern.

Ihre praktischen Anstrengungen flossen weithin in die Bearbeitung von Fragestellungen, die durch den Parteibildungsprozeß der lohnabhängigen Mittelklasse diktiert waren.

Ihre Unfähigkeit, die Quellen proletarischer Parteibildung zu erschließen, führte zu einer enormen theoretischen Abhängigkeit von Revolutionsmodellen, historischen und auswärtigen, die auf oft abstoßende Weise auf Brauchbarkeit getestet wurden.

Die Geschichte dieser kommunistischen Gründungen stellt sich uns dar als ihr unablässiges Bemühen, die völlige Einsaugung in den grün-alternativen Parteibildungsprozeß zu verhindern, gemischt mit dem Bestreben, diese Bewegung als eigentlich kommunistische auszugeben und darin die sog. Führung zu erringen.

Auf diesem Untergrund waren Spaltungen in beliebiger Zahl und Schattierung denkbar, und bis heute bleibt für die Politik dieser Orgnisationen typisch, daß sie sich über eindeutige Interessenpunkte der Arbeiterklasse am schwersten zu einigen vermögen und am buntscheckigsten sich in gerade den Belangen darstellen, die ihre objektive Gemeinsamkeit ausmachen. Mit der Bildung der Grün-Alternativen zur Partei ist diese lange Phase wahrscheinlich vorbei. Versuche, diese Bewegung als irregeleitete, eigentlich für den Kommunismus offene, bloß mit dem Gedanken unbekannte auszugeben, werden lächerlich. Die Kommunisten sind durch die Gewalt der Umstände zur Konzentration auf die Interessen der Arbeiterklasse ebenso gezwungen, wie sie vorher im laufenden Parteibildungsprozeß der lohnabhängigen Mittelklasse befangen waren.

Ökologisch, gewaltfrei, basisdemokratisch

Ökologisch, gewaltfrei, basisdemokratisch

Wieso erweisen sich diese programmatischen Schlagworte als die politische Plattform, auf der sich ein so großer Teil der lohnabhängigen Mittelklasse zusammenfinden konnte, daß er zur politischen Kraft wurde?

Der Ökologismus ist ein Weg, die gesellschaftlichen Kosten zu beziffern, die im Kapitalismus unvermeidlich neben den privaten Profiten entstehen und von den Kapitalisten nicht bezahlt werden. Der Ökologismus ist mithin eine Methode, die Eigentumsrechte der Kapitalisten anzugreifen, ohne die Ausbeutung der Arbeiter auch nur erwähnen zu müssen. Der Ökologismus ist also eine Ideologie, die der lohnabhängigen Mittelklasse eine Kritik der Kapitalisten erlaubt, ohne sie an die Arbeiterbewegung zu binden. Die ökologische Theorie, die von der Rückwirkung der Produktion auf die Naturbedingungen der Produktion handelt, erschließt wegen ihrer Allgemeinheit kritischen (wenn auch recht speziellen) Zugang zu allen Tatbeständen der Gesellschaft; insofern eignet sie sich vorzüglich zur Formulierung eines Machtanspruches.

Die politische Strategie der Gewaltfreiheit ergibt sich aus der besonderen Stellung der lohnabhängigen Mittelklasse im Arbeitsprozeß. Im Unterschied zu einem Produktionsergebnis ist das Resultat ihrer Anstrengungen nicht leicht und schnell zu messen, verweigern sie dem Kapital die Initiative bei Realisierung seiner Anforderungen, sind erhebliche Kosten die Folge, die weit über das Gehaltsmaß hinausgehen. Positiv formuliert ist die Strategie der Gewaltfreiheit eine Strategie des Defaitismus, des Nicht-Mit-Machens. Die Strategie der Gewaltfreiheit ergibt sich ferner aus der Tatsache, daß die lohnabhängige Mittelklasse einen zwar

Fortsetzung nächste Seite

großen, aber doch so kleinen Teil der Gesellschaft bildet, daß sie es auf eine Konfrontation nicht ankommen lassen kann. Sie ermöglicht ferner eine reservierte Haltung gegenüber allen Volks- und Arbeiterbewegungen, die an den rechtsstaatlichen Rahmen anstoßen und, zum Gewaltakt erklärt, gewaltsam unterdrückt werden. Sie verpflichtet gleichwohl nicht, solche Aktionen zu verurteilen, und legt sich nicht auf den Rechtsstaat fest; insofern schafft diese Strategie die Möglichkeit, revolutionäre Bewegungen sich nicht zum Feind zu machen, sondern zweckmäßig auszunutzen.

Die politische Norm der Basisdemokratie trägt dem Umstand Rechnung, daß ein erheblich großer Teil der lohnabhängigen Mittelklasse im Laufe des Berufslebens von den Kapitalisten eingekauft wird und mit ihrer Herrschaft verwächst. Sie steht der Usurpation der Bewegung durch Kräfte, die ihre Karriere gemacht haben, entgegen und soll dienen, die Bewegung in vieler Hinsicht jung zu erhalten.

Die Entfaltung proletarischer Klasseninteressen in diesem Normenrahmen ist selbst bei äußerster Anspannung der Phantasie nicht denkbar. Vorteilhaft bleibt indessen, daß sich zwischen dem Eigentum und den Leuten, die daraus abgeleitete Funktionen wahrnehmen, eine politische Kluft auftut und daß die Grün-Alternativen bislang nicht dazu neigen, ihre Interessen wesentlich im Gegensatz zu denen des Proletariats zu bestimmen.

Interessenverbindungen und Gegensätze zum proletarischen Klassenkampf

Die Tatsache der Lohnabhängigkeit stellt die lohnabhängige Mittelklasse in eine Front mit der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Kapitalisten. Sie ist an der Verbesserung von Lohn und Arbeitsbedingungen interessiert.

Die Tatsache der Kapitalistenherrschaft stellt die lohnabhängige Mittelklasse in eine Front mit der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat. Sie ist an einer Einschränkung der staatlichen Allmacht interessiert.

Das schafft in der praktischen Politik eine Vielzahl von Interessenverbindungen.

Die von den Kapitalisten geschaffene Arbeitsorganisation eröffnet den Angehörigen der lohnabhängigen Mittelklasse den Weg der Karriere, der den Einzelnen in Besitz eines Vermögens, ja sogar von Kapital bringen kann und gar nicht so selten auch bringt. Die in Konkurrenz gegeneinander vollzogene Karriere führt — als Perspektive — zu einer Vielfalt von politischen Forderungen nach optimalen Konkurrenzbedingungen, als vollzogene Realität oder bereits als beinharte persönliche Illu-

rungen nach optimalen Konkurrenzbedingungen, als vollzogene Realität oder bereits als beinharte persönliche Illu-

sion führt sie zu einer Interessenverbindung mit den Kapitalisten. Ein nicht unerheblicher Anteil der lohnabhängigen Mittelklasse klebt deswegen an der Bougeoisie fest.

Die von den Kapitalisten geschaffene Arbeitsorganisation eröffnet den Weg der Karriere jedem Angehörigen der lohnabhängigen Mittelklasse, nicht jedoch dieser Klasse in ihrer Gesamtheit. Im ganzen bleibt für ihr Dasein die Bindung an die Weisungen der Kapitalisten und deren Bestreben, sie zu billigen Preisen verfügbar zu haben, bestimmend. Unvermeidlich wenden sich deswegen nicht wenige vom aufgezeigten Karriereweg angeekelt ab und fühlen sich mit der proletarischen Bewegung nicht nur verbunden, sondern ihr im wesentlichen zugehörig.

Die letzten Jahre haben indessen gezeigt, daß nicht die Tendenz zum bedingungslosen Anschluß an die Bourgeoisie und nicht die Tendenz zur Eingliederung in das Proletariat den Gang der Ereignisse bestimmt haben, sondern die Tendenz zur Ausbildung eines speziellen Interesses und einer eigenen politischen Perspektive. Diese ist von Feindschaft gegenüber den Kapitalisten und von Vorbehalten gegenüber der Arbeiterklasse geprägt.

Ihre Feindschaft gegenüber den Kapitalisten ergibt sich aus der Monopolisierung aller wesentlichen Vorteile der kapitalistischen Gesellschaft in Händen der Kapitalisten. Sie wollen die Verfügung über den gesellschaftlichen Reichtum an die Tätigkeit der Leitung der Produktion gebunden wissen und sehen nicht ein, wieso ihnen irgend jemand wegen eines Eigentumtitels dreinreden dürfen soll.

Ihre Vorbehalte gegenüber dem Proletariat ergeben sich zwanglos aus dem Umstand, daß die Arbeitsergebnisse nicht Folge von Leitung, sondern von Arbeit sind. So ergibt sich eine Tendenz, alle Vorteile der entwickelten Produktivkraft der Arbeit den Inhabern von Leitungsfunktionen zugänglich zu machen, die harte Arbeit aber exclusiv auf dem anderen Pol der Gesellschaft zu konzentrieren.

Eine solche Entwicklung ist unter dem Schlachtruf der Demokratie ohne weiteres möglich, man braucht unter Demokratie nur die denkbar freieste Entfaltung der Konkurrenz um die Leitungsposten zu verstehen.

Politische Sprecher dieser Klasse entwickeln bereits heute einen treffsicheren Instinkt für alles, was auf billigste Verfügbarkeit von Arbeitskraft für schwere Arbeit dient. Ihre Konsumtheorien zeugen davon. Es entsteht in dieser Frage eine Interesssenverbindung mit den Kapitalisten, interessanterweise auf Grundlage strategischer Interessengegensätze.

Ebenso zielt die sog. Alternativwirtschaft auf die Mobilisierung volkswirtschaftlicher Reserven und keineswegs auf eine Minderung der Wirtschaftstätigkeit.

Ebenso zielen Äußerungen zur Organisation des internationalen Austausches keineswegs auf einen Ausgleich der Produktivkraftunterschiede der nationalen Volkswirtschaften, sondern auf die Behauptung dieser Unterschiede mit neuen Methoden. Besonders ekelhaft ist hier die erklärte Absicht, alle Welt mit Alternativtechnologie erfreuen zu wollen; basiert diese doch in ihren wesentlichen technischen Grundlagen auf Produkten modernster Industrie.

Die Interessenlage der lohnabhängigen Mittelklasse legt die Propaganda eines allgemeinen, über den Klassen stehenden Nationalinteresses nahe. Eine solche findet statt und führt, wie man bereits heute, im durchaus noch unentwickelten Stadium sehen kann, zur Versöhnung mit der Kapitalisten-

man bereits heute, im durchaus noch unentwickelten Stadium sehen kann, zur Versöhnung mit der Kapitalisten-

klasse.

Indem die lohnabhängige Mittelklasse Grund hat, ein Nationalinteresse zu formulieren, findet sie auch die Möglichkeit zur Begrenzung ihres Konfliktes mit den Kapitalisten zu Lasten der Arbeiter.

Solange die Arbeiterklasse selbst nicht bemerkbar macht, daß eine Fortsetzung kapitalistischer Produktionsorganisation und kapitalistischer Austauschmethoden unter bloß einer anderen Firma für sie nicht in Frage kommt, bleibt die Gefahr groß, daß die politische Bewegung der lohnabhängigen Mittelklasse sich mit zunehmender Geschwindigkeit auf ein Bündnis von Kapitaleignern und leitenden Kräften hinbewegt, unter dessen Herrschaft wie schon einmal die Hunde ein besseres Leben führen als die Arbeiter. Dagegen steht allerdings die geschichtliche Erfahrung, die lehrt, wohin solche Verbindungen schlußendlich führen.

Eine erstarkende revolutionäre Arbeiterbewegung wird die Strategen der lohnabhängigen Mittelklasse wahrscheinlich dazu bringen, von einem Machtanspruch, der dem der Kapitalisten im Grund nicht nachsteht, sondern ihn bloß durch was anderes ersetzt, abzugehen und sich mit der Perspektive einer Gesellschaft anzufreunden, in der nicht nur die Ausbeutung per Privateigentum unterbunden, sondern die Aufhebung der Trennung von Handarbeit und Kopfarbeit ein systematisch verfolgtes Ziel ist.

Fortgang proletarischer Parteibildung

Die politischen Organisationen, die sich heute an proletarischer Parteibildung interessiert zeigen, wissen, daß die Arbeiterklasse ihr Schicksal nicht in die Hand der grün-alternativen Opposition legen und es in der Hand der SPD nicht liegen lassen kann. Sie ziehen Konsequenzen aus der Verschärfung der Klassengegensätze.

Die Organisationen, die für die sozialistische Perspektive eintreten, festigen ihre Verbindung mit der Bewegung des Proletariats. Sie beginnen, ihre Haltung zu den aktuell auftretenden Bedürfnissen des proletarischen Klassenkampfes sorgfältiger zu bestimmen.

Sie lernen, mit der ganzen antikapitalistischen Opposition umzugehen, ohne sich anzubiedern und Handel mit Interessen des Proletariats zu treiben.

Sie begreifen zunehmend, daß sie zusammenarbeiten müssen, um ihre Strategie und Taktik aus einer Kritik der gesamten Erfahrung kommunistischer Politik bestimmen zu können.

Sie wirken in der Kritik von Volksgemeinschaftsideologie und Nationalismus zusammen.

Sie sind, einmal zusammengenommen, gar so wenig nicht, und ihre politische Praxis ist zwar im einzelnen einseitig, zusammengenommen aber von erstaunlicher Vielfalt.

Sicher, das Erscheinungsbild sozialistischer Politik ist noch von Zerrissenheit und Schwäche geprägt, ihr theoretischer Bestand weist Lücken auf, und Einigung über strategische und taktische Festlegungen fällt schwer. Aber Momente einer guten Entwicklung sind eben auch da.

Indessen unterwirft die Kapitalistenklasse die sozialen und politischen Lebensumstände der Arbeiterklasse Veränderungen, die Millionenmassen neuerlich zwingen, ihre Interessenlage zu überdenken. Solche Veränderungen sind:

Die Kapitalisten haben in der großen Industrie die Intensität der Arbeit auf ein verzweifelndes Maß gebracht. Sie

Die Kapitalisten haben in der großen Industrie die Intensität der Arbeit auf ein verzweifelndes Maß gebracht. Sie

haben eine industrielle Reservearmee produziert, die ihnen den Einsatz menschlicher Arbeit unter immer schlechteren Bedingungen ermöglicht. Sie sind dabei, die menschliche Arbeit zeitlich beliebig disponibel und den Arbeiter jederzeit verfügbar zu machen.

Den Kapitalisten gelingen Lohnsenkungen, die eine große Masse unter neue Lebensumstände versetzt. Eine anständige Wohnung können sich immer weniger Arbeiter leisten, und einer zunehmenden Zahl fällt es schwer, die teureren Haushaltsgegenstände zu ersetzen.

Die Politik der Kapitalistenklasse macht zudem für junge Leute die Möglichkeit fast zunichte, der trüben Perspektive des Arbeiterlebens durch Bildungsanstrengungen zu entrinnen.

Solche Änderungen in den Lebensumständen zwingen die Betroffenen zum Nachdenken. Das politische Interesse nimmt zu, ebenso die Diskussionsbereitschaft. Ob daraus aber ein Fortschritt folgt, hängt von der Richtigkeit der Propaganda und der Politik der Revolutionäre ab.

Alles zusammengenommen scheinen uns nicht nur die politischen Voraussetzungen für einen Fortschritt proletarischer Parteibildung klarer denn je (wenn auch durchaus nicht so sehr klar), sondern auch die objektiven Umstände gut.

Diese Punkte geben unseren derzeitigen Diskussionsstand wieder. Es soll darüber nicht beschlossen werden. Dennoch hoffen wir, daß die Darstellung erklärlich macht, wieso wir einen Fortschritt proletarischer Parteibildung nicht nur überhaupt, sondern jetzt für möglich halten.

1. Ihr sprecht in Eurem Bericht an die Delegiertenkonferenz von der Grünen Partei als d e r Partei der neuen Mittelklasse, geht also von einer eigenständigen politischen Kraft dieser Mittelklasse aus, die i h r e Partei in den Grünen gefunden hat. Was macht nun die neue Qualität dieser Mittelklasse gegenüber früheren Stadien aus, wo es für diese Schichten keine eigene Partei mit spezifischem Programm gegeben hat, und welches Ausmaß haben diese Schichten angenommen?

Bis vor wenigen Jahren war es allgemein üblich, die im Kapitalismus normale, überall zu beobachtende Herausbildung einer lohnabhängigen Mittelklasse fast ganz unter dem Aspekt der Umwandlung „Selbständiger" in „Lohnabhängige" zu betrachten (1), und tatsächlich erscheint der Bildungsprozeß der lohnabhängigen Mittelklasse zunächst als „Proletarisierungsprozeß" von Kleinbourgeois. Der Prozeß verläuft schubweise (siehe Tabelle 1). Der in der BRD bislang letzte „Schub" hatte insofern eine neue Qualität, als in größerem Ausmaß als je zuvor auf Nachwuchs aus der Arbeiterklasse zurückgegriffen werden mußte und der Frauenanteil in Richtung 50% sich bewegte, wenngleich die Umwandlung von Kleinbürgern in Lohnabhängige den statistischen Löwenanteil brachte (siehe Tabelle 2).

Die Installation der so schubweise herangebildeten Leute in der Gesellschaft der BRD ist noch nicht abgeschlossen, ein zahlenmäßig stabiles An-

schaft der BRD ist noch nicht abgeschlossen, ein zahlenmäßig stabiles An-

teilsniveau wird sich bei etwa 1/5 bis 1/4 der erwerbstätigen Bevölkerung einstellen, dies Niveau ist aber erst in der jüngeren Generation erreicht, eine neue Qualität der gesellschaftlichen Rolle dieser lohnabhängigen Mittelklasse zeichnet sich mehr ab, als daß sie völlig klar zu sehende Sache wäre.

Eine Änderung der Bedeutung der lohnabhängigen Mittelklasse für das Ablaufen der Arbeitsprozesse mag sein, daß die im Kapitalismus normale Tendenz zur Zerlegung in möglichst reine Handarbeit und möglichst reine Kopfarbeit auf einen Punkt gekommen ist, an dem eine relativ große Zahl von Kopfarbeitern für den Gang einer wachsenden Zahl von Produktionen unabkömmlich wird (2). Das könnte eine Basis des auffälligen Selbstbewußtseins sein, das sich in der Theoriebildung nicht übersehen läßt.

Die heutigen Grün-Alternativen entwickeln ihre politischen Ziele aus einer Diskrepanz gesellschaftlichen Wesens und Treibens zu den Naturvoraussetzungen menschlichen Lebens. Sie bieten sich der Gesellschaft als Führer aus einer für jeden Einzelnen bereits lebensgefährlichen Situation an. Sie begründen ihren Führungsanspruch weder aus der Teilnahme an der gesellschaftliche Arbeit, denn das machte sie mit den Arbeitern gemein, noch aus der Teilhabe am Eigentum, denn das machte sich vor den Kapitalisten lächerlich, sondern ausschließlich aus ihrem W i s s e n um lebenswichtige Naturbedingungen aller Lebensprozesse, als deren Kenner sie auftreten.

2. Ihr reduziert die Beschreibung der neuen Mittelklasse ausschließlich auf ihre Funktion als „leitende Angestellte" zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Daraus ergibt sich die Frage, wie die r e a l e klassenmäßige Zusammensetzung a) der Grünen Partei und b) der grünen Wählerschaft aussieht. Habt Ihr dazu differenzierte Erkenntnisse?

Die nächste Zeit wird eine Fülle von detaillierten Untersuchungen zu diesem Gegenstand bringen. Einstweilen ist unbestritten, daß im Wählerfeld der Grün-Alternativen das Alter unter dem Durchschnitt und die Schulbildung über dem Durchschnitt liegen, und das hängt mit der realen Lage der lohnabhängigen Mittelklasse zusammen.

Eine Reduktion der Beschreibung der lohnabhängigen Mittelklasse läßt eher den Begriff der „Kopfarbeit" als Hauptmerkmal übrig.

Daß die reale Zusammensetzung der GRÜNEN und des grün-alternativen Wählerpublikums so kunterbunt erscheint, ergibt sich aus den unterschiedlichen Interessenlagen, die im Werdegang der Kopfarbeiter auftreten; nicht unbedeutende Prozentsätze geraten ja gar nicht in eine Mittelstellung, sondern werden entweder ins Proletariat gestoßen oder machen Karriere bis hinein in die Bourgeoisie.

In Anbetracht der Lebensumstände, die das Kapital dem Arbeiter bereitet, wird der Plan, durch Bildungsanstrengungen in die Position des Kopfarbeiters zu gelangen, vor allem in der jungen Generation stets verbreiteter sein als der Bedarf der Kapitalisten.

als der Bedarf der Kapitalisten.

Folglich kann ein äußerst eng auf

Folglich kann ein äußerst eng auf

spezielle Interessen der lohnabhängigen Mittelklasse hinformulierter Standpunkt insbesondere in der jungen Generation vorübergehende Anhänger finden, die sich's hernach anders überlegen, nicht weil sie lau geworden wären, sondern weil sich andere Lebensumstände ergeben.

Die Bezahlung der Kopfarbeiter durch die Kapitalisten ist weit entfernt davon, sich nach der zu leistenden Denkstrapaze oder der Klugheit, der Bildung, dem Wissen oder ähnlich Brotlosem zu richten. Sie hängt von der Anzahl der zu beaufsichtigenden Kräfte und dem Umfang des zu beaufsichtigenden Kapitals ab (3) und kann weit über die Reproduktionsnotwendigkeiten einer Arbeitskraft hinausführen. Der Überschuß ist ein Anteil am Profit und erlaubt im Laufe der Berufsjahre die Bildung von Vermögen, für einen kleinen Personenkreis auch von Kapital.

Folglich wird ein gegen Kapitalinteressen formulierter Mittelklassenstandpunkt bei der älteren Generation nicht mehr so breit Anklang finden, nicht, weil sich im Alter alles ruhiger und realistischer betrachtet, sondern auch, weil sich die Lebensumstände geändert haben (4). (Die in der BRD ziemlich ausgeprägte Vernichtung von kleineren Vermögen, d.h. daß es für viele wenig zu erben gab und gibt, stellt wahrscheinlich eine große Begünstigung der grün-alternativen Parteibildung dar.)

Wenn auch die Grün-Alternativen ihre Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft haben, am Gesamtbild: „Alter unter dem Durchschnitt, Schulbildung über dem Durchschnitt" wird sich kaum etwas ändern.

3. Wie kann man von den Grünen als d e r Partei der neuen Mittelklasse sprechen, wo doch ein quantitativ weitaus größerer Teil bei der SPD bzw. heute sogar bei der CDU angesiedelt ist?

Jahr	Abiturienten gesamt	in % der 18-19 J.	Abiturienten männl.	in % der 18-19 J.	Abiturienten weibl.	in % der 18-19 J.
1911	15985	1.30922	15659	2.56306	326	.0534424
1926	20895	1.57411	19038	2.84931	1857	.28168
1931	40630	3.25739	31086	4.95906	9544	1.53852
1934	40089	4.32699	29246	6.25079	10843	2.36123
1935	31634	4.54208	24570	6.93931	7064	2.06311
1936	25811	4.14336	21502	6.7757	4309	1.40998
1937 x1	43150	6.59786	39708	11.9243	3442	1.07227
1939 x1	47394	3.69688	39943	6.13564	7451	1.18082
1940	56357	4.51579	38763	6.11406	17594	2.86547
1950	29827	4.65025	20154	6.17787	9673	3.06906
1951	27669	4.39889	19236	6.00187	8433	2.73355
1952	24923	3.22336	17633	4.46066	7290	1.92908
1953	22608	2.75943	15861	3.78003	6747	1.68802
1954	30622	3.66467	21431	5.02839	9191	2.24499
1955	38462	4.53454	26297	6.05224	12165	2.94054
1956	36136	4.04704	24557	5.40427	11579	2.64059
1957	42209	4.38763	27887	5.69123	14322	3.03432
1958	46423	4.7333	30382	6.09203	16041	3.32112
1959	51328	5.42006	33171	6.8677	18157	3.91315
1960	55721	6.75406	35727	8.44411	19994	4.96129
1961	57688	7.29581	36930	9.04482	20758	5.42835
1962	58483	7.42736	37437	9.25284	21046	5.49791
1963	58790	8.66598	37641	10.8164	21149	6.40103
1964	55974	8.89889	35633	11.0319	20341	6.64739
1965	50955	7.18203	33286	9.10698	17669	5.13783
1966	54268	7.14993	34376	8.79182	19892	5.40584
1967	69183	8.72201	44532	10.9234	24651	6.39289
1968	80800	9.97656	50900	12.2562	29900	7.57729
1969	85013	10.5227	52948	[illegible]	32065	8.13213
1970	87837	10.7934	53350	12.86	34487	8.65855
1971	102517	12.7129	63491	15.3768	39026	9.91766
1972	122504	14.8977	77792	[illegible]	44712	11.1279
1973	143743	17.0899	90810	21.0403	52933	12.9243
1974	163929	19.1327	100523	22.8047	63406	15.2418
1975	169640	19.2467	102106	22.535	67534	15.7679
1976	189084	21.0257	110225	23.8479	78859	18.0418
1977	205113	22.0742	117430	24.5875	87683	19.4161
1978	217143	22.4786	120859	24.3764	96284	20.4772
1979 x2	189138	18.9346	107679	21.0064	81459	16.7509
1980	218532	21.2911	119296	22.564	99236	19.9309

x1 Schulzeitverkürzung von 13 auf 12 Jahre

x2 Kurzschuljahr 1966/67

Quellen: Stat. Bundesamt, Stat. Reichsamt, Jahrbücher

Erwerbsstruktur der Bevölkerung 1882 – 1979
(Angaben in 1000)

	1882[1]		1907[1]		1933[2]		1950[3]		1970[3]		1979	
Wohnbevölkerung	45222		61721		65218		50809		60651		61359	
Erwerbspersonen[4]	18986		28092		32296		23489		26617		26740	
Basiszahl	18986	100%	28092	100%	32296	100%	23489	100%	26617	100%	25548	100%
Selbständige Landwirte[5]	2599	13,7	2526	9,0	2296	7,1	1306	5,6	809	3,0	590	2,3
Mith. Familienangeh.	1899	10,0	3883	13,8	4516	14,0	2774	11,8	1258	4,7	745	2,9
Knechte/Mägde	1719	9,1	1333	4,0	2530[6]	7,8	1117	4,8	305	1,1	210	0,8
Tagelöhner	1838	9,7	1839	6,5								
mit eig. Landbebauung	383	2,0	239	0,9								
o. eig. Landbebauung	1455	7,7	1580	5,6								
	8055	42,5	9581	34,1	9342	28,9	5198	22,1	2372	8,9	1544	6,1
Selbständige (o. Lw.)[7]	2922	15,4	3040	10,8	3122	9,7	2141	9,1	1960	7,4	1893	7,4
Mith. Familienangehörige	36	0,2	405	1,4	[illegible]	2,5	479	2,0	533	2,0	388	1,5
	2958	15,6	3445	12,2	3918	12,2	2620	11,2	2493	9,4	2281	8,9
Lohnabhängige	6619	34,9	13796	49,1	17766	55,0	15075	64,2	21638	81,3	21723	85,0
Beamten/Angestellte	1070	5,4	1739	6,2	5398	16,7	4803	20,4	9646	36,2	11050	43,3
Arbeiter	5694	29,5	10990	39,1	12366	38,4	10721	45,6	11992	45,1	10672	41,8
Hausbedienstete	1325	7,0	1265	4,5	1270	3,9	598	2,5	116[8]	0,4	40[9]	0,2
landwirtschaftliche Betriebe über 100 ha	25	0,1	24	0,1	36	0,1	3	0,0	3	0,0		
nichtlandw. Betriebe 10 – 50 Beschäftigte	44	0,2	121	,4	101	0,4	129	0,5	275[10]	1,0		
über 50 Beschäftigte	10	0,1	32	0,1	29	0,1	30	0,1	43	0,2		
	79[11]	0,4	177	0,6	166	0,6	162	0,7	321	1,2		

Anmerkungen: 1) Reichsgebiet. 2) Reichsgebiet ohne Saarland. 3) Bundesgebiet ohne Saarland und Westberlin. [illegible]

Unserer Meinung nach artikulieren die Grün-Alternativen einen Führungsanspruch der lohnabhängigen Mittelklasse gegenüber der Kapitalistenklasse und auch gegenüber der Arbeiterklasse, indem sie einen Führungsanspruch des Wissens über das Eigentum und die Arbeit artikulieren. Sie könnten erheblich kleiner sein, als sie sind, und ihre Wählerschaft erheblich zusammengesetzter, als sie ist, und man würde sie dennoch aus Gründen ihrer Zielsetzung als Partei der lohnabhängigen Mittelklasse bezeichnen können.

Konkret findet man bei der jüngeren Generation hohe und höchste Prozentsätze der Abiturienten und Studenten als Anhänger der GRÜNEN vor, Partei und Anhängerschaft sind (für BRD-Verhältnisse) ganz ungewöhnlich aus einem engen Bereich des sozialen Spektrums geschnitten.

Wir haben im vorigen Punkt dargelegt, wie unserer Meinung nach im Generationenumschlag ein beständiger Abscheidungsprozeß in Richtung Arbeiterklasse und in Richtung Kapitalistenklasse vonstatten geht. Die Möglichkeit solcher Übergänge und daß sie in realem, sichtbarem Umfang tatsächlich auch stattfinden, wird stets bewirken, daß große Teile dieser Klasse keinen Anlaß sehen, ein politisches Selbstbewußtsein zu artikulieren, sondern vorhandenen politischen Strömungen anhängen, wie sie sich im Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital bilden.

4. Ihr erklärt in Eurem Bericht die Grüne Partei ausschließlich aus der Klassenlage der Mittelschichten und versucht hieraus auch, die Grundelemente (ökologisch, gewaltfrei, basisdemokratisch) herzuleiten. Wir denken, daß sich aus der ökonomischen Lage der neuen Mittelklasse längst nicht alle Entwicklungen herleiten lassen, so wäre damit beispielsweise überhaupt nicht erklärbar, weshalb die Friedensbewegung heute zahlenmäßig von diesen Schichten dominiert wird. Welche politischen Elemente seht Ihr in dieser Bewegung und Klasse?

Die politischen Äußerungen aus dem grün-alternativen Bereich sind u.E. in doch ganz erstaunlichem Umfang auf objektive Interesssn der vertretenen Klientel rückführbar. Das macht einen u.E. wichtigen und positiven Unterschied zu den Unionsparteien, der FDP und der SPD. Selbstverständlich muß die grün-alternative Bewegung sich auch zu Fragen verhalten, die nicht direkt aus ihrer Klientel gestellt werden, schließlich ist sie politische Bewegung. Ein solcher Fall ist mit der Friedensbewegung gegeben. Mit Recht stellt Ihr fest, daß die Friedensbewegung zahlenmäßig von diesen Schichten dominiert würde. Da wäre es gleichzeitig angeessen festzuhalten, daß dasselbe für die Rüstungsbewegung auch zutrifft. Zum breite Massen erfassenden Krach kam es bekanntlich bei Gelegenheit des Hamburger Kirchentages von 1981. Dort traf man direkt aufeinander. Für diesen, zugegebenermaßen ziemlich mittelklassenexclusiven, Krach bestand aber nicht nur ein politischer Anlaß mit
breite Massen erfassenden Krach kam es bekanntlich bei Gelegenheit des Hamburger Kirchentages von 1981. Dort traf man direkt aufeinander. Für diesen, zugegebenermaßen ziemlich mittelklassenexclusiven, Krach bestand aber nicht nur ein politischer Anlaß mit
der Nachrüstung, sondern auch eine politische Grundlage. Damit z.B. der Gewerkschaftstag der IG-Metall im September 1980 einen Beschluß gegen die Nachrüstung fassen konnte (5), mußten bereits seit 79 deutlich gegen die Regierungspolitik gerichtete Beschlußfassungen einsetzen, und so war das auch.

Wir wollen keinen blöden Streit, etwa, was eher war usw. Es ist ja klar, gerade weil der Rückhalt für kapitalistische Kriegsvorbereitungen bei Pfaffen größer ist als bei Gewerkschaftsfunktionären, bei höheren Beamten größer als bei Arbeitern, bei Generälen größer als bei Gefreiten, gerade deswegen ist ein politischer Krach, der geeignet ist, diesen Anhang zu mindern, für den Erfolg des Kampfes unersetzlich wertvoll. Indessen muß das auf einer gewissen, wirklich breiten Grundlage stattfinden. Eine solche nehmt Ihr ja auch an, sonst wäre' die Forderung nach Volksentscheid, Volksbefragung usw. ja ein glattes Kamikazeunternehmen.

Daß nun die Art und Weise, in der die grün-alternative Bewegung die Sache aufgegriffen hat, schon typisch ist, wollen wir daran zeigen, daß ihre Begründung gar nicht wesentlich pazifistisch oder defätistisch ist. Sie läuft ja darauf hinaus, daß „im nächsten Weltkrieg allein der Tod Sieger sein wird", und das ist, die Aussage streng interpretiert, eine Propaganda nicht gegen jeden imperialistischen Krieg schlechthin, sondern gegen einen, bei dem die Aussichten auf Sieg (Sieger ungleich Tod) schlecht sind. Die Probleme einer solchen Propaganda z.B. gegenüber einer Unternehmung wie der Thatcher'schen Malwinenaggression liegen auf der Hand.

Wir wollen mal in den Raum stellen: Weil und sofern die lohnabhängige Mittelklasse keineswegs in einem unversöhnlichen Gegensatz zum Staatsapparat steht und sich von daher das Ziel der Zerschlagung dieses Staatsapparates nicht setzt, steht sie auch in einem unversöhnlichen Gegensatz zum Krieg nicht, wenngleich ihr Beitrag zum gegenwärtigen Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen wirklich nicht heruntergespielt werden darf.

5. Ihr sprecht generell von der grün-alternativen Parteibildung. Nun ist es aber so, daß es einen langen Kampf um die Richtung grün o d e r alternativ gegeben hat. In Eurer rein klassenmäßigen Beschreibung fallen diese politischen Differenzen weg. Sind dies für Euch nur graduelle Unterschiede, oder seht Ihr hierin auch klassenmäßige Unterscheidungen?

Unsere bisherigen Untersuchungen wurden mit dem Ziel geführt, einen rationellen Grund für den Ausbruch der grün-alternativen Bewegung aus dem bisher vorhandenen politischen Gefüge aufzutun. „Grün" oder „alternativ" scheint uns eher ein Konflikt um die politische Strategie zu sein, gar nicht mehr aus der Klassenlage etwa der grün-alternativen Basis erklärbar, sondern bloß in einer Gesamtschau der in der BRD wirkenden politischen und Klasseninteressen.

Uns kommt es zunächst einmal auf den Unterschied an, den es ausmacht, ob einzelne Angehörige der Mittelklasse der Kapitalistenklasse, der Arbeiterklasse oder sich selber anhängen, oder ob eine Partei, die letztere Klasseninteressen vertritt, ein Bündnis mit der Arbeiterklasse oder ein Bündnis mit der Kapitalistenklasse anstrebt.

Der Kampf „grün" oder „alternativ" jedoch bezog sich auf die Klärung der politischen Linie einer solchen Partei, hatte die Feststellung der einzuschlagenden Politik zum Ziel und ist so gesehen sehr wichtig. Er ist einerseits gut verlaufen, weil, soweit und solange Hauptmoment der P o l i t i k der Grün-Alternativen die Abgrenzung gegenüber der Kapitalistenklasse ist und bleibt. Auch in diesem Fall ist der Konflikt aber nicht zu Ende. Immer wird von dieser lohnabhängigen Mittelklasse aus die Politik gegenüber der Arbeiterklasse zu bestimmen sein, da das Verhältnis von Kopfarbeit und Handarbeit ja alles andere als konfliktfrei ist, besonders im Kapitalismus.

Wir können inzwischen (im Unterschied zu früher) verstehen, warum Anhänger sozialistischer Politik ihr Wirkungsfeld bei den Grün-Alternativen suchen. Ob ein solches Wirken aber fruchten kann, wenn nicht eine Klassenpartei der Arbeiter entsteht, die die Arbeiterklasse als Bündnispartner ansprechbar macht, ist recht unwahrscheinlich.

6. In dem Bericht an die DK schreibt Ihr, die Geschichte der Gründungen der kommunistischen Organisationen stelle sich dar als unablässiges Bemühen, die völlige Einsaugung in den grün-alternativen Parteibildungspro-
6. In dem Bericht an die DK schreibt Ihr, die Geschichte der Gründungen der kommunistischen Organisationen stelle sich dar als unablässiges Bemühen, die völlige Einsaugung in den grün-alternativen Parteibildungspro-
zeß zu verhindern, daß aber mit der Bildung der Grün-Alternativen Partei diese Phase wahrscheinlich vorbei sei. Wie begründet Ihr diese These, wo doch die ersten Ansätze einer grün-alternativen Bewegung erst Jahre n a c h Gründung der kommunistischen Zirkel entstanden?

Unserer Meinung nach kann man rückblickend schon sehen, daß die Bewegungen, die durch die ökonomischen Umwälzungen ausgelöst wurden, versuchten, ihre Interessen unter Verwendung bestehender politischer Richtungen bzw. Doktrinen zu formulieren. Die APO in der BRD wählte erinnerlich stramm sozialliberal. Ein großer Teil der in Frage kommenden Personen wurde Mitglied bei Jusos oder Judos oder SHB.

Daß ein so großer Teil sich zunächst kommunistischen Richtungen zuwandte, führen wir auf das Abgrenzungsbedürfnis gegenüber der Kapitalistenklasse zurück, das man als Vorboten des heute feststellbaren Selbstbewußtseins wohl am richtigsten auffassen wird.

Jedenfalls sind die personellen, ideologischen und politischen Wurzeln der GRÜNEN im Boden der frühen APO nachweislich und — ohne das jetzt beweisen zu wollen — finden sich im Bestand der „Kritischen Theorie" wichtige Grundlagen für die heutige grün-alternative Lehre. Aus vorstehenden Tatsachen begründet sich die These, daß die ersten Ansätze einer grün-alternativen Bewegung zeitlich mit der Gründung kommunistischer Zirkel zusammenfielen.

Nun brachte das gesellschaftliche Moment der kapitalistischen Rationalisierung nicht nur einen steigenden Bedarf an lohnabhängiger Kopfarbeit, sondern gleichzeitig auch eine Dequalifizierung und Intensivierung der Handarbeit. Die Tendenz zur Dequalifizierung löste heftige Bewegungen in der Arbeiterjugend aus und war ein Vorbote der Rationalisierungswelle, die in den darauffolgenden Jahren die ganze Klasse treffen sollte. Diese Vorkommnisse trugen in beachtlichem Umfang zur Bildung einer personellen Basis für kommunistische Organisationen bei, und soweit man von einer personellen Verbindung dieser Zirkel mit der Arbeiterbewegung sprechen kann, war sie über junge Leute vermittelt. Wie alle wissen, neigten diese jungen Leute im Großen und Ganzen nicht nur zu einer marxistischen und revolutionären Kritik der Verhältnisse, sondern auch zur Veränderung ihrer Lebensumstände. Ein wahrscheinlich gar nicht so kleiner Teil der sog. „Arbeiterkinder an der Universität" hat seine Entwicklung über linke, ja auch kommunistische Betätigung genommen. — So bestand nicht nur von der Studentenbewegung, sondern auch von der Arbeiterjugend her ein dauernder Grund zur Entwicklung grün-alternativer Ideen.

7. Ihr zieht hieraus den Schluß, daß die Kommunisten durch diese Parteibildung zur Konzentration auf die Interessen der Arbeiterklasse gezwungen seien, ebenso wie sie vorher im laufenden Parteibildungsprozeß der lohnabhängigen Mittelklassen befangen gewesen wären. Damit macht Ihr u.E. den Fehler, die Politik der Kommunisten auf die Vertretung der Interessen ihrer sozialen Träger zu verkürzen, was mit Sicherheit z.B. für den KB nie zutraf. Wir haben diese Mittelschichten immer als einen wesentlichen (personellen) Träger der p o l i t i s c h e n Bewegungen in dieser Gesellschaft gesehen. Und es ist wohl kaum zu leugnen, daß sie dies auch heute noch sind. Ist es nicht gerade auch deshalb Aufgabe der Kommunisten, auf diesen Parteibildungsprozeß Einfluß zu nehmen?

Unserer Meinung nach ist gerade das der kommunistischen Politik der letzten 15, 20 Jahre vorzuwerfen, daß sie nur ganz selten den Horizont der unmittelbaren Interessen ihrer tatsächlichen sozialen Träger überschritt.

Es ist ja nicht so, daß Fragen, die in diesem Zeitraum nicht nur große Arbeitermassen betroffen haben, sondern auch Bewegungen erheblichen Umfanges auslösten, sich der angespannten Aufmerksamkeit der Kommunisten erfreut hätten, sondern frage nicht, was oft stattdessen.

Nicht, daß man sich mit Fragen befaßt, die z.B. vor allem die lohnabhängige Mittelklasse interessieren, und auch unter den Aspekten, unter denen sie diese interessieren, wird von uns kritisiert. Aber hat es denn wirklich Sinn, mit dem Sonargerät nach dem Puls gewisser Bewegungen zu horchen, während Arbeiterbewegungen erst als solche akzeptiert werden, wenn sie wen tottrampeln? Ganz. zu schweigen von gesellschaftlich bedeutsamen Fragen, die nun vielleicht nicht direkt eine Bewegung auslösten, aber auch wichtig sind (oder ist es unwichtig, wenn eine Gesellschaft anfängt, einen großen Teil
rend Arbeiterbewegungen erst als solche akzeptiert werden, wenn sie wen tottrampeln? Ganz. zu schweigen von gesellschaftlich bedeutsamen Fragen, die nun vielleicht nicht direkt eine Bewegung auslösten, aber auch wichtig sind (oder ist es unwichtig, wenn eine Gesellschaft anfängt, einen großen Teil
ihrer Alten totzumachen?).

Allgemein möchten wir zu bedenken geben: Es mag sein, daß die frühere Intelligenz, von ihrer gesellschaftlichen Stellung ganz unselbständig, zum Sprecher der verschiedenen Klasseninteressen wurde, die in der Gesellschaft vorkamen. Wenn nun zutrifft, daß die lohnabhängige Mittelklasse, die ja aus der früheren Intelligenz herauswächst, selbst führende Kraft der Gesellschaft werden will (und vielleicht sogar kann), ist es dann nicht heikel, sie als etwas anderes als den Träger ihres eigenen Fortkommens aufzufassen?

8. Ihr stellt an die Kommunisten die Aufgabe, sich auf die Interessen der Arbeiterklasse zu konzentrieren. Hat dies aber nicht auch zur Konsequenz, sich aufgrund der politischen Abstinenz der Arbeiterbewegung sich ebenfalls abstinent gegenüber den r e a l e n politischen Bewegungen zu verhalten? Beispiel Friedensbewegung: Ohne Zweifel wird sie personell überwiegend von Angehörigen der neuen Mittelklasse getragen. Dennoch werden in ihr gesellschaftlich äußerst wichtige politische Entwicklungen bestimmt. Wir sehen nun, daß sich der BWK aus diesen Prozessen weitgehend heraushält. Ist dies eine bzw. die notwendige Konsequenz aus der Konzentration auf die Interessen der Arbeiterklasse?

Zur Zeit liegen gerade die Anträge zum Gewerkschaftstag der IG-Metall vor. Politisch abstinent ist nicht die richtige Kennzeichnung, weniger besteht das Problem, an eine politisch unaufgeklärte, uninteressierte Masse politische Ideen heranzutragen, als doch vielmehr, falsche politische Ideen zu kritisieren.

Der BWK verfolgt nicht die Politik, sich gegenüber realen politischen Bewegungen abstinent zu verhalten, schon gar nicht etwa, weil sie real wären. Als Bastian, Kelly u.a. in Ostberlin demonstrativ wurden und in grenzüberschreitender Friedensbewegung machten, war dies eine reale Bewegung, und es war eine Verstärkung der Aufklärungstätigkeit über die Rolle der Wiedervereinigungspropaganda dringend. Zu dieser Folgerung kamen verschiedene Kräfte, einige grün-alternative Abgeordnete hielten gegen den 17. Juni-Rummel erfreuliche Reden, der BWK trieb Propaganda in dieser Sache und demonstrierte zusammen mit der Marxistischen Gruppe in Bonn. All dies (und noch anderes) hat dazu beigetragen, daß der Wiedervereinigungsgedanke nicht so recht vorwärts kam. Was konnte man anderes tun, als diesen Wiedervereinigungsdreck nach Kräften und so früh wie möglich zur Sprache zu bringen?

Wir können nicht erkennen, daß die politischen Fragen, mit denen man sich befassen muß, wenn man z.B. sozialdemokratischer Propaganda entgegentreten will, irgendeinen Punkt nicht beträfen, der bei den Grün-Alternativen diskutiert wird, und halten Euren Vorwurf der politischen Abstinenz für unberechtigt, die theoretische Ableitung des Vorwurfs für ausgedacht.

9. Der Parteibildungsprozeß der Grün-Alternativen ist gleichzeitig eine politische Absetzbewegung von den bürgerlichen Parteien, vor allem der SPD. Heute können wir ein hartes Ringen der SPD beobachten, dieses für das bürgerliche Lager verlorengegangene Terrain wieder zurückzugewinnen. Da diese Schichten zahlenmäßig groß sind und von ihrer gesellschaftlichen Stellung her große Bedeutung gewonnen haben, wäre es u.E. von großer Bedeutung, sie für eine radikal-demokratische oder in Teilen revolutionäre Politik zu gewinnen. Welche Stellung hat dieses Problem in Eurer Strategie?

Die Debatte bei den Grün-Alternativen verläuft doch hauptsächlich um die Frage, ob und wie das bei CDU, CSU und FDP mitlaufende grün-alternative Wählerpotential zu gewinnen wäre, und diese Fragestellung scheint uns auch die relevante zu sein. Sollte sich z.B. der Kurs entfalten, durch Anleihen bei konservativer und liberaler Programmatik Unionswähler bzw. FDP-Wähler gewinnen zu wollen, so würden die Interessen derart vor den Kopf gehauener Grün-Wähler vermutlich tatsächlich besser bei der SPD untergebracht sein, und niemand, ganz bestimmt aber wir nicht, würde ein massenhaftes Rückfluten von heutigen Grün-Wählern zur SPD und sogar zur FDP aufhalten können.

Wir halten aber eine solche Entwicklung für unwahrscheinlich, weil ja so nahe liegt, daß man CDU-Wähler bloß durch die Kritik der CDU-Propaganda gewinnen wird und andernfalls bloß aufgefordert wird, endlich in die Union einzutreten.

Auf jeden Fall wird die SPD versu-
lung für unwahrscheinlich, weil ja so nahe liegt, daß man CDU-Wähler bloß durch die Kritik der CDU-Propaganda gewinnen wird und andernfalls bloß aufgefordert wird, endlich in die Union einzutreten.

Auf jeden Fall wird die SPD versu-
chen, als politischer Monopolagent der Arbeiterklasse bei den Grün-Alternativen Eindruck zu schinden. In der bekannten Strategiediskussion in der SPD wird jedenfalls die „strikte Ausrichtung der Partei auf die Arbeiterschaft" gefordert. Da die lohnabhängige Mittelklasse zwar zahlenmäßig groß ist und ein starke gesellschaftliche Stellung hat, aber doch nicht so groß und nicht in einer so starken Stellung ist, daß ihr auch nur der Gedanke kommen könnte, es sei möglich, auf Bündnisse zu verzichten, wird da viel ausmachen, ob außer der SPD noch eine Arbeiterpartei da ist oder nicht.

Die Herstellung eines politischen Bündnisses der lohnabhängigen Mittelklasse mit der Arbeiterklasse ist uns wichtig. Wir meinen, daß nicht nur „Teile dieser Schicht" für ein solches Bündnis gewonnen werden können, sondern ihre Interessenpartei für ein solches Bündnis gewonnen werden kann. Ihr deutet mit den Begriffen „radikal-demokratische oder in Teilen revolutionäre Politik" an, auf welcher politischen Grundlage ein solches Bündnis stattfinden könnte. Ist hier nicht der Wunsch der Vater des Gedankens? Wo hätten Grün-Alternative je die Notwendigkeit der Zerschlagung des Staatsapparates erkannt? Ihr Ziel ist seit der Verkündung des „langen Marsches durch die Institutionen" deutlich erkennbar: Teilhabe am Staatsapparat, eventuell Anpassung und Verfeinerung, nicht aber Aufhebung. Wie verhält sich das zu Vorstellungen radikaler Demokratie? — Damit keine Mißverständnisse auftreten: Wir halten ein Bündnis für möglich, meinen aber, daß seine Politik die des Kampfes gegen die Unterdrück.ng durch den bürgerlichen Staat sein muß und glauben nicht, daß ein solches Bündnis auf dem Wunsch nach radikaler Demokratie aufgebaut werden kann.

Das hat vielleicht doch einen Interessenhintergrund in der materiellen Lage der lohnabhängigen Mittelklasse. Sie ist ja nun einmal zwar groß, aber eine Minderheit, sie formuliert ihren Führungsanspruch heute ausdrücklich nicht auf den Willen von Leuten, sondern auf das Wissen um Ökologie etc. „Radikale Demokratie" erscheint da vor allem als Risiko. Die bisherigen Erfahrungen waren doch auch so, daß ihre Politik immer auf drastisch vorgetragene Einsprüche hinausgelaufen ist, vom AKW bis zur Frauenfrage. Solche Einsprüche blockten oft allgemeine Unterdrückungsabsichten, Gesetze, innere Rüstungen der Bourgeois, liefen aber nie auf eine „radikaldemokratische Politik" hinaus. Unserer Meinung nach wird der jetzige Zustand bleiben, in dem die grün-alternative Politik (und vorläufig auch das, was aus der Arbeiterwegung zu spüren ist) im wesentlichen auf die Behauptung sachlicher, konkreter Interessenpunkte gegenüber der Kapitalistenklasse hinausläuft.

10. Ihr gebt Euch recht optimistisch, was die Entwicklung der Arbeiterbewegung angeht. Könnt Ihr einmal umreißen, was Ihr unter der Arbeiterbewegung und speziell der revolutionären Arbeiterbewegung heute versteht?

Unter Arbeiterbewegung verstehen wir die überaus vielfältige Bewegung, die sich als Konflikt zwischen den Betriebsleitungen und Kapitalistenverbänden und den kollektiv organisierten und vertretenen Arbeitern landauf, landab feststellen läßt und in der die realen Träger der Handarbeit auch als die realen Träger der Politik der kollektiven Interessenvertretung wirken und liebe Mühe (aber auch Erfolge) damit haben, Angehörige der lohnabhängigen Mittelklasse in möglichst großem Anteil für diese vernünftige Idee zu gewinnen.

Im Zusammenhang dieser realen Bewegung finden politische Diskussionen statt und kämpfen politische Richtungen um Einfluß. Wenn sie sich in der Bewegung halten wollen, so sind sie genötigt zuzugeben, daß die kollektive Vertretung von Arbeiterinteressen gut und die Konkurrenz der Arbeiter gegeneinander schlecht ist. Sehr viel mehr an Grundsätzen wird sich in der realen politischen Arbeiterbewegung nicht finden lassen, aber das dann doch.

Unter revolutionärer Arbeiterbewegung stellt man sich eine Arbeiterklasse in einheitlich-schwungvoller Bewegung auf die Revolution vor, und das kann ja wohl nicht gemeint sein.

Wir wollen gegen die Annahme polemisieren, revolutionäre Kräfte hätten sich in den letzten anderthalb Jahrzehnten nur im Zusammenhang der Behandlung von Mittelklasseninteressen gebildet. Richtig ist, daß sich revolutionäre Kräfte auch auf Grundlage der Erörterung der Fragen, die im engeren Sinne für die Arbeiterbewegung anstanden, bildeten und indem sie an den Arbeiterbewegungen des Zeitraums
zehnten nur im Zusammenhang der Behandlung von Mittelklasseninteressen gebildet. Richtig ist, daß sich revolutionäre Kräfte auch auf Grundlage der Erörterung der Fragen, die im engeren Sinne für die Arbeiterbewegung anstanden, bildeten und indem sie an den Arbeiterbewegungen des Zeitraums
teilnahmen und sich nicht etwa abstinent verhielten. Man kann die heutige revolutionäre Bewegung eben tatsächlich in einem gewachsenen Zusammenhang zur realen Arbeiterbewegung sehen. Die revolutionäre Bewegung ist schwach. Ihr Zusammenhang zur Arbeiterbewegung ist auch schwach. Vor anderthalb Jahrzehnten konnte man von einer revolutionären Bewegung kaum reden, und als man davon reden konnte, konnte man von einem Zusammenhang zur Arbeiterbewegung nicht reden.

11. Auch seht Ihr die Möglichkeiten der Sozialisten optimistisch. Dem entgegen steht allerdings, daß sich die Anzahl der aktiven revolutionären Sozialisten seit den 70er Jahren rapide verringert hat. Ihr versprecht Euch Zulauf aus den Reihen der Arbeiterbewegung. Hat nicht aber gerade das klägliche Scheitern der DS gezeigt, daß es heute in der Arbeiterbewegung kaum „bewegliche Elemente" gibt, die einen neuen politischen Kurs mittragen? Und wäre es nicht an der Zeit, diesen eindeutigen Mangel einmal aus marxistischer Sicht von der Arbeiterklasse her zu beleuchten und ihn nicht immer wieder mit den Fehlern der Mittelschichten und den Mängeln der kommunistischen Organisationen zu erklären?

Daß die Anzahl der in der Arbeiterbewegung aktiven revolutionären Sozialisten sich seit den 70er Jahren verringert hätte, das können wir nicht bestätigen. Die Entwicklung der Demokratischen Sozialisten ist für uns nichtssagend, wir hätten uns sehr gewundert, wenn eine Parteigründung, die sich von früheren bloß durch eine besonders flache Begründung unterscheidet, erfolgreich ge-

Fortsetzung nächste Seite

wesen wäre. Ein Zeichen von politischer Reife der Arbeiterbewegung wäre das jedenfalls auch nicht gewesen.

Das konkrete Problem war für unser Gefühl nicht mangelnde Beweglichkeit von Elementen der Arbeiterbewegung, sondern der Eindruck oder auch die Illusion von unerhörten Bewegungsmöglichkeiten eines jeden, so er nur wach, aufgeweckt, mobil und willig sei.

Für breite Massen gehört nun einmal zum Begriffsbild des Kapitalismus unbedingt dazu, daß nicht nur der Klasse der Lohnarbeiter der Weg zur Emanzipation versperrt ist, sondern auch jedem einzelnen Lohnarbeiter, von extremen, Lottogewinn-ähnlichen Ausnahmen abgesehen.

Für eine Weile wurde aber jedem Jugendlichen die „Chance angeboten", etwas besseres als ein gewöhnlicher Arbeiter zu werden. Viel ist ja nicht daraus geworden, aber der Propagandaeffekt aus den wenigen so richtig gelungenen Laufbahnen war großartig.

Inzwischen deutet alles darauf hin, daß der Umschichtungsschub der 60er Jahre erstmal vorbei ist und Stabilität der sozialen Schichtung einkehren soll.

Ohne Umschweife wird klar, an welchem gesellschaftlichen Ort sich der Arbieter aufzuhalten hat. Selbst wenn eine so gefängnishafte Situation mit einer bedeutenden materiellen Besserstellung der Arbeiter verbunden wäre (und danach sieht's ja außerdem nicht aus), so würde sich doch gesellschaftlich die Frage nach der Emanzipation der Klasse anders stellen, weil sich die Frage nach der Emanzipation des Einzelnen anders stellt.

Wir möchten zum Anschluß deutlich machen: Daß die Mittelschichten bzw. die lohnabhängige Mittelklasse nicht unbedingt den Sozialismus herbeiführen will, halten wir (inzwischen) nicht (mehr) für einen Fehler dieser Klasse und dieser Leute, sondern für normal. Daß das konkrete Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse und das Selbstverständnis des Arbeiters von seiner Stellung in der kapitalistischen Gesellschaft von dem andauernd erhobenen Angebot, dieser Lage persönlich zu entfliehen, betroffen wird, ist auch kein Fehler, der Mittelklasse nicht, der Arbeiterklasse nicht; es ist bloß eine Tatsache und Bedingung kommunistischer Politik. Diese allerdings kann Mängel haben. Ein solcher Mangel wäre, eine Änderung der Umstände nicht zur Kenntnis zu nehmen.

(maf, haj)

Anmerkungen

(1)
Dafür zwei Beispiele von Vertretern, deren begründete Zurückweisung bürgerlicher Dreiklassentheorien bekannt ist. Emil Dafür zwei Beispiele von Vertretern, deren begründete Zurückweisung bürgerlicher Dreiklassentheorien bekannt ist. Emil Grünberg: „Die Entstehung des ‚neuen Mittelstandes' gerade ist ein **neuer unwiderlegbarer Beweis für die immanente zweipolige Zersetzung der kapitalistischen Gesellschaft.** Sie ist ein deutliches Symptom der Zwischenschichten-Polarisierung. Wir erkennen den ‚neuen Mittelstand' jetzt als ein **Durchgangsstadium** im Verlaufe dieses Prozesses, als Abfallbecken der kapitalistischen Gesellschaft, in dem das entwurzelte Bürgertum sich sammelt ... vor dem Untertauchen im Proletariat." (Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft, Leipzig 1932, S.173) — Reinhard Kühnl: „So stellt sich für die Mittelklassen als reale Alternative nur, ob sie für eine prokapitalistische Politik gewonnen werden und damit — ohne daß sie dies wollen — die Konzentration des Kapitals und die eigene soziale Deklassierung mit vorantreiben; oder ob sie für eine prosozialistische Politik gewonnen werden, die zwar ihre Verfügung über ihr Privateigentum schließlich aufheben, doch ihre Mitverfügung über das gesellschaftliche Eigentum und damit eine gesicherte soziale Existenz garantieren würde. Die Mittelschichten können also nicht als eigenständige soziale Kraft in dem Sinne, wie dies Kapital und Arbeiterklasse darstellen, sozusagen als ‚dritte Klasse' verstanden werden. Es stellt sich also die politische Frage, ob die Mittelschichten als Bündnispartner des großen Kapitals oder der sozialistischen Arbeiterbewegung fungieren. Insofern stellen sie allerdings eine wichtige soziale Kraft dar." (Faschismustheorien 2, Hamburg 1979, S.97)

(2)
Obwohl nicht ganz vergleichbar, illustrieren folgende Angaben aus der Berufs- und Beschäftigtenstatistik diesen Vorgang:
1907 kommen auf 1000 Erwerbstätige in der Metallverarbeitung und in der Maschinenindustrie 42 Angestellte in Funktionen der Technischen Betriebsleitung und des Aufsichtspersonals. Im Jahre
1933 entfallen auf 1000 abhängig Beschäftigte in der Metallgewinnung und -verarbeitung 75 Ingenieure und Techniker. Rechnet man dazu noch die nicht branchenmäßig ausgewiesenen Werkmeister und sonstige Angestellte in Leitungs- und Aufsichtsfunktionen anteilmäßig hinzu, so ergibt sich für 1000 abhängig Beschäftigte in der Metallgewinnung und -verarbeitung 1933 ein Anteil von Ingenieuren, Technikern und sonstigem Personal in leitenden, beaufsichtigenden und organisierenden Funktionen von 110. In der Industriestatistik der BRD ist dieser Personenkreis etwa mit den Leistungsgruppen II (Angestellte in verantwortlicher Tätigkeit, Obermeister usw.) und III (Angestellte mit Spezialtätigkeiten, Meister usw.) repräsentiert. In der Metallindustrie kommen
1970 auf 1000 Beschäftigte 182 Angestellte in der beschriebenen leitenden oder verantwortlichen Funktion; bei abnehmender Gesamtbeschäftigung in der Metallindustrie hält die Ausdehnung dieser Funktionen auch absolut weiter an in den letzten Jahren, so daß
1982 ihr Anteil auf 1000 Beschäftigte bereits auf 266 erhöht ist. — Quellen: Berechnungen für die Jahre 1907 und 1933 nach den Berufszählungen des Statistischen Reichsamt, veröffentlicht in den Jahrbüchern des Statistischen Reichsamts; Berechnung 1970 und 1982 nach: Metallindustrie in Zahlen, Beilage zum Geschäftsbericht des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände 1981-83.

(3)
Ein interessiertes Zeugnis für diesen Zusammenhang liefert jährlich die Gehaltsstrukturuntersuchung von „Kienbaum Unternehmensberatung": „In größeren Unternehmen werden in aller Regel bei gleicher Funktion der Aufgabenumfang, der Verantwortungsbereich und die komplexe Verankerung innerhalb der Organisation als Momente für eine größere Gewichtigkeit der Position als in kleineren Unternehmen und damit als Begründung für eine höhere Dotierung angesehen." So ergibt sich z.B. für „Angestellte der 2. Ebene" nach der 15. Gehaltsstrukturuntersuchung von Kienbaum im Jahre 1977 bei einer Betriebsgröße zwischen 100 und 249 Beschäftigten eine durchschnittliche Bezahlung dieser Angestellten mit einem Jahresgehalt von 56.000 DM, in Betrieben einer Beschäftigtengröße zwischen 5000 und 9999 werden für diese Funktion 81.000 DM Gesamtgehalt gezahlt. — Zu der Abhängigkeit der Lohn- und Gehaltshöhe von der Zahl der zu beaufsichtigenden Kräfte und dem Umfang des Kapitals s.a. S. 38 ff. der Politischen Berichte, „Lohnhöhe und Ausbildung", Nr. 9-12/81.

(4)
Als ein — aufgrund der kleinen Zahl der Repräsentativstatistik — vorläufiger Beleg können die folgenden Angaben über die Wähler der GRÜNEN stehen. Die Charakteristik dieser Angaben ist durch die einschlägigen Veröffentlichungen u.a. von INFAS zur Wahlauswertung bestätigt:

Alter	Durchschnitt der Befragten	Wähler der GRÜNEN
-24 J.	13.6%	53.0%
-29 J.	9.5%	20.3%
-39 J.	13.8%	19.8%
-49 J.	21.0%	4.6%
-59 J.	15.2%	0.0%
60 + mehr	26.8%	2.2%
Schulbildung		
Volkssch. o. L.	22.6%	3.0%
Volkssch. m. L.	41.8%	17.1%
Mitt+Höh. Sch.	25.4%	41.5%
Abitur + Uni	10.1%	38.4%

Zit. nach: Repräsentative Bevölkerungsumfrage Februar 1983, Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

(5)
Zum Beispiel die Entschließung Nr. 3 „Entspannung und Abrüstung" des Gewerkschaftstages der IG Metall im September 1980, in der es u.a. heißt: „Der 13. ordentliche Gewerkschaftstag verurteilt den Beschluß des NATO-Rates zur Bestückung Westeuropas mit Mittelstrecken-Raketen. Er hält Abrüstung und Entspannung als Grundvoraussetzung für eine, die Arbeitnehmer überzeugende Reformpolitik. Er fordert alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte in der BRD auf, sich für die Sicherung des Friedens durch eine Politik der Entspannung einzusetzen". (Der Gewerkschafter, Sonderdruck September 1980, S.30)





Autor des folgenden Beitrags ist Wolfgang Braun. Wolfgang Braun ist Mitglied der Gruppe „Revier", eine Gruppe, die wesentlich auf Duisburg und den Ruhrpott konzentriert ist.

Alternativprojekte und Selbsthilfe

Vorbemerkung: Im folgenden werde ich mich, auch in pointierter Form, mit der „heiligen Kuh" der „neuen sozialen Bewegung", ihrer Organisationsform, ihren ökonomischen Eigeninteressen auseinandersetzen. Um absehbaren Legitimationsstrategien den Boden zu entziehen, habe ich mich um eine ausführliche Zitatensammlung bemüht, die die doch harschen Urteile belegt. Also, macht Euch bitte schön etwas Mühe mit der Debatte. Daß ich ein Traditionalist bin, weiß ich selber. Zeigt mir doch mal zur Abwechslung, wo meine Argumente falsch sind.

1. Begriffsbestimmung: Alternativprojekt und Selbsthilfe

Im Programm der Grünen wird als Identitätskriterium für Alternativ-Projekte — jenseits der unterstellten gesellschaftskritischen Intentionen der Aktivisten — bloß die Größenordnung eines Projektes angeführt: *„Seit Mitte der 70er Jahre haben sich in der Bundesrepublik in wachsender Zahl alternative Projekte gebildet. Heute sind es etwa 10.000 — 12.000 Projekte mit ungefähr 100.000 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Alternativprojekte sind kleine selbstorganisierte und selbstbestimmte Gruppen, in der Regel mit 5 — 10 Mitgliedern vor allem aus dem Kreis der Jugendlichen und jungen Erwachsenen."* (1) Diese Organisationsform *„ist erklärlich als Reaktion auf die organisatorische und technische Fremdbestimmung der Arbeit in Großindustrie und Großraumbüros."* (2)

Denn sonst gibt es kaum noch ein einigendes Band zwischen diesen Projekten. Selbst die gesellschaftskritischen Intentionen können kaum dazu herhalten. Reichen sie doch von traditionssozialistischen Konzeptionen hin bis zum engagierten, bei Licht betrach- tionssozialistischen Konzeptionen hin bis zum engagierten, bei Licht betrach-tet, reaktionären Mystizismus. Dies wird umso offensichtlicher, unterscheidet man das Mysterium um „Alternativprojekte" nach den objektiv realisierten ökonomischen oder sozialen Funktionen: *„Alternativprojekte arbeiten in folgenden Bereichen: — Kleinproduktion, Reparatur- und Kunsthandwerk, / — biologische Landwirtschaft,/ — Handel und Verkehr (z.B. Läden), / — Freizeiteinrichtungen (z.B. Kneipen), / — Medien (z.B. Alternativzeitungen), / — soziale Dienste (z.B. Kindergruppen, therapeutische und Drogenberatungsgruppen, Frauenhäuser, Frauennotruf), / Kultur (z.B. Theater), — Bürgerinitiativen (z.B. Umwelt, Verkehr, Ausländer)."* (3) Es gibt also drei Gruppen: a) die „Gegenökonomie" der alternativen Kleinkapitale (Kleinproduktion, biologische Landwirtschaft, Handel und Verkehr, Medien, Freizeiteinrichtungen), deren Träger teils mit der Gestaltung ihrer Produkte (4), teils mit der Organisation der Arbeit (5), teils mit der Streuung der Eigentumstitel (6) gesellschafts- und kulturkritische Intentionen verfolgen. b) die „AlWO", die „Alternative Wohlfahrt", mit der teils modifizierte Konzepte von Wohlfahrtsarbeit (7) umgesetzt, teils sonst brachliegende Felder beackert werden (8). c) Das alternative Vereins- und Verbandswesen, die Bürgerinitiativen.

Genauso wie beim gutbürgerlichen Vereinsleben gibt es zwischen den beiden Polen „ausschließlich politisch — ausschließlich unpolitisch" alle Schattierungen. Zu den Arbeitsfeldern gilt das schon für die AlWO gesagte.

Kennzeichnend für die in diesen Kreisen inzwischen üblich gewordene begriffslose Verquickung unterschiedlicher Sachverhalte ist die Etikettierung dieser drei doch recht unterschiedlichen Varianten von „Alternativprojeken" mit der Vokabel „Selbsthilfe": a) für die „Bewegung Junge Unternehmer": *„In Westberlin haben 1.200 — 1.500 solcher Projekte bisher aus eigener Kraft mindestens 4.000 — 5.000 Arbeitsplätze geschaffen, ... Staatliche Hilfe zur Selbsthilfe in diesem Bereich könnte Arbeitsplätze schaffen helfen ..."* (Herv. v. W.B., 9); b) zur „AlWO": *„Die freigewordene Zeit muß als Möglichkeit zur Selbstverwirklichung gewonnen werden ... Eine gute Möglichkeit dafür stellt die Förderung von Projekten der* ***Selbst- und Nachbarschaftshilfe*** *dar. Solche Projekte — zum großen Teil Freizeit — und Eigenarbeitsprojekte — in den Bereichen Kinder- und Jugendarbeit, Frauenprojekte, Gesundheit, Behinderte, Drogen, Arbeitslosigkeit, Bildung- und Weiterbildung entlasten den Staatshaushalt und die Einkommen der privaten Haushalte"* (Herv. v. W.B., 10); c) für das alternative Verbandswesen: *„Zum zweiten wollen immer mehr Menschen diese Reparatur"* (des Sozialstaates) *„nicht mehr: Sie lassen sich ihr Leben immer weniger mit Zuschlägen oder Leistungen abkaufen. Sie wollen ihre Lebensbedingungen selbst bestimmen und mit Leiden ohne Bevormundung umgehen. Sie haben die Schnauze voll, durch staatliche Sozialbehörden aufgeteilt zu werden in Arbeitslose, Rentner, Sozialhilfeempfänger, psychisch Kranke u.ä. Die* ***Selbsthilfebewegung*** *ist sicher der deutlichste Ausdruck dieser Bedürfnisse nach Selbstbestimmung"* (Herv. v. W.B.).

Eine Anmerkung zum letzten Passus. Er ist ein typisches Beispiel dafür, wie sich ein Intellektueller erst eine Ab- sus. Er ist ein typisches Beispiel dafür, wie sich ein Intellektueller erst eine Ab-straktion von Wirklichkeit macht, die mit der Realität nichts zu tun hat, und er dann hinterher damit auch noch Schaden anrichten geht. Die Selbsthilfebewegung als einheitliche Bewegung gibt es nicht. Die „Betroffenen" machen die staatliche Aufteilung schön mit; organisieren sich entlang der gesetzten Grenzen und kommen aus lauter eigenem Elend im Schnitt nicht dazu, über den Tellerrand zu gucken. Die Überwindung solcher Schranken ist bisher nie spontan vonstatten gegangen, sie zu organisieren ist Aufgabe politischer Träger. Übrigens ist dieses Zitat auch empirisch Hinweis darauf, daß das Sozialistische Büro (SB) zwar die Betroffeneninitiativen uns gegenüber immer im Maule führt, jedoch eine genauere Kenntnis derselben sich bisher nicht angeeignet hat. Also das tut, was es uns vorwirft: Instrumentalisierung derselben als Objekt ihrer Machttaktiken.

Nimmt man die drei Elemente der Selbsthilfe zusammen, so ergibt sich ein Selbsthilfebegriff, der die Grünen als menschenfreundliches Pendant zur konservativen Subsidiaritätsstrategie ausweist. Menschenfreundlich, weil man gegen den rüden Sozialabbau ist; Pendant, weil man letztendlich dieselben Lösungskonzeptionen strategisch verfolgt. Ob es den linken Grünen weh tut oder nicht, zu diesem Urteil muß man gelangen, wenn regelmäßig beim Kampf gegen Sozialabbau die „Selbsthilfe" als Einspruchsinstanz auf den Tisch gebracht wird, im Dezentralisierungsprinp als strategischer Zweck zudem festgeschrieben ist (12).

Denn bei den drei Teilen von Selbsthilfe handelt es sich um die selben drei Momente, die auch von den staatlichen Sparkommissaren ins Feld geführt werden: 1) Gründung von Kleinbetrieben als statthafter, zudem gesellschaftspolitisch erwünschter Ersatz zur Arbeitsplatzbeschaffung; 2) zunehmende Übernahme von sozialstaatlichen Tätigkeiten durch freie Träger, unter Berücksichtigung von deren ehrenamtlichen Kräften; 3) staatlich nicht finanzierte Träger von Sozialarbeit, sei es in Selbstorganisation, sei es aus karitativen Beweggründen. Pikanterweise wird der Begriff der Selbsthilfe, neben der eh schon mißbräuchlichen Verwendung (s.u.) von den Grünen noch einmal vollends ad absurdum geführt. Sie subsumieren unter Selbsthilfe auch das an den Staat gerichtete Reklamieren von Fremdhilfe — allemal noch die Haupttätigkeit von Bürgerinitiativen. Wenn wir uns auf diese — zugegebenermaßen absurde Variante — einigen könnten, gäbe es in der Initiative Soziale Sicherheit (ISS) auch keine Streitpunkte mehr.

Gesellschaftlich üblich ist inzwischen eine andere Verballhornung des Wortes „Selbsthilfe", nämlich als Synonym für nichtstaatliche, also über freie Träger organisierte Femdhilfe. Die Fürsorge in einem autonomen Frauenhaus mag wirksamer ausfallen als in einem städtischen oder bei anderen privaten Trägern, nur bleibt es Fürsorge; ist nicht Selbsthilfe im Sinn des Wortes: Eigentätigkeit von Betroffenen.

Ähnlich ist die von allen Seiten betriebene Mythenbildung in puncto Arbeitsloseninitiativen zu bewerten. Im Programm der Grünen werden sie mal als Selbsthilfeinitiativen, mal als Selbstorganisation bezeichnet. Sieht man genauer hin, stellt man fest, daß die Mehrzahl der Arbeitsloseninitiativen fest in der Hand besoldeter oder unbesoldeter Sozialarbeiter ist. Ohne das organisatorische Rückgrat der Evangelischen Kirche z.B. wäre es zu dieser „Selbstorganisation" gar nicht erst gekommen. Dies ist für sich noch gar kein Einwand gegen die geleistete Arbeit, nur ein Hinweis darauf, daß die Vermarktung einer bestimmten Bewegung — nämlich die der Arbeitsloseninitiativen — als Bewegung der Arbeitslosen, dann noch einmal als Teil der neuen sozialen Bewegungen, eher **Eigeninteressen** entspricht als der Realität der Bewegung. Die durchschnittli- Eigeninteressen entspricht als der Realität der Bewegung. Die durchschnittli-chen Arbeitslosen bewegen sich nämlich nicht, unter ihnen bewegt sich wie in der BRD seit 15 Jahren üblich die bekannte sozialaktive Minderheit — zuzüglich einiger Ausnahmen.

An der vorhandenen Praxis der Alternativprojekte ist also an sich noch gar nichts Umwälzendes, sie entspricht in ihren Formen der üblichen gesellschaftlichen Tätigkeit. Kulturkritisch sind erstmal die Intentionen der Beteiligten — was jedoch noch nichts über die Reichweite solcher Kritik aussagt. Und hier ist Mißtrauen geboten, denn aus ihren kritischen Ambitionen ziehen sie — zumindest ihre parlamentarischen Stellvertreter — gänzlich unalternative Schlüsse. Sie deklarieren die Eigeninteressen dieser Projekte als menschheitsgeschichtlich relevant und fordern Privilegien: *„Staatliche Investitionshilfen (z.B. für Energiespartechnik), Steuererleichterungen und Existenz-, Gründungs- und Technologieförderprogramme müssen auch — und zwar bevorzugt — alternativen Projekten zugute kommen, ohne in deren innere Strukturen einzugreifen"* (12a). Alternativ ist ausschließlich, daß man die Mittelstandsförderung mit politischen Auflagen verbinden will.

Sehen wir deshalb mal nach, ob diese Privilegien sachlich — wegen der besonderen Wirksamkeit der Projekte — oder sittlich — wegen ihrer menschheitsgeschichtlichen Relevanz — legitimiert sind.

2. Umfang und Wirksamkeit der alternativen Selbsthilfeprojekte

Regional sind die Projekte sehr ungleich verteilt. Insgesamt soll es 10.000 bis 12.000 in der BRD geben, davon alleine in „der besonderen politischen Einheit" Westberlin 1.200 — 1.500. D.h. ca. 15% der Projekte sind bei nicht einmal 3% der westdeutschen Bevölkerung konzentriert. Rechnet man zudem weitere alternative Ballungsgebiete, Frankfurt und Hamburg, sowie

die Städte mit mittlerer Projektdichte, Bremen oder Köln, bzw. die Universitätsstädte ab, bleibt für den Rest der Bundesrepublik nicht viel übrig.

Der Arbeitsplatzeffekt ist auch recht niedrig. Für die BRD liegen mir keine Arbeitsplatzziffern vor, geht man jedoch von einem identischen Professionalisierungsgrad wie in Berlin aus, wären es insgesamt etwa 30.000 — 40.000. Eine zusätzliche Förderung wird ökonomisch mit demselben Argument eingefordert wie SPD und CDU/CSU die Mittelstandsförderung begründen: Sie „*bedeuten eine Stärkung der kleinbetrieblichen Struktur angesichts fortschreitender Konzentration der Wirtschaft. Der Zuwachs an Arbeitsplätzen kommt heute — wenn überhaupt — dann von Klein- und Mittelbetrieben.*" (13) Wie entscheidend die Relativierung „wenn überhaupt" ist, geht direkt aus der folgenden Passage hervor: „*Wir betrachten es deshalb mit Sorge, daß heute — gerade in der Krise*" (Anm.: wegen der Krise!) „*alternative Kleinbetriebe, die für ihre Produkte auf dem Markt eine entsprechende Nachfrage finden müssen, ... nur begrenzte Existenz- und Entwicklungsmöglichkeiten haben: ...*
— In der Krise verschärft sich der Ausleseprozeß unter den konkurrierenden Alternativprojekten selbst als auch gegenüber den gewinnorientierten Kleinunternehmen." (14) Im Klartext: In der Szene steht eine Serie von ganz und gar konventionellen Bankrotten ins Haus, die es zwar früher auch mal gegeben hat, jedoch nie in dieser Größenordnung. Zum jetzigen Zeitpunkt kommen verschiedene Momente zusammen:
— der chronische Kapitalmangel von jungen Betrieben, der in der Phase der „ursprünglichen Akkumulation" zum — von jedem konventionellen Metzger und Bäcker her auch bekannten — Phänomenen der Selbstaufgabe fürs Geschäft führt: „*Als Ausweg bleibt oft nur die ‚Selbstaufgabe' der Mitarbeiter in einer 50 — 60 Stundenwoche, die freiwillige Kürzung der Lohnzahlungen.*" (15) Dies vorausgesetzt besteht für solche Betriebe aufgrund der geringen Kapitalmasse ein Zwang zur kontinuierlichen Produktion, sonst wird das Kapital wortwörtlich verfressen.
— dem für Alternativbetriebe typischen Konkurrenznachteil, den kulturrevolutionären Absichten: „*Auf der Grundlage (genossenschaftlichen Eigentums) versuchen sie ihre Projektziele, Arbeitsformen und Arbeitsinhalte selbst zu bestimmen, Hierarchie, Konkurrenz und entfremdende Arbeitsteilung abzubauen.*" (16)
— in ihrer Ballung in bestimmten Marktnischen, die zudem zunehmend von regulären Kapitalisten entdeckt werden. Gleichgültig ob sich die Alternativkapitale in der Konkurrenz mit gewöhnlichen oder in der Konkurrenz untereinander zu bewähren haben, in beiden Fällen findet entweder der Verdrängungswettbewerb sofort statt oder man versucht ihn mit dem üblichen Mittel von Preis-, Quoten-, Gebiets-, Sortimentskartell zu vermeiden. Jedoch ist auch unter den alternativen Kapitalen die Kartellabsprache nur möglich, sofern alle Interessen berücksichtigt sind, bzw. sofern nicht einzelne im Preiskampf sich höhere Chancen fürs eigene Überleben ausrechnen.
— dem Charakter der produzierten Waren als — bezogen auf die durchschnittlichen Lebensgewohnheiten — relative Luxusproduktion. Die Märkte sind also recht eng und schon geringe Nachfrageeinbußen — bedingt durch Reallohnverluste, Sozialabbau, Arbeitslosigkeit — treiben die Unternehmen unter die Kosten-Nutzen-Schwelle, wie das in der Betriebswirtschaftslehre genannt wird.

Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, aus all diesen Faktoren kann den neuen Kleinunternehmern kein Vorwurf gemacht werden. Es sind die üblichen Risiken der freien Konkurrenz, denen man, und das erfahren sie heute, nicht nur indirekt qua Arbeitsorganisation des Unternehmers in der Großindustrie, sondern in den dezentralisierten Kleinkapitalen direkt, als Kapitalist, unterliegt. Ihre Unverfrorenheit liegt woanders. Nämlich darin, eine Orientierung als ökonomische Lösungsperspektive anzudienen, die ökonomisch nach ihren eigenen Aussagen gescheitert ist. Wird sie zudem noch als Argument gegen Aktivitäten gewandt, die „sozialdemokratisch" einseitig den Sozialabbau attackieren, wird es lächerlich. Fordert man doch zur Existenzsicherung der eigenen „Selbsthilfe" die Staatssubvention, die Fremdhilfe.

Analog verhält es sich mit der alternativen Wohlfahrt als Ersatz für staatliche Sozialstaatstätigkeit, wobei unsereins hierzu auch die an die freien Träger ausgeschüttete Staatsknete rechnet. Diese Projekte geraten in der letzten Zeit auch von verschiedenen Seiten her in die Klemme. Erstens wird die staatliche Unterstützung massiv zusammengestrichen. Zweitens nimmt das Engagement ehrenamtlicher Mitarbeiter ab, die aufgrund von Bafög-Kürzungen etc. zunehmend mehr Zeit und Kraft für den eigenen Lebensunterhalt aufbringen müssen. Drittens sind sie vielfach mit Demotivierungsprozessen konfrontiert, weil der tagtägliche Umgang mit geschlagenen Frauen, Drogensüchtigen etc. nun mal nichts, bzw. kaum etwas mit Selbstentfaltung zu tun hat, vielmehr auf die Dauer erhebliche Selbstaufopferung verlangt.

Hier seien noch zwei Einwände gegen mögliche Fehlinterpretationen gemacht. Die in diesen Projekten umgesetzten therapeutisch-pädagogischen Konzepte mögen für die „Klienten" bekömmlicher, meinethalben auch emanzipatorischer sein. Nur käme es in diesem Falle darauf an, nicht bloß privilegierte Ausnahmen zu schaffen, sondern auf die gesellschaftlich-allgemeine Durchsetzung zu drängen. Am Beispiel: Wenn ich was dagegen habe, daß Fürsorgezöglinge geschlagen werden, dann kann doch nicht die Schlußfolgerung sein, in meinem Heim bloß auf die Prügelpädagogik zu verzichten, dann ist sie auch in allen anderen zu unterbinden. Und diese gesellschaftlich-gültige Durchsetzung ist heute allemal über den Sozialstaat vermittelt. Den alternativen Anhängern der Subsidiarität sei zudem noch einmal der Tatbestand in Erinnerung gerufen, daß der liberale Umgang mit ihrer Klientel Vater Staat auch in freier Trägerschaft bedeutend mehr kostet als der von ihnen beklagte repressive.

Wenn jemand also diese qualitativen Reformen des Sozialstaates, die in vielen Fällen ja gar nicht von der Hand gewiesen werden können, gegen einen einseitigen „sozialdemokratischen" Standpunkt — wobei sie sich noch mal mit dem Faktum beschäftigen, daß Wolfgang Roth qualitativ identische Konzepte anbietet — vorträgt, also seine eigenen Intentionen praktisch ad absurdum führt, dann bleiben nur zwei mögliche Motive. Entweder interessieren ihn die Konsequenzen für die „Betroffenen", die er ständig vor sich herschiebt, gar nicht; dann betreibt er Selbsthilfe schon im CDU/CSU-Sinne: Solange ich und meine Brut versorgt sind, kann die Welt in Schutt und Asche gehen. Oder, und das ist bei den staatlich besoldeten Sozialarbeitern des SB — die bezeichnenderweise vor zehn Jahren von „revolutionärer Brufspraxis" redeten, und um keinen Preis wahrhaben wollten, daß sie, um im Jargon zu bleiben, „Herrschaftsagenten" sind — eher zu vermuten, daß sich hier rechte Subsidiaritätskonzepte mit linkem Kriegsgewinnlertum paaren: Man spekuliert auf eine staatlich immer noch finanzierte Stelle, jedoch ohne schlechtes Gewissen und ohne Vorgesetzten. In der Hinsicht wäre ihr bisheriges Auftreten in der ISS konsequente Selbsthilfe.

Bezüglich der Vielfalt der Bürgerinitiativen sei eingangs auf den einfachen Tatbestand hingewiesen, daß sie mit den Konjunkturen der Linken kommen und gehen. Es gibt nur relativ wenige, die kontinuierlich einen bestimmten Problembereich bearbeiten. Diese wenigen Ausnahmefälle sind auch im essentiellen Sinne Selbstorganisation von „Betroffenen". Üblich ist jedoch eine andere Existenzform: Die BI als Mischform von linker Aktionseinheit und BI im engen Sinne, und nur die garantiert auch ihre Wirksamkeit. Die verborgenen Apparate der Verbände leisten grundsätzlich die Arbeit, die Kleinorganisationen kaum leisten können. Die Demonstration der Arbeitsloseninitiativen hat dies noch einmal in Erinnerung gerufen.

Die BIs sind zudem, wenn eine Bewegung Konjunktur hat, mit einem bestimmten Konflikt in schöner Regelmäßigkeit konfrontiert. Die „Unorganisierten" fordern gegenüber den Organisierten die „Autonomie der Bewegung" ein, nur merkwürdigerweise sind dies nie die politischen Neulinge, sondern versierte linke Altkader, die zwar nicht in Verbänden, jedoch in informellen Strukturen arbeiten. Im Vorgriff auf die kulturrevolutionäre Bedeutung der Alternativprojekte sei im Anschluß noch folgendes Urteil von 1978 wiedergegeben, daß jeder in diesen Strukturen Tätige nur bestätigen kann:

„Ein anderes krasses Symptom für das Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit in der Alternativbewegung ist die Existenz von ganz manifesten informellen Strukturen. So gehört schon seit Jahren die in der Gegenreaktion auf die Über- und Blindorganisierung der Parteiaufbauer sich abzeichnende Weigerung, formelle Strukturen zu akzeptieren, die untergründige und gerade wegen ihrer mangelnden Transparenz so unangreifbare Herausbildung informeller Strukturen zu den widersprüchlichsten Phänomenen innerhalb der scene. Gerade die Naturwüchsigkeit der Mobilisierungs- und Aktionsformen hat komplementäre Hierarchien und Autoritätsformen herausgebildet, die im eklatanten Widerspruch zur postulierten Revolutionierung der Verkehrsformen stehen. Die Anzahl der Vorinformierten, die ‚Entscheidungsbefugnisse' innehaben, steht dabei in einem umgekehrt reziproken Verhältnis zu denen, die die Entscheidungen praktisch umsetzen wollen. Die Träger von Informationskanälen sind in derart unorganisierten Gruppen zugleich nicht nur im potentiellen, sondern auch im faktischen Sinne identisch mit politischen Machtinhabern, da diejenigen, die von den zentralen Informationskanälen ausgeschlossen sind, entweder keine oder zuwenig Informationen besitzen, um damit an Entscheidungsprozessen partizipieren zu können, und deshalb schon von vornherein auf den Status politischer Objekte reduziert sind. Folge dieser strukturellen Diskrepanz ist die Herauskristallisierung von linksradikalen Stars, die in einer spezifischen Art und Weise ihre wankelmütige Gefolgschaft auf den jeweils zuvor ausbaldowerten ‚Vordermann' zu bringen versuchen. Das, was die informelle Elite exklusiv beschlossen hat und mit der gezielten Verbreitung des Spontaneitätsmythos zu legitimieren versucht, wird von den Stars auf den teach-ins inklusiv ‚vermasst'.

Die Aphasie der Menge wird dabei nur schwach getüncht von der expressionistischen Rhetorik der immergleichen Redner. Seitdem diese Strukturen im Übergang von der Sponti- zur Alternativbewegung auch noch eigenökonomisch einbetoniert wurden,muß einem der ‚demokratische Zentralismus' der Parteiaufbauer im Vergleich zu den autoritären Gehalten mancher unorganisierter Gruppen geradezu wie ein Waisenkind vorkommen. Die komplementär zur Naturwüchsigkeit ihrer Sozialbeziehungen produzierten informellen Strukturen gleichen zuweilen denen einer subkulturell verbrämten Kleinstadtmaffia; entgegen aller propagandistisch verbreiteten Öffentlichkeitsansprüche nehmen sie den Exklusivcharakter eines alteingeschworenen Clans ein, der alternativ residiert und dessen Strukturen unangreifbarer zu sein scheinen als die Erbfolge der Monarchie." (16a)

3. Die kulturkritische Bedeutung der Alternativprojekte

Alternativ zur ökonomischen Begründung wird die Staatsknete mit kulturpolitischen Argumenten eingefordert: „*So gering der gesamtwirtschaftliche Beitrag selbstorganisierter Projekte heute noch sein mag, so groß ist ihre Bedeutung als Feld wichtiger sozialer und politischer Experimente.*" (17) Das erste, daß „*Alternative Produktionsbetriebe ... oft ein wichtiges Experimentierfeld für ‚angepaßte' oder ‚sanfte' technische Verfahren und Geräte*" (18) sind, ist selbst noch gar nichts „alternatives". Wird doch nur noch einmal die innovatorische Funktion des kleinen Kapitals angepriesen, die auch das große schätzt. Erwirbt dieses doch später die Patente. Kulturkritisch sind die Intentionen der Beteiligten bezüglich der Organisation des Produktionsprozesses; sie wollen „*die Arbeit nicht in winzige Detailvorrichtungen zergliedern, sondern höhere Anforderungen an die Qualifikation und Kreativität der Arbeitenden stellen.*" Das eigene Kapital soll also nicht zu seinem eigentümlichen Zwecke verwandt werden, „mehr Kapital zu schaffen", nicht zum Zwecke eines möglichen Luxuskonsums für den Eigentümer, sondern als Mittel für ein anderes Privilegium dienen, für einen nicht entfremdeten Arbeitsprozeß: „*Projektziele, Arbeitsformen und Arbeitsinhalte selbst zu bestimmen, Hierarchie, Konkurrenz und entfremdende Arbeitsteilung abzubauen.*" (19)

Eingeschoben werden muß jedoch, daß dieses „Sollen" nicht den Realitäten entspricht. Weil bisher keine Staatsknete geflossen ist, mußten sich die „Projekte" den üblichen Gepflogenheiten des Marktes anbequemen, und mit geringen Nuancen einen üblichen Geschäftsbetrieb führen, und haben inzwischen teilweise ganz hübsch akkumuliert. Dies ist keine Kritik, sondern nur der Hinweis, daß hier Staatsknete nicht mit der Praxis der Projekte eingefordert wird, sondern mit ihren nichtrealisierten Idealen. Zudem sei auch noch vermerkt, daß inzwischen auch massenhaft der Übergang vom „Kapitalist wider willen" zum regulären, dem mit „Willen und Bewußtsein", vollzogen wird. Dabei hat die Szene schon Skandale zustandegebracht, die qualitativ denen der „Neuen Heimat" in nichts nachstehen, nur aufgrund der geringen gesellschaftlichen Bedeutung der „Alternativökonomie" keinen Aufruhr auslösen (Frauennetzwerk/Courage). (Weitere pikante Details über das Ende der „Alternativmoral" kann man dem Bändchen „Infrarot" entnehmen, daß kürzlich bei Wagenbach erschien. Die Herausgeber bürgen für Authentizität. Sie kommen aus dem Umkreis der Trendsetter, der Pflasterstrand-Redaktion. Es wird wahrscheinlich für die ‚Alternativszene' denselben Stellenwert bekommen wie vor einigen Jahren das Vorläuferbändchen: Wir war'n die größte der Parteien!)

Jedoch auch der Umgang mit den eigenen gesellschaftskritischen Einsichten, der Kritik an den Herrschaftsstrukturen in den „vorherrschenden wirtschaftlichen Unternehmen und bürokratischen Institutionen" ist alles andere als alternativ. Ganz im Stile aller anderen Gesellschaftsmitglieder definiert man seine Interessen und versucht auf die eigenen Kosten zu kommen: „*Der losgelassene Emanzipationsegoismus will auf die Qual und Mühsal des politischen Kampfes, auf die geschichtliche Langfristigkeit einer sozialrevolutionären Massenbasis und auf die Vermittlungsdauer der zunächst notwendig abstrakten Theorie der materiellen Gewalt im Bewußtsein der Massen verzichten und gleichwohl das künftige Reich der Freiheit hic et nunc für sich empirisch usurpieren. Die kleinbürgerlichen Dispositionen behandeln das Reich der Freiheit als privates Kleineigentum (dem entspricht die Ideologie der Freiräume), gleichsam orientiert an der Vorstellung vom Besitzrecht der ersten Landnahme ...*" (20). Argumentationslinie: Weil dieser Emanzipationsegoismus ja zugleich nichts anderes zu bewerkstelligen versucht als eine menschheitsgeschichtliche Pionierleistung, hat er zugleich das Recht auf Unterstützung in seinem Unterfangen; fordert er die „individuelle Emanzipation" von den Sachzwängen des Marktes. Denn „*die Marktorientierung ... schränk(t) ... die Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Projekte hinsichtlich ihrer Produktionsziele und ihrer Arbeitsbedingungen (z.B. Arbeitszeit) ein.*" (21)

Aber was dem einen gegeben wird, muß dem anderen genommen werden. Die Lebens- und Produktionsmittel die via staatlicher Umverteilung erworben werden können, müssen erst einmal von anderen produziert werden. Sonst sind die Scheinchen bedeutungslos. Geschaffen werden müssen sie von den Industriearbeitern, unter den zerstörerischen Arbeitsbedingungen, die man selbst nicht in Kauf nehmen will. Geschaffen werden müssen sie von Industriearbeitern, die man um ihr Los und ihr Schicksal bedauert: „*Die Arbeit ist notwendig zum Zwecke des Lohns. Weit davon entfernt, als Möglichkeit der Selbstentfaltung zu wirken, dient sie in erster Linie der Sicherung des Lebensunterhaltes. All die öden und unterdrückenden Momente des Arbeitsprozesses werden um des Lohnes willen in Kauf genommen. Und eine der wesentlichen Bedingungen dafür ist die mangelnde Verfügung der Lohnarbeitenden über die Produktionsmittel. Privates (und staatliches) Eigentum an diesen Mitteln zwingen die Masse der Arbeitssuchenden dazu, sich unter z.T. entwürdigenden Bedingungen beschäftigen zu lassen.*" (22) Und die Alternativprojekte wollen davon auch profitieren.

Der Einzige, der dieses sozialpolitische Konzept ohne Schnörkel formuliert, ist Bahro. Für ihn ist nicht die „*Verschärfung der Ausbeutung (der Arbeiterklasse) die ‚Hauptfrage'*" (22a), sondern die Verwendung der solchermaßen erwirtschafteten Profite. Es geht vorrangig um den „*Schutz und den Ausbau der Freiräume für den Exodus aus der Industriegesellschaft*" und zu diesem Zwecke müssen die Grünen „*in den formellen Sektor hineinwirken*". (23) Neben diesem strategischen Zweck schließt Bahro gewisse bündnispolitische Konzessionen ausdrücklich in sein Kalkül mit ein: „*Das schließt nicht aus, daß wir in zweiter Linie alles unterstützen, was die Lohnabhängigen mit niedrigem und mittlerem Einkommen gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf ihre Schultern schützen kann.*" Er verspricht sich davon zweierlei:
— die Schädigung des großen Kapitals: „*Im Gegenteil, zum einen soll dem Kapital keine Mark für Investitionen überlassen werden, die in den Ausbau des Industriesystems gesteckt werden.*"
— zweitens die Sicherung des sozialen Friedens, weil bei einer Polarisierung des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit für die Sonderinteressen des kleinen Kapitals gegenüber den beiden großen Klassen kein Platz mehr ist: „*Zum anderen würde eine Zuspitzung der sozialen Lage Kräfte binden, die dann nicht für Initiativen zur Überwindung der Ursachen der allgemeinen zivilisatorischen Krise beitragen können und auch sogar zusätzliche Blockaden gegen notwendige Umstellungen entstehen.*" (24)

Entlang dieser Prioritätenskala verlief bisher auch die Intervention der Grünen und ihrer „fellowtravellers" vom SB in der ISS. Wenn es hart auf hart ging, konnte nie der Aktivität gegen den Sozialabbau ein Veto entgegengesetzt werden. Doch die praktische Selbsthilfe der neuen und alten Mittelschichten nahm in der Agitation immer den Platz Nummer 1 ein. Ausnahmen bestätigen die Regel.

Wenn die Grünen sich in ihrem Programm beklagen: „*Noch schwerer aber wiegt das Bemühen dieser Industriegruppen und der Industrie, die Arbeitnehmer und Gewerkschaften gegen die neuen sozialen Bewegungen, die Friedens-, Ökologie- und Alternativbewegung, auszuspielen*" (25), so vergessen sie hinzuzufügen, daß sie dasselbe im Sinn haben. Bei diesem Gerangel zwischen großindustriellen und zivilisationskritischem Kleinbürgertum handelt es sich übrigens nicht um ein historisch neuartiges Phänomen wie der Argumentationsersatz „Neu" (Neue soziale Bewegungen, neue Fragestellungen, ...) suggeriert, es ist ein ganz klassisches Phänomen in der bürgerlichen Gesellschaft:

„*Aber der Demokrat, weil er das Kleinbürgertum vertritt, also eine Übergangsklasse, worin die Interessen zweier Klassen sich zugleich abstumpfen, dünkt sich über den Klassengegensatz überhaupt erhaben. Die Demokraten geben zu, daß eine privilegierte Klasse ihnen gegenübersteht, aber sie mit der ganzen übrigen Umgebung der Nation bilden das Volk. Was sie vertreten, ist das Volksrecht; was sie interessiert, ist das Volksinteresse. Sie brauchen daher bei einem bevorstehenden Kampfe die Interessen und Stellungen der verschiedenen Klassen nicht zu prüfen. Sie brauchen ihre eigenen Mittel nicht allzu bedenklich abzuwägen. Sie haben eben nur das Signal zu geben, damit das Volk mit allen seinen unerschöpflichen Ressourcen über die Dränger herfalle. Stellen sich nun in der Ausführung ihre Interessen als uninteressant und ihre Macht als Ohnmacht heraus, so liegt das entweder an verderblichen Sophisten, die das unteilbare Volk in verschiedene feindliche Lager spalten, oder die Armee war zu vertiert und zu verblendet, um die reinen Zwecke der Demokratie als ihr eigenes Beste zu begreifen, oder an einem Detail der Ausführung ist das ganze gescheitert, oder aber ein unvorhergesehener Zufall hat für diesmal die Partie vereitelt. Jedenfalls geht der Demokrat ebenso makellos aus der schmählichsten Niederlage heraus, wie er unschuldig in sie hineingegangen ist, mit der neugewonnenen Überzeugung, daß er siegen muß, nicht daß er selbst und seine Partei den alten Standpunkt aufzugeben, sondern umgekehrt, daß die Verhältnisse ihm entgegenzureifen haben.*" (26)



Quellen und Anmerkungen:

1) „Sinnvoll arbeiten — solidarisch leben", S. 22
2) ebenda, S. 22
3) ebenda, S. 22
4) „... Reaktion ... auf die offensichtliche Nutz- und Sinnlosigkeit großer Bereiche industrieller Produktion ...", ebenda, S. 23
5) „... versuchen sie Hierarchie, Konkurrenz und entfremdende Arbeitsteilung abzubauen.", ebenda, S. 23
6) „Alternativprojekte entwickeln im Bereich der Erwerbswirtschaft neue Formen von genossenschaftlichem Eigentum.", ebenda, S. 23
7) „Reaktion ... auf die offensichtliche Nutz- und Sinnlosigkeit großer Bereiche ... bürokratischer Sozialfürsorge.", ebenda, S. 23
8) „Reaktion auf die quantitative und qualitative Unterversorgung mit sozialen Dienstleistungen", ebenda, S. 23
9) Stratmann/Bayer, „Allgemeine Ziele eines alternativen Arbeitsplatz- und Strukturprogramms", Moderne Zeiten, 4/82, S. 14
10) ebenda, S. 16
11) „Aufstehn gegen den Sozial-Spar-Staat", Flugschrift des SB, Okt. 1982
12) siehe „Sinnvoll arbeiten ...", S. 24
12a) „Sinnvoll arbeiten, ..." S. 24
13) ebenda, S. 23
14) ebenda
15) ebenda
16) ebenda
16a) Wolfgang Kraushaar, „Thesen zum Verhältnis von Alternativ- und Fluchtbewegung", in: derselbe, „Autonomie oder Ghetto?", Frankfurt, 1978, S. 25, 26
17) „Sinnvoll arbeiten, ...", S. 23
18) ebenda
19) ebenda
20) Hans Jürgen Krahl, „Konstitution und Klassenkampf", Frankfurt 1971, S. 305
21) „Sinnvoll arbeiten, ...", S. 23
22) Stratmann/Bayer, Moderne Zeiten 4/82, S. 15
22a) Rudolf Bahro, „Entgegnung auf den grünen Wirtschaftsprogramm-Entwurf" in Moderne Zeiten, 11/82, S. 39
23) ebenda
24) ebenda
25) ebenda
26) MEW 8, S. 144

Grüne Diplomatie - Kinderkrankheit oder Altersschwäche?

Die „Außenpolitik" der Grünen Partei findet weltweit Beachtung. Ihre innere Logik zu verstehen, ist nicht immer leicht, zumal die grüne Prominenz sich herzlich wenig Mühe macht, ihre diplomatischen Schachzüge der neugierigen Basis wenigstens zu erläutern oder diese gar in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Was soll man sich z.B. dabei denken, wenn das Fernsehen aus Krefeld eine freundlich plaudernde Petra Kelly beim offiziellen Festbankett zu Ehren von Bush zeigt — vor sich ein US-Tischfähnchen und neben sich Herrn Hupka, Vertriebenenpolitiker und CDU-Funktionär? Welchen Reim soll man sich auf das brennende, wenn unerwiderte Interesse der grünen Prominenz machen, mit Ronald Reagan zusammenzutreffen? Warum sind Todesurteile in der Türkei den Grünen keine „direkte Aktion" wert, während eine solche andererseits in Ostberlin für angebracht gehalten wurde? Folgt die grüne Diplomatie noch einem diskutierbaren und kontrollierbaren Konzept?

Läßt Honecker bitten?

Am 12. Mai veranstalteten fünf prominente Grüne einer kleine Demonstration auf dem Ostberliner Alexanderplatz. Es handelte sich um die Bundestagsabgeordneten Petra Kelly, Gert Bastian, Gaby Potthast und Roland Vogt sowie Bundesgeschäftsführer Lukas Beckmann. Die Aktion endete nach wenigen Minuten mit der Festnahme der Fünf, die etwas später mit Äußerungen peinlichen Bedauerns in den Westen zurückgeschickt wurden. Es folgte ein betont behutsamer und freundlicher Brief von Erich Honecker an die Manifestanten, der aber in der Sache absolut keine neuen Positionen enthielt.

Obwohl nichts Dergleichen in dem Brief gestanden hatte, behaupteten Petra Kelly und andere prominente Grüne sogleich, Honecker habe damit „indirekt" eine Gesprächseinladung ausgesprochen, aus der er wohl auch nicht mehr „herauskommen" könne. *„Die Grünen würden bei einem eventuellen Gespräch mit Honecker nicht zögern, die Festnahme und Ausweisung von Mitgliedern der inoffiziellen DDR-Friedensbewegung zu besprechen. Außerdem würden sie vorschlagen, Vertreter dieser Gruppierungen zu einem Treffen hinzuzuziehen"* (Petra Kelly, laut „Frankfurter Rundschau" vom 27.5.). Noch farbiger träumten die Herren Mehr und Wolschner in der „tageszeitung" vom 16.5.: *„Die Grünen müssen die Geste Honeckers als Einladung zu einem Gespräch verstehen, bei dem das Thema des spontanen, christlichen und pazifistischen Friedensengagements in der DDR auch auf der Tagesordnung steht. Warum sollte nicht eine Delegation der Grünen quer durch Osteuropa zu Gesprächen mit allen offiziellen und nicht-offiziellen Friedensräten fahren, und zwar bald? Wir sind bereit, eine solche Friedensfahrt angemessen publizistisch zu begleiten"*.

Daß „Honny" nicht gerade scharf auf Westgespräche ist, bei denen seine Gesprächspartner schon vorher öffentlich ausposaunen, wie feste sie ihm nachher die Leviten lesen wollen, hätte sich eigentlich seit der Absage seines geplanten BRD-Besuches herumgesprochen haben können. Und daß die Regierenden der DDR sich von dem Ansinnen, DDR-Oppositionelle zu einem offiziellen Gespräch „hinzuzuziehen", allenfalls dazu bringen lassen würden, deren Ausweisung zu forcieren, war gleichfalls vorauszusehen.

Dennoch meldete dpa Ende Juni, Petra Kelly habe ein Treffen mit Erich Honecker angekündigt. *„Auf einer Landesversammlung der bayerischen Grünen sagte Frau Kelly gestern in Wiggensbach (Oberallgäu), sie werde mit Honecker in der nächsten Zeit in Ost-Berlin über Fragen der Abrüstung sprechen. Eine entsprechende Einladung liege bereits vor"* (nach „Hamb. Abendblatt", 27.6.). Das „Büro von Petra Kelly" dementierte postwendend: Es gebe lediglich eine mündliche Einladung, ausgesprochen vom Ständigen Vertreter der DDR in der BRD. Ein konkretes Datum sei aber nicht vereinbart worden. *„Nach Auskunft des Büros ist damit nicht vor September zu rechnen"* (nach „taz", 29.6.).

Honecker und seine Berater werden wissen, daß ein derartiges „Gipfeltreffen" mit der grünen Prominenz im besten Fall eine höfliche Nutzlosigkeit wäre, während es im schlimmeren (und wahrscheinlicheren) Fall der DDR (und damit auch der Stellung der DKP in der Friedensbewegung) empfindlich schaden könnte. Dies wäre vermutlich der Fall, weil die Grünen schwerlich darauf verzichten würden, das Problem der DDR-Opposition öffentlich in den Vordergrund zu schieben. Und in diesem Punkt sind die Karten der DDR nun mal miserabel. Andererseits wird die DDR-Führung sicher nicht den Grünen zuliebe ihre Innenpolitik total umkrempeln. Honeckers Interesse dürfte also darin bestehen, die Grünen einerseits nicht öffentlich durch Zurückweisung ihres Gesprächsangebots zu brüskieren, aber sich andererseits doch irgendwie aus der Affäre zu ziehen, d.h. es zu dem Treffen nicht kommen zu lassen. Und selbst wenn das Treffen doch zustande kommen sollte, würde es keine praktische Bedeutung haben, außer der, eine medienwirksame Plattform für eine bestimmte grüne Selbstdarstellung (Stichwort: „blockübergreifend") zu bieten. Reale - Außenpolitik geht ganz anders. Stichwort: Milliarden-Kredit an die DDR.

Solidarität ist doch teilbar?

Nach der Demonstration in Ostberlin hatte Petra Kelly angekündigt: *„Wir müsen so viele von diesen Aktionen machen: in der DDR, in Polen, in der Türkei, in Nikaragua"* (13.5.). Aber streng wörtlich darf man diese Ankündigung offensichtlich nicht verstehen. Als in der Türkei wenige Tage nach der Ostberlin-Aktion 44 Oppositionelle zum Tode verurteilt wurden, tat sich die grüne Prominenz mit der Solidarität eher schwer. Zwar kam zunächst spontan die Überlegung auf, Mitglieder der grünen Bundestagsfraktion sollten nach Ankara fliegen und sich dort zum Protest auf einem Platz anketten. Dieser Gedanke — nach der Ostberlin-Aktion eigentlich nur logisch und konsequent! — wurde im Weiteren mit zum Teil an den Haaren herbeigezogenen Argumenten total zerredet: Die Vollstreckung der Todesurteile könne man dadurch ja doch nicht verhindern. Eher seien von einer solchen Demonstration *„negative Rückwirkungen auf Personen in der Türkei"* zu befürchten. So Jürgen Reents von der linken Gruppe Z, einer der Hauptopponenten gegen den Plan einer direkten Aktion in Ankara. Befragt, wie der Hinweis auf „negative Rückwirkungen" zu verstehen sei, geriet er in offenkundige Argumentationsschwierigkeiten: *„Es gibt ja auch Bekanntschaften einzelner Leute, die dort vielleicht nachvollziehbar sind"* (Darstellung und Zitat nach „taz", 6.6. und 7.6.). Noch dünner hätte die Konstruktion wirklich nicht ausfallen können, die dann dazu führte, daß anstelle einer direkten Aktion drei grüne Abgeordnete (Reents, Bastian, Schily) ganz offiziell in die Türkei flogen, um dort dem Diktator Evren ihren Protest gegen die Todesurteile vorzutragen. Wie kaum anders zu erwarten, wurden sie weder von Evren noch von einer anderen offiziellen Stelle empfangen. Ihr mitgebrachtes Protestschreiben gaben sie in der BRD-Botschaft in Ankara ab. Außerdem führten sie während ihres Aufenthaltes inoffiziell „verschiedene Gespräche", offenbar mit Vertretern der demokratischen Opposition. Über die Namen ihrer Gesprächspartner und den Inhalt der Gespräche könne „aus Sicherheitsgründen" nichts mitgeteilt werden (nach „taz", 2.6. und 6.6.). Daß diese Gespräche dem türkischen Polizeiapparat völlig verborgen geblieben sein könnten, wird man wohl trotzdem nicht annehmen dürfen. Damit blamiert sich dann allerdings ganz fürchterlich das Scheinargument, man habe mit Rücksicht auf „negative Rückwirkungen" für „Personen in der Türkei" keine Demonstration machen können. Überdies scheint es (nach „taz", 6.6.) so zu sein, daß die grüne Bundestagsfraktion das Für und Wider einer Aktion in der Türkei weder mit oppositionellen Türken noch mit einschlägigen Basisgruppen diskutiert hatte.

Nun kann man allerdings mit guten Gründen über den politischen und praktischen Wert einer Aktion von Bundestagsabgeordneten in der Türkei im Zweifel sein. Außerdem ist nicht zu übersehen — auch wenn dies in den öffentlichen Äußerungen peinlichst bestritten oder heruntergespielt wurde, daß das persönliche Risiko für die Teilnehmerinnen/Teilnehmer einer derartigen Aktion erheblich wäre. Mit dem eher gemütlichen Ausflug nach Ostberlin wäre eine Aktion in Ankara vermutlich nicht zu vergleichen gewesen. Es gäbe also wenig Grund, die Haltung der Grünen zu kritisieren ... wenn nicht gerade ein paar Tage vorher die von den Grünen mit großer Mehrheit gebilligte bzw. sogar begrüßte Aktion in Ostberlin gelaufen wäre. Da stellt sich die Frage nach Konsequenz und Logik grüner Politik allerdings zwingend ein. Objektiv ergibt sich dadurch der Eindruck, daß Repression gegen Oppositionelle in der DDR von den Grünen sehr viel ernster gewichtet wird als Todesurteile in der Türkei. Oder daß man sich für die DDR in ganz spezieller Weise national zuständig fühlt (die sogenannten „besonderen innerdeutschen Beziehungen"), während das für die Türkei natürlich nicht gilt — die zum Tode Verurteilten sind nun einmal Türken und keine Deutschen. Es könnte sich sogar der ganz böse (und sicher unbegründete) Verdacht einstellen, daß man gegenüber dem NATO-Partner Türkei zurückhaltender als gegenüber der DDR ist, wenn es darum geht, die zuständige Regierung mit einer direkten Aktion öffentlich bloßzustellen.

Eklat in Prag

Anläßlich der Prager Konferenz des ‚Weltfriedensrats' schien den Grünen wieder einmal die Form der öffentlichen, medienwirksamen Provokation angemessen: Die Delegation der Grünen Partei, bestehend aus den Bundestagsabgeordneten Gaby Potthast und Heidemarie Dann sowie einem weiteren Grünen, reiste vorzeitig und „unter Protest" ab. Dies war das einzige Ereignis der gesamten Konferenz, über das in allen bundesdeutschen Medien groß berichtet wurde. Bestätigte es doch aufs Allerschönste das schon im Voraus feststehende Urteil: Eine kommunistisch gelenkte Konferenz, die ausschließlich der östlichen Propaganda dient.

Vorausgegangen war dem wohlinszenierten Eklat ein Zusammentreffen der grünen Delegation mit Vertretern der oppositionellen „Charta 77" der CSSR. Daß es dabei nicht um einen Meinungsaustausch, sondern um bewußte Provokation ging, machte man deutlich, indem man das Zusammentreffen in einem Park vor zahlreich massierten westlichen Fernsehkameras stattfinden ließ. Es geschah genau das, was von vornherein zu berechnen war: massive Präsenz auch der Prager Polizei, Beschlagnahme von Tonbändern und Filmen. Grund genug für die Grünen, in einem Offenen Brief ihre Abreise von der Konferenz bekanntzugeben.

Erheiternd ist es, wenn anschließend Gaby Potthast in der „Zeit" (1.7.) davon spricht, daß dies eine *„gefährliche und sehr komplizierte Gratwanderung sei"* und daß *„solche Aktionen wie in Prag der antikommunistischen Propagandahetze in den westlichen Medien entgegenkommen"* können — dann aber treuherzig versichert: *„Wir werden deshalb nicht davon abweichen, immer wieder zu betonen, daß wir uns nicht einspannen lassen"*. Als ob das eine Sache wäre, bei der die Grünen noch lange um ihr Einverständnis gefragt würden! Und im Übrigen: Wenn mensch schon von der Möglichkeit ausgeht, in den Medien mißbraucht zu werden, warum hat mensch sich dann auf den großen Medien-Zirkus beim Treffen mit der „Charta 77" überhaupt eingelassen?!

Zumindest aus den Äußerungen von Gaby Potthast („Zeit" vom 1.7. und „taz" vom 28.6.) geht eindeutig hervor, daß sie a priori mit einer feindseligen Grundeinstellung zu dem Kongreß gefahren ist und daß ihr einziges Anliegen darin bestand, dieses Forum nach Möglichkeit zu nutzen, um öffentliche Solidarität mit der „Charta 77" zu bekunden. Das ist wohlgemerkt keine böswillige oder fragwürdige Interpretation, sondern das ist von ihr ausdrücklich so begründet worden. Frage der „Zeit", nachdem Gaby Potthast ihre ablehnende Haltung gegen den ‚Weltfriedensrat' erläutert hatte: *„Sie sind dennoch nach Prag gefahren. Zu welchem Zweck?"* — Antwort: *„Die Charta wollte zugelassen werden, weil der Friedenskongreß angeblich für alle Friedenskämpfer offenstehen sollte. Die Bitte ist abgelehnt worden. Wir haben dann versucht, dieses Thema in die Weltfriedenskonferenz hineinzutragen."* Dies übrigens erfolglos, wie Gaby Potthast in der „taz" vom 28.6. beklagt.

Schon Anfang Juni hatte die westliche Presse berichtet, daß die „Charta 77" sich zur Teilnahme an der Konferenz des ‚Weltfriedensrates' angemeldet habe. Die Oppositionsgruppe berief sich dabei auf die Behauptung der Veranstalter, die Konferenz sei offen für alle Bewegungen und Gruppen, „die verschiedene Aspekte der Friedensbewegung artikulieren". Dieser Anmeldung stattzugeben, hätte de facto eine Legalisierung der in der CSSR unterdrückten und kriminalisierten Gruppe bedeutet. Der Ansatz war gewiß taktisch nicht dumm. Daß er erfolgreich sein könnte, hatte sich vermutlich trotzdem niemand eingebildet.

Von einigem politischen Interesse ist der Offene Brief, mit dem die „Charta 77" ihre Teilnahme an der Konferenz gefordert hatte (Wortlaut in der Frankfurter Rundschau, 23.6.). Der gesamte Text enthält kein einziges konkretes Wort zur Kriegsrüstung und zur Friedensbewegung. Kein einziges Wort zur NATO-„Nachrüstung" und allerdings auch kein einziges konkretes Wort zum Warschauer Pakt. Dafür wird aber indirekt, in ebenso geschwollen formulierten wie politisch eindeutig verständlichen Sätzen, nahezu ausschließlich die Sowjetunion und ihr Paktsystem angegriffen. Und das geht so: In dem offenen Brief ist die Rede von „Gebieten der Welt", wo es keinen *„Frieden zwischen dem Bürger und seinem Staat"* gebe. Wo es aber den „inneren Frieden" nicht gebe, da sei auch der „äußere Frieden" gefährdet: *„Eine Regierung, die nicht dem Bürger dient, die seinen Absichten und elementaren Rechten gegenüber taub ist oder sie gar unterdrückt und sich so jeder öffentlichen Kontrolle entzieht, verfällt dem gesetzmäßigen — nämlich aus dem Wesen der Macht selbst erwachsenden — Drang, die eigene Einflußsphäre immer mehr zu erweitern". „Notwendigerweise unterliegt sie dabei der Verführung eines Zustands, in dem sie, nachdem sie jegliche eigenen militärischen Vorbereitungen aus der öffentlichen Diskussion ausgeschlossen hat, innerhalb dieses Bereiches unvergleichlich viel freiere Hand hat, als wenn sie mit der öffentlichen Meinung konfrontiert wäre. Aber es geht nicht nur darum: eine Regierung, die die Wahrheit über die tatsächlichen Verhältnisse innerhalb ihres Hoheitsbereiches bestreitet, kann nicht das Vertrauen anderer Regierungen erwecken ..."*. Klarer Sinn der Andeutungen: Die Kriegsgefahr geht in erster Linie nicht vom Freien Westen aus, wo die Regierungen sich immerhin der öffentlichen Meinung stellen müssen, sondern vom diktatorisch reglementierten Osten (Eine Anschauung, die — abgesehen von der DDR und vielleicht Ungarn — unter den östlichen Dissidenten absolut dominiert).

Die Grünen übernahmen prompt die Begrifflichkeit der „Charta 77": *„Wir haben als Delegierte an der Weltversammlung teilgenommen, um eine Diskussion über die Untrennbarkeit von innerem und äußerem Frieden auszulösen"*, heißt es in ihrer Erklärung zur Abreise aus Prag („taz", 27.6.). Im Weiteren wird der CSSR ausdrücklich dieser „innere Friede" abgesprochen (ebenda).

Zu fragen bleibt noch: Die drei Grünen haben als Delegierte ihrer Partei, nicht etwa als bloße Privatpersonen, in Prag agiert. Ist für diese Delegation jemals in irgendeinem grünen Gremium eine verbindliche Art und Taktik des Vorgehens in Prag diskutiert und vereinbart worden? Geht die vorzeitige Abreise mit öffentlichem Protest auf eine private Entscheidung der Drei oder auf Rücksprachen mit grünen Gremien oder Personen zurück? Falls ja, mit welchen? Gibt es eine Art von grüner „Linie" oder handelt jede(r) Grüne nur nach den eigenen Vorstellungen, sodaß das Auftreten von grünen Repräsentanten eine reine Frage des Zufalls, nämlich der jeweiligen Privatmeinung, ist?

Vermutlich entspricht das Vorgehen der drei grünen Repräsentanten in Prag der Mehrheitsmeinung in ihrer Partei. Daß es sich dabei aber um einen absolut unumstrittenen Konsens aller Strömungen der Partei handelt, läßt sich wohl ausschließen. Demnach fällt auf, daß es diesmal — ganz im Gegensatz zur Ostberlin-Aktion keinen öffentlich gehandelten Widerspruch gegen die in Prag praktizierte Politik gegeben hat. Sollte es daran liegen, daß potentielle Kritiker wie die linke „Gruppe Z" erst einmal eingeschüchtert sind, nachdem sie sich mit ihrer Polemik gegen die Aktion auf dem Alexanderplatz allzu vorlaut aus dem Fenster gelehnt hatten?

„Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!"

In Schillers Drama „Don Carlos" agiert eine etwas lächerliche Figur namens Marquis Posa. Auf dem Höhepunkt der Ereignisse wird diesem guten Menschen eine Audienz bei Spaniens stockreaktionären König Philipp gewährt. In einer bewegenden Rede trägt Posa dem Monarchen die Mißstände seines Reiches vor und bricht endlich in den beschwörenden Ruf aus: „Sire, gegen Sie Gedankenfreiheit!". Dem großen Diktator entringt sich ein menschlich zweifellos angerührtes „Sonderbarer Schwärmer!". Trotzdem bleibt alles so, wie es ist, und der sonderbare Schwärmer wird gegen Ende des Stücks ermordet.

Der Mythos von dem tapferen kleinen Mann (es darf auch gern eine kleine Frau sein), der beherzt vor die Königsthrone hintritt, um den Herrschern dieser Welt mal ordentlich die Leviten zu lesen, ist einfach nicht totzukriegen. Wir finden das Strickmuster schon in der Bibel, wenn beispielsweise der Prophet vor den allmächtigen König David hintritt, um ihn mit schonungsloser Direktheit des Mordes anzuklagen (In diesem Fall sogar mit Happy End). Heinz Rühmann, der in „Der Schulfreund" an seinen alten Klassenkameraden Hermann Göring schreibt, um ihn zur Beendigung des Krieges aufzufordern (und der daraufhin für verrückt erklärt wird), hat diesen Typus in einem Film der 50er Jahre verkörpert. Die niedliche kleine Samantha Smith (11 Jahre alt) aus den USA, die sich schriftlich beim Onkel Andropow erkundigte, warum er einen Krieg machen will (und die dafür eine Reise in die Sowjetunion geschenkt bekam), ist das jüngste Kind des uralten Mythos.

Konkret und aktuell gefragt: Was treibt die grüne Prominenz dazu, sich anläßlich eines ziemlich aufwendigen Großausfluges in die USA nicht bloß mit amerikanischen Regierungsleuten zu treffen, sondern auch noch öffentlich ihr — vom Wunschpartner unerwidertes — Interesse an einer Begegnung mit dem Präsidenten Reagan zu bekunden? Halbwegs tröstlich wäre noch die Deutung, daß es den Grünen lediglich um einen wirkungsvollen Werbe-Gag für die Öffentlichkeit der USA geht. Zu fürchten ist jedoch, daß bei der grünen Prominenz ein echtes Interesse an solchen Begegnungen besteht, wie sich auch aus ihren Gesprächsangeboten an Honecker und Andropow ablesen läßt. Und zu fürchten ist weiter, daß dahinter eine naive Weltsicht steht, derzufolge die Regierenden dieser Welt im Grunde Menschen wie du und ich seien, die überzeugenden Argumenten, dürfte man sie ihnen nur frei ins Angesicht vortragen, letztlich doch nicht völlig unzugänglich seien. So wie die Polizei bekanntlich sowieso nicht unser Feind ist, sind womöglich auch Reagan, Kohl usw. in Wahrheit gar nicht unsere Feinde, sondern einfach nur irregeleitete Brüder. Da könnte Strauß vielleicht ein interessanter Gesprächspartner sein, und Bundeskanzler Kohl könnte weiche Knie kriegen angesichts einer Postkarten-Aktion, mit der Millionen ihn einfach nur fragen: „Wissen Sie eigentlich noch, was Sie tun?". Letzteres ist ein ernstgemeinter Vorschlag von Rudolf Bahro.

Die hier vorgestellten Beispiele grüner Diplomatie geben zweifellos ein nicht gerechtes negatives Bild. Es bleibt

Fortsetzung nächste Seite

Solidarność kontra Friedensbewegung

Die sogenannte „blockübergreifende Friedensbewegung" ist eine Parole, für deren Verbreitung neben den interessierten etablierten Medien vor allem die Grüne Partei sorgt. Dazu gehört auch die Solidarität mit der Solidarność, der man zu diesem Zweck eigens den Titel einer „polnischen Friedensbewegung" verliehen hat. Die Solidarność selbst hat sich, solange sie noch offiziell arbeiten konnte, niemals um diesen Titel bemüht. Ihr Beitrag beschränkte sich auf die Forderung nach einseitiger Abrüstung des Warschauer Pakts. Ausschlaggebend waren dafür zum einen ökonomische Gesichtspunkte, d.h. die anderweitige Verwendung eingesparter Rüstungsmittel. Zweitens stand hinter dieser Forderung ein Weltbild, das eine Kriegsgefahr ausschließlich von der Sowjetunion ausgehen sieht und daher deren Schwächung mit Friedenssicherung gleichsetzt.

Wie viele östliche Dissidenten stellt sich auch die Solidarność direkt gegen die westliche Friedensbewegung — was sie allerdingst nicht daran hindert, von den Beschimpften Solidarität zu verlangen bzw. sich scheinheilig über das Ausbleiben von Solidarität zu beklagen. Wir dokumentieren zur Veranschaulichung Auszüge aus einem Artikel der in Westberlin erscheinenden Zeitschrift „Poglad" Nr. 2. Herausgeber ist das exilpolnische „Komitee zur Verteidigung von Solidarność". Mit der Tendenz des persönlich unterzeichneten Artikels solidarisiert sich im Vorwort der Herausgeber der „Poglad", E.Klimczak. In den Hauptaussagen entspricht der Artikel einem Text aus einer in Polen illegal verbreiteten Solidarność-Zeitung, der vor einigen Wochen in der „taz" nachgedruckt wurde.

„Frieden, Frieden über alles"

Kamila Chylinska

... Die „Friedensbewegung" ist, wie bekannt, keine deutsche Erfindung. Was Europa betrifft, beobachten wir ihre konkreten Erscheinungsformen auch in anderen Ländern. In Deutschland jedoch besitzt sie eine besondere Bedeutung.

Wir müssen kurz an einige bekannte Tatsachen erinnern. Die sowjetische Überlegenheit sowohl auf dem Gebiet der konventionellen, als auch in bestimmten Bereichen, der atomaren Waffen, ist so stark gestiegen, daß die Auffassung vom Gleichgewicht der Blöcke, das Rußland und die USA gegenseitig vor einem Angriff abschrecken soll, gestört ist. In den siebziger Jahren hat die Sowjetunion ihre sowieso schon dem Westen zahlenmäßig überlegenen Landstreitkräfte wesentlich verstärkt, ihre Kriegsflotte vergrößert und ihre Luftstreitkräfte modernisiert. Außerdem erfolgt auf dem Gebiet der Sowjetunion seit einigen Jahren unbeirrt und fortgesetzt die Stationierung von SS-20-Raketen, die auf Westeuropa gerichtet sind, wobei sie drei- oder vierfach das westliche Potential übertreffen. So könnten z.B. zweihundert Raketen dieses Typs sechshundert Städte in Westeuropa in Schutt und Asche legen; nach amerikanischen Berechnungen verfügte die Sowjetunion im europäischen Bereich 1979 (abgesehen von anderen Raketensystemen) über 315 dieser Raketen mit 945 Atomsprengköpfen. Diese Zahl wurde weiter ausgebaut, was bedeutet, daß die Sowjets heute über mindestens 333 SS-20-Raketen mit 999 Sprengköpfen verfügen.

Angesichts dieser seit Jahren bestehenden Bedrohung entwickelten die NATO-Staaten im Jahre 1979 den sogenannten „Doppelbeschluß". Einerseits wandten sie sich an die Sowjetunion mit dem Vorschlag, durch Verhandlungen mit den USA im Sinne eines nuklearen Gleichgewichts die Zahl ihrer SS-20-Raketen zu reduzieren; andererseits kündigten sie die Produktion entsprechender Raketensysteme in den USA an, die bis Ende 1983 in Westeuropa stationiert werden sollen, falls bis dahin alle Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Übrigens, wie so oft im Westen, ist schon jetzt eine Verzögerung bei der Herstellung von „Pershing-2"-Raketen eingetreten, was nicht unbedingt die amerikanische Position bei den Genfer Abrüstungsgesprächen stärkt. Diese Gespräche, die nach der Vorstellung der USA auf ein militärisches Gleichgewicht beider Blöcke auf der niedrigstmöglichen Stufe hinzielen, wurden von der Sowjetunion nur unter dem Druck des NATO-Doppelbeschlusses akzeptiert.

\+ + +

Die „Friedensbewegung" richtet ihre Argumente vor allem gegen diese Vorstellung, genauer gegen jenen Teil, der im Falle eines Scheiterns der Gespräche die Stationierung amerikanischer Raketen in der Bundesrepublik (und in einigen anderen europäischen Staaten) vorsieht. In ihrer Begründung stellt sie diesen Beschluß als die eigentliche Ursache der Spannungen in der Welt, vor allem aber in Europa, dar. Diese „Bewegung" nimmt keine Erklärung bedeutender Experten über die sowjetische Überlegenheit zur Kenntnis, im Gegenteil, sie fordert dazu auf, auf jegliche Gutachten und Berechnungen zu verzichten, da ja sowieso „auch nur eine einzige Explosion ausreicht, um die Welt in die Luft zu jagen". Damit wird sowohl die Voraussetzung der gegenseitigen atomaren Abschreckung, als auch allgemein der Grundsatz vom strategischen Gleichgewicht abgelehnt. In letzter Zeit wird immer häufiger die Idee einer atomwaffenfreien Zone in Europa vertreten, ohne zu berücksichtigen, daß die westlichen konventionellen Streitkräfte — unter Verzicht auf atomaren Schutz — den Sowjets hoffnungslos unterlegen wären und ohne zu bedenken, daß sowjetische Raketen, auch wenn sie jenseits des Urals stationiert sind, jedes beliebige Ziel auf europäischem Boden erreichen könnten. Von da ist es nur ein kleiner Schritt bis zu den merkwürdigsten, vorläufig zwar noch vereinzelten Vorstellungen, der Westen solle sich, allerdings in ferner Zukunft, mit einer Entmilitarisierung und Neutralisierung beider Teile Deutschlands einverstanden erklären und inzwischen mit einer einseitigen Abrüstung beginnen. Extremisten unter den Befürwortern der „Friedensbewegung" achten nicht einmal mehr auf eine Symmetrie bei der Behandlung der Supermächte — sie tun es, wenn überhaupt, nur noch der Form halber. In Wirklichkeit klagen sie den Westen der Aggressivität im Bereich der atomaren Strategie und Amerika des Herrschaftsanspruchs über die ganze Welt an.

Daraus folgt eine besondere „Regionalisierung" von Interessen und Sensibilitäten. Es gehört schon fast zu den Banalitäten, daß Lateinamerika bei den Anhängern der „Friedensbewegung" — auch außerhalb Deutschlands — weit mehr Anteilnahme weckt als Osteuropa. Wollte man Statistiken befragen, würde eines schnell klar: falls überhaupt hier und da auf Veranstaltungen der „Friedensbewegung" Protest gegen die Lage in Polen zur Sprache kommt (wobei die sowjetische Verantwortung vollständig verschwiegen wird), so muß unweigerlich ein entsprechender Protest gegen die Situation in El Salvador oder ganz allgemein gegen die Politik der USA in Lateinamerika folgen. In einer Resolution, die für die Demonstration während des Reagan-Besuchs in Bonn 1982 vorbereitet wurde, wurde sogar die Anklage laut, die NATO nutze die Ereignise in Polen zur Verschärfung internationaler Spannungen. Auch wenn von Anfang an die Bundesregierung selbst es war, die bei taktischen Winkelzügen zum Thema Polen an der Spitze lag, ist es der Überlegung wert, daß eine Bewegung, die ständig das Wort „Frieden" dekliniert, so wenig über ein Land zu sagen hatte, in dem in Friedenszeiten der Kriegszustand herrschte.

Politiker der eigenen Regierung und Opposition wie auch der Verbündeten wurden ständig als Kriegstreiber bezeichnet („Entwaffnung à la Schmidt-Reagan - nein danke!" lautete eine Parole zwei Tage nach dem Vorschlag des amerikanischen Präsidenten über eine sogenannte Nullösung, das heißt über einen Verzicht beider Seiten auf bestimmte Raketen). Gleichzeitig wird diskret Mißtrauen gegen die Bundeswehr geschürt, wobei Kriegsdienstverweigerer moralisch weit höher eingestuft werden als die Wehrdienstleistenden. Dabei werden bewußt Ängste und Vorstellungen von einer atomaren Katastrophe geschürt. Die Apokalypse ist das beherrschende Thema von Kabaretts und Kleinbühnen, in denen Texte „in" sind, die eine Weltkatastrophe vorhersagen, die jederzeit von den Deutschen verursacht werden könnte. „Angst, Angst liegt in der Luft" skandierte man nach einer Rock-Melodie, die extra für den Evangelischen Kirchentag in Hamburg 1981 komponiert wurde. Von den Sowjets kein Ton. Das heißt: alles, worüber man sprechen, singen darf, wird ebenso programmiert wie das, worüber man zu schweigen hat. ...

Wichtigstes Element dieser „Bewegung", die sich hier in der Bundesrepublik rasch von einer Randerscheinung zu einer Bewegung von zentraler Bedeutung entwickelt hat, ist die Jugend. Sie vor allem eilt zu den verschiedensten Appellen und Veranstaltungen; diese „Bewegung" dringt in die großen Parteien ein und verbündet sich mit neuen Gruppierungen der Grünen und Alternativen, die Verstärkung von außen und von innen durch verschiedene kommunistische Tendenzen erhalten. Sie verbreitet so utopische Vorstellungen wie z.B. die der Drosselung des Wirtschaftswachstums als Allheilmittel im Kampf gegen die Krise, lehnt den Bau von Atomkraftwerken ab, engagiert sich bei verschiedenen ökologischen Problemen und für die Situation in der Dritten Welt. Katholische und evangelische Gruppierungen, alle möglichen Marxisten, mehr oder weniger orthodoxe — prosowjetische und antisowjetische Kommunisten, Anarchisten, Frauenverbände und Studenten, bekannte Führungspersönlichkeiten dieser „Bewegung" — Geistliche, Wissenschaftler, Künstler u.a. fügen sich ein in ein aufnahmebereites, nervöses Sammelbecken, das den Gesetzen der Massenpsychologie unterworfen ist; sie werden angespornt von der eigenen Begeisterung, von Emotionen, Exaltierungen — und vom Fehlen genauer Informationen.

Die parteipolitische Landschaft in der Bundesrepublik beginnt sich langsam zu verändern. Auf die von der „Friedensbewegung" allmählich geschaffene Situation reagieren die drei großen Parteien mitsamt ihren Jugendorganisationen. Untersuchungen weisen darauf hin, daß die „Grünen" eine Chance haben, die FDP zu überflügeln, die noch der Regierungskoalition angehört. Angesichts eines so starken Druckes zeigen sogar führende Christdemokraten in der Öffentlichkeit Verständnis für die Beweggründe der „Friedensbewegung", und Kurt Biedenkopf erklärte sogar, in der Zeit atomarer Bedrohung müsse die gegenseitige Abschreckungsstrategie neu durchdacht werden.

Ich erwähne Biedenkopf, um zu zeigen, wie weit die Anpassungsmechanismen gehen. Doch als Hauptursache der hiesigen Desorientierung muß man die seit dem Jahr 1945 tiefste Krise der SPD bezeichnen. Der Widerstand gegen den von der Regierung Schmidt befürworteten NATO-Doppelbeschluß hat sich immer mehr in eine offensive und dynamische Kraft verwandelt, die zahlreiche Anhänger und fanatische Wortführer gefunden hat. Die augenblickliche Diskussion im Zusammenhang mit den Genfer Verhandlungen stellt die neue Regierung Kohl/Genscher vor keine leichte Aufgabe. Vielleicht wird es sich noch als ein historisher Fehler erweisen, daß die Sozialdemokratie ihrer Jugend die Flucht in Täuschung und Selbstbetrug ermöglichte; daß sie sich nicht, anstatt die junge Generation zu streicheln und zu beschwichtigen, auf eine harte, geduldige Diskussion eingelassen hat, zu einer Zeit, als es noch möglich war, die Grenzen zwischen Gutgläubigkeit, Naivität, fehlendem Wirklichkeitssinn und einem programmatischen Irrationalismus nachzuzeichnen, einem Irrationalismus, den man als eine Tugend predigte und der im Dogma erstarrte. Stattdessen bequemt sie sich, die junge Generation zu streicheln und zu beschwichtigen. ...

Die heutige „Friedensbewegung" übernimmt und verlängert, wie ich meine, einen vor Jahrzehnten in Bewegung gesetzten Mechanismus des Entweder-Oder: Wenn der Krieg das Böse war, so ist der Frieden gut, unabhängig davon, ob er die persönliche Freiheit einschließt oder nicht. Wenn Aufrüstung immer zum Kriegsausbruch geführt hat, so muß die Doktrin von der atomaren Abschreckung verdammt werden. Wenn in der Nazi-Vergangenheit und noch früher Kasernendrill und häusliche Erziehung zu einer widerspruchslosen Bereitschaft zum Krieg führten, so wächst heute die Überzeugung, ein Verzicht auf Verteidigung sei die Forderung des Tages. Es entstehen ebenso absolute wie absurde Lehren, die die Angst beinahe in den Rang einer Tugend erheben, während Tugenden wie Ehre, Patriotismus und Mut zum alten Eisen wandern. Man kann wohl verallgemeinern: Dieser Jugend, die niemals eine Diktatur kennengelernt hat und die das demokratische ABC nur rein mechanisch erlernte, fehlt es an der Einsicht, daß es lohnt, Demokratie und Freiheit zu verteidigen. ...

Aus „Kultura", Nr. 10/1982, Maisons-Laffitte, Frankreich

Andre Glucksmann als Heiner Geißler

Der aufregend undogmatische französische Ex-Linke André Glucksman schreibt in der französischen Zeitung „Télérama": *„Es existieren heute zwei verschiedene Friedensbewegungen in Europa. Die am häufigsten genannte hat ihren Ursprungsort in der BRD. Dort demonstrierten 500 000 gegen Haig oder Reagan, etwa 8000 gegen den mitlerweile verstorbenen Breschnew und kein einziger gegen Gromyko. Kurzum, die, wenn auch zurückhaltend formulierte Parole ‚lieber rot als tot' bestimmt das Verhalten und prägt die Hoffnungen eines großen Teils der Jugend und der Intelligenz in der Bunderepublik. Diese Art von Pazifismus, der ständig zurückweicht, trägt die Bereitschaft zur Unterwerfung unter ein kriegerisches Reich in sich und macht uns zu Soldaten, rot und tot. Die andere Friedensbewegung — die der Polen — ist hart angeschlagen und entwirft im Alleingang den Plan eines friedlichen Europas: nur eine allmähliche Liberalisierung der Ostblockländer könnte die möglichen Kontrahenten voneinander trennen und eine neutrale Zone zwischen den Blöcken schaffen. Frieden oder Freiheit? Die verwöhnten Kinder eines noch im Überfluß lebenden Europas zerbrechen sich den Kopf über eine falsche Alternative — Afghanen, Tschechen und die Boat-People bezeugen es: der Verlust der Freiheit verbürgt den Frieden nicht... Als Francois Mitterand für die Pershing 2 plädierte, falls die sowjetischen Raketen nicht abgezogen werden würden, wagte er es, in Bonn gegen Gromyko und auch einen beträchtlichen Teil der westlichen und sozialistischen Öffentlichkeit Stellung zu beziehen. Er tat dies nicht ohne eigenes physisches Risiko, da jene Staatsmänner, die sich offen gegen die Grosse Sowjetische Politik ausgesprochen haben, ein nicht beneidenswertes Ende fanden. Sadat wurde ermordet, der Papst kam gerade noch einmal davon ..."*. (Anm. AK: Die Reihe könnte noch um Hitler und Mussolini ergänzt werden. Und der Mord an Kennedy ist ja auch noch nicht geklärt).

(deutscher Text des Glucksman-Artikels nach der Schweizer Alternativzeitschrift „tell", 7.7.83)

Fortsetzung von vorheriger Seite

festzuhalten, daß von der Grünen Partei aus, auch von ihren Bundestagsabgeordneten, neben solchen fragwürdigen Eskapaden eine Fülle von nützlichen und sinnvollen Aktivitäten auf dem Felde der „Außenpolitik" stattfindet. An erster Stelle sei hier ihr Engagement gegen die NATO-„Nachrüstung" genannt. Die geschilderten Eskapaden prominenter Grüner auf dem Gebiet der großen Diplomatie würden vielleicht unter anderen gesellschaftlichen Voraussetzungen nur eine unbedeutende Rolle am Rande spielen und wären kaum der Kritik wert. Unter den konkret herrschenden Verhältnissen sind es aber genau diese Episoden, die im Wesentlichen das Bild der grünen „Außenpolitik" in der Öffentlichkeit bestimmen. Für den Durchschnitt der bundesdeutschen Medien-Szene ist eine Petra Kelly auf dem Alexanderplatz interessanter als ein ganzer grüner Parteitag. Und zwar aus demselben Grund, aus dem ein Herzinfarkt an der DDR-Grenze dreimal wichtiger ist als Massendemonstrationen und blutige Repression in Chile. Die naive Beteuerung der eigenen frommen Gesinnung, die sich bestimmt vor niemandes Karren spannen lasse, ist für sich allein durchaus nicht politikfähig.

DS — das Ende naht

Nachdem Anfang Juli bereits 20 Mitglieder in Offenbach die Demokratischen Sozialisten verlassen hatten, haben jetzt auch 12 Frankfurter/innen ihren Austritt erklärt. *„Das Experiment DS ist für uns als gescheitert zu betrachten"*. Die Ausgetretenen kritisieren ein Parteiaufbaukonzept, das in der Propagierung allgemeiner Parteiziele bestehe, anstatt *„in mühevoller Kleinarbeit als DS in sozialen Bewegungen und in gewerkschaftlichen und betrieblichen Arbeitsbereichen präsent zu sein"*. Man sei nicht mehr bereit, *„ein bürokratisches Politikverständnis und eine politische ‚Richtlinienkompetenz' von Apparaten und Einzelpersonen mitzutragen, die nichts weiter vertreten und hinter sich haben, als sich selber und die Ansprüche, die sie im Munde führen"*. Ausschlaggebend war für die Frankfurter ebenso wie für die Offenbacher der Beschluß der DS-Hessen, sich an den Landtagswahlen zu beteiligen. Dies war von einem Landesparteitag klar abgelehnt worden, woraufhin eine zweite Versammlung einberufen wurde, die bei weit geringerer Beteiligung und Delegierung durch die örtlichen Gruppen den demokratisch gefaßten Beschluß umstieß. Man läßt *„vorsichtshalber so lange abstimmen, bis das Ergebnis in den Kram paßt"*. Besondere Empörung hat es ausgelöst, daß Coppik die ausgetretenen Offenbacher öffentlich denunzierte, indem er feststellte, die „Gewaltfrage" sei das eigentlich Trennende gewesen.

Coppik, der auf Platz 1 der Landesliste der DS kandidiert, wird nun von keinerlei „Kommunisten" mehr daran gehindert, sich bei der Hessenwahl gründlich zu blamieren.

Austrittserklärung

Wir, die Unterzeichneten, treten aus der Partei Demokratische Sozialisten aus.
Dieser Schritt erfolgt mit Bedacht und nach einer längeren gemeinsamen politischen Diskussion und Willensbildung. Das Experiment DS ist für uns als gescheitert zu betrachten. Gründe gibt es vielfältige — auch persönliche —; wir nennen hier nur die ausschlaggebenden.

Die kurze, aber ereignisreiche Geschichte unserer DS-Mitgliedschaft hat uns darüber belehrt, daß, trotz einiger Aktivitäten in Frankfurt, zu gegensätzliche Vorstellungen von Politik und politischer Handlungsfähigkeit, vor allem im praktischen Bereich, vorhanden waren und sind.

Mit dem gemeinsamen Ziel, eine sozialistische Alternative zu schaffen, wurde sich in der ersten Phase der DS mit gehöriger Anfangseuphorie eine Einigkeit versichert, die schon bald zerfaserte.

Es zeigte sich dabei: Die einen haben ein Parteiaufbaukonzept im Kopf, das v.a. im Aufbau eines Apparates, in Pöstchen und in der allgemeinen Propagierung von Parteizielen besteht (daher auch die Überbetonung von Wahlbeteiligungen); den anderen ging es in erster Linie darum, in mühevoller Kleinarbeit als DS in sozialen Bewegungen und in gewerkschaftlichen und betrieblichen Arbeitsbereichen präsent zu sein. Diese Zerrissenheit besteht heute umso stärker; sie wurde zu keiner Zeit überbrückt. Zu uneinheitlich und zu schwach war die aktive Basis, v.a. im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich. Die organisatorische „Verlagerung" auf Stadtteilebene könnte daran nicht das geringste ändern. Die genannte Kluft blieb konsequenzlos, selbst Diskussionen darüber gingen bei manchen Mitgliedern auf der einen Seite rein und auf der andern raus. Wir sind nicht mehr bereit, ein bürokratisches Politikverständnis und eine politische „Richtlinienkompetenz" von Apparaten und Einzelpersonen mitzutragen, die nichts weiter vertreten und hinter sich haben, als sich selber und die Ansprüche, die sie im Munde führen.

Geradezu entlarvend für den Zustand der DS ist das „mit großer Mehrheit" zustandegekommene Abstimmungsergebnis zur Wahlbeteiligung. Demokratische Beschlüsse (Parteitag vom 17.4.83 gegen eine Wahlbeteiligung) können offensichtlich so lästig sein, daß man vorsichtshalber so lange abstimmen läßt, bis das Ergebnis in den Kram paßt.

Das Bundestagswahlergebnis schließlich machte die heutigen objektiven Schwierigkeiten des Aufbaus einer unabhängigen sozialistischen Alternative deutlich: Der Einzug der Grünen in den Bundestag und die Sozialdemokratie in der Opposition decken das Ansprechpotential der DS weitgehend ab. Ein paar Prominente und eine leere Organisationshülse reichen nicht aus, um als sozialistische Alternative eine glaubwürdige Kraft zu sein, die in der Lage wäre, Einfluß auf die reale Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse ausüben zu können. Eine politische Chance einer parlamentarischen sozialistischen Alternative besteht zur Zeit nicht. Wer glaubt, Gewerkschaften und Arbeiterbewegung heute als Wählerpotential für eine sozialistische Partei DS betrachten zu können, geht fehl. Die Kandidatur der DS zu den hessischen Landtagswahlen ist politisch falsch; sie bewirkt allenfalls eine Spaltung der vorhandenen fortschrittlichen Kräfte.

Mit großer Enttäuschung mußten wir erfahren, wie sich innerhalb der DS ein Klima entwickelt hat, das mit solidarischen Umgangsformen unter „demokratischen" Sozialisten nichts mehr zu tun hat. Dieses Klima wurde u.a. von solchen Leuten geschaffen, die mit allen Mitteln versuchen, der sich in Auflösung befindenden DS eine Existenzberechtigung zu verschaffen. Daß diesen Leuten der Blick auf die Realität vernebelt ist, bleibt deren Sache. Wenn aber mit Mitteln der Lüge, Denunziation und Kriminalisierung von Genossinnen und Genossen gearbeitet wird — das dürftet ihr verstehen — ist das Maß voll. So wurde in Offenbach von M. Coppik in der Öffentlichkeit die Gewaltfrage zum eigentlich Trennenden erklärt, obwohl dies dort nie diskutiert wurde. Aktive Gewerkschafter wurden von Coppik in die Ecke von Gewalttätern gedrängt.

Wir solidarisieren uns mit den 20 ausgetretenen Offenbacher Genossinnen und Genossen.



siehe unten *

"Wider den undeutschen Geist"

Die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933

(Teil 2)

Im ersten Teil dieses Artikels (AK 233) setzten wir uns eingangs mit dem Mythos der „goldenen Zwanziger" auseinander und stellten in Form einer Chronik die zunehmende Unterdrückung republikanischer und sozialistischer Kulturbestrebungen in den letzten Jahren der Weimarer Republik dar. Anhand der Konstruktion „literarischer Hochverrat" wiesen wir die Komplizenschaft der Weimarer Justiz mit der Reaktion nach. Am Beispiel des „Kampfbundes für Deutsche Kultur" und einer sich als Literaturzeitung gebärdenden nationalistischen Kampfschrift sowie an der Regierungsbeteiligung der NSDAP an einer Landesregierung zeigten wir die Faschisierung der Weimarer Republik im Bereich der Kulturpolitik auf. Wir beschlossen den ersten Teil mit einigen Exempeln der hilf- und ratlosen Reaktion auch der antifaschistischen Intelligenz gegenüber dem heraufziehenden Faschismus.

In diesem zweiten Teil wird über die „Neuordnung" der Preußischen Dichterakademie und den Massenexodus demokratischer und sozialistischer Schriftsteller nach dem Reichstagsbrand berichtet. Dem folgt die Darstellung der Aktion „Wider den undeutschen Geist", deren Höhepunkt die Bücherverbrennung in fast allen deutschen Universitätsstädten war. Insbesondere wird auf die Rolle der Studenten, der Volksbibliothekare und der Hochschullehrer eingegangen. Der Artikel schließt mit der Schilderung von Solidaritätsaktionen im Ausland und der Reaktion betroffener Schriftsteller. Am Anfang des zweiten Teils steht eine Darstellung und Kritik der unterschiedlichen Auffassungen der Bücherverbrennung.

„Von Büchern gibt es Archivexemplare. Von Menschen nicht."

(Hans Keilson, 10. Mai 1983)

Ebenso wie über die Kultur der Weimarer Republik (s. Teil 1 dieses Artikels) gibt es über die Bücherverbrennung eine Reihe höchst unterschiedlicher, zum Teil sich gegenseitig ausschließender Darstellungen sowie eine teils nur unbedachte, teils gezielte Legendenbildung, die allesamt Entstehung und Wesen des deutschen Faschismus — hier im Bereich der Kultur — vernebeln.

Eine auf die faschistische Darstellung zurückgehende Legende ist

Eine auf die faschistische Darstellung zurückgehende Legende ist die vom „spontanen Charakter" der Bücherverbrennung, die noch bis in die späten 60er Jahre von Teilen der Germanistik gehandelt wurde. So ist noch in einer Ende der 60er Jahre erschienenen (Neu-)Auflage einer Literaturgeschichte die Rede von der *„planlos improvisierten"* Bücherverbrennung (21,190).

Demgegenüber steht die Darstellung von Drews/Kantorowicz (1947), die in der Bücherverbrennung *„die wohlüberlegte... Veranstaltung der nationalsozialistischen Staatsräson"* sahen (6,36), wie auch die von Hildegard Brenner (1963), die den Ursprung der Aktion *„in Kreisen"* des Goebbels-Ministerium ortete (7,38).

Noch in einer 1981 in der DDR erschienenen Veröffentlichung zur Geschichte deutscher Universitäten ist von der Regie des Propaganda-Ministeriums *„von Anfang an"* die Rede (11,140).

Die Auffassung von der Bücherverbrennung als einer Aktion des faschistischen Staatsapparates bzw. der NSDAP hat sich — ungeachtet ihrer wissenschaftlichen Widerlegung seit mindestens fünfzehn Jahren — bis heute im „öffentlichen Bewußtsein" behaupten können. Da die Tatsache der Bücherverbrennung nun einmal nicht zu verheimlichen ist, kommt es deutscher „Vergangenheitsbewältigung" noch am gelegensten, die Verantwortlichkeit hierfür einem eh nur als satanisch begriffenen Parteiapparat und mysteriösen *„braunen Schergen"* („Welt", 13.5.83) zuzuschieben, sich solchermaßen ein weiteres Mal aus der (Mit-)Verantwortung zu stehlen. Der Staat Hitlers war *„eben nicht nur Hitlers Staat allein gewesen, sondern auch der von zeitweilig 80 Millionen Deutschen"* (Hans-Albert Walter — 22).

Wolfgang Strätz führte 1968 bereits im Rahmen seiner Untersuchung der „Aktion wider den undeutschen Geist" den dokumentarisch belegten Nachweis, daß es die Deutsche Studentenschaft (DSt), der Zusammenschluß der Studentenschaften der deutschen Hochschulen war, die *„a l l e i n"* für die Vorbereitung der Bücherverbrennung verantwortlich zeichnete. (20)

Die Aktion selbst war in faschistischen Führungskreisen nicht unumstritten. Vom Propaganda-Ministerium wurde sie erst *„nach einigem Zögern"* (9,8) unterstützt. Auffällig ist auch, daß die Bücherverbrennung (abgesehen von Werner Schlegels mit einjähriger Verspätung erschienener Rechtfertigungsschrift „Dichter auf dem Scheiterhaufen") von den Faschisten, die sonst der „Höhepunkte der Bewegung" bei jeder Gelegenheit gedachten, über Jahre hinweg selbst bei kulturpolitischen Reden nicht mehr erwähnt wurde. Eine Erklärung hierfür mag sein, daß den Faschisten, die sich schon mit ihrem „Judenboykott" am 1. April in der Reaktion des Auslandes verrechnet hatten, die mit der Bücherverbrennung verbundene Aufmerksamkeit und Kritik des Auslands höchst ungelegen kam.

Den aktuellen Stand der seriösen und belegten Forschung über die Initiatoren der Bücherverbrennung faßt der Katalog zur Westberliner Ausstellung „Das war ein Vorspiel nur..." so zusammen: ***„Bis heute können die geistigen Urheber nicht mit letzter Sicherheit bestimmt werden; klar erscheint nur, daß die Initiative nicht von Goebbels' Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda ausgegangen ist. Nach vorliegenden Untersuchungen ist die Bücherverbrennung das Werk der Deutschen Studentenschaft und eifriger wie völkisch eifernder Bibliothekare, unterstützt von Alfred Rosenbergs Kampfbund für Deutsche Kultur und, nach anfänglichem Zögern, dem Propagandaministerium. Schlagartig beleuchtet dieser sorgfältig inszenierte theatralische Exzeß... zugleich die geistige Komplizenschaft eines Großteils der Germanistik mit dem Nationalsozialismus."*** (1,185)

Mit der irreführenden Behauptung, bei den Betreibern der „Aktion wider den undeutschen Geist" habe es sich vornehmlich und initiativ um faschistische (Staats-)instanzen gehandelt, korrespondiert die ebenso beliebte Auffassung, die u.a. von dem doch eigentlich wohlinformierten Alfred Kantorowicz verbreitet wurde, die Bücherverbrenner seien *„Abhub der menschlichen Gesellschaft"* (14,301) gewesen, *„Entwurzelte, Gescheiterte, Schlechtweggekommene, Faule, Dumme"* (13,260). Diese in gleichsam biblischem Zorn vorgetragene Qualifizierung ist von ihrer Intention her zwar ehrenwert, aber dennoch nicht minder falsch. Marion Krämer-Pein hielt dem schlicht entgegen: *„Es war viel schlimmer. Denn es waren Durchschnittsbürger, ‚normale' Menschen. Es ist der Faschismus des Alltags, der das eigentlich Grauenvolle ist."* (14,301). Und Walter Jens stellte in einer ARD-Sendung (8.5.83) klar: die Bücherverbrennung war keine *„spontane Landknechtsaktion"* einer *„aufs Zündeln und Raufen begierigen Mannschaft": „Es war vielmehr ein Fest, das sich die konservative Intelligenz, die akademische voran, zu Ehren Deutschlands gab."* (11)



siehe unten **

Welche Bedeutung hatte nun die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933? Der Tag der Bücherverbrennung war zunächst einmal jener Tag, wie Jens es sagt, *„an dem besiegelt wurde, was in Deutschland nach 1848 längst beschlossene Sache war — der Widerruf der Aufklärung."* (11)

Von den vorhergehenden Jahren und Jahrzehnten her betrachtet war die Machtübergabe an die Faschisten im Allgemeinen wie die Austreibung des Geistes im Besonderen, wie sie sich in der Bücherverbrennung manifestierte, eine zwar nicht unaufhaltsame, aber „folgerichtige" Entwicklung. Von hier aus betrachtet besteht also k e i n vernünftiger Grund, in dem Feuerspektakel ein ganz besonderes und aus allem übrigen herausragendes Ereignis zu sehen. Indes erfüllt diese Darstellung einen doppelten Zweck: Zum einen orientiert sie weg von der entscheidenden Vorgeschichte; zum anderen hüllt sie die gegenüber dem Verbrennungsakt so unendlich wesentlichere folgende, zwölf Jahre währende Ausmerzung jeden freien Geistes in dichten Nebel. Volker Dahm schreibt einleitend zu seiner Darstellung der „nationalsozialistischen Schrifttumspolitik nach dem 10. Mai 1933": **Die tatsächliche Relevanz der Bücherverbrennung** ***„reduziert sich auf die Beleuchtung des Ungeistes, der die deutsche Literatur fortan in seine Zucht nahm. Eine verstörte literarische Öffentlichkeit aber starrte ungläubig und je länger desto gebannter auf das abgeschmackte Spektakel und nahm, was nur als Metapher der kulturellen Barbarei gelten kann, für deren ganze Wirklichkeit. Damit erfüllte die Bücherverbrennung die fatale Funktion, den Blick auf diese Wirklichkeit zu*** ***verbrennung die fatale Funktion, den Blick auf diese Wirklichkeit zu*** ***verstellen, ja sie dem allgemeinen historischen Bewußtsein zu entziehen."*** (6,36)

Feiglinge

„Lieber gleichgeschaltet als ausgeschaltet, damit kann ein Bankier zur Not auskommen, ein Schriftsteller nicht; ihn schließt gerade sein Verzicht auf Ehrenhaftigkeit von seinem Beruf aus; wer das Unehrenhafte einer solchen Lage nicht empfindet, kommt für die Literatur überhaupt nicht in Betracht; wer es aber empfindet und dennoch hinnimmt, wird persönlich uninteressant und bringt bestimmt nur Unwirksames hervor."

(Heinrich Mann)

Zwei Wochen nach dem Eintritt in das Koalitionskabinett Papen (bekannter ist dieser Vorgang unter dem Begriff „Machtergreifung") nahmen die Faschisten ihren „Kulturkampf" wieder auf mit dem Angriff auf die Literaturabteilung der Preußischen Akademie der Künste.

In der Literaturabteilung hatte sich die republikanische Fraktion gegenüber den völkischen und nationalistischen Vorstellungen durchsetzen können; die Abteilung wurde von ihren Mitgliedern nunmehr bewußt als „Anstalt der Republik" betrachtet. *„Mit den Gründern der Republik, vor allem der Arbeiterklasse und ihren Organisationen verband sie allerdings kaum mehr als der erklärte Wille, die ‚Freiheit des Wortes' zu wahren... Mit dem Optimismus der ersten Aufklärung wurden die Formeln für Demokratie im ‚Reich der Vernunft' gesucht. Als Sachwalter des ‚Geistigen' faßten Heinrich Mann, Alfred Döblin, Ludwig Fulda u.a. ihre Rolle auf, ‚nur sich selbst und der europäischen Geistigkeit verantwortlich' (H. Mann)."* (4,65)

Nach dem Austritt der Völkischen im Januar 19331 hatten in der neubenannten „Abteilung für Dichtkunst" und im Senat Heinrich Mann und Ricarda Huch den Vorsitz inne. H. Mann, Halbe und Döblin bildeten einen Kampfausschuß, der alle Fälle von Verboten und Verfolgungen von literarischen Werken und Filmen überprüfen sollte. Lese- und Geschichtsbücher wurden auf völkerverhetzende Tendenzen überprüft, eine Warnung vor dem „Hauptübel der Verhetzung" ausgearbeitet. Hier hinein platzte die politische Realität, die Machtübergabe an den Faschismus.

Heinrich Mann, Käthe Kollwitz (ebenfalls Akademiemitglied) und zahlreiche andere Künstler und Intellektuelle hatten den „Dringenden Appell" des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes unterzeichnet, in dem der *„Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront"* und das *„Zusammengehen der SPD und KPD"* bei den Wahlen am 5. März gefordert wurde. Dies war Signal und willkommener Anlaß zugleich, den Angriff auf die Republikaner in der Akademie zu eröffnen.

Fortsetzung nächste Seite

---

* Die Scheiterhaufen der arischen Kultur — *„Und er sah, daß der Busch im Feuer brannte und ward doch nicht verzehrt."* (Exodus III, Vers 2)

** „Viva academica" — aus dem Holzschnitt-Zyklus von Karl Rössing „Mein Vorurteil gegen diese Zeit", 1928

Exil

Heinrich Mann und Käthe Kollwitz wurden auf Geheiß des faschistischen Studienrats Dr. Bernhard Rust, der mit der Machtübergabe in das Kultusministerium eingezogen war, am 15.2.33 zum Austritt aus der Akademie gezwungen. Nur der Stadtbaurat Martin Wagner verließ zum Ausdruck seines Protestes die Akademie. Alfred Döblin und Ludwig Fulda protestierten gegen das Verfahren. Alfons Paquet blieb mit seiner Forderung nach aktivem Protest allein. „*Der Akademiepräsident* (Max von Schillings — Anm. AK) *hatte sich zum faschistischen Vollzugsbeamten machen lassen*", schreibt Hans-Albert Walter, „*er deckte einen eindeutig illegalen Akt, und man kann nicht sagen, daß die Akademie oder auch nur die Sektion ihm Widerstand geleistet hätte.*" (21,148)

Mehr noch: Die Akademiemitglieder kamen überein, den Rauswurf von H. Mann „unpolitisch" zu behandeln, und verabschiedeten einstimmig eine Erklärung, in der H. Mann für seine Verdienste um die Akademie gedankt wurde. Dies veranlaßte die Wiener „Arbeiter-Zeitung", am 22.3. unter der Überschrift „*Akademie der Feiglinge*" zu urteilen, mit diesem Verhalten habe „*sich die lebende deutsche Dichtergeneration für alle Zeiten mit Schimpf und Schande bedeckt... Man könnte diese Feigheit nicht einmal dann verzeihen, wenn in der Dichterakademie lauter arme Teufel säßen, die um ihren Erwerb zittern. Aber unter ihnen sind angesehene Schriftsteller, die aus ihrer literarischen Tätigkeit reiche Einkünfte beziehen. Nicht aus Not kuschen sie, sondern um sich mit den Herrschenden zu verhalten. In der ganzen deutschen Geistesgeschichte... findet sich kein Beispiel solcher Schmach.*" (1,361)

Der allergrößte Teil der deutschen Presse hingegen applaudierte unverhohlen der „Säuberung" (25,19f.).

Mit dem alleinigen Kniefall der Akademie-Mitglieder war es jedoch nicht getan. Benn, in heißer Liebe zur neuen Macht entflammt, unterbreitete in der Sitzung der Sektion für Dichtkunst am 13. März den Vorschlag, die Sektion möge ihre Verpflichtung zum Ausdruck bringen, „*an der Zukunft der Nation mitzugestalten*". Es wird beschlossen, die von Benn verfaßte Erklärung allen Mitgliedern der Sektion mit der Bitte um Beantwortung zuzuschicken. (10,219). Die Erklärung:

„*Vertraulich! Sind Sie bereit, unter Anerkennung der veränderten geschichtlichen Lage weiter Ihre Person der Preußischen Akademie zur Verfügung zu stellen? Eine Bejahung dieser Frage schließt die öffentliche politische Betätigung gegen die Regierung aus und verpflichtet Sie zu einer loyalen Mitarbeit an den satzungsgemäß der Akademie zufallenden nationalen kulturellen Aufgaben im Sinne der veränderten geschichtlichen Lage.*
Ja Nein
(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen)
Name: Ort und Datum:"(25,23).

Von den einunddreißig ordentlichen Mitgliedern, beamteten Senatoren und Wahlsenatoren der Sektion antworteten achtzehn mit „ja"; darunter sechs (Fulda, Mombert, Franz Werfel, Kellermann, v. Unruh, Kaiser), die ungeachtet ihrer blinden Unterwerfung kurze Zeit später aus „rassischen" und anderen Gründen aus der Akademie ausgeschlossen wurden. Absagen gegenüber der Erklärung und damit faktisch Austrittserklärungen kamen von Ricarda Huch, die trotz beredter Umstimmungsversuche durch den Akademie-Präsidenten auf ihrem Austritt beharrte, und von Pannwitz, Th. Mann, Alfons Paquet, Wassermann und Döblin. (10,220).

Nach Abschluß der „Säuberung" der Sektion für Dichtkunst waren von den einunddreißig Mitgliedern fünfzehn ausgeschieden. Die Akademie „*verkam zu gesellschaftlicher Funktions- und faktischer Bedeutungslosigkeit*" (4,71).

Gottfried Benn — er ist hier weniger interessant als Person, sondern vielmehr als Repräsentant eines erheblichen Teils der im Reich verbliebenen „geistigen Elite" —, Benn ließ es mit „Gleichschaltungs"bestrebungen (27) in der Akademie sein Bewenden nicht haben, er stand auch beim Ausschalten „Minderrassiger", selbstverständlich ohne sich selbst die Finger zu beschmutzen, nicht beiseite. — Elisabeth Castonier besuchte am Morgen des 1. April, des „Judenboykott"-Tages, die Dramaturgin des Dreimasken-Verlages, Anni Bernstein. „*'Man hat mir noch nicht gekündigt, aber ich gehe natürlich fort', sagte sie und sprach von Verwandten in Amerika, zu denen sie reisen wollte. Das Telefon klingelte, sie nahm den Hörer ab, horchte, sagte dann ruhig: 'Vielleicht hätte ich mir das denken sollen', und legte den Hörer auf. 'Gottfried Benn hat mir eben die Freundschaft gekündigt, weil ich Jüdin bin'* "
(10,255 f.).

Tags zuvor hatte die sozialdemokratische „Arbeiter-Zeitung in Wien über die „Parade der Überläufer" geurteilt: „*Wer sich heute zu jener Macht bekennt, die eine beispiellose Hetzjagd auf Wehrlose veranstaltet, die Hunderte abschlachtet und Zehntausende zu langsamem Tod verurteilt, die den Geist nur duldet, wenn er kuscht, und ihn austreibt, wenn er sich seine Freiheit nicht rauben läßt, wer sich heute zu jener Macht bekennt, die gegen die deutsche Nation den Haß der Welt und den Abscheu aller Völker heraufbeschwört, wird zum intellektuellen Henkersknecht, und weder Unwissenheit noch Schwäche, weder Gutgläubigkeit noch Suggestion können ihn entschuldigen. Begabung ist nicht mildernd, sondern erschwerend; Talent ist heute nicht Privatangelegenheit, sondern eine Verpflichtung, Geist nicht ein Spielzeug, sondern eine furchtbare Verantwortung.*" (1,379)



Siehe unten *

Massenexodus

Als der Trommler dreizehn Jahre
Aller Welt verkündet hat
Die Verbrechen der Kommune
Fand noch immer keines statt.

Und die kleinen Trommler grollen
Es muß endlich was geschehn!
Die Verbrecher, seht, sie wollen
Die Verbrechen nicht begehn.

Eines Tags, es war noch Winter
Blieb man an der Panke Strand
Denn der Führer sagte: In der
Luft liegt heut ein Reichstagsbrand!

(Bertolt Brecht)

In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar brennt der Reichstag. Berlin weiß sofort: „*Das war der Dicke!*" Harry Graf Kessler notiert am 28.2.: „*Niemand, den ich gesprochen habe, glaubt an eine ‚kommunistische Brandstiftung'.*" (10,181)

Hitler hingegen, an der Brandstätte eingetroffen, befindet: „*Das ist ein von Gott gegebenes Zeichen, niemand wird uns daran hindern, die Kommunisten mit eiserner Faust zu vernichten.*" (3,40). Von den Plakaten der Faschisten schreit es am nächsten Tag: „*Zerstampft den Kommunismus! Zerschmettert die Sozialdemokratie!*" (3,41)

Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand wurden anhand der längst von den Faschisten vorbereiteten Listen rund 4.000 Menschen inhaftiert. Von Verhaftung und Terror betroffen waren schon in der Brandnacht nicht allein Funktionäre und Mitglieder der KPD.

In den Listen waren parteipolitisch gebundene Schriftsteller der proletarischen wie der radikaldemokratisch-bürgerlichen Linken erfaßt (21,155 f.).

Carl von Ossietzky war in der Brandnacht dringend geraten worden, nicht mehr nach Hause zu gehen. Er folgte dem Rat nicht und glaubte sich sicher, weil er das Namensschild von seiner Tür abgenommen hatte. Am 28. Februar wurde er in aller Frühe verhaftet und verließ erst Jahre später als ein an den Rand des Todes Geschundener das KZ. (21,156)

Verhaftet wurde auch am gleichen Morgen Egon Erwin Kisch. Er berichtet von seiner Einlieferung bei der Politischen Polizei: „*Der erste, den ich von weitem erblicke, ist der Rechtsanwalt Dr. Apfel, der Verteidiger von Max Hölz. Fein, denke ich, fein, daß er da ist, der kann gleich für mich intervenieren. 'Hallo, Herr Dr. Apfel, ich bin verhaftet.'*
'Ich auch', sagt er nur.
Und schon sehe ich andere. Carl von Ossietzky, Chefredakteur der 'Weltbühne', Deutschlands Demokrat, der unter einem Hagel von Spott erklärt hatte, man müsse Thälmann wählen, denn 'wer Hindenburg wählt, wählt Hitler'. Heute ist es genau ein Monat, seit Hindenburg das deutsche Volk an Hitler ausgeliefert hat, seit einem Monat lacht von den demokratischen und sozialdemokratischen Hindenburgwählern keiner mehr. Da sitzt Erich Mühsam, Idealist, Humorist und Anarchist, ein ewiger Junge trotz des Vollbarts, da sitzen die Romanschriftsteller Ludwig Renn und Kurt Kläber, Dr. Hodann, der Sexualforscher, der Abgeordnete Schulz-Neukölln, Otto Lehmann-Rußbüldt, der alte Obmann der Liga für Menschrechte, Dr. Schminke, der sozialistische Stadtarzt, Vorkämpfer für Sozialmedizin in Deutschland... Da sitzen noch viele andere, für welche die nächtliche Verhaftung von heute, dem 28. Februar 1933, die erste Station auf dem Wege ihrer Opferung bedeuten wird." (10,187)

Nach der Reichstagsbrand-Nacht setzte ein „***Massenexodus der Dichter ein; noch nie zuvor in der Geschichte hat eine Nation innerhalb weniger Monate so viele ihrer literarischen Repräsentanten eingebüßt.***" (Klaus Mann — 21,205)

Am 28. Februar und im Verlauf des Monat März verlassen allein von den Namhafteren rund siebzig Schriftsteller, Journalisten u.ä. Deutschland. (21,218 ff.). Hierunter auch solche wie Max Herrmann-Neisse, der — weder politisch noch „rassisch" bedroht — am 2. März ins Exil geht, „***weil ich es für ein Gebot meiner Menschenwürde hielt, mich aus einem Staat zu entfernen, der einem freiheitsfeindlichen, kriegerischen, rechtlosen, intoleranten System rücksichtsloser Machtanbetung verfallen ist.***" (21,222) Arnold Zweig notiert sich selbst befragend am 18.3.: „*1) kann ich in Deutschland noch schreiben, wozu es mich treibt? 2) kann ich in Deutschland leben, ohne denen in (den) Rücken zu fallen, die das nicht mehr können, moral(isch) genommen? 3) kann ich mich in Deutschland ernähren?*" (1,227)

Bis zum Jahresende 1933 gehen noch mindestens weitere achtzig (der bekannteren) Publizisten und Schriftsteller ins Exil. (21,228)

Zahlenmäßig steht die Fluchtwelle von 1933 zu der der folgenden Jahre etwa im Verhältnis 4:1. Betrachtet man nur die „großen Autoren" würde sich das Verhältnis noch stärker zugunsten der 1933 Exilierten verschieben. (21,247) Auf den Namenslisten der nach 1933 Exilierten ist „*nur ein Autor wirklich überragenden literarischen Rangs zu finden: Georg Kaiser.*" (21,249)

Nur geringfügig vergröbert ist zu konstatieren: Vom Jahre 1933 an fand die deutsche Literatur im Ausland statt.

Eine spezifische Erscheinungsform des Faschismus ist es indes nicht, daß Schriftsteller aus politischen Gründen ihr Land verlassen und im Exil leben und schreiben müssen. Größere oder kleinere Fluchtbewegungen von kritischen Intellektuellen und Schriftstellern von deutschem Boden gab es nach den Karlsbader Beschlüssen 1819, nach der 48er-Revolution und während des ersten Weltkrieges. Jedoch: „*Anders als in den übrigen europäischen Ländern, wo sehr häufig konservative und reaktionäre Kräfte auswandern mußten (...), traf es in Deutschland fast ausschließlich die demokratisch gesonnene Opposition.*" (2,318 f.)

Undeutsch

„Das aber ist der Inhalt volkhafter Dichtung: Wonach ein Volk sich sehnt."
(Herbert Böhme)

Am 11. März wurde das „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda" unter Führung des Germanisten Dr. Joseph Goebbels installiert. Zum „Tag des Buches" (22. März) forderte Will Vesper als „*erste Kriegsmaßnahme eine Verfügung für das ganze Reich, daß das Ausleihen von marxistischer, bolschewistischer und jüdischer Literatur den Büchereileitern bis auf weiteres verboten wird*" („Der Stürmer", 21.3.33 — 18,56).

Hitler kündigte in seiner Regierungserklärung am 23. März eine „*durchgreifende moralische Sanierung des Volkskörpers*" an; Erziehungswesen, Theater, Film, Literatur, Presse und Rundfunk würden „*Mittel zu diesem Zweck*" sein. (7,39)

In deutlicher Anlehnung an das „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda" wurden von der Deutschen Studentenschaft (DSt) — dem Dachverband der Studentenschaften an den deutschen Hochschulen — schon in der zweiten Märzhälfte Vorbereitungen für die Gründung eines „Hauptamtes für Presse und Propaganda" getroffen.

Die erste Tätigkeit dieses DSt-„Hauptamtes" war die „**Aktion wider den undeutschen Geist**", als deren Höhepunkt am 10 Mai in allen deutschen Universitäten „undeutsche" Bücher öffentlich verbrannt werden sollten. (28)

Per Rundschreiben vom 8. April wurde den Einzelstudentenschaften mitgeteilt: „Gegenstand" der „Ersten Maßnahme des Propagandaamtes" sei die „***Öffentliche Verbrennung jüdischen zersetzenden Schrifttums durch die Studentenschaften der Hochschulen aus Anlaß der schamlosen Hetze des Weltjudentums gegen Deutschland.***"

Der Aktion liege der „Gedanke" zugrunde: „***Der jüdische Geist, wie er sich in der Welthetze in seiner ganzen Hemmungslosigkeit offenbart, und wie er bereits im deutschen Schrifttum seinen Niederschlag gefunden hat, muß aus diesem ausgemerzt werden.***" (18,74)

Für die praktische Durchführung der „Aktion" waren drei Phasen vorgesehen:

— Vom 12. April an bis zum 10. Mai sollte die Bevölkerung durch die Thesen „Wider den undeutschen Geist" und andere Veröffentlichungen „aufgeklärt" werden.

— Am 26. April sollte mit der Sammlung des „zersetzenden Schrifttums" begonnen werden.

— Am 10. Mai sollte dann an allen deutschen Hochschulorten als Höhepunkt der „Aktion" die öffentliche Verbrennung „undeutscher" Bücher erfolgen.

Die „Aktion wider den undeutschen Geist" war „*von der propagandistischen Begründung bis zur organisatorischen Durchführung*" (7,39) eine Kopie der vorherigen „Aktion gegen die internationale jüdische Hetzpropaganda" am 1. April.

Während jedoch der „Judenboykott" wesentlich von Gliederungen der NSDAP ausging und von ihnen getragen wurde, zeichnete für die Vorbereitung der Bücherverbrennung der allgemeine Studentenverband, die Deutsche Studentenschaft, allein verantwortlich. Mehr noch: Der Bundesführer des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes sah sich von der DSt-Führung von rechts überholt und teilte seinen Mannen eilends mit: „*Es sei nochmals betont, daß der NSDStB selbstverständlich aufgrund seines langen Kampfes gegen das Judentum die Führung erhält.*" (20,87 f.)

Zentrales Propagandamittel der „Aktion" waren die Thesen „Wider den undeutschen Geist" (s. Abb.), die von Mitte April an allenthalben angeschlagen wurden.

Anselm Faust schreibt zur Charakterisierung der „Thesen": „*Schlagwort-*

Wider den undeutschen Geist!

1. Sprache und Schrifttum wurzeln im Volke. Das deutsche Volk trägt die Verantwortung dafür, daß seine Sprache und sein Schrifttum reiner und unverfälschter Ausdruck seines Volkstums sind.
2. Es klafft heute ein Widerspruch zwischen Schrifttum und deutschem Volkstum. Dieser Zustand ist eine Schmach.
3. Reinheit von Sprache und Schrifttum liegt an Dir! Dein Volk hat Dir die Sprache zur treuen Bewahrung übergeben.
4. **Unser gefährlichster Widersacher ist der Jude, und der, der ihm hörig ist.**
5. Der Jude kann nur jüdisch denken. Schreibt er deutsch, dann **lügt** er. Der Deutsche, der deutsch schreibt, aber undeutsch denkt, ist ein **Verräter!** Der Student, der undeutsch spricht und schreibt, ist außerdem **gedankenlos** und wird seiner Aufgabe untreu.
6. **Wir wollen die Lüge ausmerzen, wir wollen den Verrat brandmarken, wir wollen für den Studenten nicht Stätten der Gedankenlosigkeit, sondern der Zucht und der politischen Erziehung.**
7. Wir wollen den Juden **als Fremdling** achten, und wir wollen das Volkstum ernst nehmen.
Wir fordern deshalb von der Zensur:
Jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache. Erscheinen sie in Deutsch, sind sie als Uebersetzung zu kennzeichnen.
Schärfstes Einschreiten gegen den Mißbrauch der deutschen Schrift.
Deutsche Schrift steht nur Deutschen zur Verfügung.
Der undeutsche Geist wird aus öffentlichen Büchereien ausgemerzt.
8. **Wir fordern** vom deutschen Studenten Wille und Fähigkeit zur selbständigen Erkenntnis und Entscheidung.
9. **Wir fordern** vom deutschen Studenten den Willen und die Fähigkeit zur Reinerhaltung der deutschen Sprache.
10. **Wir fordern** vom deutschen Studenten den Willen und die Fähigkeit zur Ueberwindung des jüdischen Intellektualismus und der damit verbundenen liberalen Verfallserscheinungen im deutschen Geistesleben.
11. **Wir fordern die Auslese von Studenten und Professoren nach der Sicherheit des Denkens im deutschen Geiste.**
12. **Wir fordern die deutsche Hochschule als Hort des deutschen Volkstums und als Kampfstätte aus der Kraft des deutschen Geistes.**

Die Deutsche Studentenschaft.

Siehe unten **

* Aus dem Holzschnitt-Zyklus von Karl Rössing „Mein Vorurteil gegen diese Zeit", 1931

*Aus „Das war ein Vorspiel nur...", Ausstellungskatalog der Akademie der Künste, Westberlin, 1983

Fortsetzung nächste Seite

artig benutzten die Studenten... die rassistische Volkstumideologie ein weiteres Mal für die gängige Konstruktion einer Kluft zwischen 'Kultur' und jüdischer 'Zivilisation', für die Stigmatisierung der Juden als 'Fremdlinge', für ihre Identifizierung mit den 'liberalen Verfallserscheinungen im deutschen Geistesleben', für den emotionsgeladenen Appell zur 'Reinerhaltung der deutschen Sprache'. Die von 'Blut und Leben' (Will Vesper) durchtränkten Irrationalismen und Sicherheitssehnsüchte eines desorientierten Bürgertums drängten zur bioligistischen 'Auslese'...'' (7,42).

Asphaltliteratur

„Das kulturpolitische Ziel der Volksbüchereien liegt in der geistigen Wehrhaftmachung, der totalen Mobilmachung des deutschen Menschen mit Hilfe des echtbürtigen Schrifttums."

(Dr. Herrmann, Volksbibliothekar)

Unklar blieb den studentischen Aktivisten, ob es sich beim „undeutschen Geist'' nun vornehmlich um den jüdischen oder den marxistischen handele. Ein noch größeres Problem bereitete es ihnen, namhaft zu machen, welche Werke und Autoren im einzelnen „auszumerzen'' seien, hatten sie sich doch um Kunst und Literatur bisher nur gekümmert, wenn es darum ging, „*antisemitische Äußerungen Goethes, Schillers, Richard Wagners und Roseggers zu zitieren, für Kurt Tucholsky wegen seiner Kritik an Schirachs Gedichten den Volksgerichtshof zu fordern, Hasenclever und Zuckmayer anzupöbeln, den Dirigenten Bruno Walter als Schlesinger, die Schauspielerin Brigitte Helm ... als geborene Schlittenhelm und den Regisseur Fritz Kortner als Fritzchen Kahn zu denunzieren.''* (7,41)

Hiet kam der DSt zuhilfe, daß schon Mitte März — wohl auf Geheiß des Propaganda-Ministeriums — ein **„Ausschuß zur Neuordnung der Berliner Stadt- und Volksbüchereien''** gebildet worden war, der den Auftrag zur Anfertigung **„Schwarzer Listen''** unerwünschter Literatur erhalten hatte.

Arbeitsgrundlage für den „Ausschuß'' war das Papier „*Grundsätzliches zur Anfertigung Schwarzer Listen''*. Es heißt hierin u.a.: *''1. Die*

ches zur Anfertigung Schwarzer Listen''. Es heißt hierin u.a.: *''1. Die*

Maßstäbe für die Anfertigung von Schwarzen Listen sind l i t e r a t u r - p o l i t i s c h e r Natur...
2. Der Kampf richtet sich gegen die Zersetzungserscheinungen unserer artgebundenen Denk- und Lebensform, d.h. gegen die A s p h a l t l i t e r a t u r, die vorwiegend für den großstädtischen Menschen geschrieben ist, um ihn in seiner Beziehungslosigkeit zur Umwelt, zum Volk und zu jeder Gemeinschaft zu bestärken und völlig zu entwurzeln. Es ist die Literatur des intellektuellen Nihilismus.
3. Diese Literaturgattung hat vorwiegend, jedoch nicht nur j ü d i s c h e Vertreter...
7. Die für die Ausleihe gesperrten Bücher sind am praktischsten in d r e i G r u p p e n einzuteilen: Gruppe 1 fällt der Vernichtung (Autodafé) anheim, z.B. Remarque. Gruppe 2 kommt in den Giftschrank (z.B. Lenin). Gruppe 3 enthält die zweifelhaften Fälle, die eingehend zu prüfen sind, ob sie später zu Gruppe 1 oder 2 gehörig (z.B. Traven).
8. Wichtiger als die Säuberung ist der B e s t a n d s a u f b a u im Sinne des neuen Deutschland...''. (18,120 f)

Die „erste amtliche Schwarze Liste'' „Schöne Literatur'' enthält 4 Anthologien und 131 Autoren, von denen teils einzelne Titel, teils das Gesamtwerk verzeichnet sind. Diese erste „Schwarze Liste'' erhielten die Studentenschaften am 27. April, sie wurde von ihnen als (eine) Grundlage ihrer Sammelaktion benutzt. (20,96)

Schlagartig

Die „Säuberungsaktion'' der studentischen „Aktion wider den undeutschen Geist'' und des Ausschusses der Volksbibliothekare richtete sich gegen die öffentlichen Bibliotheken wie gegen die damals sehr verbreiteten privaten Leihbüchereien und den Buchhandel. Der Buchhandel wurde bei den Sammelaktionen Ende April/Anfang Mai „*meist noch glimpflich''* behandelt, während aus den Beständen der Leihbüchereien „*offenbar große Mengen von Büchern konfisziert und verbrannt''* wurden (18,30).

Vom Verlauf der Sammelaktion in Hannover berichtet der dortige studentische „Kampfausschuß gegen Schmutz und Schund'' an das DSt-Hauptamt: „*Die Aktion begann schlagartig am 2.5.33 mit einer die ganze Stadt umfassenden Straßenpropaganda. An allen Straßenecken verteilten Korporationsstudenten in Vollcouleur Flugblätter. An den Litfaßsäulen klebten Plakate, die zur Abgabe von Schundliteratur aufforderten. Radfahrerkolonnen durchfuhren mit Plakaten 'Wir kämpfen gegen Schund und Schmutz' bis zum 9.5.33 jeden Tag die verkehrsreichen Straßen. Die Organisation der Außenpropaganda war dem NSDStB übertragen worden. Neben dem Verteilen von Flugblättern wurden namentlich alle Leihbibliotheken und öffentlichen Büchereien einer sehr scharfen Kontrolle unterzogen. Am Montag und Dienstag begann die eigentliche Sammelaktion in der Öffentlichkeit, die noch durch eine Hauspropaganda erweitert wurde. Die ganze Aktion ist in Hannover in vorbildlicher Disziplin durchführt worden...''* (1,208).

In Würzburg wurde die Sammelaktion am 6. Mai durchgeführt. (20,100 ff.). Die einzelnen Gruppen bestanden aus Mitgliedern des faschistischen Studentenverbandes, der Stahlhelmhochschulgruppe, einem Vertreter des „Kampfbund für Deutsche Kultur'', einem einheimischen Schriftsteller und einem Kriminalbeamten. Die städtischen Bibliotheken waren schon zuvor vom Pg. Oberbürgermeister „gesäubert'' worden. In den dreizehn privaten Leihbüchereien und einer Anzahl Buchhandlungen wurden rund eintausend Bücher „beschlagnahmt''.

Am 9. Mai trat der Würzburger „Kampfausschuß wider den undeutschen Geist'', dem auch der Studentenseelsorger angehörte, zusammen und bestimmte die Bücher, die „der Vernichtung anheimfallen'' sollten. Am gleichen Tage teilte der Studentenführer den Inhabern der durchsuchten Leihbüchereien und Buchhandlungen mit, der Kampfausschuß habe beschlossen, einen Teil der entnommenen Schriften zu vernichten. Das Schreiben endete mit einer vorgedruckten Erklärung, die die Empfänger unterzeichnet an die Studentenschaft zurückzusenden hatten: „*Bestätigung. Hiermit erkläre ich mich mit der Verbrennung der meiner Leihbücherei entnommenen Bücher einverstanden.''* Diese Erklärung wurde von allen Betroffenen unterzeichnet; nur einer erhob Einwendungen dergestalt, daß er die Bücher bezahlt haben wolle.

Ähnlich und ohne jeden nennenswerteren Widerstand verlief die Vorbereitung und Durchführung der Sammelaktion auch in allen anderen Universitätsstädten.

Der Teilnahme an der Bücherverbrennung verweigerten sich grundsätzlich nur die Hochschulen in Württemberg, und zwar kurioserweise auf Anordnung des damaligen württembergischen Landesführers des faschistischen (!) Studentenverbandes. Absagen aus anderen und zumeist kleinen Hochschulorten verwiesen — nicht ohne Häme — darauf, daß in ihren Bibliotheken jüdisches oder sonstwie „undeutsches'' Schrifttum sich ohnehin nicht befände.

In Breslau leistete sich jemand den (allerdings erhellenden) Zynismus, die Plakate, die zur Teilnahme an der Bücherverbrennung aufforderten, mit einem Aufkleber des Inhalts zu versehen, daß das Alte Testament ebenfalls zur Verbrennung abgegeben werden müsse. „*Dienstag fanden sich mehrere Personen beim Sammellokal ein, die von sich aus das Alte Testament abgeben wollten.''* („Prager Tageblatt'' — 24,120; „Vestmanlands Läns Tidning'', 11.5.33 — 1,219)



Siehe unten *

*„Belsen'', (24.5.1945) von Clement Moreau (d.i. Carl Meffert)

Jüdischmarxistischliberalistischintellektualistischdekadentbolschewistischjüdisch

**„Für Hitler, für Freiheit, für Arbeit und Brot.
Deutschland erwache! Juda den Tod!
Volk ans Gewehr! Volk ans Gewehr!"**

Die Bücherverbrennungen wurden — mit geringfügigen Abweichungen — nach reichseinheitlichem Ritual zelebriert. Das Spektakel in Köln, von dem der Kundgebungsplan überliefert ist, wurde mit einer „Totenehrung'' und der Vereidigung neuer SA-Rekruten verbunden. Der Plan: „*20.00 Uhr bis 20.03: Aufmarsch der Wehrverbände und Korporationen ... 20.04: Führer des N.S.D.St.B. und der D.St. werden im Senatssaal von Rektor und Senat empfangen. Der Hogruf* (Hochschulgruppenführer — Anm. AK) *verliest eine Erklärung. Antwort Sr. Magnifenz ... 20.25: Rede eines nationalsozialistischen Korporationsstudenten zur symbolischen Verbrennung jüdischer Schriften ... Anschl. Lied: ‚Burschen heraus!' ... 21.00: Totenehrung: Auf dem Heldendenkmal flammt rotes Magnesiumlicht auf, ‚Ich hatt einen Kameraden' ... 21.04: Dr. Winkelnklemper setzt seine Rede fort zur Vereidigung. Inhalt etwa: Kühnheit und Tapferkeit; ... die blinde Disziplin; die Treue; bis 21.20 ...''* (1,209).

Vom Verlauf des Spektakels in Berlin berichtete der „General-Anzeiger ...'': „*Um 11 Uhr* (23 Uhr — Anm. AK) *trafen die ersten des Zuges im Braunhemd und Couleur, an deren Spitze der neue Ordinarius für politische Pädogogik in Berlin, Prof. Dr. Alfred Bäumler, marschierte, auf dem Opernplatz ein. Sie marschierten auf dem weiten Platz auf und warfen ihre Fackeln in den in der Mitte errichteten Scheiterhaufen. Von den Wagen, die das undeutsche Schriftmaterial bis zum Opernplatz in die Nähe des Scheiterhaufens gebracht hatten, bildete sich eine lange Kette von Studenten, und von Hand zu Hand gingen die Bücher, die dann dem Feuer überantwortet wurden. Unter dem Jubel der Menge wurden um 11.20 Uhr die ersten Bücher der mehr als 20.000, die heute auf diesem Scheiterhaufen als symbolischer Akt verbrannt werden, in die Flammen geworfen.''* (25,48f)

Hierzu wurden die von DSt vorgeschriebenen „Feuersprüche'' vorgetragen:

„1. Rufer: Gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und idealistische Lebenshaltung! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Marx und Kautsky.

2. Rufer: Gegen Dekadenz und moralischen Verfall! Für Zucht und Sitte in Familie und Staat! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Heinrich Mann, Ernst Glaeser und Erich Kästner.

3. Rufer: Gegen Gesinnungslumperei und politischen Verrat, für Hingabe an Volk und Staat! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Friedrich Wilhelm Förster.

4. Rufer: Gegen seelenzerfasernde Überschätzung des Trieblebens, für den Adel der menschlichen Seele! Ich übergebe der Flamme die Schriften des Sigmund Freud.

5. Rufer: Gegen Verfälschung unserer Geschichte und Herabwürdigung ihrer großen Gestalten, für Ehrfurcht vor unserer Vergangenheit! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Emil Ludwig und Werner Hegemann.

6. Rufer: Gegen volksfremden Journalismus demokratisch-jüdischer Prägung, für verantwortungsbewußte Mitarbeit am Werk des nationalen Aufbaus! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Theodor Wolff und Georg Bernhard.

7. Rufer: Gegen literarischen Verrat am Soldaten des Weltkrieges, für Erziehung des Volkes im Geist der Wehrhaftigkeit. Ich übergebe der Flamme die Schriften von Erich Maria Remarque.

8. Rufer: Gegen dünkelhafte Verhunzung der deutschen Sprache, für Pflege des kostbarsten Gutes unseres Volkes! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Alfred Kerr.

9. Rufer: Gegen Frechheit und Anmaßung, für Achtung und Ehrfurcht vor dem unsterblichen deutschen Volksgeist! Verschlinge, Flamme, auch die Schriften der Tucholsky und Ossietzky!'' („Neuköllner Tageblatt'', 12.5.33 — 25, 49f.)

Goebbels war der von der DSt geladene Festredner in Berlin: „*Das Zeitalter eines überspitzten jüdischen Intellektualismus ist nun zu Ende''*, teilte er seinen Zuhörern mit. „*Es ist eine Lust zu leben!''* (1, 197f.)

Diejenigen der unmittelbar Betroffenen oder auch Bedrohten, die es gewagt hatten, das Fanal selbst zu beobachten, sahen das anders. Arnold

nen oder auch Bedrohten, die es gewagt hatten, das Fanal selbst zu beobachten, sahen das anders. Arnold

Zweig zitiert den Bericht einer Augenzeugin: „*Das Publikum, meist kleine Leute mit etwas Mittelstandseinschlag ... von tierisch zufriedener Blödheit, ganz stumpf, passiv und völlig ahnungslos ... ‚Was verbrennen die eigentlich?' — ‚Na, jüdische Bücher!' — ‚Nein, undeutsche, so unsittliche.' ''* (10,288)

Genaue Angaben über die Anzahl der vernichteten Bücher existieren nicht. Die überlieferten Angaben „*sind nicht überprüfbar und waren 1933 schon Schätzungen''* (18, 173). In Breslau sollen es „rund 10.000'' Bücher bzw. „ca. 40 Zentner'' gewesen sein; in Erlangen 1.800 Bücher und ca. 1.000 Zeitschriften; bei der ersten Bücherverbrennung in Hamburg (am 15. Mai) etwa 2.000 Bücher, bei der von der Hitler-Jugend und dem „Ring der jungen Mannschaft im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband'' am 30. Mai veranstalteten Reprise „Hunderte von Büchern'' in Hannover „fast ein ganzer Lastwagen voll'' in Mannheim 2.500 Bücher und andere Schriften; in Münster 1.000 Bücher; in Salzburg, wo die Aktion schon am 30. April stattfand, 1.200 Bücher. (18, 185ff) In der Buchstadt Leipzig wurden 1933 insgesamt „*60.000 Bücher, 85.000 Zeitschriften, 250.000 Broschüren, 1.600 Bilder, 500 fotografische Platten und zwei Filme''* beschlagnahmt und vernichtet (14, 301). Die Berliner Polizei beschlagnahmte bis zum 20. Mai „*10.000 Zentner marxistische Literatur''* (12,240).

Genaue Angaben sind auch deshalb nicht möglich, weil die Faschisten sich noch ein ganz besonderes Gaunerstück leisteten: „*Von den geächteten Werken wurden nur wenige Exemplare tatsächlich ins Feuer geworfen''*, schrieb F.C. Weiskopf 1948 in seiner Darstellung der Exilliteratur, „*alles übrige wanderte in die Tschechoslowakei, nach Österreich, in die Schweiz und in einige andere Länder, um dort zu Schleuderpreisen auf den Markt geworfen zu werden. Die Autoren wurden dadurch empfindlich geschädigt, und die Bücherverbrenner steckten ein paar zusätzliche Diebesgroschen ein.''* (23,29)

Frühlingssturm

**„Verwerft was euch verwirrt,
Verfemt was euch verführt!
Was reinen Willens nicht wuchs,
In die Flamme mit was euch bedroht!**

(Ernst Bertram)

Universitätsrektoren und Professoren machten vielerorten den Festredner bei der Bücherverbrennung und verliehen so dem Spektakel offizielles Ansehen und den Segen der Wissenschaft (29). Unter ihnen waren — nicht zufällig — zahlreiche Germanisten. **„Unter den Wissenschaften, die dem Nationalsozialismus den Weg gebahnt haben, nimmt die Germanistik zweifellos den ersten Rang ein. Haben doch die sogenannten ‚Deutschkundler' und die ‚geisteswissenschaftlichen Literaturhistoriker' jenen rational gar nicht faßbaren, auf Landschaft, Rasse und geschichtliche Schicksalsgemeinschaften aufbauenden Begriff des ‚Volkstums' geschaffen, der in allen Kundgebungen des Nationalsozialismus kultur- und machtpolitisch das entscheidende Um und Auf bildet; sie haben Kausalität und logisch klare Ableitungen als Grundlage des Wissenschaftsbetriebes bekämpft, weil so das ‚Tiefste' und ‚Letzte' unergründbar bleibe, und durch Metaphysik, Glauben, Gefühl und ahnende Schau ersetzt ...''** (Alfred Kleinberg in „Der Kampf'', 10.10.33 — 1,236).

Der Frankfurter Germanist Franz Schultz nahm im Talar an der Bücherverbrennung teil. In seiner ersten Vorlesung nach der Machtübergabe dankte er „der Vorsehung'' dafür, daß eine klägliche Zeit mit einer ebenso kläglichen literarischen Produktion nun vorüber sei. — Ernst Bertram, Professor für deutsche Literatur in Köln, beschwor zu Beginn seiner Vorlesung über Herder am 3. Mai den **„Aufstand gegen l e b e n s f e i n d l i c h e ratio, zerstörerische Aufklärung, volksfremde politische Dogmatik, gegen jede Art ‚Ideen von 1789', gegen alle widergermanischen Tendenzen und Überfremdungen.''** (17,143). Für Prof. Dr. Naumann, Redner bei der Bonner Bücherverbrennung, war es ein „*Frühlingssturm''*, was seit dem 30.1. durch die deutschen Lande ging. Die angetretenen Studenten ermunterte er: „*Wo Not an den Mann geht und Gefahr im Verzug ist, muß gehandelt werden ohn' all zu großes Bedenken. Fliegt ein Buch heute Nacht zuviel ins Feuer, so schadet das nicht so sehr, wie wenn eines zuwenig in die Flammen flöge. Was gesund ist, steht schon von allein wieder auf.''* (16). Nicht minder forsch äußerte sich ein Korreferent, der Philologe und Jurist Prof. Dr. Lüthgen: „***Wo aber liegt das R e i c h d e s d e u t s c h e n G e i s t e s ? Mitten im Her-***

und Jurist Prof. Dr. Lüthgen: „Wo aber liegt das R e i c h d e s d e u t - s c h e n G e i s t e s ? Mitten im Her-

zen des Volkes! Nicht ideologische Begriffsspaltung ist von Nöten, um in wissenschaftlicher Genauigkeit Weg und Grenzen dieses Reiches abzustecken. Drei einfache deutsche Worte sind es, die zu diesem fernen Ziele eines reinen deutschen Geistes und seiner schöpferischen Sendung hinführen: Sauberkeit, Sachlichkeit und innere Wahrhaftigkeit.'' (15) Natürlich: Außerordentlicher Schwachsinn. Aber mensch vergesse nie, wohin dieser „Schwachsinn'' geführt hat! Der professorale Brandredner in Göttingen war der Theologe und Philologe, dortselbst dann Privatdozent für deutsche Sprache und Literatur, Gerhard Fricke. Für ihn waren „*diese schreibenden Zeitgenossen, — es ist ja ganz gleichgültig, ob sie Zweig oder Baum, Tucholsky oder Cohn heißen''* eine „*Wolke von Insekten, die sich auf dem Rücken des zerschundenen und ohnmächtigen Deutschland niederließen''* (8,99). Fricke hat übrigens als e i n z i g e r der seinerzeitigen professoralen Unterstützer des Faschismus nach der Wiederaufnahme seiner Lehrtätigkeit in der BRD vor jeder Lehrtätigkeit seine Schuld bekannt, mit der er „*nie zu einem Ende komme''*. (17,156)

Deutsch

Nach dem Verbrennungsakt „marschierten die Kolonnen, braun und feldgrau, marschierten die Chargen mit den bunten Fahnen, die Korporationsstudenten mit dem leuchtenden Couleur, die Studentinnen und Studenten wieder ab ... Und es war, als ziehe eine Truppe zum Gefecht, zum Kampf: deutsche Jugend wider den undeutschen Geist."

(„Generalanzeiger für Bonn und Umgebung'' 11.5.33)

Widerstand gegen die „Aktion wider den undeutschen Geist'' ist nur von drei Hochschullehrern geleistet worden.

Der Rektor der Berliner Universität, Kohlrausch, war im Prinzip mit der Aktion und den Thesen einverstanden, monierte aber die antisemitischen Passagen in den Thesen, die als „*Übertreibungen ... nur geeignet seien, den Kampf gegen den undeutschen Geist zu diskreditieren''*. Sie seien überdies „*Bezeigungen der Verachtung gegenüber Mitmenschen, die man bekämpfen, nicht aber diffamieren dürfe''* („Deutsche Allgemeine Zeitung'', 26.4.33 — 18,99). Die Entscheidung

über den Verbleib des „Thesen"-Anschlags in der Universität wolle er jedoch von der ministeriellen Entscheidung abhängig machen.

Einen erheblichen Schritt weiter ging Eduard Spranger, Ordinarius für Philosophie und Pädagogik an der Universität Berlin. Spranger erklärte öffentlich den Rücktritt von seinem Lehramt unter Bezugnahme auf *„ein paar Sätze"* der „Thesen" und die von der DSt den Einzelstudentenschaften zugegangene Aufforderung „undeutsche" Hochschullehrer zu denunzieren. Jedoch blieb auch Spranger von prinzipieller Kritik weit entfernt; seine Rücktrittserklärung beginnt mit der Feststellung des *„Glück(s) über das wiedergewonnene Deutschland, das am 21. März* (Tag der Reichstagswahl — Anm. AK) *kaum irgendwo so rein und ganz empfunden wurde, wie an den deutschen Hochschulen"* („Deutsche Allgemeine Zeitung", 28.4.33 — 18,100). Spranger nahm im Juni 33 sein Rücktrittsgesuch zurück.

Der Berliner Professor der Theaterwissenschaft, Max Herrmann, beantragte seine Beurlaubung, solange die „Thesen" in der Universität aushängen. An das Kultusministerium schrieb er: *„Meinem Ehrgefühl, das in meiner allezeit gehegten und bekundeten nationaldeutschen Gesinnung tief verwurzelt ist widerstrebt es auf das Entschiedenste, meine akademische Tätigkeit in einem Hause auszuüben, in welchem über die Angehörigen einer Gemeinschaft, zu der ich durch meine Geburt gehöre, öffentlich gesagt wird: ‚Der Jude kann nur jüdisch denken; schreibt er deutsch, dann lügt er.' Das widerstrebt mir um so entschiedener, als ich ja gerade das Wesen deutschen Geistes den Studenten zu verkünden habe. Ich schreibe deutsch, ich denke deutsch, ich fühle deutsch und ich lüge nicht."* (17,143) Max Hermann verlor aufgrund des „Arierparagraphen" im „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" noch 1933 sein Lehramt. 1942 wurde er nach Theresienstadt deportiert, wo er der Mordmaschinerie erlag.

Solidarität

Um den 10. Mai 1933 herum gab es bereits eine Reihe von Solidaritätsaktionen.

In Prag rief das Hillfskomitee für deutsche Exulanten Leser und Büchereibesitzer auf, Bücher zu spenden die in Deutschland verbrannt wurden. In Paris trat erstmals das Komitee zusammen, das ein Jahr später die „Deutsche Freiheitsbibliothek" eröffnen würde. Der Schutzverband deutscher Schriftsteller in Österreich protestierte gegen die Bücherverbrennung (18, 305).

In den USA begannen bereits am 27. April 33 individuelle und Massenproteste. Repräsentanten amerikanisch-jüdischer Religionsgemeinschaften kündigten Protestkundgebungen an und forderten alle Synagogen des Landes dazu auf, demonstrativ einen Gottesdienst abzuhalten, *„um gegen den Plan der Nationalsozialisten zu protestieren, in Deutschland jüdische Bü-*

tesdienst abzuhalten, „um gegen den Plan der Nationalsozialisten zu protestieren, in Deutschland jüdische Bü-

cher zu verbrennen." — Vom 10. Mai berichtete die „New York Times" auf der ersten Seite: *„Hunderttausend marschieren in New York in einer sechsstündigen Protest-Parade gegen die Nazi-Maßnahmen auf".*

Niederländische Buchhändler wiesen in ihren Auslagen auf die Bücherverbrennung hin: Ein Amsterdamer Buchhändler umkleidete seine Schaufenster mit schwarzem Trauerflor und stellte Werke „undeutscher" Autoren aus. Ein Hilversumer Buchhändler ließ über einen Bücherstapel an einem Ventilator befestigte rote Bänder kreisen, so die Flammen symbolisierend. Ein weiterer Amsterdamer Buchhändler veranstaltete eine Ausstellung „Auf dem Scheiterhaufen". Der Vorsitzende des kurz zuvor gegründeten „Komitees zur Verteidigung gegen Terror und Verfolgung in Deutschland" rief zum Boykott Deutschlands auf (1, 224).

Die niederländische Presse berichtete, je nach politischem Standort, mehr oder weniger kritisch. Am ausführlichsten äußerte sich die sozialdemokratische Zeitung „Het Volk" (10.5.). In dem ganzseitigen Artikel wurde aus den Werken von u.a. Remarque, Adler, Schnitzler, Döblin, Lasalle, Feuchtwanger und Marx zitiert. *„Spuk aus dem Mittelalter"* sei die Bücherverbrennung, *„der zu Europas Erstaunen lebendige Gestalt angenommen hat und dessen Geisteskrankheit jetzt ein Land unsicher macht, nach dem wir einst als einer Herberge des Geistes sahen, nach dem wir sahen als dem Geburtsort der edelsten Genies der Welt."* (26). Zur selben Zeit, in der in Deutschland die Bücher brannten, ließ der sozialdemokratische Sender VARA die Autoren der verfemten Werke selbst zu Worte kommen. Es wurden u.a. gesendet Auszüge aus den Werken von Marx, Kautsky, Adler, Engels, Lasalle, Lenin, Brecht, Kästner, Sinclair, Arnold Zweig, Stefan Zweig. Die Sendung schloß mit den Worten: *„Sie verbrennen den Geist nicht, ihr Brüder!"* (18, 223).

„Verbrennt mich!"

Die allermeisten der betroffenen Autoren befanden sich, sofern nicht wie Ossietzky von den Faschisten eingekerkert, zum Zeitpunkt der Bücherverbrennung bereits im Exil.

Alfred Döblin schrieb Ende April aus Zürich: *„Es ist ja jetzt so eine Sache im Lande. Am 10. Mai ist autodafé, ich glaube, der Jude meines Namens ist auch dabei, erfreulicherweise bloß papieren. So ehrt man mich."* (18, 280f.) — Kurt Tucholsky, ebenfalls in Zürich, spöttelte in einem Brief vom 17. Mai an seinen Freund Walter Hasenclever: *„In Frankfurt haben sie unsere Bücher auf einem Ochsenkarren zum Richtplatz geschleift. Wie ein Trachtenverein von Oberlehrern".* Aus dem „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" ersieht er: *„Da kommen sie nun aus allen Löchern gekrochen, die kleinen Provinznutten der Literatur, nun endlich, endlich ist die jüdische Konkurrenz weg — jetzt aber! Will Vesper in seiner ‚Neuen*

tur, nun endlich, endlich ist die jüdische Konkurrenz weg — jetzt aber! Will Vesper in seiner ‚Neuen

Literatur': Immer feste! (Ich werde nun langsam größenwahnsinnig — wenn ich zu lesen bekomme, wie ich Deutschland ruiniert habe. Seit zwanzig Jahren aber hat mich immer dasselbe geschmerzt: daß ich auch nicht einen Schutzmann von seinem Posten habe wegbekommen können.) Binding ist ein großer Mann. Dann: Lebensgeschichten der neuen Heroen. Und dann: Alpenrausch und Edelweiß. Mattengrün und Ackerfurche. Schollenkranz und Maienblut ..." (18, 279f.) — Heinrich Mann schrieb in seinem 1933 in Amsterdam erschienenen Buch „Der Haß": *„Sie sind um einen Fang gekommen, um die Einkerkerung der Denker und Schriftsteller, die gestern Deutschland waren und künftig von ihm übrig bleiben werden."* (18, 282) — Und Ernst Toller bekannte: *„Wir sind nicht schuldlos an unserem Schicksal, wir haben viele Fehler begangen, der größte war unsere Langmut."* (1, 226) Heinrich Manns Äußerungen oder Tollers Offener Brief an Goebbels, aus dem wir zitiert haben, sowie Tollers Rede auf dem PEN-Kongreß in Ragusa, die in der ausländischen Presse weite Verbreitung fand, sind jedoch die Ausnahme: *„Als Einzelgänger ertrugen die vertriebenen und verbrannten Autoren ihr Schicksal mehr oder weniger resignativ"*, stellt Gerhard Sauder, Professor für Neuere Literaturgeschichte, fest (18, 294).

Nicht zu jenen resignierenden Einzelgängern gehört Oskar Maria Graf, dessen den Faschisten zugeschrienes *„Verbrennt mich!"* von allen Zeugnissen der Exilliteratur die weiteste Verbreitung fand, *„von Spitzbergen bis Kapstadt, von Tokio bis New York und San Francisco"* (Graf 1, 283).

Mit blankem Entsetzen hatte Graf feststellen müssen, daß er von den Faschisten in der „Weißen Liste" geführt wurde, daß alle seine Werke (außer: „Wir sind Gefangene") empfohlen wurden.

Graf *„eilte zum Schreibtisch/zornbeflügelt"* (Brecht) und schrieb einen Protest, um dessen Abdruck er „alle anständigen Zeitungen" ersuchte: *„Ich bin also dazu berufen, einer der Exponenten des ‚neuen' deutschen Geistes zu sein!*

Vergebens frage ich micht, womit ich diese Schmach verdient habe!

Das Dritte Reich hat fast das ganze deutsche Schrifttum von Bedeutung ausgestoßen, hat sich losgesagt von der wirklichen deutschen Dichtung, hat die größte Zahl ihrer wesentlichsten Schriftsteller ins Exil gejagt und das Erscheinen ihrer Werke in Deutschland unmöglich gemacht. Die Ahnungslosigkeit einiger wichtigtuerischer Konjunkturschreiber und der hemmungslose Vandalismus der augenblicklich herrschenden Gewalthaber versuchen all das, was von unserer Dichtung und Kunst Weltgeltung hat, auszurotten und den Begriff ‚deutsch' durch engstirnigen Nationalismus zu ersetzen. Ein Nationalismus, auf dessen Eingebung selbst die geringste freiheitliche Regung unterdrückt wird, ein Nationalismus, auf dessen Befehl alle meine aufrechten sozialistischen Genossen verfolgt, eingekerkert, ermordet oder

lismus, auf dessen Befehl alle meine aufrechten sozialistischen Genossen verfolgt, eingekerkert, ermordet oder

aus Verzweiflung in den Freitod getrieben werden!

Und die Vertreter dieses barbarischen Nationalismus, der mit Deutschsein nichts, aber auch schon gar nichts zu tun hat, unterstehen sich, mich als einen ihrer ‚Geistigen' zu beanspruchen, mich auf ihre sogenannte weiße Liste zu setzen, die vor dem Weltgewissen nur eine schwarze Liste sein kann!

Diese Unehre habe ich nicht verdient!

Nach meinem ganzen Leben und nach meinem ganzen Schreiben habe ich das Recht, zu verlangen, daß meine Bücher der reinen Flamme des Scheiterhaufens überantwortet werden und nicht in die blutigen Hände und die verdorbenen Hirne der braunen Mordbanden gelangen!

Verbrennt die Werke des deutschen Geistes! Er selber wird unauslöschlich sein, wie eure Schmach!" (25, 66f.)

Schweigen

So beredt der Massenexodus deutscher Schriftsteller war, so beredt war es das Bleiben und Schweigen eines anderen: Gerhart Hauptmann, dessen soziale Dramen einst für manch sinnigen Skandal gesorgt hatten.

Hauptmann war nach der „Neuordnung" genannten Faschisierung der Dichter-Akademie Mitglied dieser Institution geblieben. Neben Benn, der den Faschisten bereits öffentlich die Stiefel geleckt hatte, war Hauptmann eines der beiden Akademie-Mitglieder von nennenswerterer literarischer Bedeutung „vor den Augen der Welt".

Honoriert wurde Hauptmanns Bleiben nicht. Im „Völkischen Beobachter" wurde er angerotzt: Seine *„unfraglich vorhandene, wenn auch nicht sonderlich weitere dichterische Substanz"* solle zwar nicht geleugnet werden, der *„Dramatiker Hauptmann"* aber sei ein *„Irrtum"* (1, 364).

Am 4. Juni 1933 richtete die Wiener „Arbeiterzeitung" einen Offenen Brief an ihn: *„In diesen letzten Monaten hat ... das leidende Deutschland, Sie, verehrter Gerhart Hauptmann, vernehmlich schweigen gehört ... Ihr Schweigen ist eine der bittersten Enttäuschungen, die wir in diesem von Feigheit und Eigennutz beherrschten Zeitalter erfahren haben ... Aus der preußischen Dichterakademie wurde Thomas Mann hinausgeworfen, Leonhard Frank, Alfred Döblin, Jakob Wassermann. Sie blieben. Blieben neben Hans Johst und anderen Johsten. Man verbrannte die Bücher ihrer Freunde, man schloß in der ganzen Welt geachtete Autoren vom deutschen Buchhandel aus. Sie schwiegen. Niemand stand ihrem Herzen so nahe, daß sie sich zu einem Protest bewogen gefühlt hätten. Auch nicht die kleinste Regung von Kameradschaft stellte sich öffentlich ein ... Sie konnten Märchen dichten, indes hunderttausende Deutsche in einem ungleich geführten Bürgerkrieg von den Söldlingen des neu erstehenden Militärsystems physisch, moralisch und wirtschaftlich umgebracht wurden?*

Sie erlebten das schreckenvollste Trauerspiel Deutschlands und konnten und können schweigen, Gerhart

Sie erlebten das schreckenvollste Trauerspiel Deutschlands und konnten und können schweigen, Gerhart

Hauptmann? ..." (24, 135ff). Hauptmann schwieg, schwieg wie der allergrößte Teil des deutschen Volkes geschwiegen hat und schweigt bis auf den heutigen Tag über seine Mitschuld an den Verbrechen des Faschismus, von denen das Verbrennen von Büchern noch eines der geringsten war.

„Oh Deutschland, bleiche Mutter ..."

AG Exil

Quellen:

(1) Akademie der Künste, „Das war ein Vorspiel nur ...", Ausstellungskatalog, Westberlin 1983.
(2) Beutin u.a., Deutsche Literaturgeschichte, Stuttgart (= Metzler) 1979.
(3) Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror, Basel 1933, Faksimile-Nachdruck Frankfurt (= Röderberg) 1973.
(4) Brenner, Hildegard: Die Republikaner beugen sich dem Wort der Obrigkeit. In: „Das war ein Vorspiel nur ...".
(5) entfällt.
(6) Dahm, Volker: Die nationalsozialistische Schrifttumspolitik nach dem 10. Mai 1933. In: Ulrich Walberger (Hrsg.), 10. Mai 1933, Frankfurt (= Fischer Taschenbuch 4245) 1983, S. 36ff.
(7) Faust, Anselm: Die Hochschulen und der „undeutsche Geist". In: „Das war ein Vorspiel nur ...", a.a.O..
(8) Göttingen unterm Hakenkreuz, Göttingen 1983 (Vielen Dank auch, Re, für die Photokopie!).
(9) Huder, Walter: Bücherverbrennung Deutschland 1933. In: „Das war ein Vorspiel nur ...", a.a.O..
(10) In jenen Tagen ... Schriftsteller zwischen Reichstagsbrand und Bücherverbrennung. Eine Dokumentation. Zusammengestellt von Friedemann Berger u.a. Leipzig und Weimar (= Gustav Kiepenheuer) 1983.
(11) Frankfurter Rundschau, 9.5.83.
(12) Kaiser, Jutta: Die „Aktion wider den undeutschen Geist" und die Bücherverbrennung des 10. Mai 1933. In: Staatliche Kunsthalle Berlin, 1933 — Wege zur Diktatur, (Katalog-)Ergänzungsband, Westberlin 1983.
(13) Kantorowicz, Alfred: Politik und Literatur im Exil, München (= dtv Bd. 10110) 1983 (1978 als Band XIV der „Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte" erschienen).
(14) Krämer-Pein, Marion: Der Buchhandel war immer deutsch. Das „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" vor und nach der Machtergreifung. In: Ulrich Walberer, a.a.O.
(15) Lüthgen, Prof. Dr. phil. et. jur. Eugen, Bonner Rede am 10.5.1933. In: Kampf wider den undeutschen Geist, Bonn, 1933.
(16) Naumann, Prof. Dr. Hans, Bonner Rede am 10.5.1933, a.a.O.
(17) Sauder, Gerhard: Akademischer „Frühlingssturm". Germanisten als Redner bei der Bücherverbrennung. In: Ulrich Walberer, a.a.O.
(18) Sauder, Gerhard: Die Bücherverbrennung. Zum 10. Mai 1933 (kommentierte Dokumentation). München (= Hanser) 1983.
(19) Stern, Guy: The book burning, Widerschein in Amerika. In: „Das war ein Vorspiel nur ...", a.a.O.
(20) Strätz, Hans-Wolfgang: Die geistige SA rückt ein. Die studentische „Aktion wider den undeutschen Geist" im Frühjahr 1933. In: Ulrich Walberer, a.a.O. (Bearbeiteter Nachdruck der 1968 erschienenen Arbeit).

Fortsetzung nächste Seite

1968 erschienenen Arbeit).

Fortsetzung nächste Seite

Antworten

AK-Endredakteur. Wohlmeinend hast du den ersten Artikel unserer Exil-Reihe (AK 233) mit dem Untertitel versehen: *„AK-Serie über antifaschistische Exilliteratur".* Diese Formulierung erinnert uns an das weitverbreitete Fehlurteil, es habe ein einheitliches, womöglich noch einheitlich antifaschistisches (literarisches) Exil gegeben. Der Exulant F.C. Weiskopf — und mit ihm viele andere ähnlich — stellte demgegenüber 1948 in seinem „Abriß der deutschen Literatur im Exil" fest: *„Unter den literarischen Emigranten gab es die gleichen Unterschiede sozialer, weltanschaulicher und sonstiger Art wie unter den nichtliterarischen. Und verschieden wie die Daten und Motive der Emigration waren auch die Reaktionen der Ausgewanderten und Flüchtlinge."* — Zwar werden wir im Verlauf unserer Artikelreihe dem antifaschistischen T e i l des literarischen (und allgemeiner: künstlerischen) Exils unsere besondere Aufmerksamkeit widmen; da wir jedoch das Exil in seiner tatsächlichen Gestalt darstellen wollen, können wir uns auf seinen antifaschistischen Teil nicht beschränken.

AK-Leser (1). Der als Titel unseres ersten Artikels verwendete Begriff „Kulturbolschewismus", so hören wir, hat Ratlosigkeit ausgelöst. Es sei nicht klar geworden, was denn nun „Kulturbolschewismus" ist. Nun, jene, die meinen, den Begriff nicht verstanden zu haben, die haben ihn verstanden. Was meint: Es handelt sich *„um ein devastierendes* (verheerendes — Anm.) *Schlagwort ... Wollen wir es näher bestimmen"*, schreibt Carl von Ossietzky in seinem Aufsatz „Kulturbolschewismus" (der im AK 233 übrigens nachgedruckt ist), *„so tappen wir allerdings im dicksten Finstern. Wenn der Kapellmeister Klemperer die Tempi anders nimmt als der Kollege Furtwängler, wenn ein Maler in seine Abendröte einen Farbton bringt, den man in Hinterpommern selbst am hellen Tage nicht wahrnehmen kann, wenn man für Geburtenregelung ist, wenn man ein Haus mit flachem Dach baut, so bedeutet das ebenso Kulturbolchewismus wie die Darstellung eines Kaiserschnitts im Film".* Ossietzkys Artikel sei nachdrücklich zur Lektüre empfohlen.

AK-Leser (2). Auf unseren ersten Artikel hin haben wir viel wohltuendes (mündliches) Lob bekommen und auch eine (dankenswerterweise schriftliche) herbe Kritik. Wir freuen uns über alle Vorschläge und Kritiken — Antwort ist garantiert! Und wer nicht schreiben mag, der kann seine Wertschätzung auch in einer angemessenen Spende für den AK ausdrücken.

Exil-Kongreß in Osnabrück. Von dem runden Dutzend Vorträge zu verschiedenen Aspekten des Exils und den begleitenden Ausstellungen im Rahmen der „Woche der verbrannten Bücher" (s. AK 233) werden unsere künftigen AK-Arbeiten rund, rosig und dick werden können. Ein ganz großes Lob den Organisator/inn/en und Referent-/inn/en des Kongresses! Aus dem Kreis der Exil-Wissenschaftler haben wir die Zusage für einige Gastbeiträge im AK erhalten. Von einem Kongreßbericht im AK haben wir abgesehen, interessierte Leser/innen können sich aber zwecks Auskünften an uns wenden; überdies wird von den Organisatoren des Kongresses die Herausgabe einer Dokumentation erwogen, deren Erscheinen wir (hoffentlich bald) an dieser Stelle anzeigen können.

Westberliner. Die Ausstellung der Akademie der Künste zur Bücherverbrennung — „Das war ein Vorspiel nur ..." — habt ihr nun, weil seit dem 3. Juli geschlossen, verpaßt. Aber es gibt ja einen opulenten Katalog, erschienen beim Medusa Verlag (der ansonsten lieber mal seine Korrektoren anständig bezahlen sollte, damit die es nicht mehr nötig haben, in aller Eile — um auf einen halbwegs anständigen Stundenlohn zu kommen — über die Ansammlung von Satzfehlern wegzurauschen). Empfehlen wollen wir den Katalog jedoch nur mit Vorbehalt; zum einen ist er mehr was für Spezialisten, zum anderen ist er mit 36 Westmark doch reichlich teuer (Zweitausendeins, ob mensch den Laden nun mag oder nicht, hätte es in gleicher Qualität wohl für 20 emm getan).

Friedrich Schiller. Sie teilen uns mit (und wir übermitteln es gerne unserer Leserschaft), daß in ihrer bundesdeutschen Dependance, dem Schiller-Nationalmuseum zu Marbach am Neckar, derzeit und noch bis zum 31.10. (täglich von 9 — 17 Uhr) die Ausstellung „Klassiker in finsteren Zeiten 1933 — 1945" präsentiert wird. Sie verweisen uns insbesondere auf jenes Schreiben der Kanaille Bormann, in dem er auf Führers Geheiß Ihren „Wilhelm Tell" verbieten ließ. Den Katalog der Austellung (2 Bände, zusammen rund 800 S., in der Austellung 30,-, im Buchhandel 40,-) wollen wir durchaus dem spezieller interessierten Teil unseres Leserpublikums empfehlen. Die Aufnahme jenes Herrn Gottfried Benn in das Kapitel „Gegenwelten" (was jene nachklassische Fiktion „Innere Emigration" meint) empfinden wir mit Ihnen als degoutant; erachten aber ansonsten die versammelten und erhellend kommentierten Dokumente für einen (erschreckend) schlüssigen Beleg der Äußerung Ihres Kollegen H. Mann, der schon unmittelbar nach der Machtzuschiebung voraussagte, die Faschisten würden, wagten sie's nur, auch die Klassiker verbrennen. Allerdings wurde diese Voraussage übertroffen: Die Faschisten beschmutzten Ihr und Ihrer Kollegen Werk, indem sie es für ihre verbrecherischen Taten mißnutzten.

Gerd Deumlich. Als Mitglied des Präsidiums der DKP haben Sie *„eine ausführliche Würdigung der großen Schriftstellerin"* Anna Seghers verfaßt, meldet „Unsere Zeit" vom 10.6. Wir lesen also nach („UZ", 7.6.): *„Man kennt von Anna Seghers ... keinen autobiographischen Bericht. Da ist es fast ein Glücksfall, daß sie 1975 in einem Gespräch der UZ anvertraute ..."* — aber da mögen wir schon nicht mehr weiterlesen.

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands. Anläßlich Ihrer Umtaufung von KABD in MLPD befragten Sie sich: „Hammer oder Amboß?". — Nun teilen Sie in Ihrer „Roten Fahne" vom 3.7. mit, Anna Seghers — *„Kämpferin gegen Faschismus"* — habe sich mit der *„neuen Bourgeoisie"* in der DDR ausgesöhnt und sei deren *„Bestandteil"* geworden. Überdies habe sie durch die *„Annahme der Ehrenbürgerschaft ihrer Vaterstadt Mainz"* gezeigt, *„daß sie sich mit den Feinden der Arbeiterklasse ausgesöhnt"* habe. — Die Frage also, ob es sich bei Ihrer Partei um „Hammer oder Amboß" handelt ist somit geklärt: Schrott!

I.B., Hamburg. Ja, der Serientitel „Exilliteratur" ist zu eng gewählt. Zum einen ist die Auseinandersetzung mit der Exilliteratur nur möglich auf Grundlage der Kenntnis der sozialen und politischen Bedingungen des Exils; zum anderen wollen wir, um Breite und Vielfalt des Exils zumindest anzudeuten, auch Artikel über Malerei im Exil, Volksfront und Exilliteratur u.ä. im Rahmen dieser Serie veröffentlichen. Die Serie wird also künftig unter dem Obertitel „Exil" erscheinen, die AG sich entsprechend von jetzt an nennen

AG Exil

Tips zum Weiterlesen

Mit dem in diesem AK veröffentlichten zweiten Teil des Artikels zur Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 ist die Darstellung der Vorgeschichte einerseits des Exils, andererseits der faschistischen Kulturpolitik abgeschlossen. Denen, die mehr wissen möchten, als wir bei ohnehin schon extensiver Ausnutzung der AK-Seiten haben bieten können, sei zu weiterer Lektüre empfohlen an erster Stelle

Ulrich Walberer (Hrsg.), 10. Mai 1933 — Bücherverbrennung in Deutschland und die Folgen, Frankfurt/Main (= Fischer-Taschenbuch Bd. 4245) 1983. 318 S., DM 9.80

Mit den elf Aufsätzen von jeweils zwanzig bis fünfzig Seiten, den beigegebenen Dokumenten und den Berichten Betroffener wird zu allen wichtigen Aspekten der Bücherverbrennung — ihrer Voraussetzungen, ihrer Durchführung wie ihrer Folgen bis auf den heutigen Tag — eine fundierte Einführung gegeben, die auch unter der allgemeinen Fragestellung ,,Wie konnte es zum Faschismus kommen, wie hat er seine Macht etabliert?'' lesenswert ist.

Zweitens die Dokumentation

In jenen Tagen ... Schriftsteller zwischen Reichstagsbrand und Bücherverbrennung. Zusammengestellt von Friedemann Berger u.a., Leipzig und Weimar (= Gustav Kiepenheuer Verlag) 1983. 593 S., DM 17.80 (West-Preis)

In dieser Dokumentation sind, überwiegend bezogen auf den Zeitraum 1932/33 bezogen, insgesamt rund 200 Texte sowohl von betroffenen Schriftstellern wie Faschisten-Äußerungen und Dokumente zusammengestellt. Die Texte sind — wie es bei den meisten entsprechenden DDR-Publikationen der Fall ist — gut kommentiert, so daß mensch, auch ohne über geschichtliche Details informiert zu sein, nie den Durch- und Überblick beim Lesen verliert. Zudem ist der Band bei einem durchaus erträglichen Preis gut ausgestattet (Leineneinband, Lesebändchen, grafisch gestaltetes Vorsatzpapier), so daß man nicht wie bei manchen Westproduktionen befürchten muß, nach dem fünften Nachschlagen des Buches die losen Blätter einsammeln zu müssen. Nützlich wäre es jedoch gewesen, wenn die Herausgeber den Band mit bio-bibliographischen Angaben versehen hätten.

Ebenfalls um eine Dokumentation handelt es sich bei dem Werk

Die Bücherverbrennung. Zum 10. Mai 1933. Herausgegeben von Gerhard Sauder. München, Wien (= Carl Hanser Verlag) 1983. 340 Seiten, DM 29.80

Diese Dokumentation hätte es aufgrund ihrer Qualität eigentlich verdient, an erster Stelle genannt werden, handelte es sich nicht um eine wissenschaftliche Arbeit, die dem ,,durchschnittlichen Interessierten'' nun doch nicht so ohne weiteres anempfohlen werden kann. Gerhard Sauder — mit viel understatement, betrachtet mensch sonstiges Publikationsgebaren, als ,,Herausgeber'' bezeichnet — stellt in der Einleitung die Geschichte der Bücherverbrennungen von der älteren chinesischen Geschichte über die französische Revolution und das Wartburgfest bis in die heutigen Tage in ihrem jeweiligen politischen und Begründungszusammenhang dar. Dem folgt eine Dokumentation, so sorgfältig ausgewählt und klärend kommentiert, wie wir es bisher nur selten gefunden haben. Mit Sauders Arbeit liegt die erste vollständig zu nennende Dartellung der Bücherverbrennung in Dokumenten vor, von der wir bei unserer Artikelarbeit erheblich haben profitieren können.

Für nur bedingt empfehlenswert halten wir

Dort wo man Bücher verbrennt — Stimmen der Betroffenen. Herausgegeben von Klaus Schöffling. Frankfurt/Main (= suhrkamp taschenbuch 905) 1983. 484 S., DM 14.-

Beim Vergleich mit der entsprechenden DDR-Dokumentation schneidet dieser Band eindeutig schlechter ab. Für nur ein paar Mark mehr und in wesentlich besserer Austattung bringt ,,In jenen Tagen ...'' neben Schriftsteller-Äußerungen auch die wichtigsten Dokumente der Gegenseite, während Schöffling sich auf die Wiedergabe von ,,Stimmen der Betroffenen'' beschränkt. Von einem gewissen Interesse könnten in seiner Zusammenstellung nur sein die sieben Gespräche, die er 1982 mit Exilschriftstellern und -verlegern führte.

K., AG Exil

wenn die Herausgeber den Band mit bio-bibliographischen Angaben versehen hätten.

K., AG Exil

(21) Walter, Hans-Albert: Bedrohung und Verfolgung bis 1933. Deutsche Exilliteratur 1933 — 1950. Band 1. Darmstadt und Neuwied (= Sammlung Luchterhand, Bd. 76), 1972.
(22) Walter, Hans-Albert: Schwieriges Gedenken? Über den öffentlichen Umgang mit unserer Vergangenheit. In: Frankfurter Rundschau, 21./22.5. 1983, Beilage.
(23) Weiskopf, F.C.: Unter fremden Himmeln. Ein Abriß der deutschen Literatur im Exil 1933 — 1947. Berlin und Weimar (= Aufbau-Verlag) 1981 (erw. Nachdr. d. Ausg. v. 1948).
(24) Weiss, Hermann: Besser ein Mühlstein am Halse. Reaktionen in der ausländischen Presse. In: Ulrich Walberer, a.a.O.
(25) Wulf, Joseph: Literatur und Dichtung im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Reinbek b. Hamburg (= Rowohlt), 1966 (die Dokumentationen von J. Wulf sind kürzlich im Ullstein-Verlag — ausgerechnet! — neu aufgelegt worden).
(26) Vrij Nederland, 7.5.83.

Anmerkungen:

27) Zum Begriff „Gleichschaltung" schreibt Hans-Albert Walter: *„Wie so manche andere faschistischen Termini ist dieser von Zeitgenossen und Historikern unreflektiert übernommen worden. Bei Licht besehen handelt es sich bestenfalls um die pseudolegale oder offen illegale Ausschaltung nichtfaschistischer Personen oder Institutionen, um die Umfunktionierung von Institutionen zu faschistischen Vollzugsinstrumenten. Dieses Ausleben der faschistischen Totalitätszwänge als Gleichschaltung zu bezeichnen, erscheint mir absurd. Das Wort verharmlost und vernebelt die Vorgänge."* (21, 277).

(28) Die Vorbereitungen zur Bücherverbrennung sollten ursprünglich verbunden werden mit der Denunziation jüdischer oder sonstwie mißliebiger Hochschullehrer und mit der Errichtung eines „Schandpfahls", an den die Namen der Denunzierten sowie Exemplare „undeutschen" Schrifttums angenagelt werden sollten. Der „Spionage-Erlaß" und die Anweisung zur Errichtung von Schandpfählen stießen auf sowenig Resonanz, daß sie von der DSt-Führung Anfang Mai zurückgezogen wurden. „Schandpfähle" wurden denoch, teils im Stadtgebiet, teils auf Universitätsgelände in Dresden, Erlangen, Königsberg, Münster und Rostock errichtet (18, 238f.)

(29) Es würde den Rahmen dieses Artikels endgültig sprengen, wenn wir — was eigentlich angebracht wäre — auf die Rolle der Hochschulen, der Professoren wie der Studentenschaft, bei der Zerstörung der Weimarer Republik und der Machtzuschiebung an die Faschisten in angemessener Ausführlichkeit eingehen würden. Es sei stattdessen auf zwei Aufsätze zum Thema empfehlend hingewiesen:
— Anselm Faust: Die Hochschulen und der „undeutsche Geist". In: „Das war ein Vorspiel nur ...", Katalog zur Ausstellung „Bücherverbrennung Deutschland 1933: Voraussetzungen und Folgen", Westberlin 1983, S. 31 — 50;
— Gerhard Sauder: Akademischer „Frühlingssturm" — Germanisten als Redner bei der Bücherverbrennung. In: Ulrich Walberer (Hrsg.), 10. Mai 1933, Frankfurt 1983 (= Fischer Taschenbuch 4245), S. 140 — 159).

Unübertroffen, zu diesem Thema ist bis dato die von Joseph Wulf gemeinsam mit Léon Poliakov herausgegebene Dokumentation „Das Dritte Reich und seine Denker" (1959). Der Verlag K.G. Saur hat 1978 einen Nachdruck dieser Ausgabe aufgelegt. Der Band kostet, vermutlich weil er „mit Unterstützung der Bayerischen Staatsbibliothek ... herausgebracht" wurde 60.-DM — aber wozu gibt's schließlich Leihbüchereien?!

Wanderkrebs und Hirsebrei — ein Staatssalat

Das gesunde Volksempfinden ist wieder en vogue, der ,,Massengeschmack'' wird zum Kennzeichen des wahren (= wehrhaften) Demokraten, und die Trendsetter des Sommer 83 (Modefarbe: schwarz) hocken in Bayern.

Apropos Bayern: ,,Diese Gegend hat mich kaputt gemacht, und ich bleibe solange, bis man es ihr anmerkt'' (H. Achternbusch). Apropos Massengeschmack: *,,Ich versuch schon, so zu schreiben, daß es die Leut kapiern. Aber des is a Ziel, des geht net so einfach. Man ist auf der Schul gwesn ... Was versteht scho a jeder? Wer wird am meisten verstanden? Da kann man sagen, der Strauß und solche Leut, die werden am meisten verstanden''* (H. Achternbusch). Und wo wir schon dabei sind: Apropos Trendsetter, apropos Strauß und Co.: *,,MINISTERPRÄSIDENT: Du sollst mich nicht photographieren, wenn ich blöd schau. Und ein Ministerpräsident muß blöde schauen, wenn ihn die besten Kräfte seiner Bevölkerung verlassen. Weg mit dir! Hm. Redet so die demokratische Bevölkerung? Wichtig ist, wie die Regierung redet! Verhaftet den Mensch!''*

Das letzte Zitat soll kein Zitat werden, vor allem kein gefilmtes Wort, und deshalb verweigert Innenminister Zimmermann H. Achternbusch die Förderungsgelder für dessen Opus ,,Wanderkrebs'': Die Geschichte eines Wanderarbeiters, der nach Japan auswandern will, weil der Wald sauer geworden ist, der aber zuvor besagtem Ministerpräsidenten (namenlos) begegnet, wird nun mit Förderungsgeldern des Hamburger Filmbüros gedreht werden können, das sich bereit erklärt hat, 180.000 DM zuzuschießen (,,FAZ'', 13.7.83). Doch das ist erst der dritte — und gewiß nicht letzte — Akt einer Inszenierung, die ihren Anfang am 18.8.1980 um 23 Uhr im ARD Spätprogramm hatte.

Damals ging es noch nicht um das ,,religiöse Empfinden'', die Ausstrahlung des Achternbusch Filmes ,,Servus Bayern'' durch den Süddeutschen Rundfunk im ARD-Spätprogramm ist zuerst einmal *,,eine Beleidigung unsrer bayerischen Landsleute''* (SPD-MdL J. Böddrich), *,,schlicht und einfach eine Sauerei!''* (Innenminister Tandler), *,,eine der gröbsten Beleidigungen für fast alle Bayern''* (ein Leserbrief-Schreiber aus Preißn an ,,Hör Zu'') — Anlaß genug auf jeden Fall, die Frage nach dem Fortbestand der ARD zu stellen und die günstige Gelegenheit zu ergreifen, mehr bayerische Rechte in ihren Gremien zu fordern, damit ,,so etwas'' nicht noch einmal vorkommt (alle Zitate aus ,,SZ'' vom 16.5.81). Das im Hause Springer veröffentlichte Volksbewußtsein (gsund samma) hat noch anderes im Blick: *,,Die Rede-, Presse- und Rundfunkfreiheit ist hier doch wohl etwas zu stark strapaziert worden''* (Hans V. an ,,Hör Zu''). Gut gebrüllt, allein: es gibt diese Freiheit nun mal, es sei denn, ja es sei denn . . . ob da nicht auch irgendwoirgendwie das religiöse Empfinden . . . Aber vielleicht würde es für diesen schwarzen Trumpf noch eine günstigere Gelegenheit geben.

Gespenster

Die Gelegenheit kam: Wende in Bonn und vor allem die Chance, nunmehr an den Hebeln der Macht, die Wende im Medienbereich durchzuführen: Keine ,,Ratten und Schmeißfliegen'' mehr fördern zu müssen, sondern der Industrie und seriösen Meinungs-Manipulatoren Tor und Kanäle öffnen zu können. Das war eine gute Gelegenheit, um auch das Massenmedium Film, dessen kritischer Teil nicht finanzstark genug ist, um ohne Subventionen und TV-Kooperationen wirtschaftlich überleben zu können, in den Griff zu kriegen. Da kam Achternbuschs ,,Gespenster'' — mit Mitteln des Bundesfilmpreises (1) (noch aus der Ära Baum) gedreht — gerade recht. Die Ereignisse an sich sind bekannt: erst die Feststellung, daß der Film a) mit ,,gut'' natürlich nichts zu tun hat, b) das religiöse Empfinden verletzt, c) deshalb die letzte noch ausstehende Rate von 75.000 DM einbehalten wird, d) mittlerweile ein Ermittlungsverfahren der Münchner Staatsanwaltschaft gegen ,,Gespenster'' läuft (ca. 400 Anzeigen, davon mehr als dreihundert aus einem Dorf nahe Ulm, das kein Kino hat), e) eine Klage Achternbuschs gegen Zimmermann erhoben wurde, f) Achternbuschs neuestes Filmvorhaben ,,Wanderkrebs'' nach einer Entscheidung Zimmermanns gegen den Beschluß des Expertenausschusses nicht gefördert werden wird (erstmalig in der BRD-Filmförderung entscheidet ein Innenminister gegen seine Experten), g) Zimmermann plant, die gesamte bundesdeutsche Filmförderung umzukrempeln: ***,,Ich weiß nicht was Sie für einen perversen Geschmack haben . . .''*** (F.Z.).

Komödienstadel, Peter Alexander und Heino jedenfalls sind erfolgreiche und deshalb für den Herrn Minister prima Unternehmungen. Wer das nicht so sieht (wie die ,,Spiegel''-Redakteure, s. Nr. 28/1983), muß sich eben hochnotpeinliche Fragen gefallen lassen. Zimmermanns Erkenntnis jedenfalls, daß das ,,Kulturinstrument Film'' die *,,Bewußtseinslage eines Volkes und einer Zeit ebenso spiegelt, wie es die Lebenseinstellung seiner Zuschauer mit zu beeinflussen vermag''*, ist ja so neu nicht und wenn er wenige Sätze später feststellt, daß Förderungsmaßnahmen *,,daher nicht den Charakter von Krücken für Gebrechliche, sondern von Stärkungsmitteln für einen Genesenden oder Heranwachsenden''* darstellten, entspricht das a) der neuen CDU-Sozialpolitik, und b) weist es in die richtige Richtung: *,,Wir haben nicht die Absicht, die Produktion zu lähmen. Wir denken nicht daran, einen Zustand der Unsicherheit aufkommen zu lassen. Bei diesem großen Umbruch*

die richtige Richtung: ,,Wir haben nicht die Absicht, die Produktion zu lähmen. Wir denken nicht daran, einen Zustand der Unsicherheit aufkommen zu lassen. Bei diesem großen Umbruch

der Zeit muß der Film in die Lebensnähe des echten Volksdaseins rücken. Die Regierung will mit der schaffenden Filmwelt Hand in Hand gehen und mit dieser einen gemeisamen Weg beschreiten. ... Die Kunst ist frei, und sie soll frei bleiben, allerdings muß sie sich an bestimmte Normen gewöhnen. In einem anderen Land als Deutschland wäre es überflüssig, dies zu betonen. Aber man hat in letzten Jahren jedes normale politische Denken ertötet'' (Joseph Goebbels am 28.3.1933 im Kaiserhof vor Vertretern der Filmwirtschaft, zit. n. ,,Film im Dritten Reich'', Karlsruhe 79).

,,Die Filmförderung muß über die Breite der möglichen Genres gehen. Sie soll gewiß auch Problemfilme umfassen, aber sie braucht die Heiterkeit, das Lachen nicht auszuschließen'' (F.Zimmermann). Lachen natürlich nicht über die beiden Kirchen, sondern Lachen über Asoziale, Neger, Irre, Krüppel und was sich an erheiternden Randexistenzen im bundesdeutschen Großstadtdschungel sonst noch findet. Staatstragendes Gelächter. Ein Mittel dazu sollen Ausschreibungen des Ministeriums werden ,,mit jährlich wechselnden Themen''. Also für 1984 z.B. ,,Wie schön ist es daheim zu sein — Türken in der Türkei'' oder ,,Der 48 Stunden Tag — ein Computer erzählt aus seinem lustigen Arbeitsleben.''



Zimmermanns neuer Kinogänger
Copyright Regenschein Karten Verlag Schaschko & Freund Astallerstraße 2, D-8000 München 2

Und es kriselt doch?

In der Ablehnung der Zimmermannschen Gewaltmaßnahmen sind sich die Medien von der ,,FR'' über die ,,Zeit'' (wie wohl Helmut Schmidt den H.A. findet?) bis hin zur ,,FAZ'' einig. Die CDU hält sich bedeckt und die FDP kämpft heftig ums Profil (2).

Für alle aber ist die Zensurmaßnahme gegen Achternbuschs Filmarbeit Anlaß, über Größeres nachzudenken. ,,Die Zeit'', schon seit längerem auf eher konservativem Kurs, ist sich mit Zimmermann insoweit einig, als auch ihr Redakteur Hans C. Blumenberg der Meinung ist, ,,*das Handwerk des Erzählens, das Überwinden der Berührungsangst vor dem Aktuellen und Trivialen, vor dem Komischen und Staunenswerten*'' müsse gelernt werden, um festzustellen: ,,*Verbündete sollte es auch unter den Konservativen geben*'' (will Hans C. Blumenberg zum ,,Pflasterstrand''??), oder noch besser: Es ,,*könnte die merkwürdigsten Koalitionen geben: warum nicht zwischen den um Veränderung bemühten Autoren-Filmern und den nachdenklicheren Leuten in der Münchner Staatskanzlei . . .*'' (,,Die Zeit'', 8.7.83).

Daß das nur ein frommer (ich glaube an den guten Willen und die Macht der Hoffnung . . .) Wunsch sein kann, hätte Blumenberg schon bei Achternbusch nachlesen können: ,,*Der letzte Terrorist ist mir immer noch lieber als der erste von der CSU*''. Im Übrigen hat Blumenberg natürlich recht, wenn er kritisiert, daß die phantasievolle Innovation und der gelungene kritische Aktualitätsbezug bei den bundesdeutschen Filmern nicht gerade Hochkonjunktur hat (s.AK 232 ,,Berlinale linksherum''), nur: das ist kein spezifisches BRD-Film Problem.

Die unbezweifelbare Tatsasche, daß mehr Leute sich Filme wie DIVA oder GHANDI angucken als Achternbuschs GESPENST oder S.S.Saless UTOPIA hängt mitnichten mit deren besserer handwerklicher Qualität oder gar größerer Fröhlichkeit zusammen. Der Publikumsgeschmack richtet sich wohl nur in Ausnahmefällen — und das gesteht Blumenberg ja selbst ein, wenn er RTL nicht als Maßstab für ,,gutes Radio'' anzuerkennen bereit ist — nach Qualitätsmaßstäben, was u.a. auch mit der Unfähigkeit des Publikums, ,,Film zu sehen'' (filmische Kategorien zu beurteilen), zu tun hat. Kein Fehler eines ,,dummen Publikums'', sondern in der Funktion von Kultur in der BRD begründet. Der Ruf nach besserer Qualität im bundesdeutschen Autorenfilm ist also sicher berechtigt; aus Anlaß der Zimmermann'schen Maßregelungen zu dieser Forderung zu kommen, erscheint alerdings ziemlich fragwürdig — obwohl ja angesichts der Finanzkrise in den bundesdeutschen Theatern ähnliches zu beobachten war/ist: Die Kulturverwalter riefen ,,Kürzen'', und die Antwort vieler Theaterleute war: ,,Eigentlich lieber nicht, aber das ist doch ein prima Anlaß, die Struktur zu verändern und bessere Qualität zu erzielen'' (s.AK 228, ,,Krankenhausgeld und Theater GmbH'').

ähnliches zu beobachten war/ist: Die Kulturverwalter riefen ,,Kürzen'', und die Antwort vieler Theaterleute war: ,,Eigentlich lieber nicht, aber das ist doch ein prima Anlaß, die Struktur zu verändern und bessere Qualität zu erzielen'' (s.AK 228, ,,Krankenhausgeld und Theater GmbH'').

Scharfe Kritik erntete Zimmermann auch von der ,,FAZ'': ,,*Die Bundesregierung ist nur darin frei, daß sie darüber entscheidet, ob eine Spitzenförderung der Filmkunst stattfindet oder nicht. Findet sie statt, so wird sie selbstverständlich aus Steuermitteln bezahlt wie die Rüstung oder die Verkabelung durch die Bundespost. ... Sie kann nicht sagen: Aus steuerlichen Gründen (3) erhalten brave Filme eine Förderung, unbrave erhalten keine. Dies wäre nämlich in jedem Fall Zensur.*'' Zustimmend wird die Erklärung der Film-Regisseure zum Fall Achternbusch zitiert, und am Ende des zweispaltigen Artikels zieht Hans Schwab-Felisch als Fazit: ,,*Es herrscht Krieg zwischen den Repräsentanten des Autorenfilms und dem Bundesinnenminister. Eine Art Kulturkampf ist absehbar, bei dem es unter Umständen auch um den Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes gehen wird, um den sogenannten Kunstvorbehalt. Es ist gespenstisch*'' (,,FAZ'', 27.6.83). Damit nun aber niemand meine, daß die ,,FAZ'' plötzlich zu den vehementesten Befürwortern radikaldemokratischer Prinzipien geworden ist (das wird sie auch im Feuillton — da sei FKF vor — nie sein), folgt ein klärender Kommentar am 11.7.83. Ein ,,ze'' (Filmredakteur Michael Schwarze) deutet unter der Überschrift ,,Schulterschluß'' an, was das eigentlich Ärgerliche an der Zimmermann-Politik sei: Sie ist so plump, daß das, ,,*was eine Debatte über Qualität, Verschwendung und Überheblichkeit im deutschen Film hätte werden können, zu einer ideologischen Kontroverse geworden*'' ist. Die — nach Meinung auch des ,,FAZ''-Filmredakteurs — notwendige Veränderung des Filmförderungssystems, ,,*in dem die Selbstverwirklichung des tatsächlichen oder eingebildeten Künstlers sehr, die Kinokasse aber nur maßvoll ins Kalkül gezogen wird*'', scheint gefährdet, die Umwandlung ist nicht mehr in aller Stille durchführbar. Auffällig ist, daß Schwarzes Argumentation der Blumenberg'schen ausgesprochen ähnlich ist, die Haltung der ,,FAZ'' zu Kabelfernsehen und neuen Medien gleichwohl sehr viel deutlicher (nicht umsonst hat die ,,FAZ'' schon seit geraumer Zeit eine sich ständig erweiternde Bildschirmtext-Redaktion). Das sollte Blumenberg zu denken geben.

„Kein krankhafter Organbefund"

Und so mußte der TÜV Bayern e.V. H.Achternbusch die Fähigkeit zusprechen, ein Kfz. Klasse 3 zu führen.

Bemerkungen zum Schreiber Achternbusch: ,,*Der Film ist erfrischend in seiner meist humorvollen Frechheit . . .*'' (,,Politische Berichte'', 9.4.83).

,,*Herbert Achternbusch ist der Klassiker des antikolonialistischen Befreiungskampfes auf dem Territorium der BRD*'' (Heiner Müller).

Achternbusch ist dennoch alles weniger als ein Schreiber, dessen sich die Linke als Gallionsfigur bedienen würde, könnte, dürfte. Es ist zwar kein Problem, aus seinen Büchern die entsprechenden Veröffentlichungen raus-

ungskampfes auf dem Territorium der BRD'' (Heiner Müller).
Achternbusch ist dennoch alles weniger als ein Schreiber, dessen sich die Linke als Gallionsfigur bedienen würde, könnte, dürfte. Es ist zwar kein Problem, aus seinen Büchern die entsprechenden Veröffentlichungen raus-

zuklauben (siehe Kasten) — eine Auseinandersetzung mit Achternbusch wird deswegen nicht unnötig. Es ist immerhin auffälig, daß Achternbusch, der sich jeglicher Bewegungs- und Auftragsschreiberei radikal entzieht, der in seinen Filmen, Büchern und Theaterstücken einen absoluten Subjektivismus pflegt und auch kultiviert, weitaus stärker provoziert und die Fronten klärende Auseinandersetzungen herbeiführt als die ,,bots'', Volker Schlöndorff und Günther Graß zusammen (die ,,klassenbewußten Literaten'' sind ja leider -?- in den dreißigern schon veraltet gewesen). Nun ist das sicher nicht die einzige Aufgabe von Kunst, aber doch eine wichtige: sich den Moden zu verweigern, kommerzielle Rezeption nicht zuzulassen. Achternbusch als Subjekt zielt dabei nicht auf eine unpolitische bzw. tendenziell konservative Innerlichkeit ab, sondern faßt sein Elend als das Elend der Welt und damit politisch auf: ,, . . . *das Bild eines im völligen Zusammenbruch begriffenen Menschen ist wirklich derart, daß es sich keine Einbildungskraft, so unterrichtet und geübt sie auch sein mag, so schaffen kann, wie es wirklich ist*'' (aus ,,Kuschwarda City''). Achternbusch ist für Achternbusch der Größte und das ermöglicht ihm, Bücher zu schreiben und Filme zu drehen, die sich gegen die Substanz unseres fdgo Staates wenden, indem sie die Zerstörungen, die er an seinen Individuen verursacht, aufzeigen (,,Ella''), aber gleichzeitig nicht für e i n e Sache instrumentalisierbar sind. Wir können Achternbusch also nicht loben, weil er ,,in seiner meist humorvollen Frechheit'' Staat und Kirche attackiert, uns aber nicht damit auseinandersetzen, wie er das tut und was das für Auswirkungen auf unseren Umgang mit Kunst insgesamt haben sollte: Kunst nicht nur als ein Instrument im politischen Kampf zu sehen, sondern ihr auch einen Subjektcharakter, Autonomie zuzugestehen. Dann müssen wir uns aber auch mit ihren Techniken, ihrer Entwicklung beschäftigen — na und dann sind wir wieder bei der Udo L.-Debatte . . .

,,*Dann saßen wir im Gasthaus für Einheimische und tranken und redeten, die Rationalisierung. Daß ein jeder nach wie vor arbeiten muß, daß ihm die Zunge bis zum Boden nunter hängt. Und damit er nicht sagen kann, wie beschissen er das eigentlich findet, steigen ihm die schwarzen Teufel auf die Zunge. Mei, und das sage ich dir, die haben Militärstiefel an mit einem mordsmäßigen Profil, und das Profil drücken sie, brennen sie der Landbevölkerung in die Zunge ein, daß die gar nichts mehr anderes sagen können als den Schmarren, den sie jetzt auf der Zunge haben und innerlich immer mehr verkommen. Leer werden, fabrikationstauglich, militant und selbstlos. Nicht einmal eine Kuh ist mehr schön und wurde doch früher mit der Venus verglichen. Es geht dahin. Der Krieg ist nahe. Das Ende. Der Eimer ist offen. Der Abfall ist da.*'' (Programmbuch Nr. 18, Schauspielhaus Bochum 80/81).

Fassanbass

früher mit der Venus verglichen. Es geht dahin. Der Krieg ist nahe. Das Ende. Der Eimer ist offen. Der Abfall ist da.'' (Programmbuch Nr. 18, Schauspielhaus Bochum 80/81).
Fassanbass

Anmerkungen

(1) Der „Deutsche Filmpreis" (auch Bundesfilmpreis) wird seit 1976 verliehen und dient der „Auszeichnung und Förderung von Spitzenleistungen", die ausgezahlten Prämien sind zweckgebunden für die Herstellung weiterer „guter" Filme. Preisverleiher ist das Bundesinnenministerium, das insgesamt einen Etat von 6 Mio. DM für Filmförderungsmaßnahmen zur Verfügung stellt, wobei zu beachten ist, daß Kultur der Länderhoheit unterliegt, die BMI-Gelder also eine „wirtschaftliche Förderung" sind. Neben dem Filmpreis gibt es auch einen Etat für die Projektförderung u.a. für Spielfilme oder auch hervorragende programmfüllende Filmvorhaben ohne Spielhandlung. Außerdem werden auch Filmtheater mit einem hervorragenden Programm ausgezeichnet: Vorausgesetzt, ein angemessener Anteil deutscher, d.h. BRD-Produktionen ist darunter. Im übrigen gibt es die FFA (Filmförderungsanstalt), die der Rechtsaufsicht des Bundeswirtschaftsministeriums untersteht sowie das 1964 durch H.Höcherl (CSU) ins Leben gerufene „Kuratorium junger deutscher Film", das die einzige gemeinsame Förderungsanstalt der Länder ist und sich im wesentlichen auf Debütfilme beschränkt. Alle drei Filmgremien sind mittlerweile, nach Versetzungen durch Zimmermann, fest in CSU-Hand.

Zusätzlich zu diesen Bundesgremien gibt es noch regionale Filmbüroförderung: besonders wichtig ist die Berlinförderung, das Hamburger Filmbüro (das jetzt 180.000 DM für den „Wanderkrebs" zahlt) und das Filmbüro NRW.

(2) Eigentlich sollte man Sekten ja außen vor lassen, aber zur FDP doch noch was: solange das FDP-Präsidium nichts gegen Schwarz-Schillings Medienpolitik sagt, kann ein Baum-Wort gegen die Wende im filmpolitischen Bereich nur peinlich wirken. Und die Karriere vom Innenminister zum Anfrager in Sachen Kunst und Kultur ist so toll ja auch nicht.

(3) Eines der Hauptargumente Zimmermanns gegen „Gespenster": Die Filmförderung bestünde schließlich aus Steuergeldern, und der Bürger wolle unterhalten und nicht provoziert werden („Spiegel", 28/1983).



DIE FRAGE: »HABEN SIE EIN HIRN«



KANN EINWANDFREI NUR DER METZGER BEANTWORTEN

Was würde Old Schwurhands Metzger dazu sagen?
Quelle: „Der Depp" von H. Achternbusch
Foto: Gunter Freyse

Achternbusch Zitate

Achternbusch Zitate

,,*Die größten Deppen findet man wirklich nur noch in der CSU. Die singen nur noch ,Oh Haupt voll Blut und Wunden', inwendig ist bei denen alles zerstört. Die Frage allerdings ,Haben Sie ein Hirn?' kann einwandfrei nur ein Metzger beantworten. Während ich so vor mich hinmosere, wer taucht da auf? Einer von der SPD-Aktion DAS ANDERE BAYERN. Und was sagt er? Er sagt, daß sie meinen Beitrag ,Blutentnahme' in ihrem Lesebuch zu einem Freistaat nicht gebrauchen konnten, weil der Staatssekretär Glotz bangt, der Bundesjustizminister Vogel könnte eventuell meinen Beitrag lesen und vielleicht meinen, was ich geschrieben habe, sei gegen die Polizei. Schleich dich!*'' (aus ,,Land in Sicht'').

,,*Und ich meine, wenn sich die Bevölkerung von den Politikern nicht so gegen die Gammler, gegen die Jugend, gegen die Studenten hätte aufhetzen lassen wegen den Steuergeldverlusten an diese fortschrittlichen Kreise, dann käme das der Bevölkerung letzten Endes viel billiger, als dieser ganz jämmerliche staatliche Verfolgungsapparat, und dazu wäre dieses Deutschland nicht der Arsch der Welt geworden*'' (Notiz 1979).

,,*POLIZIST: Nun zur Belehrung! Sie haben Trauer. Aber wer trauert, bedroht die Welt und zwar indem er nichts tut. Wer nichts tut, bedroht also die Welt. Sie bedrohen mit Ihrem Nichtstun jeden von uns. Mich bedrohen Sie mit Ihrem Nichtstun am meisten. Indem Sie keine Steuern zahlen, bedrohen Sie mein Gehalt, also mich, die Polizei, den Staat. Das ist Widerstand gegen die Staatsgewalt. Darauf steht bis zu zehn Jahren. Was gedenken Sie gegen Ihr Nichtstun zu tun?*
ADI: Zu saufen.'' (aus ,,Die Olympiasiegerin'', wird gerade verfilmt).

,,*Ihren Charlie* (Chaplin — Anm.F.) *jubeln sie jetzt in die Unsterblichkeit. War er nicht als Kommunist verschrieen? Kommunismus ist wohl immer noch die Politik mit dem Anliegen, die Bedürfnisse des Menschen in seinem Herzen zu sammeln und sie nicht von der Macht in Futternäpfen feilbieten zu lassen, die man nur erreicht, wenn einen die Tretmühlen der Arbeit ausspeien.*'' (aus ,,Land in Sicht'')

,,*Annamirls zerschundene Hände finden sie* (die Künstler — Anm.F.) *urig, aber Anamirls Ansinnen, den ganzen Krempel dem Wienerwald hinzuwerfen, empörend, diese Saugnäpfe. Bei meiner ersten Lesung bei Lehmkuhl sind sie zentnerweise gehockt und haben pfundweise zugehört und haben grammweise diskutiert und haben nichts gekauft.*'' (aus ,,Revolten'')

,,*Diesen Zustand gegenseitiger Zufriedenheit nennt man Frieden. Im Krieg wird dieser Frieden härter. Im Krieg wird dieser Frieden gefestigt. Darum können sich Kriegstreiber auch Friedensstifter nennen. So wie aus dem Kriegsministerium ein Verteidigungsministerium wurde, wird aus dem Verteidigungsministerium ein Friedensministerium werden. Und die Neutronenbombe wird Neutronentaube heißen. Welche Verbrechen staatlicher Macht mögen wohl in dem Wort Hirsebrei lauern? Aber auf das Wort Hirsebrei komme ich nur, weil ich Hunger und Heimweh habe.*'' (aus ,,Revolten'')

Spenden für den Arbeiterkampf

Letzte Spendenveröffentlichung: 7.2.83; H., Japan, 250,-; N.N. 126,-; Cl./KiKo, 362,50; KB/Gruppe Braunschweig, 300,-; Kinderbereich Hamburg, 207,-; U., Hamburg, 200,-; KB/Gruppe Bremerhaven, 640,-; H., Bremen, 500,-; K., Harburg, 900,-; W.P., 2.000,-; E.W., Hamburg, 1.000,-; KB/Gruppe Frankfurt, 250,-; Antiimperialismus Kommission Göttingen, 500,-; St., Bochum, 50,-; F.M., Essen, 1.800,-; K., Köln, 100,-; KB(Gruppe Frankfurt, 360,-; KB/Gruppe Lüneburg, 530,-; E., Würzburg, 600,-; KB/Gruppe Delmenhorst, 500,-; Antifa-HH, 600,-; KB/Gruppe Lüneburg, 17,-; H., Bielefeld, 150,-; Gruppe Hannover, 500,-; Gruppe Hannover 50,-; K., Bamberg, 50,-; J., Stuttgart, 50,-; Gruppe Bremen, 440,-; Gruppe Delmenhorst, 500,-; Internationalismus-Kommission Göttingen, 250,-; Gruppe Hannover, 50,;

Insgesamt: 13.832,50

Damit erhöht sich die Summe der im Dezember begonnenen Spendensammlung auf 42.077,80 Mark

Spendenkonto:
Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank Hamburg
BLZ 200 800 00
Konto-Nr. 4 806 104 00

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; ☏: Redaktion/Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00.
Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

digt worden ist.

„Klima der Angst"

Berliner Ärzte veröffentlichen Fallsammlung über Polizeigewalt



Mitglieder der links-alternativen „Fraktion Gesundheit" in der Berliner Landesärztekammer (LÄK) traten Mitte Juli mit einer ungewöhnlichen Pressekonferenz an die Öffentlichkeit: Zehn aufgrund der ärztlichen Schweigepflicht anonymisierte Fälle verletzter Demonstranten wiesen detailliert die schweren körperlichen Folgen ungehemmter Aggressionsausbrüche der jeweils eingesetzten Beamten nach. Was der örtliche Ermittlungsausschuß und die Sanitätergruppe seit längerem festgestellt hatten, nämlich eine Zunahme schwerer bis schwerster Verletzungen nach Polizeieinsätzen bei Demonstrationen, wurde erstmalig von offiziellen Standesvertretern einer Ärztekammer bestätigt. Lummers Polizeibehörde und die Landesverbände der Polizeigewerkschaften reagierten umgehend mit vereintem Aufschrei.

Die veröffentlichten Fälle lesen sich wie die Bilanz eines neofaschistischen Rollkommandos: Eine 20-jährige Frau, im vierten Monat schwanger, habe im Fallen von einem Polizisten einen Tritt in den Bauch erhalten, berichteten die Ärzte. Eine andere junge Frau habe abseits vom damaligen Demonstrationsgeschehen während der Vorbereitungen für eine Fotausstellung vor einem Kreuzberger Stadtteilzentrum gestanden und sei nach Art eines „Exekutionskommandos" die Treppe hochgetrieben und so verprügelt worden, daß sie neben einem Unterarmbruch auch

der „behaupteten zehn Fälle angebli- anzuwenden", heißt es dort an hervor-

trieben und so verprügelt worden, daß sie neben einem Unterarmbruch auch

eine schwere Nierenprellung sowie mehrere Blutergüsse davongetragen habe. Eine weitere Frau schilderte, wie sie trotz erkennbar friedlicher Haltung von hinten angegriffen worden sei. Im Falle eines 31-jährigen Mannes, der am Straßenrand gesessen und ein Lied gesungen habe, mußten anschließend ein Bruch eines Handgelenks, ein Bänderriß und Prellungen diagnostiziert werden.

Die Verletzungen seien schwerer geworden und es träfe mehr Frauen, und zwar größtenteils am Rücken, sagten die Ärzte der „Fraktion Gesundheit", die in den Stadtteilen Schöneberg und Kreuzberg praktizieren. *„Wir haben nach gründlicher Wertung der uns gegenüber dargelegten Abläufe keinen Zweifel an der Friedfertigkeit, mit der unsere und die Patienten der Kollegen an Demonstrationen in jüngster Zeit teilgenommen haben. Zum Teil waren sie aber gänzlich unbeteiligt"*, fügte einer der niedergelassenen Kollegen, Dr. Rüdiger Brandt, erklärend hinzu. Es herrsche ein „Klima der Angst", führte Dr. Ellis Huber, AL-Gesundheitsstadtrat in Wilmersdorf und Sprecher der „Fraktion Gesundheit", aus. Der bekannte Vertreter der mit rund 40 % der Delegierten stärksten Gruppe in der LÄK betonte: *„Wir glauben nicht, daß es grundsätzlich vorsätzliche bewußte Gewaltanwendung ist."* Es werde hier ein „Stück Hilflosigkeit" der Polizei deutlich und es habe sich „eine Aggressivität hochgeschaukelt", bei der man sich kaum vorstellen könne, wie sie noch werden könne. Als häufigste Diagnosen auf der als „Spitze des Eisbergs'" bezeichneten Liste der Ärzte rangieren demonstrationstypische Verletzungen wie Schädelprellungen, Brüche, Kopfplatzwunden, Augenbrauenrisse und Gehirnerschütterungen. Die Mediziner fügten hinzu, sie selbst sehen ihren Berufsstand dadurch belastet, daß „sicheren Anhaltspunkten" zufolge von Verwaltungen Berliner Kliniken Namenslisten verletzter Demonstranten an die Polizei weitergegeben würden. Die „Fraktion Gesundheit" sei mit ihren Informationen an die Öffentlichkeit gegangen, weil sie ihre Betroffenheit über die Ergebnisse der Aggressivität zum Ausdruck bringen und vor der Gefahr der Unversöhnlichkeit warnen wolle. **Weil es sich bei den von ihnen behandelten Verletzungen fast immer um Knüppelverletzungen gehandelt habe, fordern die Ärzte die Rücknahme der „Totschlagswaffe", da Eschenholzknüppel geeignet seien, mit ihm Köpfe einzuschlagen.**

Mit Hippokrates für CS?

Die Reaktion seitens Lummers Polizei folgte prompt: Die Zusammenstellung der „behaupteten zehn Fälle angeblicher Übergriffe" sei der Polizei bisher nicht bekannt, tönte Landeskriminaldirektor Manfred Kittlaus. Die Argumentation der Ärzte-Fraktion gehe „weit an der Wirklichkeit in Berlin vorbei", und es sei „völlig abwegig", von einer wachsenden Aggressivität und Angst auf beiden Seiten" zu sprechen, ergänzte der Ex-Staatsschützer ungewollt treffend, da von Angst auf Seiten seiner Mannen wohl kaum die Rede sein kann. Der Berliner Polizei sei es im Gegenteil gelungen, durch „konzeptionelles Vorgehen" wie beispielsweise durch das Verbot der Vermummung und passiven Bewaffnung sowie mittels vorbeugender Festnahmen, die „Gewalt in der Stadt weitgehend einzudämmen", beschrieb er treuherzig die ununterbrochene Randale seiner Beamten im Kiez. (1)

Auch die Polizeigewerkschaften waren schnell zur Stelle: Als „völlig abwegig" wies die Gewerkschaft der Polizei im DGB (GdP) unisono mit Manfred Kittlaus die Vorwürfe der Ärztegruppe zurück. Die Polizei sei wieder einmal mit pauschalen Behauptungen diffamiert worden. Für den Fall, daß es sich bei den Aktivitäten der Ärtze-Fraktion um den „Beginn einer weiteren Kampagne zur Verunsicherung der Polizei" handeln sollte, kündigte die GdP „entschiedenes Vorgehen" an. (2)

Der Bund deutscher Kriminalbeamter (BDK) legte noch eins drauf: Daß Beamte bei „Ausschreitungen Unbeteiligte mißhandelten", sei „absurd". Vielmehr sei offensichtlich beabsichtigt, gegen das rechtmäßige Einschreiten von Beamten bei Krawallen negative Stimmungen zu erzeugen, erklärte BDK-Landesvorsitzender Gaehner. Die Ärzte wären glaubwürdiger, so Gaehner, hätten sie ebenso die Opfer in den Reihen der Polizei vorgestellt. (3)

Oberscharfmacher Egon Franke, Landesvorsitzender der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund (PdB), nannte die Vorwürfe der Ärztegruppe „unwahr und eine Abkehr von der ethischen Grundlage des Ärztetums". Franke erklärte, die „Fraktion Gesundheit" verwechsle Ursache und Wirkung und versuche, der Öffentlichkeit vorzumachen, daß angeblich psychologisch ungeschulte Polizeibeamte in Wildwest-Manier friedliche Demonstranten und sogar Unbeteiligte zusammenschlügen. Sie verschweige vorsätzlich, wer den sozialen Frieden störe und von wem die Auswüchse und Aggressionen bei Ausschreitungen ausgingen, die zu einer Reaktion der Polizei führen. Franke forderte die „Fraktion Gesundheit" auf, den hippokratischen Eid, den alten Schwur auf die Satzung der Ärztezunft, ernst zu nehmen („Ärztliche Verordnungen werde ich treffen zum Nutzen der Kranken .... hüten aber werde ich mich davor, sie zum Schaden und in unrechter Weise anzuwenden", heißt es dort an hervorragender Stelle, Anm. d. Verf.), die polizeifeindliche Haltung aufzugeben und sich der Forderung der Polizeigewerkschaft PdB nach Einführung des distanzhaltenden Einsatzmittels CS anzuschließen, um den Schlagstockgebrauch so niedrig wie möglich zu halten (4).

„Menschenverachtung bewiesen"

„Angesichts des bei der Polizei konservierten undemokratischen Klimas braucht sich niemand über die zahllosen Fälle zu wundern, bei denen Polizeibeamte ihre Menschenverachtung unter Beweis gestellt haben", erklärte die Alternative Liste (AL) in einer Verlautbarung zu den Vorwürfen der „Fraktion Gesundheit". Zwei Tage später riß allerdings auch dem justizpolitischen Sprecher der AL, dem jüngst einrotierten Abgeordneten Dieter Kunzelmann, der oft strapazierte Geduldsfaden. „Hinterhältig und zynisch" sei die Reaktion der Justizverwaltung, die betroffenen Verletzten aufzufordern, die behaupteten Straftaten anzuzeigen. Eine Verfolgung könne es nämlich nur geben, hatte ein Justizsprecher geleiert, wenn die Verletzten als wichtigste Zeugen zur Verfügung stünden und ihre Aussagen zum Tatgeschehen machten. Gleichzeitig wies der Sprecher der Justizverwaltung die Vermutung zurück, daß eine Anzeige leicht eine Gegenanzeige zur Folge hätte. Dies beinhalte den unberechtigten Vorwurf der Verfolgung Unschuldiger. Soweit die betroffenen Verletzten selbst keine Straftaten begangen hätten, bestehe für sie keine Gefahr einer Strafverfolgung. (5)

Dieter Kunzelmann wies daraufhin auf jene 99% derartiger Anzeigen hin, die aus Gründen späterer Nicht-Identifizierbarkeit von Beamten und wegen des „Geistes der Kumpanei" zwischen Teilen der Justiz und der Polizei im Sande verliefen. Aus einem Bericht des Innenausschusses im Abgeordnetenhaus vom Frühjahr 1982 gehe im übrigen hervor, daß es bei ca. 170 Verfahren nur in einem einzigen Fall zur Verurteilung eins Polizeibeamten gekommen war, der zudem außerdienstlich und absichtlich in einen Demonstrationszug gefahren war.

Redaktion Straßenmedizin
(Mitteilungsblatt der Sanitätergruppen)

Quellen:

(1) Volksblatt, 15.7.83, Tagesspiegel 15.7.83
(2) ap, 15.7.83
(3) ap, 15.7.83
(4) Morgenpost (Berlin), 16.7.83 Tagesspiegel, 16.7.83
(5) dpa- landesdienst berlin, 15.7.83